Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Migration und Teilhabe in Niedersachsen

Integrationsmonitoring 2014

Niedersachsen

Zeichenerklärung

– = Nichts vorhanden
0 = Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit.
. = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich oder Fragestellung trifft nicht zu.
/ = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.
dav. = davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet.
dar. = darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt.
€ = Euro

Abkürzungsverzeichnis

AZR = Ausländerzentralregister
EP = Erwerbspersonen
EU = Europäische Union
EWR = Europäischer Wirtschaftsraum
IntMK = Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder
NUTS = Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (Nomenclature des unités territoriales statistiques, NUTS)
OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD)
SGB = Sozialgesetzbuch

Impressum

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Hrsg.)
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2
30159 Hannover
www.ms.niedersachsen.de

Erstellt im Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN)
unter der Leitung von Martin Rehm. Mit Textbeiträgen von Martin Rehm, Prof. Lothar Eichhorn, Tanja Eichhorn
www.statistik.niedersachsen.de

Erschienen im Oktober 2014

© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2014.
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort

Die Niedersächsische Landesregierung setzt sich dafür ein, die Teilhabe von Menschen zu ermöglichen und auch zu verbessern. Es geht dabei auch um Menschen, die nach Niedersachsen zugewandert sind, mitunter auch um deren Kinder und Enkel: Sie haben es schwerer, sich gut zu etablieren. Dieser Prozess des Angekommenseins und des Aufgenommenwerdens zieht sich häufig über Jahre oder auch Jahrzehnte. Da die vielen Vorgaben zur gesellschaftlichen Teilhabe für und von Menschen gemacht werden, die bereits seit Generationen in Niedersachsen oder in Deutschland leben, berücksichtigen Gesetze, Verordnungen und Rechtsregelungen die besonderen Bedarfe von Zugewanderten gar nicht oder zumindest nicht so, dass es einfach und leicht ist, an den gesellschaftlichen Ressourcen Anteil zu nehmen. Der Spannungsbogen lässt sich vom Wahlrecht, über die Gesundheitsversorgung, der Arbeitswelt, dem zivilgesellschaftlichen Engagement bis in den Bildungsbereich ziehen. So besteht - zum Beispiel - praktisch erst seit 2013 in Niedersachsen für landesrechtlich geregelte Berufe ein gesetzlicher Anspruch zur Prüfung der Gleichwertigkeit im Ausland erworbener Berufsabschlüsse mit einem deutschen Referenzberuf.

Die Europäische Union ist größer geworden und so arbeiten EU-Bürgerinnen und -Bürger aus den neuen Mitgliedstaaten in vielen niedersächsischen Unternehmen und Betrieben. Hier ist festzustellen, dass Arbeits- und Wohnbedingungen nicht in jedem Fall so gestaltet werden, wie es eigentlich sinnvoll wäre.

In allen Bereichen der Teilhabe ist es erforderlich, Daten, Zahlen und Fakten sprechen zu lassen, damit nicht Stereotype, Pauschalisierungen, Stigmatisierungen und auch Diskriminierungen die öffentliche Diskussion beherrschen.

Zum ersten Mal in der 17. Wahlperiode legt jetzt die Landesregierung ihren Migrations- und Teilhabebericht vor. Neben den klassischen Kategorien - wie Bevölkerung, Bildung und Qualifikation, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt sowie Einkommens- und Wohnsituationen - werden in diesem Bericht erstmalig auch Daten zur Arbeitsmigration in Niedersachsen veröffentlicht. Diese quantitativen und qualitativen Analysen bilden eine erste empirische Grundlage für eine systematische Berichterstattung, die noch zu wenig etabliert ist und auch fachwissenschaftlich weiterentwickelt werden muss.

Um die noch nicht optimalen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln, konkrete Handlungsansätze für Projekte und Programme zu entwickeln, für diese auch zu werben und diese gut umzusetzen, bietet die Landesregierung das in diesem Bericht aufbereitete Zahlenmaterial allen Akteurinnen und Akteuren in den Verbänden, Vereinen und migrantischen Organisationen sowie allen weiteren Interessierten an.

Der Bericht beruht auf Datenlagen des Jahres 2012 und zum Teil 2013, die es erlauben, sich über das aktuelle Migrations- und Teilhabegeschehen sowie über das bisher Erreichte im Teilhabeprozess zu informieren.

Ich bedanke mich ausdrücklich beim Landesamt für Statistik Niedersachsen für die sehr gute Kooperation bei der Berichtserstellung sowie bei den Dipl.-Sozialwissenschaftlern Jens Fischer und Silvio Kornexl, die die Feldforschung zur Arbeitsmigration übernommen haben, und bei Prof. Lothar und Tanja Eichhorn für ihren Gastbeitrag zum Thema Arbeitsmigration.

Die Landesregierung sieht in diesem Bericht einen weiteren konkreten Beitrag, um Niedersachsen sozialer und gerechter zu machen.

Cornelia Rundt
Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Migration und Teilhabe in Niedersachsen – Integrationsmonitoring 2014

Inhalt

Methodische Vorbemerkungen 8

Vorbemerkungen zum Zensus 2011 9

Indikatorenliste

A | Bevölkerung 13

1 Bevölkerung 2005, 2009, 2011 und 2012 nach Kreisen 14
2 Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung vom 31.12.2012 bis zum 31.12.2030 nach Kreisen 16
3 Ausländerinnen und Ausländer sowie Ausländeranteil 2005, 2009, 2011, 2012 und 2013 nach Kreisen 18
4 Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsdauer und Kreisen 20
5 Ausländerinnen und Ausländer 2005 und 2013 (31.12.) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Kreisen 22
6 Flüchtlinge und geduldete Personen 2010 und 2013 (31.12) nach Aufenthaltsstatus und Kreisen 24
7 Ausländerinnen und Ausländer 2005 und 2013 nach Staatsangehörigkeiten und Geschlecht 26
8 Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Altersgruppen und Kreisen 28
9 Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsstatus 30
10 Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsstatus und Kreisen 32
11 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2012 nach Kreisen 34
12 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2005 und 2012 nach Bevölkerungsgruppen und regionalen Anpassungsschichten 36
13 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2012 nach Altersgruppen und Geschlecht 38
14 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 nach Herkunftsland, Altersgruppen und Geschlecht 40
15 Bei Bundestags- und Landtagswahlen wahlberechtigte Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte nach Alter und Geschlecht 2012 42
16 Einbürgerungen 2005, 2009, 2011 und 2013 nach Kreisen 44
17 Einbürgerungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2005, 2009, 2011 und 2013 46
18 Lebendgeborene 2005, 2009, 2011 und 2012 nach Nationalität und Kreisen 48
19 Zuzüge über die Bundesgrenzen nach Niedersachsen 50
20 Fortzüge über die Bundesgrenzen aus Niedersachsen 52
21 Saldo der Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen nach / aus Niedersachsen 54
22 Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen nach / aus Niedersachsen 2005 und 2013 nach Altersgruppen 56
23 Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen 2012 und 2013 nach Kreisen 58

B | Bildung und Qualifikation 61

24 Betreute Kinder im Alter bis unter 14 Jahren in Tagespflege und in Tageseinrichtungen am 1. März 2013 nach Zuwanderungsgeschichte und Kreisen 62
25 Anteil der betreuten Kinder bis unter 6 Jahren mit Zuwanderungsgeschichte in Tageseinrichtungen am 1. März 2012 und 1. März 2013 nach Kreisen 64
26 Betreute Kinder mit Zuwanderungsgeschichte bis unter 3 Jahren und von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung am 1. März 2013 nach Kreisen 66
27 Verteilung der Schülerinnen und Schüler im 8. Schuljahrgang 2005 und 2012 nach Nationalität und Statistischen Regionen 68
28 Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2005 und 2012 nach Nationalität und Kreisen 70
29 Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Niedersachsen 2005 und 2012 nach Abschlussart und Nationalität 72
30 Höchster Schulabschluss an allgemein bildenden Schulen 2005 und 2012 nach Zuwanderungsgeschichte und Altersgruppen 74
31 Schulabgängerinnen und Schulabgänger an berufsbildenden Schulen nach Schulart und Schulabschluss 2012 76
32 Höchster beruflicher Abschluss der 25- bis unter 35-Jährigen 2005 und 2012 nach Geschlecht und Zuwanderungsgeschichte 78
33 Ausbildungsbeteiligungsquote im dualen System 2008 bis 2012 nach Geschlecht und Nationalität 80
34 Ausländische Studentinnen und Studenten 2005 und 2012 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Land des Erwerbs der Studienberechtigung 82
35 Hochschulabschlüsse nach Fächergruppen, Nationalität und Geschlecht der Absolventinnen und Absolventen 2012 84

C | Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt 87

36 Erwerbstätige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2005 und 2012 nach Wirtschaftsabschnitten und Geschlecht 88
37 Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote und Erwerbslosenanteil 2005 und 2012 nach Zuwanderungsgeschichte 90
38 Erwerbslosenanteil 2005 und 2012 nach Zuwanderungsgeschichte und Altersgruppen 92
39 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer nach Art der Ausbildung am 30. Juni 2013 und nach Kreisen 94
40 Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern im Juni 2013 nach Kreisen 96
41 Entwicklung der Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern und der Arbeitslosenquote insgesamt 2007 bis 2013 98
42 Arbeitslose im Juni 2013 nach Zuwanderungsgeschichte, Rechtskreis und Geschlecht 100

D | Soziales 103

43 Armutsrisikoquoten 2005 bis 2012 in Niedersachen und Deutschland nach Zuwanderungsgeschichte und Nationalität 104
44 Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.2012 nach Nationalität und Kreisen 106
45 Quoten der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.2012 nach Nationalität, Altersgruppen und Kreisen 108
46 Empfängerquoten von Mindestsicherungsleistungen in Niedersachsen 2007 und 2012 nach Nationalität und Altersgruppen 110
47 Wohnfläche und Miete 2010 nach Zuwanderungsgeschichte 112
48 Anerkennungsverfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz 2012 nach Geschlecht und Berufshauptgruppen 114

Zusatzkapitel 117

Migration, Qualifikation und Beschäftigung: Ursachen und Zusammenhänge 118
Ausgewählte Ergebnisse des Zensus 2011 128
Arbeitsmigration und Fachkräftesicherung 145
Wanderungsgeschehen 2007 bis 2013 150
Erwerbslosigkeit und Verdienstniveau in Europa – Bestimmungsfaktoren der Zuwanderung nach Niedersachsen 157
Verschenktes Potential – Qualifikation und Arbeitsmarktbeteiligung neu Zugewanderter in Niedersachsen 2012 171
Rumänische und bulgarische Staatsangehörige in Niedersachsen – Zuwanderung und Beschäftigung 183
Zur sozialen Situation mobiler europäischer Beschäftigter in Werkvertragskonstellationen in Niedersachsen – Eine explorative Studie (Kurzfassung) 188

Tabellenanhang 199

1. Bevölkerung 2005, 2009, 2011 und 2012 nach Kreisen 200
2. Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung vom 31.12.2012 bis zum 31.12.2030 nach Kreisen 201
3. Ausländerinnen und Ausländer sowie Ausländeranteil 2005, 2009, 2011, 2012 und 2013 nach Kreisen 202
4. Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsdauer und Kreisen 203
5. Ausländerinnen und Ausländer 2005 und 2013 (31.12.) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Kreisen 204
6. Flüchtlinge und geduldete Personen 2010 und 2013 (31.12) nach Aufenthaltsstatus und Kreisen 205
8. Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Altersgruppen und Kreisen 207
10. Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsstatus und Kreisen 208
11. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2012 nach Kreisen 209
16. Einbürgerungen 2005, 2009, 2011 und 2013 nach Kreisen 210
18. Lebendgeborene 2005, 2009, 2011 und 2012 nach Nationalität und Kreisen 211
23. Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen 2012 und 2013 nach Kreisen 212
24. Betreute Kinder im Alter bis unter 14 Jahren in Tagespflege und in Tageseinrichtungen am 1. März 2013 nach Zuwanderungsgeschichte und Kreisen 213
25. Anteil der betreuten Kinder bis unter 6 Jahren mit Zuwanderungsgeschichte in Tageseinrichtungen am 1. März 2012 und 1. März 2013 nach Kreisen 214
26. Betreute Kinder mit Zuwanderungsgeschichte bis unter 3 Jahren und von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung am 1. März 2013 nach Kreisen 215
28. Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2005 und 2012 nach Nationalität und Kreisen 216
39. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer nach Art der Ausbildung am 30. Juni 2013 nach Kreisen, ... 217
40. Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern im Juni 2013 nach Kreisen 218
44. Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.2012 nach Nationalität und Kreisen 219
45. Quoten der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.2012 nach Nationalität, Altersgruppen und Kreisen 220

Methodische Vorbemerkungen

Der vorliegende Bericht liefert eine Bestandsaufnahme zur Teilhabe von Migrantinnen und Migranten im Land Niedersachsen in Form eines datengestützten Monitorings. Auf Basis von Tabellen der amtlichen Statistik und der Bundesagentur für Arbeit schaffen 48 Indikatoren einen Überblick zu den Themenbereichen Bevölkerung (A), Bildung und Qualifikation (B), Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt (C) sowie Soziales (D). Darüber hinaus enthält der Bericht drei Zusatzkapitel zu den Themen Ursachen und Zusammenhänge, Ergebnisse des Zensus 2011 sowie Arbeitsmigration und Fachkräftesicherung. Der Aufbau des Berichts und wie er zu lesen ist, wird anhand einiger methodischer Vorbemerkungen erklärt.

Tabellen, Grafiken und beschreibende Texte

Zu jedem der 48 Indikatoren (siehe die Auflistung im Inhaltsverzeichnis) sind die zentralen statistischen Ergebnisse in einer Tabelle und als anschauliche Grafik zusammengestellt. Zudem definieren kurze Texte den Indikator in seiner Bedeutung für die Teilhabe, fassen die wichtigsten Hinweise zur Methodik der Daten zusammen und erläutern die Ergebnisse für das Land Niedersachsen und seine Regionen. Der Fokus liegt dabei neben dem Landesergebnis auf den Zahlen der vier Statistischen Regionen (Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Weser-Ems). Sie bilden die Ebene der NUTS-2-Regionen ab, die – als nächste Ebene unterhalb des Bundeslandes – regionale Vergleiche mit Gebieten gleicher Größenordnung im europäischen Raum ermöglicht. Die Statistischen Regionen entsprechen den ehemaligen Regierungsbezirken.

Werte auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte befinden sich für 20 Indikatoren im Tabellenanhang. Ein Element aus diesen Kreisdaten, etwa eine Altersgruppe oder die Quote eines bestimmten Jahres, wird jeweils in einer thematischen Landkarte im Hauptteil des Berichts vorgestellt. Wo die Datenlage es ermöglicht, sind zusätzlich Ergebnisse für drei Großstädte aufgeführt, die nicht zu den kreisfreien Städten zählen: die Landeshauptstadt Hannover und die Städte Göttingen und Hildesheim. Ergebnisse für das jeweilige Umland werden aus der Differenz der Kreiszahlen (bzw. der Werte der Region Hannover) und der Großstadt errechnet. Städtische Entwicklungen der Teilhabe können so vollständig abgebildet werden. Bezugswerte der Region Hannover und der Landkreise Göttingen und Hildesheim sind stets in den Kreistabellen enthalten und werden in den Landkarten ergänzend in der Legende aufgeführt.

Aktuellste Daten liegen in der Regel für die Berichtsjahre 2012 oder 2013 vor. Zur Beobachtung zeitlicher Entwicklungen dient in erster Linie das Jahr 2005 als Referenzjahr. Veränderungen werden entweder in Prozent (%) angegeben oder bei Veränderungen von Prozentanteilen in Prozentpunkten. Ein Prozentpunkt ist die Differenz zweier prozentualer Werte.

Ausländische Bevölkerung und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Bei der Erläuterung der Indikatoren wird nach Möglichkeit immer die Situation der Ausländerinnen und Ausländer bzw. der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte hervorgehoben. Regionale Unterschiede und Besonderheiten sowie auffällige statistische Merkmale dieser Bevölkerungsgruppe stehen im Vordergrund, wenn Teilhabeschritte und Teilhabechancen identifiziert werden sollen. Der Begriff „Migrationshintergrund“ wird synonym zu „Zuwanderungsgeschichte“ verwendet, soweit es im Sinne einer fachsprachlich präzisen Ausdrucksweise erforderlich ist.

Die Definition, wann eine Person eine Zuwanderungsgeschichte bzw. einen Migrationshintergrund aufweist, ist allerdings abhängig von den Voraussetzungen der verwendeten Statistik. Das umfassendste Konzept steht aus dem Mikrozensus zur Verfügung, einer jährlichen, bundesweiten Haushaltebefragung bei 1 Prozent der Bevölke-

rung (vgl. Indikator A 11). Sie konnte auf einige Themen angewendet werden, so zum Beispiel zu Bildung, Erwerbstätigkeit und Armutsrisikoquoten. Ein leicht abweichendes Konzept des Migrationshintergrundes besteht beim Zensus 2011 (vgl. Indikator A 14 und die weiteren Vorbemerkungen). In der Kinder- und Jugendhilfestatistik wird eine weitere unterschiedliche Definition von Migrationshintergrund verwendet (vgl. Indikator B 24).

Ausländerinnen und Ausländer zählen in den Definitionen des Mikrozensus und des Zensus 2011 zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Gesondert davon können Zahlen zur ausländischen Bevölkerung sehr detailliert aus dem Ausländerzentralregister gewonnen (vgl. Indikator A 3) und beispielsweise nach Geschlecht, Alter oder Staatsangehörigkeit ausgewiesen werden. Im Bericht werden vorrangig Angaben zu Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aufgeführt. Soweit diese nicht verfügbar sind, erfolgt die Darstellung differenziert nach Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern. Daten zur Türkei werden im Zuge des Berichts unter Europa aufgeführt.

Datenquellen und weiterführende Informationen

Darüber hinaus fließen weitere amtliche Statistiken in den Bericht ein. Sie können größtenteils in den einschlägigen Datenbanken, teilweise bis auf Gemeindeebene, abgerufen werden: Die LSN-Online-Datenbank ist unter www.statistik.niedersachsen.de zu erreichen und die Regionaldatenbank Deutschland unter www.regionalstatistik.de. Auch die Statistischen Berichte Niedersachsen und weitere Veröffentlichungen des LSN stehen unter www.statistik.niedersachsen.de bereit. Zusätzliche Informationen stellen die Internetseiten www.statistik-portal.de (mit Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder) und www.amtliche-sozialberichterstattung.de zur Verfügung. Näheres erläutern jeweils die Indikatoren. Die Tabellen der Indikatoren des Berichtes sowie zusätzliche Indikatoren sind auf den Internetseiten des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im Excel-Format verfügbar (www.ms.niedersachsen.de > Themen > Migration und Teilhabe).

Vorbemerkungen zum Zensus 2011

Zum Stichtag 9. Mai 2011 wurde in Deutschland mit dem registergestützten Zensus 2011 erstmals seit 24 Jahren wieder eine Volkszählung durchgeführt, um die aktuellen Einwohnerzahlen und darüber hinaus wichtige soziodemografische und sozioökonomische Informationen über die Bevölkerung Deutschlands zu ermitteln.
Durch den Zensus 2011 und seine Resultate haben sich auch Konsequenzen für andere Teile der amtlichen Statistik bzw. für die Interpretation ihrer Ergebnisse ergeben. Um Verständnisproblemen vorzubeugen, sollen die aus den Zensusergebnissen resultierenden Veränderungen an dieser Stelle vorab thematisiert werden.

Umstellung der Bevölkerungsfortschreibung und eingeschränkte Vergleichbarkeit

Im Jahr 2011 wurde die Bevölkerungsfortschreibung, das statistische Verfahren zur Ermittlung aktueller amtlicher Einwohnerzahlen, auf eine neue Basis gestellt. Grundlage sind nun die Ergebnisse des Zensus 2011 und nicht länger die der Volkszählung von 1987. Dadurch kommt es zu einem Zeitreihenbruch zwischen den Jahren 2010 und 2011, weshalb mittel- bzw. langfristige Vergleiche auf Basis von Beziehungszahlen zur Bevölkerung eingeschränkt aussagekräftig sind. In diesem Bericht beziehen sich alle Bevölkerungsbezüge vor 2011 auf die Fortschreibung der Volkszählung von 1987, Bezüge ab 2011 beziehen sich auf die Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011, sofern nichts anderes angegeben ist. Der Grund für Veränderungen von Beziehungszahlen, die die Bevölkerung im Nenner haben, liegt teilweise auch in der Korrektur der Fortschreibungsbasis durch den Zensus 2011, die für die Landkreise und Kommunen überwiegend in einem Rückgang der ermittelten Einwohnerzahl resultierte. So lebten am 31.12.2011 laut Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 in Niedersach-

sen 7 774 253 Menschen, 139 249 (1,8 Prozent) weniger als bislang durch die Fortschreibung ermittelt. Besonders stark war der Rückgang der ermittelten Einwohnerzahl unter den Ausländerinnen und Ausländern. Ihr Anteil an der niedersächsischen Gesamtbevölkerung sank um -1,3 Prozentpunkte auf 5,5 Prozent, was einem relativen Rückgang um mehr als 20 Prozent entspricht (Vergleich Zensus-Stichtag 9. Mai 2011 und vorläufige Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987 zum Stand 30. April 2011).

Ausstehende Anpassung des Hochrechnungsverfahrens im Mikrozensus

Im Rahmen des Mikrozensus, der als Quelle für eine Reihe von Tabellen in diesem Bericht dient, wird jedes Jahr ca. 1 Prozent der deutschen Bevölkerung befragt und die erhobenen Daten anschließend auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet. Dies geschieht in einem komplexen Verfahren, in dem unter anderem die Einwohnerzahl zum jeweiligen Jahresende laut Bevölkerungsfortschreibung berücksichtigt wird. Da die Umstellung des Hochrechnungsverfahrens auf die neuen Bevölkerungszahlen der Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011 bislang noch nicht erfolgt ist, basieren die für diesen Bericht verwendeten Zahlen des Mikrozensus 2012 noch auf Daten der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987, die parallel zur Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011 für einen Übergangszeitraum weitergeführt wurde. Die aktuell verfügbaren Ergebnisse des Mikrozensus 2012 überschätzen daher sowohl die niedersächsische Gesamtbevölkerung als auch im Speziellen die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer. Im Zuge der Umstellung der Hochrechnung für den Mikrozensus 2013 wird auch eine Revision der Mikrozensus-Ergebnisse für die Jahre 2011 und 2012 erfolgen.

Ausländerinnen und Ausländer sowie Personen mit Zuwanderungsgeschichte laut Zensus 2011

Im Rahmen dieses Berichts werden Daten zu Ausländerinnen und Ausländern sowie zu Personen mit Zuwanderungsgeschichte aus unterschiedlichen Quellen wiedergegeben, wodurch es zu abweichenden Angaben kommt. So weisen die Zahlen des Zensus 2011 deutliche Abweichungen von den Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) auf. Eine „Abstimmung“ des AZR auf die Ergebnisse des Zensus 2011 respektive die darauf aufbauende Bevölkerungsfortschreibung ist jedoch aus technischen und rechtlichen Gründen nicht möglich. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Registerbehörde und das Statistische Bundesamt analysieren jedoch die Abweichungen zwischen AZR und Zensus, um auf der Basis dieser Erkenntnisse alle notwendigen Schritte zur Qualitätssicherung zu ergreifen. Bis zum Abschluss dieser Arbeiten müssen bei der Interpretation der AZR-Daten die Abweichungen im Bestand gegenüber dem Zensusergebnis zum 9. Mai 2011 berücksichtigt werden. Zu diesem Stichtag umfasste der Bestand des AZR für Niedersachsen mit 449 414 Ausländerinnen und Ausländern 24 142 Personen (5,7 Prozent) mehr als der Bestand des Zensus 2011 (425 272 Personen).

Auch bei Daten zu Personen mit Zuwanderungsgeschichte weist der Zensus 2011 Abweichungen zu anderen Statistiken, vor allem zum Mikrozensus auf. Dies ist zum einen auf den angesprochenen Rückgang der ermittelten Bevölkerung, v.a. unter den Ausländerinnen und Ausländern zurückzuführen. Zum anderen gibt es, wie bereits kurz angesprochen, Unterschiede in der Definition des Migrationshintergrundes zwischen Zensus und Mikrozensus. So hat eine Person gemäß Mikrozensus einen Migrationshintergrund, wenn sie nach 1949 in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik zugewandert ist, in der Definition des Zensus 2011 wurde hingegen das Jahr 1955 gewählt. Die geringere Einwohnerzahl laut Zensus sowie die definitorischen Unterschiede resultieren zusammen in einem Anteil von Personen mit Migrationshintergrund von 16,7 Prozent am 9. Mai 2011. Der Mikrozensus weist demgegenüber für Ende 2011 einen Anteil von 17,5 Prozent aus.

Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden unter www.zensus2011.de sowie in der Zensusdatenbank unter http://ergebnisse.zensus2011.de. Ausgewählte Ergebnisse für Niedersachsen sind verfügbar auf der Homepage des Landesamtes für Statistik Niedersachsen im Bereich Zensus 2011.

A | Bevölkerung

Indikator A 1

Bevölkerung 2005, 2009, 2011 und 2012 nach Kreisen

Definition des Indikators

Zur Bevölkerung zählen alle Menschen, die in einem definierten Gebiet dauerhaft wohnen. Diese werden der Gemeinde zugerechnet, in der sie ihre alleinige Wohnung oder – bei mehreren Wohnungen in verschiedenen Gemeinden – ihren Erstwohnsitz haben („Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung"). Zur Bevölkerung zählen auch die im Bundesgebiet gemeldeten Ausländer (einschließlich Staatenlose). Nicht zur Bevölkerung gehören hingegen die Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Methodische Hinweise

Der Indikator gibt zwar keinen unmittelbaren Hinweis auf die Situation der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, er liefert aber unverzichtbare Basisinformationen zur Bedeutung, Größe und Entwicklung der kreisfreien Städte, kreisangehörigen Großstädte sowie der Landkreise und Statistischen Regionen Niedersachsens. Gesellschaftliche Teilhabe vollzieht sich vor dem Hintergrund dieser regionalen Strukturen und Entwicklungen.

Die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes wird, ausgehend von den Ergebnissen der jeweils letzten Volkszählung, aufgrund der Meldungen der Standesämter zu Geburten und Sterbefällen sowie der von den Einwohnermeldeämtern gemeldeten Angaben über Zu- und Fortzüge durchgeführt. Bei den Bevölkerungsdaten vom 31. Dezember 1987 bis zum 31. März 2011 in den alten Bundesländern handelt es sich um Fortschreibungszahlen, die auf Ergebnissen der Volkszählung vom 25. Mai 1987 basieren, in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost beruhen sie auf der durch einen Abzug des früheren Zentralen Einwohnerregisters vom 3. Oktober 1990 festgestellten Einwohnerzahl. Ab dem 30. Juni 2011 basieren die Bevölkerungsdaten auf der Fortschreibung der Ergebnisse des Zensus 2011, der zum 9. Mai 2011 durchgeführt wurde. Bis 2012 wurde parallel die Fortschreibung auf Basis der Ergebnisse der Volkszählung 1987 weitergeführt und wird in der Tabelle als Referenz für einzelne Statistiken aufgeführt, die noch keine Anpassung an die Ergebnisse des Zensus erfahren haben.

Die Angaben zum Bevölkerungsstand umfassen zum 31.12. eines jeden Jahres Geschlecht, Altersjahr und Staatsangehörigkeit (Deutsche, Ausländerinnen und Ausländer). Die Angaben zum Bevölkerungsstand geben zum 31.03., 30.06. und 30.09. nur Auskunft über die Zahl der Einwohner und ihr Geschlecht.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Gemeindeebene sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 100 Bevölkerungsfortschreibung bzw. 102 Bevölkerung - Basis Zensus 2011) sowie bundesweit in der Regionaldatenbank Deutschland.
Methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in den halbjährlich erscheinenden Statistischen Berichten Niedersachsen A I 2, Bevölkerung der Gemeinden.

Erläuterungen

Ende 2012 hatte Niedersachsen etwa 7,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Durch die Resultate des Zensus 2011 und den damit einhergehenden Wechsel der Fortschreibungsbasis kam es zwischen 2010 und 2011 zu einem Rückgang der ermittelten Einwohnerzahl um 1,8 Prozent. Der mittelfristige Einwohnerzahlverlust von 2,7 Prozent zwischen 2005 und 2012 ist daher nur eingeschränkt aussagekräftig. Seit 2011 ist wieder ein leichter Anstieg der Einwohnerzahl zu beobachten, welcher auf einen positiven, steigenden Wanderungssaldo zurückzuführen ist. Die Zahl der Lebendgeborenen ist derweil weiter zurückgegangen.

Die kurzfristige Bevölkerungsentwicklung vollzieht sich regional durchaus unterschiedlich. Während einige Gebiete im Westen des Landes (Statistische Region Weser-Ems), einige Großstädte wie Hannover, Braunschweig und Osnabrück sowie Landkreise im Hamburger Umland Bevölkerungszuwächse verzeichneten, haben Regionen im südlichen Berg- und Hügelland und im Osten des Landes weiterhin Einwohnerinnen und Einwohnern verloren. Die kurzfristig stärksten Einbußen traten in den Landkreisen Osterode, Nienburg und Holzminden auf.

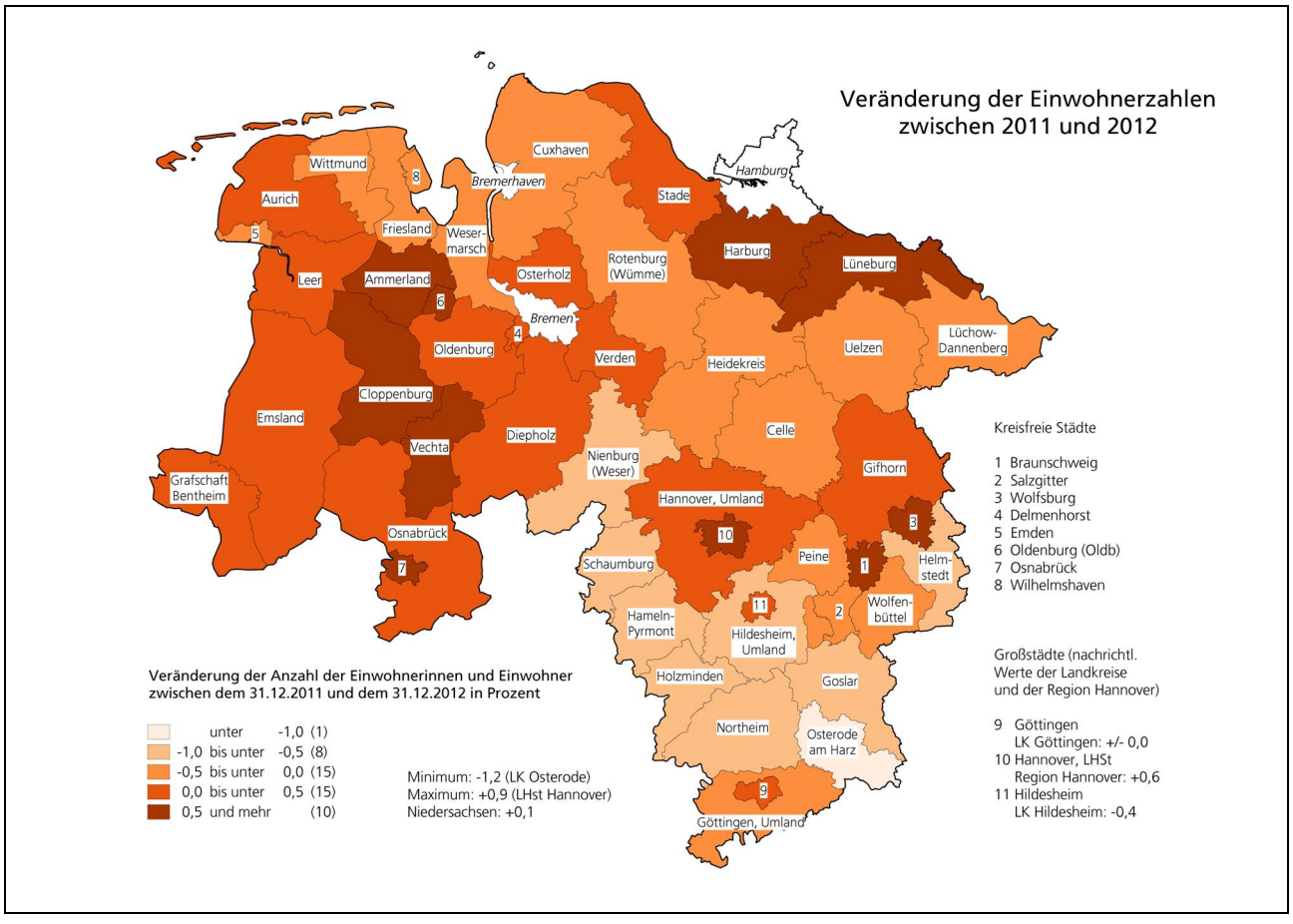
Indikator A 1

Bevölkerung 2005, 2009, 2011 und 2012 nach Kreisen

Land Statistische Region	Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.				Veränderung		Nachrichtlich: Einwohner am 31.12.2012 Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987[3)]
	2005	2009	2011[1)]	2012[1)]	2012 / 2005[1)2)]	2012 / 2011	
	Anzahl				Prozent		Anzahl
Niedersachsen	**7 993 946**	**7 928 815**	**7 774 253**	**7 778 995**	**-2,7**	**+0,1**	**7 916 913**
Stat. Region Braunschweig	1 650 435	1 616 720	1 575 968	1 574 527	-4,6	-0,1	1 604 352
Stat. Region Hannover	2 163 919	2 142 440	2 093 431	2 094 931	-3,2	+0,1	2 138 291
Stat. Region Lüneburg	1 704 133	1 693 654	1 667 127	1 667 332	-2,2	+0,0	1 689 807
Stat. Region Weser-Ems	2 475 459	2 476 001	2 437 727	2 442 205	-1,3	+0,2	2 484 463

1) Im Berichtsjahr 2011 erfolgte die Umstellung auf die Ergebnisse des Zensus 2011 als neue Basis für die Bevölkerungsfortschreibung.
2) Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis für 2005 und 2012 ist die Vergleichbarkeit eingeschränkt.
3) Da einzelne Statistiken noch nicht auf die Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 angepasst worden sind, wird in einzelnen Fällen die fortgeschriebene Einwohnerzahl auf Basis der Volkszählung 1987 als Referenz verwendet. Dies wird jeweils in Fußnoten verdeutlicht.

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung



Indikator A 2

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung vom 31.12.2012 bis zum 31.12.2030 nach Kreisen

Definition des Indikators

Künftige Gesamtbevölkerung der Regionen des Landes am 31.12.2030, untergliedert nach drei Altersgruppen (Kindes- und Jugendalter, Erwerbs- und Rentenalter) sowie prozentuale Zu- oder Abnahme gegenüber 2012.

Methodische Hinweise

Der Indikator liefert Basisinformationen zur künftigen Struktur und Entwicklung der Regionen Niedersachsens. Die Entwicklung von Teilhabeprozessen wird sich vor dem Hintergrund dieser künftigen Entwicklungen vollziehen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erstellen gemeinsame Bevölkerungsvorausberechnungen. Auf Basis der aktuellen „12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung", die verschiedene Varianten der künftigen Bevölkerungsbewegung ermittelte, wurde vom LSN eine regionalisierte Vorausberechnung für Landkreise, kreisfreie Städte sowie Städte ab 50 000 Einwohnerinnen und Einwohnern erstellt. Der Vorausberechnungszeitraum reicht bis 2030. Als Basisbevölkerung für die regionalisierte Berechnung diente der Bevölkerungsstand am 31.12.2008, der nach Geschlecht und Alter gegliedert und auf Grundlage angenommener Geburten- und Sterbewahrscheinlichkeiten sowie der Zu- und Fortzüge fortgeschrieben wurde. Die Annahmen waren:

- Grundlage für die zukünftige Geburtenentwicklung waren die durchschnittlichen Geburtenziffern der Regionen 2006 bis 2008.
- Ausgehend von den alters- und geschlechtsspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten für Niedersachsen in den Jahren 2006/2008 verringert sich die Sterblichkeit analog zu den Annahmen aus der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Hier wurde unter anderem von einer weiteren Verbesserung der medizinischen Versorgung und einer daraus resultierenden höheren Lebenserwartung ausgegangen.
- Wanderungen: Die Annahme basiert auf der ersten Variante (W1) der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Die angenommene Außenwanderung, Wanderungen zwischen Niedersachsen und dem Ausland, von 100 000 Personen für Gesamtdeutschland wurde prozentual auf die Länder verteilt. Dabei wurde der durchschnittliche Außenwanderungssaldo der Jahre 2005 bis 2007 verwendet. Die Wanderungen zwischen Niedersachsen und den anderen Bundesländern wurden durch die Fortzugsziffern der anderen Länder der Jahre 2005 bis 2007 errechnet. Die Annahmen für die Wanderungen innerhalb Niedersachsens basieren auf den Daten der Jahre 2005 bis 2007. Als Grundlage für die zukünftige Geschlechts- und Altersstruktur der Zu- und Fortzüge diente das Jahr 2007.

Die Annahme über die Entwicklung der Wanderungen hat sich angesichts gestiegener positiver Außenwanderungssalden in den vergangenen Jahren als nicht länger geeignet herausgestellt. Daher ist die Aussagekraft der Vorausberechnung eingeschränkt und eine Aktualisierung der Bevölkerungsvorausberechnung auf Grundlage aktueller Daten nötig

Weiterführende Informationen: Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 101 Bevölkerungsvorausberechnung). Nähere methodische Informationen enthält der Statistische Bericht Niedersachsen A I 8.2 / S, Die Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsvorausberechnung für Niedersachsen bis zum 1.1.2031 – Basis 2009. Die bundesweite Methodik ist dokumentiert in: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 18. November 2009 in Berlin, Wiesbaden 2009.

Erläuterungen

Von 2012 bis 2030 wird die Bevölkerung Niedersachsens voraussichtlich um 4,3 Prozent schrumpfen. Vor allem Regionen im Osten und Süden des Landes sowie einzelne Großstädte werden teilweise starke zweistellige Verluste verkraften müssen. Diese Verluste können bis zu 24,2 Prozent des Bevölkerungsstandes von 2012 erreichen. Großstädte wie Hannover und Oldenburg, die auf Grund ihres Arbeitsplatzangebots Zuwanderinnen und Zuwanderer anziehen, werden hingegen voraussichtlich Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewinnen. Auch einige geburtenstarke Kreise, vor allem im Westen des Landes, werden bis 2030 noch anwachsen. Überall wird sich die Altersstruktur verschieben: Der Anteil der Kinder und Jugendlichen sinkt fast überall, ebenso der Anteil der Menschen im Erwerbsalter. Hingegen steigt der Anteil der Älteren landesweit von 21,0 Prozent auf 29,0 Prozent. Der Seniorenanteil wird regional Werte von bis zu 39,3 Prozent (LK Lüchow-Dannenberg) erreichen.

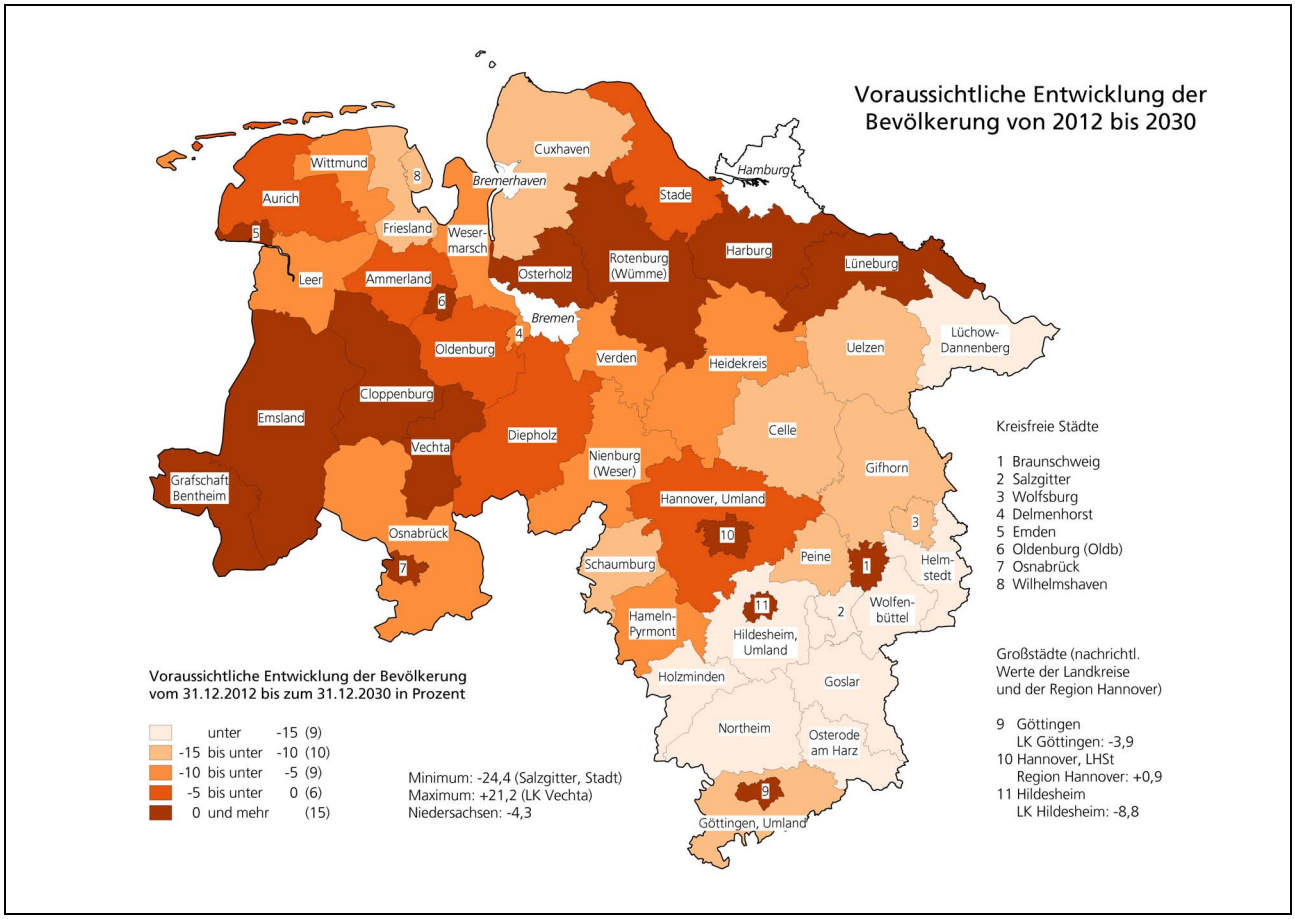
Indikator A 2

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung vom 31.12.2012[1)] bis zum 31.12.2030[2)] nach Kreisen

Land Statistische Region	Bevölkerung am 31.12.2030		davon nach Alter					
			unter 15 Jahre		15 bis unter 65 Jahre		65 Jahre und älter	
	1000	Veränderung 31.12.2012 bis 31.12.2030 (%)	Prozent					
			2012	2030	2012	2030	2012	2030
Niedersachsen	**7 442,2**	**-4,3**	**13,7**	**12,4**	**65,3**	**58,7**	**21,0**	**29,0**
Stat. Region Braunschweig	1 385,8	-12,0	12,7	11,5	65,2	57,6	22,1	30,9
Stat. Region Hannover	2 019,3	-3,6	13,2	12,3	65,1	59,2	21,8	28,5
Stat. Region Lüneburg	1 586,8	-4,8	14,1	12,3	64,6	57,6	21,3	30,1
Stat. Region Weser-Ems	2 450,4	+0,3	14,5	12,9	66,0	59,5	19,5	27,6

1) Einwohnerzahlen und Altersverteilungen laut Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011.
2) Die Prognose für 2030 beruht auf der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987, wodurch die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist. Da zudem die Annahmen der Prognose überholt sind (s. Methodische Beschreibung) ist eine Aktualisierung der Prognose auf Grundlage aktueller Daten nötig.

Quelle: Bevölkerungsvorausberechnung / Bevölkerungsfortschreibung



Indikator A 3

Ausländerinnen und Ausländer sowie Ausländeranteil 2005, 2009, 2011, 2012 und 2013 nach Kreisen

Definition des Indikators

Zu den in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern zählen alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und die sich nicht nur für einen kurzen Zeitraum in Deutschland aufhalten. Dazu gehören auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung.

Der Ausländeranteil stellt den Anteil der Ausländerinnen und Ausländer (Quelle: Ausländerzentralregister) je 100 Einwohnerinnen und Einwohner (Quelle: Bevölkerungsfortschreibung) jeweils zum 31.12. eines Jahres dar. Prozesse der gesellschaftlichen Teilhabe gestalten sich insbesondere auch vor dem Hintergrund des Ausländeranteils regional sehr unterschiedlich. Zum Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vgl. Indikator A 11.

Methodische Hinweise

Die Ausländerstatistik ermöglicht jährlich zum 31.12. einen umfassenden statistischen Überblick zur ausländischen Bevölkerung. Die Auszählung des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters (AZR) gibt Aufschluss über Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Aufenthaltsdauer, Alter und Familienstand der Ausländerinnen und Ausländer.

Die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Familien werden nicht aufgeführt, da sie nicht den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes unterliegen.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Ebene der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Landeshauptstadt Hannover sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 105 Ausländerzentralregister) sowie bundesweit in der GENESIS-Online Datenbank.
Methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht Niedersachsen A I 4, Ausländer am 31.12. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2, Ausländische Bevölkerung (erscheint jährlich).

Erläuterungen

Am 31.12.2013 lebten 525 689 Ausländerinnen und Ausländer in Niedersachsen. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung betrug am 31.12.2012 6,3 Prozent, was einen Anstieg um +0,5 Prozentpunkte gegenüber 2005 bedeutete. Absolut stieg die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in diesem Zeitraum um +30 586 auf 492 072 (+6,6 Prozent), während die Gesamtbevölkerung um rund -215 000 zurückging (-2,7 Prozent)(vgl. Indikator A 1). Hierbei ist die korrigierende Wirkung des Zensus 2011 ab dem Berichtsjahr 2011 zu berücksichtigen. Zur Veränderung der Anzahl der ausländischen Personen durch Einbürgerungen, Geburten und Zu- und Fortzüge geben die Indikatoren A 16 bis A 23 Aufschluss.

Seit 2005 kam es in allen Statistischen Regionen zu einem Anstieg des Ausländeranteils. In der Region Weser-Ems war der Anstieg mit +1,2 Prozentpunkten auf 6,2 Prozent am stärksten. Den höchsten Ausländeranteil verzeichnete 2012 die Statistische Region Hannover mit 8,1 Prozent. Rund ein Viertel der Ausländerinnen und Ausländer in Niedersachsen lebte am 31.12.2012 in der Region Hannover (119 366); 78 442 von ihnen wohnten in der Landeshauptstadt, die mit 15,3 Prozent den größten Ausländeranteil verzeichnete. Überdurchschnittlich hohe Anteile fanden sich vor allem in den großen Städten: Von den acht kreisfreien Städten war der Ausländeranteil nur in Wilhelmshaven (5,9 Prozent) und in Emden (5,6 Prozent) leicht unterdurchschnittlich. Der Landkreis Grafschaft Bentheim fiel mit einem sehr hohen Anteil von 12,5 Prozent auf, der sich durch die große Gruppe der Niederländer erklären lässt – sie machten dort zuletzt 57,7 Prozent der ausländischen Bevölkerung aus (vgl. Indikator A 5). Sehr geringe Ausländeranteile von unter 3 Prozent verzeichneten die Küstenregion um die Landkreise Wittmund (2,6 Prozent) und Friesland (2,8 Prozent) sowie der Landkreis Uelzen mit ebenfalls 2,8 Prozent.

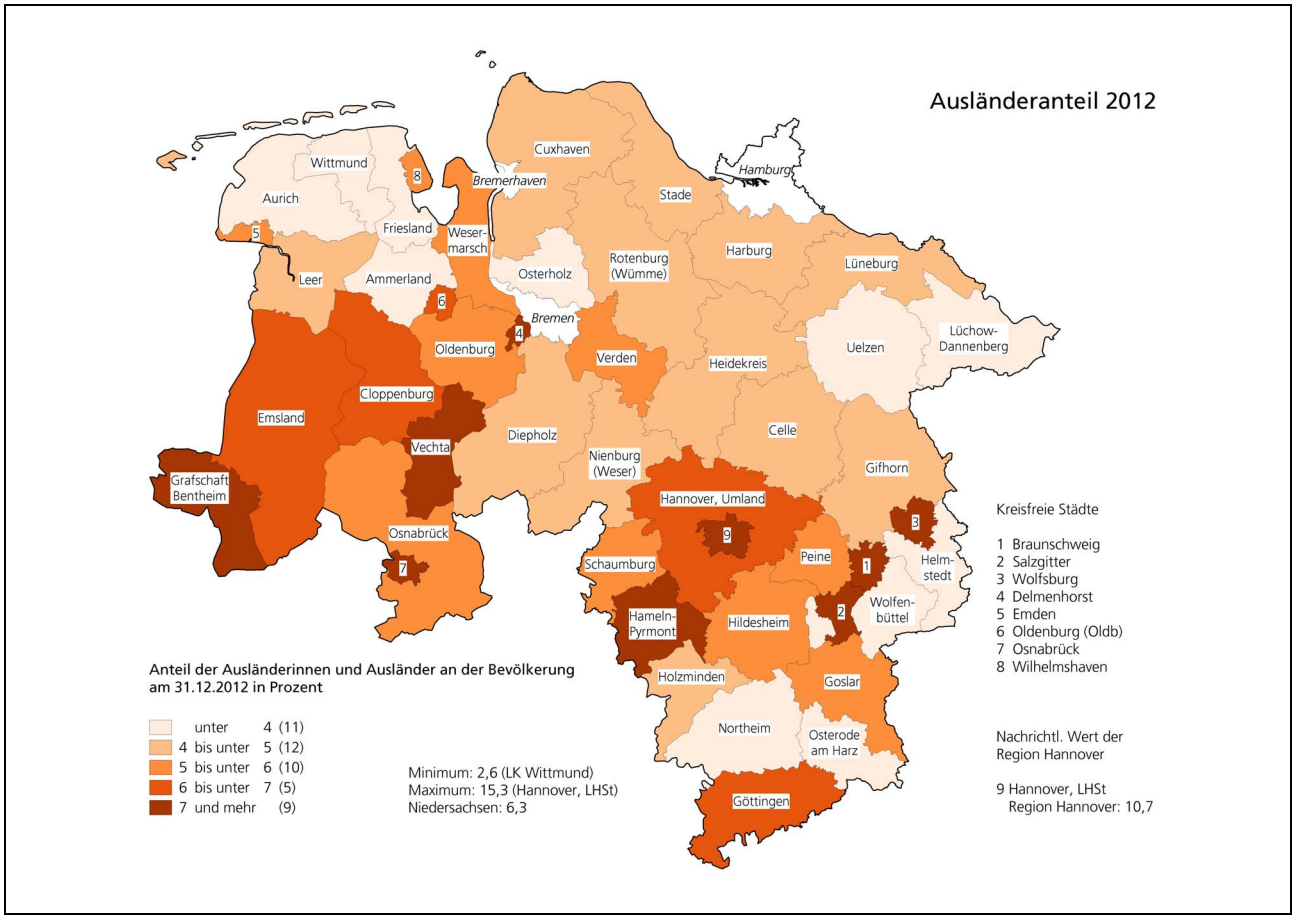
Indikator A 3

Ausländerinnen und Ausländer sowie Ausländeranteil 2005, 2009, 2011, 2012 und 2013 nach Kreisen

Land Statistische Region	Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.					Anteil an der Bevölkerung[1)]	
	2005	2009	2011	2012	2013	2005	2012
	Anzahl					Prozent	
Niedersachsen	**461 486**	**453 636**	**470 683**	**492 072**	**525 689**	**5,8**	**6,3**
Stat. Region Braunschweig	99 536	93 395	94 568	97 758	104 490	6,0	6,2
Stat. Region Hannover	167 595	160 303	164 319	170 246	181 572	7,7	8,1
Stat. Region Lüneburg	69 762	67 529	69 224	71 972	77 840	4,1	4,3
Stat. Region Weser-Ems	124 593	132 409	142 572	152 096	161 787	5,0	6,2

1) Einwohnerzahlen zum 31.12.2013 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis für 2005 und 2012 ist die Vergleichbarkeit eingeschränkt.

Quelle: Ausländerzentralregister



Indikator A 4

Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsdauer und Kreisen

Definition des Indikators

Zu den in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern zählen alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und die sich nicht nur für einen kurzen Zeitraum in Deutschland aufhalten. Dazu gehören auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung.

Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen Berichtsstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet bzw. der Geburt. Die regionale Verteilung verschiedener Stufen der Aufenthaltsdauer verdeutlicht, in welchen Regionen des Landes ein Großteil der Ausländerinnen und Ausländer schon über einen langen Zeitraum in Deutschland lebt (zehn Jahre und mehr). Eine Aufenthaltsdauer in Deutschland von acht Jahren ist außerdem eine der Voraussetzungen zur Einbürgerung (vgl. Indikator A 16 und A 17).

Methodische Hinweise

Die Ausländerstatistik ermöglicht jährlich zum 31.12. einen umfassenden statistischen Überblick zur ausländischen Bevölkerung. Die Auszählung des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters (AZR) gibt Aufschluss über Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Aufenthaltsdauer, Alter und Familienstand der Ausländerinnen und Ausländer.

Die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Familien werden nicht aufgeführt, da sie nicht den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes unterliegen.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Ebene der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Landeshauptstadt Hannover sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 105 Ausländerzentralregister) sowie bundesweit in der GENESIS-Online Datenbank.
Methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht Niedersachsen A I 4, Ausländer am 31.12. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2, Ausländische Bevölkerung (erscheint jährlich).

Erläuterungen

Mit 58,3 Prozent lebte der überwiegende Teil der Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 in Niedersachsen seit zehn oder mehr Jahren in Deutschland. Neben der Möglichkeit, sich über einen längeren Zeitraum in das gesellschaftliche Leben zu integrieren, erfüllen sie damit auch eine der Voraussetzungen zur Einbürgerung in Deutschland. Insbesondere im Süden des Landes war der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer, die schon sehr lange in Deutschland leben, hoch: In der kreisfreien Stadt Salzgitter (75,0 Prozent) sowie in den Landkreisen Holzminden (74,2 Prozent), Hameln-Pyrmont (73,2 Prozent), Schaumburg (72,2 Prozent) und Osterode am Harz (70,3 Prozent) lebten über 70 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer bereits seit mindestens zehn Jahren in Deutschland.

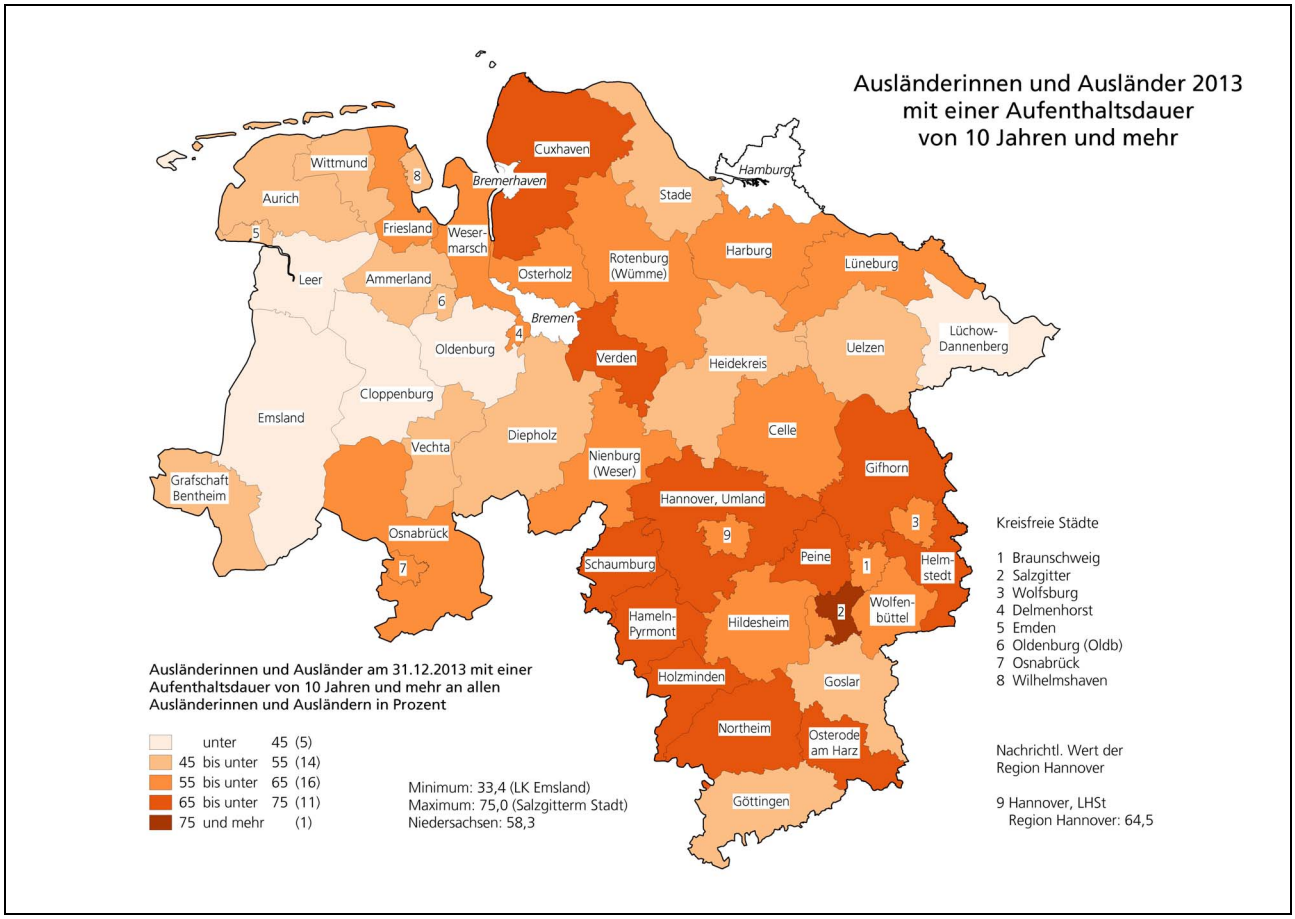
Demgegenüber lag dieser Anteil in der Statistischen Region Weser-Ems bei nur 48,2 Prozent. Ein Fünftel (19,6 Prozent) der Ausländerinnen und Ausländer in diesen Landkreisen und kreisfreien Städten im Westen des Landes lebten seit unter vier Jahren in Deutschland. In den Landkreisen Cloppenburg, Oldenburg und Emsland war etwa jede vierte ausländische Person seit weniger als vier Jahren in Deutschland beheimatet. Das spiegelt die hohen Zahlen der Zu- und Fortzüge in dieser agrarisch geprägten Region wider, die eine große Fluktuation an saisonalen Arbeitskräften aufweist (vgl. Indikator A 23).

Indikator A 4

Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsdauer und Kreisen

Land Statistische Region	Insgesamt	davon mit einer Aufenthaltsdauer von … bis unter … Jahren					
		unter 1	1 - 4	4 - 6	6 - 8	8 - 10	10 und mehr
	Anzahl	Prozent					
Niedersachsen	**525 689**	**9,5**	**16,1**	**5,9**	**5,2**	**5,0**	**58,3**
Stat. Region Braunschweig	104 490	9,8	14,2	4,9	4,3	4,6	62,1
Stat. Region Hannover	181 572	7,8	14,2	4,9	4,2	4,4	64,6
Stat. Region Lüneburg	77 840	9,4	15,5	5,6	5,0	5,0	59,5
Stat. Region Weser-Ems	161 787	11,4	19,6	7,8	6,9	6,1	48,2

Quelle: Ausländerzentralregister



Indikator A 5

Ausländerinnen und Ausländer 2005 und 2013 (31.12.) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Kreisen

Definition des Indikators

Zu den in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern zählen alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und die sich nicht nur für einen kurzen Zeitraum in Deutschland aufhalten. Die Staatsangehörigkeit ist eine besondere Rechtsbeziehung, die eine Person einem bestimmten Staat zuordnet. In allen anderen Staaten ist diese Person Ausländerin bzw. Ausländer. Personen, die keine Staatsangehörigkeit besitzen, sind staatenlos. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung.

Die Länder der vier häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen sind auf Ebene der Landkreise aufgeführt. Es handelt sich um die Türkei, Polen, Serbien und die Niederlande. Für das Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens ist zu berücksichtigen, dass die aus „Serbien und Montenegro“ 2006 hervorgegangenen Staaten „Serbien“ und „Montenegro“ sowie das seit 2008 unabhängige Kosovo der Vergleichbarkeit zum Jahr 2005 halber unter „Serbien“ subsumiert wurden.

Methodische Hinweise

Methodische Hinweise werden unter Indikator A 4 erläutert.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Ebene der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Landeshauptstadt Hannover sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 105 Ausländerzentralregister) sowie bundesweit in der GENESIS-Online Datenbank.
Methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht Niedersachsen A I 4, Ausländer am 31.12. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2, Ausländische Bevölkerung (erscheint jährlich).

Erläuterungen

Türkinnen und Türken bildeten am 31.12.2013 mit 93 726 Personen die größte Gruppe der ausländischen Bevölkerung in Niedersachsen, gefolgt von den Polinnen und Polen (65 850), den ausländischen Personen aus Serbien, Montenegro und dem Kosovo (34 926) und den Staatsangehörigen der Niederlande (30 260). 42,8 Prozent aller niedersächsischen Ausländerinnen und Ausländer hatten eine dieser vier Staatsangehörigkeiten.

Während die Zahl der ausländischen Personen zwischen 2005 und 2013 landesweit um 13,9 Prozent stieg (zwischen -9,5 Prozent im Landkreis Osterode am Harz und +80,1 Prozent im Landkreis Emsland), entwickelten sich die genannten vier Staatsangehörigkeiten sehr unterschiedlich:

Die Anzahl der polnischen Staatsangehörigen hat sich von 2005 bis 2013 mehr als verdoppelt (+103,2 Prozent). Einzig im Landkreis Göttingen nahm sie um 1,4 Prozent ab. Insbesondere im Westen Niedersachsens gab es starke prozentuale Steigerungen: Von den insgesamt 20 Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen sich die Anzahl mindestens verdoppelte, lagen zwölf in der Statistischen Region Weser-Ems (+167,9 Prozent). In acht Landkreisen hat sich die Zahl der Polinnen und Polen mehr als verdreifacht, in der Grafschaft Bentheim sogar mehr als vervierfacht (+327,7 Prozent). Die Zahl der Türkinnen und Türken (-16,0 Prozent) und die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer aus Serbien, Montenegro und dem Kosovo (-6,6 Prozent) war zwischen 2005 und 2013 hingegen rückläufig. Die Anzahl der Niederländerinnen und Niederländer (+35,5 Prozent) ist seit 2005 vor allem in den grenznahen Regionen im Westen Niedersachsens gestiegen und dort vorrangig in die Kreisen Leer (+88,7 Prozent) und Emsland (+84,7 Prozent). Ihr Anteil an allen Ausländerinnen und Ausländern betrug zum 31.12.2013 im Landkreis Grafschaft Bentheim 57,7 Prozent. Zwei Drittel der Türkinnen und Türken wohnten in den Statistischen Regionen Hannover und Braunschweig. Dies resultiert auch aus dem Anwerbeabkommen mit der Türkei und der Zuwanderung der sogenannten Gastarbeiter in industriell geprägte Regionen ab den 1960er Jahren. Mehr als jede dritte ausländische Person hatte in diesem Landesteil die türkische Staatsangehörigkeit.

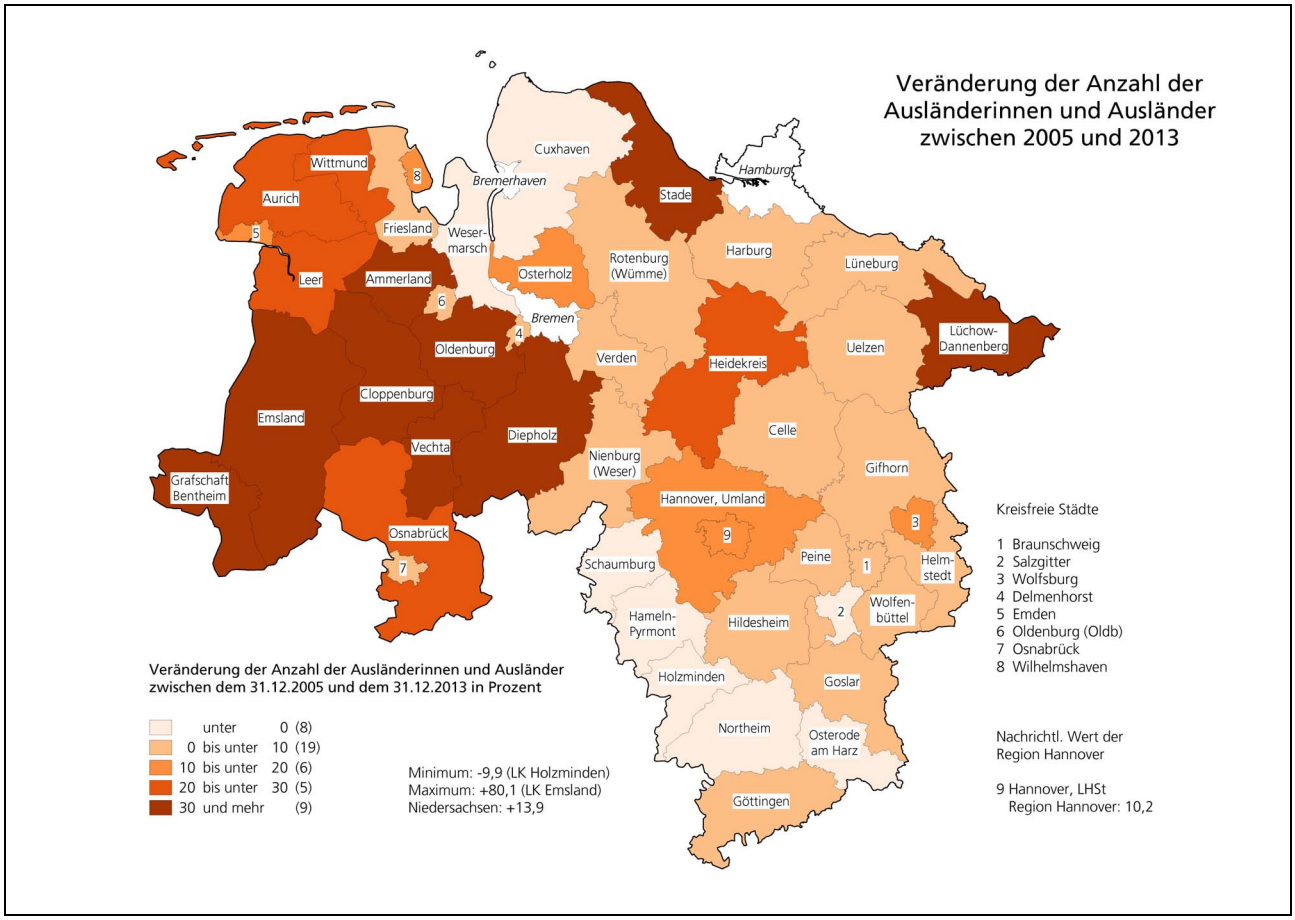
Indikator A 5

Ausländerinnen und Ausländer 2005 und 2013 (31.12.) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten[1)] und Kreisen

Land Statistische Region	Türkei	Polen	Serbien[2)]	Niederlande	Türkei	Polen	Serbien[2)]	Niederlande
	Anzahl am 31.12.2013				Veränderung 2013 gegenüber 2005 in Prozent			
Niedersachsen	**93 726**	**65 850**	**34 926**	**30 260**	**-16,0**	**+103,2**	**-6,6**	**+35,5**
Stat. Region Braunschweig	22 898	9 956	7 121	1 077	-15,1	+53,7	-8,3	+15,3
Stat. Region Hannover	39 390	20 140	11 957	2 022	-13,0	+75,9	-8,6	+4,9
Stat. Region Lüneburg	11 331	11 476	6 062	2 936	-21,7	+111,7	-5,4	-0,5
Stat. Region Weser-Ems	20 107	24 278	9 786	24 225	-19,3	+167,9	-3,5	+46,6

1) Aufgeführt sind die Länder der vier häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen.
2) einschließlich Montenegro und Kosovo

Quelle: Ausländerzentralregister



Indikator A 6

Flüchtlinge und geduldete Personen 2010 und 2013 (31.12) nach Aufenthaltsstatus und Kreisen

Definition des Indikators

Der Indikator gibt die Zahl der Flüchtlinge nach Aufenthaltsstatus in Niedersachsen für 2010 und 2013 (jeweils 31.12.) wieder. Als Flüchtlinge werden in der europäischen und deutschen Gesetzgebung basierend auf der Definition der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (GFK) Personen bezeichnet, die aufgrund der „begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung" ihr Herkunftsland verlassen haben. Für diesen Personenkreis besteht in Deutschland die Möglichkeit zur Anerkennung als Asylberechtigter gemäß Artikel 16a Grundgesetz (GG) beziehungsweise als Flüchtling gemäß GFK (§ 60 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz), was ein befristetes Aufenthaltsrecht sowie den Zugang zu finanzieller Unterstützung umfasst. Da es neben diesen beiden Möglichkeiten noch eine ganze Reihe weiterer humanitärer Aufenthaltstitel gibt, werden Flüchtlinge an dieser Stelle im weiteren Sinne als Personen begriffen, die aus humanitären Gründen ihren Herkunftsstaat verlassen haben.

Methodische Hinweise

Ein Aufenthaltsrecht von Flüchtlingen ergibt sich mit Ausnahme des Grundrechtes auf Asyl in Art 16a GG aus den Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG). Eine Aufenthaltserlaubnis kann neben der formellen Anerkennung als Flüchtling beispielsweise auch erteilt werden, wenn sich ein Bundesland dazu bereit erklärt, ein bestimmtes Kontingent von Personen aufzunehmen (Aufnahmeerklärung, § 23 Abs. 2 AufenthG), wie aktuell in Niedersachsen angesichts des Bürgerkrieges in Syrien. Auch bei dringenden persönlichen oder humanitären Gründen (§ 25 Abs. 4 AufenthG) oder in Härtefällen (§ 23a AufenthG) kann ein Aufenthaltsrecht gewährt werden. Hinzu kommen Vorschriften, die eine Abschiebung Schutzsuchender aufgrund von Gefahren im Herkunftsland verbieten oder sogenannten subsidiären Schutz ermöglichen (§ 60 Abs. 2, 3, 5 o. 7 AufenthG), obschon die Personen nicht die Voraussetzungen für ein Asyl erfüllen. Ist keine der genannten Vorschriften einschlägig, eine Abschiebung jedoch nicht möglich, etwa weil das Herkunftsland der Person nicht bekannt ist, so wird lediglich eine Duldung gemäß § 60a Abs. 1, 2 AufenthG erteilt. Für diesen Personenkreis gelten Einschränkungen beim Zugang zu Sozialleistungen sowie bei der Unterbringung. Bei Wegfall des Abschiebungshindernisses sind diese Personen unmittelbar ausreisepflichtig und können abgeschoben werden. Mittlerweile existiert eine Reihe von Vorschriften, die für langjährig Geduldete, die gut integriert sind, ein Bleiberecht ermöglichen.
Nach 3-jährigem (anerkannte Flüchtlinge) bzw. 7-jährigem Aufenthalt (sonstige humanitäre Aufenthalte) sowie in besonderen Fällen kann eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2, Ausländische Bevölkerung (erscheint jährlich) sowie in den Publikationen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (bspw. „Das Bundesamt in Zahlen – Asyl, Migration und Integration", erscheint jährlich).

Zum Aufenthaltsrecht siehe das „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet" (Aufenthaltsgesetz – AufenthG vom 30.07.2004, Inkrafttreten 01.01.2005).

Erläuterungen

2013 lebten in Niedersachsen insgesamt 67 486 Menschen mit einem humanitären Aufenthaltsstatus, 16,9 Prozent mehr als noch 2010. 38,0 Prozent dieser Menschen (25 656) verfügten im Jahr 2013 über eine dauerhafte Niederlassungserlaubnis. Dahinter kamen mit 14,0 Prozent (9 420) Personen im laufenden Asylverfahren sowie mit 15,6 Prozent (10 495) Geduldete. Gegenüber 2010 hat sich die Zahl der Personen im Asylverfahren damit mehr als verdreifacht, während bei den Duldungen ein Rückgang um -12,1 Prozent zu erkennen war.

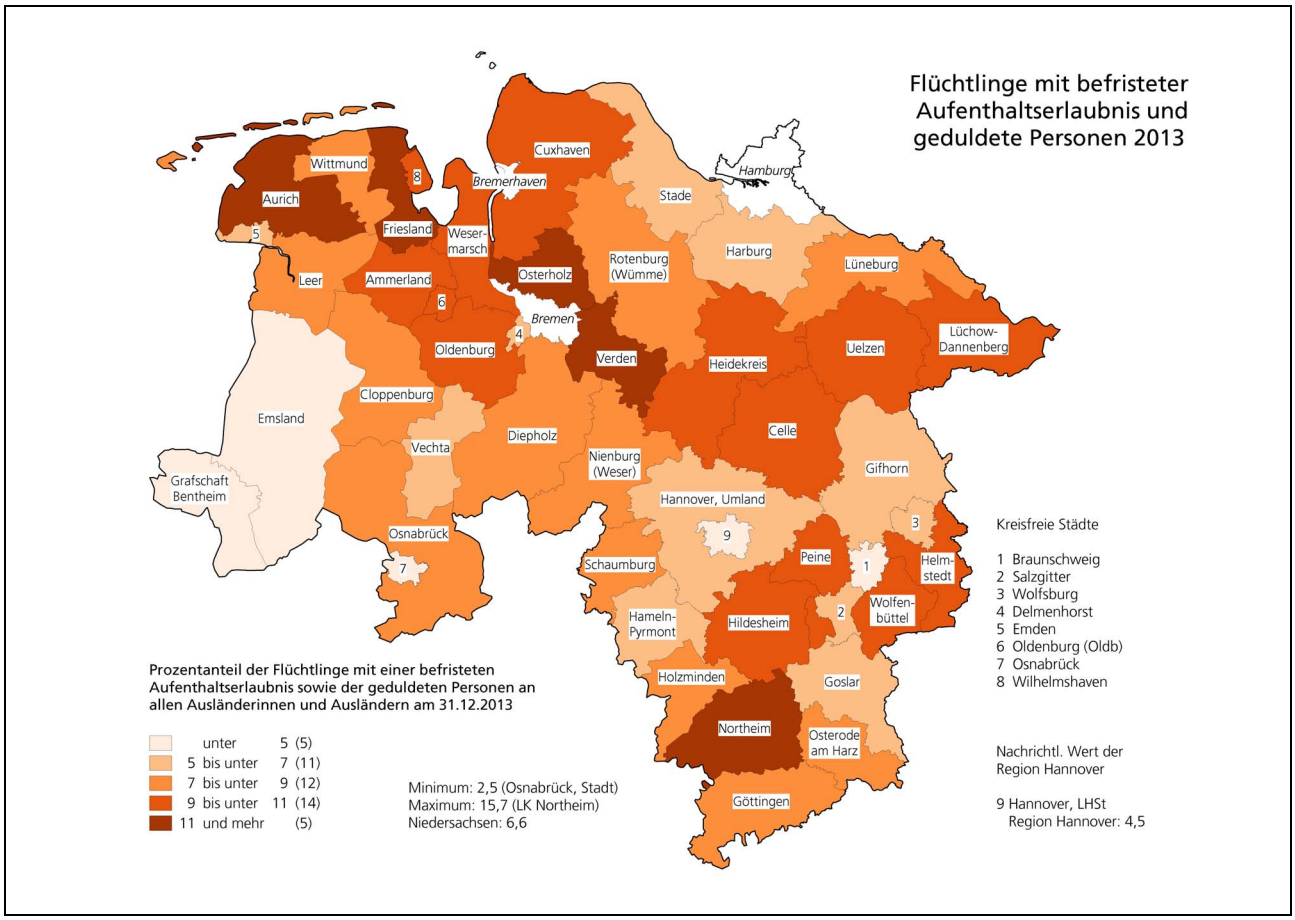
Die meisten Flüchtlinge und geduldeten Personen lebten 2013 in der Landeshauptstadt Hannover (9 568), die wenigsten im Landkreis Wittmund (319). Der Anteil von Flüchtlingen mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis sowie der geduldeten Personen an der Zahl aller Ausländerinnen und Ausländer (siehe Karte) war 2013 im Landkreis Northeim mit 15,7 Prozent am höchsten, in der Stadt Osnabrück mit 2,5 Prozent am niedrigsten.

Indikator A 6

Flüchtlinge und geduldete Personen 2010 und 2013 (31.12) nach Aufenthaltsstatus und Kreisen

Land Statistische Region	Insgesamt	davon mit Niederlassungserlaubnis	davon mit befristeter Aufenthaltserlaubnis							Duldung
			Asylberechtigte, GFK-Flüchtlinge	Aufnahmeerklärung, vor. Schutz, Resettlement, Kontingentflüchtlinge	Verbot der Abschiebung, Subsidiärer Schutz[1]	Unmöglichkeit d. Ausreise aus rechtl. oder tats. Gründen	Bleiberecht (Aufenthaltsgewährung); Opfer von Menschenhandel und organisierter Schwarzarbeit[2]	Dringende persönliche o. humanitäre Gründe, Härtefälle	Aufenthaltsgestattung zum Asylverfahren	
	Anzahl									
					2010					
Niedersachsen	**57 750**	**23 049**	**4 055**	**324**	**1 858**	**4 820**	**6 569**	**2 525**	**2 610**	**11 940**
Stat. Region Braunschweig	10 066	2 793	445	88	502	1 021	1 202	440	851	2 724
Stat. Region Hannover	20 975	10 987	1 719	87	531	1 437	1 687	736	444	3 347
Stat. Region Lüneburg	10 518	3 654	470	63	443	1 008	1 506	652	397	2 325
Stat. Region Weser-Ems	16 187	5 615	1 421	86	382	1 354	2 170	697	918	3 544
					2013					
Niedersachsen	**67 486**	**25 656**	**3 909**	**482**	**5 158**	**4 764**	**4 378**	**3 224**	**9 420**	**10 495**
Stat. Region Braunschweig	11 997	3 167	462	109	1 151	1 107	1 030	576	2 123	2 272
Stat. Region Hannover	25 094	12 300	1 804	174	1 836	1 331	1 025	1 009	2 455	3 160
Stat. Region Lüneburg	12 435	3 883	499	77	925	928	894	733	2 302	2 194
Stat. Region Weser-Ems	17 960	6 306	1 144	122	1 246	1 398	1 429	906	2 540	2 869

1) 2010: ohne Personen unter subsidiärem Schutz
2) 2010: ohne Aufenthaltsgewährungen aufgrund gut integrierter Jugendlicher/Heranwachsender gemäß § 25a Abs. 1 bzw. 2 AufenthG
Quelle: Ausländerzentralregister



Indikator A 7

Ausländerinnen und Ausländer 2005 und 2013 nach Staatsangehörigkeiten und Geschlecht

Definition des Indikators

Zu den in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer zählen alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und die sich nicht nur für einen kurzen Zeitraum in Deutschland aufhalten. Die Staatsangehörigkeit ist eine besondere Rechtsbeziehung, die eine Person einem bestimmten Staat zuordnet. In allen anderen Staaten ist diese Person Ausländerin bzw. Ausländer. Personen, die keine Staatsangehörigkeit besitzen, sind staatenlos. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung.

Die Länder der 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen sind auf Landesebene aufgeführt. Für das Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens ist zu berücksichtigen, dass die aus „Serbien und Montenegro“ 2006 hervorgegangenen Staaten „Serbien“ und „Montenegro“ sowie das seit 2008 unabhängige Kosovo der Vergleichbarkeit zum Jahr 2005 halber unter „Serbien“ subsumiert wurden.

Methodische Hinweise

Die Ausländerstatistik ermöglicht jährlich zum 31.12. einen umfassenden statistischen Überblick zur ausländischen Bevölkerung. Die Auszählung des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters (AZR) gibt Aufschluss über Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Aufenthaltsdauer, Alter und Familienstand der Ausländerinnen und Ausländer.

Die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Familien werden nicht aufgeführt, da sie nicht den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes unterliegen.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Ebene der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Landeshauptstadt Hannover sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 105 Ausländerzentralregister) sowie bundesweit in der GENESIS-Online Datenbank.
Methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht Niedersachsen A I 4, Ausländer am 31.12. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2, Ausländische Bevölkerung (erscheint jährlich).

Erläuterungen

Von den 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 in Niedersachsen waren 16 europäisch: Über drei Viertel (77,7 Prozent) der ausländischen Bevölkerung waren Europäer (408 277, +15,7 Prozent seit 2005). Die türkischen Staatsangehörigen waren darunter die größte Gruppe (vgl. Indikator A 5). Prozentual am höchsten waren die Zuwächse bei Ausländerinnen und Ausländern aus Australien und Ozeanien (+47,2 Prozent auf 982) sowie aus Afrika (+22 Prozent auf 17 408). Bei der Zahl der Amerikanerinnen und Amerikanern betrug die Zunahme +14,7 Prozent, bei der der Asiatinnen und Asiaten +6,9 Prozent.

Stark zugenommen hat die Zahl der EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer: Der Zuwachs seit 2005 betrug 60,1 Prozent und lässt sich insbesondere anhand der neuen jüngsten Beitrittsländer beobachten. So stieg die Zahl der Ausländerinnen und Ausländern mit bulgarischer und rumänischer Staatsangehörigkeit (EU-Beitritt 2007) seit 2005 um 405,8 Prozent (Bulgarien) bzw. 361,7 Prozent (Rumänien) auf zusammen 25 255. Auch bei ungarischen und polnischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern gab es sehr starke Zuwächse.

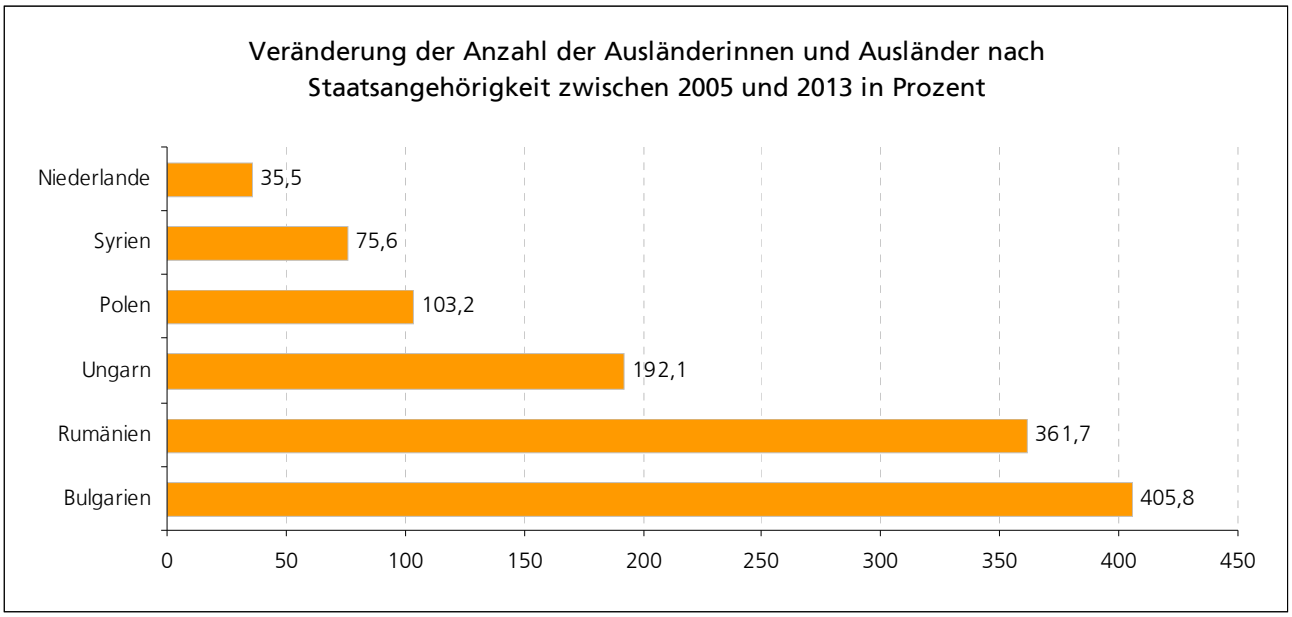
Ein Vergleich der Geschlechter zum 31.12.2013 zeigt vorwiegend höhere Anteile von männlichen Ausländern (insgesamt: 52,5 Prozent). Den größten Männeranteil in Niedersachsen verzeichnete das Vereinigte Königreich (67,6 Prozent). Mehr Frauen als Männer zählte nur die ausländische Bevölkerung mit einer Staatsangehörigkeit der Ukraine (63,3 Prozent), der Russischen Föderation (62,5 Prozent) und des Staates Vietnam (52 Prozent).

Indikator A 7

Ausländerinnen und Ausländer 2005 und 2013 nach Staatsangehörigkeiten und Geschlecht

Land der Staatsangehörigkeit[1]	31.12.2005	31.12.2013	davon am 31.12.2013		Veränderung 2005/2013
			Männer	Frauen	
	Anzahl		Prozent		
Europa	**352 754**	**408 277**	**52,7**	**47,3**	**+15,7**
Türkei	111 598	93 726	51,2	48,8	-16,0
Polen	32 413	65 850	54,3	45,7	+103,2
Serbien[2]	37 396	34 926	50,7	49,3	-6,6
Niederlande	22 334	30 260	56,2	43,8	+35,5
Italien	23 943	24 509	62,4	37,6	+2,4
Russische Föderation	18 273	19 399	37,5	62,5	+6,2
Griechenland	16 107	16 257	56,7	43,3	+0,9
Rumänien	3 382	15 614	60,8	39,2	+361,7
Spanien	9 376	10 389	52,1	47,9	+10,8
Vereinigtes Königreich	10 362	10 242	67,6	32,4	-1,2
Ukraine	11 612	9 884	36,7	63,3	-14,9
Bulgarien	1 906	9 641	56,6	43,4	+405,8
Portugal	7 248	8 255	55,1	44,9	+13,9
Kroatien	6 466	6 823	52,0	48,0	+5,5
Ungarn	2 287	6 680	67,1	32,9	+192,1
Österreich	6 222	6 438	52,5	47,5	+3,5
EU-Staaten	146 175	233 984	55,9	44,1	+60,1
Afrika	**14 269**	**17 408**	**62,2**	**37,8**	**+22,0**
Amerika	**11 797**	**13 537**	**44,1**	**55,9**	**+14,7**
Asien	**73 534**	**78 630**	**50,0**	**50,0**	**+6,9**
Syrien	5 458	9 582	54,8	45,2	+75,6
Irak	7 448	9 544	54,5	45,5	+28,1
Vietnam	9 666	8 076	48,0	52,0	-16,4
China	5 536	6 880	50,8	49,2	+24,3
Australien und Ozeanien	**667**	**982**	**55,7**	**44,3**	**+47,2**
Sonstige Ausprägungen	**8 465**	**6 855**	**58,6**	**41,4**	**-19,0**
Staatenlos	1 620	1 707	59,6	40,4	+5,4
Ungeklärt und ohne Angabe	6 845	5 148	58,3	41,7	-24,8
Insgesamt	**461 486**	**525 689**	**52,5**	**47,5**	**+13,9**

1) Aufgeführt sind die 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen.
2) einschließlich Montenegro und Kosovo
Quelle: Ausländerzentralregister



Indikator A 8

Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Altersgruppen und Kreisen

Definition des Indikators

Zu den in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer zählen alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und die sich nicht nur für einen kurzen Zeitraum in Deutschland aufhalten. Dazu gehören auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung.

Informationen zur Altersverteilung der ausländischen Bevölkerung können vor dem Hintergrund der Altersstruktur der Gesamtbevölkerung eingeordnet werden. Diese wichtige demographische Kennzahl ermöglicht eine Identifikation unterschiedlicher regionaler Anteile der jüngeren und der älteren ausländischen Bevölkerung.

Methodische Hinweise

Die Ausländerstatistik ermöglicht jährlich zum 31.12. einen umfassenden statistischen Überblick zur ausländischen Bevölkerung. Die Auszählung des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters (AZR) gibt Aufschluss über Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Aufenthaltsdauer, Alter und Familienstand der Ausländerinnen und Ausländer.

Die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Familien werden nicht aufgeführt, da sie nicht den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes unterliegen.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Ebene der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Landeshauptstadt Hannover sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 105 Ausländerzentralregister) sowie bundesweit in der GENESIS-Online Datenbank.
Methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht Niedersachsen A I 4, Ausländer am 31.12. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2, Ausländische Bevölkerung (erscheint jährlich).

Erläuterungen

Die Altersstruktur der Ausländerinnen und Ausländer zeigte zum 31.12.2013 in den vier Statistischen Regionen ein nahezu identisches Bild. Landesweit umfasste der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis unter 15 Jahren 9,6 Prozent der ausländischen Bevölkerung, zu den Personen im Erwerbsalter (15 bis unter 65 Jahre) zählten 80,7 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer und 9,7 Prozent waren 65 Jahre alt oder älter. Der Vergleich mit der Gesamtbevölkerung Niedersachsens zum 31.12.2012 (vorläufige Daten der Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011) verdeutlicht eine unterschiedliche Verteilung der Altersgruppen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter lag Ende 2012 mit 80,7 Prozent um 15,4 Prozentpunkte über der Quote der Gesamtbevölkerung (65,3 Prozent). Spiegelbildlich fielen die Anteile der jüngeren Ausländerinnen und Ausländer bis unter 15 Jahren (9,8 Prozent; Bevölkerung insgesamt: 13,7 Prozent) und der älteren Ausländerinnen und Ausländer ab 65 Jahren (9,6 Prozent; Bevölkerung insgesamt: 21 Prozent) zum Teil deutlich geringer aus.

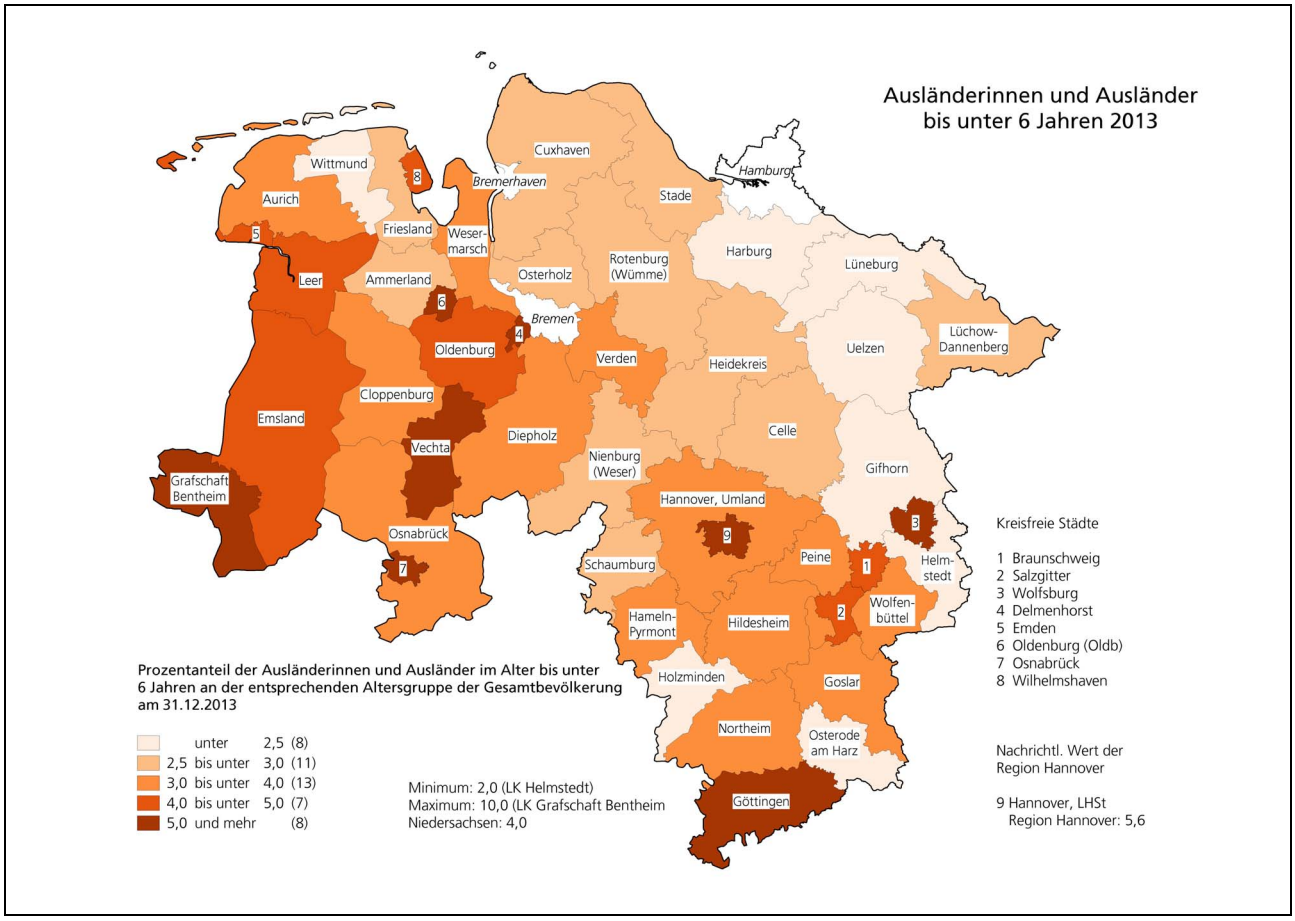
Zur regionalen Verteilung werden beispielhaft die Kinder im Alter bis unter 6 Jahren in den Blick genommen (siehe Karte). Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an dieser Altersgruppe der Gesamtbevölkerung betrug Ende 2012 landesweit 4,0 Prozent. Im Landkreis Grafschaft Bentheim hatte beim Spitzenwert jedes zehnte Kind bis unter 6 Jahren eine ausländische Nationalität. Überdurchschnittliche Quoten konnten zudem mit Ausnahme von Salzgitter in allen kreisfreien Städten und mit Werten über 4 Prozent außerdem in den Landkreisen Vechta (6,2 Prozent), Göttingen (5,6 Prozent), Emsland, Leer (jeweils 4,7 Prozent), Oldenburg (4,2 Prozent) und in der Landeshauptstadt Hannover (8,0 Prozent) beobachtet werden.

Indikator A 8

Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Altersgruppen und Kreisen

Land Statistische Region	Insgesamt	davon im Alter von … bis unter … Jahren						
		0 - 6	6 - 15	15 - 20	20 - 40	40 - 65	65 - 80	80 und älter
	Anzahl							
Niedersachsen	**525 689**	**17 853**	**32 749**	**30 029**	**208 340**	**185 902**	**44 197**	**6 619**
Stat. Region Braunschweig	104 490	3 346	5 817	6 051	43 631	34 815	9 521	1 309
Stat. Region Hannover	181 572	5 341	10 871	10 690	70 250	64 392	17 273	2 755
Stat. Region Lüneburg	77 840	2 558	5 147	4 603	30 033	29 110	5 487	902
Stat. Region Weser-Ems	161 787	6 608	10 914	8 685	64 426	57 585	11 916	1 653

Quelle: Ausländerzentralregister



Indikator A 9

Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsstatus

Definition des Indikators

Ausländerinnen und Ausländer (vgl. zur Definition Indikator A 3) leben in Deutschland mit einem bestimmten Aufenthaltstitel (z.B. Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis), zur Durchführung eines Asylverfahrens (Aufenthaltsgestattung) oder bei nicht rechtmäßigem Aufenthalt mit einer Duldung (Aussetzung der Abschiebung). Die Bedingungen der rechtmäßigen Einreise und des rechtmäßigen Aufenthalts werden durch unterschiedliche Aufenthaltstitel geregelt. Die nach dem Aufenthaltstitel gegliederten Daten sind ein Indikator, der die gesellschaftliche Teilhabe anhand rechtlicher Aufenthaltsbedingungen und den damit verbundenen Möglichkeiten zur Aufnahme einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit beschreibt.

Methodische Hinweise

Der Aufenthalt ausländischer Personen ist nach folgenden rechtlichen Bestimmungen gegliedert: Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) benötigen keinen Aufenthaltstitel, für sie gilt unter den Voraussetzungen der freizügigkeitsrechtlichen Bestimmungen das Recht auf Freizügigkeit. Staatsangehörige der Schweiz haben nach den im Freizügigkeitsabkommen EU-Schweiz genannten Vorgaben einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Ausländerinnen und Ausländer, die nicht aus einem EU-Staat stammen, benötigen einen in der Regel befristeten Aufenthaltstitel, dessen Erteilungsvoraussetzungen vom jeweiligen Aufenthaltszweck abhängen („Aufenthaltserlaubnis"). Die häufigsten Aufenthaltszwecke sind die Familienzusammenführung, die Aufnahme eines Studiums oder einer Beschäftigung sowie humanitäre Gründe. Im Regelfall kann nach fünfjährigem Besitz der Aufenthaltserlaubnis ein unbefristeter Aufenthaltstitel („Niederlassungserlaubnis", „Daueraufenthaltserlaubnis-EG") erteilt werden. Die „Duldung" ist die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung. Das Asylverfahrensgesetz enthält als weiteres Aufenthaltsrecht die „Aufenthaltsgestattung", die Ausländerinnen und Ausländern, die einen Asylantrag gestellt haben, zur Durchführung des Asylverfahrens den Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet.
Geregelt werden Einreise, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit der Ausländerinnen und Ausländer im Aufenthaltsgesetz, das zum 1. Januar 2005 das Ausländergesetz von 1990 („Aufenthaltsstatus nach altem Recht") abgelöst hat. Ausgewiesen werden die Daten jährlich zum 31.12. anhand der Auszählung des Ausländerzentralregisters (AZR). Auf Landesebene werden die Werte nach den 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen aufgeführt (vgl. Indikator A 7).

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2, Ausländische Bevölkerung (erscheint jährlich).
Zum Aufenthaltsrecht siehe das „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet" (Aufenthaltsgesetz – AufenthG vom 30.07.2004, Inkrafttreten 01.01.2005).

Erläuterungen

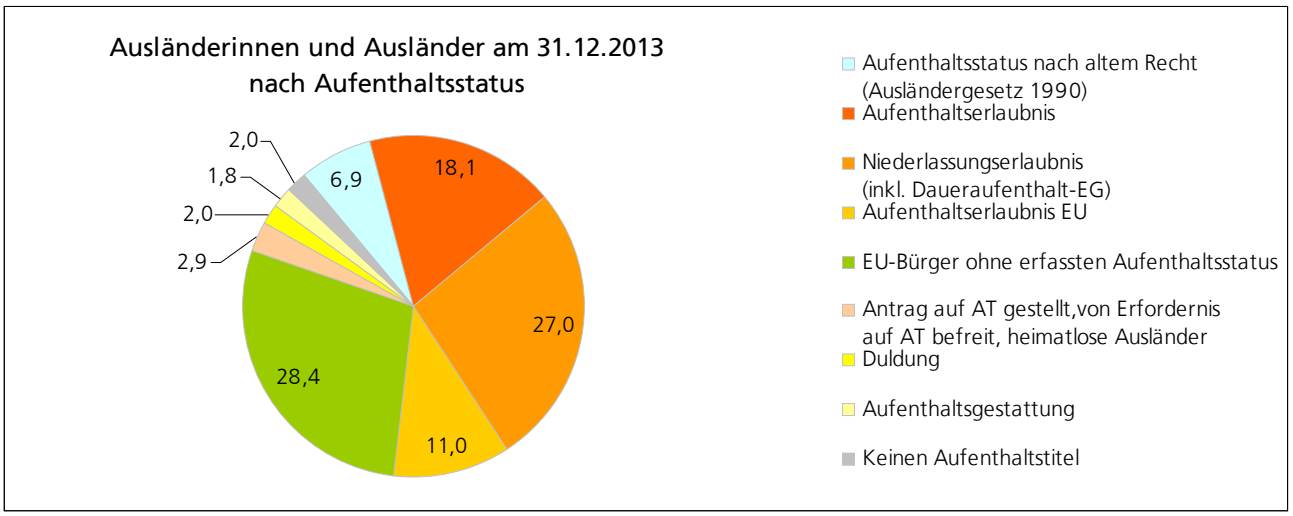
Rund zwei Drittel der Ausländerinnen und Ausländer lebten am 31.12.2013 entweder mit einer Niederlassungserlaubnis (27,0 Prozent) dauerhaft oder nach EU-Recht (Aufenthaltserlaubnis und EU-Bürger ohne erfassten Aufenthaltsstatus, insg. 39,3 Prozent) in Niedersachsen. Mit einer Aufenthaltserlaubnis war der Aufenthaltsstatus für rund ein Fünftel (18,1 Prozent) der ausländischen Bevölkerung v.a. aus Australien und Ozeanien (56,8 Prozent), Asien (45,6 Prozent), Amerika (44,0 Prozent) und Afrika (41,2 Prozent) zeitlich befristet. Auch unter den europäischen Staatsangehörigkeiten aus Nicht-EU-Staaten (insgesamt 10,4 Prozent) fielen die Anteile teilweise überdurchschnittlich aus: Serbien, Montenegro und Kosovo (33 Prozent), Russische Föderation (29,3 Prozent), Ukraine (22,3 Prozent), Türkei (18,9 Prozent). Für 6,9 Prozent galt der befristete oder unbefristete Aufenthaltsstatus nach altem Recht (Ausländergesetz 1990), davon war weniger als ein Drittel (30,1 Prozent) türkisch. Eingeschränkte bzw. befristete Aufenthaltsbestimmungen gelten somit häufig für Europäerinnen und Europäer aus Nicht-EU-Staaten und insbesondere für ausländische Personen anderer Kontinente, vor allem aus Asien. Dies zeigen auch die verhältnismäßig vielen Fälle von Duldungen und Aufenthaltsgestattungen zur Durchführung eines Asylverfahrens. Jede und jeder zehnte Staatsangehörige aus Serbien, Montenegro und dem Kosovo hielt sich mit dem Status der Duldung in Niedersachsen auf.

Indikator A 9

Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsstatus

Land der Staatsangehörigkeit[1]	Insgesamt	davon nach Aufenthaltsstatus								
		Aufenthaltsstatus nach altem Recht (Ausländergesetz 1990)	Aufenthaltserlaubnis	Niederlassungserlaubnis (inkl. Daueraufenthalt-EG)	Aufenthaltsrecht EU		Antrag auf Aufenthaltstitel (AT) gestellt, von Erfordernis auf AT befreit, heimatlose Ausländer	Duldung	Aufenthaltsgestattung	Keinen Aufenthaltstitel
					Aufenthaltserlaubnis EU	EU-Bürger ohne erfassten Aufenthaltsstatus[2]				
	Anzahl									
Europa	**408 277**	**33 058**	**42 625**	**104 887**	**56 384**	**149 081**	**9 138**	**5 426**	**2 573**	**5 105**
Türkei	93 726	11 287	17 761	60 912	176	-	1 749	701	120	1 020
Polen	65 850	5 105	909	1 244	2 814	55 237	335	16	-	190
Serbien[3]	34 926	676	11 521	14 892	244	-	2 155	3 419	921	1 098
Niederlande	30 260	1 606	20	24	10 874	17 236	429	-	-	71
Italien	24 509	1 324	30	26	12 811	9 114	1 147	-	-	57
Russische Föderation	19 399	390	5 677	10 675	130	-	441	505	796	785
Griechenland	16 257	1 056	17	36	7 526	6 611	939	2	-	70
Rumänien	15 614	181	180	320	257	14 595	32	10	-	39
Spanien	10 389	745	23	10	4 656	4 648	275	1	1	30
Vereinigtes Königreich	10 242	841	33	62	5 173	3 910	198	-	-	25
Ukraine	9 884	3 599	2 207	3 455	114	-	162	40	4	303
Bulgarien	9 641	75	125	184	230	8 974	26	3	3	21
Portugal	8 255	517	3	11	3 194	4 220	286	2	-	22
Kroatien	6 823	978	714	4 446	144	363	103	50	3	22
Ungarn	6 680	283	18	88	128	6 107	26	-	-	30
Österreich	6 438	1 371	8	84	2 592	2 254	114	1	-	14
EU-Staaten	233 984	15 758	2 267	6 987	54 847	149 081	4 239	96	7	702
Afrika	**17 408**	**322**	**7 166**	**4 394**	**267**	**-**	**954**	**841**	**2 449**	**1 015**
Amerika	**13 537**	**893**	**5 953**	**4 610**	**551**	**-**	**651**	**39**	**59**	**781**
Asien	**78 630**	**1 989**	**35 848**	**26 056**	**499**	**-**	**3 618**	**3 251**	**4 090**	**3 279**
Syrien	9 582	14	6 167	1 321	35	-	403	173	857	612
Irak	9 544	33	3 604	3 825	17	-	397	802	532	334
Vietnam	8 076	87	2 810	4 665	16	-	222	111	27	138
China	6 880	55	4 665	1 236	37	-	452	55	2	378
Australien und Ozeanien	**982**	**58**	**558**	**243**	**19**	**-**	**37**	**-**	**-**	**67**
Sonstige Ausprägungen[4]	**6 855**	**121**	**2 864**	**1 525**	**40**	**-**	**855**	**938**	**249**	**263**
Insgesamt	**525 689**	**36 441**	**95 014**	**141 715**	**57 760**	**149 081**	**15 253**	**10 495**	**9 420**	**10 510**

1) Aufgeführt sind die 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen.
2) Für den Großteil der EU-Bürger ist für 2013 kein Aufenthaltsstatus erfasst. Dieser Personenkreis verfügte dennoch über ein Aufenthaltsrecht in Deutschland.
3) einschließlich Montenegro und Kosovo - 4) "Staatenlos" sowie "Ungeklärt und ohne Angabe"
Quelle: Ausländerzentralregister



Indikator A 10

Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsstatus und Kreisen

Definition des Indikators

Ausländerinnen und Ausländer (vgl. zur Definition Indikator A 3) leben in Deutschland mit einem bestimmten Aufenthaltstitel (z.B. Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis), zur Durchführung eines Asylverfahrens (Aufenthaltsgestattung) oder bei nicht rechtmäßigem Aufenthalt mit einer Duldung (Aussetzung der Abschiebung). Die Bedingungen der rechtmäßigen Einreise und des rechtmäßigen Aufenthalts werden durch unterschiedliche Aufenthaltstitel geregelt. Die nach dem Aufenthaltstitel gegliederten Daten sind ein Indikator, der die gesellschaftliche Teilhabe anhand rechtlicher Aufenthaltsbedingungen und den damit verbundenen Möglichkeiten zur Aufnahme einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit beschreibt.

Methodische Hinweise

Der Aufenthalt ausländischer Personen ist nach folgenden rechtlichen Bestimmungen gegliedert: Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) benötigen keinen Aufenthaltstitel, für sie gilt unter den Voraussetzungen der freizügigkeitsrechtlichen Bestimmungen das Recht auf Freizügigkeit. Staatsangehörige der Schweiz haben nach den im Freizügigkeitsabkommen EU-Schweiz genannten Vorgaben einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Ausländerinnen und Ausländer, die nicht aus einem EU-Staat stammen, benötigen einen in der Regel befristeten Aufenthaltstitel, dessen Erteilungsvoraussetzungen vom jeweiligen Aufenthaltszweck abhängen („Aufenthaltserlaubnis"). Die häufigsten Aufenthaltszwecke sind die Familienzusammenführung, die Aufnahme eines Studiums oder einer Beschäftigung sowie humanitäre Gründe. Im Regelfall kann nach fünfjährigem Besitz der Aufenthaltserlaubnis ein unbefristeter Aufenthaltstitel („Niederlassungserlaubnis", „Daueraufenthaltserlaubnis-EG") erteilt werden. Die „Duldung" ist die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung. Das Asylverfahrensgesetz enthält als weiteres Aufenthaltsrecht die „Aufenthaltsgestattung", die Ausländerinnen und Ausländern, die einen Asylantrag gestellt haben, zur Durchführung des Asylverfahrens den Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet.
Geregelt werden Einreise, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit der Ausländerinnen und Ausländer im Aufenthaltsgesetz, das zum 1. Januar 2005 das Ausländergesetz von 1990 („Aufenthaltsstatus nach altem Recht") abgelöst hat. Ausgewiesen werden die Daten jährlich zum 31.12. anhand der Auszählung des Ausländerzentralregisters (AZR). Der Indikator wird hier auf Ebene der Landkreise, kreisfreien Städten und der Landeshauptstadt Hannover dargestellt.

Weiterführende Informationen: siehe unter Indikator A 9. Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de.

Erläuterungen

Auch beim Aufenthaltsstatus von Ausländerinnen und Ausländern sind regionale Unterschiede innerhalb Niedersachsens erkennbar (31.12.2013). Einen dauerhaften Aufenthalt durch eine Niederlassungserlaubnis oder einen Aufenthalt nach EU-Recht (Aufenthaltserlaubnis sowie Freizügigkeit ohne erfassten Aufenthaltsstatus) hatten landesweit 66,3 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer. Unterdurchschnittliche Werte wiesen vor allem Landkreise und kreisfreie Städte in der Statistischen Region Braunschweig auf. Mit 45,8 Prozent der ausländischen Bevölkerung war der Anteil im Landkreis Göttingen am geringsten, während 32,9 Prozent im südlichsten Landkreis eine Aufenthaltserlaubnis hatten. Dies ist der höchste Prozentanteil zum Status der zeitlichen Befristung; hier zeichnet sich der Einfluss des Grenzdurchgangslagers und der ausländischen Studierenden an der Universität ab (vgl. Indikator A 23). Die überaus hohen Anteile von ausländischen Personen mit Niederlassungserlaubnis oder EU Aufenthaltsrecht in Teilen der Statistischen Region Weser-Ems (Grafschaft Bentheim 86 Prozent, Landkreis Emsland 79,6 Prozent, Landkreis Leer 76,4 Prozent) gehen zurück auf die große Gruppe niederländischer Staatsangehöriger (vgl. Indikator A 5). In den Landkreisen Cloppenburg (79,0 Prozent) und Vechta (74,8 Prozent) sind hingegen Bürger der östlichen EU-Staaten (v.a. Polen und Rumänien) stärker vertreten.
In Regionen, in denen ein Großteil der ausländischen Personen bereits mit einer längeren Aufenthaltsdauer wohnt (vgl. Indikator A 4), haben auch überdurchschnittlich viele Ausländerinnen und Ausländer eine unbefristete Niederlassungserlaubnis. Hohe Anteilswerte gab es bspw. im Landkreis Holzminden (45,0 Prozent), in der kreisfreien Stadt Salzgitter (44,2 Prozent) sowie in den Landkreisen Peine (38,1 Prozent) und Hameln-Pyrmont (38,0 Prozent).

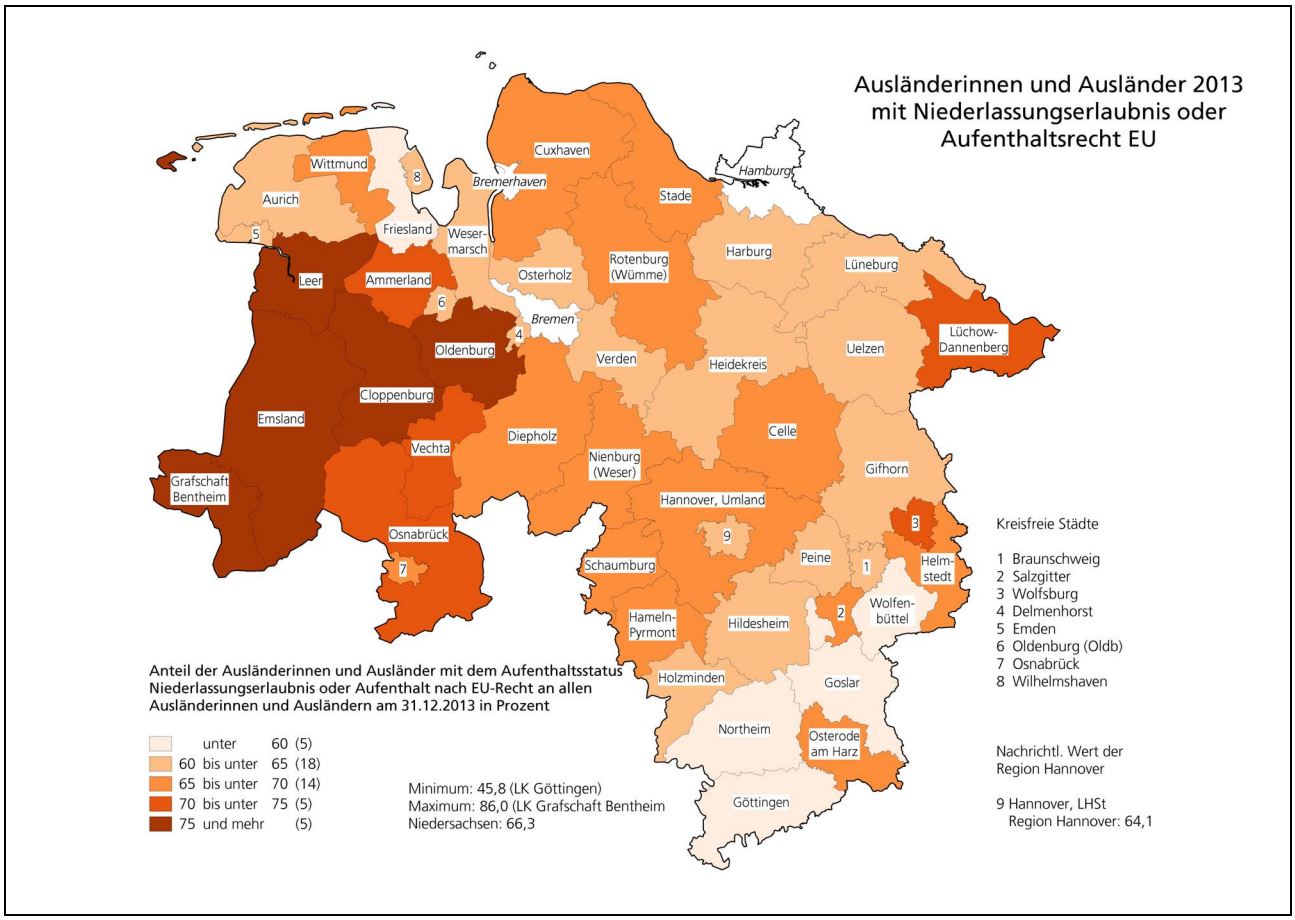
Indikator A 10

Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsstatus und Kreisen

Land Statistische Region	Insgesamt	davon nach Aufenthaltsstatus								
		Aufenthaltsstatus nach altem Recht (Ausländergesetz 1990)	Aufenthaltserlaubnis	Niederlassungserlaubnis (inkl. Daueraufenthalt-EG)	Aufenthaltsrecht EU		Antrag auf Aufenthaltstitel (AT) gestellt, von Erfordernis auf AT befreit, heimatlose Ausländer	Duldung	Aufenthaltsgestattung	Keinen Aufenthaltstitel
					Aufenthaltserlaubnis EU	EU-Bürger ohne erfassten Aufenthaltsstatus[1)]				
	Anzahl									
Niedersachsen	**525 689**	**36 441**	**95 014**	**141 715**	**57 760**	**149 081**	**15 253**	**10 495**	**9 420**	**10 510**
Stat. Region Braunschweig	104 490	7 375	23 780	29 776	12 154	21 446	3 152	2 272	2 123	2 412
Stat. Region Hannover	181 572	15 736	32 656	58 993	20 521	37 854	6 713	3 160	2 455	3 484
Stat. Region Lüneburg	77 840	4 824	15 015	19 114	8 352	22 515	1 996	2 194	2 302	1 528
Stat. Region Weser-Ems	161 787	8 506	23 563	33 832	16 733	67 266	3 392	2 869	2 540	3 086

1) Für den Großteil der Unionsbürger ist für 2013 kein Aufenthaltsstatus erfasst. Dieser Personenkreis verfügte dennoch über ein Aufenthaltsrecht in Deutschland.

Quelle: Ausländerzentralregister



Indikator A 11

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2012 nach Kreisen

Definition des Indikators

Als eine der wichtigsten Basisinformationen zur gesellschaftlichen Teilhabe beschreibt dieser Indikator den Einfluss der Migration in der Gesellschaft. Das Konzept der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund" umfasst nicht nur die eigentliche Migration nach Deutschland, sondern schließt auch die Nachkommen der Zugewanderten ein. Die Unterscheidung nach Deutschen und Nichtdeutschen (vgl. Indikator A 3) wird damit erweitert: Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen nach dem Mikrozensus alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländerin oder Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Der Migrationshintergrund kann sich auch ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ableiten.

Methodische Hinweise

In der amtlichen Statistik wurde ein umfassendes Konzept zur Erfassung des Migrationshintergrundes erstmals mit dem Mikrozensus 2005 eingeführt. Dazu wurde zusätzlich eine Reihe von Fragen zur Migration aufgenommen, aus denen der Migrationshintergrund abgeleitet wird. Eine vollständige Übertragung auf andere Statistiken außerhalb des Mikrozensus ist aufgrund der Komplexität der Definition nicht möglich. Zur Bestimmung des Migrationshintergrundes wird (1.) nur die Zuwanderung auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik ab 1950 berücksichtigt, um den Großteil der Zuwanderung durch kriegsbedingte Vertreibung nicht einzubeziehen. Zudem werden (2.) auch die Nachkommen der Zugewanderten berücksichtigt, die bereits in der Bundesrepublik geboren sind und (3.) für alle Ausländerinnen und Ausländer sowie für alle Eingebürgerten ein Migrationshintergrund unterstellt. Außerdem gilt in diesem Bericht für alle dargestellten Jahre der Migrationshintergrund im engeren Sinne: Von den Deutschen mit Migrationshintergrund, die seit Geburt Deutsche sind, werden nur jene hinzugezählt, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil im selben Haushalt leben. Nur dann liegt die für die Zuordnung entscheidende Elterninformation vor. Der Migrationshintergrund im weiteren Sinne kann anhand der Zusatzfragen zum Migrationsstatus der nicht im Haushalt lebenden Eltern bislang nur für 2005 und 2009 dargestellt werden.
Die Statistik wird auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte sowie für die Großstädte Hannover und Göttingen ausgewiesen. Einige kleinere Regionaleinheiten wurden aus stichprobentheoretischen Gründen zusammengefasst: Uelzen und Lüchow-Dannenberg, Emden und Leer sowie Friesland und Wittmund.
Weiterführende Informationen: Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2.2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund (erscheint jährlich).

Erläuterungen

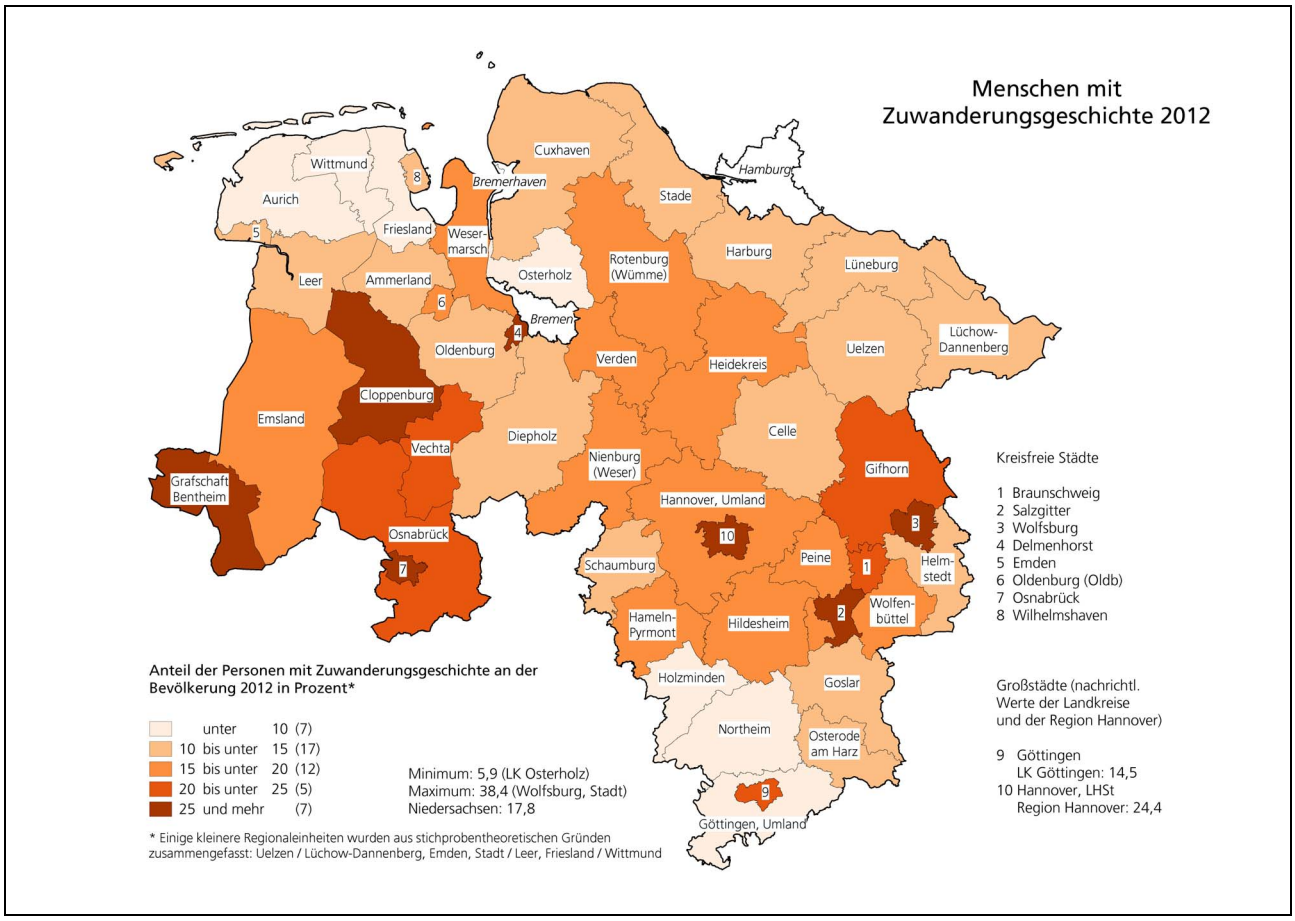
In Niedersachsen lebten 2012 laut Mikrozensus rund 1,4 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (Deutschland: 16,3 Millionen), was 17,8 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach. Der Wert lag damit unter dem Bundeswert von rund 20 Prozent. Gegenüber 2005 ist der Anteil in Niedersachsen um +2,1 Prozentpunkte gestiegen. Dabei speist sich dieses Plus vor allem aus dem Anstieg in der Statistischen Region Weser-Ems, wo seit 2005 ein Zuwachs um rund 79 400 Personen (+3,2 Prozentpunkte) auf über 453 000 (18,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung) zu beobachten war. Absolut betrachtet lebten 2012 in Niedersachsen hier die meisten Personen mit Zuwanderungsgeschichte. Auch die Statistischen Regionen Hannover (20,3 Prozent) und Braunschweig (18,5 Prozent) wiesen Anteile oberhalb des Landesdurchschnitts auf. Einzig die Statistische Region Lüneburg mit rund 230 000 Personen mit Zuwanderungsgeschichte (13,6 Prozent) lag unter dem Landesdurchschnitt.
Von den rund 433 000 Ausländerinnen und Ausländern und Deutschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Statistischen Region Hannover entfielen 64,1 Prozent auf die Region Hannover, in der 24,4 Prozent der Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte hatten. Im regionalen Vergleich reichte die Spanne von 5,9 Prozent im Landkreis Osterholz bis zu 38,4 Prozent in der Stadt Wolfsburg. Migrationsprozesse spielen sich vor allem im städtischen Raum ab: In der Landeshauptstadt Hannover lag der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei 30,5 Prozent und in der Stadt Osnabrück bei 29,6 Prozent. Auch in den Landkreisen Cloppenburg (26,3 Prozent) und Grafschaft Bentheim (25,0 Prozent) hatte ein Viertel der Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte. Im Norden waren die Anteile unterdurchschnittlich und an der Nordseeküste in den Landkreisen Friesland und Wittmund (6,2 Prozent) sowie Aurich (9,0 Prozent) besonders gering.

Indikator A 11

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2012 nach Kreisen

Land Statistische Region	Bevölkerung insgesamt	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund	Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund	Anteil der Personen mit Migrationshintergrund
	1000			Prozent	
Niedersachsen	**7 916,7**	**6 503,7**	**1 412,9**	**82,2**	**17,8**
Stat. Region Braunschweig	1 605,1	1 308,4	296,7	81,5	18,5
Stat. Region Hannover	2 138,0	1 704,8	433,2	79,7	20,3
Stat. Region Lüneburg	1 690,4	1 460,8	229,6	86,4	13,6
Stat. Region Weser-Ems	2 483,2	2 029,8	453,4	81,7	18,3

Quelle: Mikrozensus



Indikator A 12

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2005 und 2012 nach Bevölkerungsgruppen und regionalen Anpassungsschichten

Definition des Indikators

Als eine der wichtigsten Basisinformationen zur gesellschaftlichen Teilhabe beschreibt dieser Indikator den Einfluss der Migration in der Gesellschaft. Das Konzept der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund" umfasst nicht nur die eigentliche Migration nach Deutschland, sondern schließt auch die Nachkommen der Zugewanderten ein. Die Unterscheidung nach Deutschen und Nichtdeutschen (vgl. Indikator A 3) wird damit erweitert: Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen nach dem Mikrozensus alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländerin oder Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Der Migrationshintergrund kann sich auch ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ableiten. Der Indikator untergliedert die Personen zusätzlich in Ausländerinnen und Ausländer, (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler und weitere Deutsche mit Migrationshintergrund.

Methodische Hinweise

Die Statistik wird auf Ebene der regionalen Anpassungsschichten des Mikrozensus ausgewiesen. Dies sind Zusammenfassungen mehrerer Gebietseinheiten, in denen insgesamt rund 500 000 Einwohnerinnen und Einwohner leben. Datenquelle ist der Mikrozensus (vgl. zu weiteren methodischen Hinweisen Indikator A 11).

Anpassungsschicht	*Zusammengefasste Landkreise (LK) und kreisfreie Städte (KS)*
Ostniedersachsen	KS Wolfsburg, LK Gifhorn, LK Helmstedt, LK Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, LK Peine
Südniedersachsen	LK Goslar, LK Osterode am Harz, LK Göttingen, LK Northeim
Hannover, Landeshauptstadt	Hannover, Landeshauptstadt
Hannover, Umland	Hannover, Umland
Weser-Leine-Bergland	LK Hameln-Pyrmont, LK Holzminden, LK Hildesheim
Mittelniedersachsen	LK Diepholz, LK Nienburg (Weser), LK Schaumburg
Nordniedersachsen	LK Cuxhaven, LK Stade, LK Harburg, LK Osterholz, LK Rotenburg (Wümme)
Nordostniedersachsen	LK Lüneburg, LK Lüchow-Dannenberg, LK Uelzen, LK Celle, LK Heidekreis, LK Verden
Ostfriesland-Nordseeküste	KS Emden, LK Leer, LK Aurich, KS Wilhelmshaven, LK Friesland, LK Wittmund, LK Wesermarsch
Oldenburger Raum	LK Ammerland, LK Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, LK Oldenburg
Westniedersachsen	KS Osnabrück, LK Osnabrück, LK Vechta, LK Emsland, LK Grafschaft Bentheim

Weiterführende Informationen: siehe unter Indikator A 11. Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de.

Erläuterungen

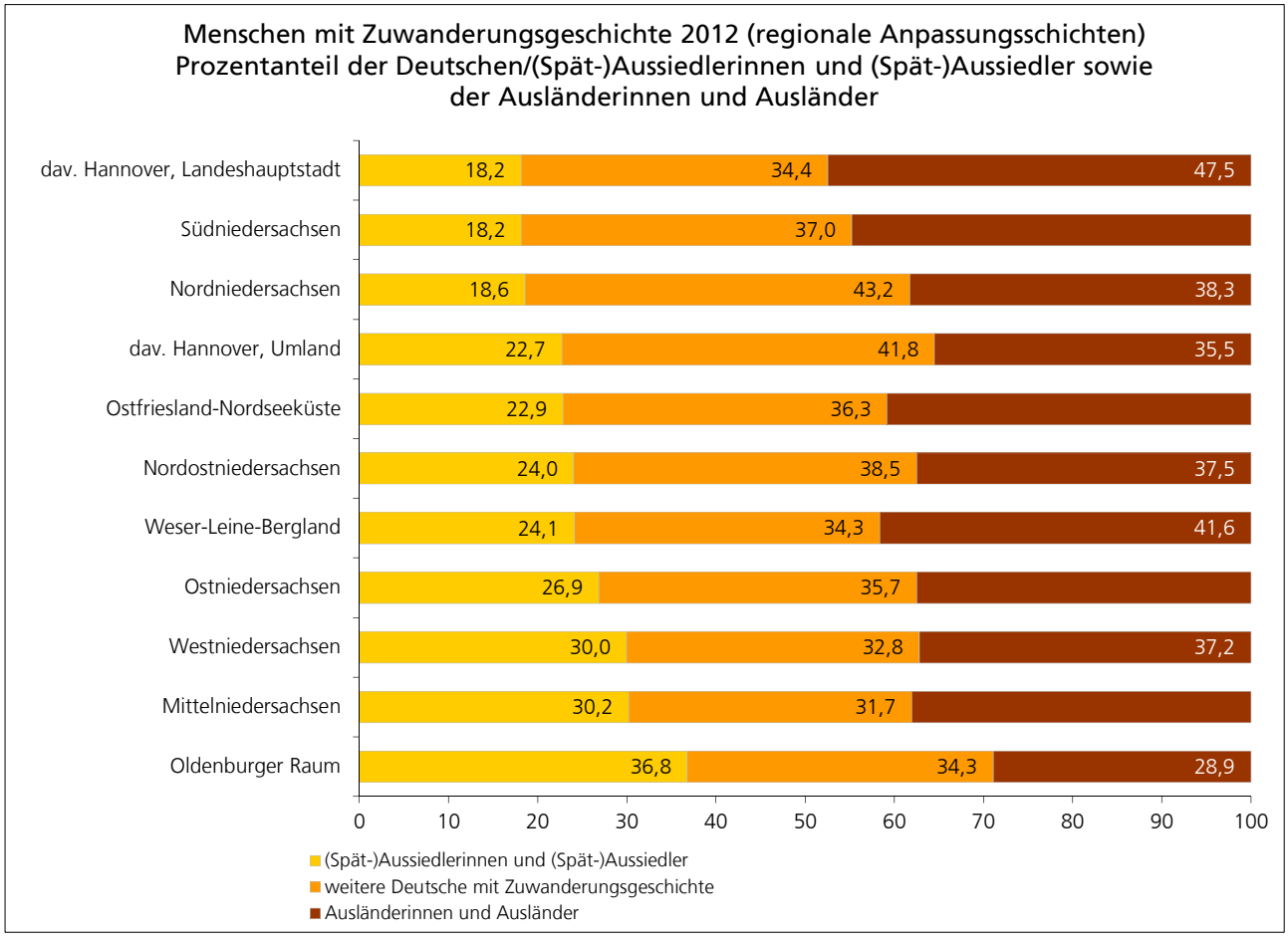
Im Jahr 2012 hatten 61,4 Prozent der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Niedersachsen die deutsche Staatsangehörigkeit. Ein Viertel zählte zur Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Rund 358 000 zugewanderte Deutsche mit dem (Spät-)Aussiedlerstatus (aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten) lebten in Niedersachsen. Ihr Schwerpunkt lag in der Statistischen Region Weser-Ems: 30,5 Prozent der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte waren hier (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Im absoluten Vergleich der Regionen lebten die meisten Personen dieser Bevölkerungsgruppe in Westniedersachsen (77 200); den größten Anteil der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler an allen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wies mit 36,7 Prozent der Oldenburger Raum auf. Auch in Mittel- (30,3 Prozent), West- (30,0 Prozent) und Ostniedersachsen (26,8 Prozent) war der Anteil überdurchschnittlich hoch. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an allen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte war vor allem in Südniedersachsen (44,8 Prozent), der Region Hannover (42,4 Prozent) und im Weser-Leine-Bergland (41,6 Prozent) überdurchschnittlich hoch. Den höchsten Anteil verzeichnete die Landeshauptstadt Hannover (47,5 Prozent). Im Gegensatz zu 2010 hatte in keiner Region mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner mit Zuwanderungsgeschichte eine ausländische Nationalität.

Indikator A 12

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2005 und 2012 nach Bevölkerungsgruppen und regionalen Anpassungsschichten

Anpassungsschicht Region Hannover Statistische Region Land	Menschen mit Migrationshintergrund				davon 2012		
	2005		2012		Ausländerinnen und Ausländer	(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler	weitere Deutsche mit Migrationshintergrund
	1000	%	1000	%	1000		
Ostniedersachsen	188,5	18,6	220,5	22,2	82,6	59,2	78,6
Südniedersachsen	82,5	12,8	76,2	12,4	34,1	13,9	28,2
Stat. Region Braunschweig	**271,0**	**16,4**	**296,7**	**18,5**	**116,8**	**73,1**	**106,9**
Region Hannover	257,9	22,9	277,3	24,4	117,6	55,7	104,0
dav. Hannover, Landeshauptstadt	160,4	31,1	159,9	30,4	75,9	29,0	55,0
dav. Hannover, Umland	97,5	15,9	117,4	19,2	41,7	26,7	49,1
Weser-Leine-Bergland	79,3	15,0	82,9	16,4	34,5	20,0	28,4
Mittelniedersachsen	51,1	10,0	73,0	14,7	27,8	22,1	23,2
Stat. Region Hannover	**388,3**	**17,9**	**433,2**	**20,3**	**179,8**	**97,8**	**155,6**
Nordniedersachsen	126,7	13,8	115,5	12,6	44,2	21,5	49,8
Nordostniedersachsen	98,8	12,6	114,1	14,8	42,8	27,4	43,9
Stat. Region Lüneburg	**225,5**	**13,2**	**229,6**	**13,6**	**87,0**	**48,9**	**93,7**
Ostfriesland-Nordseeküste	66,5	8,9	77,6	10,6	31,7	17,7	28,2
Oldenburger Raum	106,8	16,9	118,1	18,4	34,1	43,4	40,5
Westniedersachsen	200,7	18,3	257,7	23,3	95,9	77,2	84,6
Stat. Region Weser-Ems	**374,0**	**15,1**	**453,4**	**18,3**	**161,7**	**138,4**	**153,3**
Niedersachsen	**1 258,8**	**15,7**	**1 412,9**	**17,8**	**545,3**	**358,2**	**509,5**

Quelle: Mikrozensus



Indikator A 13

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2012 nach Altersgruppen und Geschlecht

Definition des Indikators

Als eine der wichtigsten Basisinformationen zur gesellschaftlichen Teilhabe beschreibt dieser Indikator den Einfluss der Migration in der Gesellschaft. Das Konzept der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ umfasst nicht nur die eigentliche Migration nach Deutschland, sondern schließt auch die Nachkommen der Zugewanderten ein. Die Unterscheidung nach Deutschen und Nichtdeutschen (vgl. Indikator A 3) wird damit erweitert: Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen nach dem Mikrozensus alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländerin oder Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Der Migrationshintergrund kann sich auch ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ableiten. Dargestellt wird der Anteil der Männer und Frauen an verschiedenen Altersgruppen der Gesamtbevölkerung.

Methodische Hinweise

In der amtlichen Statistik wurde ein umfassendes Konzept zur Erfassung des Migrationshintergrundes erstmals mit dem Mikrozensus 2005 eingeführt. Dazu wurde zusätzlich eine Reihe von Fragen zur Migration aufgenommen, aus denen der Migrationshintergrund abgeleitet wird. Eine vollständige Übertragung auf andere Statistiken außerhalb des Mikrozensus ist aufgrund der Komplexität der Definition nicht möglich. Zur Bestimmung des Migrationshintergrundes wird (1.) nur die Zuwanderung auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik ab 1950 berücksichtigt, um den Großteil der Zuwanderung durch kriegsbedingte Vertreibung nicht einzubeziehen. Zudem werden (2.) auch die Nachkommen der Zugewanderten berücksichtigt, die bereits in der Bundesrepublik geboren sind und (3.) für alle Ausländerinnen und Ausländer sowie für alle Eingebürgerten ein Migrationshintergrund unterstellt. Außerdem gilt in diesem Bericht für alle dargestellten Jahre der Migrationshintergrund im engeren Sinne: Von den Deutschen mit Migrationshintergrund, die seit Geburt Deutsche sind, werden nur jene hinzugezählt, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil im selben Haushalt leben. Nur dann liegt die für die Zuordnung entscheidende Elterninformation vor. Der Migrationshintergrund im weiteren Sinne kann anhand der Zusatzfragen zum Migrationsstatus der nicht im Haushalt lebenden Eltern bislang nur für 2005 und 2009 dargestellt werden.

Weiterführende Informationen:
Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2.2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund (erscheint jährlich).

Erläuterungen

Von den rund 1,4 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die 2012 in Niedersachsen lebten, waren 50,4 Prozent Männer. Der Anteil der Männer mit Zuwanderungsgeschichte an allen männlichen Einwohnern betrug 18,3 Prozent. 17,4 Prozent der niedersächsischen Frauen hatten 2012 eine Zuwanderungsgeschichte.

Mit steigendem Alter sinkt der Anteil der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte: Von den Kindern im Alter bis unter 3 Jahren sowie bei den 3- bis unter 6-Jährigen hatten 31,7 Prozent eine Zuwanderungsgeschichte. Bei den 6- bis unter 15-jährigen Kindern und Jugendlichen waren es 28,4 Prozent. Diese Bevölkerungsanteile lagen weit über dem durchschnittlichen Bevölkerungsanteil der Personen mit Zuwanderungsgeschichte von 17,8 Prozent. Auch bei den 15- bis unter 40-Jährigen waren überdurchschnittliche Werte zu verzeichnen. Hingegen betrug der Anteil der 40- bis unter 65-Jährigen mit Zuwanderungsgeschichte an der betreffenden Altersgruppe der Gesamtbevölkerung 14,8 Prozent, der der 65- bis 80-Jährigen noch 9,0 Prozent. Unter der älteren Bevölkerung ab 80 Jahren hatten nur 5,9 Prozent der Personen eine Zuwanderungsgeschichte.

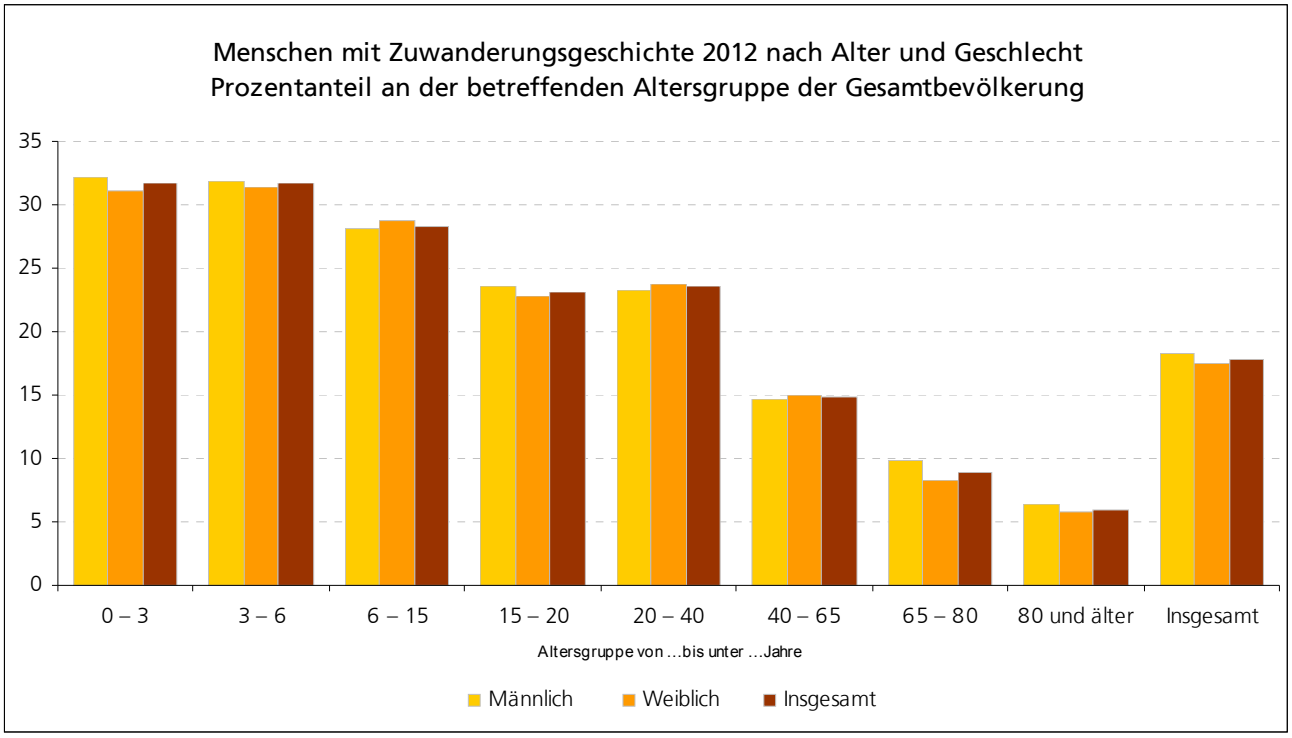
Obschon der Anteil von Personen mit Zuwanderungsgeschichte bei den niedersächsischen Frauen insgesamt geringer ist als bei den Männern, lässt sich in einzelnen Altersgruppen das Gegenteil beobachten. Bei den 6- bis unter 15-Jährigen (28,7 Prozent, +0,7 Prozentpunkte), den 20- bis unter 40-Jährigen (23,8 Prozent, +0,6 Prozentpunkte) sowie den 40 bis unter 65-Jährigen (14,9 Prozent, +0,2 Prozentpunkte) überstiegen die Anteile an der weiblichen Bevölkerung die an der männlichen Bevölkerung jeweils leicht.

Indikator A 13

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2012 nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe von … bis unter … Jahre	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Anteil an der betreffenden Altersgruppe der Gesamtbevölkerung		
	1000			Männlich	Weiblich	Insgesamt
				Prozent		
0 – 3	29,1	28,1	57,2	32,2	31,2	31,7
3 – 6	32,7	30,2	62,9	31,9	31,5	31,7
6 – 15	98,5	94,6	193,1	28,0	28,7	28,4
15 – 20	54,0	50,0	104,1	23,5	22,8	23,2
20 – 40	213,0	210,4	423,5	23,2	23,8	23,5
40 – 65	217,6	217,0	434,6	14,7	14,9	14,8
65 – 80	57,5	54,8	112,2	9,8	8,2	9,0
80 und älter	(9,2)	16,1	25,2	(6,3)	5,7	5,9
Insgesamt	**711,7**	**701,3**	**1 412,9**	**18,3**	**17,4**	**17,8**

Quelle: Mikrozensus



Indikator A 14

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 nach Herkunftsland, Altersgruppen und Geschlecht

Definition des Indikators

Dieser Indikator stellt wie die vorhergehenden Indikatoren A 11 bis A 13 die Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte dar und erweitert insofern die einfache Unterscheidung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen (vgl. Indikator A 3). Grundlage für die hier präsentierten Daten sind jedoch die Ergebnisse des Zensus 2011, der in Deutschland zum Stichtag 9. Mai 2011 durchgeführt wurde.
Das Konzept der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund" im Zensus 2011 unterscheidet sich leicht von dem des Mikrozensus, insofern erst durch eine Zuwanderung (eigene bzw. die der Eltern) nach dem Jahr 1955 ein Migrationshintergrund begründet wird. Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen demnach alle nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten Elternteil. Der Migrationshintergrund kann sich auch ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ableiten. Dargestellt wird die Zahl der Männer und Frauen mit Zuwanderungsgeschichte, deren Herkunftsland eines der 20 häufigsten aller Niedersachsen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 war, in verschiedenen Altersgruppen.

Methodische Hinweise

Der Zensus 2011 nutzte zur Bestimmung des Migrationshintergrundes neun Fragen im Erhebungsbogen der sogenannten Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis, die sich sowohl auf die eigene Migrationserfahrung der Befragten wie auch auf die der beiden Elternteile bezogen. Da diese Fragen im Zensus 2011 Teil einer rund 10-prozentigen Stichprobenerhebung waren, handelt es sich bei den dargestellten Daten um Hochrechnungen.

Zur Bestimmung des Migrationshintergrundes laut Zensus 2011 wurde (1.) nur die Zuwanderung auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik ab 1956 berücksichtigt, um den Großteil der Zuwanderung in der Nachkriegszeit nicht einzubeziehen. Zudem wurden (2.) auch die Nachkommen der Zugewanderten berücksichtigt, die bereits in der Bundesrepublik geboren sind und (3.) für alle Ausländerinnen und Ausländer ein Migrationshintergrund unterstellt. Der Migrationshintergrund gemäß Zensus 2011 ist bis auf das abweichende Zuzugsjahr definitorisch deckungsgleich mit dem „Migrationshintergrund im engeren Sinne" im Mikrozensus.

Wie in der einleitenden Vorbemerkung zum Zensus 2011 dargestellt, weichen die Ergebnisse des Zensus 2011 zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus methodischen Gründen (Zuzugsjahr, geringere Bevölkerung als Zielgesamtheit der Hochrechnung) von denen des Mikrozensus nach unten ab.

Weiterführende Informationen: Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden unter www.zensus2011.de sowie in der Zensusdatenbank unter http://ergebnisse.zensus2011.de. Weitere Ergebnisse für Niedersachsen sind verfügbar auf der Homepage des Landesamtes für Statistik Niedersachsen im Bereich Zensus 2011.

Erläuterungen

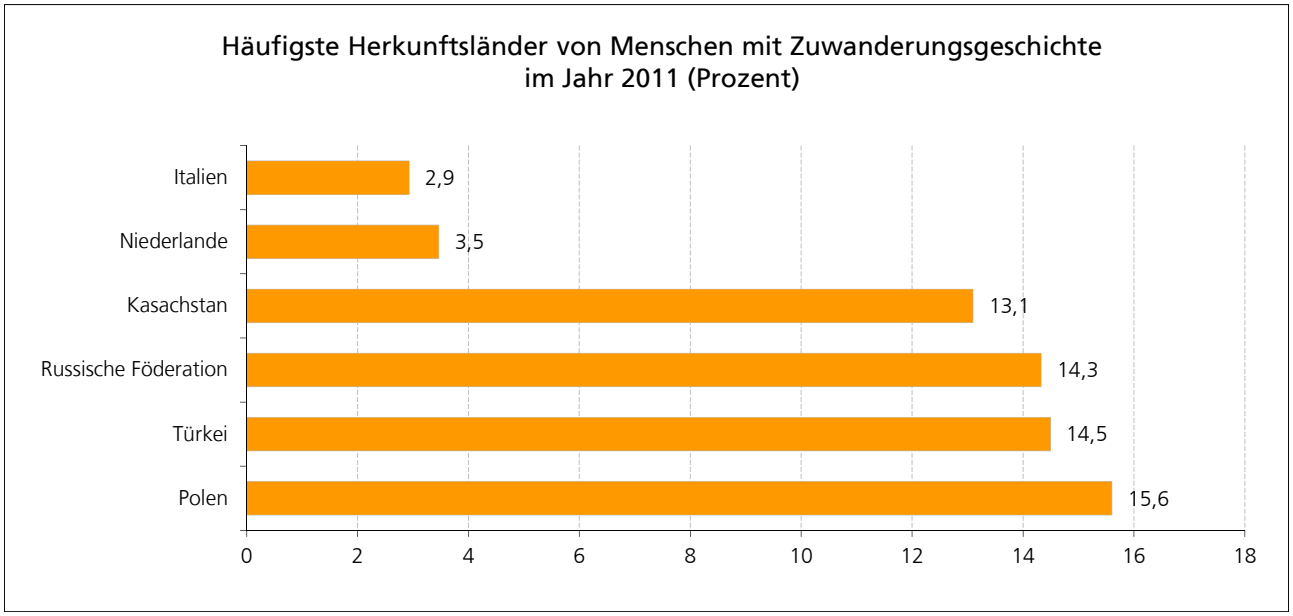
Laut Zensus 2011 lebten am 9. Mai 2011 insgesamt 1 291 860 Frauen und Männer mit Zuwanderungsgeschichte in Niedersachsen. 892 750 Personen (69,1 Prozent) davon hatten eine europäische Zuwanderungsgeschichte. Hiervon stammte wiederum rund die Hälfte (432 900; 33,5 Prozent) aus einem der heutigen EU-Mitgliedsstaaten. Jede bzw. jeder Vierte (25,5 Prozent) Mensch mit Zuwanderungsgeschichte (329 090) hatten ihre Wurzeln in einem asiatischen Land. Aus den übrigen Teilen der Welt stammten demgegenüber nur 70 010 Menschen (5,4 Prozent).Die wichtigsten Herkunftsländer waren mit deutlichem Abstand zu den übrigen Ländern Polen, die Türkei, die Russische Föderation sowie Kasachstan (zusammen 57,5 Prozent aller Menschen mit Zuwanderungsgeschichte). Das Geschlechterverhältnis stellte sich überwiegend ausgeglichen dar. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus dem Vereinigten Königreich und Italien waren überdurchschnittlich häufig Männer (etwa zehn Prozentpunkte über dem Durchschnitt von rund 48 Prozent), während im Falle der Ukraine (rund 42 Prozent) das Gegenteil zu beobachten war. Über alle Herkunftsregionen hinweg war der überwiegende Teil der Frauen und Männer im Erwerbsalter zwischen 15 und 65 Jahren.

Indikator A 14

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 nach Herkunftsland, Altersgruppen und Geschlecht

Herkunftsland[1]	Insgesamt	davon Männer				davon Frauen			
		Insgesamt	davon im Alter von … bis unter … Jahre			Insgesamt	davon im Alter von … bis unter … Jahre		
			0 - 15	15 - 65	65 und älter		0 - 15	15 - 65	65 und älter
	Anzahl[2) 3)]								
Europa	**892 750**	**441 820**	**86 430**	**312 440**	**42 950**	**450 930**	**84 200**	**316 860**	**49 870**
Polen	201 620	94 130	14 620	68 230	11 270	107 500	14 300	75 850	17 350
Türkei	187 220	96 110	23 040	65 960	7 100	91 110	23 160	62 290	5 660
Russische Föderation	185 070	88 150	19 260	63 000	5 890	96 910	19 000	68 480	9 430
Niederlande	44 820	24 660	3 950	17 620	3 100	20 160	3 010	14 810	2 340
Italien	37 880	22 020	2 180	16 780	3 060	15 860	2 490	12 330	1 040
Serbien[4)]	28 230	14 440	5 330	8 700	400	13 790	5 420	7 890	480
Vereinigtes Königreich	22 680	13 440	1 460	10 830	1 150	9 230	1 590	6 760	880
Ukraine	20 100	8 440	1 890	5 400	1 150	11 660	1 960	8 120	1 580
Griechenland	19 890	11 210	1 910	8 160	1 140	8 680	1 600	6 140	950
Rumänien	17 880	8 970	1 630	6 170	1 160	8 910	1 440	6 010	1 460
Spanien	14 180	7 390	850	5 240	1 300	6 790	630	5 000	1 160
Österreich	12 870	6 520	420	4 800	1 300	6 340	560	4 270	1 520
Bosnien-Herzegowina	10 990	5 620	1 260	4 100	/	5 370	1 270	3 840	/
EU-Staaten	432 900	215 650	32 620	156 540	26 490	217 250	30 740	155 330	31 190
Afrika	**34 550**	**18 930**	**5 210**	**13 290**	**430**	**15 620**	**5 310**	**10 030**	**/**
Amerika	**27 170**	**12 470**	**3 620**	**8 110**	**740**	**14 700**	**3 060**	**10 790**	**860**
Asien	**329 090**	**160 540**	**38 450**	**113 560**	**8 530**	**168 550**	**38 980**	**118 540**	**11 030**
Kasachstan	169 180	81 300	17 300	58 900	5 100	87 870	18 290	61 580	8 000
Libanon	22 550	11 460	3 770	7 250	/	11 090	4 230	6 660	/
Vietnam	15 320	7 910	1 780	5 930	/	7 420	1 830	5 450	/
Irak	15 160	8 510	2 830	5 520	/	6 650	2 700	3 790	/
Kirgisistan	13 960	6 400	1 500	4 450	450	7 560	1 430	5 460	670
Iran	13 640	7 560	1 300	5 740	520	6 080	1 020	4 770	/
Syrien	12 570	6 710	2 220	4 170	/	5 860	2 420	3 350	/
Australien und Ozeanien	**2 320**	**1 050**	**/**	**790**	**/**	**1 270**	**/**	**910**	**/**
Übrige Welt	**4 630**	**2 100**	**/**	**1 370**	**510**	**2 530**	**/**	**1 280**	**1 050**
Unbekanntes Ausland	**1 340**	**830**	**/**	**610**	**/**	**510**	**/**	**/**	**/**
Insgesamt	**1 291 860**	**637 750**	**134 150**	**450 170**	**53 420**	**654 120**	**132 120**	**458 640**	**63 360**

1) Aufgeführt sind die 20 häufigsten Herkunftsländer der Frauen und Männer mit Migrationshintergrund am 9. Mai 2011 in Niedersachsen.
2) Die Angaben sind jeweils auf 10 gerundet, wodurch sich Abweichungen bei den Summen ergeben können.
3) "/" = Keine Angabe, da Zahlenwert aufgrund Stichprobenfehler nicht sicher genug
4) einschließlich Montenegro und Kosovo
Quelle: Zensus 2011



Indikator A 15

Bei Bundestags- und Landtagswahlen wahlberechtigte Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte nach Alter und Geschlecht 2012

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil der für den Bundestag und den niedersächsischen Landtag wahlberechtigten Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte (siehe Indikator A 11) an allen Wahlberechtigten wieder.

Methodische Hinweise

Der Indikator ist eine wichtige Kennzahl für die vollen politischen Partizipationsmöglichkeiten von Deutschen mit Zuwanderungsgeschichte. Er zeigt jedoch nicht die Partizipationsmöglichkeiten von Ausländerinnen und Ausländern. Rechtliche Ausschlüsse vom Wahlrecht, die nicht mit der Staatsangehörigkeit zu tun haben, können nicht berücksichtigt werden.

Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in Niedersachsen ihren wahlrechtlichen Wohnsitz haben und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Datenquelle ist der Mikrozensus.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Bundesweite Zahlen sind zu finden in: IntMK (Hrsg.): Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011. Teil 1 Ergebnisse.

Erläuterungen

2012 hatten in Niedersachsen 9,3 Prozent der wahlberechtigten Deutschen eine Zuwanderungsgeschichte, ein Wert, der um 0,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt (2011) lag.

Je jünger die Altersgruppe ist, desto höher fällt der Anteil der Wahlberechtigten mit Zuwanderungsgeschichte aus: Während der Anteil bei den über 65-Jährigen nur 4,7 Prozent betrug, war der Anteil unter den potenziellen Jungwählerinnen und Jungwählern in der Altersgruppe von 18 bis unter 25 Jahren mit 15,5 Prozent mehr als dreimal so hoch. Das bedeutet, dass zukünftig auch der Anteil an den Wahlberechtigten insgesamt und in den höheren Altersgruppen steigen wird.

Differenziert nach dem Geschlecht zeigen sich keine großen Unterschiede. Die größte Differenz bestand in der jüngsten Altersgruppe. Hier war der Anteil der Personen mit Zuwanderungsgeschichte an den männlichen Wahlberechtigten mit 16 Prozent um einen Prozentpunkt höher als bei den weiblichen Wahlberechtigten. Dies ist zurückzuführen auf die Tatsache, dass 2012 in Niedersachsen rund 7 000 mehr männliche als weibliche Wahlberechtigte mit Zuwanderungsgeschichte im Alter zwischen 18 und unter 25 Jahren lebten. In den drei übrigen Altersgruppen war jeweils ein leicht höherer Migrantenanteil unter den weiblichen Wahlberechtigten zu beobachten. Über alle wahlberechtigten Altersgruppen hinweg war der Anteil ausgeglichen.

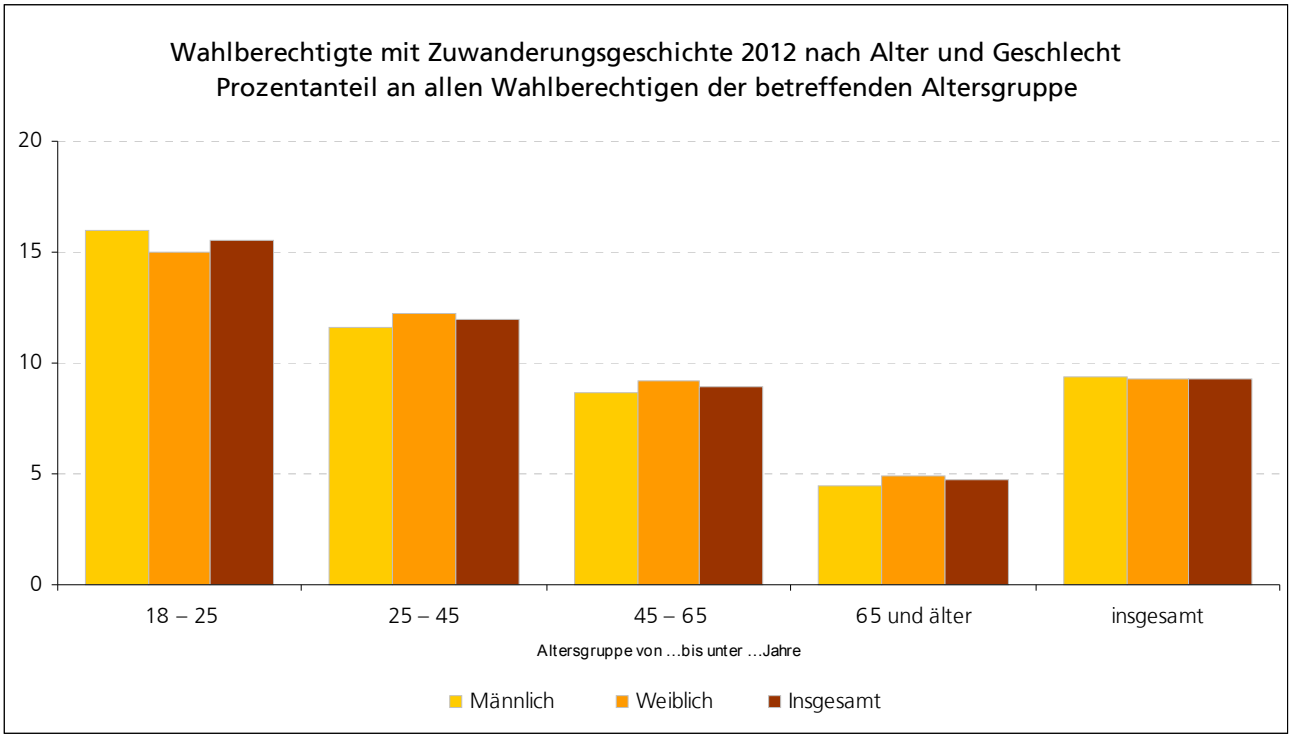
Vergleicht man die Daten mit denen der Indikatoren A11 bis A13 so wird deutlich, dass 2012 nur etwa die Hälfte aller Personen mit Zuwanderungsgeschichte wahlberechtigt war. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass ein großer Teil dieser Personen minderjährig war und beziehungsweise oder nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß.

Indikator A 15

Bei Bundestags- und Landtagswahlen wahlberechtigte Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte nach Alter und Geschlecht 2012

Altersgruppe von … bis unter … Jahre	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Anteil an allen Wahlberechtigen der betreffenden Altersgruppe		
	1000			Männlich	Weiblich	Insgesamt
				Prozent		
18 – 25	48,1	41,2	89,3	16,0	15,0	15,5
25 – 45	102,7	105,9	208,6	11,6	12,2	11,9
45 – 65	95,1	99,6	194,7	8,7	9,2	9,0
65 und älter	31,3	45,3	76,6	4,5	4,9	4,7
Insgesamt	**277,2**	**292,0**	**569,1**	**9,3**	**9,3**	**9,3**

Quelle: Mikrozensus



Indikator A 16

Einbürgerungen 2005, 2009, 2011 und 2013 nach Kreisen

Definition des Indikators

Der Indikator gibt die Zahl aller im jeweiligen Berichtsjahr eingebürgerten Personen wieder und stellt diese ins Verhältnis zur Anzahl der Ausländerinnen und Ausländer insgesamt. Als Einbürgerung wird der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch einen ausländischen Staatsangehörigen auf Grundlage eines Antrages bezeichnet. Ein Anspruch auf Einbürgerung setzt grundsätzlich voraus, dass die ausländische Person 1.) seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hat, 2.) sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennt, 3.) ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt, 4.) den Lebensunterhalt für sich und seine Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen bestreiten kann, 5.) seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgibt oder verliert, 6.) nicht wegen einer Straftat verurteilt ist, 7.) über ausreichende Deutschkenntnisse und 8.) über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland verfügt.

Ein Absehen von der Erfüllung einzelner Voraussetzungen ist bei bestimmten Personengruppen (z.B. Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge, Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, Ehegatten und Kinder der einzubürgernden Person) vorgesehen. Neben der Anspruchseinbürgerung besteht unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, ausländische Staatsangehörige im Ermessenswege einzubürgern.

Methodische Hinweise

Der Indikator kann Aussagen über gelingende gesellschaftliche Einbindung treffen, besonders nach rechtlichem Status. Erst mit Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verfügen Personen über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Mit der Einbürgerung werden ausländische Personen zu deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Sie werden in Statistiken auch dann nicht mehr als Ausländerin oder Ausländer nachgewiesen, wenn ihre bisherige Staatsangehörigkeit fortbesteht.

Die Einbürgerungsquote (Einbürgerungen je 1 000 Ausländerinnen und Ausländer) bezieht alle ausländischen Staatsangehörigen ein und unterscheidet nicht, ob diese die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen. Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential wird beschrieben anhand des Anteils der Einbürgerungen an der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 8 Jahren und mehr.

Weiterführende Informationen:
Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Ebene der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Landeshauptstadt Hannover sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 106 Einbürgerungen).
Weitere Angaben für Niedersachsen auf Landesebene finden sich in dem jährlichen Bericht A I 9 Einbürgerungen in den Statistischen Monatsheften des LSN. Methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Einbürgerungen.

Erläuterungen

Zwar ist seit 2009 bei der Zahl der Einbürgerungen wieder ein Anstieg zu beobachten. Insgesamt ist sie jedoch von 2005 bis 2013 in Niedersachsen um rund ein Viertel von 10 886 auf 8 216 zurückgegangen, in Bezug auf je 1 000 Ausländerinnen und Ausländer von 24 auf 16. Ein Einfluss auf den Rückgang der Einbürgerungen ergibt sich aus der Einführung des staatsangehörigkeitsrechtlichen Optionsverfahrens (zu weiteren Einflussgrößen siehe auch Indikator A 17). Den stärksten Rückgang hatte dabei die Statistische Region Hannover, sowohl gemessen an je 1 000 Ausländerinnen und Ausländern als auch an der Gesamtzahl, die um etwa ein Drittel gesunken ist. Die Städte und Landkreise mit den geringsten Werten fanden sich jedoch nicht in dieser Region, sondern schwerpunktmäßig am westlichen und östlichen Rand des Bundeslandes.
Die meisten Einbürgerungen mit 20 und mehr je 1 000 Ausländerinnen und Ausländer waren vor allem im Nordwesten des Landes zu beobachten, etwa in den Städten Wilhelmshaven (25 je 1 000 ausländische Personen) und Oldenburg (23 je 1 000). Den höchsten Anteil verzeichnete der Landkreis Friesland (28 je 1 000), den niedrigsten der Landkreis Lüchow-Dannenberg (6 je 1 000).

Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential ist niedersachsenweit von 3,7 auf 2,5 Prozent zurückgegangen. Hohe Werte von über 4 Prozent waren in einigen Kreisen und kreisfreien Städten im Nordwesten zu beobachten.

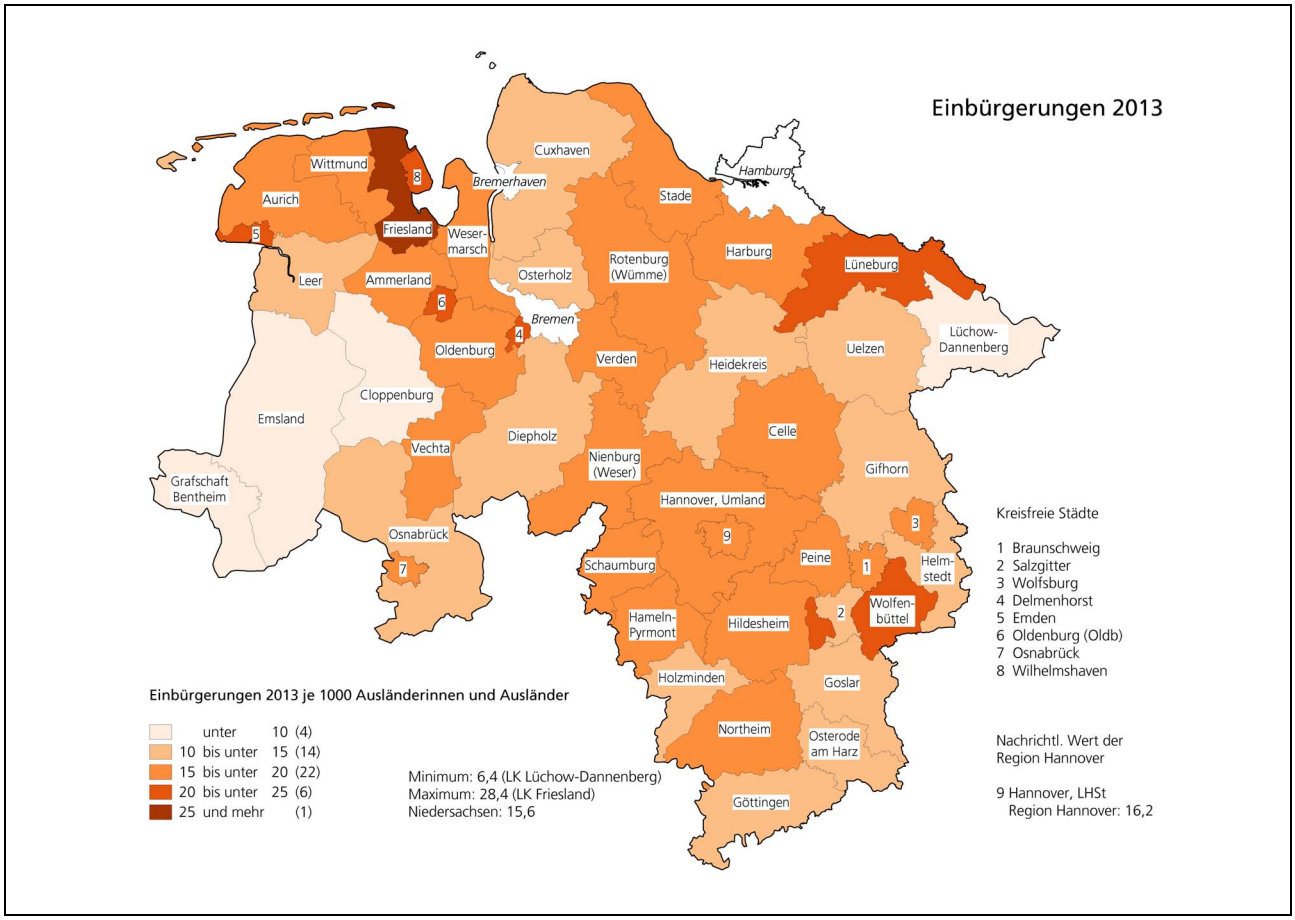
Indikator A 16

Einbürgerungen 2005, 2009, 2011 und 2013 nach Kreisen

Land Statistische Region	Einbürgerungen				Einbürgerungen je 1000 Ausländerinnen und Ausländer		Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential[1]	
	2005	2009	2011	2013	2005	2013	2005	2013
	Anzahl						Prozent	
Niedersachsen	**10 886**	**7 223**	**7 995**	**8 216**	**24**	**16**	**3,7**	**2,5**
Stat. Region Braunschweig	2 101	1 241	1 501	1 719	21	16	3,2	2,5
Stat. Region Hannover	4 421	2 794	3 002	2 943	26	16	3,9	2,3
Stat. Region Lüneburg	1 720	1 216	1 265	1 275	25	16	3,8	2,5
Stat. Region Weser-Ems	2 644	1 972	2 227	2 279	21	14	3,7	2,6

1) Anteil der Einbürgerungen an der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 8 Jahren

Quelle: Einbürgerungsstatistik



Indikator A 17

Einbürgerungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2005, 2009, 2011 und 2013

Definition des Indikators

Der Indikator gibt die Zahl aller im jeweiligen Berichtsjahr eingebürgerten Personen nach den 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der 2013 in Niedersachsen lebenden Ausländerinnen und Ausländer wieder und stellt diese ins Verhältnis zur Anzahl der ausländischen Bevölkerung mit der jeweiligen Staatsangehörigkeit. Zu den Voraussetzungen einer Einbürgerung siehe Indikator A 16.

Methodische Hinweise

Der Indikator kann Aussagen über gelingende gesellschaftliche Einbindung nach Staatsangehörigkeit einer bestimmten Gruppe und im Vergleich dieser untereinander machen, besonders nach rechtlichem Status. Erst mit Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verfügen Personen über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Mit der Einbürgerung werden ausländische Personen zu deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Sie werden in Statistiken auch dann nicht mehr als Ausländerin oder Ausländer nachgewiesen, wenn ihre bisherige Staatsangehörigkeit fortbesteht. Seit dem 01.08.1999 erwerben Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes und werden daher nicht mehr in der Einbürgerungsstatistik erfasst.

Bei der Interpretation der Anzahl der Einbürgerungen je 1 000 Ausländerinnen und Ausländer der betreffenden Staatsangehörigkeit ist zudem zu beachten, dass diese Zahl nicht danach unterscheidet, ob diese die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen. Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential wird beschrieben anhand des Anteils der Einbürgerungen an der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 8 Jahren und mehr.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Landesebene nach Rechtsgrundlage, Alter und Aufenthaltsdauer sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 106 Einbürgerungen). Weitere Informationen für Niedersachsen auf Landesebene finden sich in dem jährlichen Bericht A I 9 Einbürgerungen in den Statistischen Monatsheften Niedersachsen des LSN.
Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Einbürgerungen (erscheint jährlich).

Erläuterungen

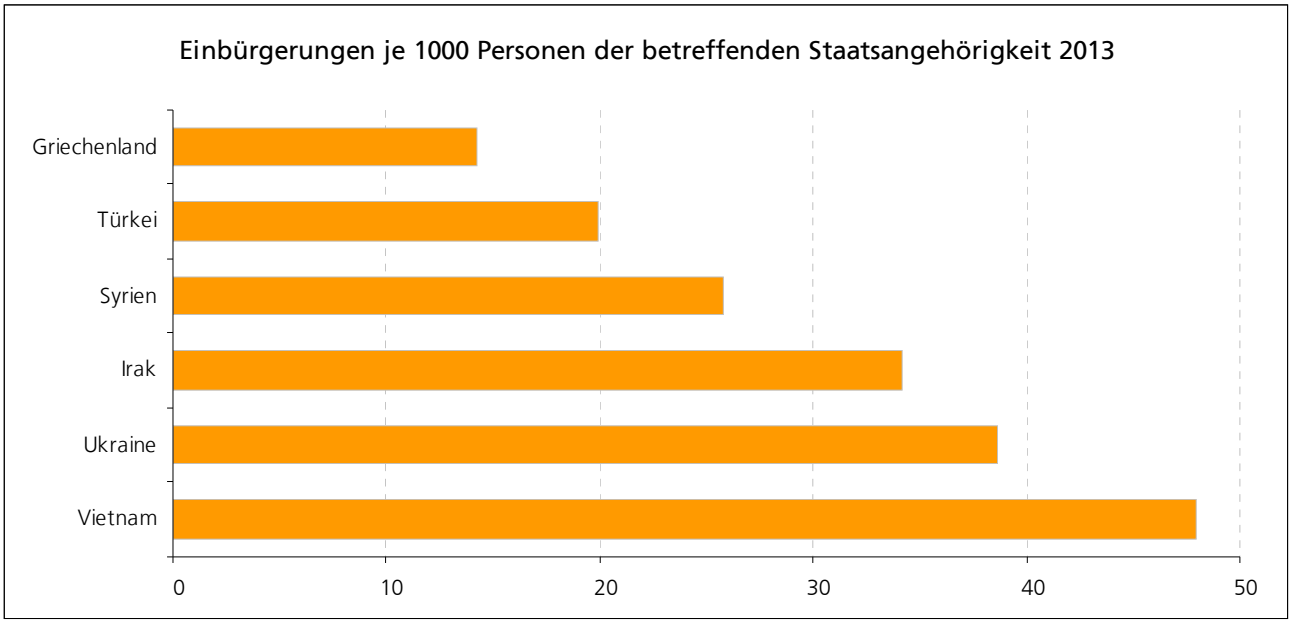
Die meisten der 8 216 Einbürgerungen im Jahr 2013 entfielen mit 59,6 Prozent auf europäische Staatsangehörige. Dieser Anteil ist jedoch seit 2005, als noch zwei von drei eingebürgerten Personen aus Europa kamen, bis zum Jahre 2013 um 6,3 Prozentpunkte gesunken. Vor allem die Zahl der Einbürgerungen von EU-Bürgern ging in diesem Zeitraum um mehr als 70 Prozent von 5 974 auf 1 739 zurück. Der Anteil der Einbürgerungen von Asiatinnen und Asiaten an allen Einbürgerungen ist seit 2005 von 24,8 Prozent auf 28,6 Prozent gestiegen bei gleichzeitigem Rückgang der absoluten Zahl um 13,2 Prozent. Die Zahl der Einbürgerungen von Vietnamesinnen und Vietnamesen ist um fast das Doppelte auf 387 gestiegen. Hier war auch die höchste Zahl der Einbürgerungen je 1 000 Personen der gleichen Staatsangehörigkeit zu verzeichnen. Mit 1 864 Einbürgerungen stellten jedoch die Türkinnen und Türken auch 2013 wieder die proportional größte Gruppe unter den Eingebürgerten bei sinkenden Werten (2005: 2 897). Sie hatten somit einen großen Anteil an den Einbürgerungen aus Europa.
Generell lagen die niedrigsten Einbürgerungsquoten bei Bürgerinnen und Bürgern der EU-Staaten vor. Da diese in aller Regel einen sicheren Aufenthaltsstatus haben, erscheint hier eine Einbürgerung offenbar oft nicht dringend erforderlich. Es waren neben türkischen und vietnamesischen Staatsangehörigen vor allem solche aus Ländern mit unsicherer politischer Lage, die sich – relativ gesehen – besonders häufig haben einbürgern lassen. Die höchste Ausschöpfung des Einbürgerungspotentials war dementsprechend bei Staatsangehörigen aus dem Irak (9,4 Prozent), Vietnam (6,1 Prozent) und Syrien (5,8 Prozent) zu beobachten. Bei der Hälfte der betrachteten Staatsangehörigkeiten ist die Ausschöpfungsquote gegenüber 2005 teilweise stark zurückgegangen.

Indikator A 17

Einbürgerungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2005, 2009, 2011 und 2013

Land der Staatsangehörigkeit[1]	Jahr				Einbürgerungen je 1000 Personen der betreffenden Staatsangehörigkeit		Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential[2]	
	2005	2009	2011	2013	2005	2013	2005	2013
	Anzahl						Prozent	
Europa	**7 178**	**3 947**	**4 595**	**4 900**	**20**	**12**	**2,9**	**1,8**
Türkei	2 897	2 170	2 010	1 864	26	20	3,1	2,1
Polen	914	434	477	655	28	10	6,3	2,8
Serbien[3]	1 630	159	491	452	44	13	6,1	1,6
Niederlande	61	69	89	140	3	5	0,5	0,8
Italien	71	53	77	114	3	5	0,3	0,5
Russische Föderation	496	257	283	245	27	13	11,9	1,8
Griechenland	71	69	126	231	4	14	0,5	1,8
Rumänien	72	119	132	115	21	7	4,5	5,2
Spanien	6	24	44	64	1	6	0,1	0,9
Vereinigtes Königreich	50	24	28	55	5	5	0,6	0,7
Ukraine	322	143	380	382	28	39	10,4	5,0
Bulgarien	30	60	62	70	16	7	4,5	5,3
Portugal	28	20	19	30	4	4	0,5	0,5
Kroatien	57	13	26	64	9	9	1,0	1,0
Ungarn	22	23	37	28	10	4	2,6	1,9
Österreich	7	9	15	12	1	2	0,1	0,2
EU-Staaten	5 974	2 999	3 022	1 739	41	7	6,0	1,4
Afrika	**568**	**542**	**599**	**589**	**40**	**34**	**9,7**	**8,2**
Amerika	**213**	**211**	**211**	**228**	**18**	**17**	**3,8**	**3,6**
Asien	**2 704**	**2 338**	**2 443**	**2 348**	**37**	**30**	**8,3**	**5,6**
Syrien	171	225	219	247	31	26	9,7	5,8
Irak	516	361	434	326	69	34	20,8	9,4
Vietnam	137	227	419	387	14	48	2,0	6,1
China	68	93	99	84	12	12	9,6	4,2
Australien und Ozeanien	**1**	**1**	**3**	**1**	**1**	**1**	**0,3**	**0,3**
Sonstige Ausprägungen[4]	**222**	**184**	**144**	**150**	**26**	**22**	**4,2**	**2,8**
Insgesamt	**10 886**	**7 223**	**7 995**	**8 216**	**24**	**16**	**3,7**	**2,5**

1) Aufgeführt sind die 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen.
2) Anteil der Einbürgerungen an der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 8 Jahren
3) einschließlich Montenegro und Kosovo - 4) "Staatenlos" sowie "Ungeklärt und ohne Angabe"
Quelle: Einbürgerungsstatistik / Ausländerzentralregister



Indikator A 18

Lebendgeborene 2005, 2009, 2011 und 2012 nach Nationalität und Kreisen

Definition des Indikators

Die Anzahl der Lebendgeborenen liefert eine demographische Basisinformation über das Geburtenverhalten der Bevölkerung. Eine Lebendgeburt liegt vor, wenn bei einem Kind nach der Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Der Indikator gibt an, wie viele Kinder insgesamt und wie viele davon mit ausländischer Staatsangehörigkeit im jeweiligen Berichtsjahr geboren wurden.

Methodische Hinweise

Da ein Kind mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch erlangt, wenn mindestens ein Elternteil deutsch ist, gibt der Indikator weniger Informationen über die Anzahl der Geburten von Eltern ausländischer Herkunft wieder. Er lässt vielmehr Aussagen über den rechtlichen Status des Kindes zu und über die rechtliche Teilhabe der Eltern. Zu berücksichtigen ist zudem, dass seit 01.01.2000 ein in Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern durch Geburt im Inland die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt, wenn ein Elternteil sich mindestens acht Jahre rechtmäßig in Deutschland gewöhnlich aufhält und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt.

Maßgebend für den Ort der Registrierung ist bei der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung die Wohngemeinde der Mutter, bei mehreren Wohnungen die Hauptwohnung der Mutter.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Gemeindeebene sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 110 Natürliche Bevölkerungsbewegung) sowie bundesweit in der Regionaldatenbank Deutschland.

Erläuterungen

Insgesamt nahm die Anzahl aller in Niedersachsen Lebendgeborenen von 2005 bis 2012 um -8,2 Prozent ab, von 66 993 auf 61 478. Die Zahl der ausländischen Lebendgeborenen ist währenddessen um 5,9 Prozent auf 2 439 angestiegen nach Rückgängen in den Zwischenjahren. Von 2011 auf 2012 ist die Gesamtzahl der Lebendgeborenen leicht gestiegen (+0,3 Prozent). Bei den ausländischen Neugeborenen zeigte sich ein deutliches Plus von +24,1 Prozent. Im Durchschnitt waren 2012 4,0 Prozent der Lebendgeborenen Ausländerinnen und Ausländer (2005: 3,4 Prozent).

Die Entwicklung der Zahl der Lebendgeborenen mit ausländischem Pass verlief sehr unterschiedlich in den Statistischen Regionen. In der Statistischen Region Lüneburg sank von 2005 bis 2012 trotz jüngster Zunahmen die Zahl der Lebendgeborenen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit um ein Viertel (-26,7 Prozent) auf 310. Darüber hinaus war hier der Anteil an allen Lebendgeborenen mit rund 2,5 Prozent am niedrigsten. Im Gegensatz dazu stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der ausländischen Lebendgeborenen in der Region Weser-Ems um mehr als ein Fünftel (+22,9 Prozent) auf 868 an, was absolut der höchste Wert in Niedersachsen war. Auch in den Statistischen Regionen Braunschweig (+10,7 Prozent) und Hannover (+6,0 Prozent) waren Anstiege zu verzeichnen. Bei der Gesamtzahl der Lebendgeborenen in den Statistischen Regionen waren überall Rückgänge im Vergleich zu 2005 zu verzeichnen. Den stärksten Rückgang gab es in der Region Lüneburg mit -11,2 Prozent.

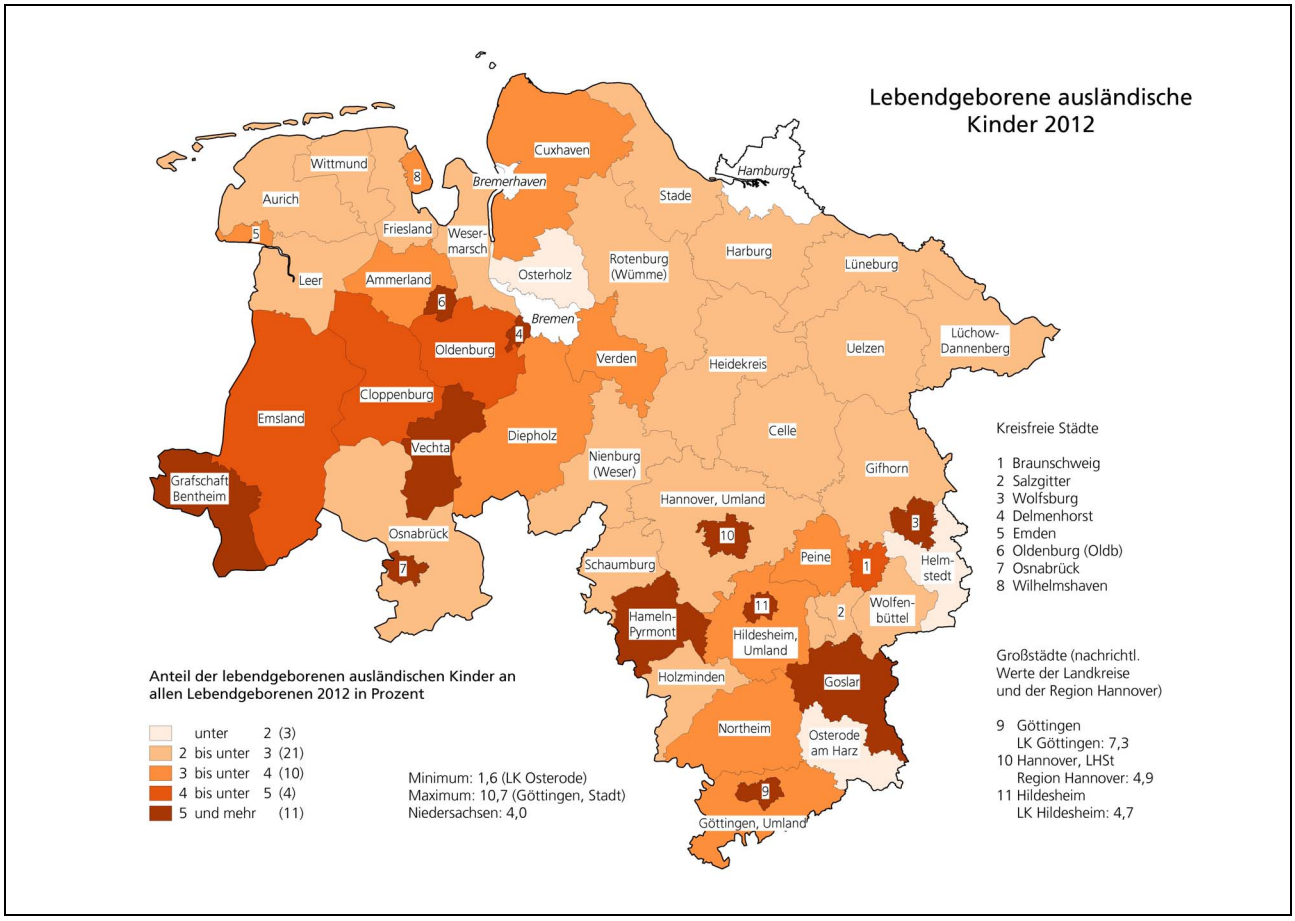
Unter den Landkreisen und kreisfreien Städten waren die höchsten Werte an ausländischen Lebendgeborenen vor allem in den Großstädten zu verzeichnen, in denen auch prozentual mehr Ausländerinnen und Ausländer leben als im ländlichen Raum (für 2013 vgl. Indikator A 3). Dies war in den Städten Göttingen (10,7 Prozent), Oldenburg (7,7 Prozent), Delmenhorst (7,6 Prozent), Hildesheim (7,0 Prozent), und Hannover (6,8 Prozent) der Fall. Hohe Anteile wiesen bspw. auch die Landkreise Grafschaft Bentheim (6,8 Prozent) und Vechta (6,5 Prozent) auf, was auf den überdurchschnittlichen Anteil von Ausländerinnen und Ausländern insgesamt an der dortigen Bevölkerung im Jahr 2012 zurückzuführen ist. In 25 Landkreisen und kreisfreien Städten betrug der Anteil der ausländischen Lebendgeborenen an allen Lebendgeborenen hingegen weniger als 3 Prozent. Den geringsten Anteil hatte der Landkreis Osterode am Harz mit 1,6 Prozent.

Indikator A 18

Lebendgeborene 2005, 2009, 2011 und 2012 nach Nationalität und Kreisen

Land Statistische Region	Lebendgeborene insgesamt				darunter ausländische Kinder			
	2005	2009	2011	2012	2005	2009	2011	2012
	Anzahl							
Niedersachsen	**66 993**	**62 228**	**61 280**	**61 478**	**2 304**	**2 005**	**1 966**	**2 439**
Stat. Region Braunschweig	12 837	11 928	11 807	12 081	468	378	423	518
Stat. Region Hannover	17 691	16 703	16 710	16 403	701	615	625	743
Stat. Region Lüneburg	14 169	13 176	12 722	12 589	423	319	271	310
Stat. Region Weser-Ems	22 296	20 421	20 041	20 405	712	693	647	868

Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung



Indikator A 19

Zuzüge über die Bundesgrenzen nach Niedersachsen

Definition des Indikators

Zahl der jährlichen Zuzüge aus dem Ausland (=über die Bundesgrenzen) nach Niedersachsen nach Land der Wanderungsherkunft.

Methodische Hinweise

Die Zu- und Fortzüge bilden die grenzüberschreitenden Wanderungsströme zwischen Niedersachsen und dem Ausland nach demographischen Merkmalen ab. Die Kennzahl gibt Hinweise auf den demographischen Wandel durch Wanderung sowie auf die Attraktivität Niedersachsens als Zuwanderungsziel. Die Daten liegen nicht differenziert nach Zuwanderungsgeschichte, sondern nur nach Staatsangehörigkeit vor.

Die Daten über Zuzüge aus dem Ausland und die Fortzüge in das Ausland sind aussagekräftige Kennzahlen zum Wanderungsgeschehen. Sie basieren auf Angaben der Meldebehörden.

Die Werte werden nach dem Land der Wanderungsherkunft ausgewiesen. Aufgeführt sind die Länder der 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Gemeindeebene sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 120 Wanderungsstatistik) sowie bundesweit in der Regionaldatenbank Deutschland.
Methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht Niedersachsen A III 1, Wanderungen.

Erläuterungen

Im Jahr 2013 gab es insgesamt 110 921 Zuzüge aus dem Ausland nach Niedersachsen, 15,7 Prozent mehr als im Jahr 2005. Gegenüber 2012 stieg die Zahl der Zuzüge um 12,0 Prozent an, gegenüber 2011 mit 21,2 Prozent sogar um mehr als ein Fünftel. Vier von fünf (79,0 Prozent) Zugewanderten kamen aus europäischen Ländern (einschließlich der Türkei und der Russischen Föderation). Auf Staaten der EU entfielen davon 75 106 Zuzüge. Das waren 85,7 Prozent der Zuwanderungen aus Europa bzw. rund zwei Drittel (67,7 Prozent) aller Zuzüge.

Die meisten Zuzüge erfolgten 2013 aus Polen (32 617 Personen, 29,4 Prozent), Rumänien (12 979, 11,7 Prozent), Ungarn (4 419, 4,0 Prozent) und Bulgarien (4 341, 3,9 Prozent). Aus Asien kamen 12 555, aus Amerika 4 060 und aus Afrika 4 218 Menschen. Wie bereits in den Vorjahren, gab es 2013 damit eine relativ starke Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa. Die Zuwanderung aus der Türkei ist mit 1 477 Personen weiterhin rückläufig und wurde 2013 beispielsweise von der Zuwanderung aus den Niederlanden (1 856 Personen) deutlich übertroffen. Die Zuwanderung aus den Niederlanden ist eine regionale Besonderheit: Sie vollzieht sich – im Wesentlichen auf Grund vergleichsweise günstiger Grundstückspreise – vor allem in den westlichen, an den Niederlanden grenzenden Landkreisen. Die Zuwanderung aus Russland ist gegenüber 2005, als noch 23 172 Zuzüge gemeldet wurden, stark zurückgegangen: 2013 gab es nur noch 4 019 Zuzüge aus der Russischen Föderation. Gegenüber 2012 (2 573 Zuzüge) ist die Zahl hier jedoch wieder deutlich angestiegen.

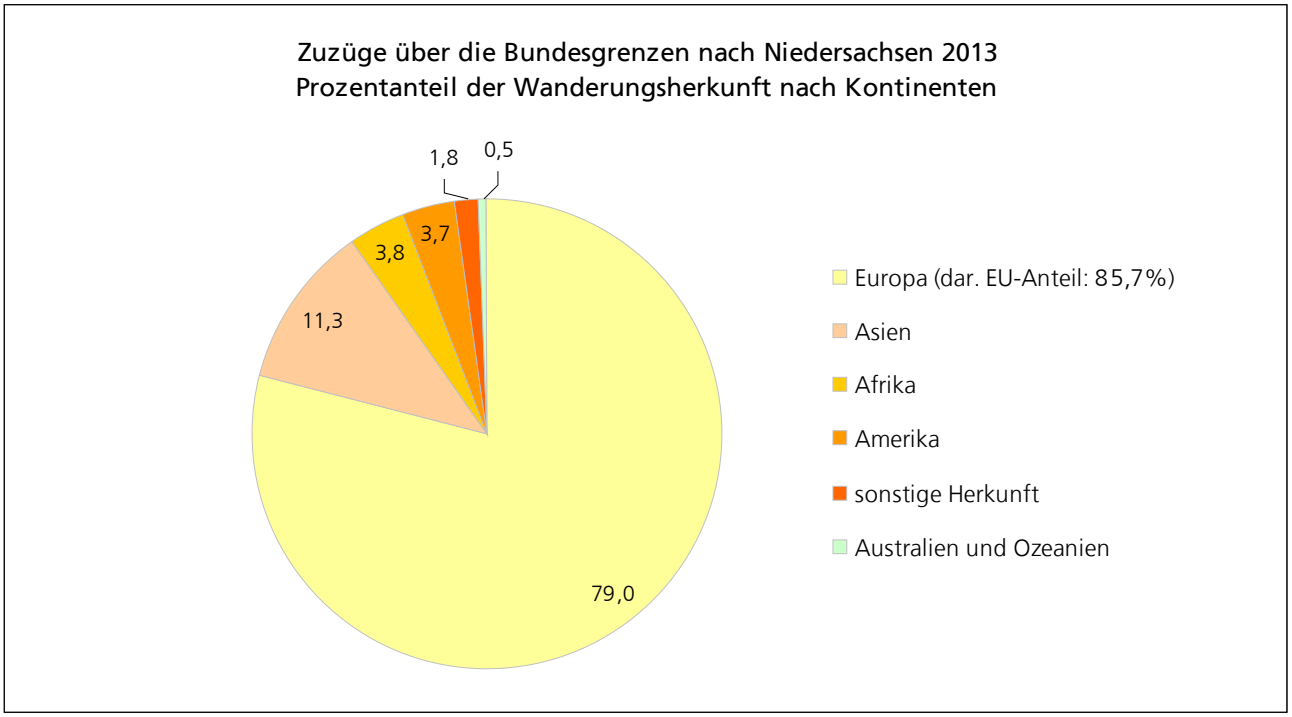
Deutlich erkennbar sind die Auswirkungen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise, die in den vergangenen Jahren zu einem starken Anstieg der Zuwanderung aus Südeuropa geführt hat. Im Falle von Spanien (3 217 Zuzüge in 2013), Italien (3 029 Zuzüge) und Griechenland (1 888 Zuzüge) hat sich die Zahl der Zuzüge nach Niedersachsen seit 2005 jeweils in etwa verdreifacht. Zuwanderungen aus Portugal wurden mit 1 217 sogar fast viermal so häufig registriert wie noch 2005.
Der deutliche Anstieg der Zahl von Zuzügen aus Syrien seit 2011 auf zuletzt 2 508 dürfte in erster Linie auf den dortigen Bürgerkrieg zurückzuführen sein, der starke Flüchtlingsströme ausgelöst hat.

Indikator A 19

Zuzüge über die Bundesgrenzen nach Niedersachsen

Wanderungsherkunft[1)]	2005	2009	2011	2012	2013
Europa	**70 137**	**54 452**	**71 848**	**79 539**	**87 619**
Türkei	2 043	1 636	1 768	1 603	1 477
Polen	25 817	23 094	28 900	31 256	32 617
Serbien[2)]	934	825	1 615	2 269	3 079
Niederlande	2 885	2 314	2 074	1 790	1 856
Italien	1 035	1 206	1 636	2 218	3 029
Russische Föderation	23 172	3 284	2 605	2 573	4 019
Griechenland	630	600	1 421	1 918	1 888
Rumänien	848	6 198	11 492	12 321	12 979
Spanien	1 142	1 470	1 772	2 383	3 217
Vereinigtes Königreich	944	1 187	1 219	1 225	1 328
Ukraine	1 955	681	597	621	714
Bulgarien	406	2 340	3 820	4 127	4 341
Portugal	322	473	566	791	1 217
Kroatien	267	421	431	468	730
Ungarn	1 696	2 688	3 229	3 937	4 419
Österreich	512	775	751	751	778
EU-Staaten	40 309	46 373	63 124	69 405	75 106
Afrika	**1 906**	**1 732**	**2 097**	**2 456**	**4 218**
Amerika	**3 380**	**4 205**	**4 583**	**4 336**	**4 060**
Asien	**18 075**	**9 945**	**9 518**	**9 868**	**12 555**
Syrien	239	333	706	976	2 508
Irak	200	2 830	780	559	607
Vietnam	246	236	255	253	292
China	1 033	1 171	1 362	1 549	1 644
Australien und Ozeanien	**272**	**398**	**536**	**477**	**513**
Sonstige Herkunft[3)]	**2 123**	**3 193**	**2 925**	**2 325**	**1 956**
Insgesamt	**95 893**	**73 925**	**91 507**	**99 001**	**110 921**

1) Aufgeführt sind die Länder der 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen.
2) einschließlich Montenegro und Kosovo - 3) "Staatenlos" sowie "Ungeklärt und ohne Angabe"
Quelle: Wanderungsstatistik



Indikator A 20

Fortzüge über die Bundesgrenzen aus Niedersachsen

Definition des Indikators

Zahl der jährlichen Fortzüge aus Niedersachsen in das Ausland (=über die Bundesgrenzen) nach Land des Wanderungsziels.

Methodische Hinweise

Die Zu- und Fortzüge bilden die grenzüberschreitenden Wanderungsströme zwischen Niedersachsen und dem Ausland nach demographischen Merkmalen ab. Die Kennzahl gibt Hinweise auf das Ausmaß der Abwanderung aus Niedersachsen. Die Daten liegen nicht differenziert nach Zuwanderungsgeschichte, sondern nur nach Staatsangehörigkeit vor.

Daten über Zuzüge aus dem Ausland und die Fortzüge in das Ausland sind aussagekräftige Kennzahlen zum Wanderungsgeschehen. Sie basieren auf Angaben der Meldebehörden. Vor allem in den Jahren 2008 und 2009 ist die Aussagekraft der Daten allerdings beeinträchtigt: Die den Fortzügen dieser Jahre ins Ausland zugrunde liegenden Angaben der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind. Das Ergebnis der Bereinigungen sind auch noch im Jahr 2009 nachgeholte Buchungen „Fortzug in das Ausland“, die in die Zählung der Fortzüge eingegangen sind.

Die Werte werden nach dem Land des Wanderungsziels ausgewiesen. Aufgeführt sind die Länder der 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Gemeindeebene sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 120 Wanderungsstatistik) sowie bundesweit in der Regionaldatenbank Deutschland.
Methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht Niedersachsen A III 1, Wanderungen.

Erläuterungen

Im Jahr 2013 wurden 75 986 Fortzüge aus Niedersachsen in das Ausland registriert, das waren 37,2 Prozent mehr als acht Jahre zuvor. Der größte Teil der Fortzüge erfolgte mit 63 077 Personen ins europäische Ausland: Der Anteil Europas an allen Fortzügen lag somit bei 83,0 Prozent. Innerhalb Europas wiederum entfiel der größte Anteil der Migration mit 88,1 Prozent auf Fortzüge in andere EU-Staaten: 2013 gab es 55 588 Menschen, die aus Niedersachsen in ein anderes EU-Land zogen. Das Fortzugsgeschehen zeigt sich demnach als Spiegelbild der Zuzüge (vgl. Indikator A 19).

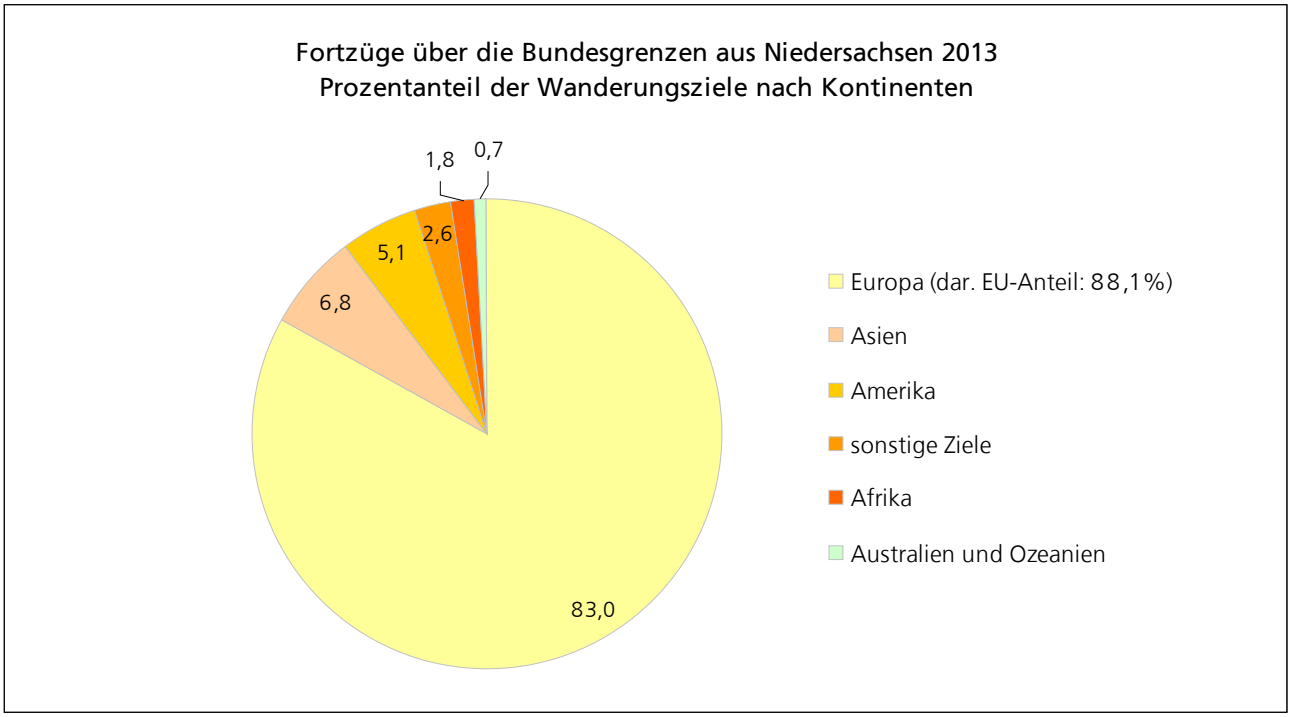
Nach Asien migrierten demgegenüber nur 5 163, nach Amerika 3 847 und nach Afrika 1 355 Menschen. Wichtigste Zielländer waren 2013 Polen mit 24 637 Fortzügen, Rumänien (11 001) und Ungarn (3 419). Nicht zufällig sind dies jene Länder, die auch bei den Zuzügen an der Spitze stehen. Es ist anzunehmen, dass diese hohen Zahlen auch auf Saisonarbeitskräfte zurückzuführen sind, die z.B. als Erntehelferinnen und Erntehelfer im Frühjahr zuziehen und zum Teil noch im selben Jahr wieder in ihr Heimatland zurückkehren. In diesem Kontext war 2013 auch eine hohe Zahl von Fortzügen nach Bulgarien (2 956) zu beobachten.

Indikator A 20

Fortzüge über die Bundesgrenzen aus Niedersachsen

Wanderungsziel[1)]	2005	2009	2011	2012	2013
Europa	**41 701**	**51 736**	**53 877**	**57 738**	**63 077**
Türkei	2 012	2 076	1 727	1 743	1 809
Polen	20 880	22 459	21 030	23 197	24 637
Serbien[2)]	1 437	973	1 398	1 705	1 730
Niederlande	1 191	1 647	1 579	1 576	1 538
Italien	1 375	1 320	1 460	1 227	1 448
Russische Föderation	1 329	1 189	1 015	1 022	1 104
Griechenland	1 008	954	582	732	822
Rumänien	584	5 282	8 799	10 064	11 001
Spanien	1 446	1 486	1 320	1 276	1 655
Vereinigtes Königreich	1 329	1 435	1 276	1 177	1 227
Ukraine	441	293	293	261	252
Bulgarien	396	1 841	2 627	2 688	2 956
Portugal	534	542	403	371	487
Kroatien	438	485	384	375	533
Ungarn	1 435	2 632	2 534	2 651	3 419
Österreich	804	1 025	896	845	901
EU-Staaten	34 607	44 457	46 815	50 380	55 588
Afrika	**1 545**	**1 348**	**1 259**	**1 257**	**1 355**
Amerika	**3 678**	**4 375**	**4 034**	**3 832**	**3 847**
Asien	**5 059**	**5 258**	**5 517**	**5 342**	**5 163**
Syrien	109	144	96	116	134
Irak	248	227	255	315	241
Vietnam	221	191	201	157	163
China	962	1 033	1 113	1 087	1 087
Australien und Ozeanien	**396**	**562**	**535**	**500**	**554**
Sonstige Ziele[3)]	**2 997**	**3 003**	**2 615**	**2 812**	**1 990**
Insgesamt	**55 376**	**66 282**	**67 837**	**71 481**	**75 986**

1) Aufgeführt sind die Länder der 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen.
2) einschließlich Montenegro und Kosovo - 3) "Staatenlos" sowie "Ungeklärt und ohne Angabe"
Quelle: Wanderungsstatistik



Indikator A 21

Saldo der Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen nach / aus Niedersachsen

Definition des Indikators

Saldo der jährlichen Zu- und Fortzüge nach Niedersachsen aus dem Ausland bzw. von Niedersachsen in das Ausland (=über die Bundesgrenzen) nach Land der Wanderungsherkunft bzw. Land des Wanderungsziels.

Methodische Hinweise

Der Wanderungssaldo ist die Differenz von Zu- und Fortzügen. Zu beachten ist, dass auch bei einem relativ geringen Saldo große Brutto-Wanderungsströme in beide Richtungen, die sich im Saldo ausgleichen, vorliegen können. Der Indikator sollte daher im Zusammenhang mit den Indikatoren A 19 und A 20 betrachtet werden.

Daten über Zu- und Fortzüge bilden die grenzüberschreitenden Wanderungsströme zwischen Niedersachsen und dem Ausland nach demographischen Merkmalen ab. Die Kennzahl gibt Hinweise darauf, wie stark der demographische Wandel durch das Wanderungsgeschehen mit dem Ausland beeinflusst wird und ist insgesamt ein Indikator für die Attraktivität des Landes. Die Daten liegen nicht differenziert nach Zuwanderungsgeschichte, sondern nur nach Staatsangehörigkeit vor.

Die Daten basieren auf Angaben der Meldebehörden. Vor allem in den Jahren 2008 und 2009 ist die Aussagekraft der Zahlen allerdings beeinträchtigt: Die den Fortzügen dieser Jahre ins Ausland zugrunde liegenden Angaben der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind. Das Ergebnis der Bereinigungen sind auch noch im Jahr 2009 nachgeholte Buchungen „Fortzug in das Ausland“, die in die Zählung der Fortzüge eingegangen sind. Dies schlägt auch auf den Wanderungssaldo dieser Jahre durch.

Die Werte werden nach den Ländern der 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen ausgewiesen.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Gemeindeebene sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 120 Wanderungsstatistik) sowie bundesweit in der Regionaldatenbank Deutschland.
Methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht Niedersachsen A III 1, Wanderungen.

Erläuterungen

Im Jahr 2013 gewann Niedersachsen per saldo 34 935 Menschen durch Wanderungsbewegungen mit dem Ausland hinzu. Dieser Zugewinn war zwar höher als in den Vorjahren (2011: +23 670, 2012: +27 520), lag aber immer noch unter dem des Jahres 2005, als der Saldo +40 517 betrug. Die Gewinne des Jahres 2013 traten überwiegend in der Wanderungsverflechtung mit osteuropäischen Ländern auf: Per saldo verbuchte das Land hohe Zuwächse vor allem aus Polen (+7 980), Russland (+2 915), Rumänien (+1 978) und Bulgarien (+1 385). Hohe positive Salden mit Osteuropa waren auch der Grund für den Wanderungsgewinn von 19 518 Personen, den Niedersachsen mit der EU insgesamt verbuchte. Dazu trugen auch vergleichsweise hohe positive Salden mit Italien (+1 518), Spanien (+1 562) und Griechenland (+1 066) bei.

Mit Afrika insgesamt gab es einen deutlich gestiegenen Positiv-Saldo von +2 863, mit Asien von +7 392 und mit Amerika von +213. Ursächlich für den Anstieg des Gesamtsaldos mit Asien war insbesondere der hohe positive Wanderungssaldo mit Syrien (+2 374).

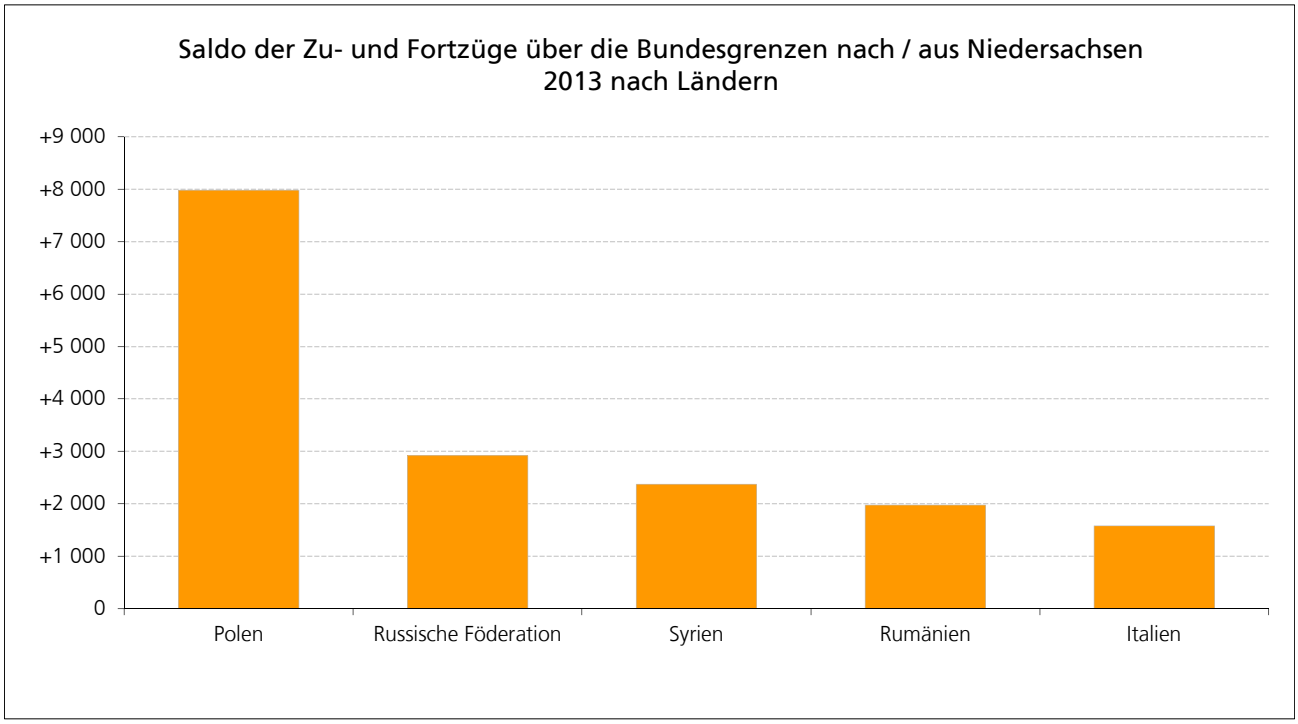
Negative Wanderungssalden, bei denen entsprechend die Zahl der Fortzüge die der Zuzüge übertraf, gab es unter den aufgeführten Staaten mit der Türkei (-332) und Österreich (-123).

Indikator A 21

Saldo der Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen nach / aus Niedersachsen

Land[1)]	2005	2009	2011	2012	2013
Europa	**+28 436**	**+2 716**	**+17 971**	**+21 801**	**+24 542**
Türkei	+ 31	- 440	+ 41	- 140	- 332
Polen	+4 937	+ 635	+7 870	+8 059	+7 980
Serbien[2)]	- 503	- 148	+ 217	+ 564	+1 349
Niederlande	+1 694	+ 667	+ 495	+ 214	+ 318
Italien	- 340	- 114	+ 176	+ 991	+1 581
Russische Föderation	+21 843	+2 095	+1 590	+1 551	+2 915
Griechenland	- 378	- 354	+ 839	+1 186	+1 066
Rumänien	+ 264	+ 916	+2 693	+2 257	+1 978
Spanien	- 385	- 248	- 57	+1 107	+1 562
Vereinigtes Königreich	+1 514	+ 388	+ 304	+ 48	+ 101
Ukraine	- 304	- 16	+ 452	+ 360	+ 462
Bulgarien	+ 10	+ 499	+1 193	+1 439	+1 385
Portugal	- 212	- 69	+ 163	+ 420	+ 730
Kroatien	- 171	- 64	+ 47	+ 93	+ 197
Ungarn	- 292	- 250	- 145	+1 286	+1 000
Österreich	- 19	- 69	+ 13	- 94	- 123
EU-Staaten	+5 702	+1 916	+16 309	+19 025	+19 518
Afrika	**+ 361**	**+ 384**	**+ 838**	**+1 199**	**+2 863**
Amerika	**- 298**	**- 170**	**+ 549**	**+ 504**	**+ 213**
Asien	**+13 016**	**+4 687**	**+4 001**	**+4 526**	**+7 392**
Syrien	- 48	+2 603	+ 525	+ 860	+2 374
Irak	+ 25	+ 45	+ 54	+ 244	+ 366
Vietnam	+ 130	+ 189	+ 610	+ 96	+ 129
China	+ 71	+ 138	+ 249	+ 462	+ 557
Australien und Ozeanien	**- 124**	**- 164**	**+ 1**	**- 23**	**- 41**
Sonstige Ausprägungen[3)]	**- 874**	**+ 190**	**+ 310**	**- 487**	**- 34**
Insgesamt	**+40 517**	**+7 643**	**+23 670**	**+27 520**	**+34 935**

1) Aufgeführt sind die Länder der 20 häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen.
2) einschließlich Montenegro und Kosovo - 3) "Staatenlos" sowie "Ungeklärt und ohne Angabe"
Quelle: Wanderungsstatistik



Indikator A 22

Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen nach / aus Niedersachsen 2005 und 2013 nach Altersgruppen

Definition des Indikators

Zahl der jährlichen Zu- und Fortzüge aus Niedersachsen in das Ausland (=über die Bundesgrenzen) sowie Wanderungssaldo nach Altersgruppen.

Methodische Hinweise

Die Zu- und Fortzüge bilden die grenzüberschreitenden Wanderungsströme zwischen Niedersachsen und dem Ausland nach demographischen Merkmalen ab. Die Kennzahl gibt Hinweise auf das Ausmaß der Zu- und Abwanderung nach bzw. aus Niedersachsen. Die Daten liegen nicht differenziert nach Zuwanderungsgeschichte, sondern nur nach Staatsangehörigkeit vor. Die zusätzliche Ausweisung nach Altersgruppen gibt Hinweise auf die Ursachen und Auswirkungen des Wanderungsgeschehens. Die Daten basieren auf Angaben der Meldebehörden. Vor allem in den Jahren 2008 und 2009 war die Aussagekraft der Daten beeinträchtigt: Die den Fortzügen dieser Jahre ins Ausland zugrunde liegenden Angaben der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind. Das Ergebnis der Bereinigungen sind auch noch im Jahr 2009 nachgeholte Buchungen „Fortzug in das Ausland", die in die Zählung der Fortzüge eingegangen sind. Von dieser Unschärfe waren auch die Salden betroffen. Die hier nachgewiesenen Ergebnisse für die Jahre 2005 und 2013 sind in ihrer Aussagekraft nicht beeinträchtigt.

Weiterführende Informationen:
Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Gemeindeebene sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 120 Wanderungsstatistik) sowie bundesweit in der Regionaldatenbank Deutschland.
Methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht Niedersachsen A III 1, Wanderungen.

Erläuterungen

Der Großteil der Wanderungsbewegungen mit dem Ausland entfällt auf die 20- bis unter 40-Jährigen: 57,3 Prozent der Zuzüge und 58,0 Prozent der Fortzüge entfielen auf diese Altersgruppe. Diese besonders mobile Altersgruppe dominiert das Wanderungsgeschehen, weil in diesem Lebensalter bestimmte „wanderungsintensive" Motive besonders wirksam sind: Wahl eines Ausbildungs- oder Studienortes, eventuell anschließend Rückkehr in das Ursprungsland, Suche nach einem Arbeitsplatz und zum Teil auch Wanderungen, die auf eine Familiengründung zurückgehen. Wichtige „Pull-Faktoren" der Zuwanderung sind ein gutes Angebot an Ausbildungs- und Studienplätzen sowie vor allem gute Lebens-, Erwerbs- und Verdienstchancen. 2013 hat das Land Niedersachsen per saldo 19 468 Frauen und Männer im Alter von 20 bis unter 40 Jahren hinzugewonnen. Gegenüber 2005, als der Saldo noch +17 134 betrug, haben sowohl die Zu- als auch Fortzüge deutlich zugenommen.

Eine deutlich geringere Wanderungsintensität weist die Altersgruppe der 40- bis unter 65-Jährigen auf. Diese Menschen stehen zwar im Erwerbsalter, die biographische Phase ihrer Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche ist aber zumeist bereits abgeschlossen. 25,3 Prozent der Zu- und 30,4 Prozent der Fortzüge entfielen 2013 auf diese Altersgruppe. Per saldo gewann das Land Niedersachsen in diesem Berichtsjahr hier 4 986 Personen hinzu; 2005 waren es bei deutlich geringerem Wanderungsaufkommen noch +9 867 Personen gewesen.

Bei den Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren betrug 2013 der Saldo +10 475 Personen. Menschen dieser Altersgruppe folgen zumeist den Wanderungsentscheidungen ihrer Eltern. Hier ging der Saldo im Zeitvergleich leicht zurück: 2005 betrug er noch +11 282 Menschen. Der Rückgang in dieser Altersklasse geht vor allem auf höhere Fortzugszahlen zurück.

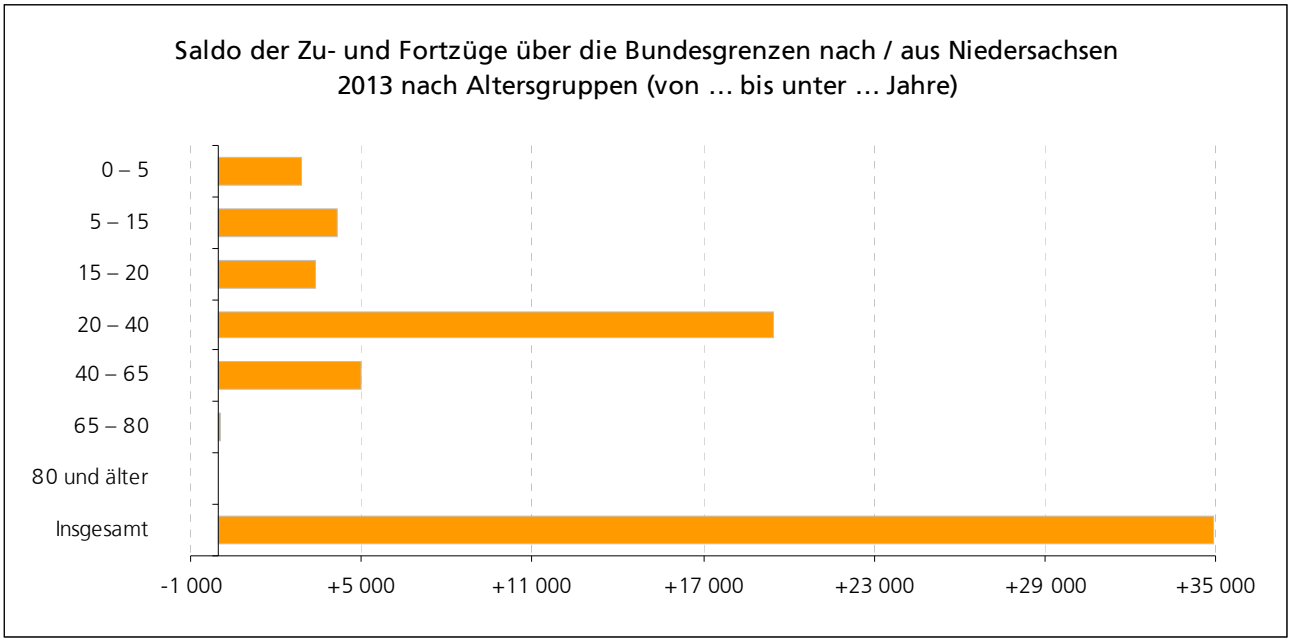
Die höheren Altersgruppen im Rentenalter spielen im Wanderungsgeschehen eine vergleichsweise geringe Rolle. Die Zahl der Zu- und Fortzüge der über 65-Jährigen vom oder ins Ausland war und ist relativ gering. Seit 2005 ist die Zahl der Zuzüge von Senioren gesunken, die der Fortzüge wiederum gestiegen, sodass für das Jahr 2013 ein fast ausgeglichener Saldo von +6 zu Buche steht. 2005 waren es noch +2 234 Personen gewesen.

Indikator A 22

Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen nach / aus Niedersachsen 2005 und 2013 nach Altersgruppen

Altersgruppe von … bis unter … Jahre	Zuzüge		Fortzüge		Saldo	
	2005	2013	2005	2013	2005	2013
	Anzahl					
0 – 5	3 723	4 625	1 364	1 756	+2 359	+2 869
5 – 15	7 615	6 842	2 799	2 656	+4 816	+4 186
15 – 20	6 459	6 273	2 352	2 853	+4 107	+3 420
20 – 40	50 935	63 511	33 801	44 043	+17 134	+19 468
40 – 65	23 652	28 096	13 785	23 110	+9 867	+4 986
65 – 80	3 208	1 407	1 125	1 370	+2 083	+ 37
80 und älter	301	167	150	198	+ 151	- 31
Insgesamt	**95 893**	**110 921**	**55 376**	**75 986**	**+40 517**	**+34 935**

Quelle: Wanderungsstatistik



Indikator A 23

Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen 2012 und 2013 nach Kreisen

Definition des Indikators

Zahl der Zuzüge aus dem Ausland nach Niedersachsen, Zahl der Fortzüge aus Niedersachsen in das Ausland sowie Saldo der Zu- und Fortzüge nach Landkreisen und kreisfreien Städten.

Methodische Hinweise

Die Zu- und Fortzüge bilden die grenzüberschreitenden Wanderungsströme zwischen Niedersachsens Regionen und dem Ausland ab. Die Kennzahl gibt Hinweise auf das Ausmaß der Zu- und Abwanderung nach bzw. aus Niedersachsen. Die Daten liegen nicht differenziert nach Zuwanderungsgeschichte, sondern nur nach Staatsangehörigkeit vor. Sie basieren auf Angaben der Meldebehörden.

In der regionalen Differenzierung ist eine regionale Besonderheit mit bundesweiter Bedeutung zu berücksichtigen: Im Landkreis Göttingen befindet sich das Grenzdurchgangslager Friedland. Seit Oktober 2000 ist Friedland die bundesweit einzige Einrichtung für die Erstaufnahme von Spätaussiedlern. Im Jahr 2012 nahm das Grenzdurchgangslager laut eigener Statistik 4 506 Menschen auf, 2013 waren es sogar 7 047. Die Wanderungsdaten vor allem für den Landkreis Göttingen bzw. das Göttinger Umland sind davon stark beeinflusst.

Die Tabelle enthält für Niedersachsens Kreise einerseits die absoluten Werte des Wanderungsgeschehens 2012 und 2013, andererseits Beziehungszahlen der Zu- und Fortzüge je 1 000 Einwohner der betreffenden Region. Damit kann die regional unterschiedliche Intensität der Zu- und Fortzüge abgebildet und ein Hinweis auf den regionalen Bedarf zur Förderung gleichberechtigter Teilhabe gegeben werden. Da die Einwohnerzahlen zum 31.12.2013 bei Redaktionsschluss noch nicht vorlagen, werden Beziehungszahlen für das Jahr 2012 ausgewiesen.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Gemeindeebene sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 120 Wanderungsstatistik) sowie bundesweit in der Regionaldatenbank Deutschland.
Methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht Niedersachsen A III 1, Wanderungen.

Erläuterungen

Mit der Stadt Wilhelmshaven (-90 Personen) wies lediglich eine der 49 dargestellten Regionen 2013 einen negativen Wanderungssaldo mit dem Ausland auf. Alle anderen Regionen hatten mehr oder weniger deutliche Zuwächse zu verzeichnen, am stärksten das Umland der Stadt Göttingen mit +6 572 Personen. Hier spielt das Grenzdurchgangslager Friedland eine wichtige Rolle (siehe methodische Hinweise). Auch die Stadt Braunschweig mit +5 533 sowie der Landkreis Lüneburg mit +3 664 Personen haben 2013 durch Wanderungen aus dem Ausland deutlich an Einwohnern gewonnen.

Einige Regionen des Landes wiesen 2012 hohe Zuwanderungs- und Abwanderungsquoten zugleich auf, so z.B. die Landkreise Cloppenburg, Vechta, Oldenburg, Nienburg (Weser), Emsland, Diepholz und Stade. In diesen Regionen, die auch durch eine intensive Landwirtschaft und Viehhaltung geprägt sind, findet eine Arbeitsmigration in der Form statt, dass ausländische Saisonarbeitskräfte im selben Jahr zu- und wieder fortziehen. Andere Gründe haben die ähnlich hohen Quoten in der Stadt Göttingen: Hier spielt die Universität eine große Rolle, die zahlreiche ausländische Studentinnen und Studenten anzieht.

Besonders hohe Salden je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es im Jahr 2012 neben dem Landkreis Göttingen in den Städten Braunschweig, Wolfsburg und in der Landeshauptstadt Hannover sowie in den agrarischen Intensivregionen Cloppenburg, Emsland und Vechta und im Landkreis Grafschaft Bentheim.

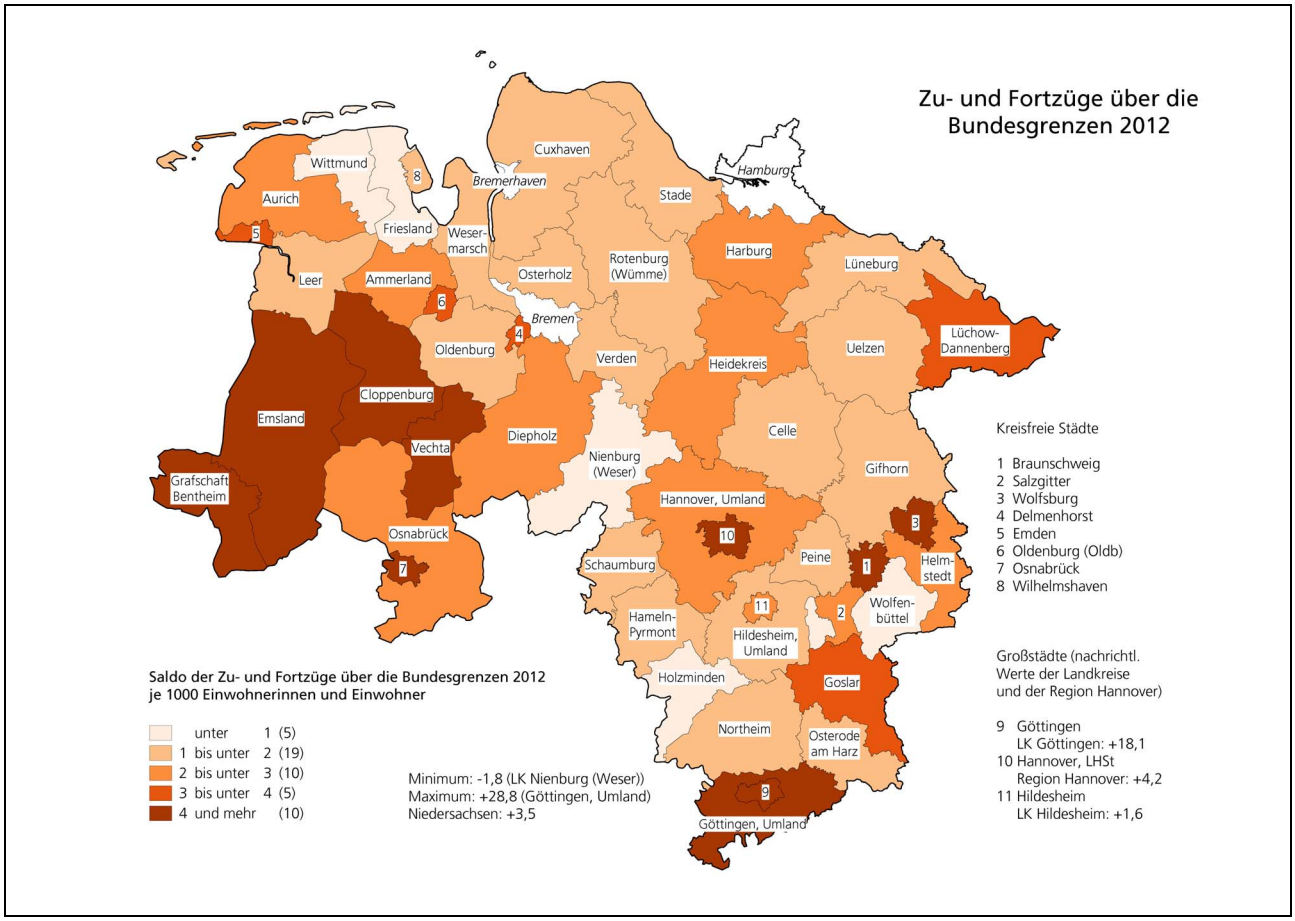
Indikator A 23

Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen 2012 und 2013 nach Kreisen

Land Statistische Region	Zuzüge		Fortzüge		Saldo der Zu- und Fortzüge		Zuzüge	Fortzüge	Saldo der Zu- und Fortzüge
	2012	2013	2012	2013	2012	2013			
	Anzahl						Je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner[1)]		
Niedersachsen	**99 001**	**110 921**	**71 481**	**75 986**	**+27 520**	**+34 935**	**12,7**	**9,2**	**+3,5**
Stat. Region Braunschweig	19 752	26 058	9 274	10 069	+10 478	+15 989	12,5	5,9	+6,7
Stat. Region Hannover	23 584	24 985	17 807	18 400	+5 777	+6 585	11,3	8,5	+2,8
Stat. Region Lüneburg	13 478	15 022	10 418	11 358	+3 060	+3 664	8,1	6,2	+1,8
Stat. Region Weser-Ems	42 187	44 856	33 982	36 159	+8 205	+8 697	17,3	13,9	+3,4

1) Bevölkerung am 31.12.2012, Einwohnerzahlen zum 31.12.2013 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Quelle: Wanderungsstatistik



B | Bildung und Qualifikation

Indikator B 24

Betreute Kinder im Alter bis unter 14 Jahren in Tagespflege und in Tageseinrichtungen am 1. März 2013 nach Zuwanderungsgeschichte und Kreisen

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil der Kinder im Alter bis unter 14 Jahren mit Zuwanderungsgeschichte (mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft) an allen betreuten Kindern in Tagespflege und Tageseinrichtungen wieder.

Methodische Hinweise

Der Indikator kann Aussagen über die Zusammensetzung der betreuten Kinder in Tagespflege und in Tageseinrichtungen machen. Insofern gibt er einen Hinweis darauf, in welchen Regionen die Tagespflege und Tageseinrichtungen besondere Teilhabestrukturen benötigen. Die Kinder- und Jugendhilfestatistik erfasst den Migrationshintergrund mit der Frage, ob mindestens ein Elternteil des Kindes im Ausland geboren wurde. Die aktuelle Staatsangehörigkeit der Eltern ist nicht maßgeblich. Leben die Eltern nicht mehr zusammen, ist für die Angabe nur die Situation des Elternteils zu berücksichtigen, bei dem das Kind wohnt. Lebt ein neuer Partner mit im Haushalt, wird dessen Situation mit berücksichtigt. Ein Kind, dessen Vater eine ausländische Nationalität hat, der aber in Deutschland geboren wurde, hat beispielsweise gemäß Kinder- und Jugendhilfestatistik keinen Migrationshintergrund.

Dargestellt werden kann nur der Anteil der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte an allen betreuten Kindern. In Kombination mit den jeweiligen Bevölkerungszahlen nach Alter und Zuwanderungsgeschichte kann er jedoch Aussagen über die Anteile von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte machen, die in Tagespflege oder Tageseinrichtungen insgesamt betreut werden.

Die Zahlen zu den Kindertageseinrichtungen beziehen sich auf alle Kindertageseinrichtungen für behinderte und/oder nichtbehinderte Kinder. Dabei handelt es sich um Einrichtungen, in denen Kinder ganztägig oder für einen Teil des Tages aufgenommen sowie pflegerisch und erzieherisch regelmäßig betreut werden, die über haupt- oder nebenberufliches Personal verfügen und für die eine Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII oder eine vergleichbare Genehmigung vorliegt. Angebote der stundenweisen Betreuung werden nicht berücksichtigt.
Die Zahl der Kinder in Tagespflege bezieht sich auf alle Tagespflegeangebote, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Stichtag der jährlichen Statistik ist der 1. März.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Weitere Angaben für Niedersachsen auf Ebene der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Landeshauptstadt Hannover und bundesweite Angaben sind zu finden in: Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen, Statistikteil 2014 (siehe die weiterführenden Informationen unter Indikator D 44) sowie jährlich aktualisiert in dem Statistischen Bericht Niedersachsen K I 4, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01. März 2013, April 2014. Hier sind auch Angaben über die vorrangige Familiensprache zu finden.
Bundesweite Zahlen sind zu finden in: IntMK (Hrsg.): Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011. Teil 1 Ergebnisse.

Erläuterungen

Von den insgesamt 275 905 in Tageseinrichtungen betreuten Kindern unter 14 Jahren hatten am 1. März 2013 22,9 Prozent mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft. Bei den 19 908 Kindern in Tagespflege betrug der Anteil nur 9,3 Prozent.

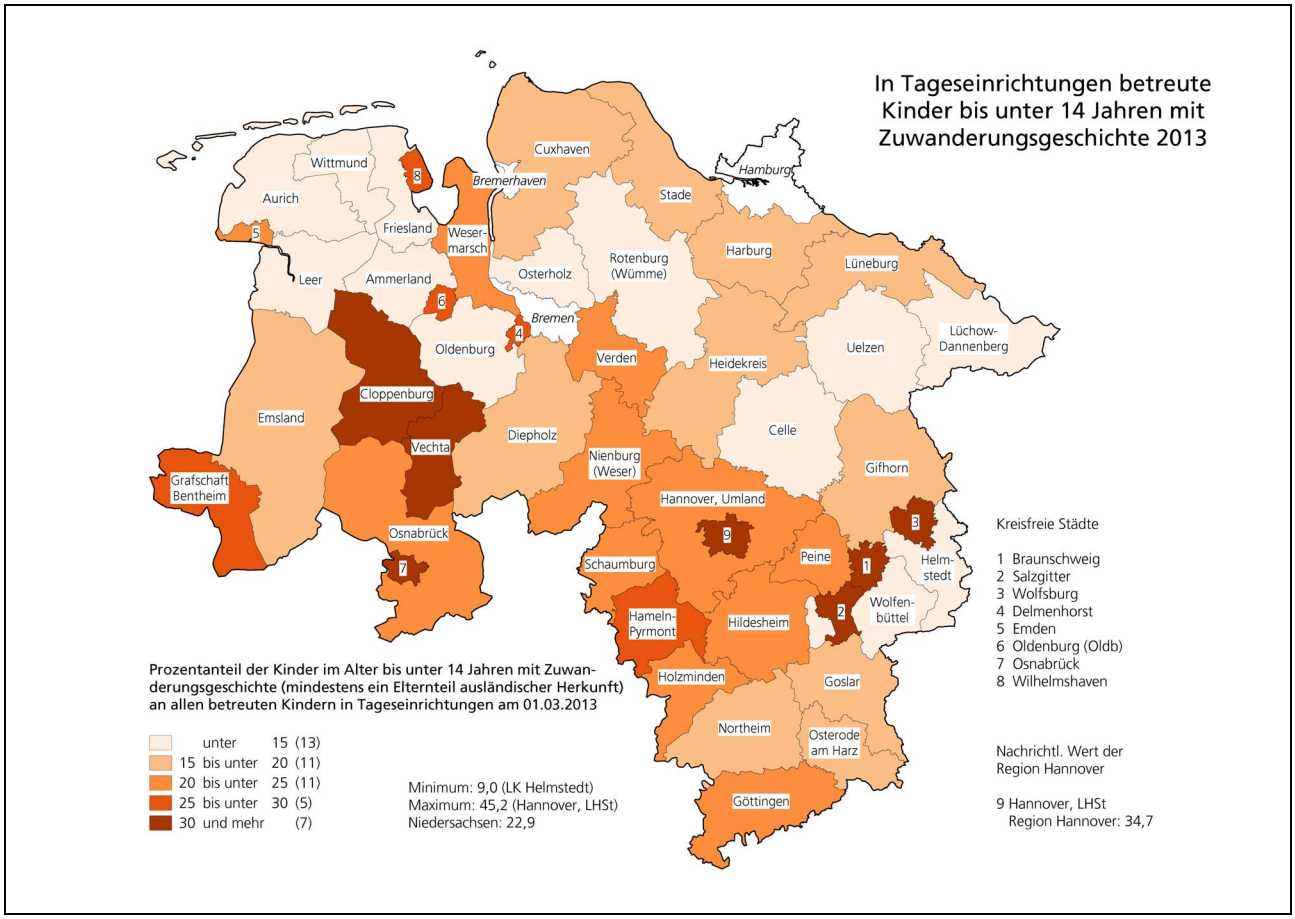
In der Landeshauptstadt Hannover hatte mit 45,2 Prozent beinahe jedes zweite Kind, das in einer Kindertageseinrichtung betreut wurde, mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft. Überdurchschnittliche Werte von 25 bis deutlich über 30 Prozent waren vor allem in den Großstädten und kreisfreien Städten sowie in Landkreisen im Westen des Landes (Vechta, Cloppenburg und Grafschaft Bentheim) zu beobachten, was auf die hohen dortigen Ausländeranteile zurückzuführen ist. Stark unterdurchschnittlich waren die Werte hingegen in der Region Ostfriesland (ausgenommen Emden) sowie Friesland und Ammerland, wo auch weniger Ausländerinnen und Ausländer leben. Auch die Statistische Region Lüneburg wies durchweg unterdurchschnittliche Werte auf.

Indikator B 24

Betreute Kinder im Alter bis unter 14 Jahren in Tagespflege und in Tageseinrichtungen am 1. März 2013 nach Zuwanderungsgeschichte und Kreisen

Land Statistische Region	Betreute Kinder in Tagespflege			Betreute Kinder in Tageseinrichtungen		
	Insgesamt	darunter Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft		Insgesamt	darunter Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft	
	Anzahl		Anteil in Prozent	Anzahl		Anteil in Prozent
Niedersachsen	**19 908**	**1 857**	**9,3**	**275 905**	**63 088**	**22,9**
Stat. Region Braunschweig	3 393	289	8,5	54 772	12 188	22,3
Stat. Region Hannover	4 437	508	11,4	77 759	22 848	29,4
Stat. Region Lüneburg	4 802	282	5,9	59 701	9 679	16,2
Stat. Region Weser-Ems	7 276	778	10,7	83 673	18 373	22,0

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik



Indikator B 25

Anteil der betreuten Kinder bis unter 6 Jahren mit Zuwanderungsgeschichte in Tageseinrichtungen am 1. März 2012 und 1. März 2013 nach Kreisen

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil von betreuten Kindern bis unter 6 Jahren mit Zuwanderungsgeschichte in Tageseinrichtungen wieder. Dabei werden zwei unterschiedliche Definitionen über den Migrationshintergrund zu Grunde gelegt. Zum einen bezieht sich dieser auf die Herkunft der Eltern bzw. eines Elternteils, zum anderen auf die vorrangige Familiensprache. Beide Merkmale werden parallel erfasst und können isoliert betrachtet werden.

Die frühkindliche Förderung ist für den gesamten Bildungserfolg von zentraler Bedeutung. Insbesondere wird der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten eine Schlüsselrolle bei der gesellschaftlichen Teilhabe zuerkannt, da von den Sprachkenntnissen der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt abhängen.

Methodische Hinweise

In der jährlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik ist bei ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteils anzugeben, ob die Mutter und bzw. oder der Vater des Kindes im Ausland geboren wurden. Hierbei ist die aktuelle Staatsangehörigkeit der Eltern nicht maßgeblich. Leben die Eltern nicht mehr zusammen, ist für die Angabe nur die Situation des Elternteils zu berücksichtigen, bei dem das Kind wohnt. Lebt ein neuer Partner mit im Haushalt, wird dessen Situation mit berücksichtigt. Zur Einschätzung möglicher Schwierigkeiten bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aufgrund von Sprachproblemen des Kindes ist anzugeben, ob in der Familie vorrangig deutsch oder eine andere Sprache gesprochen wird. Stichtag der Statistik ist der 1. März.

Die Gruppe der Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft ist zahlenmäßig größer als die Gruppe der Kinder, die zu Hause vorrangig nicht Deutsch spricht. Kinder in Kindertagespflege werden an dieser Stelle nicht berücksichtigt.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Weitere Angaben für Niedersachsen auf Ebene der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Landeshauptstadt Hannover und bundesweite Angaben sind zu finden in: Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen, Statistikteil 2014 (siehe unter Indikator D 44) sowie jährlich aktualisiert in dem Statistischen Bericht Niedersachsen K I 4, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01. März 2013, April 2014. Hier sind auch Angaben über die vorrangige Familiensprache zu finden.
Bundesweite Zahlen sind zu finden in: IntMK (Hrsg.): Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011. Teil 1 Ergebnisse.

Erläuterungen

Der Anteil der Kinder bis unter 6 Jahren, von denen mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft war, an allen Kindern bis unter 6 Jahren, die im Jahr 2013 eine Kindertageseinrichtung besuchten, lag zwischen 8,9 Prozent im Landkreis Helmstedt und 44,8 Prozent in der Landeshauptstadt Hannover. Der Niedersachsendurchschnitt lag mit 22,2 Prozent um 0,6 Prozentpunkte unter dem des Jahres 2012.

Der Anteil der betreuten Kinder, in deren Familien hauptsächlich nicht deutsch gesprochen wurde, lag 2013 bei 12,0 Prozent (2012: 12,6 Prozent). Im Vergleich der Statistischen Regionen wies die Statistische Region Lüneburg mit 7,6 Prozent den niedrigsten Wert auf, den mit Abstand höchsten die Statistische Region Hannover, wo jedes sechste betreute Kind unter 6 Jahren (16,0 Prozent) eine so bestimmte Zuwanderungsgeschichte hatte.

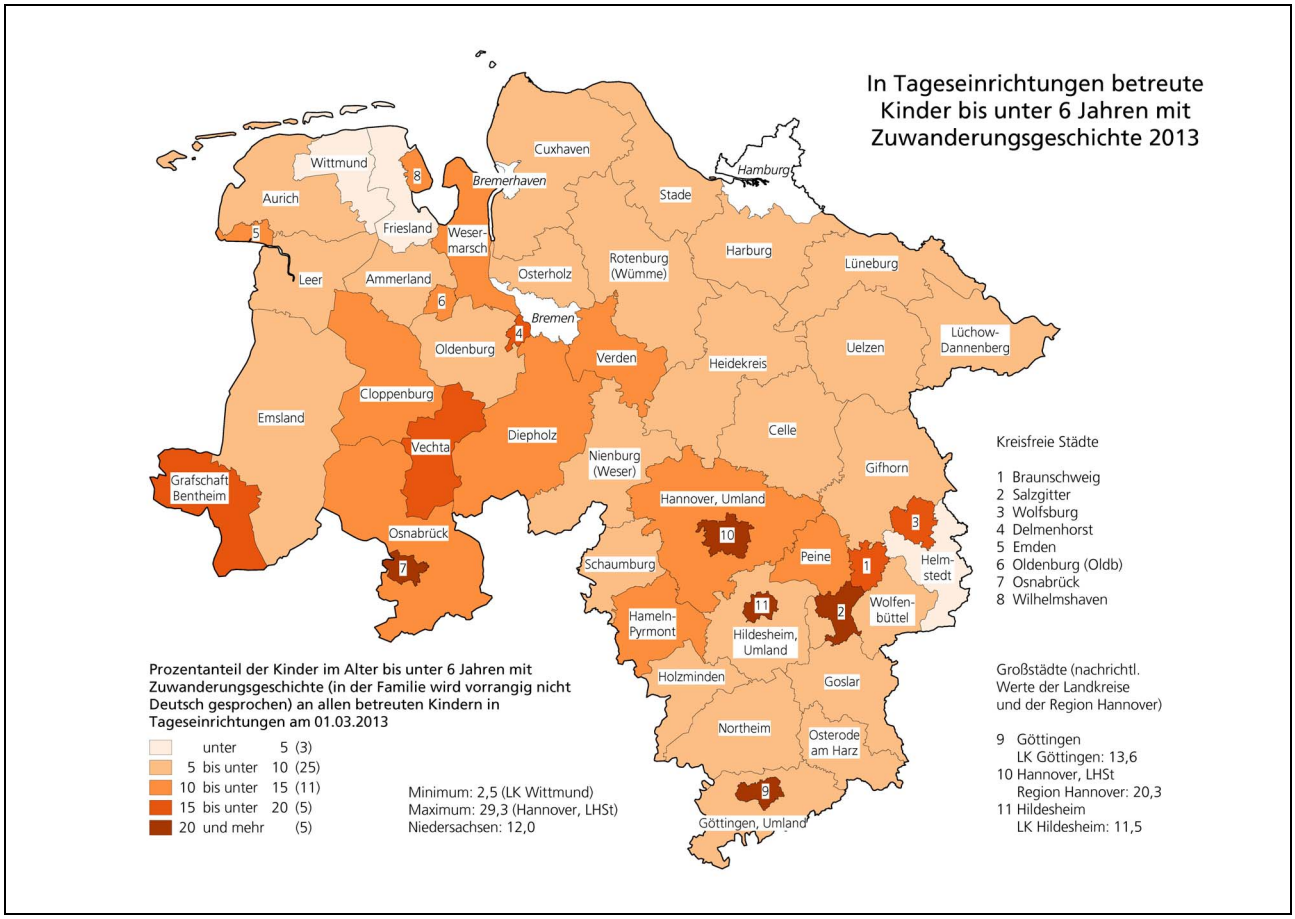
Für beide dargestellten Kennzahlen gilt, dass überdurchschnittliche Werte neben der Landeshauptstadt und der Region Hannover in erster Linie in den weiteren Großstädten sowie einzelnen Städten und Landkreisen im Westen des Landes zu beobachten sind. Dies korrespondiert erwartungsgemäß jeweils mit einem ebenfalls überdurchschnittlichen Anteil von Ausländerinnen und Ausländern an der Bevölkerung.

Indikator B 25

Anteil der betreuten Kinder bis unter 6 Jahren mit Zuwanderungsgeschichte in Tageseinrichtungen am 1. März 2012 und 1. März 2013 nach Kreisen

Land Statistische Region	Anteil der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund an allen betreuten Kindern 2012		Anteil der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund an allen betreuten Kindern 2013	
	ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils	in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils	in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen
	Prozent			
Niedersachsen	**22,8**	**12,6**	**22,2**	**12,0**
Stat. Region Braunschweig	22,8	14,2	22,2	12,4
Stat. Region Hannover	28,6	15,9	28,9	16,0
Stat. Region Lüneburg	16,4	8,0	15,7	7,6
Stat. Region Weser-Ems	22,2	12,0	21,2	11,2

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik



Indikator B 26

Betreute Kinder mit Zuwanderungsgeschichte bis unter 3 Jahren und von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung am 1. März 2013 nach Kreisen

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil von betreuten Kindern bis unter 3 Jahren und von 3 bis unter 6 Jahren mit Zuwanderungsgeschichte (mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft) in Tageseinrichtungen sowie in öffentlich geförderter Tagespflege an, die nicht zusätzlich eine Einrichtung der Tagesbetreuung besuchen.

Die frühkindliche Förderung ist für den gesamten Bildungserfolg von zentraler Bedeutung. Insbesondere wird der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten eine Schlüsselrolle bei der gesellschaftlichen Teilhabe zuerkannt, da von den Sprachkenntnissen der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt abhängen.

Methodische Hinweise

In der jährlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik ist bei ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteils anzugeben, ob die Mutter und bzw. oder der Vater des Kindes im Ausland geboren wurden. Die aktuelle Staatsangehörigkeit der Eltern ist nicht maßgeblich. Leben die Eltern nicht mehr zusammen, ist für die Angabe nur die Situation des Elternteils zu berücksichtigen, bei dem das Kind wohnt. Lebt ein neuer Partner mit im Haushalt, wird dessen Situation mit berücksichtigt. Stichtag der Statistik ist der 1. März.

Weiterführende Informationen:
Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Weitere Angaben für Niedersachsen auf Ebene der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Landeshauptstadt Hannover und bundesweite Angaben sind zu finden in: Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen, Statistikteil 2014 (siehe unter Indikator D 44) sowie jährlich aktualisiert in dem Statistischen Bericht Niedersachsen K I 4, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01. März 2013, April 2014. Hier sind auch Angaben über die vorrangige Familiensprache zu finden.
Bundesweite Zahlen sind zu finden in: IntMK (Hrsg.): Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011. Teil 1 Ergebnisse.

Erläuterungen

In Niedersachsen wurden 2013 insgesamt 6 743 Kinder mit Zuwanderungsgeschichte im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen sowie in öffentlich geförderter Tagespflege betreut. Das waren 14,6 Prozent aller in dieser Altersgruppe betreuten Kinder. Während in der Statistischen Region Lüneburg nur jedes zehnte betreute Kind (10,3 Prozent) eine Zuwanderungsgeschichte hatte, hatte diese in der Statistischen Region Hannover mit 18,6 Prozent fast jedes fünfte Kind (Weser-Ems: 14,3 Prozent; Braunschweig: 14,4 Prozent). Besonders hoch waren die Anteile in den Großstädten: In der Stadt Wolfsburg als Spitzenreiterin hatte jedes vierte Kind eine Zuwanderungsgeschichte (27,5 Prozent), im rural geprägten Landkreis Friesland waren es umgekehrt nur 5,7 Prozent. Bei den kreisfreien Städten verzeichnete die Hälfte überdurchschnittliche Werte. Die Landkreise mit überdurchschnittlichen Werten waren vor allem im Westen sowie um Hannover (Region Hannover, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Nienburg) zu finden.
Ein Blick auf die nächsthöhere Altersklasse, die der 3- bis unter 6-Jährigen, zeigt mit 23,2 Prozent einen deutlich höheren Anteil von betreuten Kindern mit Zuwanderungsgeschichte. Unter den Statistischen Regionen hatte Hannover auch hier den höchsten Anteil mit 30,4 Prozent, gefolgt von Braunschweig (23,4 Prozent), Weser-Ems (21,9 Prozent) und Lüneburg mit 16,2 Prozent. Besonders deutliche Unterschiede zwischen den beiden Altersgruppen, wo sich unter- in überdurchschnittliche Werte verkehrten, verzeichneten neben der Stadt Delmenhorst (unter 3 Jahre: 7,5 Prozent; 3 bis unter 6 Jahre: 28,2 Prozent) die Städte Oldenburg, Wilhelmshaven sowie der Landkreis Peine. Umgekehrt war es in den Landkreisen Emsland und Osnabrück. Die größten Zuwächse beim Anteil der unter 3-jährigen betreuten Kinder mit Zuwanderungsgeschichte seit 2012 waren in den Landkreisen Wittmund (+5,2 Prozentpunkte) und Cloppenburg (+4,6 Prozentpunkte) zu beobachten. Starke Rückgänge gab es wiederum in den Städten Salzgitter und Wilhelmshaven (-5,1 Prozentpunkte). Bei den 3- bis unter 6-Jährigen gab es die höchsten Zuwächse in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg (+2,8 Prozentpunkte) und Hildesheim (+2,4 Prozentpunkte). Die stärksten Rückgänge fanden sich in den Städten Delmenhorst (-7,3 Prozentpunkte) und Salzgitter (-6,9 Prozentpunkte). Bei der Interpretation der Anteilsveränderungen sind die teilweise sehr geringen absoluten Fallzahlen zu berücksichtigen.

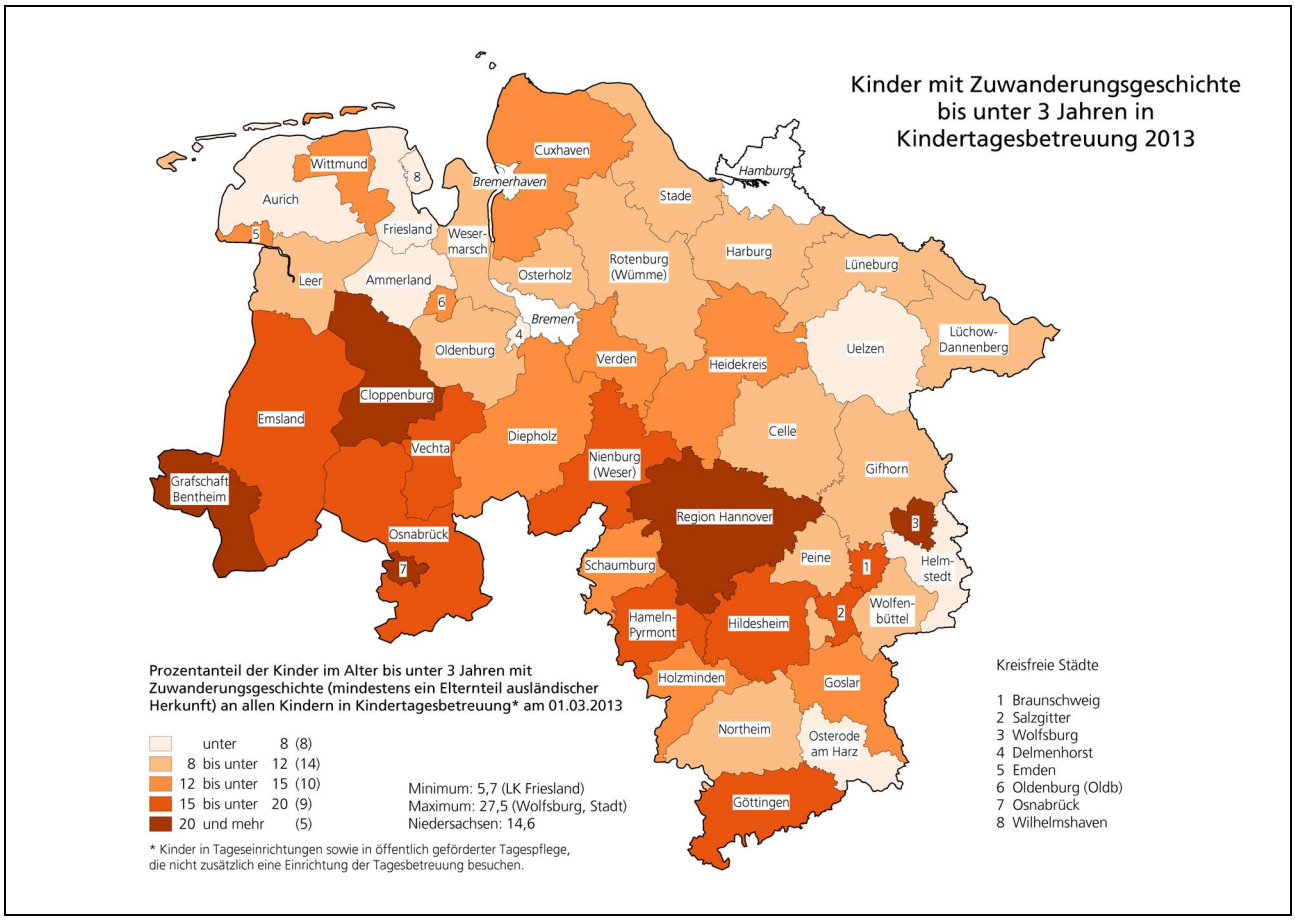
Indikator B 26

Betreute Kinder mit Zuwanderungsgeschichte bis unter 3 Jahren und von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung[1)] am 1. März 2013 nach Kreisen

Land Statistische Region	Kinder im Alter von unter 3 Jahren mit ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteils			Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren mit ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteils		
	Anzahl	Anteil an allen betreuten Kindern	Veränderung des Anteils gegenüber 2012	Anzahl	Anteil an allen betreuten Kindern	Veränderung des Anteils gegenüber 2012
		Prozent	Prozentpunkte		Prozent	Prozentpunkte
Niedersachsen	**6 743**	**14,6**	**-0,1**	**43 022**	**23,2**	**-0,5**
Stat. Region Braunschweig	1 419	14,4	-0,2	8 274	23,4	-0,6
Stat. Region Hannover	2 357	18,6	+1,5	14 947	30,4	+0,3
Stat. Region Lüneburg	1 063	10,3	-1,1	6 624	16,2	-0,6
Stat. Region Weser-Ems	1 904	14,3	-0,7	13 177	21,9	-1,0

1) Kinder in Kindertageseinrichtungen sowie Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Einrichtung der Kindertagesbetreuung besuchen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kindertagesbetreuung regional 2013; Kinder- und Jugendhilfestatistik



Indikator B 27

Verteilung der Schülerinnen und Schüler im 8. Schuljahrgang 2005 und 2012 nach Nationalität und Statistischen Regionen

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil von Schülerinnen und Schülern im 8. Schuljahrgang nach Nationalität für die Jahre 2005 und 2012 nach Schulform an. Er kann Aussagen über die strukturelle Teilhabe und die Chancengleichheit im Bildungssystem machen. Die Über- bzw. Unterrepräsentation von ausländischen Schülerinnen und Schülern in den verschiedenen Schulformen zeigt an, ob diese vergleichbare Bildungschancen wie deutsche Schülerinnen und Schüler haben. Der 8. Schuljahrgang bietet sich für den strukturellen Vergleich an, weil in diesem Jahrgang die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Schulformen im Wesentlichen abgeschlossen ist und auch in früheren Jahren, als es z.B. noch die Orientierungsstufe gab, abgeschlossen war.

Methodische Hinweise

Die Schulstatistik soll gemäß einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz (KMK) künftig eine länderübergreifend einheitliche Definition des Migrationshintergrundes verwenden, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern sollen nicht in die Ableitung des Merkmals eingehen. Entsprechende Daten liegen für Niedersachsen aber noch nicht vor. Daher wird der Indikator zunächst nur nach Staatsangehörigkeit gegliedert.

Eine methodische Schwierigkeit bei einem bundesweiten Vergleich besteht in der Untergliederung der einzelnen, länderspezifischen Schulsysteme in Schultypen.

Unter die Integrierte Gesamtschule werden auch Freie Waldorfschulen u. ä. subsumiert. Die verschiedenen Zweige der Kooperativen Gesamtschule werden den Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium zugeordnet.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 300 Allgemein bildende Schulen).

Erläuterungen

Von den insgesamt 87 859 Schülerinnen und Schülern im 8. Schuljahrgang im Jahr 2012 waren 5,8 Prozent (5 130) Ausländerinnen und Ausländer. Das entsprach einem Minus von 0,9 Prozentpunkten gegenüber 2005 bei insgesamt zurückgegangenen Schülerzahlen in diesem Schuljahrgang. Der Rückgang der Schülerzahlen sowie der des Anteils ausländischer Schülerinnen und Schüler erstreckten sich auf alle statistischen Regionen. In der Statistischen Region Hannover war der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler mit 8,5 Prozent am höchsten, in der Statistischen Region Lüneburg mit 3,9 Prozent am niedrigsten (Statistische Region Braunschweig: 6,3 Prozent; Statistische Region Weser-Ems: 4,9 Prozent). Bei allen Schulformen wies die Statistische Region Hannover im Vergleich die höchsten Ausländeranteile auf. Es folgten die Regionen Braunschweig und Weser-Ems.

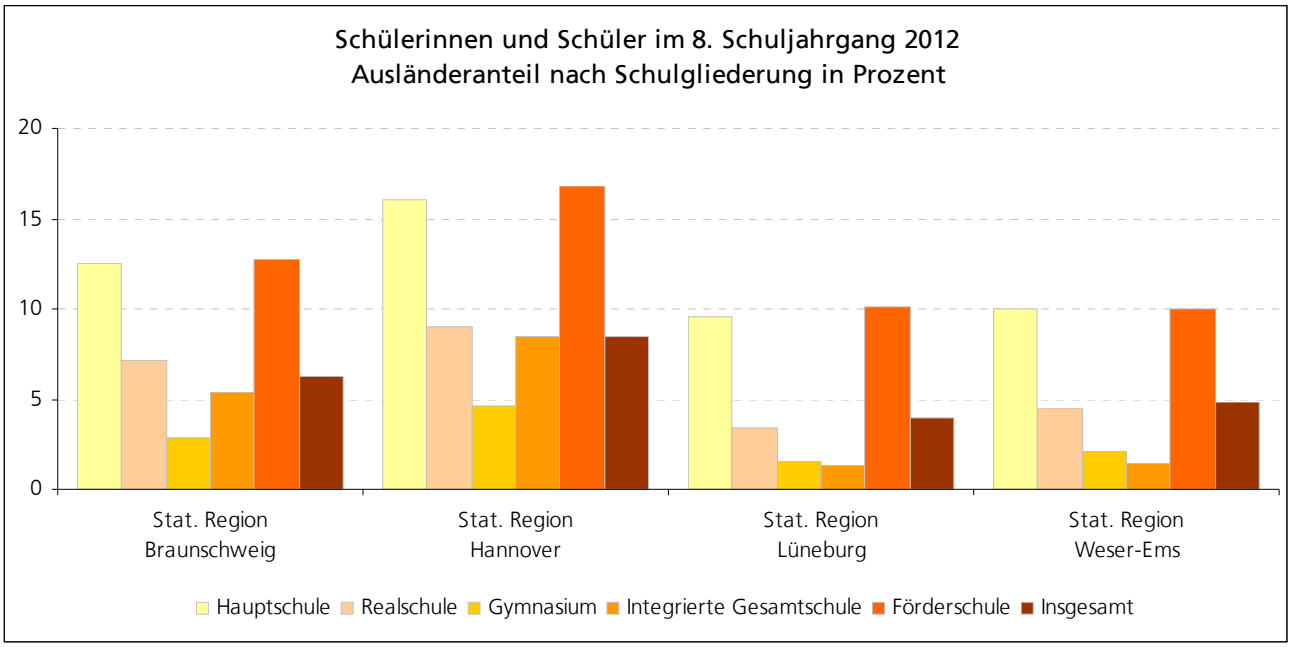
Die beiden höchsten Anteile von Ausländerinnen und Ausländern an allen Schülerinnen und Schülern fanden sich in sämtlichen Statistischen Regionen bei den Schultypen Förderschule und Hauptschule wieder. Im Durchschnitt lag der Ausländeranteil im 8. Schuljahrgang bei den Förderschülern in Niedersachsen bei 12,4 Prozent (2005: 16,7 Prozent), bei den Hauptschülern bei 11,6 Prozent (2005: 10,6 Prozent), bei den Realschülern bei 5,7 Prozent (2005: 5,6 Prozent) und bei den Schülern der Integrierten Gesamtschulen bei 5,3 Prozent (2005: 5,8 Prozent). Den niedrigsten Anteil von ausländischen Schülerinnen und Schülern verzeichnete mit 2,8 Prozent die Schulform Gymnasium. Im Jahre 2005 betrug er noch 3,5 Prozent. Die größten Veränderungen gab es demnach bei den Ausländeranteilen an Förderschulen.

Indikator B 27

Verteilung der Schülerinnen und Schüler im 8. Schuljahrgang 2005 und 2012 nach Nationalität und Statistischen Regionen

Statistische Region Land Schulgliederung[1)]	2005				2012			
	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer
	Anzahl		Prozent		Anzahl		Prozent	
				Statistische Region Braunschweig				
Hauptschule	3 686	555	86,9	13,1	2 108	303	87,4	12,6
Realschule	6 073	418	93,6	6,4	4 822	371	92,9	7,1
Gymnasium	6 116	196	96,9	3,1	6 135	179	97,2	2,8
Integrierte Gesamtschule	1 045	67	94,0	6,0	1 668	95	94,6	5,4
Förderschule	776	165	82,5	17,5	546	80	87,2	12,8
Insgesamt	17 696	1 401	92,7	7,3	15 279	1 028	93,7	6,3
				Statistische Region Hannover				
Hauptschule	3 977	686	85,3	14,7	2 454	469	84,0	16,0
Realschule	7 446	758	90,8	9,2	6 253	617	91,0	9,0
Gymnasium	7 820	496	94,0	6,0	8 408	407	95,4	4,6
Integrierte Gesamtschule	1 511	141	91,5	8,5	2 629	244	91,5	8,5
Förderschule	1 028	306	77,1	22,9	814	165	83,1	16,9
Insgesamt	21 782	2 387	90,1	9,9	20 558	1 902	91,5	8,5
				Statistische Region Lüneburg				
Hauptschule	5 066	527	90,6	9,4	3 067	326	90,4	9,6
Realschule	7 733	269	96,6	3,4	7 418	258	96,6	3,4
Gymnasium	6 699	131	98,1	1,9	7 321	117	98,4	1,6
Integrierte Gesamtschule	316	-	100,0	-	540	7	98,7	1,3
Förderschule	818	137	85,7	14,3	570	64	89,9	10,1
Insgesamt	20 632	1 064	95,1	4,9	18 916	772	96,1	3,9
				Statistische Region Weser-Ems				
Hauptschule	8 129	699	92,1	7,9	5 026	558	90,0	10,0
Realschule	11 015	455	96,0	4,0	10 652	507	95,5	4,5
Gymnasium	8 900	238	97,4	2,6	9 324	202	97,9	2,1
Integrierte Gesamtschule	1 222	42	96,7	3,3	1 762	26	98,5	1,5
Förderschule	1 648	247	87,0	13,0	1 212	135	90,0	10,0
Insgesamt	30 914	1 681	94,8	5,2	27 976	1 428	95,1	4,9
				Niedersachsen				
Hauptschule	20 858	2 467	89,4	10,6	12 655	1 656	88,4	11,6
Realschule	32 267	1 900	94,4	5,6	29 145	1 753	94,3	5,7
Gymnasium	29 535	1 061	96,5	3,5	31 188	905	97,2	2,8
Integrierte Gesamtschule	4 094	250	94,2	5,8	6 599	372	94,7	5,3
Förderschule	4 270	855	83,3	16,7	3 142	444	87,6	12,4
Insgesamt	91 024	6 533	93,3	6,7	82 729	5 130	94,2	5,8

1) Integrierte Gesamtschule: einschließlich Freie Waldorfschulen u. ä.; die verschiedenen Zweige der Kooperativen Gesamtschule werden den Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium zugeordnet.
Quelle: Schulstatistik



Indikator B 28

Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2005 und 2012 nach Nationalität und Kreisen

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil ausländischer und deutscher Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern eines Jahrgangs an allgemein bildenden Schulen wieder. Er kann Aussagen über die strukturelle Teilhabe und die Chancengleichheit im Bildungssystem machen. Die Über- bzw. Unterrepräsentation von ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern zeigt an, ob diese vergleichbare Bildungschancen wie deutsche Schulabgängerinnen und Schulabgänger haben. Potenziell haben Schülerinnen und Schüler, die ohne Hauptschulabschluss eine Schule verlassen, die schlechtesten Chancen sowohl für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe als auch für Erfolge auf dem Arbeitsmarkt.

Methodische Hinweise

Der Indikator schließt Abgängerinnen und Abgänger der Förderschulen mit ein, die dort keinen Hauptschulabschluss erworben haben.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 300 Allgemein bildende Schulen).

Erläuterungen

Im Jahr 2012 verließen 13,6 Prozent der ausländischen Abgängerinnen und Abgänger (691 Personen) die Schule ohne Hauptschulabschluss. Trotz großem Unterschied zu den deutschen Abgängerinnen und Abgängern bedeutete dies einen deutlichen Rückgang um -11,4 Prozentpunkte gegenüber 2005. Bei den deutschen Abgängerinnen und Abgängern hatten 2012 nur 5,0 Prozent keinen Schulabschluss (2005: 7,9 Prozent).

In insgesamt sechs Landkreisen und kreisfreien Städten lagen die Werte der ausländischen Schülerinnen und Schüler über 25 Prozent: Wilhelmshaven (32,4 Prozent), Vechta (30,6 Prozent), Osterholz (30 Prozent); Leer (29,2 Prozent) und Grafschaft Bentheim (28,8 Prozent). Im Landkreis Aurich betrug der Anteil sogar 38 Prozent.

In fast allen Landkreisen und kreisfreien Städten ist der Anteil der ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss seit 2005 zurückgegangen, überwiegend um -10 Prozentpunkte und mehr. Besonders stark war der Rückgang in den Landkreisen Uelzen (-41,5 Prozentpunkte) und Lüchow-Dannenberg (-37,1 Prozentpunkte). Lediglich in den bereits angeführten Landkreisen Aurich (+8,0 Prozentpunkte), Vechta (+7,0 Prozentpunkte) und Grafschaft Bentheim (+1,3 Prozentpunkte) sowie der Stadt Wilhelmshaven (+5,4 Prozentpunkte) kam es seit 2005 zu einem Anstieg der Anteils der ausländischen Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss. Zumindest im Falle der Landkreise Aurich und Vechta war dies jedoch durch einen Rückgang der Zahl ausländischer Schulabgängerinnen und Schulabgänger insgesamt begründet. Die absolute Zahl ausländischer Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss sank auch hier leicht.

In der Stadt Salzgitter sowie in den Landkreisen Helmstedt und Uelzen hat 2012 jeweils nur eine einzige Person mit ausländischer Nationalität die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen.

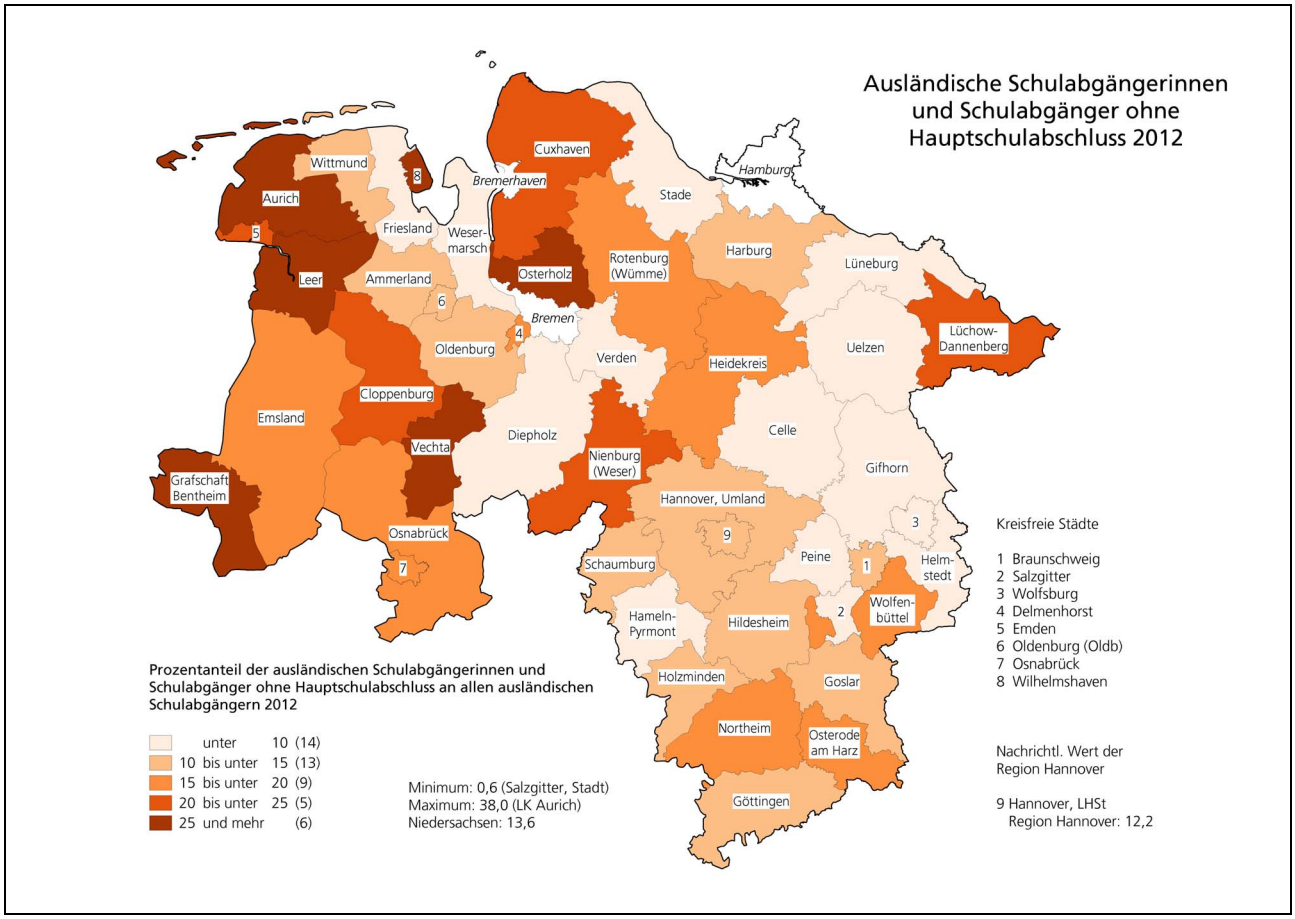
Indikator B 28

Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss[1)] 2005 und 2012 nach Nationalität und Kreisen

Land Statistische Region	2005			2012					
	Insgesamt	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer
	Anteil an allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern der betreffenden Bevölkerungsgruppe in Prozent						Anzahl		
Niedersachsen	**9,1**	**7,9**	**25,0**	**5,5**	**5,0**	**13,6**	**4 773**	**4 082**	**691**
Stat. Region Braunschweig	8,6	7,4	23,5	4,9	4,6	9,3	840	739	101
Stat. Region Hannover	8,8	7,2	21,8	5,2	4,6	11,9	1 166	928	238
Stat. Region Lüneburg	9,7	8,5	31,2	5,4	5,0	13,7	1 021	925	96
Stat. Region Weser-Ems	9,2	8,2	27,2	6,1	5,4	20,1	1 746	1 490	256

1) einschließlich Abgängerinnen/Abgänger der Förderschulen

Quelle: Schulstatistik



Indikator B 29

Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Niedersachsen 2005 und 2012 nach Abschlussart und Nationalität

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil ausländischer und deutscher Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Schulabschluss an allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern eines Jahrgangs an allgemein bildenden Schulen wieder. Er kann Aussagen über die strukturelle Teilhabe und die Chancengleichheit im Bildungssystem machen. Die Über- bzw. Unterrepräsentation von ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern bei den verschiedenen Abschlussarten zeigt an, ob diese vergleichbare Bildungschancen wie deutsche Schulabgängerinnen und Schulabgänger haben. Je höher der erreichte Schulabschluss, desto besser auch die weiteren Chancen für eine gleichberechtigte, strukturelle Teilhabe.

Methodische Hinweise

Der Indikator ist auf die Schulabschlüsse an den allgemein bildenden Schulen beschränkt. Nicht berücksichtigt werden folglich Hochschulzugangsberechtigungen, die nach dem Abschluss einer Haupt- oder Realschule etwa im beruflichen Schulwesen (z.B. durch Fach- und Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen oder berufliche Gymnasien) erreicht werden. Gegenüber Indikator B 28 werden die Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss hier näher differenziert nach „Abschluss Förderschule“ und „ohne Abschluss“.

Die Dauer des Bildungsganges und demographische Veränderungen müssen in die Betrachtung eingehen. Eine methodische Schwierigkeit bei einem bundesweiten Vergleich besteht in der Unterschiedlichkeit der länderspezifischen Schulsysteme.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 300 Allgemein bildende Schulen).

Erläuterungen

Im Jahr 2012 verließen insgesamt 87 416 niedersächsische Schülerinnen und Schüler die Schule. Darunter befanden sich 5 069 Ausländerinnen und Ausländer, was einem Anteil von 5,8 Prozent entsprach (2005: 7,0 Prozent). Den höchsten Anteil von ausländischen Abgängerinnen und Abgängern gab es mit 18,3 Prozent unter denjenigen, die die Schule ohne einen Abschluss verließen. Damit beendete 2012 jede und jeder zehnte ausländische Schulabgänger (9,7 Prozent) die Schule ohne einen Abschluss, unter den deutschen Schulabgängerinnen und Schulabgängern waren es nur 2,7 Prozent. Den zweithöchsten Anteil von ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern gab es 2012 bei der Abschlussart Förderschule (9,6 Prozent), knapp vor den Hauptschulabschlüssen (9,5 Prozent). Bei der Hochschulreife war der Anteil mit 2,5 Prozent am niedrigsten.

Abgesehen von der Fachhochschulreife war – bei Betrachtung der deutschen und nichtdeutschen Abgängerinnen und Abgänger – der Anteil bei den Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Realschulabschluss am ehesten ausgeglichen. Unter den Ausländerinnen und Ausländern betrug er 46,9 Prozent, bei den Deutschen 47,3 Prozent. Bei der Hochschulreife zeigte sich wiederum ein deutlicher Unterschied: Während unter den deutschen Schulabgängerinnen und Schulabgängern 31,6 Prozent ihre Schule mit dem höchsten allgemein bildenden Abschluss verließen, waren es unter den Ausländerinnen und Ausländern lediglich 13,3 Prozent. So war bei den Deutschen der am zweithäufigsten absolvierte Abschluss die Hochschulreife, bei den Ausländerinnen und Ausländern hingegen der Hauptschulabschluss. Im Vergleich zu 2005 hat sich das Niveau der Abschlussarten jedoch verbessert: bei den Deutschen allerdings stärker als bei den Nichtdeutschen, insbesondere mit Blick auf die Hochschulreife, wo der Anstieg bei den Deutschen 8,7 Prozentpunkte und bei den Ausländerinnen und Ausländern nur 5,9 Prozentpunkte betrug. Immerhin sank im Vergleich zu 2005 der Anteil bei den ausländischen Schulabgängerinnen und -abgängern, die ohne Abschluss ihre Schule verließen, um 5,0 Prozentpunkte und bei der Förderschule sogar um 6,5 Prozentpunkte. Dafür gab es einen deutlich höheren Anteil von Abgängerinnen und Abgängern mit Realschulabschluss unter den Ausländerinnen und Ausländern (+8,5 Prozentpunkte).

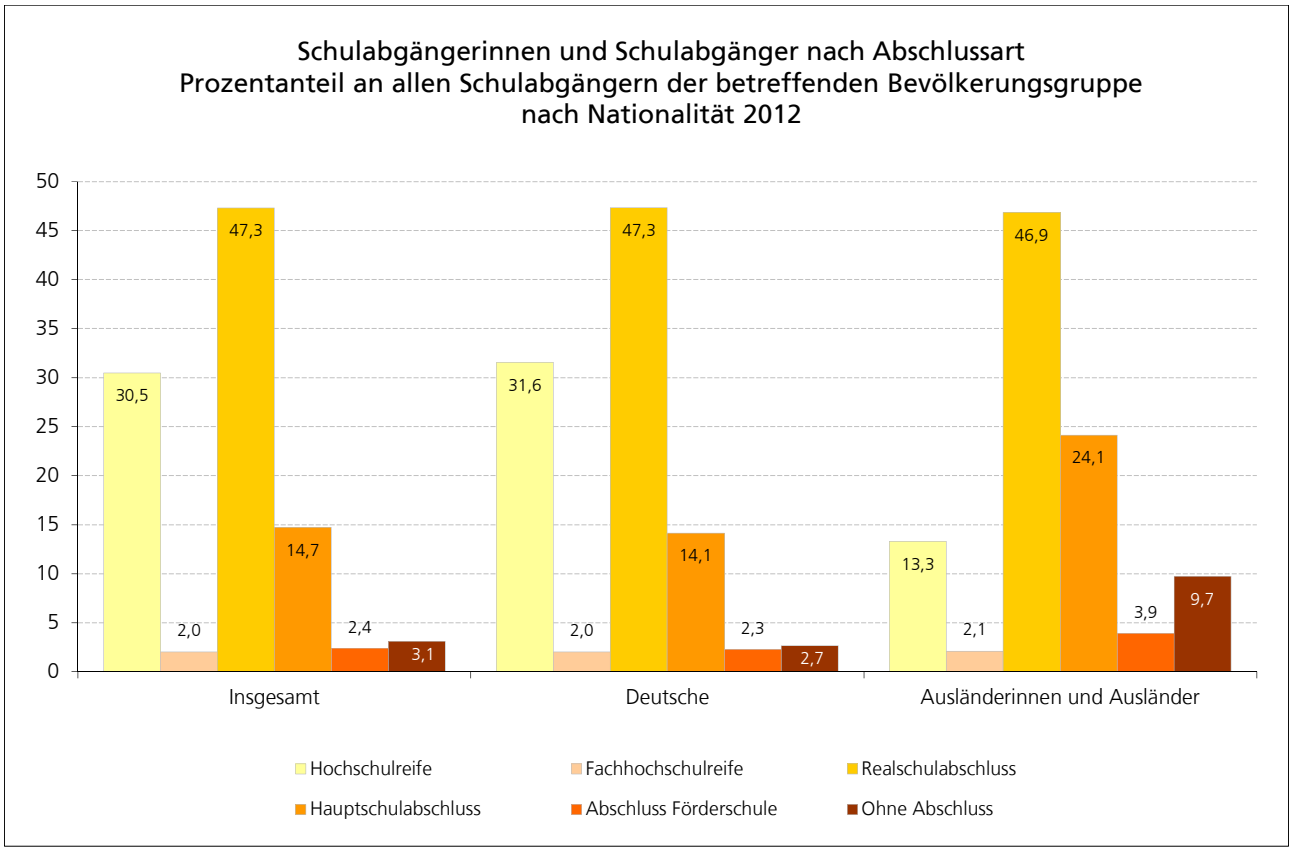
Indikator B 29

Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Niedersachsen 2005 und 2012 nach Abschlussart und Nationalität

Abschlussart	2005			2012		
	Insgesamt	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer
	Anzahl					
Hochschulreife	20 073	19 598	475	26 655	25 981	674
Fachhochschulreife[1)]	1 757	1 655	102	1 779	1 673	106
Realschulabschluss	43 181	40 717	2 464	41 339	38 964	2 375
Hauptschulabschluss	18 693	16 919	1 774	12 870	11 647	1 223
Abschluss Förderschule[2)]	3 076	2 410	666	2 073	1 875	198
Ohne Abschluss	5 269	4 328	941	2 700	2 207	493
Insgesamt	**92 049**	**85 627**	**6 422**	**87 416**	**82 347**	**5 069**

1) Schulischer Teil
2) Abschluss Förderschule Lernen und Geistige Entwicklung

Quelle: Schulstatistik



Indikator B 30

Höchster Schulabschluss an allgemein bildenden Schulen 2005 und 2012 nach Zuwanderungsgeschichte und Altersgruppen

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte nach höchstem Schulabschluss wieder. Er kann Aussagen über die strukturelle Teilhabe und die Chancengleichheit im Bildungssystem machen. Die Über- bzw. Unterrepräsentation der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte bei den verschiedenen Schulabschlüssen zeigt an, ob diese vergleichbare Bildungschancen wie Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte haben. Je höher der erreichte Schulabschluss ist, desto besser auch die weiteren Chancen für eine gleichberechtigte, strukturelle Teilhabe. Die Betrachtung der jüngeren Altersgruppe gibt Hinweise darauf, wie sich die Bildungsstruktur künftig entwickeln wird. Die Angleichung der Bildungsstruktur der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte an die ohne kann als Voraussetzung für die Angleichung der Beschäftigungsstruktur beider Gruppen angesehen werden.

Methodische Hinweise

Hier wird die Bildungsstruktur der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungsgeschichte wiedergegeben, unabhängig davon, ob ein Abschluss in Deutschland oder im Ausland erworben wurde. Schülerinnen und Schüler, die noch eine allgemein bildende Schule besuchen, sind nicht in diese Auswertung eingeflossen. Quelle ist der Mikrozensus. Zur Definition des Migrationshintergrundes im Mikrozensus siehe Indikator A11.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (erscheint jährlich).

Erläuterungen

Insgesamt wiesen im Jahr 2012 die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Vergleich zu den Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte im Durchschnitt ein niedrigeres Bildungsniveau auf, gemessen am höchsten allgemein bildenden Schulabschluss. Allerdings waren die Unterschiede zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen weniger stark als noch 2005. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verfügten 2012 über mehr höhere und weniger niedrige Abschlüsse als sieben Jahre zuvor. So stieg der Anteil derjenigen Personen mit Zuwanderungsgeschichte im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die über eine (Fach-)Hochschulreife verfügten, im Vergleich zum Jahre 2005 um +5,3 Prozentpunkte auf 28,4 Prozent. In der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen stieg er auf 32,8 Prozent (+6,7 Prozentpunkte) und unter den 18- bis unter 25-Jährigen auf 30,0 Prozent (+7,0 Prozentpunkte).

Ebenso vergrößerte sich der Anteil derjenigen Personen mit Zuwanderungsgeschichte, die über einen Realschulabschluss verfügten, von 2005 bis 2012 insgesamt um +2,8 Prozentpunkte auf 31,5 Prozent. Zugleich sank der Anteil unter den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die als höchsten Abschluss „nur" einen Hauptschulabschluss vorzuweisen hatten, um -6,4 Prozentpunkte auf 29,1 Prozent. Gleiches gilt für den Anteil derjenigen, die über keinen Abschluss verfügten, in allen Altersgruppen (insgesamt Rückgang von 12,8 Prozent auf 11,0 Prozent). Allerdings war hier der Anteil mit 11,0 Prozent noch fünfmal so hoch (2005: 6,7-mal so hoch) wie bei der Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte. In der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen mit Zuwanderungsgeschichte war der Anteil nur noch rund doppelt so hoch wie bei den jungen Frauen und Männern ohne Zuwanderungsgeschichte. Verhältnismäßig ausgeglichen war in dieser Altersgruppe wiederum der Anteil der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungsgeschichte mit Realschulabschluss. Bei ersteren waren es 39,6 Prozent, bei letzteren 42,5 Prozent. Sowohl für die Bevölkerung mit als auch ohne Zuwanderungsgeschichte ist ein fortwährender Trend zu höheren Bildungsabschlüssen erkennbar.

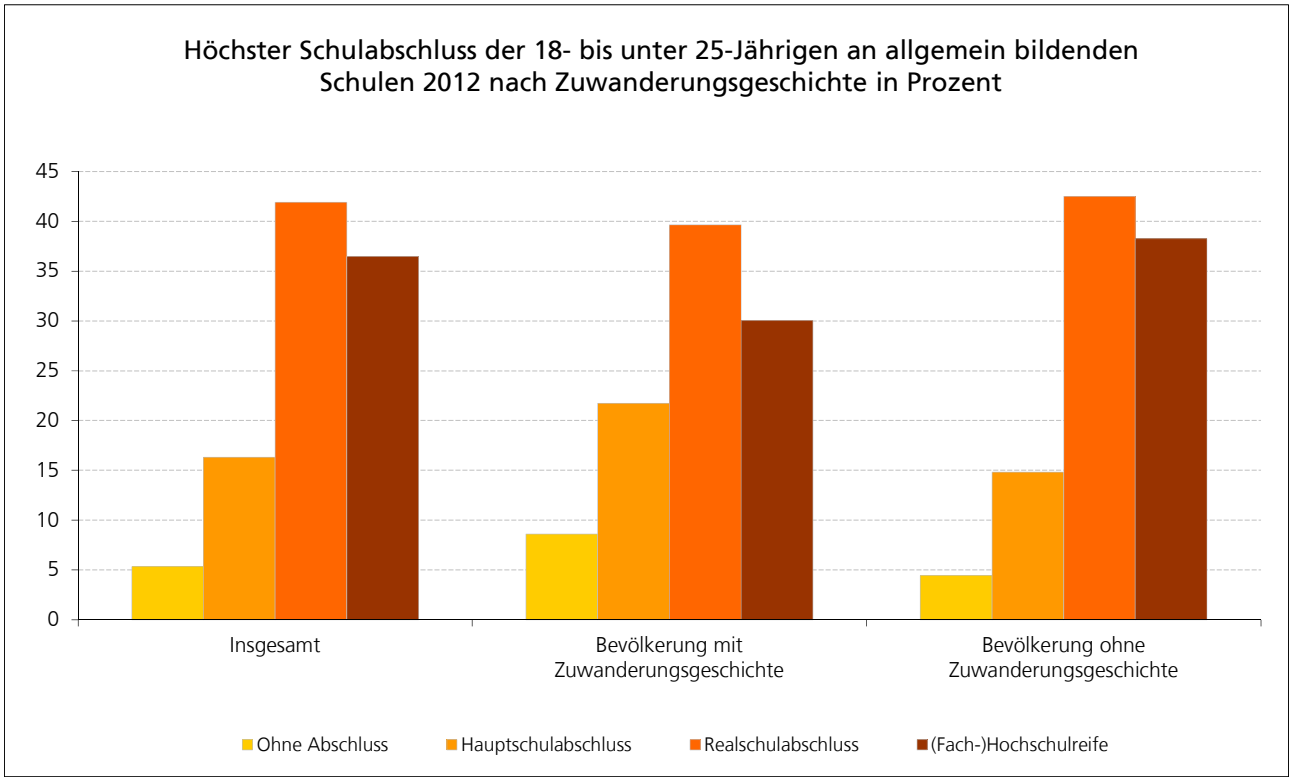
Indikator B 30

Höchster Schulabschluss an allgemein bildenden Schulen 2005 und 2012 nach Zuwanderungsgeschichte und Altersgruppen

Altersgruppe von … bis unter … Jahre	2005			2012		
	Insgesamt	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund	Insgesamt	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
	Prozent					
			Ohne Abschluss[1)]			
18 – 25	4,8	9,8	3,3	5,3	8,6	4,4
25 – 35	4,4	12,6	2,0	3,7	8,7	2,1
15 – 65	3,6	12,8	1,9	3,8	11,0	2,2
			Hauptschulabschluss			
18 – 25	22,1	29,4	19,9	16,3	21,7	14,8
25 – 35	22,9	29,8	20,9	17,1	24,1	14,8
15 – 65	37,5	35,5	37,9	29,8	29,1	29,9
			Realschulabschluss			
18 – 25	42,9	37,7	44,5	41,9	39,6	42,5
25 – 35	38,5	31,5	40,5	39,7	34,3	41,4
15 – 65	33,4	28,7	34,2	35,9	31,5	36,9
			(Fach-)Hochschulreife			
18 – 25	30,2	23,0	32,3	36,5	30,0	38,2
25 – 35	34,3	26,1	36,6	39,5	32,8	41,6
15 – 65	25,5	23,1	25,9	30,5	28,4	31,0

1) einschließlich Abschluss Förderschule

Quelle: Mikrozensus



Indikator B 31

Schulabgängerinnen und Schulabgänger an berufsbildenden Schulen nach Schulart und Schulabschluss 2012

Definition des Indikators

Der Indikator gibt die Anzahl sowie den Anteil ausländischer und deutscher Berufsschulabgängerinnen und Berufsschulabgänger nach der Schulart und dem erreichten Schulabschluss wieder. Er kann Aussagen über die strukturelle Teilhabe und die Chancengleichheit im Bildungssystem machen. Die Über- bzw. Unterrepräsentation von ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern bei den verschiedenen Kombinationen aus Schulart und Abschlussart zeigt an, ob diese vergleichbare Bildungschancen wie deutsche Berufsschulabgängerinnen und -abgänger haben. Je höher der erreichte Schulabschluss, desto besser auch die weiteren Chancen für eine gleichberechtigte, strukturelle Teilhabe.

Methodische Hinweise

Der Indikator ist auf die Schulabschlüsse an den berufsbildenden Schulen beschränkt. Dargestellt werden folglich Abschlüsse, die im Anschluss an den Besuch einer allgemein bildenden Schule im beruflichen Schulwesen, z.B. an Fach- und Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen oder beruflichen Gymnasien, erreicht wurden. In Frage kommt hierfür die Gruppe der Personen, die zuvor keinen Schulabschluss (vgl. Indikator A 28) bzw. einen Hauptschul- oder Realschulabschluss erreicht hatte.

Die Dauer des Bildungsganges und demographische Veränderungen müssen in die Betrachtung eingehen. Eine methodische Schwierigkeit bei einem bundesweiten Vergleich besteht in der Unterschiedlichkeit der länderspezifischen Schulsysteme.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 305 Berufsbildende Schulen).

Erläuterungen

Im Jahr 2012 verließen insgesamt 112 758 Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen eine berufsbildende Schule. Darunter befanden sich 5 183 Ausländerinnen und Ausländer, was einem Anteil von 4,6 Prozent entsprach. Den höchsten Anteil von ausländischen Abgängerinnen und Abgängern verzeichnete dabei mit 16,2 Prozent das Berufsvorbereitungsjahr, gefolgt von der seit August 2009 flächendeckend angebotenen Berufseinstiegsklasse mit 10,8 Prozent. Die niedrigsten Anteile von ausländischen Abgängerinnen und Abgängern waren an Fachschulen (1,3 Prozent), Berufsoberschulen (1,4 Prozent) sowie an beruflichen Gymnasien (2,9 Prozent) zu beobachten.

Über alle Schularten hinweg haben ausländische Berufsschülerinnen und Berufsschüler den Schulbesuch häufiger im laufenden Schuljahr abgebrochen: Mit 22,0 Prozent lag der Anteil um 4,0 Prozentpunkte höher als bei den deutschen Schülerinnen und Schülern. Darüber hinaus haben 21,0 Prozent der ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ihren Schulbesuch ohne erfolgreichen Abschluss beendet im Gegensatz zu „nur“ 11,3 Prozent der deutschen Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Am höchsten war die Quote der ausländischen Abgängerinnen und Abgänger ohne erfolgreichen Abschluss mit 32,1 Prozent in der Berufseinstiegsklasse, wie auch bei den deutschen Schülerinnen und Schülern mit 30,4 Prozent. Der Unterschied zwischen den Nationalitäten trat am deutlichsten an den Berufsfachschulen zutage, wo 31,4 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer keinen Abschluss erwarben, jedoch nur 18,1 Prozent der deutschen Schülerinnen und Schüler.

Von den ausländischen Abgängerinnen und Abgängern, die eine berufsbildende Schule mit einem zusätzlichen Schulabschluss verlassen haben, erlangten 8,5 Prozent die allgemeine Hochschulreife sowie 28,0 Prozent die Fachhochschulreife. Einen Realschulabschluss erreichten 44,4 Prozent der Schülerinnen und Schüler, 19,2 Prozent einen Hauptschulabschluss. Von den deutschen Abgängerinnen und Abgängern wurden häufiger höhere Abschlüsse erreicht: 14,8 Prozent erlangten die allgemeine Hochschulreife sowie 33,7 Prozent die Fachhochschulreife. Hauptschulabschlüsse wurden mit 8,9 Prozent seltener erworben.

Indikator B 31

Schulabgängerinnen und Schulabgänger an berufsbildenden Schulen nach Schulart und Schulabschluss 2012

Erreichter Schulabschluss[1]	Insgesamt	davon aus der Schulart								
		Berufsschule (Teilzeit)	Berufsgrundbildungsjahr schulisch[2]	Berufseinstiegsklasse[3]	Berufsvorbereitungsjahr	Berufsfachschule	Fachoberschule	Berufsoberschule	Berufl. Gymnasium[4]	Fachschule
	Anzahl									
Deutsche										
Allgemeine Hochschulreife[5]	6 178	-	-	-	-	-	-	347	5 831	-
Fachhochschulreife	14 040	79	-	-	-	573	8 625	-	765	3 998
Realschulabschluss	17 810	10 795	-	-	-	6 995	-	-	20	-
Hauptschulabschluss	3 695	402	-	1 824	436	1 033	-	-	-	-
erfolgreicher Besuch[6]	50 738	31 944	-	383	-	16 681	-	-	-	1 730
Entlassung aus dem Berufsvorbereitungsjahr	2 978	-	-	-	2 978	-	-	-	-	-
ohne erfolgr. Besuch m. gleichz. erworb. Hauptschulabschl.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ohne erfolgreichen Besuch/Abschluss	12 136	3 581	-	965	-	5 581	1 357	10	540	102
Insgesamt	**107 575**	**46 801**	**-**	**3 172**	**3 414**	**30 863**	**9 982**	**357**	**7 156**	**5 830**
nachrichtlich: Abbruch im laufenden Schuljahr	23 647	12 574	-	538	308	5 816	1 978	68	1 465	900
Ausländerinnen und Ausländer										
Allgemeine Hochschulreife[4]	154	-	-	-	-	-	-	5	149	-
Fachhochschulreife	509	-	-	-	-	15	407	-	33	54
Realschulabschluss	806	390	-	-	-	416	-	-	-	-
Hauptschulabschluss	348	15	-	222	61	50	-	-	-	-
erfolgreicher Besuch[3]	1 682	871	-	38	-	755	-	-	-	18
Entlassung aus dem Berufsvorbereitungsjahr	598	-	-	-	598	-	-	-	-	-
ohne erfolgr. Besuch m. gleichz. erworb. Hauptschulabschl.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ohne erfolgreichen Besuch/Abschluss	1 086	258	-	123	-	565	110	-	28	2
Insgesamt	**5 183**	**1 534**	**-**	**383**	**659**	**1 801**	**517**	**5**	**210**	**74**
nachrichtlich: Abbruch im laufenden Schuljahr	1 466	700	-	78	51	383	169	4	65	16

Erreichter Schulabschluss[1]	Insgesamt	davon aus der Schulart								
		Berufsschule (Teilzeit)	Berufsgrundbildungsjahr schulisch[2]	Berufseinstiegsklasse[3]	Berufsvorbereitungsjahr	Berufsfachschule	Fachoberschule	Berufsoberschule	Berufl. Gymnasium[4]	Fachschule
	Prozent									
Deutsche										
Allgemeine Hochschulreife[5]	5,7	-	-	-	-	-	-	97,2	81,5	-
Fachhochschulreife	13,1	0,2	-	-	-	1,9	86,4	-	10,7	68,6
Realschulabschluss	16,6	23,1	-	-	-	22,7	-	-	0,3	-
Hauptschulabschluss	3,4	0,9	-	57,5	12,8	3,3	-	-	-	-
erfolgreicher Besuch[6]	47,2	68,3	-	12,1	-	54,0	-	-	-	29,7
Entlassung aus dem Berufsvorbereitungsjahr	2,8	-	-	-	87,2	-	-	-	-	-
ohne erfolgr. Besuch m. gleichz. erworb. Hauptschulabschl.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ohne erfolgreichen Besuch/Abschluss	11,3	7,7	-	30,4	-	18,1	13,6	2,8	7,5	1,7
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**-**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**
Ausländerinnen und Ausländer										
Allgemeine Hochschulreife[5]	3,0	-	-	-	-	-	-	100,0	71,0	-
Fachhochschulreife	9,8	-	-	-	-	0,8	78,7	-	15,7	73,0
Realschulabschluss	15,6	25,4	-	-	-	23,1	-	-	-	-
Hauptschulabschluss	6,7	1,0	-	58,0	9,3	2,8	-	-	-	-
erfolgreicher Besuch[6]	32,5	56,8	-	9,9	-	41,9	-	-	-	24,3
Entlassung aus dem Berufsvorbereitungsjahr	11,5	-	-	-	90,7	-	-	-	-	-
ohne erfolgr. Besuch m. gleichz. erworb. Hauptschulabschl.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ohne erfolgreichen Besuch/Abschluss	21,0	16,8	-	32,1	-	31,4	21,3	-	13,3	2,7
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**-**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**

1) Die Zuordnung zum erreichten Schulabschluss erfolgt nach dem jeweils höchsten zusätzlich erworbenen Schulabschluss.
2) Berufsgrundbildungsjahr schulisch letztmalig im Schuljahr 2008/2009
3) ausschließlich erfolgreicher beruflicher Abschluss ohne zusätzlich erworbenen Schulabschluss
4) bis 2010 Fachgymnasium
5) inkl. fachgebundene Hochschulreife
6) Die Berufseinstiegsklasse ist 2006 als Schulversuch eingeführt worden und wird seit 1. August 2009 flächendeckend angeboten.

Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen

Indikator B 32

Höchster beruflicher Abschluss der 25- bis unter 35-Jährigen 2005 und 2012 nach Geschlecht und Zuwanderungsgeschichte

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte im Alter von 25 bis unter 35 Jahren nach höchstem beruflichen Abschluss wieder. Berufliche Qualifikationen sind ein zentrales Merkmal der strukturellen Teilhabe und beeinflussen die Position am Arbeitsmarkt sowie die gesellschaftliche Teilhabe.

Methodische Hinweise

Auch für die berufliche Qualifikationsstruktur der Bevölkerung gilt, dass sie sich insgesamt nur langsam ändert. In den höheren Altersgruppen befinden sich viele Zuwanderinnen und Zuwanderer, die ihre beruflichen Qualifikationen im Herkunftsland erworben haben oder gerade aufgrund dieser Qualifikation zugewandert sind (Hochqualifizierte). Die hier vorgenommene Betrachtung der jüngeren Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen gibt Hinweise darauf, wie sich die Qualifikationsstruktur künftig entwickeln wird. Die Angleichung der Bildungsstruktur der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte an die ohne kann als Voraussetzung für die Angleichung der Beschäftigungsstruktur beider Gruppen angesehen werden.

Es wird die berufliche Qualifikationsstruktur der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungsgeschichte wiedergegeben, unabhängig davon, ob ein Abschluss in Deutschland oder im Ausland erworben wurde.

Unter die Kategorie „ohne Abschluss“ fallen neben denen, die über keinen beruflichen Abschluss verfügen, auch Personen, die sich noch in einer beruflichen Ausbildung befinden. „Ohne Abschluss“ schließt darüber hinaus auch die Anlernausbildung, das Berufsvorbereitungsjahr und das berufliche Praktikum mit ein, was eine Veränderung gegenüber dem letzten Bericht aus 2012 darstellt. Dadurch ergeben sich für das Berichtsjahr 2005 Abweichungen zu den bisher veröffentlichten Daten. Der Tertiärbereich umfasst Abschlüsse an einer Fachschule, Berufsakademie und einer (Fach-)Hochschule.

Datenquelle ist der Mikrozensus. Zur Definition des Migrationshintergrundes siehe Indikator A11.

Weiterführende Informationen:
Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (erscheint jährlich).

Erläuterungen

Insgesamt zeigte sich im Jahr 2012, dass Menschen mit im Vergleich zu denen ohne Zuwanderungsgeschichte im Durchschnitt ein niedrigeres berufsqualifizierendes Niveau aufwiesen. Gegenüber 2005 hat sich der Unterschied jedoch verkleinert. Während damals unter den 25- bis unter 35-Jährigen mit Zuwanderungsgeschichte 46,9 Prozent (noch) über keinen beruflichen Abschluss verfügten, waren es sieben Jahre später „nur“ noch 38,3 Prozent. Zum Vergleich: Bei den 25- bis unter 35-Jährigen ohne Zuwanderungsgeschichte ging dieser Anteil um -2,9 Prozentpunkte auf 14,7 Prozent zurück.

Über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten 2012 insgesamt 43,3 Prozent (2005: 41,5 Prozent) der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der betrachteten Altersgruppe. Bei den Männern war es mit 47,4 Prozent fast jeder zweite, bei den Frauen 39,4 Prozent. Noch stärker fiel der Anstieg bei den Hochqualifizierten mit tertiärem Abschluss aus (+6,8 Prozentpunkte auf 18,4 Prozent). Im Vergleich zu den 25- bis unter 35-Jährigen ohne Zuwanderungsgeschichte (26,5 Prozent) zeigte sich hier mit 8,1 Prozentpunkten der kleinste Unterschied.

Frauen mit Zuwanderungsgeschichte lagen mit einem Anteil von 20,3 Prozent Hochqualifizierten vor den Männern, von denen nur 16,5 Prozent einen (Fach-)Hochschulabschluss oder einen Abschluss an einer Berufsakademie vorweisen konnten. Allerdings hatten 25- bis unter 35-jährige Frauen mit Zuwanderungsgeschichte mit 40,4 Prozent auch deutlich öfter keinen beruflichen Abschluss als die Männer (36,2 Prozent). Bei den Personen ohne Zuwanderungsgeschichte war das Verhältnis umgekehrt. Hier hatten mehr Männer (15,9 Prozent) als Frauen (13,5 Prozent) keinen beruflichen Abschluss.

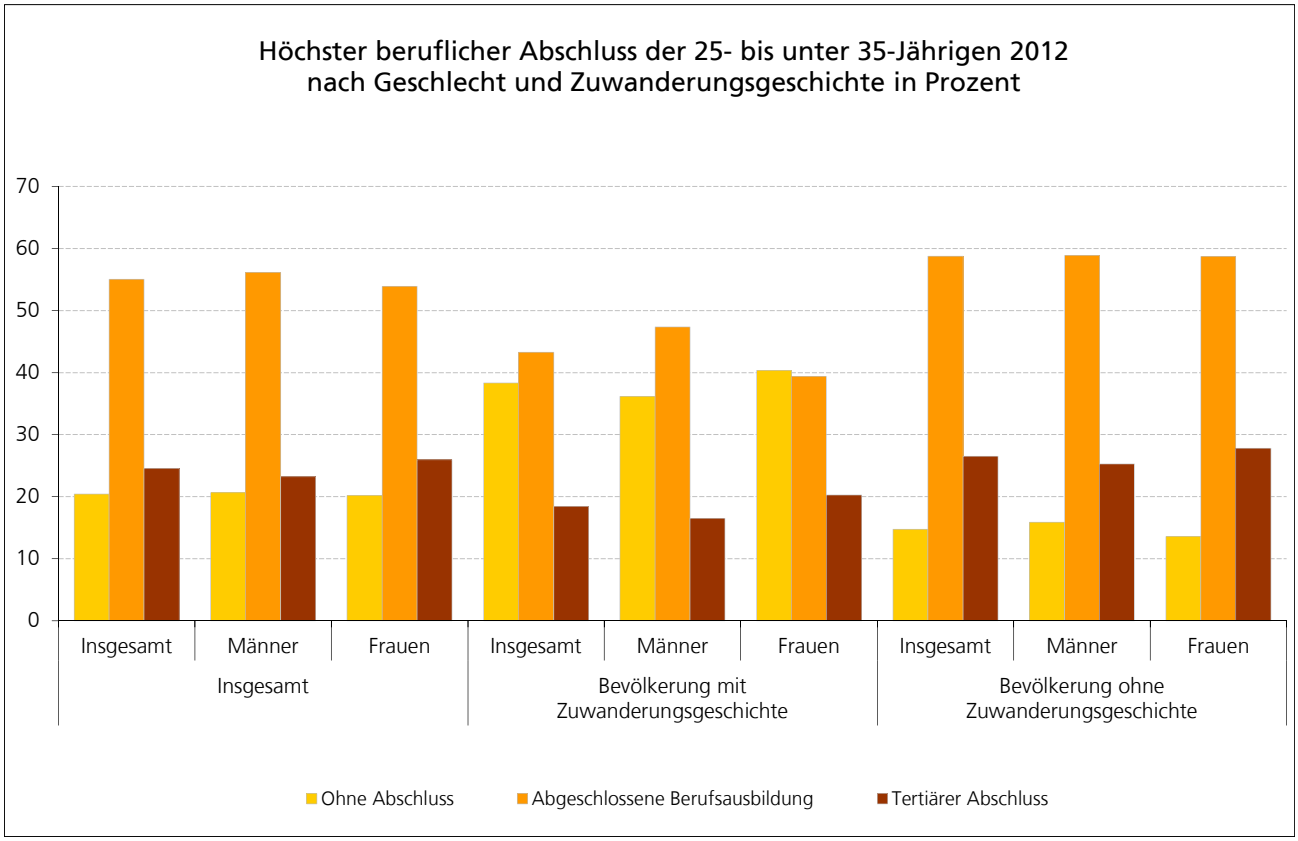
Indikator B 32

Höchster beruflicher Abschluss der 25- bis unter 35-Jährigen 2005 und 2012 nach Geschlecht und Zuwanderungsgeschichte

Höchster Beruflicher Abschluss / Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen	davon					
				mit Migrationshintergrund			ohne Migrationshintergrund		
				Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Prozent								
2005									
Ohne Abschluss[1)]	24,2	22,7	25,6	46,9	44,1	49,7	17,6	16,6	18,6
Abgeschlossene Berufsausbildung	58,9	59,5	58,3	41,5	45,6	37,5	63,9	63,5	64,3
Tertiärer Abschluss	16,9	17,8	16,1	11,6	10,4	12,8	18,5	19,9	17,0
2012									
Ohne Abschluss[1)]	20,4	20,6	20,2	38,3	36,2	40,4	14,7	15,9	13,5
Abgeschlossene Berufsausbildung	55,0	56,2	53,9	43,3	47,4	39,4	58,8	58,9	58,7
Tertiärer Abschluss	24,6	23,2	25,9	18,4	16,5	20,3	26,5	25,3	27,8

1) kein/noch kein beruflicher Abschluss vorhanden; einschließlich Anlernausbildung, Berufsvorbereitungsjahr und beruflichem Praktikum

Quelle: Mikrozensus



Indikator B 33

Ausbildungsbeteiligungsquote im dualen System 2008 bis 2012 nach Geschlecht und Nationalität

Definition des Indikators

Der Indikator gibt die Ausbildungsbeteiligungsquote im dualen System für die Jahre 2008, 2009, 2011 und 2012 nach Geschlecht und Nationalität an. Er ermöglicht einen Einblick in die Partizipation an der beruflichen Ausbildung von deutschen und ausländischen Staatsangehörigen.

Methodische Hinweise

Zur Berechnung der Ausbildungsbeteiligung werden Daten der Berufsbildungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie Daten der Bevölkerungsfortschreibung verwendet (Stichtag 31. Dezember). Errechnet wird die hier verwendete Ausbildungsquote, indem die Zahl der 18- bis unter 21-Jährigen in einem Ausbildungsvertrag auf die Zahl der Personen in der Wohnbevölkerung mit entsprechendem Alter (laut Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987) bezogen wird. Diese auf einer vereinfachten Berechnung beruhende Quote ist nicht mit der Ausbildungsbeteiligungsquote des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BiBB) bzw. mit der sogenannten Ausbildungsanfängerquote vergleichbar, da sie im Gegensatz zu den Berechnungen des BiBB nicht bloß die neu abgeschlossenen sondern vielmehr alle laufenden Ausbildungsverträge berücksichtigt.
Die Berechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote erfolgte nach dem Quotensummenverfahren: Es wird zunächst für die einzelnen Altersjahrgänge der Anteil der Anteil der Personen in einem Ausbildungsverhältnis berechnet. Diese Anteile werden anschließend addiert und bilden die hier angegebene Quote.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Bundesweite Zahlen für 2008 bis 2011 sind zu finden in: IntMK (Hrsg.): Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011.

Erläuterungen

Im Jahr 2012 befanden sich durchschnittlich 28,7 Prozent aller 18- bis unter 21-Jährigen in einer dualen Ausbildung, was im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um -0,2 Prozentpunkte bedeutete. Bei der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit lag die Quote mit 30,5 Prozent deutlich höher als bei der ausländischen Bevölkerung. Hier befand sich mit 7,9 Prozent nur etwa jeder und jeder 13. in einer dualen Ausbildung. Beide Quoten sind analog zur Gesamtquote seit 2011 um -0,2 Prozentpunkte gesunken. Von einer Annäherung der Ausbildungsquoten deutscher und ausländischer Staatsangehöriger unter den 18- bis unter 21-Jährigen in Niedersachsen kann daher noch nicht gesprochen werden. Im Bundesdurchschnitt lag die Quote der Ausländerinnen und Ausländer im Jahr 2011 mit 12,7 Prozent deutlich über dem Wert für Niedersachsen.

Bei beiden betrachteten Bevölkerungsgruppen, deutsch und ausländisch, lagen die Ausbildungsbeteiligungsquoten der Frauen in Niedersachsen deutlich unter denen der Männer. Bei den deutschen Männern befand sich etwa jeder Dritte (36,5 Prozent), bei den deutschen Frauen hingegen nur knapp jede Vierte (24,2 Prozent) in einer Ausbildung. Unter der männlichen ausländischen Bevölkerung in der betrachteten Altersgruppe waren es 8,6 Prozent und damit rund jeder 12., bei den Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit war es mit 7,1 Prozent in etwa nur jede 15.

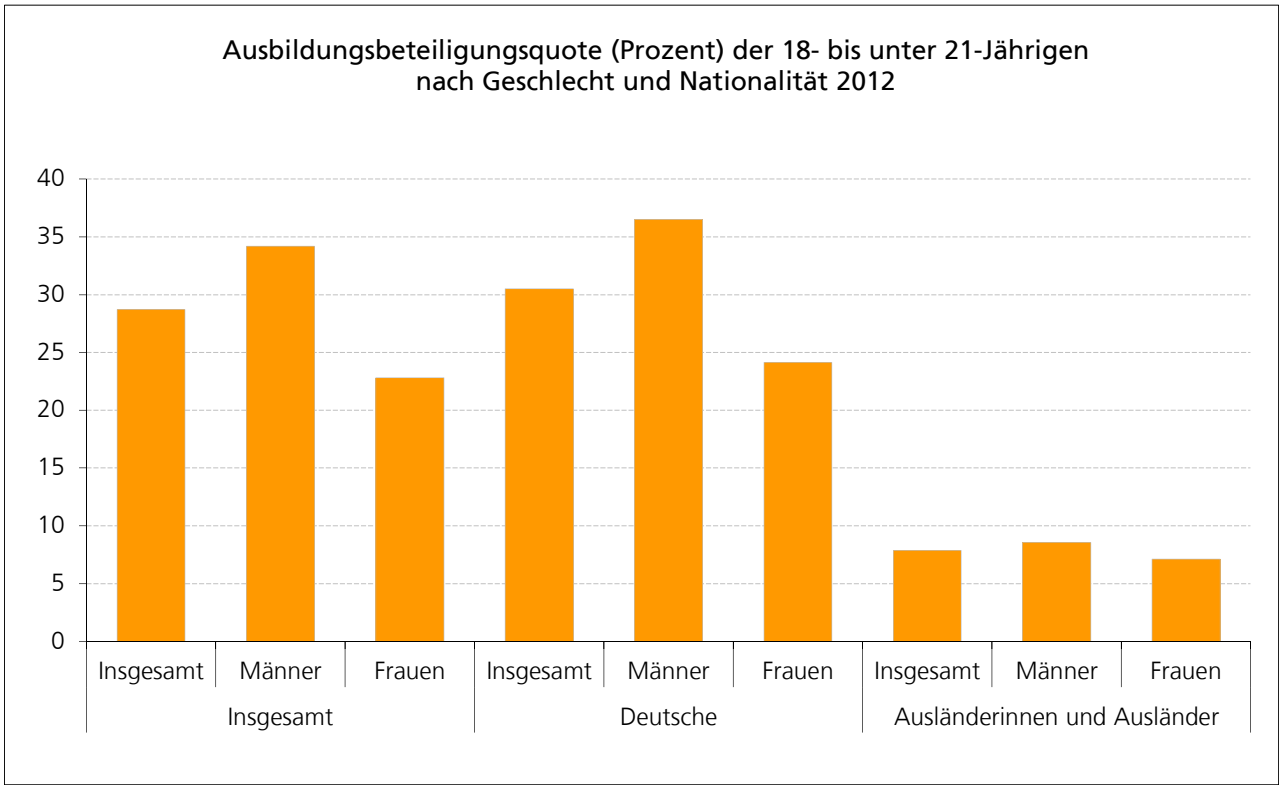
Indikator B 33

Ausbildungsbeteiligungsquote im dualen System 2008 bis 2012 nach Geschlecht und Nationalität

Jahr	Ausbildungsbeteiligungsquote[1] der 18- bis unter 21-Jährigen								
	Insgesamt			Deutsche			Ausländerinnen und Ausländer		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Prozent								
2008	28,6	33,6	23,2	30,4	35,7	24,6	7,3	8,2	6,2
2009	28,3	33,0	23,3	30,0	35,1	24,7	7,8	8,6	6,9
2011	28,9	33,9	23,5	30,7	36,1	24,9	8,1	9,0	7,1
2012	28,7	34,2	22,8	30,5	36,5	24,2	7,9	8,6	7,1

1) Auszubildende im dualen System im Alter von 18 bis unter 21 Jahren bezogen auf die Bevölkerungsgruppe im gleichen Alter (Quotensumme) laut Bevölkerungsfortschreibung (Basis Volkszählung 1987)

Quellen: 2008-2011: Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011, Teil 2 Datenband, Berufsbildungsstatistik; 20012: Berufsbildungsstatistik, Bevölkerungsfortschreibung



Indikator B 34

Ausländische Studentinnen und Studenten 2005 und 2012 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Land des Erwerbs der Studienberechtigung

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil von ausländischen Studierenden nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit wieder. Darüber hinaus unterscheidet er zwischen Bildungsinländerinnen und Bildungsinländern einerseits und Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern andererseits.

Unter Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer fallen alle in Niedersachsen Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland oder an einer deutschen Auslandschule die Hochschulzugangsberechtigung erhalten haben. Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer sind Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die im Ausland die Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben. Studierende sind in einem Fachstudium ordentlich immatrikulierte (eingeschriebene) Personen, die einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss anstreben (ohne Beurlaubte, Studienkollegiate und Gasthörer).

Methodische Hinweise

Aufgeführt sind die fünf häufigsten Staatsangehörigkeiten der ausländischen Studierenden im Wintersemester 2012/2013 in Niedersachsen.

Weiterführende Informationen:

Die Auswertung stammt aus der ICE-Datenbank (ICE = Information, Controlling, Entscheidung) des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur. Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen (ohne die Aufteilung in Bildungsinländer und -ausländer) sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 310 Hochschulstatistik) sowie bundesweit in der GENESIS-Online Datenbank.

Erläuterungen

Im Wintersemester 2012/2013 studierten insgesamt 15 515 Frauen und Männer mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit an niedersächsischen Hochschulen. Dies entspricht einer Verringerung um -8,9 Prozent gegenüber dem Wintersemester 2005/2006, was hauptsächlich auf den Rückgang der Studierendenzahlen der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer von 14 058 auf 11 955 zurückzuführen ist. Die Anzahl derjenigen ausländischen Studierenden, die in Deutschland oder an einer deutschen Auslandsschule die Hochschulzugangsberechtigung erhalten haben, stieg im Gegensatz dazu deutlich um +21,1 Prozent bzw. um +621 Personen auf 3 560 an (1 846 Männer: +12,8 Prozent; 1 714 Frauen: +31,5 Prozent). Dieses Plus speiste sich insbesondere aus der Zunahme der Türkinnen (+231) unter den Bildungsinländerinnen. Insgesamt stieg die Zahl der türkischen Bildungsinländerinnen und -inländer um +46,5 Prozent auf 1 005 (Männer: +88 Personen). Auch bei den Bildungsinländerinnen und Bildungsinländern aus China sowie der Russischen Föderation war ein Anstieg um +23,9 Prozent (auf 140 Personen) bzw. um +19,5 Prozent (auf 178 Personen) zu verzeichnen.

Der Rückgang bei den Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern setzte sich aus einer Abnahme der Zahl der Studierenden aus Polen, China und der Russischen Föderation zusammen. Der zahlenmäßig stärkste Rückgang war mit -680 auf 382 Personen (-64,0 Prozent) bei den Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern mit polnischer Staatsangehörigkeit zu beobachten. Bei ihren Kommilitoninnen und Kommilitonen aus China ging die Zahl um -581 auf 2 386 Personen zurück (-19,6 Prozent) Bei den Bildungsausländerinnen und Ausländern aus dem Iran gab es hingegen einen deutlichen Anstieg um 213 auf 455 Personen (+88,0 Prozent). Die Zahl der türkischen Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern ist ebenfalls leicht um 7,7 Prozent auf 490 gestiegen.

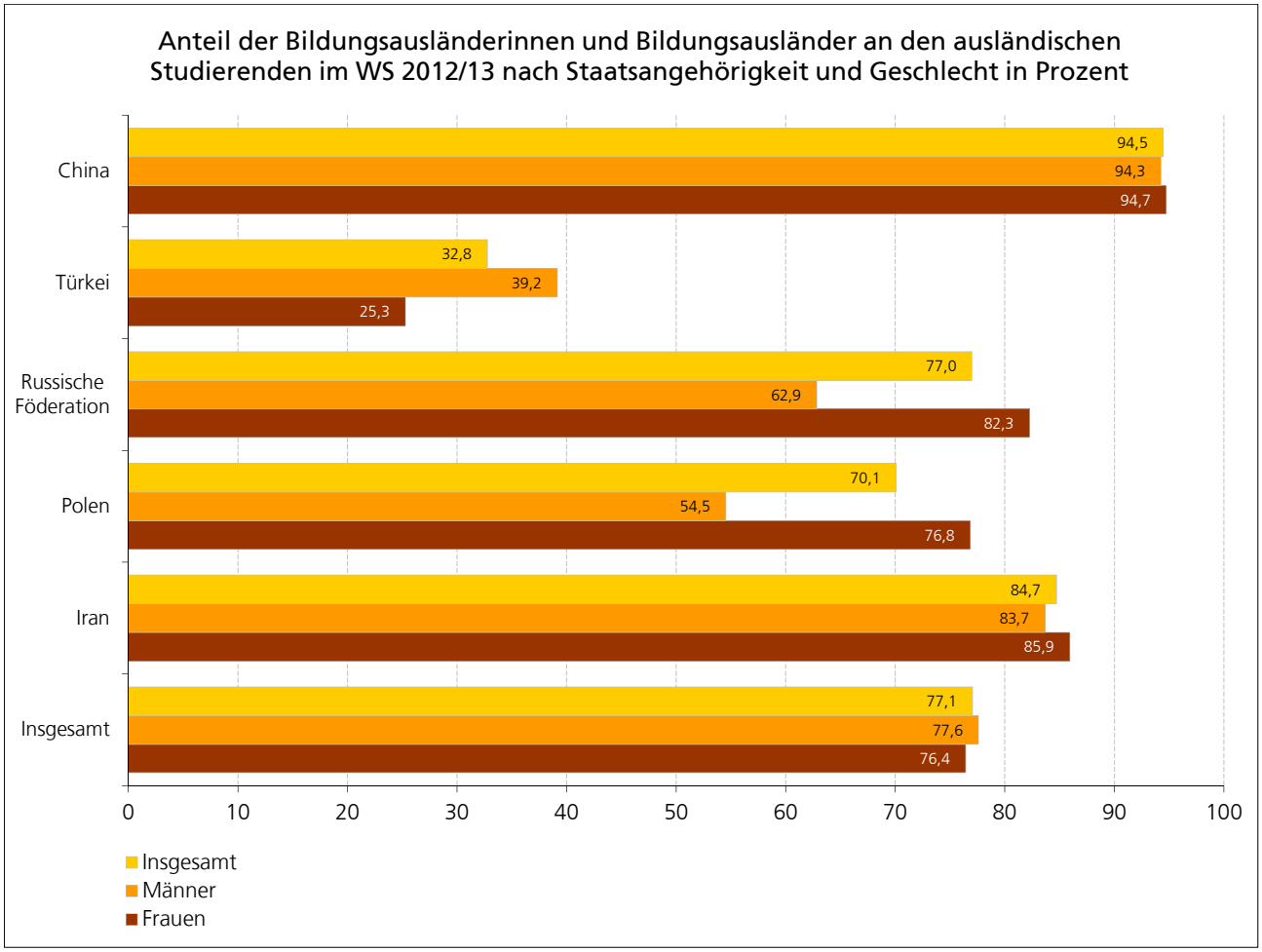
Indikator B 34

Ausländische Studentinnen und Studenten 2005 und 2012 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Land des Erwerbs der Studienberechtigung

Semester / Land der Staatsangehörigkeit[1)]	Ausländische Studierende insgesamt			davon					
	Insgesamt	Männer	Frauen	Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer			Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer		
				Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Anzahl								
WS 2005/06									
China	3 080	1 700	1 380	113	64	49	2 967	1 636	1 331
Türkei	1 141	735	406	686	403	283	455	332	123
Russische Föderation	1 027	286	741	149	79	70	878	207	671
Polen	1 248	341	907	186	76	110	1 062	265	797
Iran, Islamische Republik	365	205	160	123	77	46	242	128	114
Insgesamt	17 028	8 800	8 228	2 939	1 636	1 303	14 089	7 164	6 925
WS 2012/13									
China	2 526	1 461	1 065	140	84	56	2 386	1 377	1 009
Türkei	1 495	807	688	1 005	491	514	490	316	174
Russische Föderation	774	210	564	178	78	100	596	132	464
Polen	545	165	380	163	75	88	382	90	292
Iran, Islamische Republik	537	288	249	82	47	35	455	241	214
Insgesamt	15 515	8 241	7 274	3 560	1 846	1 714	11 955	6 395	5 560

1) Aufgeführt sind die fünf häufigsten Staatsangehörigkeiten der ausländischen Studierenden im WS 2012/13 in Niedersachsen.

Quelle: Hochschulen, ICE Niedersachsen



Indikator B 35

Hochschulabschlüsse nach Fächergruppen, Nationalität und Geschlecht der Absolventinnen und Absolventen 2012

Definition des Indikators

Der Indikator gibt die Anzahl sowie den Anteil der bestandenen Abschlussprüfungen an niedersächsischen Hochschulen im Prüfungsjahr 2012 nach Fächergruppen für deutsche und ausländische Studierende wieder. Es erfolgt keine Unterscheidung nach dem Land des Erwerbs der Studienberechtigung (siehe hierfür Indikator B 34).

Studierende sind in einem Fachstudium ordentlich immatrikulierte (eingeschriebene) Personen, die einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss anstreben (ohne Beurlaubte, Studienkollegiate und Gasthörer).

Methodische Hinweise

Dargestellt werden die neun bundesweit einheitlichen Fächergruppen der Hochschulstatistik.

Weiterführende Informationen:

Die Auswertung stammt aus der ICE-Datenbank (ICE = Information, Controlling, Entscheidung) des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur. Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 310 Hochschulstatistik) sowie bundesweit in der GENESIS-Online Datenbank.
Angaben zur Zuordnung der Studienfächer zu den dargestellten Fächergruppen stehen auf der Homepage des Landesamtes für Statistik Niedersachsen im Themenbereich Bildung und Kultur zur Verfügung.

Erläuterungen

Im Prüfungsjahr 2012 haben insgesamt 30 938 Frauen und Männer erfolgreich ihr Studium an einer niedersächsischen Hochschule abgeschlossen. Darunter befanden sich 2 322 Ausländerinnen und Ausländer, was einem Anteil von 7,5 Prozent entsprach. In den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften sowie Kunst/Kunstwissenschaften war der Anteil ausländischer Absolventinnen und Absolventen mit 12,3 bzw. 11,1 Prozent überdurchschnittlich hoch. Am geringsten war der Anteil bei den Fächergruppen Sport (1,2 Prozent) sowie Sprach- und Kulturwissenschaften (4,6 Prozent).

Fast ein Drittel (32,0 Prozent) der ausländischen Studierenden absolvierte 2012 im Bereich der Ingenieurwissenschaften sein Studium, das war der größte Anteil unter allen Fächergruppen., Bei den deutschen Absolventinnen und Absolventen waren es etwas weniger als ein Fünftel (18,5 Prozent) und damit hier der zweithäufigste Abschluss. Die zweithäufigste bei den ausländischen Absolventinnen und Absolventen vertretene Fächergruppe waren die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit einem Anteil von 22,6 Prozent, bei den Deutschen betrug hier der Anteil an allen Abschlüssen 28,6 Prozent.

Wie bei den deutschen so auch bei den ausländischen Absolventinnen und Absolventen sind mit Blick auf einzelne Fächergruppen deutliche Geschlechterunterschiede erkennbar. Am deutlichsten war der Unterschied bei den Abschlüssen im Bereich Ingenieurwissenschaften. Während 45,0 Prozent der männlichen Ausländer ihren Abschluss in dieser Fächergruppe erworben haben, waren es bei den Ausländerinnen lediglich 19,7 Prozent. Gleichwohl liegt dieser Wert wesentlich höher als bei den deutschen Absolventinnen (7,6 Prozent). Die Bereiche Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie die Sprach- und Kulturwissenschaften waren wiederum mit 28,1 bzw. 17,4 Prozent bei den Frauen wesentlich stärker besetzt als bei den Männern (16,9 bzw. 3,4 Prozent). Sowohl bei den deutschen Absolventinnen als auch bei den Absolventen waren die Anteile dieser Fächergruppen bei den Abschlüssen höher.

Es zeigt sich, dass bestimmte Charakteristika bei der Wahl der Fächergruppen sich sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländerinnen und Ausländern wiederfinden. Auffällig ist aber die hohe Affinität der ausländischen Absolventinnen und Absolventen zu den Ingenieurwissenschaften.

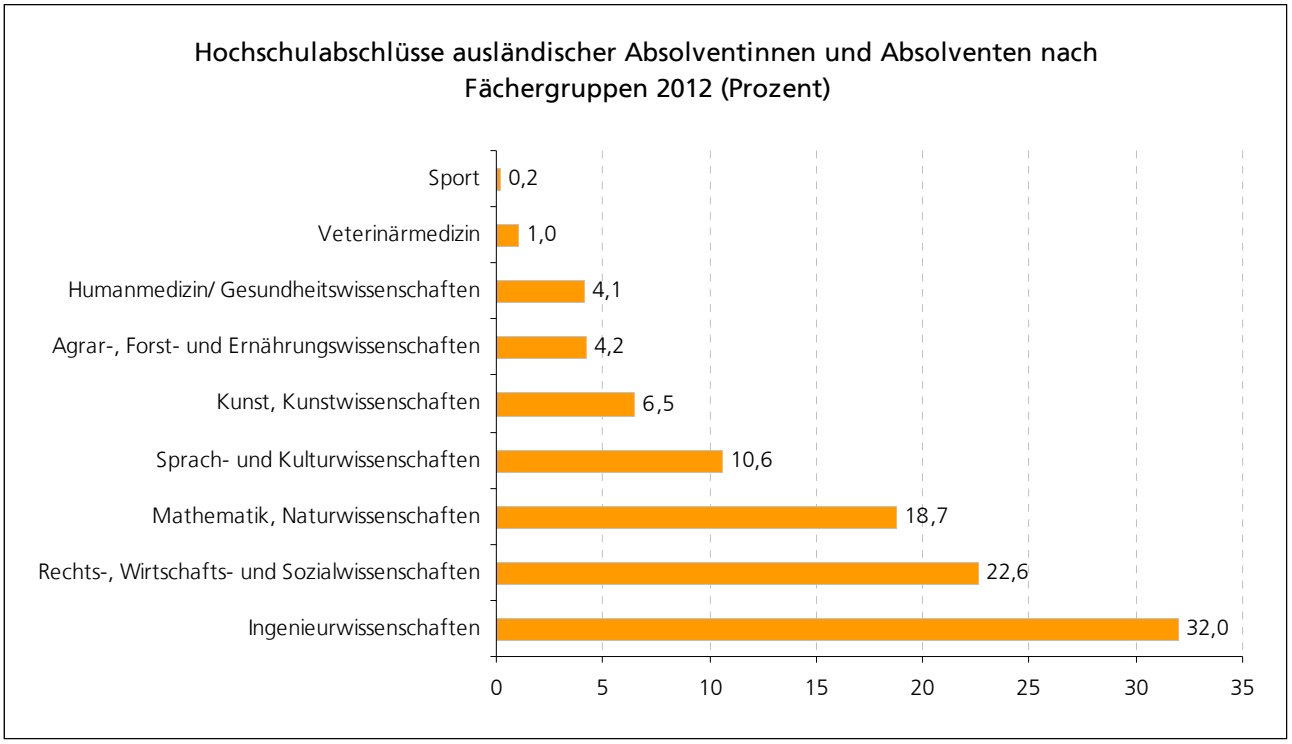
Indikator B 35

Hochschulabschlüsse nach Fächergruppen, Nationalität und Geschlecht der Absolventinnen und Absolventen 2012

Fächergruppe des 1. Studiengangs	Bestandene Abschlussprüfungen an niedersächsischen Hochschulen 2012 nach Absolventinnen und Absolventen								
	Insgesamt			Deutsche			Ausländerinnen und Ausländer		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Anzahl								
Sprach- und Kulturwissenschaften	5 383	1 113	4 270	5 137	1 074	4 063	246	39	207
Sport	337	148	189	333	146	187	4	2	2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	8 712	3 809	4 903	8 187	3 618	4 569	525	191	334
Mathematik, Naturwissenschaften	5 485	2 933	2 552	5 050	2 689	2 361	435	244	191
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	1 905	623	1 282	1 809	575	1 234	96	48	48
Veterinärmedizin	389	69	320	365	58	307	24	11	13
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	1 337	619	718	1 240	578	662	97	41	56
Ingenieurwissenschaften	6 033	4 625	1 408	5 289	4 116	1 173	744	509	235
Kunst, Kunstwissenschaften	1 357	389	968	1 206	342	864	151	47	104
Fächergruppen zusammen	**30 938**	**14 328**	**16 610**	**28 616**	**13 196**	**15 420**	**2 322**	**1 132**	**1 190**

Fächergruppe des 1. Studiengangs	Bestandene Abschlussprüfungen an niedersächsischen Hochschulen 2012 nach Absolventinnen und Absolventen								
	Insgesamt			Deutsche			Ausländerinnen und Ausländer		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Prozent								
Sprach- und Kulturwissenschaften	17,4	7,8	25,7	18,0	8,1	26,3	10,6	3,4	17,4
Sport	1,1	1,0	1,1	1,2	1,1	1,2	0,2	0,2	0,2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	28,2	26,6	29,5	28,6	27,4	29,6	22,6	16,9	28,1
Mathematik, Naturwissenschaften	17,7	20,5	15,4	17,6	20,4	15,3	18,7	21,6	16,1
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	6,2	4,3	7,7	6,3	4,4	8,0	4,1	4,2	4,0
Veterinärmedizin	1,3	0,5	1,9	1,3	0,4	2,0	1,0	1,0	1,1
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	4,3	4,3	4,3	4,3	4,4	4,3	4,2	3,6	4,7
Ingenieurwissenschaften	19,5	32,3	8,5	18,5	31,2	7,6	32,0	45,0	19,7
Kunst, Kunstwissenschaften	4,4	2,7	5,8	4,2	2,6	5,6	6,5	4,2	8,7
Fächergruppen zusammen	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**

Quelle: Hochschulen, ICE Niedersachsen



C | Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

Indikator C 36

Erwerbstätige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2005 und 2012 nach Wirtschaftsabschnitten und Geschlecht

Definition des Indikators

Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt. Maßgeblich ist, dass sie in der Berichtswoche wenigstens eine Stunde einer beruflichen Tätigkeit nachgegangen sind.

Methodische Hinweise

Die Daten, die den Indikatoren C 36, C 37 und C 38 zugrunde liegen, entstammen dem Mikrozensus. Diese Bevölkerungsstichprobe erhebt bundesweit jährlich bei 1 Prozent der Haushalte demographische, erwerbs- und familienstatistische Basisdaten. Die regionale Nachweisung der Ergebnisse erfolgt nach dem Wohnort der Befragten.

Die Darstellung der Zahl der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen erfolgt nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 08) bzw. Ausgabe 2003 (WZ 03). Diese wiederum basiert auf der Systematik der Wirtschaftszweige in der EU (NACE Rev. 2). Diese Systematiken gliedern die Gesamtwirtschaft hierarchisch in 21 Wirtschaftsabschnitte, die sich wiederum in 88 Abteilungen, 272 Gruppen, 615 Klassen und 839 Unterklassen untergliedern. Für alle diese Hierarchieebenen wird als Oberbegriff der „Wirtschaftszweig“ gebraucht. Dieser entspricht in etwa dem Begriff der Branche im üblichen Sprachgebrauch.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen und methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in den jährlich erscheinenden Statistischen Berichten Niedersachsen A I 5, A VI 2, A VI 4, Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Haushalte und Familien 2011.
Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 4.1.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2012 (erscheint jährlich).

Erläuterungen

Im Jahr 2012 lebten in Niedersachsen rund 614 900 Erwerbstätige mit Zuwanderungsgeschichte (vgl. zum Konzept Zuwanderungsgeschichte bzw. Migrationshintergrund Indikator A 11). Das waren +159 900 Personen bzw. +35,1 Prozent mehr als noch 2005. 56,1 Prozent der Erwerbstätigen waren männlichen und 43,9 Prozent weiblichen Geschlechts. Gegenüber 2005 hat sich der Frauenanteil damit um +2,1 Prozentpunkte erhöht.

2012 arbeiteten 23,2 Prozent der Erwerbstätigen mit Zuwanderungsgeschichte (142 600 Personen) in der Industrie (=Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe). Gegenüber 2005 ist dieser Anteil um -7,6 Prozentpunkte zurückgegangen. Die nächst größere Branche war der öffentliche Sektor (=Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen), wo 18,7 Prozent der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (115 000 Personen) ihrer Beschäftigung nachgingen. Im Handel und Kfz-Gewerbe waren 89 900 Personen bzw. 14,6 Prozent tätig.

Der industrielle Sektor war damit für die Erwerbstätigen mit Zuwanderungsgeschichte von größerer Bedeutung als für jene ohne Zuwanderungsgeschichte. Von diesen arbeiteten 2012 nur 17,6 Prozent im „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe“. Umgekehrt war es im öffentlichen Sektor, wo 28,6 Prozent der Erwerbstätigen ohne Zuwanderungsgeschichte beschäftigt waren. Im Handel und Kfz-Gewerbe waren die Erwerbstätigen mit Zuwanderungsgeschichte leicht unterrepräsentiert, 15,1 Prozent der Erwerbstätigen mit Zuwanderungsgeschichte arbeiteten 2012 hier.

Indikator C 36

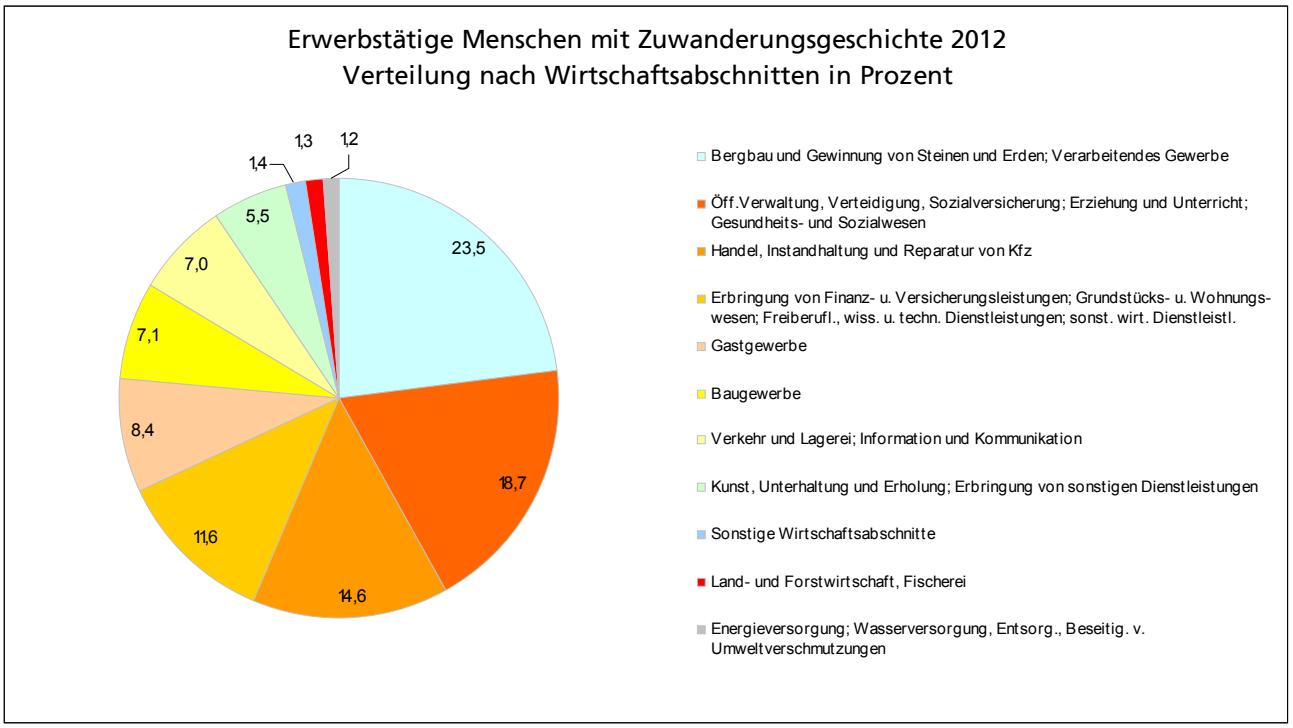
Erwerbstätige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2005 und 2012 nach Wirtschaftsabschnitten[1)] und Geschlecht

Wirtschaftsabschnitte (WZ 2008) Zusammenfassungen	2012		
	Männer	Frauen	Insgesamt
	1000		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	(5,4)	/	(8,1)
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	112,2	30,4	142,6
Energieversorgung; Wasserversorgung, Entsorg., Beseitig. v. Umweltverschmutzungen	(5,1)	/	(7,3)
Baugewerbe	39,9	/	43,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	46,5	43,4	89,9
Verkehr und Lagerei; Information und Kommunikation	33,7	(9,4)	43,1
Gastgewerbe	25,3	26,2	51,5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen; Freiberufliche, wiss. u. techn. Dienstleistungen; sonst. wirt. Dienstleistungen	34,1	37,4	71,4
Öff.Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen	30,1	84,9	115,0
Kunst, Unterhaltung und Erholung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	11,1	22,6	33,7
Insgesamt (inkl. sonstiger Abschnitte)	**344,8**	**270,2**	**614,9**

Wirtschaftsabschnitte (WZ 2003) Zusammenfassungen	2005		
	Männer	Frauen	Insgesamt
	1000		
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei und Fischzucht	(8,7)	/	11,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	91,5	34,0	125,5
Energie- und Wasserversorgung	/	/	/
Baugewerbe	28,3	/	30,2
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	35,1	34,0	69,1
Gastgewerbe	23,9	19,6	43,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,5	/	20,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe; Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirt.Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	18,3	19,6	37,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheits , Veterinär- und Sozialwesen	26,6	52,5	79,2
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	13,4	18,1	31,5
Insgesamt (inkl. sonstiger Abschnitte)	**264,8**	**190,2**	**455,0**

1) Die Angabe des Wirtschaftszweiges erfolgte im Erhebungsjahr 2012 nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Im Jahr 2005 wurde hingegen die zu diesem Zeitpunkt gültige Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), zugrunde gelegt. Aufgrund von größeren Verschiebungen bzw. Änderungen in den fachlichen Zuordnungen sind die dargestellten Werte in den Erhebungsjahren 2012 und 2005 nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Mikrozensus



Indikator C 37

Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote und Erwerbslosenanteil 2005 und 2012 nach Zuwanderungsgeschichte

Definition des Indikators

„Erwerbspersonen" ist der Oberbegriff für Erwerbstätige und Erwerbslose. Die Zahl der Erwerbspersonen stellt somit das gesamte zur Verfügung stehende Potenzial an Arbeitskräften dar. Der Gegenbegriff sind die Nichterwerbspersonen: Dies sind alle Menschen, die – z.B. aus Alters- oder Gesundheitsgründen oder weil sie andere Verdienstquellen haben – nicht erwerbstätig sind und auch keine Erwerbstätigkeit anstreben.

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit und Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt. Maßgeblich ist, dass sie in der Berichtswoche wenigstens eine Stunde einer beruflichen Tätigkeit nachgegangen sind.

Als erwerbslos gelten nur solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und zurzeit nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, sowie Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos" ist unabhängig davon, ob jemand bei der Arbeitsagentur als Arbeitsloser oder als Arbeitssuchender gemeldet ist bzw. Arbeitslosengeld oder -hilfe bezieht. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z.B. nichtberufstätige Ehefrauen, gelten nicht als erwerbslos.

Die Erwerbsquote bezieht die Zahl der Erwerbspersonen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis unter 65 Jahre). Die Erwerbstätigenquote bezieht die Zahl der 15- bis unter 65-jährigen Erwerbstätigen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter. Der Erwerbslosenanteil bezieht die Zahl der Erwerbslosen auf die aller Personen im Erwerbsalter.

Methodische Hinweise

Die Daten, die den Indikatoren C 36, C 37 und C 38 zugrunde liegen, entstammen dem Mikrozensus. Diese Bevölkerungsstichprobe erhebt bundesweit jährlich bei 1 Prozent der Haushalte demographische, erwerbs- und familienstatistische Basisdaten. Die regionale Nachweisung der Ergebnisse erfolgt nach dem Wohnort der Befragten.
Weiterführende Informationen:
Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen und methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in den jährlich erscheinenden Statistischen Berichten Niedersachsen A I 5, A VI 2, A VI 4, Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Haushalte und Familien 2011.
Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 4.1.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2012 (erscheint jährlich).

Erläuterungen

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (vgl. Indikator A 11) weisen im Vergleich zu Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte einen deutlich höheren Erwerbslosenanteil und eine niedrigere Erwerbstätigenquote aus. Auch ihre Erwerbsquote ist niedriger. Im Jahr 2012 lag die Erwerbstätigenquote der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei 63,3 Prozent, 10,2 Prozentpunkte höher als noch 2005. Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte waren demgegenüber nach wie vor deutlich häufiger erwerbstätig: Ihre Quote lag 10,8 Prozentpunkte höher. 2005 betrug der Abstand noch 13,5 Prozentpunkte. Ein ähnliches Bild bietet spiegelbildlich der Erwerbslosenanteil. Dieser betrug 2012 bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 6,3 Prozent und war damit fast doppelt so hoch wie der bei Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Im Vergleich zu 2005 lässt sich aber feststellen, dass die Erwerbslosigkeit der Personen mit Zuwanderungsgeschichte deutlich um -6,0 Prozentpunkte zurückgegangen ist (Personen ohne Zuwanderungsgeschichte: -3,4 Prozentpunkte). Die Erwerbsquote der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte lag mit 69,5 Prozent klar unter der von Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte mit 77,4 Prozent. Gegenüber 2005 stieg die Erwerbsquote der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte um +4,0 Prozentpunkte. Diese Entwicklung vollzog sich in etwa im Gleichschritt mit der Entwicklung bei den Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte.

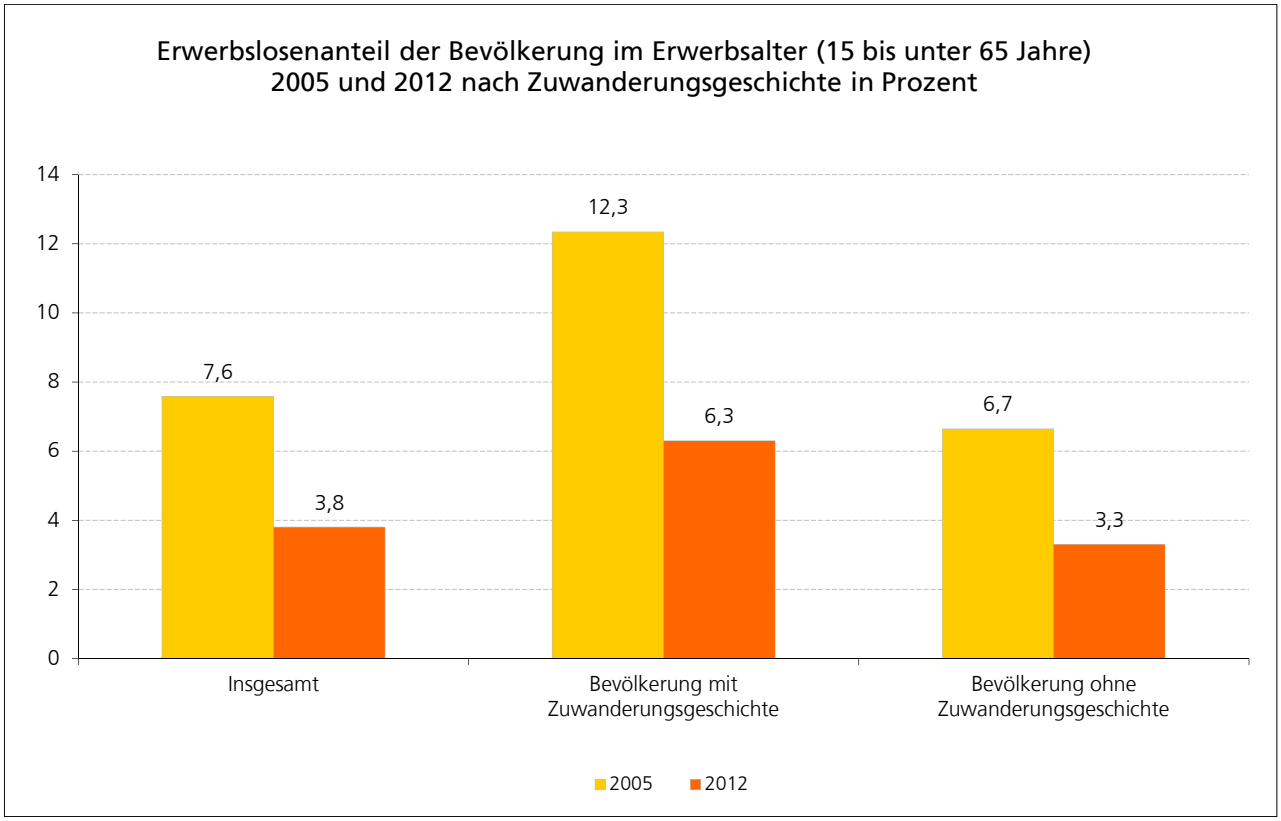
Indikator C 37

Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote und Erwerbslosenanteil 2005 und 2012 nach Zuwanderungsgeschichte

Jahr	Erwerbsquote[1]			Erwerbstätigenquote[1]			Erwerbslosenanteil[1]		
	Insgesamt	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund	Insgesamt	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund	Insgesamt	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
	Prozent								
2005	71,9	65,5	73,2	64,4	53,1	66,6	7,6	12,3	6,7
2012	76,0	69,5	77,4	72,1	63,3	74,1	3,8	6,3	3,3

1) bezogen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis unter 65 Jahre)

Quelle: Mikrozensus



Indikator C 38

Erwerbslosenanteil 2005 und 2012 nach Zuwanderungsgeschichte und Altersgruppen

Definition des Indikators

Als erwerbslos gelten solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und zurzeit nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, sowie Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die sich um eine Lehr- bzw. Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos" ist unabhängig davon, ob jemand bei der Agentur für Arbeit als Arbeitsloser oder als Arbeitssuchender gemeldet ist bzw. Arbeitslosengeld oder -hilfe bezieht. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z.B. nichtberufstätige Ehefrauen, gelten nicht als erwerbslos.

Der Erwerbslosenanteil bezieht – gegliedert nach Altersgruppen – die Zahl der Erwerbslosen auf die aller Personen im Erwerbsalter (15 bis unter 65 Jahre).

Methodische Hinweise

Die Daten, die den Indikatoren C 36, C 37 und C 38 zugrunde liegen, entstammen dem Mikrozensus. Diese Bevölkerungsstichprobe erhebt bundesweit jährlich bei 1 Prozent der Haushalte demographische, erwerbs- und familienstatistische Basisdaten. Die regionale Nachweisung der Ergebnisse erfolgt nach dem Wohnort der Befragten.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen und methodische Erläuterungen finden sich fortlaufend in den jährlich erscheinenden Statistischen Berichten Niedersachsen A I 5, A VI 2, A VI 4, Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Haushalte und Familien 2011.
Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 4.1.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2012 (erscheint jährlich).

Erläuterungen

Insgesamt lag im Jahr 2012 der Erwerbslosenanteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mit 6,3 Prozent zwar deutlich unter dem Wert von 2005 (12,3 Prozent), aber nach wie vor fast doppelt so hoch wie der der Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte (3,3 Prozent). Die Erwerbslosigkeit war 2012, wie schon sieben Jahre zuvor, bei den Männern mit Zuwanderungsgeschichte (7,6 Prozent) stärker ausgeprägt als bei den Frauen (4,9 Prozent). Dies zeigt sich in allen Altersgruppen.

Das Erwerbslosigkeitsrisiko der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte steigt mit dem Lebensalter. In den Altersklassen bis 35 Jahre liegen die Erwerbslosenanteile der Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte noch relativ nah beieinander. In den höheren Altersklassen ab 35 Jahre gehen die Werte hingegen stärker auseinander. Vor allem der Erwerbslosenanteil der 45- bis unter 55-jährigen Männer mit Zuwanderungsgeschichte war 2012 mit 8,4 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der in der entsprechenden Altersklasse bei den Männern ohne Zuwanderungsgeschichte (3,3 Prozent). Verglichen mit dem Jahr 2010, als hier noch eine Differenz von 8,3 Prozentpunkten zu beobachten war, ist jedoch eine deutliche Annäherung eingetreten.

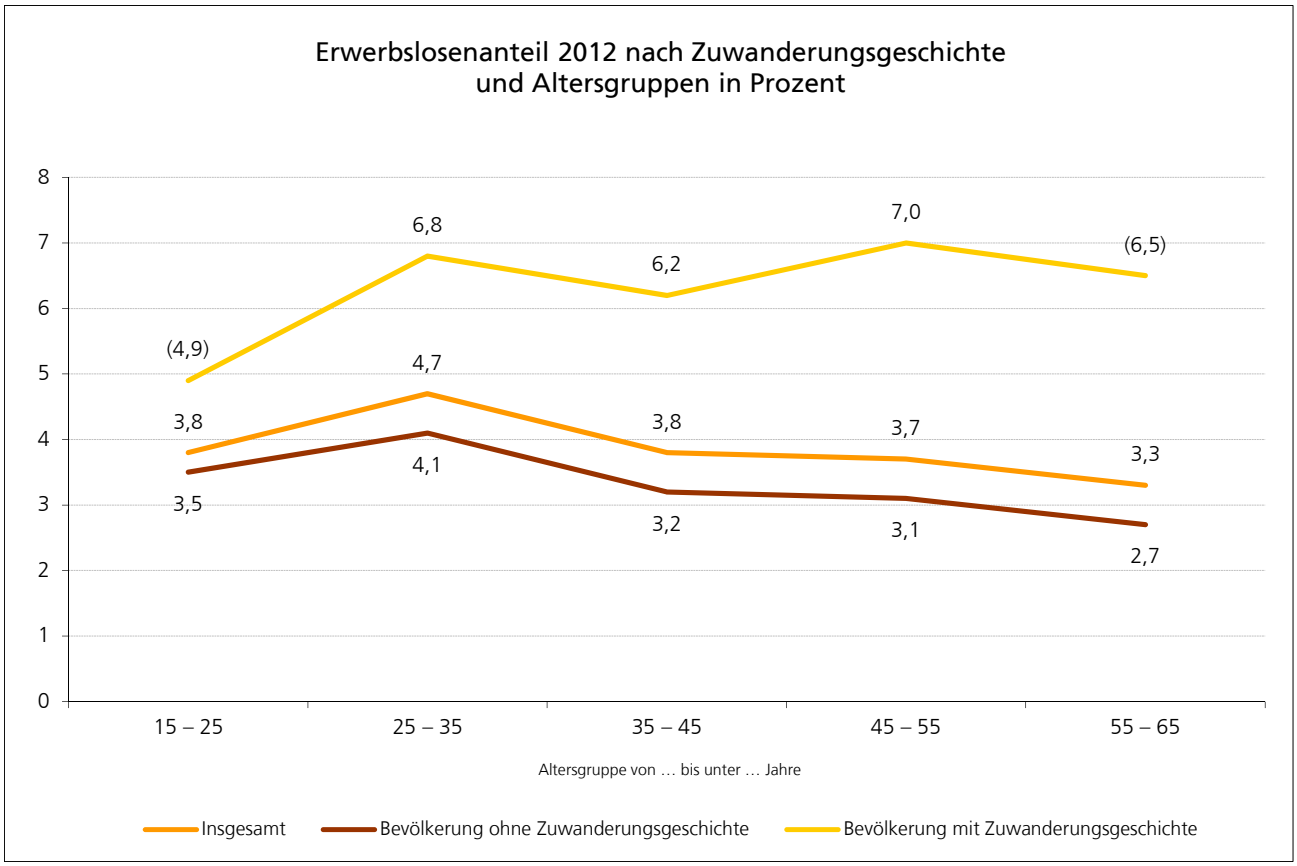
Gegenüber 2005 hat die Erwerbslosigkeit am stärksten bei jungen, männlichen Erwerbspersonen mit Zuwanderungsgeschichte im Alter von 25 bis unter 35 Jahren abgenommen (-9,5 Prozentpunkte auf 8,2 Prozent). Diese Gruppe war 2005 mit 17,7 Prozent am stärksten von Erwerbslosigkeit betroffen

Indikator C 38

Erwerbslosenanteil 2005 und 2012 nach Zuwanderungsgeschichte und Altersgruppen

Altersgruppe von … bis unter … Jahre	2005			2012		
	Insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	Insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
	Prozent					
			Insgesamt			
15 – 25	7,3	7,2	7,6	3,8	3,5	(4,9)
25 – 35	9,4	8,3	13,3	4,7	4,1	6,8
35 – 45	8,0	7,0	14,1	3,8	3,2	6,2
45 – 55	8,1	7,0	14,9	3,7	3,1	7,0
55 – 65	4,8	3,9	12,9	3,3	2,7	(6,5)
15 – 65	**7,6**	**6,7**	**12,3**	**3,8**	**3,3**	**6,3**
			Männer			
15 – 25	8,1	7,8	(9,2)	4,1	3,8	(5,2)
25 – 35	11,1	9,2	17,7	5,6	4,7	(8,2)
35 – 45	8,6	7,2	17,0	4,4	3,5	(8,5)
45 – 55	9,4	8,0	17,4	4,0	3,3	(8,4)
55 – 65	6,2	5,1	(16,0)	4,0	3,3	(8,2)
15 – 65	**8,7**	**7,4**	**15,3**	**4,4**	**3,6**	**7,6**
			Frauen			
15 – 25	6,5	6,6	(6,0)	3,5	3,2	/
25 – 35	7,8	7,4	(8,8)	3,9	3,4	(5,4)
35 – 45	7,3	6,8	10,9	3,2	3,0	/
45 – 55	6,9	5,9	12,6	3,4	3,0	(5,5)
55 – 65	3,3	2,8	/	2,6	2,2	/
15 – 65	**6,4**	**5,9**	**9,3**	**3,3**	**2,9**	**4,9**

Quelle: Mikrozensus



Indikator C 39

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer nach Art der Ausbildung am 30. Juni 2013 und nach Kreisen

Definition des Indikators

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfassen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem SGB III sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu leisten sind. Dazu gehören unter anderem auch Auszubildende. Die Beschäftigten werden nach Art ihrer beruflichen Qualifikation in drei Gruppen aufgegliedert: Als hohe Qualifikation gelten Fachhochschul und Hochschulabschlüsse. Als mittlere Qualifikation gilt der Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung sowie ein Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss. Als niedrige Qualifikation gelten alle Fälle, in denen keine abgeschlossene Berufsausbildung vorliegt. Die statistischen Ergebnisse können differenziert nach Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern ausgewiesen werden.

Methodische Hinweise

Dargestellt werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im betrachteten Gebiet arbeiten, unabhängig ihres Wohnortes. Die Ausweisung von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Qualifikationsniveau am Arbeitsort gibt einen Hinweis auf das Arbeitsplatzangebot und die Struktur der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im betrachteten Gebiet. Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit beruht auf den Meldungen der Arbeitgeber zur Kranken-, Renten-, Pflege- und bzw. oder Arbeitslosenversicherung. Hier werden alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer (ca. 75 bis 80 Prozent aller abhängig Beschäftigten) erfasst. Von ihr nicht erfasst werden nicht sozialversicherungspflichtige Beamte, Selbständige, unbezahlt mithelfende Familienangehörige und ausschließlich geringfügig Beschäftigte.

Zwischen den Stichtagen 30.06.2011 und 31.12.2012 erfolgte eine Umstellung der Erhebungsinhalte, um differenziertere Angaben zu ermöglichen. Die Vergleichbarkeit der hier dargestellten Daten mit denen des vorherigen Berichtes ist aufgrund der Kategorisierung in Qualifikationsstufen jedoch vollständig gewährleistet.

Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enthält auch Auszubildende, von denen ein großer Teil noch keine abgeschlossene berufliche Qualifikation hat und daher in der Tabelle als niedrig qualifiziert eingeordnet wird. Es gibt aber durchaus Auszubildende, die über berufsqualifizierende Abschlüsse bis hin zu Hochschulabschlüssen verfügen. Die folgenden Erläuterungen konzentrieren sich auf die Hochqualifizierten.

Weiterführende Informationen:
Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Gemeindeebene sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 70A Beschäftigte, Pendler). Die Bundesagentur für Arbeit, die diese Daten ermittelt, hält bundesweit weitere Daten bereit unter http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html.

Erläuterungen

Landesweit waren Ende Juni 2013 9,6 Prozent der 146 791 ausländischen Beschäftigten hoch qualifiziert. Weitere 28,0 Prozent verfügten über eine mittlere und 19,5 Prozent nur über eine geringe berufliche Qualifikation. Bei 42,9 Prozent der ausländischen Beschäftigten fehlten entsprechende Angaben. Der Anteil der Hochqualifizierten war vor allem in den Städten mit ihrem differenzierten Arbeitsplatzangebot vergleichsweise hoch. Das Maximum trat im Landkreis Göttingen, dessen Kreisstadt Universitätsstandort ist, mit 28,5 Prozent auf. Hohe Anteile von Hochqualifizierten gab es auch in den Städten Braunschweig, Wolfsburg und Oldenburg sowie in den Landkreisen Goslar, Celle und Lüneburg. Die wissenschafts- und forschungsintensive Statistische Region Braunschweig wies insgesamt eine hohe Hochqualifiziertenquote von 16,7 Prozent auf. Dagegen lag der Hochqualifiziertenanteil in der Statistischen Region Weser-Ems auf sehr niedrigem Niveau (6,1 Prozent). Zu dieser Region gehören auch die Landkreise Cloppenburg und Vechta, die landesweit mit 2,3 bzw. 3,5 Prozent die niedrigsten Werte hatten. Im Gegensatz zu den Vorjahren wies die Statistische Region Weser-Ems jedoch nicht den höchsten Anteil von niedrig qualifizierten Beschäftigten auf. Dieser fand sich 2012 in der Statistischen Region Hannover mit 21,6 Prozent und auf Kreisebene im dort gelegenen Landkreis Holzminden (31,1 Prozent).

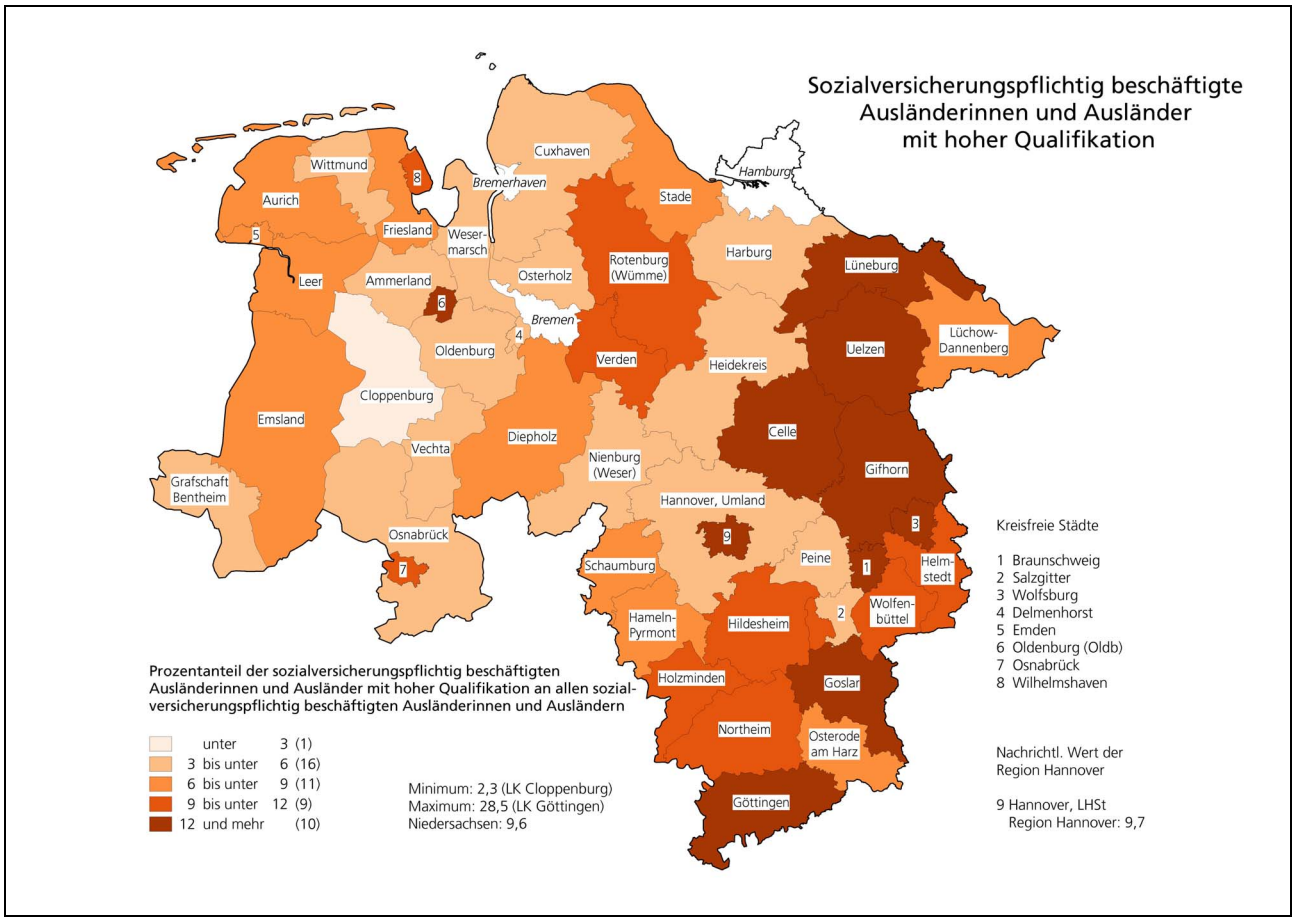
Indikator C 39

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer nach Art der Ausbildung am 30. Juni 2013 und nach Kreisen

Land Statistische Region	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[1]			darunter nach Qualifikation[2]		
	Insgesamt	Männer	Frauen	hoch	mittel	niedrig
	Anzahl			Prozent		
Niedersachsen	**146 791**	**94 039**	**52 752**	**9,6**	**28,0**	**19,5**
Stat. Region Braunschweig	29 844	19 733	10 111	16,7	30,9	17,0
Stat. Region Hannover	48 711	29 383	19 328	9,4	30,1	21,6
Stat. Region Lüneburg	22 006	14 556	7 450	7,7	27,3	17,3
Stat. Region Weser-Ems	46 230	30 367	15 863	6,1	24,2	20,0

1) am Arbeitsort
2) Beschäftigte ohne Angabe der Qualifikation werden nicht aufgeführt; hoch = akademischer Abschluss (Bachelor, Diplom, Magister, Master, Staatsexamen, Promotion); mittel = Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung , Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss;
niedrig = ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit



Indikator C 40

Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern im Juni 2013 nach Kreisen

Definition des Indikators

Der Indikator stellt die Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern in regionaler Untergliederung auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise dar. Arbeitslose sind Arbeitsuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schülerin oder Schüler, Studierende oder Teilnehmende an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfängerin oder Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur oder dem nach SGB II zuständigen Träger gemeldet haben. Ausländerinnen und Ausländer können nur dann als arbeitslos erfasst werden, wenn sie eine Arbeitnehmertätigkeit in Deutschland ausüben dürfen.
Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen errechnet sich entsprechend als:
AQ_{EP} = $Arbeitslose_t$ dividiert durch alle zivilen $Erwerbstätigen_t$ + $Arbeitslose_t$ multipliziert mit 100
t = terminierter Zeitpunkt (Zeitpunkt Erhebung der Bezugsgröße)
Alle zivilen Erwerbstätigen sind die Summe aus den abhängigen zivilen Erwerbstätigen sowie Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

Methodische Hinweise

Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die registrierten Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (EP = Erwerbstätige + Arbeitslose) in Beziehung setzen. Nicht in den Zahlen über Arbeitslose und die entsprechenden Quoten enthalten sind Personen, die sich in Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder im Vorruhestand befinden. Das Ausmaß der Unterbeschäftigung ist daher höher, als es die amtlichen Zahlen über Arbeitslose ausweisen. Die Statistik wird von der Bundesagentur für Arbeit geführt.

Weiterführende Informationen:
Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de.
Methodenbericht der Bundesagentur für Arbeit: http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung/Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung-Nav.html

Erläuterungen

Im Juni 2013 lag die Arbeitslosenquote der Nichtdeutschen bei 15,7 Prozent, wobei die der Männer mit 14,1 Prozent niedriger war als die der Frauen mit 18,0 Prozent. Zum Vergleich: Die allgemeine Arbeitslosenquote (Deutsche und Ausländerinnen und Ausländer zusammen) lag bei 6,3 Prozent (Männer: 6,3 Prozent; Frauen 6,4 Prozent) und damit 9,4 Prozentpunkte unter der der Nichtdeutschen allein. Dabei trat eine erhebliche regionale Streuung der Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer auf. Die Spanne reichte von 7,3 Prozent bzw. 7,5 Prozent in den Landkreisen Wittmund und Vechta bis zu 28,7 Prozent bzw. 27,5 Prozent in den kreisfreien Städten Delmenhorst und Wilhelmshaven. Für den Landkreis Lüchow-Dannenberg, wo in den Vorjahren Quoten von über 27 Prozent zu beobachten waren, liegen für 2013 keine Zahlen vor. Viele Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitslosenquoten von weniger als 10 Prozent gab es lediglich in sechs Landkreisen in der Statistischen Region Weser-Ems, die – mit Ausnahme von Wittmund – alle im Raum zwischen Oldenburg und Osnabrück liegen, sowie in der Stadt Wolfsburg. Hohe Arbeitslosenquoten lagen vor allem in den Städten und Landkreisen vor, die stark unter dem wirtschaftlichen Strukturwandel und einem Abbau industrieller Arbeitsplätze zu leiden haben. Neben den schon erwähnten Städten Delmenhorst und Wilhelmshaven gilt dies vor allem für Städte und Kreise im Süden und Osten des Landes. In der Stadt Delmenhorst trat für die Ausländerinnen eine Arbeitslosenquote von 32,4 Prozent auf. Auch in der Landeshauptstadt Hannover lag die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer höher als 20 Prozent.

Die Karte stellt den Abstand (gemessen in Prozentpunkten) der Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung zur Gesamtarbeitslosigkeit dar. Er ist in Delmenhorst am höchsten und im Landkreis Wittmund am niedrigsten. Hohe Abstände traten auch an der Küste nördlich von Bremen sowie vereinzelt im südlichen Teil Niedersachsens auf. Gegenüber 2011 stellte sich die Situation im Süden Niedersachsens sowie in der Statistischen Region Hannover deutlich verbessert dar.

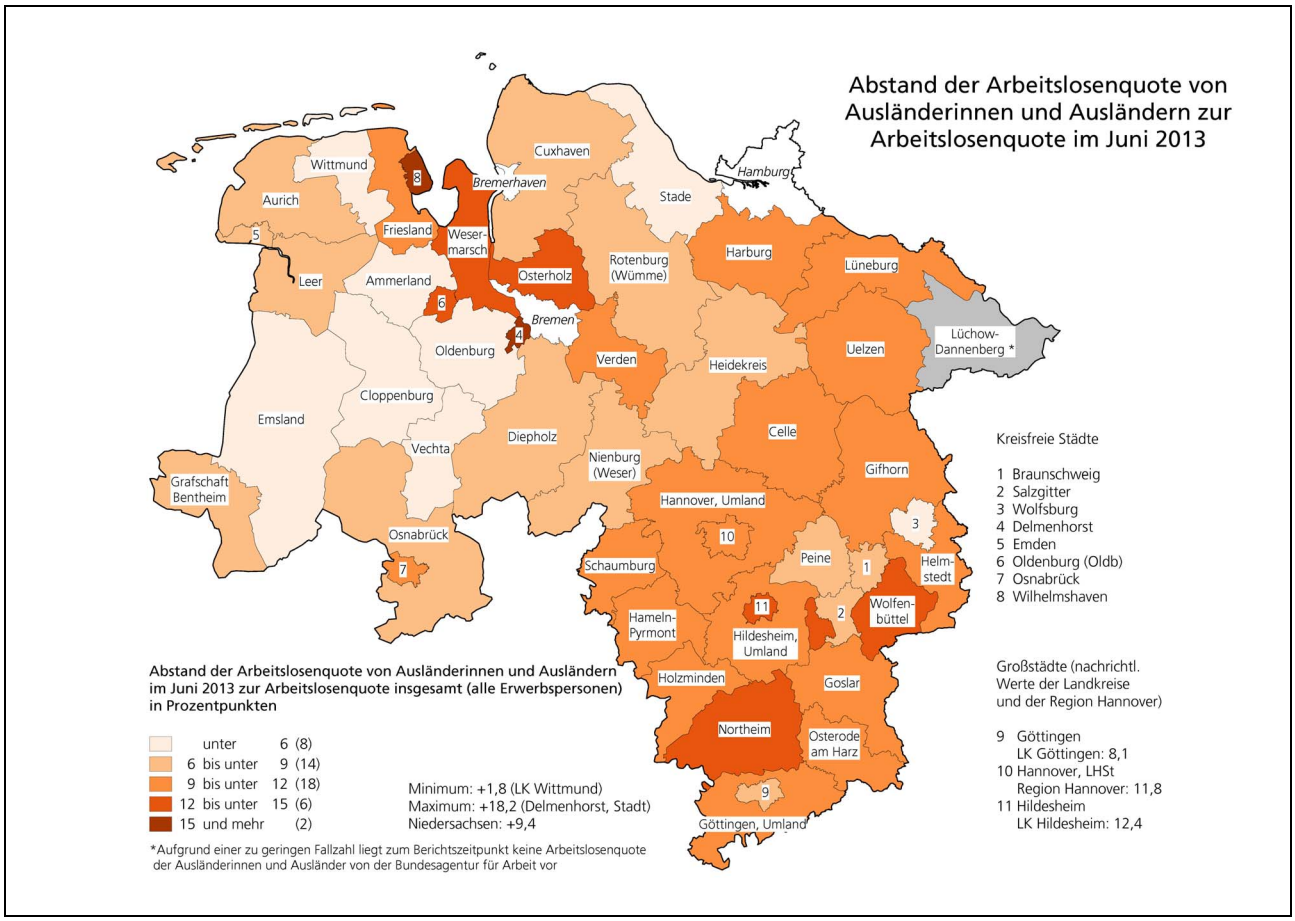
Indikator C 40

Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern im Juni 2013 nach Kreisen

Land Statistische Region	Arbeitslosenquote Insgesamt (alle Erwerbspersonen)[1]			Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern (alle Erwerbspersonen)[1]			Abstand der Arbeitslosenquoten von Ausländerinnen und Ausländern zu Insgesamt		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Prozent						Prozentpunkte		
Niedersachsen	**6,3**	**6,3**	**6,4**	**15,7**	**14,1**	**18,0**	**+9,4**	**+7,8**	**+11,6**
Stat. Region Braunschweig	6,6	6,6	6,7	14,8	12,9	17,6	+8,2	+6,3	+10,9
Stat. Region Hannover	7,4	7,6	7,1	18,8	17,3	20,8	+11,4	+9,7	+13,7
Stat. Region Lüneburg	5,9	5,9	5,8	14,8	13,2	17,0	+8,9	+7,3	+11,2
Stat. Region Weser-Ems	5,6	5,4	5,9	13,0	11,5	15,2	+7,4	+6,1	+9,3

1) Zum Berichtsmonat Januar 2009 erfolgte die Umstellung in der Berichterstattung und tabellarischen Veröffentlichung der Arbeitslosenquoten von den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (EP) durchgängig auf alle zivilen EP.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Daten aus der Beschäftigungsstatistik, Statistik der Grundsicherung nach dem SGB II sowie aus der Arbeitsmarktstatistik (Bestandsdaten), Erstellungsdatum: 19.03.2014, Statistik-Service Nordost, Auftragsnummer 179138



Indikator C 41

Entwicklung der Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern und der Arbeitslosenquote insgesamt 2007 bis 2013

Definition des Indikators

Arbeitslose sind Arbeitsuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schülerin oder Schüler, Studierende oder Teilnehmende an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfängerin oder Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur oder dem nach SGB II zuständigen Träger gemeldet haben. Ausländerinnen und Ausländer können nur dann als arbeitslos erfasst werden, wenn sie eine Arbeitnehmertätigkeit in Deutschland ausüben dürfen.

Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen errechnet sich entsprechend als:
AQ_{EP} = $Arbeitslose_t$ dividiert durch alle zivilen $Erwerbstätigen_t$ + $Arbeitslose_t$ multipliziert mit 100
t = terminierter Zeitpunkt (Zeitpunkt Erhebung der Bezugsgröße)

Alle zivilen Erwerbstätigen sind die Summe aus den abhängigen zivilen Erwerbstätigen sowie Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

Methodische Hinweise

Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die registrierten Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (EP = Erwerbstätige + Arbeitslose) in Beziehung setzen. Nicht in den Zahlen über Arbeitslose und die entsprechenden Quoten enthalten sind Personen, die sich in Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder im Vorruhestand befinden. Das Ausmaß der Unterbeschäftigung ist daher höher, als es die amtlichen Zahlen über Arbeitslose ausweisen. Die Statistik wird von der Bundesagentur für Arbeit geführt.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de.
Methodenbericht der Bundesagentur für Arbeit: http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung/Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung-Nav.html

Erläuterungen

Die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer ging im Berichtszeitraum (Juni 2007 bis Juni 2013) stark zurück. Sie lag im Juni 2013 mit 15,7 Prozent um 5,1 Prozentpunkte unter dem Wert von 2007. Die Quote der Frauen ging mit -6,1 Prozentpunkten stärker zurück als die der Männer (-4,4 Prozentpunkte). Allerdings lag die Arbeitslosenquote der ausländischen Frauen im Juni 2013 mit 18,0 Prozent immer noch deutlich über der Quote der Männer von 14,1 Prozent. Bei den Arbeitslosen insgesamt (Deutsche und Ausländer) gab es hingegen nur marginale Unterschiede zwischen den Quoten der Geschlechter (männlich: 6,3 Prozent; weiblich: 6,4 Prozent). Die Arbeitslosenquoten der Ausländerinnen und Ausländer waren im Juni 2013 rund zweieinhalb- bis fast dreimal so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquoten bezogen auf die Geschlechter und die Gesamtquote.

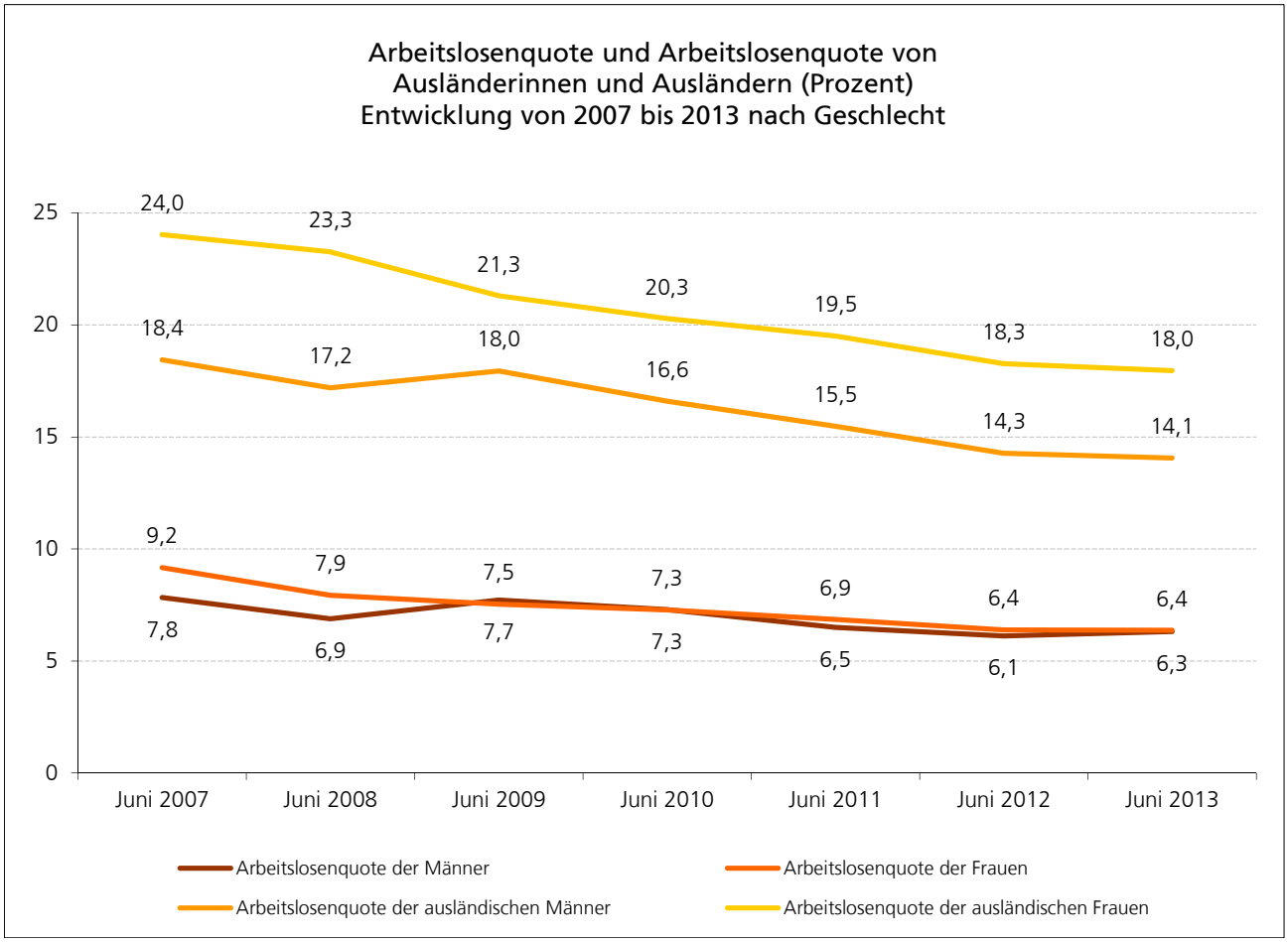
Indikator C 41

Entwicklung der Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern und der Arbeitslosenquote insgesamt 2007 bis 2013

Berichtsmonat	Arbeitslosenquote Insgesamt (alle Erwerbspersonen)[1)2)]			Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern (alle Erwerbspersonen)[1)2)]			Abstand der Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern zu Insgesamt		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Prozent						Prozentpunkte		
Juni 2007	8,5	7,8	9,2	20,8	18,4	24,0	+12,3	+10,6	+14,9
Juni 2008	7,4	6,9	7,9	19,7	17,2	23,3	+12,3	+10,3	+15,3
Juni 2009	7,6	7,7	7,5	19,4	18,0	21,3	+11,7	+10,2	+13,8
Juni 2010	7,3	7,3	7,3	18,2	16,6	20,3	+10,9	+9,3	+13,0
Juni 2011	6,7	6,5	6,9	17,2	15,5	19,5	+10,5	+9,0	+12,7
Juni 2012	6,2	6,1	6,4	16,0	14,3	18,3	+9,7	+8,2	+11,9
Juni 2013	6,3	6,3	6,4	15,7	14,1	18,0	+9,4	+7,7	+11,6

1) Zum Berichtsmonat Januar 2009 erfolgte die Umstellung in der Berichterstattung und tabellarischen Veröffentlichung der Arbeitslosenquoten von den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (EP) durchgängig auf alle zivilen EP. Die Angaben für 2007 und 2008 weisen in dieser Darstellung Ergebnisse für alle zivilen Erwerbspersonen aus.
2) Aufgrund von Datenrevisionen durch die Bundesagentur für Arbeit kann es zu Abweichungen gegenüber Auswertungen mit früherem Erstellungsdatum kommen.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Daten aus der Beschäftigungsstatistik, Statistik der Grundsicherung nach dem SGB II sowie aus der Arbeitsmarktstatistik (Bestandsdaten), Erstellungsdatum Statistik-Service Nordost: 19.03.2014 (Auftragsnummer 179138)



Indikator C 42

Arbeitslose im Juni 2013 nach Zuwanderungsgeschichte, Rechtskreis und Geschlecht

Definition des Indikators

Der Indikator gibt die Zahl der Arbeitslosen nach Rechtskreisen im Juni 2013 wieder sowie davon die Zahl und den Anteil der Personen mit Zuwanderungsgeschichte.

Methodische Hinweise

Quelle für die dargestellten Ergebnisse ist die sogenannte Migrationshintergrund-Erhebung der Bundesagentur für Arbeit, im Rahmen derer Arbeitslose in den Agenturen und Jobcentern zu ihrem Migrationshintergrund befragt werden, um das Portfolio der Arbeitsmarktstatistiken zu erweitern. Die Erhebung wurde in § 281 Abs. 2 SGB III normiert und Details zum Verfahren sowie zur Methodik im September 2010 in der sogenannten Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung (MighEV) festgehalten.

Ein Migrationshintergrund liegt gemäß § 6 MighEV vor, wenn

1. die befragte Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder
2. der Geburtsort der befragten Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte oder
3. der Geburtsort mindestens eines Elternteiles der befragten Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt sowie eine Zuwanderung dieses Elternteiles in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte.

Diese Definition entspricht der eines Migrationshintergrundes „im engeren Sinne“ im Rahmen des Mikrozensus.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass nicht für alle Arbeitslosen sondern lediglich für den Kreis der befragten Personen Angaben zum Migrationshintergrund vorliegen. Die ausgewiesenen Anteile beziehen sich daher ausdrücklich auf die Gruppe der Befragten und nicht auf die Gesamtheit aller Arbeitslosen.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de.
Methodenbericht der Bundesagentur für Arbeit:
http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Arbeitsmarktstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Migrationshintergrund-2012.pdf

Bundesweite Ergebnisse:
http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Personengruppen/generische-Publikationen/Broschuere-Migranten-2014.pdf

Erläuterungen

Im Juni 2013 waren in Niedersachsen insgesamt 260 987 Menschen arbeitslos. Davon lagen für 191 421 Personen Angaben zum Migrationsstatus vor, wovon wiederum 64 850 gemäß ihren eigenen Angaben über eine Zuwanderungsgeschichte verfügten. Das war anteilig rund ein Drittel (33,9 Prozent). Zum Vergleich: Im Jahr 2012 betrug der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an der niedersächsischen Gesamtbevölkerung 17,8 Prozent (siehe Indikator A 11). Trotz der unterschiedlichen Datenquellen und Berichtszeitpunkte und obwohl nicht für alle Arbeitslosen Angaben aus der Migrationshintergrund-Erhebung vorliegen, lässt dies die Aussage zu, dass arbeitslose Frauen und Männer in Niedersachsen überproportional häufig eine Zuwanderungsgeschichte haben. Des Weiteren verfügt der Großteil der befragten Arbeitslosen mit Zuwanderungsgeschichte auch über eine eigene Migrationserfahrung. Diese Gruppe machte 26,8 Prozent aller Befragten aus.

Im Rechtskreis des SGB II ist der Anteil der Arbeitslosen mit Zuwanderungsgeschichte mit 39,7 Prozent wesentlich höher als im Rechtskreis des SGB III mit 23,3 Prozent. Erstere Personengruppe hat keinen Anspruch (mehr) auf Arbeitslosengeld sondern lediglich auf das Arbeitslosengeld II („Hartz IV“), Sozialgeld oder sonstige Leistungen.

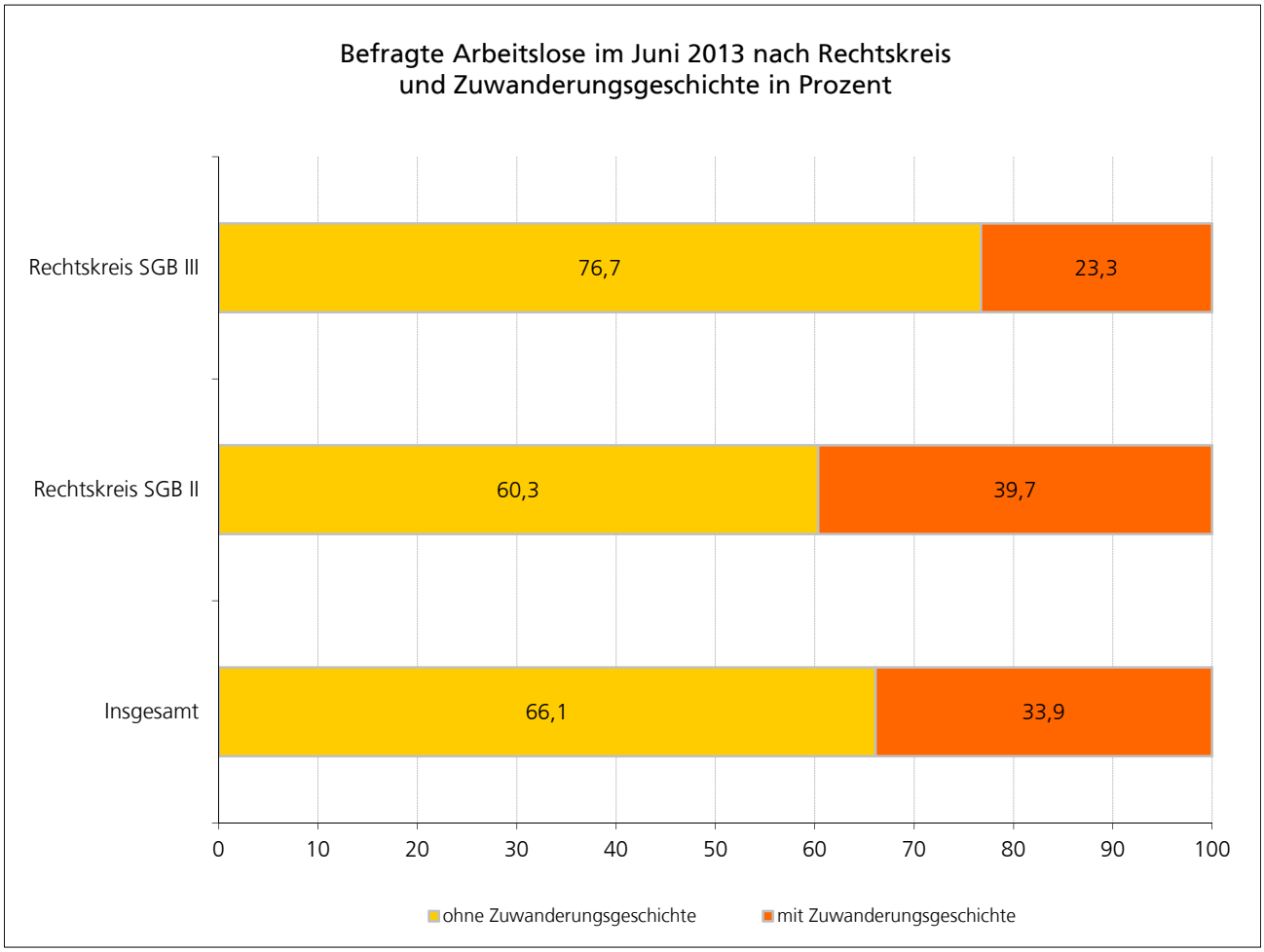
Indikator C 42

Arbeitslose im Juni 2013 nach Zuwanderungsgeschichte, Rechtskreis und Geschlecht

Geschlecht / Rechtskreis	Arbeitslose Insgesamt	darunter Befragte mit Angabe zum Migrationshintergrund								
		Insgesamt	ohne Migrations-hintergrund	mit Migrationshintergrund			ohne Migrations-hintergrund	mit Migrationshintergrund		
				Insgesamt[1]	mit eigene Migrationserfahrung	ohne eigene Migrationserfahrung		Insgesamt[1]	mit eigene Migrationserfahrung	ohne eigene Migrationserfahrung
	Anzahl						Prozent[2]			
					Insgesamt					
Männlich	138 629	102 232	68 287	33 945	26 387	6 983	66,8	33,2	25,8	6,8
Weiblich	122 358	89 189	58 284	30 905	24 952	5 355	65,3	34,7	28,0	6,0
Insgesamt	**260 987**	**191 421**	**126 571**	**64 850**	**51 339**	**12 338**	**66,1**	**33,9**	**26,8**	**6,4**
					Rechtskreis SGB II[3]					
Männlich	94 358	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Weiblich	84 346	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Insgesamt	**178 704**	**123 955**	**74 801**	**49 154**	**39 109**	**9 000**	**60,3**	**39,7**	**31,6**	**7,3**
					Rechtskreis SGB III[3]					
Männlich	44 271	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Weiblich	38 012	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Insgesamt	**82 283**	**67 466**	**51 770**	**15 696**	**12 230**	**3 338**	**76,7**	**23,3**	**18,1**	**4,9**

1) Einschließlich Personen mit Migrationshintergrund ohne nähere Angabe
2) Anteile an der Gruppe der im Rahmen der Erhebung befragten Personen
3) Eine Differenzierung der Arbeitslosen in den beiden Rechtskreisen SGB II und III nach Geschlecht und Migrationshintergrund ist auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Daten nicht möglich.

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit



D | Soziales

Indikator D 43

Armutsrisikoquoten 2005 bis 2012 in Niedersachen und Deutschland nach Zuwanderungsgeschichte und Nationalität

Definition des Indikators

Die Armutsrisikoquote (oder auch Armutsgefährdungsquote) ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Prozentanteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Durchschnitts der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung) beträgt. Das Äquivalenzeinkommen, ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. Für die Bevölkerungsgruppen der Deutschen und Nichtdeutschen sowie der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (vgl. Indikator A 11) wird das Risiko materieller Armut abgebildet. Tendenzen zur Exklusion und mangelnder Teilhabechancen gesellschaftlicher Gruppen entwickeln sich insbesondere vor dem Hintergrund der Einkommensarmut. Ausgeklammert bleiben jedoch weitere Ressourcen wie Bildung und soziale Bindungen.

Methodische Hinweise

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Amtliche Sozialberichterstattung" berechnet unterschiedliche Armutsgefährdungsquoten – gemessen am Bundesmedian und am Landesmedian. Hier wird der Landesmedian verwendet (Regionalkonzept). Grundlage der Berechnungen sind die jeweiligen regionalen Armutsgefährdungsschwellen. Diese werden anhand des mittleren Einkommens (Median) des jeweiligen Bundeslandes beziehungsweise der jeweiligen Region errechnet. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommens- und Preisniveau zwischen den Bundesländern bzw. Regionen Rechnung getragen. Die niedersächsische Armutsgefährdung orientiert sich also an den entsprechenden Einkünften in Niedersachsen. Vergleichbare Daten liegen ab dem Jahr 2005 vor und können gegliedert nach soziodemographischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Qualifikation dargestellt werden. Datenquelle ist der Mikrozensus. Aufgrund der Stichprobengröße können verlässliche Indikatoren für alle Bundesländer berechnet werden.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Weitere methodische Erläuterungen und regionale Ergebnisse bis auf Ebene der Raumordnungsregionen/Anpassungsschichten und der Großstädte stehen auf www.amtliche-sozialberichterstattung.de zur Verfügung.

Erläuterungen

Die Armutsrisikoquote in Niedersachsen lag 2012 bei 15,4 Prozent. Sie ist damit gegenüber 2005 um +0,3 Prozentpunkte gestiegen und lag leicht über der bundesweiten Quote, die im selben Zeitraum um einen halben Prozentpunkt auf 15,2 Prozent angewachsen ist.

Bei Betrachtung nach Zuwanderungsgeschichte beziehungsweise Nationalität bestand 2012 das höchste Armutsrisiko bei Ausländerinnen und Ausländern (36,9 Prozent). Mehr als jede dritte ausländische Person hatte ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Von allen betrachteten Bevölkerungsgruppen hat sich die Lage der Nichtdeutschen allerdings seit 2005 am deutlichsten verbessert: Sieben Jahre zuvor waren noch 43,0 Prozent armutsgefährdet. Für die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (Nichtdeutsche eingeschlossen) lag die Armutsgefährdungsquote 2012 mit 29,4 Prozent um 14,0 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. 2005 waren noch 33,2 Prozent betroffen. Beide Bevölkerungsgruppen wiesen höhere Armutsrisikoquoten als die entsprechenden Bevölkerungsgruppen auf Bundesebene auf (+4,8 bzw. +3,4 Prozentpunkte). Für die Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte, und darunter vor allem für die der Ausländerinnen und Ausländer, bestand in Niedersachsen 2012 ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte (12,3 Prozent) und Deutsche (13,8 Prozent) hatten in Niedersachsen über den betrachteten Zeitraum zwischen 2005 und 2012 demgegenüber vergleichsweise niedrige Armutsgefährdungsquoten. Im Vergleich zu 2005 sind die Quoten jedoch leicht gestiegen (jeweils +0,6 bzw. +0,7 Prozentpunkte).

Für alle Bevölkerungsgruppen ist sowohl in Niedersachsen als auch auf Bundesebene seit 2010 ein Anstieg des Armutsrisikos zu erkennen. Insgesamt stieg die Quote in Niedersachsen seit 2010 um +0,9 Prozentpunkte.

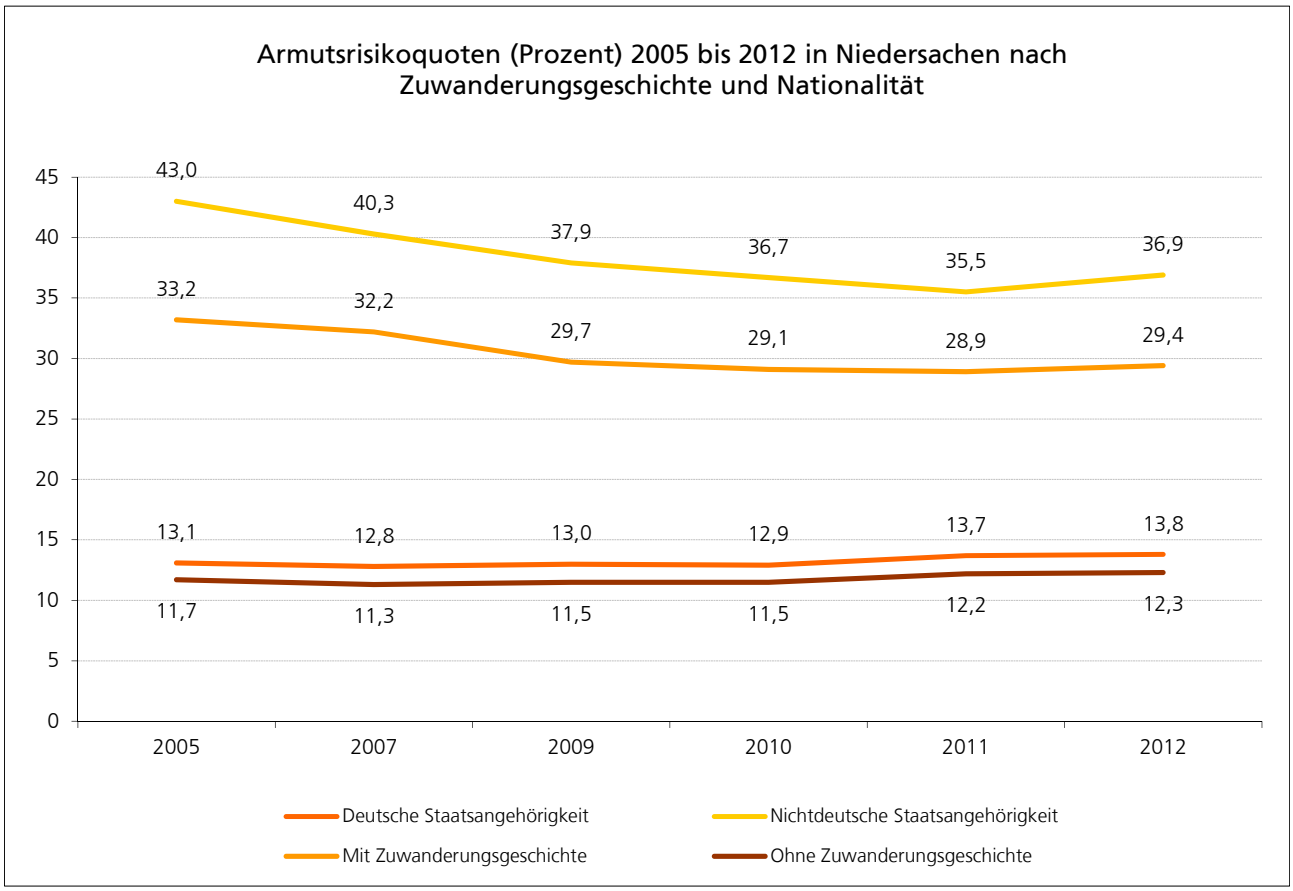
Indikator D 43

Armutsrisikoquoten[1)] 2005 bis 2012 in Niedersachen und Deutschland nach Zuwanderungsgeschichte und Nationalität

Nationalität / Migrationshintergrund	Armutsrisikoquote					
	2005	2007	2009	2010	2011	2012
	Prozent					
			Niedersachsen			
Deutsche Staatsangehörigkeit	13,1	12,8	13,0	12,9	13,7	13,8
Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit	43,0	40,3	37,9	36,7	35,5	36,9
Mit Migrationshintergrund[2)]	33,2	32,2	29,7	29,1	28,9	29,4
Ohne Migrationshintergrund	11,7	11,3	11,5	11,5	12,2	12,3
Insgesamt	**15,1**	**14,7**	**14,6**	**14,5**	**15,2**	**15,4**
			Deutschland			
Deutsche Staatsangehörigkeit	12,8	12,5	13,0	12,9	13,5	13,5
Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit	34,3	32,6	31,8	31,7	31,9	32,1
Mit Migrationshintergrund[2)]	28,2	26,9	26,6	26,2	26,6	26,8
Ohne Migrationshintergrund	11,6	11,3	11,7	11,7	12,3	12,3
Insgesamt	**14,7**	**14,3**	**14,6**	**14,5**	**15,1**	**15,2**

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.
2) Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW



Indikator D 44

Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.2012 nach Nationalität und Kreisen

Definition des Indikators

Staatliche Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden zur Sicherung des Lebensunterhaltes gezahlt. Die Empfängerquote bzw. Mindestsicherungsquote beschreibt die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner (Promille) nach Nationalität und Kreisen. Sie ist ein Indikator für die „bekämpfte Armut" in der Gesellschaft. Zusätzlich sind die absoluten Zahlen der Empfängerinnen und Empfänger nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Großstädten sowie dem Umland ausgewiesen.

Methodische Hinweise

Unter dem Begriff der staatlichen Mindestsicherungsleistungen werden im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Amtliche Sozialberichterstattung" folgende Hilfearten zusammengefasst: Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld), Sozialhilfe nach dem SGB XII (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Leistungen der Kriegsopferfürsorge (laufende Leistungen). Hier sind die Leistungen der Kriegsopferfürsorge nicht enthalten, da sie nicht regionalisierbar sind.
Die Daten liegen differenziert nach Geschlecht, Nationalität und Altersgruppen vor. Die für Niedersachsen und seine Landkreise, kreisfreien Städte und Einheits- und Samtgemeinden ab dem Berichtsjahr 2007 publizierten Ergebnisse (siehe „Weiterführende Informationen") können von den Daten der „Amtlichen Sozialberichterstattung" auf Bundes- und Länderebene leicht abweichen: Um die Vergleichbarkeit der Werte für die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte mit den Ergebnissen für Einheits- und Samtgemeinden zu ermöglichen, werden die Daten nach dem Wohnort der Empfänger bzw. nach dem örtlichen Träger der Regelleistungen dargestellt.

Weiterführende Informationen:
Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Gemeindeebene sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 255 Soziale Mindestsicherung). Ausführliche Informationen werden im Rahmen des vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) finanzierten Projekts „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen" vom LSN zusammengestellt.
Methodische Erläuterungen und Ergebnisse für Bund und Länder erscheinen fortlaufend im jährlichen Bericht: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Soziale Mindestsicherung in Deutschland.

Erläuterungen

Am 31.12.2012 erhielten in Niedersachsen 695 394 Personen staatliche Transferleistungen der sozialen Mindestsicherung. Darunter waren 127 312 Ausländerinnen und Ausländer, ein Anteil von 18,3 Prozent. Nur in der Statistischen Region Hannover hatten mit 25,1 Prozent überdurchschnittlich viele Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen eine ausländische Staatsangehörigkeit.
Von 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern (Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987) erhielten in Niedersachsen 88 Personen finanzielle Leistungen. Unter der deutschen Bevölkerung lag diese Mindestsicherungsquote bei 77 Promille, von den Ausländerinnen und Ausländern war dagegen fast jede und jeder Vierte betroffen (227 Promille). Deutlich höher lag die Empfängerquote von Mindestsicherungsleistungen im Vergleich der Statistischen Regionen in der Statistischen Region Hannover (303 je 1 000 Ausländerinnen und Ausländer). In den Statischen Regionen Weser-Ems (180 Promille), Braunschweig (189 Promille) und Lüneburg (206 Promille) waren die Quoten unterdurchschnittlich.
Die höchsten Mindestsicherungsquoten traten 2012 in den kreisfreien Städten und Großstädten auf. „Bekämpfte Armut" betraf dort besonders die ausländische Bevölkerung: In Delmenhorst (464 Promille) wurde fast jede zweite ausländische Person unterstützt, in der kreisfreien Stadt Osnabrück lag die Quote bei 355 Promille, in Hannover bei 348 Promille und in Hildesheim bei 322 Promille. Hohe Quoten gab es außerdem im Umland von Hannover (299 Promille) und im Landkreis Celle (283 Promille), während vor allem viele Landkreise im Westen Quoten unter 200 Promille aufwiesen. Im Landkreis Emsland lag der Wert bei den Ausländerinnen und Ausländern mit 78 Promille sogar unter der landesweiten Empfängerquote der Gesamtbevölkerung.

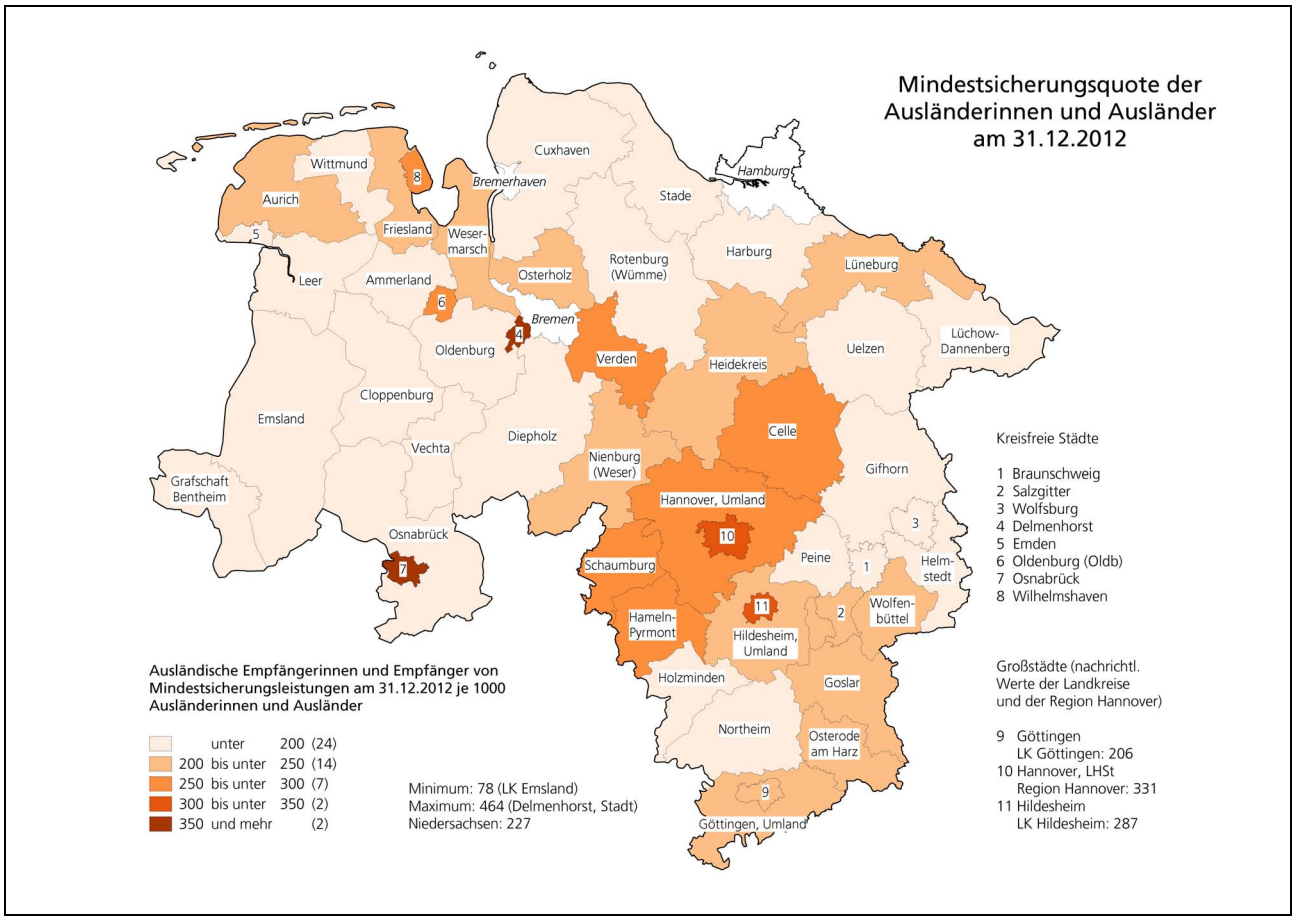
Indikator D 44

Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen[1)] am 31.12.2012 nach Nationalität und Kreisen

Land Statistische Region	Empfängerinnen und Empfänger			Empfängerquoten je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner der betreffenden Bevölkerungsgruppe[4)]		
	Insgesamt[2)]	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer[3)]	Insgesamt	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer[3)]
	Anzahl			Anzahl		
Niedersachsen	**695 394**	**568 060**	**127 312**	**88**	**77**	**227**
Stat. Region Braunschweig	144 692	121 860	22 831	90	82	189
Stat. Region Hannover	222 269	166 553	55 715	104	85	303
Stat. Region Lüneburg	130 040	111 469	18 564	77	70	206
Stat. Region Weser-Ems	198 393	168 178	30 202	80	73	180

1) SGB II + XII. SGB II: ALG II und Sozialgeld. Von der Bundesagentur für Arbeit wurde Mitte 2011 die SGB-II-Statistik revidiert, und zwar rückwirkend ab 2007. Es kann daher zu geringfügigen Abweichungen zu Veröffentlichungen der BA kommen. SGB XII: Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU, nach Wohnort); Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII nach Wohnort der Bedarfsgemeinschaft, in- und außerhalb von Einrichtungen; Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (örtliche Träger, nach Wohnort); ohne Kriegsopferfürsorge.
2) einschließlich "Keine Zuordnung möglich"
3) einschließlich "ohne Angabe", "ungeklärt", "staatenlos", "unbekanntes Ausland"
4) Auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung nach der Volkszählung 1987. Einwohnerzahlen nach Nationalität laut Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder



Indikator D 45

Quoten der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.2012 nach Nationalität, Altersgruppen und Kreisen

Definition des Indikators

Staatliche Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden zur Sicherung des Lebensunterhaltes gezahlt. Die Empfängerquote bzw. Mindestsicherungsquote beschreibt die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner (Promille) nach Nationalität, Altersgruppen und Kreisen. Sie ist ein Indikator für die „bekämpfte Armut" in der Gesellschaft.

Methodische Hinweise

Unter dem Begriff der staatlichen Mindestsicherungsleistungen werden im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Amtliche Sozialberichterstattung" folgende Hilfearten zusammengefasst: Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld), Sozialhilfe nach dem SGB XII (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Leistungen der Kriegsopferfürsorge (laufende Leistungen). Hier sind die Leistungen der Kriegsopferfürsorge nicht enthalten, da sie nicht regionalisierbar sind.
Die Daten liegen differenziert nach Geschlecht, Nationalität und Altersgruppen vor. Die für Niedersachsen und seine Landkreise, kreisfreien Städte und Einheits- und Samtgemeinden ab dem Berichtsjahr 2007 publizierten Ergebnisse (siehe „Weiterführende Informationen") können von den Daten der „Amtlichen Sozialberichterstattung" auf Bundes- und Länderebene leicht abweichen: Um die Vergleichbarkeit der Werte für die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte mit den Ergebnissen für Einheits- und Samtgemeinden zu ermöglichen, werden die Daten nach dem Wohnort der Empfänger bzw. nach dem örtlichen Träger der Regelleistungen dargestellt.

Weiterführende Informationen:
Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Gemeindeebene sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 255 Soziale Mindestsicherung). Ausführliche Informationen werden im Rahmen des vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) finanzierten Projekts „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen" vom LSN zusammengestellt.
Methodische Erläuterungen und Ergebnisse für Bund und Länder erscheinen fortlaufend im jährlichen Bericht: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Soziale Mindestsicherung in Deutschland.

Erläuterungen

Kinder und Jugendliche waren Ende 2012 in Niedersachsen am häufigsten von staatlichen Transferleistungen abhängig. Die Mindestsicherungsquote der unter 18-Jährigen lag bei 145 betroffenen Personen je 1 000 Kinder und Jugendliche (insgesamt: 194 500). Zum Vergleich: Die Quote der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren betrug 92 Promille, bei der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren waren es 28 Promille.
Die Empfängerquote der ausländischen Kinder und Jugendlichen bis unter 18 Jahren lag mit 446 Promille weit über der Quote der gleichaltrigen Deutschen von 129 Promille. Regional reichte die Spanne von 174 Promille im Landkreis Grafschaft Bentheim bis zu 769 Promille in der kreisfreien Stadt Delmenhorst. Es folgten bei Werten über 600 die kreisfreie Stadt Wilhelmshaven (621 Promille), die Landeshauptstadt Hannover (611 Promille) sowie die Landkreise Osterode am Harz (608 Promille) und Schaumburg (605 Promille). In der Statistischen Region Hannover (550 Promille) wurden für mehr als jede zweite ausländische Person unter 18 Jahren Leistungen zur Bekämpfung von Armut gezahlt. Mit Quoten unter 300 Promille waren in den westlichen Landkreisen Grafschaft Bentheim, Emsland, Leer, Osnabrück, Vechta und Rotenburg (Wümme) weit weniger junge Menschen betroffen.
Ähnlich strukturiert war die regionale Verteilung der Empfängerquoten der 18- bis unter 65-jährigen Nichtdeutschen (siehe Karte; landesweit 203 Promille). Hohe Werte zeichneten sich in der Küstenregion, in der Mitte des Landes und in einigen Städten ab, darunter mit Quoten über 300 Promille Delmenhorst, Osnabrück, Hildesheim und Hannover. Wolfsburg, Braunschweig und Emden verzeichneten im Vergleich der kreisfreien Städte und Großstädte für alle untersuchten Altersgruppen unterdurchschnittliche Quoten. Die Empfängerquote der älteren Ausländerinnen und Ausländer betrug 144 Promille. In Emden und im Landkreis Emsland war sie sogar niedriger als die der Deutschen.

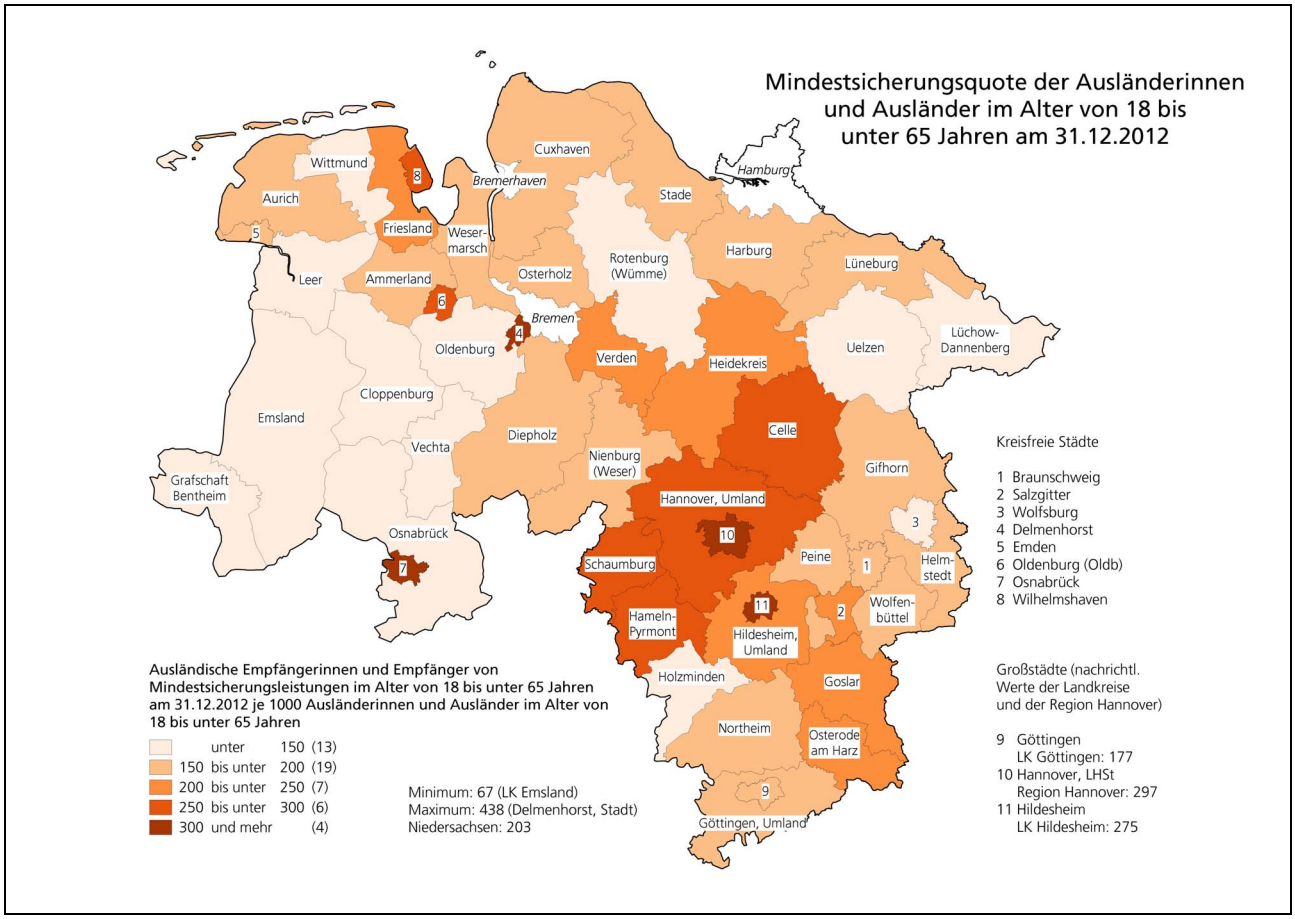
Indikator D 45

Quoten der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen[1)] am 31.12.2012 nach Nationalität, Altersgruppen und Kreisen

Land Statistische Region	Deutsche			Ausländerinnen und Ausländer[2)]		
	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter
	Anzahl je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner der betreffenden Bevölkerungsgruppe[3)]					
Niedersachsen	**129**	**82**	**24**	**446**	**203**	**144**
Stat. Region Braunschweig	140	89	23	415	173	89
Stat. Region Hannover	148	91	26	550	274	222
Stat. Region Lüneburg	115	74	21	429	184	93
Stat. Region Weser-Ems	117	75	25	360	158	114

1) SGB II + XII. SGB II: ALG II und Sozialgeld. Von der Bundesagentur für Arbeit wurde Mitte 2011 die SGB-II-Statistik revidiert, und zwar rückwirkend ab 2007. Es kann daher zu geringfügigen Abweichungen zu Veröffentlichungen der BA kommen. SGB XII: Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU, nach Wohnort); Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII nach Wohnort der Bedarfsgemeinschaft, in- und außerhalb von Einrichtungen; Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (örtliche Träger, nach Wohnort); ohne Kriegsopferfürsorge.
2) einschließlich "ohne Angabe", "ungeklärt", "staatenlos", "unbekanntes Ausland"
3) Auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung nach der Volkszählung 1987. Einwohnerzahlen nach Nationalität und Altersgruppen laut Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder



Indikator D 46

Empfängerquoten von Mindestsicherungsleistungen in Niedersachsen 2007 und 2012 nach Nationalität und Altersgruppen

Definition des Indikators

Staatliche Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden zur Sicherung des Lebensunterhaltes gezahlt. Die Empfängerquote bzw. Mindestsicherungsquote beschreibt die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner (Promille) nach Nationalität und Altersgruppen sowie im Zeitvergleich 2007 und 2012. Sie ist ein Indikator für die „bekämpfte Armut" in der Gesellschaft.

Methodische Hinweise

Unter dem Begriff der staatlichen Mindestsicherungsleistungen werden im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Amtliche Sozialberichterstattung" folgende Hilfearten zusammengefasst: Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld), Sozialhilfe nach dem SGB XII (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Leistungen der Kriegsopferfürsorge (laufende Leistungen). Hier sind die Leistungen der Kriegsopferfürsorge nicht enthalten, da sie nicht regionalisierbar sind. Die Daten liegen differenziert nach Geschlecht, Nationalität und Altersgruppen vor. Die für Niedersachsen und seine Landkreise, kreisfreien Städte und Einheits- und Samtgemeinden ab dem Berichtsjahr 2007 publizierten Ergebnisse (siehe „Weiterführende Informationen") können von den Daten der „Amtlichen Sozialberichterstattung" auf Bundes- und Länderebene leicht abweichen: Um die Vergleichbarkeit der Werte für die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte mit den Ergebnissen für Einheits- und Samtgemeinden zu ermöglichen, werden die Daten nach dem Wohnort der Empfänger bzw. nach dem örtlichen Träger der Regelleistungen dargestellt.

Weiterführende Informationen:
Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben für Niedersachsen auf Gemeindeebene sind verfügbar in der LSN-Online-Datenbank (Statistische Erhebung > 255 Soziale Mindestsicherung). Ausführliche Informationen werden im Rahmen des vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) finanzierten Projekts „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen" vom LSN zusammengestellt.
Methodische Erläuterungen und Ergebnisse für Bund und Länder erscheinen fortlaufend im jährlichen Bericht: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Soziale Mindestsicherung in Deutschland.

Erläuterungen

Die Empfängerquoten von Mindestsicherungsleistungen stellen sich regional sowie differenziert nach Nationalität und Altersgruppen sehr unterschiedlich dar (vgl. Indikatoren D 44 und D 45). Zusätzlich kann anhand eines Vergleichs zwischen den Berichtsjahren 2007 und 2012 (siehe „Methodische Hinweise") die Entwicklung der sozialen Mindestsicherung in der Gesellschaft beschrieben werden.

Die Mindestsicherungsquoten der Deutschen und der Ausländerinnen und Ausländer (insgesamt und unterschieden nach drei Altersgruppen) verringerten sich in Niedersachsen zwischen 2007 und 2012. Einzig die Quote bei den Deutschen über 65 Jahren stieg leicht von 21 auf 24 Promille an. Größere Veränderungen verzeichnete vor allem die nichtdeutsche Bevölkerung: Während die Quote der Deutschen von 87 auf 77 Promille zurückging, reduzierte sich der Wert der Ausländerinnen und Ausländer deutlicher von 263 auf 227 Promille. Die größte absolute Veränderung zeigte sich jeweils bei den Kindern und Jugendlichen: Für die unter 18-jährigen ausländischen Personen betrug 2012 die Empfängerquote von Mindestsicherungsleitungen 446 Promille, fünf Jahre zuvor waren es noch 484 Promille gewesen.

Hinsichtlich der „bekämpften Armut" verbesserte sich die Situation der betrachteten Gruppen zwischen 2007 und 2012 in Niedersachsen. Das Ausmaß der Betroffenheit von staatlichen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherung bei Ausländerinnen und Ausländern näherte sich der Lage der Deutschen zwar geringfügig an – die Mindestsicherungsquoten lagen dabei aber Ende 2012 nach wie vor auf einem hohen Niveau. In Bezug auf alle Einwohnerinnen und Einwohner der betreffenden Bevölkerungsgruppe erhielten Ausländerinnen und Ausländer überdurchschnittlich oft finanzielle Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhalts.

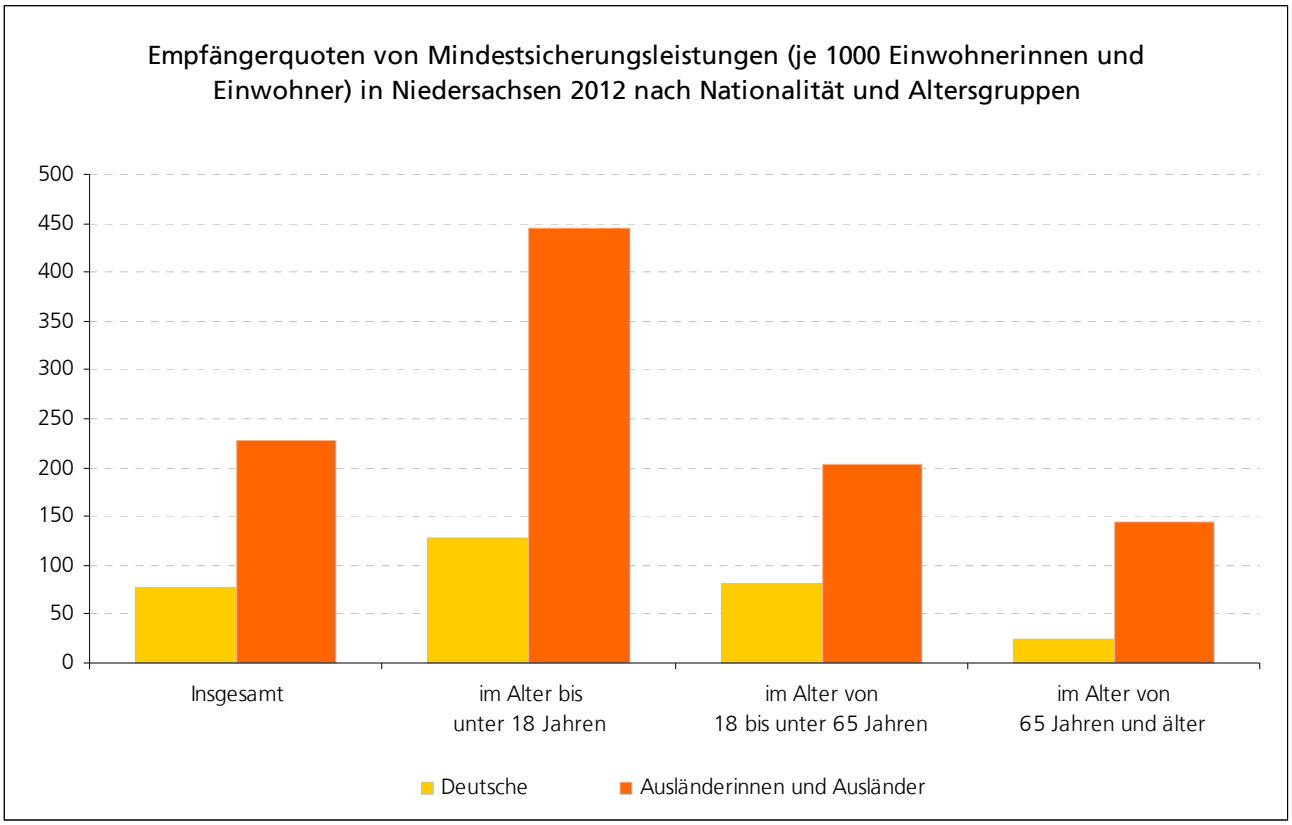
Indikator D 46

Empfängerquoten von Mindestsicherungsleistungen[1)] in Niedersachsen 2007 und 2012 nach Nationalität und Altersgruppen

Deutsche				Ausländerinnen und Ausländer[2)]			
Insgesamt	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter	Insgesamt	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter
je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Bevölkerungsgruppe							
2007							
87	145	93	21	263	484	228	147
2012[3)]							
77	129	82	24	227	446	203	144

1) Je 1000 Einwohner der betreffenden Bevölkerungsgruppe. SGB II + XII. SGB II: ALG II und Sozialgeld. Von der Bundesagentur für Arbeit wurde Mitte 2011 die SGB-II-Statistik revidiert, und zwar rückwirkend ab 2007. Es kann daher zu geringfügigen Abweichungen zu Veröffentlichungen der BA kommen. SGB XII: Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU, nach Wohnort); Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII nach Wohnort der Bedarfsgemeinschaft, in- und außerhalb von Einrichtungen; Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (örtliche Träger, nach Wohnort); ohne Kriegsopferfürsorge.
2) einschließlich "ohne Angabe", "ungeklärt", "staatenlos", "unbekanntes Ausland"
3) Auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung nach der Volkszählung 1987. Einwohnerzahlen nach Nationalität und Altersgruppen laut Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Quelle: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder



Indikator D 47

Wohnfläche und Miete 2010 nach Zuwanderungsgeschichte

Definition des Indikators

Der Indikator stellt Kennzahlen zur Wohnsituation der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungsgeschichte dar. Die Wohnfläche wird als mittlere Wohnungsgröße je Person in Quadratmetern (m²) angegeben. Die mittlere Bruttokaltmiete pro Quadratmeter in Euro gibt Aufschluss über die Mietbelastung der Bevölkerungsgruppen. Die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte werden zusätzlich unterschieden in Personen mit eigener Migrationserfahrung (Zugewanderte) und ohne eigene Migrationserfahrung (in Deutschland Geborene). Die Miete als monatliche Fixkosten und die zur Verfügung stehende Wohnfläche beschreiben grundlegende Bedingungen des täglichen Lebens.

Methodische Hinweise

Neben den Merkmalen der Grunderhebung des Mikrozensus wurden die Haushalte im Jahr 2010 auch nach ihrer Wohnsituation befragt. Diese Zusatzerhebung erfolgt im Abstand von vier Jahren. Aus ihr können auch die Merkmale Wohnfläche und Miete gewonnen werden.

Unter der Fläche der Wohnung (Wohnfläche) ist die Summe der Grundflächen aller Räume einschließlich Küche, Flur, Badezimmer und Toilette einer Wohnung zu verstehen. Zur Wohnung zählen auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende Räume (z.B. Mansarden).

Die Bruttokaltmiete setzt sich aus der Nettokaltmiete und den kalten Nebenkosten zusammen. Unter der Nettokaltmiete wird der monatliche Betrag verstanden, der mit dem Vermieter als Entgelt für die Überlassung der ganzen Wohnung zum Zeitpunkt der Zählung vereinbart war. Dabei ist es gleichgültig, ob die Miete tatsächlich gezahlt wurde. Als kalte Nebenkosten werden die monatlich aufzuwendenden Betriebskosten bezeichnet. Im Mikrozensus 2010 werden erstmalig auch kalte Nebenkosten erfasst, die nicht an den Vermieter bezahlt werden. Kosten bzw. Umlagen für den Betrieb einer Heizungs- und Warmwasserversorgungsanlage, Strom, Gas, flüssige und feste Brennstoffe, Fernwärme etc. zählen nicht zur Bruttokaltmiete.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden in: Statistisches Bundesamt: Fachserie 5 Heft 1, Bauen und Wohnen, Mikrozensus – Zusatzerhebung 2010, Bestand und Struktur der Wohneinheiten, Wohnsituation der Haushalte (erscheint alle vier Jahre).

Erläuterungen

Die niedersächsische Bevölkerung lebte 2010 auf einer Wohnfläche von durchschnittlich 49,1 Quadratmetern je Person bei einer durchschnittlichen Bruttokaltmiete von 6,04 Euro pro Quadratmeter. Die zur Verfügung stehende Wohnfläche der Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte war um 3,0 Quadratmeter größer (52,1 Quadratmeter) und die Miete im Durchschnitt geringer (5,96 Euro). Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zahlten 0,23 Euro je Quadratmeter mehr (6,27 Euro). Gleichzeitig wohnte eine Person mit Zuwanderungsgeschichte auf nur 34,7 Quadratmetern. Das waren 14,4 Quadratmeter weniger gegenüber der durchschnittlichen Fläche. Untergliedert nach der Migrationserfahrung stellt sich die geringste Wohnfläche für die in Deutschland geborenen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte heraus: Sie lag bei 28,5 Quadratmetern (Miete: 6,17 Euro). Die mittlere Wohnungsgröße je zugewanderter Person (eigene Migrationserfahrung) betrug 37,5 Quadratmeter (Miete: 6,31 Euro).

Wie die vorangegangenen Indikatoren bereits gezeigt haben, lebt die Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte vor allem in den Städten und im städtischen Umland. Dass dieser Bevölkerungsgruppe weniger Wohnraum bei höheren Mieten zur Verfügung steht, dürfte im Zusammenhang mit dem teureren städtischen Wohnraum stehen. Die Bevölkerung im ländlichen Raum wohnt zudem vermehrt im eigenen Eigentum.

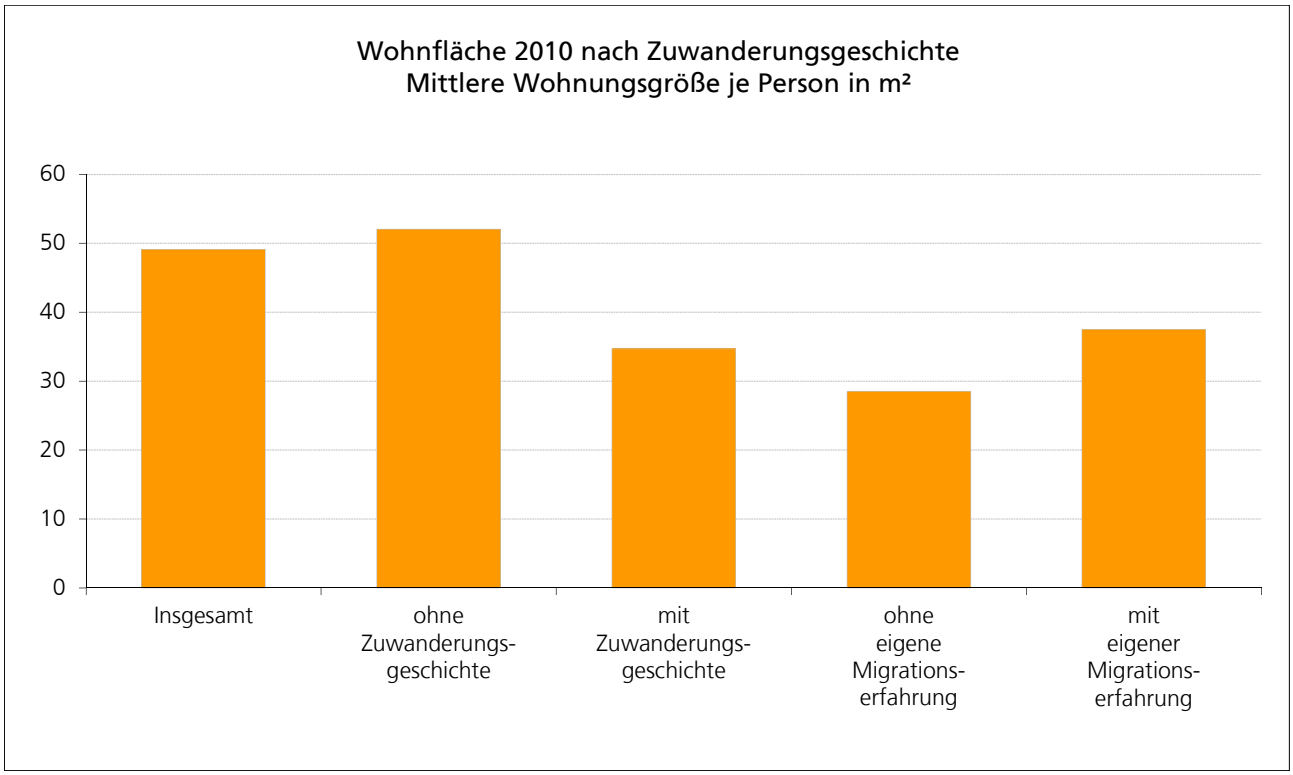
Indikator D 47

Wohnfläche und Miete 2010 nach Zuwanderungsgeschichte

Merkmal	Einheit	Personen insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	davon ohne eigener Migrationserfahrung	davon mit eigener Migrationserfahrung
Wohnfläche[1)]	m²	49,1	52,1	34,7	28,5	37,5
Bruttokaltmiete[2)]	€	6,04 €	5,96 €	6,27 €	6,17 €	6,31 €

1) mittlere Wohnungsgröße je Person
2) mittlere Bruttokaltmiete pro m²

Quelle: Mikrozensus



Indikator D 48

Anerkennungsverfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz 2012 nach Geschlecht und Berufshauptgruppen

Definition des Indikators

Der Indikator gibt die Gesamtzahl der in Niedersachsen 2012 durchgeführten Anerkennungsverfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) sowie die Zahl der davon abgeschlossenen Verfahren nach der getroffenen Entscheidung an. Separat ausgewiesen werden Verfahren in der Berufshauptgruppe der medizinischen Gesundheitsberufe, da diese im Jahr 2012 den überwiegenden Teil der Verfahren darstellten.

Methodische Hinweise

Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz regelt seit dem 1. April 2012 das Verfahren zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen in Deutschland. In diesem Zuge wurde erstmals ein allgemeiner rechtlicher Anspruch auf ein berufliches Anerkennungsverfahren für alle Ausländerinnen und Ausländer formuliert. Ein solcher bestand für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten (Nicht-EU-Staaten) bislang nicht. Dieser Personenkreis kann seither im Ausland erworbene Ausbildungsnachweise auf Gleichwertigkeit prüfen lassen. Für Bürgerinnen und Bürger aus EU-Staaten gilt zudem die sogenannte EU-Berufsanerkennungsrichtlinie, die für bestimmte, reglementierte Berufe (u.a. Krankenpfleger, Hebammen, Architekten) aufgrund einheitlicher Ausbildungsstandards eine automatische Anerkennung der Berufsqualifikation vorsieht. In den übrigen reglementierten Berufsfeldern ist ein Anerkennungsverfahren obligatorisch.
Für die Prüfung von Qualifikationen in Berufsfeldern, die im niedersächsischen Landesrecht geregelt sind, gilt seit dem 19.12.2012 das Niedersächsische Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (NBQFG). Zu dessen Anwendung lagen zum Redaktionsschluss jedoch noch keine Daten vor.

Da das BQFG erst vor kurzem in Kraft getreten ist und erstmals diesbezügliche Daten vorliegen, mangelt es an einer Vergleichsgrundlage. Aus diesem Grund kann die Qualität der hier dargestellten Daten zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abschließend eingeschätzt werden und steht unter einem gewissen Vorbehalt.

Weiterführende Informationen:

Die Tabelle ist im Excel-Format verfügbar unter www.ms.niedersachsen.de. Angaben zu abgeschlossenen Verfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) auf Bundesebene sind auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes im Bereich berufliche Bildung verfügbar.

Erläuterungen

Im Jahr 2012 gab es in Niedersachsen insgesamt 663 Anerkennungsverfahren nach dem BQFG, wovon bis Jahresende 561 abgeschlossen waren. In insgesamt 456 Verfahren (81,3 Prozent) wurde von den zuständigen Stellen positiv entschieden, d.h. die jeweilige Qualifikation wurde als gleichwertig mit einer in Deutschland erworbenen Qualifikation eingestuft. Lediglich in 42 Fällen (7,5 Prozent) fiel die Entscheidung negativ aus. Bei 63 Personen (11,2 Prozent) wurde eingeschränkt positiv entschieden, was bedeutet, dass aufgrund von Qualifikationsunterschieden eine Ausgleichsmaßnahme (höchstens dreijähriger Anpassungslehrgang oder Ablegen einer Eignungsprüfung) für notwendig erachtet wurde.

Auffällig ist, dass 78,3 Prozent der Anerkennungsverfahren (519 Verfahren) sich auf Qualifikationen im Bereich der medizinischen Gesundheitsberufe bezogen. Hier wurde 2012 in 82,8 Prozent (390 Entscheidungen) der insgesamt 471 abgeschlossenen Verfahren auf volle Gleichwertigkeit entschieden. Diese Dominanz der Medizinischen Gesundheitsberufe im Anerkennungsverfahren fand sich auch auf Bundesebene wieder. Hier entfielen 2012 von insgesamt 7 980 Verfahren 7 071 (88,6 Prozent) auf diese Berufshauptgruppe.
Frauen waren in den Anerkennungsverfahren in Niedersachsen mit 60,6 Prozent stärker vertreten als Männer. Bei Ihnen wurde im Vergleich zu den Männern deutlich häufiger negativ (8,8 Prozent gegenüber 5,4 Prozent bei Männern) oder positiv mit Einschränkungen (16,8 Prozent gegenüber 2,7 Prozent) entschieden.

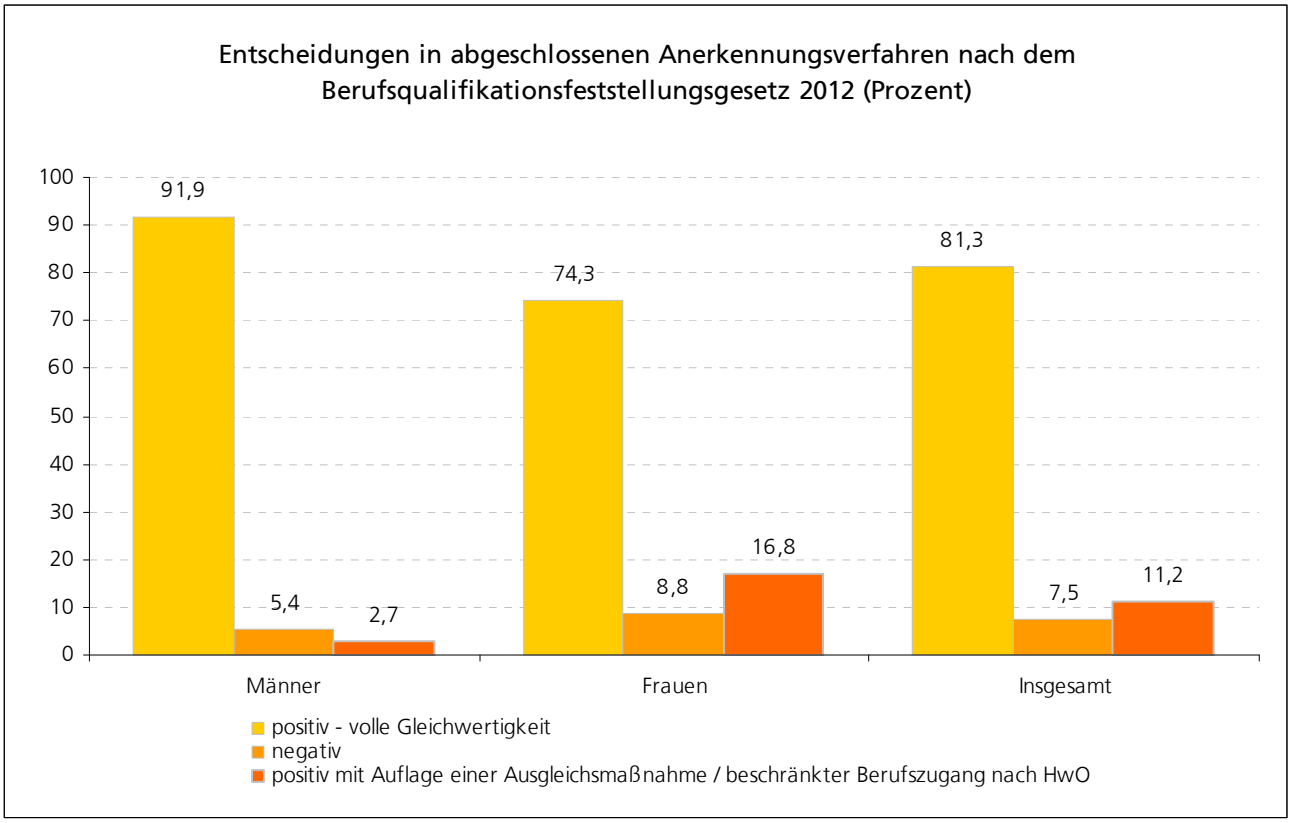
Indikator D 48

Anerkennungsverfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz 2012 nach Geschlecht und Berufshauptgruppen

Geschlecht / Berufshauptgruppe	Insgesamt	abgeschlossene Verfahren	davon nach Entscheidung vor Rechtsbehelf			noch keine Entscheidung
			positiv - volle Gleichwertigkeit	negativ	positiv mit Auflage einer Ausgleichsmaßnahme / beschränkter Berufszugang nach HwO	
	Anzahl[1)]					
Männer	261	222	204	12	6	39
Frauen	402	339	252	30	57	63
insgesamt	**663**	**561**	**456**	**42**	**63**	**102**
darunter medizinische Gesundheitsberufe						
Männer	189	180	171	3	6	12
Frauen	327	291	219	18	57	36
Insgesamt	**519**	**471**	**390**	**18**	**63**	**48**

1) Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, IT.NRW; Berichtszeitraum: 1. April bis 31. Dezember 2012



Zusatzkapitel

Migration, Qualifikation und Beschäftigung: Ursachen und Zusammenhänge

Ziel dieses Abschnittes ist es, anhand von Kombinationen jeweils mehrerer Indikatoren Aussagen abzuleiten über mögliche Zusammenhänge zwischen der schulischen bzw. beruflichen Qualifikation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und ihrer Beteiligung am Erwerbsleben. Dabei stehen Fragen im Vordergrund wie die nach der Entwicklung der Erwerbstätigenquote mit steigender schulischer bzw. beruflicher Qualifikation. In welchen Wirtschaftsbereichen arbeiten erwerbstätige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (siehe auch Indikator C 36 in diesem Bericht) und gibt es Auffälligkeiten beim Vergleich mit der Bevölkerungsgruppe ohne Zuwanderungsgeschichte? Abschließend wird der Anteil der Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Transferleistungen finanzieren, ins Verhältnis zum beruflichen Qualifikationsniveau gesetzt.

Vorab ist zu betonen, dass die im Folgenden angestellten Ausführungen und Interpretationen lediglich Auskunft über statistisch beobachtete Ursachen und Zusammenhänge geben. Es ist selbstverständlich durchaus möglich, dass weitere, an dieser Stelle nicht betrachtete Faktoren eine kausale Rolle spielen.

1. Schulische Qualifikation und Beteiligung am Erwerbsleben

Tabelle 1 kombiniert die schulische Qualifikation – gemessen anhand des höchsten allgemein bildenden Schulabschlusses – mit den Merkmalen Migrationshintergrund und Nationalität und bildet jeweils die Erwerbsquote, die Erwerbstätigenquote und den Erwerbslosenanteil der 15- bis unter 65-Jährigen ab.

Es ist deutlich erkennbar, dass der Anteil der Erwerbslosen sowohl innerhalb der Gesamtbevölkerung und der Gruppe ohne Zuwanderungsgeschichte als auch unter den Personen mit Zuwanderungsgeschichte mit steigendem Niveau der schulischen Bildung zurückgeht. So waren 9,0 Prozent der Bevölkerung 2012 ohne allgemein bildenden Schulabschluss erwerbslos, bei den Personen mit (Fach-)Hochschulreife waren es lediglich 2,6 Prozent. Insgesamt ergab sich ein Erwerbslosenanteil von 3,8 Prozent. Bei der Bevölkerungsgruppe mit Zuwanderungsgeschichte lag der Erwerbslosenanteil auf allen Qualifikationsniveaus teils deutlich über dem der Gesamtbevölkerung. Am geringsten war der Unterschied noch bei den Personen ohne Schulabschluss (9,6 Prozent Erwerbslosenanteil, +0,6 Prozentpunkte), bei den übrigen Qualifikationsstufen zeigten sich hingegen Differenzen von mehr als 2 Prozentpunkten. Am größten war der Unterschied bei den Personen mit Realschulabschluss (6,2 Prozent Erwerbslosenanteil, +2,6 Prozentpunkte). Insgesamt ergab sich ein Erwerbslosenanteil von 6,3 Prozent, was um 2,5 Prozentpunkte über dem Wert der Gesamtbevölkerung lag.

Die Differenzierung der Personen mit Zuwanderungsgeschichte nach Nationalität zeigt abermals höhere Erwerbslosenanteile bei der Untergruppe der Ausländerinnen und Ausländer. Überdurchschnittlich hoch waren die Werte hier bei Personen mit Haupt- oder Realschulabschluss (9,1 bzw. 7,3 Prozent Erwerbslosenanteil). Beide Werte lagen um 3,7 Prozentpunkte über den Anteilen an der Gesamtbevölkerung. Mit 7,5 Prozent war der Erwerbslosenanteil bei den Ausländerinnen und Ausländern insgesamt knapp doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Deutlich geringer, wenngleich nach wie vor überdurchschnittlich, fielen die Erwerbslosenanteile bei den Deutschen mit Zuwanderungsgeschichte aus (insgesamt 5,3 Prozent Erwerbslosenanteil).

Die Zahlen zum Erwerbsverhalten lassen deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen. In allen betrachteten Bevölkerungsgruppen sowie auf allen schulischen Qualifikationsstufen lagen die Erwerbslosenanteile der Frauen 2012 unterhalb derer der Männer. Insgesamt waren 4,4 Prozent der Männer und 3,3 Prozent der Frauen erwerbslos. Noch deutlicher war der Unterschied bei der Personengruppe mit Zuwanderungsgeschichte mit 2,7 Prozentpunkten (Männer: 7,6 Prozent, Frauen: 4,9 Prozent) sowie unter den Ausländerinnen und Ausländern mit 4,0 Prozentpunkten (Männer: 9,5 Prozent, Frauen: 5,5 Prozent). Vor allem beim Blick auf die Werte für die Gesamtbevölkerung lässt sich gut erkennen: Die Differenz zwischen den Erwerbslosenanteilen der Männer und der Frauen geht bei steigender schulischer Qualifikation deutlich zurück. Bei den Personen mit (Fach-)Hochschulreife war sie in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen am niedrigsten und betrug in der Gesamtbevölkerung lediglich noch 0,5 Prozentpunkte (Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte: 0,6 Prozentpunkte, mit Zuwanderungsgeschichte: 0,4 Prozentpunkte).

Als Ursache für die vergleichsweise niedrigen Erwerbslosenanteile der Frauen lässt sich vor allem die nach wie vor geringere Erwerbsbeteiligung im Vergleich zur männlichen Bevölkerung ausmachen. Die Erwerbsquote, die sich als Summe aus der Erwerbstätigenquote und dem Erwerbslosenanteil zusammensetzt, liegt bei den Frauen trotz einer deutlichen Zunahme in den vergangenen Jahren nach wie vor traditionell niedriger als bei den Männern, 2012 betrug sie 70,4 Prozent (Männer: 81,4 Prozent). Bei den übrigen 29,6 Prozent der weiblichen Bevölkerung handelte es sich um Nichterwerbspersonen, d.h. um Personen, die keine – auch keine geringfügige – auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausübten oder suchten[1]. Besonders hoch war 2012 der Anteil der weiblichen Nichterwerbspersonen unter jenen ohne einen allgemein bildenden Abschluss oder mit einem Hauptschulabschluss. Entsprechend gering fielen hier die Erwerbsquoten aus (41,0 bzw. 64,4 Prozent) und mit ihnen auch die Erwerbslosenanteile. Daraus folgte, dass im Bereich der unteren Qualifikationsniveaus die Unterschiede zu den Erwerbslosenanteilen unter den Männern besonders hoch ausfielen. Vereinfacht könnte man die Erklärung für diese Unterschiede wie folgt formulieren: *Wer keine Erwerbsarbeit sucht, kann auch nicht erwerbslos werden.*

Ursächlich für die hohe Zahl weiblicher Nichterwerbspersonen dürfte neben dem Fortbestand traditioneller Familienmuster mit einem männlichen Alleinverdiener auch die nicht näher quantifizierbare Gruppe von Frauen sein, die sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und nun einen Teil der sogenannten Stillen Reserve bilden. Dieser Begriff bezeichnet in der Arbeitsmarktforschung die Gruppe jener Nichterwerbspersonen, die unter bestimmten Voraussetzungen durchaus bereit wären, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, jedoch nicht aktiv auf der Suche nach einer solchen sind.[2]

Mit steigendem Qualifikationsniveau ist bei den Frauen wiederum eine Zunahme der Erwerbsquote zu beobachten (79,2 Prozent bei den Frauen mit (Fach-) Hochschulreife) sowie Erwerbslosenanteile, die nur noch geringfügig von denen der männlichen Bevölkerung abweichen.

Der beschriebene Zusammenhang zwischen niedrigen Erwerbsquoten und folglich niedrigen Erwerbslosenanteilen gilt in besonderem Maße für die Frauen mit Zuwanderungsgeschichte und darunter für die Ausländerinnen. Hier fielen die Erwerbsquoten 2012 mit 60,9 bzw. 53,8 Prozent besonders gering aus, was auf eine stärkere

[1] Vgl. Definition des Statistischen Bundesamtes, im Internet verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Begriffserlaeuterungen/Nichterwerbspersonen.html

[2] Dies umfasst v.a. die Nichtmeldung der eigenen Arbeitslosigkeit bei der Agentur für Arbeit.

Präsenz klassischer Familienmuster beziehungsweise auf eine häufigeren Übergang aus dem Arbeitsmarkt in die Stille Reserve hindeutet.

Tabelle 1: Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote und Erwerbslosenanteil der 15- bis unter 65-Jährigen 2012 nach höchstem Schulabschluss, Migrationshintergrund und Geschlecht

Geschlecht / Höchster Schulabschluss	Insgesamt			Bevölkerung ohne Migrationshintergrund			Bevölkerung mit Migrationshintergrund		
	Erwerbsquote	Erwerbstätigen-quote	Erwerbslosen-anteil	Erwerbsquote	Erwerbstätigen-quote	Erwerbslosen-anteil	Erwerbsquote	Erwerbstätigen-quote	Erwerbslosen-anteil
	Prozent								
Insgesamt									
Ohne Abschluss	52,8	43,7	9,0	55,5	47,2	(8,4)	50,2	40,6	(9,6)
Hauptschulabschluss	74,8	69,4	5,4	74,3	69,5	4,9	76,9	68,9	7,9
Realschulabschluss	85,3	81,7	3,6	86,0	83,0	3,1	81,4	75,1	6,2
(Fach-)Hochschulreife	82,8	80,2	2,6	84,5	82,3	2,1	74,4	69,5	4,9
Insgesamt[1)]	76,0	72,1	3,8	77,4	74,1	3,3	69,5	63,3	6,3
Männer									
Ohne Abschluss	64,3	52,6	11,7	60,4	51,0	/	68,9	54,4	(14,5)
Hauptschulabschluss	83,0	77,0	6,0	82,4	77,1	5,3	86,1	76,7	9,4
Realschulabschluss	91,2	87,2	4,0	91,8	88,7	3,2	88,3	80,4	7,8
(Fach-)Hochschulreife	86,1	83,3	2,8	87,0	84,5	2,4	81,4	76,3	(5,1)
Insgesamt[1)]	81,4	77,0	4,4	82,2	78,5	3,6	78,0	70,4	7,6
Frauen									
Ohne Abschluss	41,0	34,7	(6,3)	49,3	42,2	/	35,0	29,3	/
Hauptschulabschluss	64,4	59,8	4,6	64,3	60,0	4,3	65,0	59,0	(6,0)
Realschulabschluss	80,4	77,2	3,2	81,4	78,4	3,0	74,3	69,7	(4,6)
(Fach-)Hochschulreife	79,2	76,8	2,3	81,7	79,9	1,8	68,4	63,7	(4,7)
Insgesamt[1)]	70,4	67,1	3,3	72,6	69,6	2,9	60,9	56,0	4,9

Geschlecht / Höchster Schulabschluss	Bevölkerung mit Migrationshintergrund								
	Insgesamt			Ausländerinnen und Ausländer			Deutsche mit Migrationshintergrund		
	Erwerbsquote	Erwerbstätigen-quote	Erwerbslosen-anteil	Erwerbsquote	Erwerbstätigen-quote	Erwerbslosen-anteil	Erwerbsquote	Erwerbstätigen-quote	Erwerbslosen-anteil
	Prozent								
Insgesamt									
Ohne Abschluss	50,2	40,6	(9,6)	50,6	40,4	(10,3)	48,9	41,0	/
Hauptschulabschluss	76,9	68,9	7,9	76,3	67,2	9,1	77,3	70,4	(6,9)
Realschulabschluss	81,4	75,1	6,2	75,8	68,4	(7,3)	84,1	78,4	5,7
(Fach-)Hochschulreife	74,4	69,5	4,9	70,8	65,3	(5,5)	77,9	73,5	(4,4)
Insgesamt[1)]	69,5	63,3	6,3	66,7	59,2	7,5	71,8	66,5	5,3
Männer									
Ohne Abschluss	68,9	54,4	(14,5)	72,5	56,3	/	(60,4)	(50,0)	/
Hauptschulabschluss	86,1	76,7	9,4	88,6	78,1	(10,5)	83,9	75,4	(8,4)
Realschulabschluss	88,3	80,4	7,8	85,5	75,2	/	89,7	83,1	(6,6)
(Fach-)Hochschulreife	81,4	76,3	(5,1)	80,4	74,2	/	82,5	78,4	/
Insgesamt[1)]	78,0	70,4	7,6	79,3	69,8	9,5	77,0	70,8	6,1
Frauen									
Ohne Abschluss	35,0	29,3	/	33,9	28,1	/	(38,3)	/	/
Hauptschulabschluss	65,0	59,0	(6,0)	59,7	52,5	/	69,2	64,1	/
Realschulabschluss	74,3	69,7	(4,6)	65,4	61,2	/	78,5	73,7	/
(Fach-)Hochschulreife	68,4	63,7	(4,7)	62,0	57,1	/	74,2	69,6	/
Insgesamt[1)]	60,9	56,0	4,9	53,8	48,3	5,5	66,6	62,2	4,5

1) einschließlich "Ohne Angabe", "Ohne Angabe zur Art des Schulabschlusses" sowie "Schüler an allgemein bildenden Schulen"

Quelle: Mikrozensus

2. Berufliche Qualifikation und Beteiligung am Erwerbsleben

Tabelle 2 kombiniert die berufliche Qualifikation – gemessen anhand des höchsten beruflichen Abschlusses – mit den Merkmalen Migrationshintergrund und Nationalität und bildet jeweils die Erwerbsquote, die Erwerbstätigenquote und den Erwerbslosenanteil der 25- bis unter 65-Jährigen ab. Die Altersgrenzen wurden abweichend von Tabelle 1 festgelegt, da berufliche Abschlüsse später erworben werden und es daher zu Verzerrungen hätte

kommen können. Um Fallzahlprobleme zu vermeiden, wurden die unterschiedlichen beruflichen Bildungsabschlüsse in den Kategorien „ohne Abschluss", „abgeschlossene Berufsausbildung" und „tertiärer Abschluss" zusammengefasst. Personen, die eine Anlernausbildung, das Berufsvorbereitungsjahr oder ein berufliches Praktikum abgeschlossen haben, werden als Personen ohne beruflichen Abschluss geführt (vgl. hierzu auch Indikator B 32 in diesem Bericht).

Wie bereits bei der Betrachtung der schulischen Bildung, so ist auch bei den beruflichen Abschlüssen deutlich zu erkennen, dass der Anteil der Erwerbslosen in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen mit ansteigendem Niveau der beruflichen Bildung zurückgeht. Während 7,9 Prozent der Bevölkerung 2012 ohne einen berufsbildenden Abschluss erwerbslos waren, betrug diese Quote bei den Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung lediglich 3,4 Prozent und bei den Personen mit tertiärem Abschluss nur 2,1 Prozent. Insgesamt ergab sich ein Erwerbslosenanteil von 3,8 Prozent. Auch hier gilt wieder: Bei der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte und darunter v.a. bei den Ausländerinnen und Ausländern waren durchweg höhere Erwerbslosenanteile zu beobachten. Am deutlichsten war der Unterschied jeweils bei der Gruppe mit abgeschlossener Berufsausbildung. Hier lag der Erwerbslosenanteil bei der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte bei 5,9 Prozent (+2,9 Prozentpunkte gegenüber der Quote Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte) und bei den Ausländerinnen und Ausländern bei 7,6 Prozent (+4,6 Prozentpunkte). Insgesamt betrug der Erwerbslosenanteil bei den 25- bis unter 65-Jährigen Personen mit Zuwanderungsgeschichte 6,6 Prozent (+3,4 Prozentpunkte gegenüber der Quote der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte) und bei den Ausländerinnen und Ausländern 7,9 Prozent (+4,7 Prozentpunkte). Personen mit Zuwanderungsgeschichte und darunter verstärkt die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer waren in den betrachteten Altersgruppen demnach mehr als doppelt so häufig erwerbslos wie Personen ohne Zuwanderungsgeschichte, wo der Erwerbslosenanteil nur 3,2 Prozent betrug.

Beim Blick auf die Erwerbsquoten lässt sich abermals erkennen, dass die Erwerbsbeteiligung grundsätzlich mit steigendem Niveau der beruflichen Bildung zunimmt. Auffällig ist jedoch, dass dieser Zusammenhang bei den Männern und Frauen mit Zuwanderungsgeschichte bzw. bei differenzierterer Betrachtung bei den Ausländerinnen und Ausländern nur eingeschränkt gilt. Hier sind bei den Frauen und Männern mit tertiärem Abschluss geringere Erwerbsquoten zu beobachten als bei jenen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Dies könnte auf Probleme beim Zugang zum Arbeitsmarkt, etwa aufgrund einer fehlenden Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen oder aufgrund unzureichender deutscher Sprachkenntnisse hinweisen. An dieser Stelle ist auch anzumerken, dass für die Gruppe der Personen, die sich aus humanitären Gründen in Niedersachsen aufhält (v.a. Flüchtlinge, Asylberechtigte und Geduldete) Beschränkungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt gelten (vgl. Indikator A 6 in diesem Bericht).

Aus Tabelle 2 geht wie bereits aus Tabelle 1 hervor, dass Unterschiede beim Umfang der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen bestehen, die mit steigendem Niveau der beruflichen Bildung geringer werden und bei der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte bzw. ausländischer Nationalität besonders stark ausgeprägt sind. So lag die Erwerbsquote der 25- bis unter 65-Jährigen Ausländerinnen 2012 mit 57,8 Prozent um fast 30 Prozentpunkte unterhalb derer der Ausländer (85,8 Prozent). In der Gesamtbevölkerung betrug diese Differenz „nur" 12,4 Prozentpunkte (Frauen: 75,6 Prozent, Männer: 88,0 Prozent). Bereiche mit einer niedrigen weiblichen Erwerbsquote korrespondieren abermals mit einem ebenfalls niedrigen weiblichen Erwerbslosenanteil.

Tabelle 2: Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote und Erwerbslosenanteil der 25- bis unter 65-Jährigen 2012 nach höchstem beruflichen Abschluss, Migrationshintergrund und Geschlecht

Geschlecht / Höchster beruflicher Abschluss	Insgesamt			Bevölkerung ohne Migrationshintergrund			Bevölkerung mit Migrationshintergrund		
	Erwerbsquote	Erwerbstätigenquote	Erwerbslosenanteil	Erwerbsquote	Erwerbstätigenquote	Erwerbslosenanteil	Erwerbsquote	Erwerbstätigenquote	Erwerbslosenanteil
	Prozent								
Insgesamt									
Ohne Abschluss[1)]	65,8	57,9	7,9	65,9	58,8	7,2	65,7	56,6	9,1
Abgeschlossene Berufsausbildung	83,3	79,9	3,4	83,1	80,1	3,0	84,5	78,5	5,9
Tertiärer Abschluss	89,9	87,8	2,1	91,3	89,4	1,9	81,1	77,5	(3,6)
Insgesamt[2)]	81,9	78,0	3,8	82,9	79,7	3,2	76,9	70,3	6,6
Männer									
Ohne Abschluss[1)]	76,4	65,6	10,8	73,0	63,3	9,7	81,2	68,8	12,4
Abgeschlossene Berufsausbildung	88,8	84,8	4,0	88,5	85,1	3,4	90,8	83,3	7,4
Tertiärer Abschluss	92,9	90,9	2,0	93,4	91,6	(1,9)	(88,9)	85,5	/
Insgesamt[2)]	88,0	83,6	4,4	88,1	84,5	3,6	87,3	79,0	8,3
Frauen									
Ohne Abschluss[1)]	57,7	51,9	5,7	60,7	55,4	5,3	52,8	46,4	(6,4)
Abgeschlossene Berufsausbildung	77,9	75,1	2,8	78,0	75,4	2,6	77,2	73,0	(4,2)
Tertiärer Abschluss	85,9	83,7	(2,2)	88,3	86,4	(1,9)	74,0	70,2	/
Insgesamt[2)]	75,6	72,4	3,2	77,6	74,7	2,9	66,7	61,7	5,0

Geschlecht / Höchster Schulabschluss	Bevölkerung mit Migrationshintergrund								
	Insgesamt			Ausländerinnen und Ausländer			Deutsche mit Migrationshintergrund		
	Erwerbsquote	Erwerbstätigenquote	Erwerbslosenanteil	Erwerbsquote	Erwerbstätigenquote	Erwerbslosenanteil	Erwerbsquote	Erwerbstätigenquote	Erwerbslosenanteil
	Prozent								
Insgesamt									
Ohne Abschluss[1)]	65,7	56,6	9,1	62,4	52,2	10,2	70,4	62,9	(7,6)
Abgeschlossene Berufsausbildung	84,5	78,5	5,9	82,6	75,0	(7,6)	85,5	80,4	5,1
Tertiärer Abschluss	81,1	77,5	(3,6)	75,1	71,4	/	86,9	83,5	/
Insgesamt[2)]	76,9	70,3	6,6	71,8	63,9	7,9	81,4	75,9	5,5
Männer									
Ohne Abschluss[1)]	81,2	68,8	12,4	80,6	67,0	13,6	(82,0)	71,3	(10,7)
Abgeschlossene Berufsausbildung	90,8	83,3	7,4	(90,7)	80,1	(10,5)	90,8	85,2	(5,6)
Tertiärer Abschluss	(88,9)	85,5	/	/	82,6	/	/	88,3	/
Insgesamt[2)]	87,3	79,0	8,3	85,8	75,6	10,2	88,6	82,0	6,6
Frauen									
Ohne Abschluss[1)]	52,8	46,4	(6,4)	47,9	40,4	(7,5)	60,3	55,5	/
Abgeschlossene Berufsausbildung	77,2	73,0	(4,2)	71,2	67,6	/	79,9	75,4	/
Tertiärer Abschluss	74,0	70,2	/	64,9	60,7	/	82,5	79,2	/
Insgesamt[2)]	66,7	61,7	5,0	57,8	52,1	5,7	74,4	70,1	(4,4)

1) kein/noch kein beruflicher Abschluss vorhanden; einschließlich Anlernausbildung, Berufsvorbereitungsjahr und beruflichem Praktikum
2) einschließlich "mit Berufsabschluss aber ohne Angabe zur Art des Abschlusses" sowie "ohne Angabe zum berufl. Abschluss"

Quelle: Mikrozensus

3. Erwerbstätige nach Wirtschaftsabschnitten

Tabelle 3 bildet die Zahl der Erwerbstätigen nach der Zugehörigkeit zu Wirtschaftsabschnitten sowie nach den Merkmalen Migrationshintergrund und Nationalität ab. Diese Darstellung nach Wirtschaftsabschnitten erfolgt nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 08, für weitere methodische Erläuterungen siehe Indikator C 36 in diesem Bericht). Die Anzahl der erwerbstätigen Frauen und Männer mit Zuwanderungsgeschichte nach Wirtschaftsabschnitten ist bereits Inhalt des Indikators C 36. In Prozentangaben soll sie an dieser Stelle nun weiter aufgeschlüsselt und der Verteilung innerhalb der erwerbstätigen Gesamtbevölkerung gegenübergestellt werden.

2012 arbeiteten 23,2 Prozent der Erwerbstätigen mit Zuwanderungsgeschichte (142 600 Personen) in der Industrie (=Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe). Die nächst größere Branche war der öffentliche Sektor (=Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen) mit 18,7 Prozent (115 000 Personen) vor dem Bereich Handel und Kfz-Gewerbe mit 14,6 Prozent (89 900 Personen).

Der industrielle Sektor ist damit für die Erwerbstätigen mit Zuwanderungsgeschichte von größerer Bedeutung als für die Gesamtheit der Erwerbstätigen in Niedersachsen. Von diesen arbeiteten 2012 nur 18,5 Prozent (707 800 Personen) in den industriellen Branchen, während der öffentliche Sektor mit 27,0 Prozent (1 030 300 Personen) wesentlich stärker besetzt war. Im Handel und Kfz-Gewerbe sind die Erwerbstätigen mit Zuwanderungsgeschichte leicht unterrepräsentiert, 15,0 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiteten 2012 hier. Mit 8,4 Prozent (51 500 Personen) waren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte deutlich häufiger im Gastgewerbe tätig als die niedersächsischen Erwerbstätigen insgesamt (3,6 Prozent; 137 400 Personen).

Differenziert man die Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte weiter nach der Nationalität, so zeigt sich, dass die Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftsabschnitte bei den Ausländerinnen und Ausländern deutlich breiter gefächert ist als bei den Deutschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie sind mit 21,7 Prozent gegenüber 24,2 Prozent etwas seltener in der Industrie beschäftigt und auch im Bereich Handel und Kfz-Gewerbe mit 12,7 Prozent gegenüber 16,0 Prozent schwächer vertreten. Mit 15,3 Prozent arbeiteten Ausländerinnen und Ausländer deutlich seltener im öffentlichen Sektor als Deutsche mit Zuwanderungsgeschichte (21,1 Prozent). Hier dürfte eine Rolle spielen, dass die Beamtenlaufbahn Ausländerinnen und Ausländern nur eingeschränkt offen steht.

Ausländerinnen und Ausländer haben dafür im Jahr 2012 mit 13,3 Prozent gegenüber 10,4 Prozent häufiger Finanz- und Versicherungsdienstleistungen oder andere wirtschaftliche oder wissenschaftliche Dienstleistungen erbracht. Auch im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie bei der Erbringung sonstiger Dienstleistungen waren Ausländerinnen und Ausländer mit 6,4 Prozent etwas stärker vertreten als Deutsche mit Zuwanderungsgeschichte (4,9 Prozent). Auffällig ist, dass Ausländerinnen und Ausländer mit 12,4 Prozent wesentlich häufiger im Gastgewerbe tätig waren als die anderen Bevölkerungsgruppen (Bevölkerung insgesamt: 3,6 Prozent). Es handelt sich hierbei um einen Wirtschaftsbereich, in dem Ausländerinnen und Ausländer seit vielen Jahren überproportional vertreten sind.

Erwartungsgemäß sind bei der Verteilung der Erwerbstätigen auf die verschiedenen Wirtschaftsabschnitte deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede erkennbar. Während Frauen 2012 über alle Bevölkerungsgruppen hinweg vor allem im Dienstleistungssektor tätig waren – und hier am häufigsten im öffentlichen Sektor – arbeitete jeweils ein großer Prozentsatz der Männer im industriellen Sektor. Vor allem bei den Männern mit Zuwanderungsgeschichte und darunter bei den Deutschen mit Zuwanderungsgeschichte war eine deutliche Konzentration in diesem Bereich erkennbar. So arbeiteten 2012 35,1 Prozent der deutschen Männer mit Zuwanderungsgeschichte in der Industrie, weitere 12,9 Prozent waren im Baugewerbe tätig. Männer insgesamt sowie solche ohne Zuwanderungsgeschichte waren neben der Industrie (26,0 bzw. 24,7 Prozent) häufig im öffentlichen Sektor (16,8 bzw. 18,4 Prozent) tätig. In allen Bevölkerungsgruppen waren Männer zudem mit Anteilen zwischen 11,8 und 14,9 Prozent verstärkt im Bereich Handel und Kfz-Gewerbe beschäftigt.

Tabelle 3: Erwerbstätige 2012 nach Wirtschaftsabschnitten[1)], Migrationshintergrund und Geschlecht

Wirtschaftsabschnitte (WZ 2008) Zusammenfassungen	Insgesamt			Bevölkerung ohne Migrationshintergrund			Bevölkerung mit Migrationshintergrund		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	Prozent								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,4	1,8	2,7	3,7	2,0	2,9	(1,6)	/	(1,3)
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	26,0	9,6	18,5	24,7	9,3	17,6	32,6	11,2	23,2
Energieversorgung; Wasserversorgung, Entsorg., Beseitig. v. Umweltverschmutzungen	2,4	0,7	1,6	2,6	0,7	1,7	(1,5)	/	(1,2)
Baugewerbe	10,4	2,0	6,6	10,1	2,1	6,5	11,6	/	7,1
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	13,6	16,7	15,0	13,7	16,8	15,1	13,5	16,1	14,6
Verkehr und Lagerei; Information und Kommunikation	9,6	3,8	6,9	9,5	3,8	6,9	9,8	(3,5)	7,0
Gastgewerbe	2,7	4,7	3,6	1,8	3,8	2,7	7,3	9,7	8,4
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen; Freiberufliche, wiss. u. techn. Dienstleistungen; sonst. wirt. Dienstleistungen	12,2	13,8	12,9	12,7	13,8	13,2	9,9	13,8	11,6
Öff.Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen	16,8	39,1	27,0	18,4	40,5	28,6	8,7	31,4	18,7
Kunst, Unterhaltung und Erholung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	2,8	6,4	4,5	2,7	6,0	4,3	3,2	8,4	5,5
Insgesamt (inkl. sonstiger Abschnitte)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Wirtschaftsabschnitte (WZ 2008) Zusammenfassungen	Bevölkerung mit Migrationshintergrund								
	Insgesamt			davon Ausländerinnen und Ausländer			davon Deutsche mit Migrationshintergrund		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	Prozent								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	(1,6)	/	(1,3)	/	/	(2,2)	/	/	/
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	32,6	11,2	23,2	29,4	10,4	21,7	35,1	11,8	24,2
Energieversorgung; Wasserversorgung, Entsorg., Beseitig. v. Umweltverschmutzungen	(1,5)	/	(1,2)	/	/	/	/	/	/
Baugewerbe	11,6	/	7,1	9,9	/	6,4	12,9	/	7,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	13,5	16,1	14,6	11,8	14,0	12,7	14,9	17,4	16,0
Verkehr und Lagerei; Information und Kommunikation	9,8	(3,5)	7,0	8,9	/	6,7	10,5	(3,6)	7,3
Gastgewerbe	7,3	9,7	8,4	12,0	13,1	12,4	(3,6)	7,6	5,5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen; Freiberufliche, wiss. u. techn. Dienstleistungen; sonst. wirt. Dienstleistungen	9,9	13,8	11,6	11,6	15,7	13,3	8,5	12,7	10,4
Öff.Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen	8,7	31,4	18,7	7,9	26,5	15,3	9,4	34,5	21,1
Kunst, Unterhaltung und Erholung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	3,2	8,4	5,5	(3,7)	10,4	6,4	(2,9)	7,1	4,9
Insgesamt (inkl. sonstiger Abschnitte)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) bezogen auf alle Erwerbstätigen

Quelle: Mikrozensus

4. Bezug von Transferleistungen zur überwiegenden Sicherung des Lebensunterhaltes

Tabelle 4 stellt die Quote der Frauen und Männer je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (Promille) dar, die ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Transferleistungen bestreiten und kombiniert diese mit dem höchsten beruflichen Abschluss sowie mit den Merkmalen Zuwanderungsgeschichte und Nationalität. Transferleistungen umfassen an dieser Stelle die Sozialhilfe (z.B. Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) sowie Leistungen nach dem SGB II (ALG II, Sozialgeld). Aufgrund abweichender Definitionen ist die hier dargestellte Quote der Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen zum überwiegenden Lebensunterhalt nicht vergleichbar mit der Quote der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen (sog. Mindestsicherungsquote; siehe Indikatoren D 44 bis D 46 in diesem Bericht). Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind nicht Teil der hier dargestellten Bezugsquoten. Für methodische Hinweise zur Typisierung des höchsten beruflichen Abschlusses siehe Abschnitt 2 in diesem Kapitel.

Erwartungsgemäß geht die Bezugsquote von Transferleistungen mit steigendem Niveau der erworbenen beruflichen Bildung zurück. So waren 2012 fast zehn Prozent der Niedersachsen (92 Promille) ohne beruflichen Abschluss auf Transferleistungen zur überwiegenden Sicherung des Lebensunterhaltes angewiesen, während es bei den Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung nur 34 Promille waren. Lediglich 17 von 1000 Frauen und Männer mit tertiärem Abschluss waren von Transferleistungen abhängig. Dieser Zusammenhang zwischen Bildung und Transferleistungsbezug ist über alle dargestellten Bevölkerungsgruppen hinweg sowie für Frauen und Männer gleichermaßen deutlich erkennbar.

Große Unterschiede wiederum zeigen sich, wenn man die Höhe der Bezugsquoten in den Bevölkerungsgruppen ohne und mit Zuwanderungsgeschichte vergleicht. Männer und Frauen mit Zuwanderungsgeschichte bestritten 2012 Ihren überwiegenden Lebensunterhalt fast dreimal so häufig (92 Promille) mit Transferleistungen wie Personen ohne Zuwanderungsgeschichte (34 Promille). In der Gruppe ohne beruflichen Abschluss waren Personen mit Zuwanderungsgeschichte rund doppelt so häufig auf Transfers angewiesen (146 Promille) wie jene ohne Migrationshintergrund (72 Promille). Bei den Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung war der relative Unterschied mit 74 zu 29 Promille noch etwas größer. Besonders auffällig ist die sehr hohe Quote der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und tertiärem Abschluss, die 2012 von Transferleistungen abhängig waren. Mit 68 Promille lag die Bezugsquote hier fast siebenmal so hoch wie bei den Frauen und Männern ohne Zuwanderungsgeschichte (10 Promille).

Noch deutlicher werden die Unterschiede, wenn man seinen Blick auf die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer richtet. Hier lag die Bezugsquote 2012 insgesamt bei 133 Promille, bei den Personen ohne Abschluss sogar bei 186 Promille. Der häufige Transferleistungsbezug von Personen mit tertiärer Berufsbildung ist hier bei einer Quote von 78 Promille noch deutlicher erkennbar und deutet abermals auf Schwierigkeiten beim Zugang zum niedersächsischen Arbeitsmarkt hin.

Des Weiteren geht aus Tabelle 4 hervor, dass es 2012 in allen Bevölkerungsgruppen je nach beruflicher Qualifikation teils beträchtliche Differenzen zwischen den Transferleistungsbezugsquoten von Frauen und Männern gab, wobei die Bezugsquoten der Frauen fast durchweg unter denen der Männer lagen. Besonders deutlich tritt dies in der Gruppe der Personen ohne beruflichen Abschluss zu Tage. Während 2012 114 von 1000 männlichen Niedersachsen ohne Abschluss auf Transfers angewiesen waren, waren es unter den Frauen lediglich 77 von 1000. Dieses Bild zeichnet sich auch bei näherer Betrachtung der Zuwanderungsgeschichte sowie der Nationalität.

Der Grund für die unterschiedlich hohen Bezugsquoten könnte in der hier angewendeten Definition von Transferleistungen liegen. Wie einleitend dargestellt, werden an dieser Stelle nur Personen betrachtet, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt mit Transferleistungen bestreiten. Das bedeutet, dass sogenannte „Aufstocker", die zusätzlich zu einem geringen Einkommen – etwa aus einer geringfügigen Beschäftigung – Transferleistungen erhalten, in Tabelle 4 nicht enthalten sind. Da Frauen wesentlich häufiger ausschließlich einer geringfügigen

Beschäftigung nachgehen als Männer[3] und darüber hinaus häufiger in Teilzeit arbeiten, wird von Ihnen ein größerer Prozentsatz nicht in Tabelle 4 erfasst, was in geringeren Transferbezugsquoten resultiert.

Auffällig ist, dass die Differenz zwischen der Bezugsquote der Frauen und Männer ohne abgeschlossene Ausbildung innerhalb der Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte mit 59 Promille (Frauen ohne Abschluss) zu 95 Promille (Männer ohne Abschluss) am deutlichsten ausfällt. Bei den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zeigt sich mit 22 Promillepunkten ein kleinerer Geschlechterunterschied, wenngleich auf deutlich höherem Niveau des Leistungsbezuges (Frauen ohne Abschluss: 136 Promille; Männer ohne Abschluss: 158 Promille).

Tabelle 4: Quote des Bezugs von Transferleistungen[1] zum überwiegenden Lebensunterhalt 2012 nach beruflicher Qualifikation, Migrationshintergrund und Geschlecht

Geschlecht / Höchster beruflicher Abschluss	Insgesamt	Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	Bevölkerung mit Migrationshintergrund		
			Insgesamt	Ausländerinnen und Ausländer	Deutsche mit Migrationshintergrund
	Anzahl je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner der betreffenden Bevölkerungsgruppe				
			Insgesamt		
Ohne Abschluss[2]	92	72	146	186	106
Abgeschlossene Berufsausbildung	34	29	74	97	61
Tertiärer Abschluss	17	10	68	(78)	/
Insgesamt[3]	44	34	92	133	66
			Männer		
Ohne Abschluss[2]	114	95	158	199	117
Abgeschlossene Berufsausbildung	38	32	76	(96)	(63)
Tertiärer Abschluss	16	(9)	(74)	/	/
Insgesamt[3]	47	36	96	136	70
			Frauen		
Ohne Abschluss[2]	77	59	136	175	97
Abgeschlossene Berufsausbildung	30	25	71	(99)	(59)
Tertiärer Abschluss	(19)	/	(61)	/	/
Insgesamt[3]	41	31	88	131	63

1) umfasst Sozialhilfe (z, B, Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) sowie Leistungen ALG II und Sozialgeld. Nicht gleichzusetzen mit der Mindestsicherungsquote, die bspw. zusätzlich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält.
2) kein/noch kein beruflicher Abschluss vorhanden; einschließlich Anlernausbildung, Berufsvorbereitungsjahr und beruflichem Praktikum
3) einschließlich "mit Berufsabschluss aber ohne Angabe zur Art des Abschlusses" sowie "ohne Angabe zum berufl. Abschluss"

Quelle: Mikrozensus

5. Fazit

Festzuhalten bleibt, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und darunter vor allem die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer 2012 deutlich häufiger erwerbslos waren als Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Es zeigt sich jedoch erwartungsgemäß, dass mit steigendem Niveau der schulischen sowie beruflichen Bildung der Anteil der Erwerbslosen in allen Bevölkerungsgruppen zurückgeht, was die enorme Bedeutung von Bildung für die Teilhabe am Arbeitsmarkt unterstreicht.

Frauen waren 2012 in Niedersachsen über alle Bevölkerungsgruppen hinweg seltener am Arbeitsmarkt aktiv als Männer, was besonders deutlich bei der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte und abermals verstärkt bei den Ausländerinnen zu beobachten ist. Während Frauen ohne Zuwanderungsgeschichte jedoch mit steigendem Bildungsniveau stärker am Arbeitsmarkt präsent sind, gilt dies nicht für die Gruppe der hochgebildeten Ausländerinnen, was unter anderem auf Probleme bei der Anerkennung beruflicher Qualifikationen hindeutet. Hier

[3] Laut Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit waren zum 30.06.2012 rund zwei Drittel (67,3 Prozent) aller ausschließlich geringfügig Beschäftigten Frauen. Am 30.06.2013 betrug dieser Anteil noch 66,6 Prozent.

bestehen Beschäftigungspotentiale, was im weiteren Verlauf dieses Berichtes im Rahmen einer Betrachtung der Qualifikation und Arbeitsmarktbeteiligung neu Zugewanderter noch einmal besonders deutlich wird.

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte waren 2012 häufiger in der Industrie beschäftigt als die übrige Bevölkerung, für die der Dienstleistungssektor von größerer Bedeutung war. Bei der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer zeigte sich ein breit gefächertes Beschäftigungsbild, wobei mehr als jede und jeder Zehnte im Gastgewerbe tätig war. Während Frauen insgesamt vor allem im Dienstleistungssektor beschäftigt waren, arbeiteten Männer häufiger in der Industrie, im Baugewerbe oder im Bereich Handel und Kfz.

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und vor allem Ausländerinnen und Ausländer waren 2012 um ein Vielfaches häufiger von Transferleistungen abhängig als Personen ohne Zuwanderungsgeschichte. Besonders auffällig ist die hohe Zahl hochqualifizierter Ausländerinnen und Ausländer, die auf Transfers angewiesen waren. Geschlechtsspezifische Unterschiede zu Ungunsten der Männer waren, verglichen mit der Gruppe der Personen ohne Zuwanderungsgeschichte, schwächer ausgeprägt.

Insgesamt lässt sich aus den Daten die große Bedeutung von Bildung für den Erfolg am Arbeitsmarkt ablesen. Gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss es daher sein, einen chancengleichen Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Erwerbspersonen zu schaffen – unabhängig davon, wo zum Beispiel berufliche Qualifikationen und Kompetenzen erworben wurden oder welche familiären Wanderungsbewegungen stattgefunden haben. Höhere Erwerbslosenanteile sowie daraus resultierend höhere Transferbezugsquoten verdeutlichen, dass hier ein deutliches Verbesserungspotential besteht.

Ausgewählte Ergebnisse des Zensus 2011

Dieser Abschnitt stützt sich zur näheren Betrachtung der niedersächsischen Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte auf die Ergebnisse des Zensus 2011, mit dem in Deutschland zum Stichtag 9. Mai 2011 erstmals seit 24 Jahren wieder eine Volkszählung durchgeführt wurde. Der Zensus 2011 umfasste dabei neben der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl als Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung eine Erhebung wichtiger soziodemografischer und sozioökonomischer Informationen über die Bevölkerung.

Wie bereits im Rahmen der methodischen Vorbemerkungen zu diesem Bericht dargelegt wurde, stehen die Ergebnisse des Zensus 2011 in Hinsicht auf die Zahl der in Niedersachsen lebenden Frauen und Männer mit Zuwanderungsgeschichte sowie die Zahl der Ausländerinnen und Ausländern im Speziellen in einem Spannungsverhältnis zu Ergebnissen, die sich auf Daten der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung, des Mikrozensus bzw. des Ausländerzentralregisters (AZR) stützen.

So lag die durch den Zensus zum 9. Mai 2011 für das Land Niedersachsen ermittelte Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit insgesamt 425 272 Personen um 5,7 Prozent unterhalb der Zahl laut AZR (449 414 Personen) und um mehr als 20 Prozent unterhalb der vorläufigen Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987 zum 30. April 2011 (in Tausend: 536,7). Die Abweichungen zwischen den Resultaten des Zensus 2011 und den Daten des AZR werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und dem Statistischen Bundesamt analysiert, um auf der Basis dieser Erkenntnisse die notwendigen Schritte zur Qualitätssicherung zu ergreifen. Die Abweichungen zwischen Zensus 2011 und der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung auf alter Basis ergaben sich aus einer hohen Zahl festgestellter Übererfassungen in den kommunalen Melderegistern.

Was die Gruppe der Personen mit Zuwanderungsgeschichte betrifft, weist der Zensus mit 1 291 860 Personen 6,8 Prozent weniger aus als die Daten des Mikrozensus 2011 (in Tausend: 1 386 Personen). Der Anteil der Personen mit Zuwanderungsgeschichte an der niedersächsischen Gesamtbevölkerung betrug am 9. Mai 2011 laut Zensus 16,7 Prozent. Laut Mikrozensus lag er im Jahr 2011 bei 17,5 Prozent.

Die Ursachen für die beschriebene Abweichung liegen sowohl in der leicht abweichenden Definition des Merkmals Migrationshintergrund im Zensus 2011 bzw. im Mikrozensus (siehe Indikator A 14 in diesem Bericht) als auch in der Tatsache, dass für die Hochrechnung der Ergebnisse des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung bis einschließlich 2012 Daten der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987 verwendet wurden. Der Mikrozensus 2013 wird hierfür erstmalig die fortgeschriebenen Einwohnerzahlen laut Zensus 2011 verwenden.

Die dargestellten Einschränkungen der Vergleichbarkeit mit anderen amtlichen Statistiken sind bei der Betrachtung der nun folgend dargestellten Ergebnisse des Zensus 2011 zu berücksichtigen.

Weitere methodische Erläuterungen und bundesweite Ergebnisse sind zu finden unter www.zensus2011.de sowie in der Zensusdatenbank unter http://ergebnisse.zensus2011.de. Ausgewählte Ergebnisse für Niedersachsen sind verfügbar auf der Homepage des Landesamtes für Statistik Niedersachsen im Bereich Zensus 2011.

Ausländerinnen und Ausländer

Laut Zensus 2011 lebten am 9. Mai 2011 in Niedersachsen insgesamt 425 272 Frauen und Männer mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Dies entsprach einem Anteil von 5,5 Prozent an der niedersächsischen Gesamtbevölkerung.

Tabelle 1: Ausländerinnen und Ausländer sowie Ausländeranteil am 9. Mai 2011 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Bevölkerung insgesamt	davon Ausländerinnen und Ausländer	Anteil Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung
	Anzahl		Prozent
Braunschweig, Stadt	242 537	17 728	7,3
Salzgitter, Stadt	98 895	8 834	8,9
Wolfsburg, Stadt	119 984	11 396	9,5
Gifhorn	171 331	6 518	3,8
Göttingen	248 037	15 011	6,1
dav. Göttingen, Stadt	115 843	10 477	9,0
dav. Göttingen, Umland	132 194	4 534	3,4
Goslar	140 137	6 785	4,8
Helmstedt	91 410	3 096	3,4
Northeim	137 446	4 719	3,4
Osterode am Harz	76 786	2 685	3,5
Peine	130 398	5 737	4,4
Wolfenbüttel	120 773	4 022	3,3
Stat. Region Braunschweig	**1 577 734**	**86 531**	**5,5**
Region Hannover	1 102 242	101 359	9,2
dav. Hannover, Landeshauptstadt	506 416	66 854	13,2
dav. Hannover, Umland	595 826	34 505	5,8
Diepholz	211 184	8 996	4,3
Hameln-Pyrmont	150 259	9 117	6,1
Hildesheim	277 594	13 035	4,7
dav. Hildesheim, Stadt	99 554	7 939	8,0
dav. Hildesheim, Umland	178 040	5 096	2,9
Holzminden	73 547	3 007	4,1
Nienburg (Weser)	122 242	5 656	4,6
Schaumburg	157 497	7 769	4,9
Stat. Region Hannover	**2 094 565**	**148 939**	**7,1**
Celle	176 690	7 376	4,2
Cuxhaven	198 778	7 778	3,9
Harburg	238 442	9 871	4,1
Lüchow-Dannenberg	49 205	1 482	3,0
Lüneburg	174 123	6 304	3,6
Osterholz	110 907	3 533	3,2
Rotenburg (Wümme)	162 726	5 620	3,5
Heidekreis[1)]	136 693	5 131	3,8
Stade	195 450	9 055	4,6
Uelzen	93 595	2 494	2,7
Verden	132 300	6 248	4,7
Stat. Region Lüneburg	**1 668 909**	**64 892**	**3,9**
Delmenhorst, Stadt	73 322	5 333	7,3
Emden, Stadt	49 787	2 079	4,2
Oldenburg (Oldb), Stadt	157 267	8 568	5,4
Osnabrück, Stadt	153 699	13 300	8,7
Wilhelmshaven, Stadt	77 451	3 280	4,2
Ammerland	117 912	3 452	2,9
Aurich	187 135	4 738	2,5
Cloppenburg	159 337	8 279	5,2
Emsland	311 089	17 045	5,5
Friesland	98 229	2 203	2,2
Grafschaft Bentheim	133 395	14 365	10,8
Leer	163 832	7 700	4,7
Oldenburg	125 014	4 718	3,8
Osnabrück	350 147	15 747	4,5
Vechta	132 294	8 609	6,5
Wesermarsch	90 035	4 159	4,6
Wittmund	56 839	1 335	2,3
Stat. Region Weser-Ems	**2 436 784**	**124 910**	**5,1**
Niedersachsen	**7 777 992**	**425 272**	**5,5**

1) Mit Wirkung vom 01.08.2011 wurde der Landkreis Soltau-Fallingbostel in Landkreis Heidekreis umbenannt.

Quelle: Zensus 2011 (Auszählung aus dem bereinigten Registerbestand)

Hohe Anteile von Ausländerinnen und Ausländern gab es am 9. Mai 2011 vor allem in Zentralniedersachsen, in den Landkreisen im Westen des Landes sowie in den kreisfreien Städten (siehe Tabelle 1). Den größten Anteil verzeichnete dabei die Landeshauptstadt Hannover mit 13,2 Prozent vor dem Landkreis Grafschaft Bentheim mit 10,8 Prozent. Anteilig besonders wenige Ausländerinnen und Ausländer lebten hingegen in der Küstenregion im Nordwesten (Friesland: 2,2 Prozent; Wittmund: 2,3 Prozent; Aurich: 2,5 Prozent) sowie in einzelnen Kreisen im Osten Niedersachsens (Uelzen: 2,7 Prozent; Lüchow-Dannenberg: 3,0 Prozent; Wolfenbüttel: 3,3 Prozent; Helmstedt: 3,4 Prozent). Die Statistische Region Hannover wies am 9. Mai 2011 mit 7,1 Prozent als einzige einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil auf.

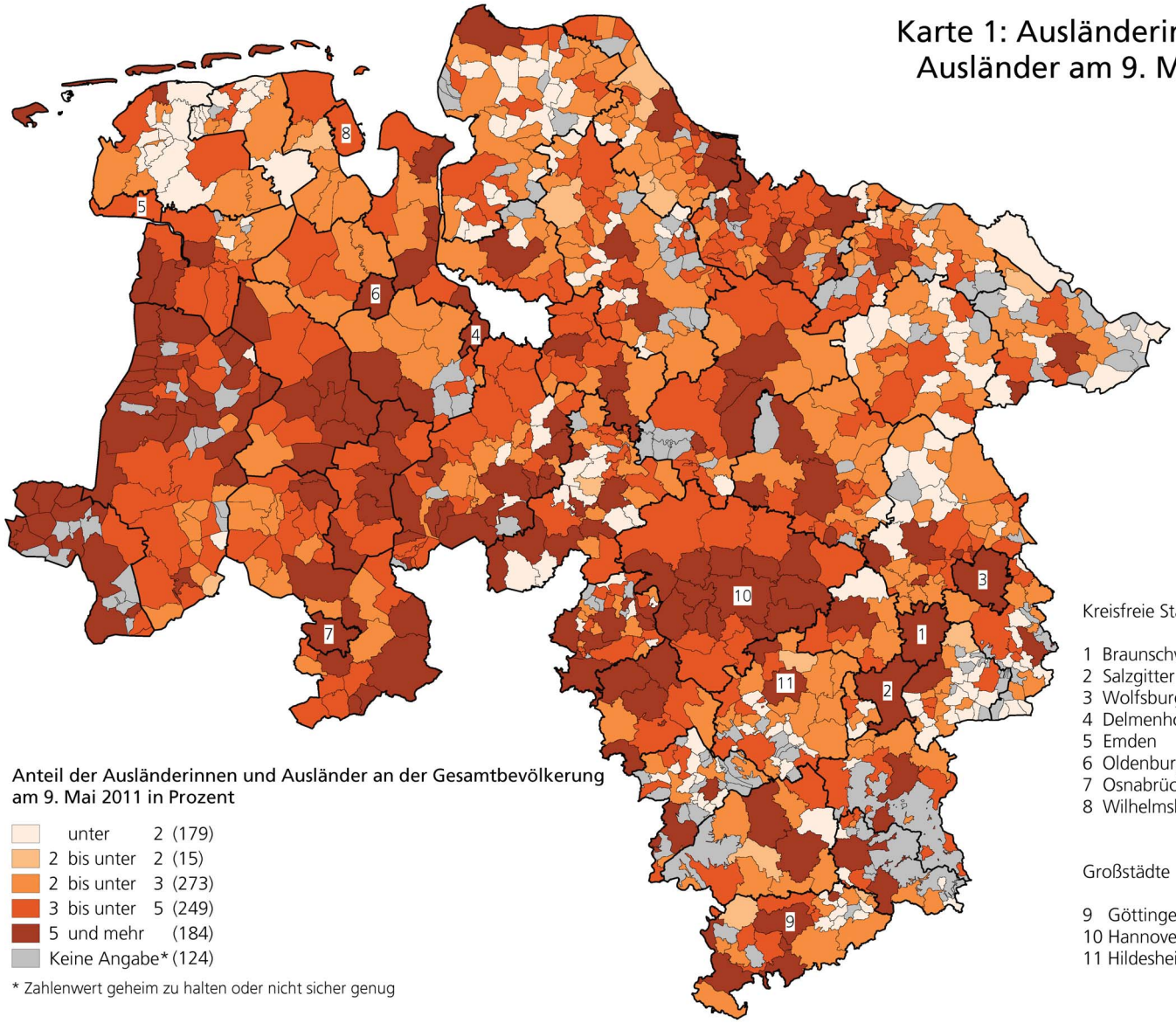
Beim Blick auf die Ebene der Städte und Gemeinden (siehe Karte 1) wird die ganze Bandbreite des Bevölkerungsanteils der Ausländerinnen und Ausländer deutlich: Insgesamt 13 Gemeinden wiesen laut Zensus am 9. Mai 2011 einen Ausländeranteil von 15 Prozent oder mehr auf, neun davon befinden sich in Grenznähe zu den Niederlanden im Landkreis Grafschaft Bentheim. Hier gibt es bekanntlich eine große Bevölkerungsgruppe von Niederländern (siehe auch die Indikatoren A 3, A 5 und A 19 in diesem Bericht). Auch in den Gemeinden des Landkreises Emsland fanden sich vermehrt deutlich überdurchschnittliche Ausländeranteile (hier von 9 Prozent oder mehr). Demgegenüber lagen die Anteile vor allem im Nordosten des Landes sowie in der Küstenregion verbreitet bei nur 2 Prozent oder weniger. Den höchsten Anteil von Ausländerinnen und Ausländern verzeichnete am 9. Mai 2011 die Gemeinde Wielen im Landkreis Grafschaft Bentheim mit 49 Prozent vor der benachbarten Gemeinde Laar mit 29 Prozent. Anteile von unter 0,5 Prozent fanden sich beispielsweise in vier Gemeinden des Landkreises Wittmund (Dunum, Eversmeer, Nenndorf, Werdum).

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Am 9. Mai 2011 lebten laut Zensus in Niedersachsen insgesamt 1 291 860 Frauen und Männer mit einer Zuwanderungsgeschichte, was 16,7 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach. Die regionale Verteilung zeigt große Bevölkerungsanteile vor allem in den niedersächsischen Großstädten sowie in den westlichen Kreisen des Landes (v.a. Cloppenburg und Grafschaft Bentheim, siehe Tabelle 2). Demgegenüber waren die Bevölkerungsanteile von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Nordwesten sowie im äußersten Osten des Landes stark unterdurchschnittlich. Die Statistischen Regionen Hannover (19,8 Prozent) und Braunschweig (17,6 Prozent) wiesen insgesamt überdurchschnittliche Bevölkerungsanteile auf.

In der Stadt Wolfsburg (30,9 Prozent) sowie in der Landeshauptstadt Hannover (30,6 Prozent) hatte am Zensus-Stichtag nahezu jede und jeder Dritte eine Zuwanderungsgeschichte. Am niedrigsten war der Anteil im Landkreis Wittmund mit nur 6,5 Prozent. Auch in den Landkreisen Friesland (7,1 Prozent) und Aurich (7,3 Prozent) waren die Bevölkerungsanteile überaus gering.

Karte 1: Ausländerinnen und Ausländer am 9. Mai 2011



Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung am 9. Mai 2011 in Prozent

	unter 2	(179)
	2 bis unter 2	(15)
	2 bis unter 3	(273)
	3 bis unter 5	(249)
	5 und mehr	(184)
	Keine Angabe*	(124)

* Zahlenwert geheim zu halten oder nicht sicher genug

Kreisfreie Städte

1 Braunschweig
2 Salzgitter
3 Wolfsburg
4 Delmenhorst
5 Emden
6 Oldenburg (Oldb)
7 Osnabrück
8 Wilhelmshaven

Großstädte

9 Göttingen
10 Hannover, LHSt
11 Hildesheim

Tabelle 2: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Bevölkerung insgesamt	davon		Anteil Bevölkerung mit Migrationshintergrund
		ohne	mit	
		Migrationshintergrund		
	Anzahl[1)2)]			Prozent
Braunschweig, Stadt	242 537	188 900	51 450	21,4
Salzgitter, Stadt	98 895	70 670	27 800	28,2
Wolfsburg, Stadt	119 984	82 380	36 850	30,9
Gifhorn	171 331	135 290	34 570	20,4
Göttingen	248 037	205 990	40 170	16,3
dav. Göttingen, Stadt	115 843	88 510	26 480	23,0
dav. Göttingen, Umland	132 194	117 480	13 690	10,4
Goslar	140 137	121 640	17 520	12,6
Helmstedt	91 410	81 660	9 260	10,2
Northeim	137 446	119 680	17 110	12,5
Osterode am Harz	76 786	67 340	8 820	11,6
Peine	130 398	111 700	17 970	13,9
Wolfenbüttel	120 773	104 940	14 100	11,8
Stat. Region Braunschweig	**1 577 734**	**1 290 190**	**275 610**	**17,6**
Region Hannover	1 102 242	831 120	263 640	24,1
dav. Hannover, Landeshauptstadt	506 416	348 550	153 870	30,6
dav. Hannover, Umland	595 826	482 570	109 770	18,5
Diepholz	211 184	183 340	27 100	12,9
Hameln-Pyrmont	150 259	123 160	25 350	17,1
Hildesheim	277 594	232 840	41 990	15,3
dav. Hildesheim, Stadt	99 554	75 790	22 650	23,0
dav. Hildesheim, Umland	178 040	157 050	19 340	11,0
Holzminden	73 547	62 820	10 300	14,1
Nienburg (Weser)	122 242	101 120	20 460	16,8
Schaumburg	157 497	133 640	22 560	14,4
Stat. Region Hannover	**2 094 565**	**1 668 030**	**411 410**	**19,8**
Celle	176 690	148 920	25 630	14,7
Cuxhaven	198 778	177 180	20 920	10,6
Harburg	238 442	210 020	27 890	11,7
Lüchow-Dannenberg	49 205	44 380	4 340	8,9
Lüneburg	174 123	149 550	22 270	13,0
Osterholz	110 907	98 110	11 920	10,8
Rotenburg (Wümme)	162 726	141 550	19 670	12,2
Heidekreis[3)]	136 693	117 510	17 800	13,2
Stade	195 450	168 240	26 310	13,5
Uelzen	93 595	82 510	10 230	11,0
Verden	132 300	108 520	22 580	17,2
Stat. Region Lüneburg	**1 668 909**	**1 446 470**	**209 550**	**12,7**
Delmenhorst, Stadt	73 322	54 410	18 480	25,3
Emden, Stadt	49 787	42 200	7 150	14,5
Oldenburg (Oldb), Stadt	157 267	129 440	26 680	17,1
Osnabrück, Stadt	153 699	115 290	37 280	24,4
Wilhelmshaven, Stadt	77 451	64 320	12 230	16,0
Ammerland	117 912	106 010	11 470	9,8
Aurich	187 135	172 900	13 530	7,3
Cloppenburg	159 337	117 700	40 930	25,8
Emsland	311 089	257 200	51 480	16,7
Friesland	98 229	90 830	6 910	7,1
Grafschaft Bentheim	133 395	104 110	28 630	21,6
Leer	163 832	146 380	17 110	10,5
Oldenburg	125 014	111 060	12 920	10,4
Osnabrück	350 147	280 460	67 720	19,4
Vechta	132 294	104 130	27 110	20,7
Wesermarsch	90 035	77 700	11 980	13,4
Wittmund	56 839	52 980	3 690	6,5
Stat. Region Weser-Ems	**2 436 784**	**2 027 120**	**395 290**	**16,3**
Niedersachsen	**7 777 992**	**6 431 810**	**1 291 860**	**16,7**

1) Für die Bevölkerung in bestimmten Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften (sog. „sensible Sonderbereiche") liegen keine Informationen zu sozioökonomischen Strukturmerkmalen (beispielsweise Schul- und Berufsbildung) oder zum Migrationshintergrund vor. Aus diesem Grund können die Summen der Merkmalsausprägungen von der Gesamteinwohnerzahl der ausgewählten regionalen Einheit abweichen.
2) Die hochgerechneten Ergebnisse werden auf volle zehn Personen gerundet ausgewiesen. Die Summenwerte werden stets auf Basis der nicht gerundeten Ausgangswerte ermittelt, weshalb diese von der Summe der ausgewiesenen Einzelwerte abweichen können.
3) Mit Wirkung vom 01.08.2011 wurde der Landkreis Soltau-Fallingbostel in Landkreis Heidekreis umbenannt.

Quelle: Zensus 2011 (Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)

Die Ergebnisse des Zensus 2011 ermöglichen es erstmals, die Gruppe der Frauen und Männer mit Zuwanderungsgeschichte auch auf Ebene der Städte und Gemeinden abzubilden. Da die zur Erhebung sozioökonomischer Strukturmerkmale durchgeführte Stichprobenerhebung jedoch nur in Städten und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern durchgeführt worden ist, liegen nur für diese Kommunen entsprechende Ergebnisse vor.

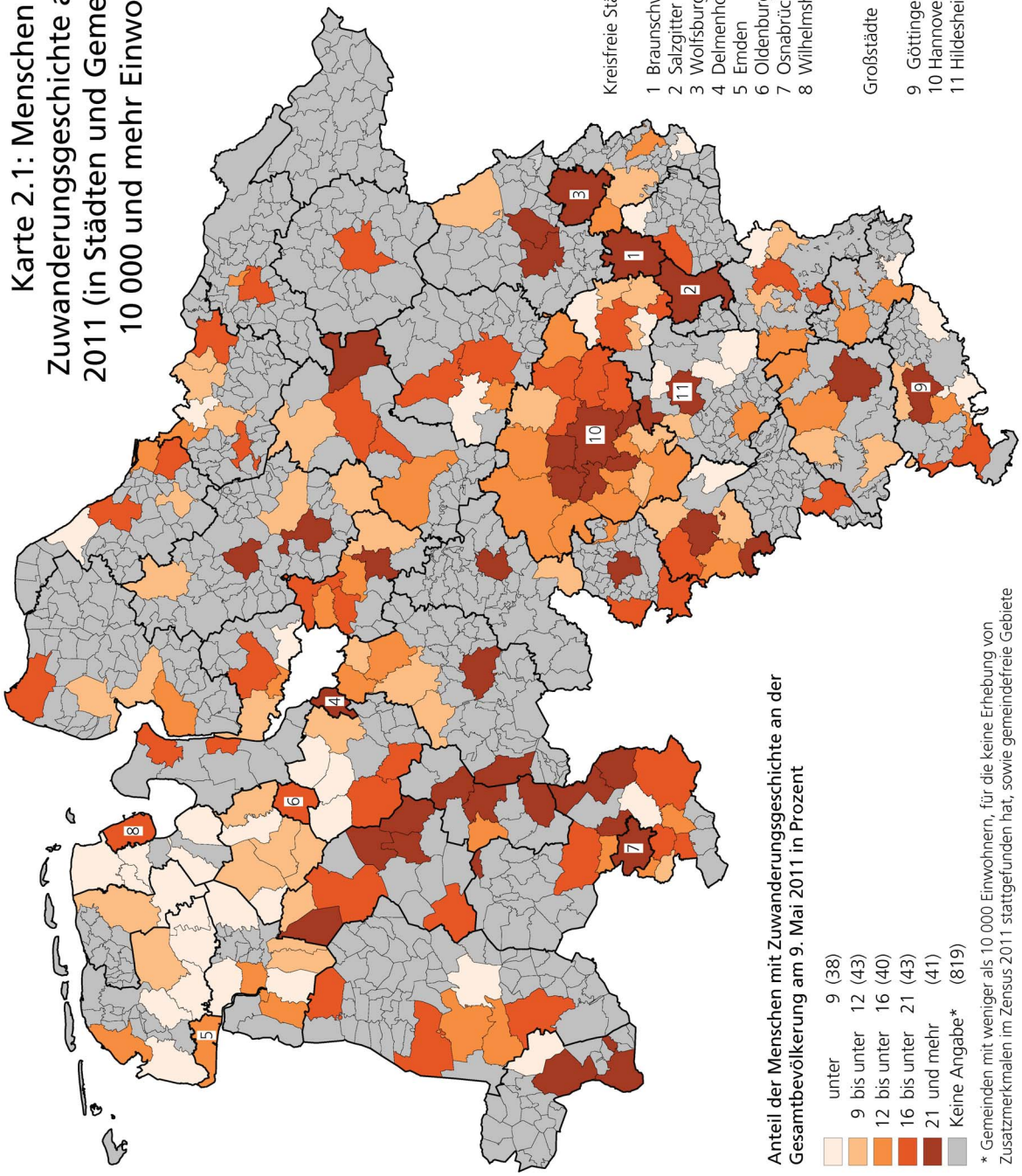
Kleinräumig zeigt sich erwartungsgemäß eine deutlich größere Spannbreite des Bevölkerungsanteils von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (siehe Karte 2.1). Der kleinste Anteil lag mit 2,9 Prozent in der Gemeinde Friedeburg (Landkreis Wittmund) vor. Es folgten die Gemeinden Ihlow (4,3 Prozent) und Krummhörn (4,4 Prozent) im Landkreis Aurich. Die höchsten Anteile fanden sich wiederum in den Städten Cloppenburg (38,6 Prozent), Quakenbrück (36,6 Prozent, Landkreis Osnabrück) und Laatzen (31,7 Prozent, Region Hannover).

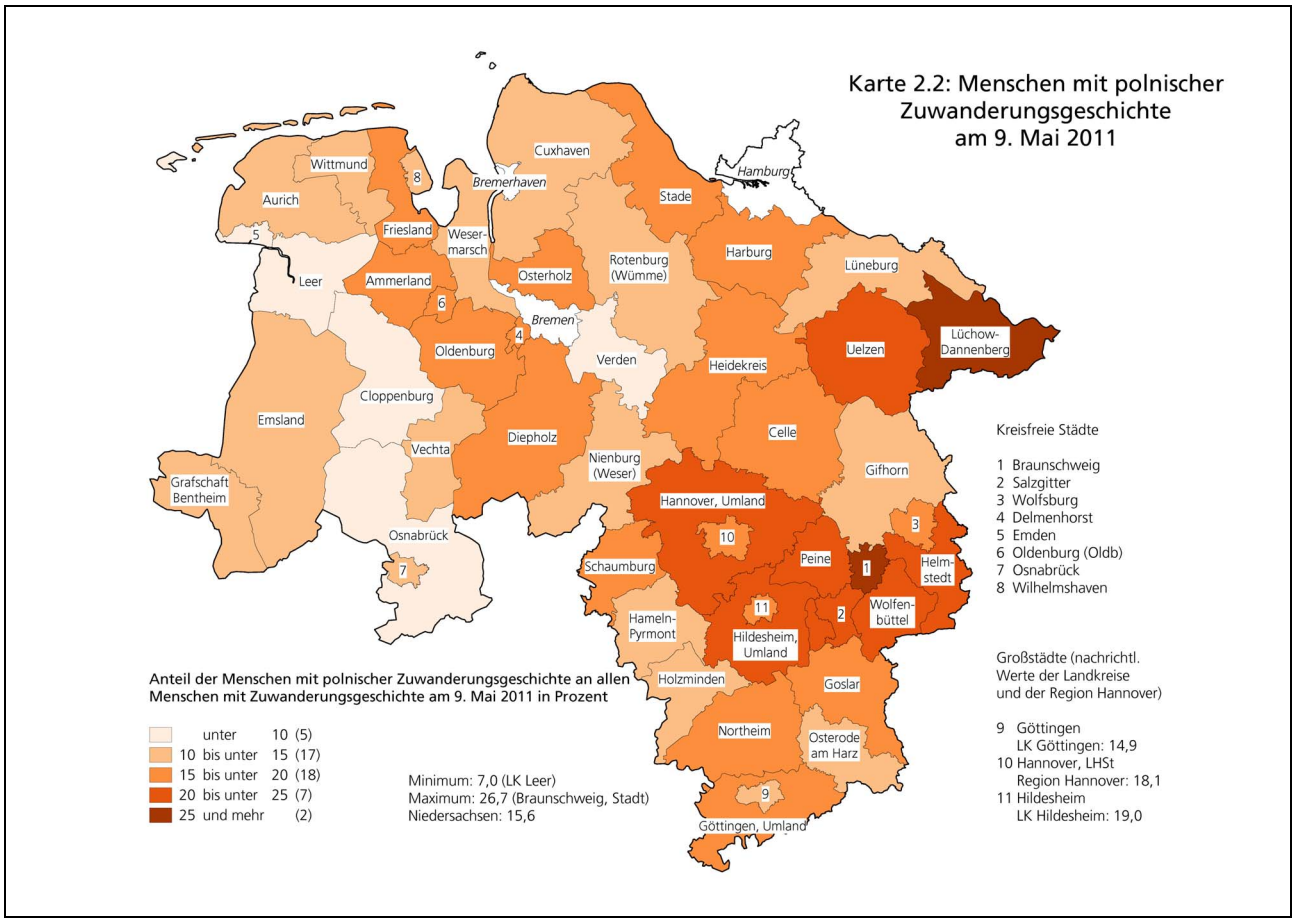
Während sich die Anteile von Personen mit Zuwanderungsgeschichte innerhalb der meisten niedersächsischen Landkreise höchst unterschiedlich verteilten, war bei den Kreisen mit insgesamt besonders hohen bzw. niedrigen Anteilen eine weitgehende Homogenität zu beobachten. So lag der Bevölkerungsanteil in nahezu allen Städten und Gemeinden der Landkreise Wittmund, Friesland und Aurich bei unter 10 Prozent, während sich in den Landkreisen Cloppenburg, Grafschaft Bentheim und Vechta fast durchweg stark überdurchschnittliche Anteile von 20 Prozent und mehr feststellen ließen.

Das häufigste Herkunftsland von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte war laut Zensus am 9. Mai 2011 Polen (siehe Indikator A 14 in diesem Bericht). Von dort stammten mehr als 201 620 Niedersachsinnen und Niedersachsen, 15,6 Prozent aller Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Eingeschlossen sind dabei sowohl Personen mit einer eigenen Migrationserfahrung als auch solche mit mindestens einem Elternteil, der nach 1955 auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland zugewandert ist. Karte 2.2 stellt den Anteil der Frauen und Männer mit einer polnischen Zuwanderungsgeschichte an allen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf Ebene der Landkreise dar. Dabei wird deutlich, dass diese Bevölkerungsgruppe am 9. Mai 2011 innerhalb Niedersachsens höchst ungleichmäßig verteilt war.

Deutlich überdurchschnittliche Anteile von über 20 Prozent gab es in einigen Landkreisen und kreisfreien Städten im (Süd-)Osten Niedersachsens sowie im Umland der Städte Hannover und Hildesheim. Demgegenüber sind im Westen des Landes stark unterdurchschnittliche Anteile zu erkennen. Die höchsten Anteile von Menschen mit polnischer Zuwanderungsgeschichte an allen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wiesen die Stadt Braunschweig (26,7 Prozent) und der Landkreis Lüchow-Dannenberg (25,6 Prozent) auf. Am niedrigsten war dieser Anteil in den Landkreisen Leer (7,0 Prozent) und Cloppenburg (8,6 Prozent).

Karte 2.1: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 (in Städten und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern)





Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte waren in Niedersachsen am 9. Mai 2011 mit einer Erwerbstätigenquote von 66,0 Prozent deutlich seltener erwerbstätig als Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte, bei denen die Quote 74,9 Prozent betrug (siehe Tabelle 3). Dieser Sachverhalt findet sich bei einer regionalen Betrachtung in allen Landkreisen und kreisfreien Städten wieder, wobei jedoch deutliche Niveauunterschiede erkennbar sind (siehe Karte 3.1). Die höchste Erwerbstätigenquote der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verzeichnete der Landkreis Vechta mit 74,9 Prozent vor den Landkreisen Emsland (73,1 Prozent) und Oldenburg (71,8 Prozent). Besonders niedrig war die Quote wiederum in der Stadt Göttingen mit 57,3 Prozent sowie im Landkreis Goslar (57,4 Prozent) und der Stadt Salzgitter (58,2 Prozent). Im Falle der Stadt Göttingen dürfte die niedrige Erwerbstätigenquote vor allem auf den hohen Bevölkerungsanteil von Studentinnen und Studenten zurückzuführen sein.

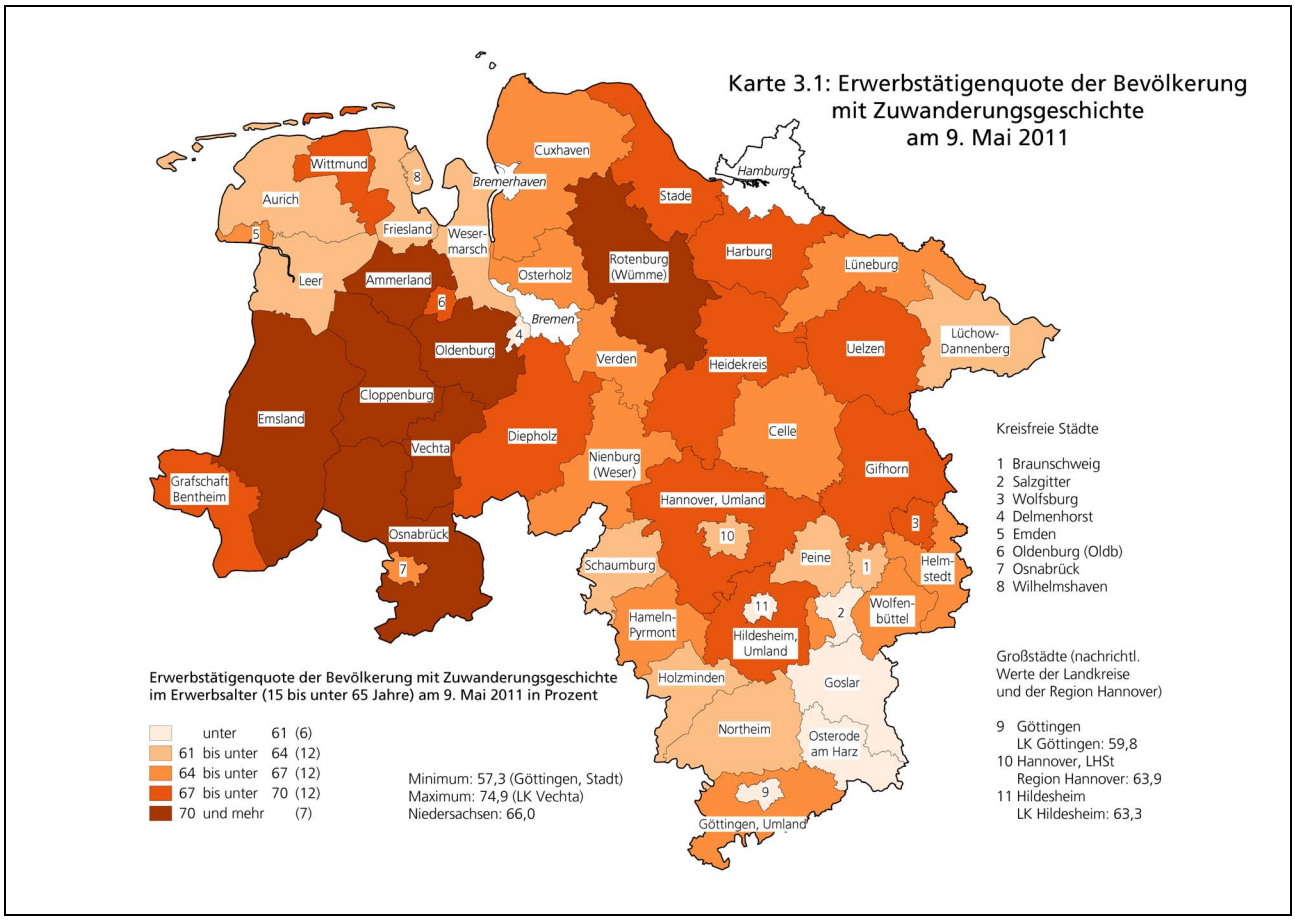
Die Differenz zwischen den Erwerbstätigenquoten von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte war besonders hoch im Landkreis Goslar (-15,5 Prozentpunkte) und in der Landeshauptstadt Hannover (-15,1 Prozent). Am geringsten war sie in den Landkreisen Uelzen (-2,0 Prozentpunkte), Wittmund (-2,8 Prozentpunkte) und Emsland (-3,7 Prozentpunkte).

Tabelle 3: Erwerbstätigenquote und Erwerbslosenanteil der 15- bis unter 65-Jährigen am 9. Mai 2011 nach Zuwanderungsgeschichte und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Erwerbstätigenquote			Erwerbslosenanteil		
	Insgesamt	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund	Insgesamt	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
	Prozent[1]					
Braunschweig, Stadt	73,7	63,7	74,1	4,8	6,9	4,5
Salzgitter, Stadt	66,4	58,2	67,4	5,2	6,6	5,2
Wolfsburg, Stadt	74,1	68,5	74,2	3,6	4,9	3,3
Gifhorn	74,2	68,2	74,1	3,1	4,9	2,8
Göttingen	71,8	59,8	72,2	4,1	6,2	4,0
dav. Göttingen, Stadt	67,6	57,3	68,5	4,5	6,0	4,4
dav. Göttingen, Umland	75,8	65,2	75,3	3,7	6,5	3,7
Goslar	72,1	57,4	72,9	5,1	6,8	5,1
Helmstedt	71,9	65,7	71,0	3,7	6,7	3,5
Northeim	73,5	62,5	73,5	3,8	6,9	3,7
Osterode am Harz	71,7	60,9	71,8	4,3	6,1	4,4
Peine	72,5	63,9	72,3	3,5	5,5	3,5
Wolfenbüttel	74,8	66,3	74,7	3,6	7,2	3,4
Stat. Region Braunschweig	72,7	63,4	72,9	4,1	6,1	3,9
Region Hannover	74,7	63,9	76,2	4,2	7,3	3,5
dav. Hannover, Landeshauptstadt	73,6	61,6	76,7	5,0	8,1	3,9
dav. Hannover, Umland	75,8	67,2	75,8	3,5	6,1	3,2
Diepholz	78,2	69,7	78,1	2,6	4,8	2,5
Hameln-Pyrmont	73,0	66,1	72,5	4,1	6,6	4,1
Hildesheim	72,4	63,3	72,6	4,5	7,8	4,1
dav. Hildesheim, Stadt	68,7	59,6	69,5	6,6	10,4	5,9
dav. Hildesheim, Umland	74,5	67,8	74,1	3,3	4,6	3,3
Holzminden	70,1	62,0	69,5	4,8	7,3	4,7
Nienburg (Weser)	75,3	66,1	75,6	3,5	5,9	3,5
Schaumburg	74,1	61,8	74,8	4,0	7,8	3,6
Stat. Region Hannover	74,5	64,3	75,2	4,0	7,1	3,6
Celle	74,6	65,8	74,3	4,0	7,4	3,9
Cuxhaven	74,4	66,7	73,8	3,0	5,8	2,9
Harburg	77,9	69,0	77,6	3,2	6,4	3,0
Lüchow-Dannenberg	71,6	63,6	70,6	3,2	.	3,5
Lüneburg	75,7	64,7	75,9	3,5	6,9	3,2
Osterholz	77,8	65,4	77,6	3,0	5,7	2,9
Rotenburg (Wümme)	78,4	70,7	77,6	3,0	5,1	3,0
Heidekreis[2]	76,7	67,8	76,1	3,4	5,4	3,4
Stade	76,0	68,8	75,8	3,1	5,5	2,9
Uelzen	73,2	69,7	71,7	3,8	5,2	4,2
Verden	76,0	65,7	76,5	2,8	5,4	2,5
Stat. Region Lüneburg	76,0	67,3	75,7	3,3	5,9	3,2
Delmenhorst, Stadt	71,1	59,3	73,1	5,0	8,5	4,3
Emden, Stadt	70,6	65,9	70,1	3,8	5,5	3,7
Oldenburg (Oldb), Stadt	75,8	67,0	75,6	3,7	6,9	3,4
Osnabrück, Stadt	75,1	66,2	76,2	3,6	5,1	3,4
Wilhelmshaven, Stadt	68,9	63,0	68,1	5,8	7,2	5,9
Ammerland	77,6	70,4	76,8	2,8	5,3	2,8
Aurich	69,9	61,2	68,6	3,1	6,0	3,2
Cloppenburg	76,4	70,9	76,7	2,7	3,9	2,5
Emsland	77,4	73,1	76,8	2,0	3,0	1,9
Friesland	74,9	61,5	74,4	3,5	6,9	3,6
Grafschaft Bentheim	77,8	69,1	78,7	2,1	3,4	1,9
Leer	71,4	62,0	71,2	3,6	6,2	3,4
Oldenburg	78,6	71,8	77,7	2,3	3,1	2,5
Osnabrück	79,3	71,7	79,7	2,4	3,9	2,3
Vechta	80,3	74,9	80,1	1,6	3,5	1,4
Wesermarsch	73,7	63,5	74,0	3,5	5,7	3,6
Wittmund	72,7	68,1	70,9	2,4	.	2,6
Stat. Region Weser-Ems	75,7	68,8	75,4	2,9	4,7	2,8
Niedersachsen	74,8	66,0	74,9	3,5	6,0	3,3

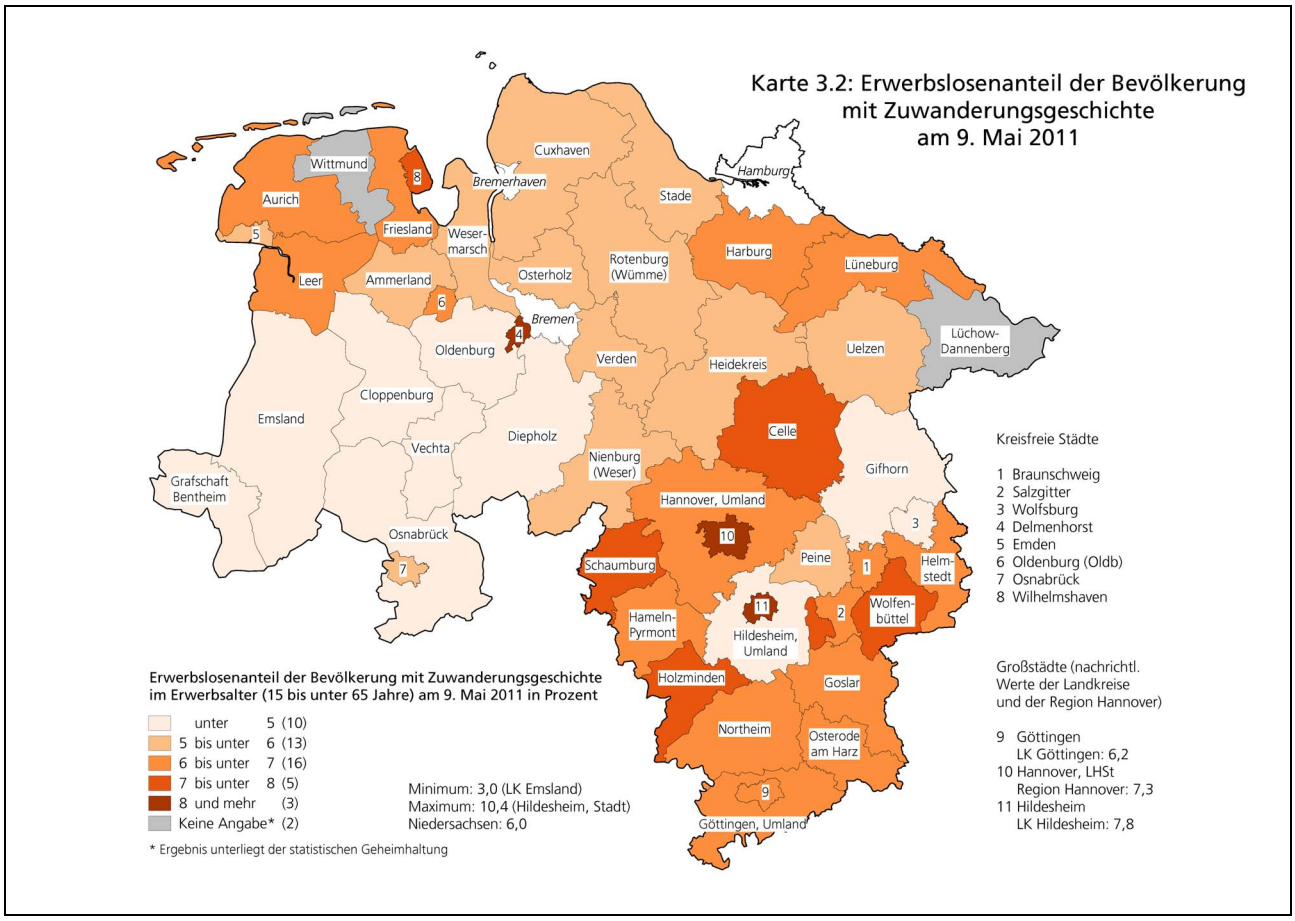
1) "." = Keine Angabe, weil der Zahlenwert geheim zu halten ist oder durch das Geheimhaltungsverfahren zu stark verändert wurde.
2) Mit Wirkung vom 01.08.2011 wurde der Landkreis Soltau-Fallingbostel in Landkreis Heidekreis umbenannt.

Quelle: Zensus 2011 (Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe, Kombinierte Registerauszählung und Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)



Spiegelbildlich gilt, dass Frauen und Männer mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 mit 6,0 Prozent einen fast doppelt so hohen Erwerbslosenanteil aufwiesen, wie die niedersächsische Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte (3,3 Prozent). Besonders hoch war der Anteil der Erwerbslosen an den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Stadt Hildesheim mit 10,4 Prozent (siehe Karte 3.2). Werte von über 8,0 Prozent fanden sich auch in der Stadt Delmenhorst (8,5 Prozent) sowie in der Landeshauptstadt Hannover (8,1 Prozent). Die Differenz zu den Erwerbslosenanteilen der Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte betrug hier jeweils mehr als 4,0 Prozentpunkte.

Am seltensten erwerbslos waren Frauen und Männer mit Zuwanderungsgeschichte in den Landkreisen Emsland (Erwerbslosenanteil: 3,0 Prozent), Oldenburg (3,1 Prozent) und Grafschaft Bentheim (3,4 Prozent). Hier fiel die Differenz gegenüber dem Erwerbslosenanteil der Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte auch deutlich kleiner geringer aus. Am kleinsten war sie im Landkreis Oldenburg mit lediglich +0,6 Prozentpunkten.



Berufliche Qualifikation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Alter von 25 bis unter 65 Jahren verfügten am 9. Mai 2011 laut Zensus in 34,4 Prozent aller Fälle nur über eine niedrige berufliche Ausbildung (siehe Tabelle 4). Zum Vergleich: Innerhalb der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte waren es lediglich 14,1 Prozent, die keine abgeschlossene Berufsausbildung hatten. Entsprechend geringer war mit 51,0 Prozent der Anteil der Frauen und Männer mit Zuwanderungsgeschichte, die eine mittlere berufliche Qualifikation, also eine anerkannte Berufsausbildung bzw. einen gleichwertigen Fachschulabschluss, vorweisen konnten. Innerhalb der Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte verfügten hingegen 69,5 Prozent der Personen über eine solche mittlere Qualifikation. Bei den akademischen Abschlüssen (hohe Qualifikation) zeigte sich wiederum nur ein kleiner Unterschied zwischen der Gruppe der Menschen mit (14,6 Prozent) und der ohne Zuwanderungsgeschichte (16,4 Prozent).

Bei der Betrachtung der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf Kreisebene (siehe Karte 4.1) zeigen sich besonders hohe Anteile von Niedrigqualifizierten in den Landkreisen Cloppenburg (41,7 Prozent) und Vechta (40,4 Prozent) sowie in der Stadt Salzgitter (40,0 Prozent). Die Landkreise Cloppenburg und Vechta bilden zusammen das Zentrum der niedersächsischen Fleischindustrie, in der viele gering qualifizierte Saisonarbeitskräfte tätig sind. Ein unterdurchschnittlicher Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und niedriger beruflicher Qualifikation fand sich am 9. Mai 2011 wiederum etwa in den Landkreisen Osterholz (27,5 Prozent), Uelzen (27,7 Prozent) und Rotenburg (Wümme) (28,6 Prozent).

Tabelle 4: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Alter von 25 bis unter 65 Jahren am 9. Mai 2011 nach beruflicher Qualifikation und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Insgesamt	davon nach beruflicher Qualifikation[1]		
		niedrig	mittel	hoch
	Anzahl[2]	Prozent[3]		
Braunschweig, Stadt	30 820	34,4	41,4	24,3
Salzgitter, Stadt	14 790	40,0	53,8	6,2
Wolfsburg, Stadt	20 630	28,8	54,8	16,4
Gifhorn	18 440	32,8	57,3	9,9
Göttingen	22 900	35,5	37,3	27,2
dav. Göttingen, Stadt	15 250	35,7	32,1	32,2
dav. Göttingen, Umland	7 650	35,1	47,7	17,2
Goslar	9 600	35,2	47,2	17,6
Helmstedt	5 570	33,9	55,5	10,6
Northeim	8 970	34,0	55,5	10,5
Osterode am Harz	4 620	39,8	54,3	5,8
Peine	9 870	35,0	55,3	9,7
Wolfenbüttel	7 480	30,3	48,8	20,9
Stat. Region Braunschweig	**153 700**	**34,2**	**49,0**	**16,8**
Region Hannover	150 400	34,6	46,5	18,8
dav. Hannover, Landeshauptstadt	88 400	35,7	41,2	23,1
dav. Hannover, Umland	62 010	33,1	54,1	12,8
Diepholz	15 300	31,9	53,3	14,8
Hameln-Pyrmont	13 800	35,4	53,4	11,2
Hildesheim	22 390	34,3	53,3	12,4
dav. Hildesheim, Stadt	11 890	38,8	46,8	14,4
dav. Hildesheim, Umland	10 510	29,2	60,6	10,2
Holzminden	5 340	37,1	51,1	11,8
Nienburg (Weser)	11 150	37,0	52,7	10,2
Schaumburg	12 610	37,0	51,9	11,0
Stat. Region Hannover	**231 010**	**34,8**	**48,8**	**16,5**
Celle	13 760	30,2	55,1	14,7
Cuxhaven	11 630	37,4	51,9	10,7
Harburg	15 390	29,8	53,7	16,6
Lüchow-Dannenberg	2 350	.	60,9	.
Lüneburg	12 060	32,8	49,3	17,9
Osterholz	6 510	27,5	55,5	17,1
Rotenburg (Wümme)	10 710	28,6	59,4	12,0
Heidekreis[4]	9 790	34,4	56,8	8,8
Stade	15 100	33,8	53,0	13,2
Uelzen	5 730	27,7	58,5	13,8
Verden	11 400	37,3	51,8	11,0
Stat. Region Lüneburg	**114 480**	**32,2**	**54,2**	**13,6**
Delmenhorst, Stadt	9 930	39,2	53,2	7,7
Emden, Stadt	3 930	37,9	51,9	10,2
Oldenburg (Oldb), Stadt	15 670	31,2	50,3	18,5
Osnabrück, Stadt	21 530	33,3	46,8	19,9
Wilhelmshaven, Stadt	6 830	38,1	49,0	12,9
Ammerland	6 440	33,7	54,7	11,6
Aurich	7 660	35,1	50,1	14,8
Cloppenburg	21 180	41,7	52,2	6,1
Emsland	29 380	30,6	59,5	9,8
Friesland	3 740	35,0	54,5	10,4
Grafschaft Bentheim	15 710	35,3	53,4	11,3
Leer	9 750	30,7	59,0	10,4
Oldenburg	6 890	38,5	50,2	11,3
Osnabrück	36 790	35,1	54,7	10,2
Vechta	14 810	40,4	50,2	9,3
Wesermarsch	6 440	38,4	52,2	9,5
Wittmund	2 240	34,4	51,3	.
Stat. Region Weser-Ems	**218 900**	**35,3**	**53,1**	**11,6**
Niedersachsen	**718 060**	**34,4**	**51,0**	**14,6**

1) hoch = akademischer Abschluss (Bachelor, Diplom/Magister/Master/Staatsexamen, Promotion); mittel = Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung, Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss; niedrig = Anlernausbildung, berufliches Praktikum von mind. 12 Monaten, Berufsvorbereitungsjahr, ohne abgeschlossene Berufsausbildung

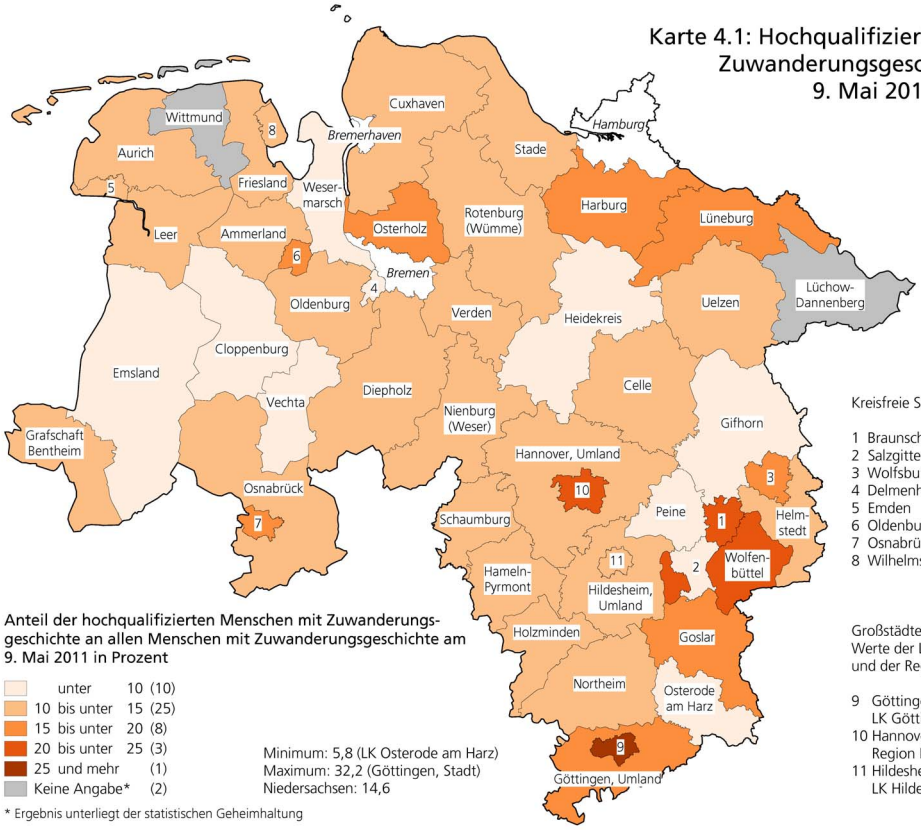
2) Die hochgerechneten Ergebnisse werden auf volle zehn Personen gerundet ausgewiesen. Die Summenwerte werden stets auf Basis der nicht gerundeten Ausgangswerte ermittelt, weshalb diese von der Summe der ausgewiesenen Einzelwerte abweichen können.

3) "." = Keine Angabe, weil der Zahlenwert geheim zu halten ist oder durch das Geheimhaltungsverfahren zu stark verändert wurde.

4) Mit Wirkung vom 01.08.2011 wurde der Landkreis Soltau-Fallingbostel in Landkreis Heidekreis umbenannt.

Quelle: Zensus 2011 (Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)

Karte 4.1: Hochqualifizierte Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011



Anteil der hochqualifizierten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an allen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 in Prozent

unter	10	(10)
10 bis unter	15	(25)
15 bis unter	20	(8)
20 bis unter	25	(3)
25 und mehr		(1)
Keine Angabe*		(2)

* Ergebnis unterliegt der statistischen Geheimhaltung

Minimum: 5,8 (LK Osterode am Harz)
Maximum: 32,2 (Göttingen, Stadt)
Niedersachsen: 14,6

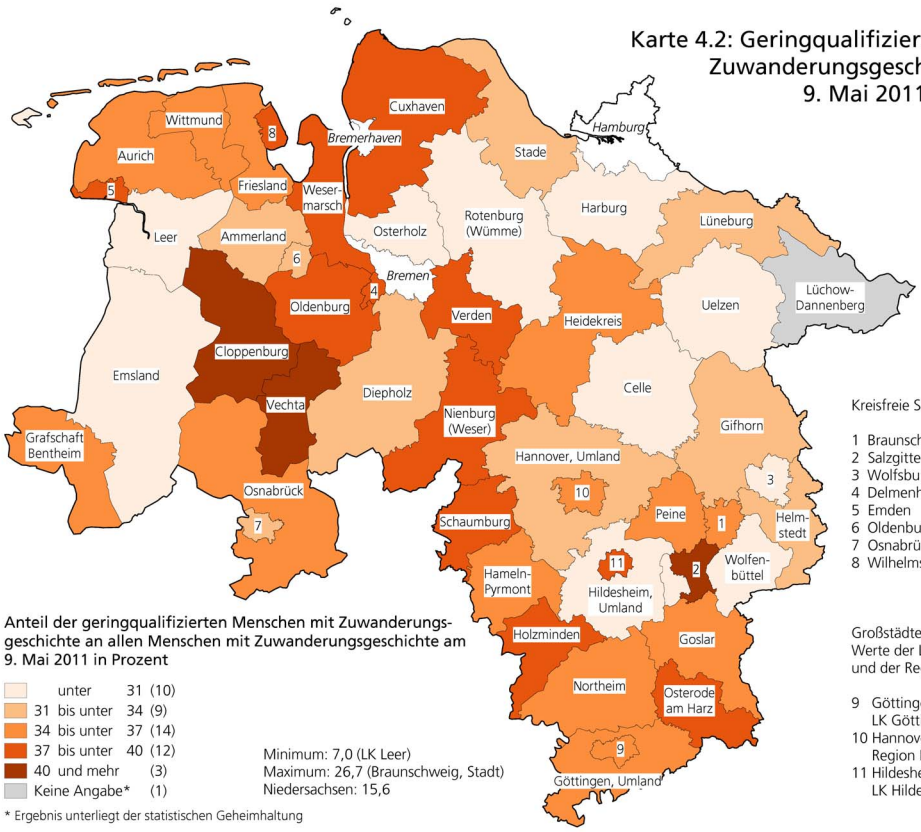
Kreisfreie Städte

1 Braunschweig
2 Salzgitter
3 Wolfsburg
4 Delmenhorst
5 Emden
6 Oldenburg (Oldb)
7 Osnabrück
8 Wilhelmshaven

Großstädte (nachrichtl. Werte der Landkreise und der Region Hannover)

9 Göttingen
LK Göttingen: 27,2
10 Hannover, LHSt
Region Hannover: 18,8
11 Hildesheim
LK Hildesheim: 12,4

Karte 4.2: Geringqualifizierte Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011



Anteil der geringqualifizierten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an allen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 in Prozent

unter	31	(10)
31 bis unter	34	(9)
34 bis unter	37	(14)
37 bis unter	40	(12)
40 und mehr		(3)
Keine Angabe*		(1)

* Ergebnis unterliegt der statistischen Geheimhaltung

Minimum: 7,0 (LK Leer)
Maximum: 26,7 (Braunschweig, Stadt)
Niedersachsen: 15,6

Kreisfreie Städte

1 Braunschweig
2 Salzgitter
3 Wolfsburg
4 Delmenhorst
5 Emden
6 Oldenburg (Oldb)
7 Osnabrück
8 Wilhelmshaven

Großstädte (nachrichtl. Werte der Landkreise und der Region Hannover)

9 Göttingen
LK Göttingen: 14,9
10 Hannover, LHSt
Region Hannover: 18,1
11 Hildesheim
LK Hildesheim: 19,0

Besonders hohe Anteile von Hochqualifizierten fanden sich vor allem in den niedersächsischen Großstädten, wobei die Universitätsstadt Göttingen mit einem Anteil von 32,2 Prozent deutlich hervorsticht (siehe Karte 4.2). Anteile von über 20 Prozent waren in Braunschweig (24,3 Prozent), der Landeshauptstadt Hannover (23,1 Prozent) sowie dem Landkreis Wolfenbüttel (20,9 Prozent) zu verzeichnen. Zehn Kreise und kreisfreie Städte wiesen demgegenüber einen Hochqualifiziertenanteil unter den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte von unter 10 Prozent auf. Besonders gering war der Anteil in den Landkreisen Osterode am Harz (5,8 Prozent) und Cloppenburg (6,1 Prozent) sowie in den kreisfreien Städten Salzgitter (6,2 Prozent) und Delmenhorst (7,7 Prozent).

Die letztgenannten vier Kreise und kreisfreien Städte zeichneten sich somit sowohl durch einen sehr geringen Anteil Hochqualifizierter aus als auch durch einen im Gegenzug besonders hohen Anteil Niedrigqualifizierter.

Differenziert man die Gruppe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte neben der beruflichen Qualifikation zusätzlich nach Altersgruppen und dem Geschlecht (siehe Tabelle 5), so ergibt sich für Männer und Frauen jeweils ein unterschiedliches Bild. Während bei den Männern der höchste Anteil von Niedrigqualifizierten mit 34,3 Prozent in der untersten Altersgruppe von 25 bis unter 35 Jahren und der höchste Anteil von Hochqualifizierten mit 15,6 Prozent bei den 55 bis unter 65-Jährigen zu finden war, verhielt es sich bei den Frauen genau umgekehrt. Hier gab es die meisten Niedrigqualifizierten mit 37,8 Prozent in der höchsten Altersgruppe von 55 bis unter 65 Jahren, die meisten Hochqualifizierten wiederum bei den 25 bis unter 35-Jährigen mit 17,2 Prozent. Dieser Unterschied zwischen den Geschlechtern ist auf den starken Anstieg des Frauenanteils im Bereich der Hochschulbildung in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen. So hat sich der Studentinnenanteil an deutschen Hochschulen seit Beginn der 1960er-Jahre nahezu verdoppelt und betrug zuletzt (Wintersemester 2012/2013) 47,4 Prozent.

Insgesamt wies die Gruppe der Frauen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 gegenüber den Männern sowohl höhere Anteile von niedriger Qualifikation (36,3 Prozent zu 32,4 Prozent bei den Männern) als auch von höherer Qualifikation (15,3 Prozent zu 13,8 Prozent bei den Männern) auf.

Tabelle 5: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Alter von 25 bis unter 65 Jahren am 9. Mai 2011 nach beruflicher Qualifikation, Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe von … bis unter … Jahre	Insgesamt	davon nach beruflicher Qualifikation[1]		
		niedrig	mittel	hoch
	Anzahl[2]	Prozent		
		Männer		
25 - 35	103 450	34,3	52,4	13,4
35 - 45	95 500	32,3	53,9	13,8
45 - 55	93 360	33,9	52,9	13,2
55 - 65	61 670	27,3	57,1	15,6
25 - 65	**353 980**	**32,4**	**53,7**	**13,8**
		Frauen		
25 - 35	110 210	34,3	48,5	17,2
35 - 45	100 590	37,6	47,4	15,0
45 - 55	89 460	36,3	49,4	14,4
55 - 65	63 860	37,8	48,3	13,9
25 - 65	**364 120**	**36,3**	**48,4**	**15,3**

1) hoch = akademischer Abschluss (Bachelor, Diplom/Magister/Master/Staatsexamen, Promotion); mittel = Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung, Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss; niedrig = Anlernausbildung, berufliches Praktikum von mind. 12 Monaten, Berufsvorbereitungsjahr, ohne abgeschlossene Berufsausbildung

2) Die hochgerechneten Ergebnisse werden auf volle zehn Personen gerundet ausgewiesen. Die Summenwerte werden stets auf Basis der nicht gerundeten Ausgangswerte ermittelt, weshalb diese von der Summe der ausgewiesenen Einzelwerte abweichen können.

Quelle: Zensus 2011 (Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)

Tabelle 6 kombiniert die berufliche Qualifikation mit der Erwerbsbeteiligung, wodurch ersichtlich wird, dass Personen mit Zuwanderungsgeschichte und mittlerer Qualifikation deutlich häufiger erwerbstätig waren (77,6 Prozent) als jene mit niedriger Qualifikation (59,0 Prozent). Bei der Gruppe der Hochqualifizierten ist demgegenüber ein leichter Abfall der Erwerbstätigenquote auf 76,8 Prozent zu erkennen.

Tabelle 6: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Alter von 25 bis unter 65 Jahren am 9. Mai 2011 nach Altersgruppen, Erwerbsbeteiligung und beruflicher Qualifikation

Altersklasse von … bis unter…. Jahre	Insgesamt	davon		
		Erwerbspersonen		Nichterwerbspersonen
		Erwerbstätige	Erwerbslose	
	Anzahl[1]	Prozent		
		niedrige Qualifikation[2]		
25 – 35	73 300	56,3	9,2	34,5
35 – 45	68 640	65,4	8,4	26,2
45 – 55	64 110	65,2	7,0	27,7
55 - 65	40 980	43,2	5,7	51,1
25 - 65	**247 030**	**59,0**	**7,8**	**33,2**
		mittlere Qualifikation[2]		
25 – 35	107 610	80,6	4,9	14,5
35 – 45	99 110	81,3	5,2	13,5
45 – 55	93 520	82,8	4,6	12,7
55 - 65	66 040	60,1	5,0	34,8
25 - 65	**366 280**	**77,6**	**4,9**	**17,4**
		hohe Qualifikation[2]		
25 – 35	32 750	74,8	5,8	19,5
35 – 45	28 340	81,9	3,8	14,2
45 – 55	25 180	80,3	7,2	12,4
55 - 65	18 500	67,8	4,6	27,5
25 - 65	**104 770**	**76,8**	**5,4**	**17,8**

1) Die hochgerechneten Ergebnisse werden auf volle zehn Personen gerundet ausgewiesen. Die Summenwerte werden stets auf Basis der nicht gerundeten Ausgangswerte ermittelt, weshalb diese von der Summe der ausgewiesenen Einzelwerte abweichen können.
2) hoch = akademischer Abschluss (Bachelor, Diplom/Magister/Master/Staatsexamen, Promotion); mittel = Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung, Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss; niedrig = Anlernausbildung, berufliches Praktikum von mind. 12 Monaten, Berufsvorbereitungsjahr, ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Quelle: Zensus 2011 (Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)

Wohnverhältnisse von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Im Rahmen der sogenannten Gebäude- und Wohnungszählung wurden beim Zensus 2011 Daten zur Wohnsituation der niedersächsischen Bevölkerung erhoben. Daraus geht hervor, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 pro Person durchschnittlich 1,6 Räume mit 33,9 m² Wohnfläche zur Verfügung hatten (siehe Tabelle 7). Regional reichte die Spanne von 1,4 Räumen mit durchschnittlich 27,7 m² in der Stadt Salzgitter bis hin zu 1,8 Räumen mit einer Wohnfläche von durchschnittlich 40,4 m² im Landkreis Grafschaft Bentheim. Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte verfügten am 9. Mai 2011 in Niedersachsen durchschnittlich über 1,9 Räume mit 46,26 m² und somit über mehr Wohnfläche als Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Religionszugehörigkeit von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Laut Zensus 2011 waren am 9. Mai 2011 24,6 Prozent aller Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Mitglieder der Evangelischen Kirche, 23,9 Prozent waren römisch-katholisch (siehe Tabelle 8). Der Anteil der Muslime kann nicht separat ausgewiesen werden, da es sich hierbei um keine öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaft handelt.

Tabelle 7: Wohnverhältnisse der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Bevölkerung mit Migrationshintergrund	Durchschnittliche Wohnfläche pro Person	Raumzahl pro Person
	Anzahl[1)]	m² [1)]	Anzahl[1) 2)]
Braunschweig, Stadt	51 450	32,1	1,6
Salzgitter, Stadt	27 800	27,7	1,4
Wolfsburg, Stadt	36 850	32,4	1,5
Gifhorn	34 570	36,5	1,6
Göttingen	40 170	33,5	1,6
dav. Göttingen, Stadt	26 480	31,2	1,4
dav. Göttingen, Umland	13 690	38,0	1,8
Goslar	17 520	33,9	1,7
Helmstedt	9 260	38,3	1,8
Northeim	17 110	35,4	1,7
Osterode am Harz	8 820	35,2	1,7
Peine	17 970	35,3	1,6
Wolfenbüttel	14 100	34,6	1,6
Stat. Region Braunschweig	**275 610**	**33,4**	**1,6**
Region Hannover	263 640	31,5	1,4
dav. Hannover, Landeshauptstadt	153 870	29,9	1,4
dav. Hannover, Umland	109 770	33,8	1,5
Diepholz	27 100	37,4	1,7
Hameln-Pyrmont	25 350	35,4	1,6
Hildesheim	41 990	33,1	1,6
dav. Hildesheim, Stadt	22 650	29,5	1,5
dav. Hildesheim, Umland	19 340	37,3	1,7
Holzminden	10 300	36,8	1,7
Nienburg (Weser)	20 460	34,2	1,6
Schaumburg	22 560	34,5	1,6
Stat. Region Hannover	**411 410**	**32,7**	**1,5**
Celle	25 630	35,6	1,7
Cuxhaven	20 920	36,4	1,7
Harburg	27 890	36,1	1,6
Lüchow-Dannenberg	4 340	/	/
Lüneburg	22 270	33,4	1,5
Osterholz	11 920	34,9	1,6
Rotenburg (Wümme)	19 670	35,9	1,7
Heidekreis[3)]	17 800	35,0	1,6
Stade	26 310	32,9	1,6
Uelzen	10 230	36,1	1,7
Verden	22 580	33,2	1,5
Stat. Region Lüneburg	**209 550**	**34,9**	**1,6**
Delmenhorst, Stadt	18 480	29,6	1,4
Emden, Stadt	7 150	30,5	1,5
Oldenburg (Oldb), Stadt	26 680	30,8	1,5
Osnabrück, Stadt	37 280	33,3	1,5
Wilhelmshaven, Stadt	12 230	32,3	1,6
Ammerland	11 470	37,4	1,7
Aurich	13 530	37,1	1,7
Cloppenburg	40 930	33,4	1,5
Emsland	51 480	39,8	1,8
Friesland	6 910	35,6	1,7
Grafschaft Bentheim	28 630	40,4	1,8
Leer	17 110	38,9	1,8
Oldenburg	12 920	34,2	1,5
Osnabrück	67 720	34,3	1,5
Vechta	27 110	33,4	1,5
Wesermarsch	11 980	31,0	1,5
Wittmund	3 690	37,1	1,8
Stat. Region Weser-Ems	**395 290**	**34,9**	**1,6**
Niedersachsen	**1 291 860**	**33,9**	**1,6**

1) "/" = Keine Angabe, da Zahlenwert aufgrund Stichprobenfehler nicht sicher genug

3) Die hochgerechneten Ergebnisse werden auf volle zehn Personen gerundet ausgewiesen. Die Summenwerte werden stets auf Basis der nicht gerundeten Ausgangswerte ermittelt, weshalb diese von der Summe der ausgewiesenen Einzelwerte abweichen können.

3) Mit Wirkung vom 01.08.2011 wurde der Landkreis Soltau-Fallingbostel in Landkreis Heidekreis umbenannt.

Quelle: Zensus 2011 (Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)

Tabelle 8: Religionszugehörigkeit von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am 9. Mai 2011 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Insgesamt	davon nach Religionszugehörigkeit[1]						
		Römisch-katholische Kirche	Evangelische Kirche	Evangelische Freikirchen	Orthodoxe Kirchen	Jüdische Gemeinden	Sonstige	Keiner ö.-r. Religionsgesellschaft zugehörig
	Anzahl[2]	Prozent[3]						
Braunschweig, Stadt	51 450	27,5	16,3	.	4,1	.	11,8	38,0
Salzgitter, Stadt	27 800	26,1	17,2	2,3	1,3	.	9,1	44,1
Wolfsburg, Stadt	36 850	36,4	23,8	5,7	5,5	.	7,3	21,2
Gifhorn	34 570	17,3	35,0	8,9	3,2	.	6,5	28,9
Göttingen	40 170	27,9	18,8	.	5,6	.	9,4	37,5
dav. Göttingen, Stadt	26 480	25,6	17,1	.	6,1	.	9,1	41,5
dav. Göttingen, Umland	13 690	32,4	22,2	.	4,7	.	10,0	29,9
Goslar	17 520	26,0	20,5	.	5,0	.	8,6	39,0
Helmstedt	9 260	31,1	22,8	.	3,3	.	9,3	32,4
Northeim	17 110	23,8	29,3	3,4	5,6	.	9,5	28,2
Osterode am Harz	8 820	19,8	25,1	6,6	3,1	.	16,9	28,5
Peine	17 970	23,2	22,5	1,6	3,8	.	12,5	36,4
Wolfenbüttel	14 100	28,2	19,6	.	4,6	.	11,1	36,2
Stat. Region Braunschweig	**275 610**	**26,7**	**22,2**	**3,2**	**4,2**	**0,1**	**9,7**	**33,9**
Region Hannover	263 640	22,9	15,8	1,1	6,9	0,9	9,6	42,8
dav. Hannover, Landeshauptstadt	153 870	20,3	12,4	1,0	7,8	1,3	10,2	47,0
dav. Hannover, Umland	109 770	26,5	20,6	1,3	5,8	0,3	8,7	37,0
Diepholz	27 100	23,6	28,3	2,3	4,1	.	9,1	32,3
Hameln-Pyrmont	25 350	22,1	25,2	1,7	4,7	1,2	11,6	33,5
Hildesheim	41 990	33,1	19,5	.	4,6	.	10,6	31,5
dav. Hildesheim, Stadt	22 650	30,6	14,0	.	4,9	.	13,6	36,1
dav. Hildesheim, Umland	19 340	35,9	25,9	.	4,3	.	7,2	26,0
Holzminden	10 300	15,0	26,6	10,2	.	.	12,5	33,0
Nienburg (Weser)	20 460	19,6	34,1	.	3,9	.	11,2	30,1
Schaumburg	22 560	21,5	26,7	2,5	4,2	.	12,9	32,0
Stat. Region Hannover	**411 410**	**23,5**	**19,3**	**1,5**	**6,0**	**0,7**	**10,1**	**38,9**
Celle	25 630	18,8	32,3	.	4,1	.	9,4	33,6
Cuxhaven	20 920	30,8	24,0	1,5	2,8	.	10,1	30,7
Harburg	27 890	21,6	19,9	2,0	5,1	.	9,1	42,2
Lüchow-Dannenberg	4 340	24,2	31,1	.	.	.	.	33,2
Lüneburg	22 270	19,7	27,2	.	3,5	.	7,3	41,9
Osterholz	11 920	20,6	24,1	.	3,7	.	14,3	36,4
Rotenburg (Wümme)	19 670	19,9	31,6	4,8	5,4	.	6,9	31,4
Heidekreis[4]	17 800	21,5	35,4	1,3	3,3	.	7,9	30,5
Stade	26 310	22,3	25,6	.	2,9	.	7,9	40,3
Uelzen	10 230	22,8	38,3	.	.	.	10,9	23,5
Verden	22 580	14,5	27,5	8,5	4,1	.	10,0	35,2
Stat. Region Lüneburg	**209 550**	**21,2**	**27,9**	**2,4**	**3,8**	**.**	**9,1**	**35,5**
Delmenhorst, Stadt	18 480	23,7	19,8	.	7,7	.	8,8	38,8
Emden, Stadt	7 150	27,7	27,8	.	4,6	.	9,1	29,8
Oldenburg (Oldb), Stadt	26 680	25,3	23,7	.	5,3	.	10,4	33,7
Osnabrück, Stadt	37 280	32,3	17,1	.	7,2	.	12,0	28,9
Wilhelmshaven, Stadt	12 230	18,7	28,4	.	5,8	.	7,0	38,2
Ammerland	11 470	21,3	29,8	.	4,1	.	7,1	36,0
Aurich	13 530	19,6	29,8	.	3,8	.	8,6	37,0
Cloppenburg	40 930	18,3	41,7	15,4	4,4	.	6,1	14,2
Emsland	51 480	26,0	37,2	3,3	3,7	.	5,3	24,5
Friesland	6 910	26,3	21,7	.	4,1	.	5,4	41,1
Grafschaft Bentheim	28 630	23,0	23,1	8,2	2,7	.	7,5	35,3
Leer	17 110	13,9	34,8	2,6	3,6	.	8,2	36,9
Oldenburg	12 920	22,1	28,7	5,0	6,3	.	8,4	29,1
Osnabrück	67 720	25,3	31,7	7,0	4,7	.	7,8	23,3
Vechta	27 110	25,9	34,3	2,1	4,2	.	8,1	25,2
Wesermarsch	11 980	17,7	26,5	.	3,0	.	17,3	34,4
Wittmund	3 690	25,7	34,7	.	.	.	8,7	28,2
Stat. Region Weser-Ems	**395 290**	**23,8**	**30,0**	**4,7**	**4,7**	**0,2**	**8,2**	**28,3**
Niedersachsen	**1 291 860**	**23,9**	**24,6**	**3,0**	**4,8**	**0,3**	**9,3**	**34,1**

1) Unter der Position "Sonstige" alle Personen zusammengefasst, die einer anderen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören. Zu "Keiner ö.-r. Religionsgesellschaft zugehörig" zählen auch Personen, zu denen keine Informationen vorliegen.

2) Die hochgerechneten Ergebnisse werden auf volle zehn Personen gerundet ausgewiesen. Die Summenwerte werden stets auf Basis der nicht gerundeten Ausgangswerte ermittelt, weshalb diese von der Summe der ausgewiesenen Einzelwerte abweichen können.

3) "." = Keine Angabe, weil der Zahlenwert geheim zu halten ist oder durch das Geheimhaltungsverfahren zu stark verändert wurde.

4) Mit Wirkung vom 01.08.2011 wurde der Landkreis Soltau-Fallingbostel in Landkreis Heidekreis umbenannt.

Quelle: Zensus 2011 (Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)

Arbeitsmigration und Fachkräftesicherung

Dieser Abschnitt widmet sich gezielt dem Thema Arbeitsmigration, welches in den vergangenen Jahren vor dem Hintergrund eines fortwährend hohen Bedarfs an qualifizierten Fachkräften enorm an Bedeutung gewonnen hat. In mehreren Unterabschnitten wird auf einzelne Aspekte dieses Themenkomplexes eingegangen. Insbesondere werden aufgrund aktueller Entwicklungen in den letzten Monaten die Zuwanderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus osteuropäischen Staaten sowie die teilweise kritisch zu sehenden Lebenssituationen dieser Menschen in Niedersachsen näher betrachtet.

Nach einer kurzen Einleitung und einer Darstellung der migrationspolitischen Rahmenbedingungen wird im ersten Abschnitt zunächst das Wanderungsgeschehen zwischen Niedersachsen und dem Ausland in der Zeit von 2007 bis 2013 dargestellt. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Entwicklungen und Trends im Wanderungsgeschehen zwischen Niedersachsen und den Ländern Europas.

In dem darauf folgenden Abschnitt wird die Erwerbs- und Einkommenssituation im Vergleich der EU-Mitgliedsstaaten dargestellt. Im Vordergrund steht hierbei die Frage nach den sogenannten Push- und Pull-Faktoren, aus denen sich Motive für eine erwerbsorientierte Zuwanderung nach Deutschland und Niedersachsen entwickeln.

In einem separaten Teil wird anschließend der Blick auf die Gruppe der seit der Jahrtausendwende neu zugewanderten Frauen und Männer gerichtet, mit dem Ziel, diese Personengruppe näher zu charakterisieren. Woher kommen neu Zugewanderte, wie gut sind sie (aus-)gebildet und wie gut gelingt es ihnen, auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen? Die Resultate dieser Analyse verdeutlichen die Herausforderungen und Potentiale einer gleichberechtigten Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am niedersächsischen Arbeitsmarkt.

Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich mit der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien nach Niedersachsen. Dieses Thema hat spätestens seit der Öffnung des Arbeitsmarktes verstärkt zu einer gesellschaftspolitischen Debatte geführt. Im Zentrum dieser Debatte steht dabei häufig die Frage, ob es sich bei diesen Wanderungen nicht vornehmlich um eine „Armutseinwanderung“ handelt. Betrachtet werden in diesem Teil daher Daten zur Migration aus Rumänien und Bulgarien, die zur Versachlichung des auch emotional aufgeladenen Diskurses beitragen können.

Den Abschluss dieses Zusatzkapitels bildet eine Zusammenfassung der Ergebnisse einer explorativen Studie zur Lebenssituation von Menschen in Niedersachsen, die in Werkvertragskonstellationen beschäftigt sind. Im Rahmen dieser Studie, die im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung durchgeführt wurde, wurden die zumeist prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Menschen näher untersucht, von denen die meisten aus südosteuropäischen Ländern stammen.

Migrationspolitische Rahmenbedingungen

Als Beginn des bis heute anhaltenden Prozesses der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik Deutschland und im Zuge dessen auch nach Niedersachsen kann die Phase der Anwerbeabkommen in den 1950er und 1960er Jahren gesehen werden. Im Rahmen dieser Kooperationen, vor allem mit Staaten Süd- und Südosteuropas[4], kamen bis zum sogenannten Anwerbestopp 1973 in großer Zahl ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland. Die bis heute aktuelle Debatte um die gleichberechtigte gesellschaftliche Partizipation zugewanderter Frauen und Männer wurde maßgeblich durch diese Phase der Arbeitsmigration befördert, in der sich zunächst temporäre Zuwanderung verfestigte und die Gesellschaft wie Politik vor neue Herausforderungen stellte.

Als die CDU/CSU/FDP-Koalition im Jahr 1998 auf Bundesebene abgelöst wurde, hofften viele Menschen auf einen wirklichen Paradigmenwechsel u.a. in der Ausländerinnen-/ Ausländer- und Asylpolitik. In der am 20. Oktober 1998 zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen geschlossenen Koalitionsvereinbarung wurde dann erstmalig zum Ausdruck gebracht, dass sich zwei Regierungsparteien zur Anerkennung der faktischen Einwanderungsrealität in der Bundesrepublik bekannten. Es wurde in diesem Zusammenhang von einem „unumkehrbare(n) Zuwanderungsprozess" gesprochen. Mit der Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts bzw. der Novellierung des aus dem Jahr 1913 stammenden Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG) als zentralem migrationspolitischen Reformvorhaben wurde dies untermauert.[5]

Aktuelle Arbeitsmigration findet vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen, wie bspw. einer deutlich weiter fortgeschrittenen Globalisierung der zum Teil ungeregelten Märkte statt. Betrachtet man vorwiegend Migration aus Europa nach Deutschland und Niedersachsen, so ist dafür selbstverständlich die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft von größter Relevanz. Im Zuge der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes wurde mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahr 1957 die Freizügigkeit für Arbeitnehmer eingeführt. Mit der Weiterentwicklung der EWG zur Europäischen Union und der regelmäßigen Erneuerung der Vertragswerke wurde dieses Recht zunächst auf alle EU-Bürger, auch auf solche ohne das Ziel der Aufnahme einer Beschäftigung, ausgedehnt (Vertrag von Maastricht 1993) und durch ergänzende Abkommen darüber hinaus auf Staatsangehörige der EFTA-Staaten Norwegen, Island und Lichtenstein sowie auf Bürgerinnen und Bürger der Schweiz. Die Freizügigkeit der Unionsbürger ist mittlerweile in der Grundrechte-Charta der EU sowie in Artikel 21 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) fest verankert, die der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Speziellen in Artikel 45 AEUV. Bedingungen und Beschränkungen der Freizügigkeit ergeben sich aus unterschiedlichen Durchführungsvorschriften, vor allem aus der sogenannten Freizügigkeitsrichtlinie vom 29. April 2004 (2004/38/EG), die von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt wurde.

Im Rahmen der bisherigen EU-Erweiterungen wurde den Mitgliedsstaaten jeweils die Möglichkeit eingeräumt, für einen Übergangszeitraum von mehreren Jahren den Zugang der neuen Unionsbürgerinnen und -bürger zum Arbeitsmarkt zu beschränken und so zu steuern. Der Hintergrund waren nationale Bedenken, dass eine unmit-

[4] Italien (1955), Spanien (1960), Griechenland (1960), Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968)

[5] Vgl. Reißlandt, Carolin: Rot-grüne Migrationspolitik und die Zuwanderungsdebatte - Vom „Paradigmenwechsel" zum Wahlkampfthema?, in: Eicker-Wolf, Kindler, Schäfer (Hg.), Deutschland auf den Weg gebracht. Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Metropolis Verlag, 2002

telbare, vollständige Öffnung der heimischen Arbeitsmärkte für diesen Personenkreis zu steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen in den Mitgliedsstaaten führen könnte. Diese Option, die volle Arbeitsnehmerfreizügigkeit erst nach Ablauf eines Übergangszeitraums zu gewähren, nutzte die Bundesrepublik Deutschland bereits im Rahmen der EU-Beitritte von Griechenland, Spanien und Portugal in den 1980er Jahren. Für die am 1. Mai 2004 im Zuge der EU-Osterweiterung hinzugekommenen Mitgliedsstaaten gilt die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit seit dem 1. Mai 2011, nach einer siebenjährigen Übergangsfrist. Der Übergangszeitraum für die 2007 der EU beigetretenen Staaten Rumänien und Bulgarien ist jüngst zum 1. Januar 2014 ausgelaufen, für Kroatien (EU-Beitritt am 1. Juli 2013) läuft bis zum 30. Juli 2015 die erste zweijährige Phase der Beschränkungen beim Arbeitsmarktzugang. Eine Verlängerung dieser Beschränkungen um weitere drei und anschließend noch einmal zwei Jahre ist möglich. In diesem Übergangszeitraum benötigen kroatische Bürgerinnen und Bürger zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in Deutschland eine sogenannte Arbeitsgenehmigung-EU, die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) ggf. nach Abschluss einer Vorrangprüfung vergeben werden kann. Ausnahmen sind Fachkräfte mit Hochschulabschluss, Auszubildende sowie Saisonkräfte, die keine Arbeitsgenehmigung benötigen. Für Beschäftigungen in Berufen, die eine Berufsausbildung voraussetzen, entfällt die sogenannte Vorrangprüfung, im Rahmen derer sonst von der BA geprüft wird, ob nicht auch eine geeignete deutsche Bewerberin oder ein geeigneter deutscher Bewerber für die jeweilige Beschäftigung existiert. Diese Beschränkungen des Arbeitsmarktzugangs entsprechen jenen, welche bis Anfang 2014 für Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Rumäniens und Bulgariens sowie zuvor für die Bürgerinnen und Bürger der im Jahr 2004 neu aufgenommenen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten galten.

Mit Blick auf das wichtige Thema Fachkräftesicherung sind an dieser Stelle die europapolitischen Maßnahmen zur Förderung der Migration hochqualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Drittstaaten in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu erwähnen. Mit der Hochqualifizierten-Richtlinie (2009/50/EG) wurde 2009 EU-weit in Analogie zur bekannten amerikanischen Green Card die sogenannte Blaue Karte EU (EU Blue Card) auf den Weg gebracht. Es handelt sich dabei um den Nachweis eines Aufenthaltstitels, der speziell für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer hohen beruflichen Qualifikation geschaffen wurde und zum 1. August 2012 mit dem § 19a des Aufenthaltsgesetzes in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Blauen Karte für den Aufenthalt in Deutschland sind ein Hochschulabschluss (in Deutschland anerkannt oder mit einem deutschen Abschluss vergleichbar), ein konkretes Arbeitsplatzangebot bzw. ein bereits vorliegender Arbeitsvertrag mit einem Arbeitgeber in Deutschland sowie ein Mindestbruttoeinkommen von aktuell (Stand 2014) 47 600 Euro pro Jahr. In sogenannten Mangelberufen (insbesondere für Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler, Mathematikerinnen und Mathematiker, Ingenieurinnen und Ingenieure sowie für Ärztinnen und Ärzte) gilt eine verringerte Bruttogehaltsgrenze von 37 128 Euro. Der Aufenthaltstitel Blaue Karte EU wird bei erstmaliger Erteilung auf höchstens vier Jahre bzw. die Dauer des Arbeitsvertrages zuzüglich dreier Monate befristet und kann bei fortwährender Beschäftigung verlängert werden. Die Neufassung der Beschäftigungsverordnung (BeschV) 2013 beinhaltet eine arbeitsmarktorientierte, gesteuerte Zuwanderung nicht-akademischer, ausländischer Fachkräfte nach Deutschland. Mit Einführung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) und des Niedersächsischen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (NBQFG) 2012 wurden die Möglichkeiten zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen wesentlich verbessert.

Arbeitsmigration nach Niedersachsen

Dass Menschen aus anderen Staaten nach Niedersachsen kommen, um hier zu arbeiten und zu leben, womöglich auch, um für immer hier zu bleiben, ist kein neues Phänomen. Doch mit dem Recht auf Freizügigkeit hat die Europäische Union eine neue Qualität für die Voraussetzungen der Migration geschaffen: Erstmals in der Geschichte ist eine rechtlich abgesicherte Migration im europäischen Raum möglich, in dem mehr als eine halbe Milliarde Menschen leben. Damit besteht die Chance, dass Europa enger zusammenwächst und die Menschen verschiedener Nationalität einander begegnen und zusammen für das allgemeine Wohlergehen der Union arbeiten. Aber natürlich sind mit den neuen Möglichkeiten auch neue Herausforderungen entstanden.

Menschen verlassen ihre Heimat aus vielfältigen Beweggründen. Seitdem aber die Krise des Wirtschafts- und Finanzsystems vor allem die südlichen und südosteuropäischen Staaten besonders hart getroffen hat, ist deutlich zu erkennen, dass die Tendenz zur Migration von dort angestiegen ist, um in strukturstärkeren und prosperierenden Regionen zu arbeiten. Dazu gehört auch Niedersachsen.

Im Unterschied zu den „Gastarbeitern" der 1950er- bis 1970er-Jahre ist der soziale Hintergrund der Zuwanderinnen und Zuwanderer vielfältiger. Die Mittelschicht ist ebenso wie die Eliten in der „Neuen Arbeitsmigration" (Pfeffer-Hoffmann) stark vertreten. Die Migrantinnen und Migranten, die nach Niedersachsen kommen, sind in der Regel besser ausgebildet als in früheren Jahrzehnten. Auch ist die „Neue Arbeitsmigration" mobiler. Arbeitsplatz und Arbeitsort sind – aus welchen Gründen auch immer – für die zugewanderten Beschäftigten oft nicht auf Dauer angelegt. Die Freizügigkeit hat nicht nur Restriktionen für die Einwanderung innerhalb der EU abgebaut, sondern auch administrative Steuerungsmöglichkeiten.

Deutschland ist häufig nicht mehr das erste Zielland von Migrantinnen und Migranten. Vielmehr verlassen viele ihr erstes Zielland, weil es von der Krise stark betroffen ist, um weiter nach Deutschland und Niedersachsen zu migrieren. Dabei ist auch ein gewisser Ketteneffekt zu erkennen, weil die Zuwanderung in soziale Netzwerke aus bereits im Zielland lebenden Familienangehörigen, Bekannten und Freunden eine wesentliche Entscheidungsgrundlage bei der Auswahl des Migrationsziels ist.

Es zeichnet sich ab, dass das Ausmaß der Zuwanderung aus den Krisenländern ebenso wie aus den Ländern, die neu die volle Freizügigkeit nach Deutschland nutzen können, weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Die These von der massenhaften „Armutszuwanderung" in den Wohlfahrtsstaat findet sich nicht bestätigt. Zum Teil gezielt entworfene Schreckensszenarien einer Überfremdung oder des Untergangs des deutschen Sozialstaates sind jenseits der Realität. Vielmehr gewinnt die Überzeugung an Boden, dass die Zuwanderung ein Gewinn für Deutschland und Niedersachsen ist, trotz partiell großer Herausforderungen vor allem in einigen deutschen Großstädten, wozu auch die Landeshauptstadt Hannover und andere große Städte in Niedersachsen gehören.

Die „Neue Arbeitsmigration" erfährt somit ein anderes Deutschland als noch vor einigen Jahrzehnten, als man lediglich „Gäste" erwartete und auch wollte, dass sie nach einer gewissen Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Heute bekennt sich Deutschland zur Einwanderung. Die demographische Entwicklung und Prognose offenbart zudem die Notwendigkeit von Zuwanderung. Der damit verbundene Mangel an Fachkräften hat auch in Niedersachsen zu vielfältigen Initiativen und Programmen geführt, um geeignete Kräfte anzuwerben.

Dabei geht es immer öfter darum, nicht nur „fertige“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch junge Menschen für eine Ausbildung im dualen System zu gewinnen.

Nicht nur Politik und Wirtschaft haben die Rahmenbedingungen für Zuwanderung deutlich verbessert. Es entsteht auch in der Gesellschaft eine „Willkommenskultur“. Sie zu unterstützen und zu fördern, hat sich in Niedersachsen die Landesregierung zur Richtschnur gemacht. Denn wir wissen, dass Migrantinnen und Migranten nicht nur einfach benötigte Arbeitskräfte sind, sondern vor allem Menschen, die in unserem Land für sich und ihre Kinder eine gute Zukunft suchen. Dazu gehören neben einer guten Arbeit zu fairen Bedingungen auch Bildungsmöglichkeiten, eine menschenwürdige Wohnsituation und die medizinische Versorgung. Dazu gehört aber auch der Anspruch auf Teilhabe, den wir erfüllen müssen, damit die gemeinsame Arbeit für eine gute Entwicklung Niedersachsens gelingt.

Vor dem Hintergrund dieser migrationspolitischen Rahmenbedingungen wird im folgenden Abschnitt das Wanderungsgeschehen der Jahre 2007 bis 2013 nach bzw. aus Niedersachsen nach Staatsangehörigkeiten dargestellt. Es zeichnen sich Entwicklungen ab, die einerseits für eine allgemein steigende Mobilität von Menschen, vor allem innerhalb Europas sprechen. Andererseits zeigen sich auch deutliche Unterschiede zwischen den Staatsangehörigkeiten bzw. den Herkunftsregionen. Dargestellt werden im Rahmen der Analyse alle Wanderungsbewegungen und nicht bloß solche, die auf die Aufnahme einer Erwerbsarbeit in Niedersachsen gerichtet sind. Die Teilmenge der reinen Arbeitsmigration lässt sich vor allem innerhalb der Europäischen Union schwer quantifizieren, da die benötigten Informationen zum Zwecke der Zuwanderung im Ausländerzentralregister lediglich für Angehörige von Drittstaaten vorliegen. Es wird daher an dieser Stelle mit der Annahme gearbeitet, dass ein großer Teil der im weiteren Verlauf dargestellten Wanderungsbewegungen die Aufnahme einer Erwerbsarbeit zum Ziel hat. Weitere mögliche Zuwanderungsmotive, wie die Absicht, in Niedersachsen ein Studium aufzunehmen, werden demgegenüber als nominell seltener eingestuft.

Wanderungsgeschehen 2007 bis 2013

In den Jahren 2007 bis 2013 ist es zu einer deutlichen Intensivierung der Migrationsbeziehungen zwischen Niedersachsen und dem Ausland gekommen (für einen Vergleich der Zu- und Fortzüge sowie des Wanderungssaldos 2005 und 2013 siehe die Indikatoren A 19 bis A 22 in diesem Bericht). In dem betrachteten Zeitraum gab es einen Anstieg der Zuwanderungen um 56,8 Prozent auf zuletzt 110 921.

Migration nach Niedersachsen ist dabei vor allem gekennzeichnet durch Zuwanderung aus Europa und darunter überwiegend aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten (vgl. Tabelle 1). So erfolgten 79,0 Prozent der Zuzüge im Jahr 2013 aus europäischen Staaten, davon wiederum 85,7 Prozent aus EU-Ländern. Die Zuwanderung aus anderen Regionen der Welt ist demgegenüber nach wie vor verhältnismäßig schwach ausgeprägt, wenngleich ein deutlicher Anstieg der Zuwanderung aus Asien auf zuletzt 12 555 (11,3 Prozent aller Zuzüge) zu beobachten war. Aus Afrika wurden 2013 insgesamt 4 218 Zuzüge nach Niedersachsen (3,8 Prozent) registriert, aus Amerika 4 060 (3,7 Prozent) sowie 513 (0,5 Prozent) aus Australien und Ozeanien.

Ein differenzierter Blick auf die Entwicklung der Zuzüge aus den EU-Mitgliedsstaaten zeigt, dass die sogenannten EU-10-Staaten[6] mit deutlichem Abstand die wichtigsten Herkunftsländer für Migration nach Niedersachsen sind. Ihr Anteil an der Zuwanderung betrug 2013 37,4 Prozent bei einem Anstieg um 29,8 Prozent seit dem Jahr 2007. Im Rahmen der EU-Osterweiterung war die Zahl der Zuzüge bereits um das Jahr 2004 deutlich angestiegen, ist in den Folgejahren jedoch wieder zurückgegangen. Mit dem Ablauf der Freizügigkeitsbeschränkungen für EU-10-Bürger im Jahr 2011 war dann ein erneuter, deutlicher Anstieg der Zuzüge zu beobachten. Der Großteil der Zuzüge aus den EU-10-Staaten entfällt auf den Herkunftsstaat Polen mit einem Anteil von allein 29,4 Prozent an allen Zuzügen nach Niedersachsen im Jahr 2013.

In den vergangenen Jahren deutlich angestiegen ist die Zahl der Zuzüge aus den sogenannten EU-2-Staaten Rumänien und Bulgarien, die 2013 zusammen 15,6 Prozent des gesamten Zuwanderungsvolumens ausmachten. Die Gesamtzahl der Zuzüge hat sich dabei zwischen 2007 und 2013, also seit dem EU-Beitritt der beiden Länder, mehr als vervierfacht. Auch im Falle von Kroatien, das 2013 der Europäischen Union beigetreten ist, zeichnet sich ein Anstieg der Zuzüge nach Niedersachsen ab, der zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu beurteilen ist.

Der Anteil der Zuzüge aus den „alten" EU-14-Staaten an allen Zuzügen nach Niedersachsen liegt seit 2007 relativ konstant bei rund 14 Prozent. Die Zuwanderung aus den einzelnen Mitgliedsstaaten hat sich dabei in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. Während im Jahr 2007 noch die Niederlande vor Spanien und Frankreich das bedeutendste Herkunftsland von Zuzügen aus der EU-14 waren, hat sich das Bild infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise mittlerweile verändert. Im Jahr 2013 war Spanien „Spitzenreiter" vor Italien und Griechenland. Auch die Zahl der Zuzüge aus Portugal ist deutlich angestiegen. Der Gesamtumfang der Zuwanderung aus diesen vier Ländern hat sich zwischen 2007 und 2013 nahezu verdreifacht auf zuletzt insgesamt 9 351 Zuzüge.

[6] Abgrenzung der EU-Länder: **EU-14:** Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien. **EU-10:** Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern. **EU-2:** Rumänien, Bulgarien.

Unter den europäischen Ländern, die keine EU-Mitgliedsstaaten sind, ist vor allem Russland als wichtige Herkunftsregion zu nennen. Hier ist die Zahl der Zuzüge 2013 nach Rückgängen in den vergangenen Jahren erstmals wieder gestiegen auf 4 019. Die Zahl der Zuzüge aus Serbien, Montenegro und dem Kosovo (hier zusammen als Serbien ausgewiesen) ist demgegenüber im gesamten Betrachtungszeitraum um insgesamt 323,5 Prozent gestiegen und betrug im Jahr 2013 insgesamt 3 079.

Mit Blick auf die Förderung von Fachkräftezuwanderung aus der Nicht-EU lässt sich sagen, dass es 2013 im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg der Zuzüge aus Drittstaaten (einschließlich „Sonstige Herkunft") nach Niedersachsen um insgesamt 23,0 Prozent gab. Laut Ausländerzentralregister lebten am 31.12.2013 insgesamt 1 275 Personen mit einer Blauen Karte EU in Niedersachsen (+1 035 gegenüber Ende 2012).

Tabelle 1: Zuzüge über die Bundesgrenzen nach Niedersachsen 2007 - 2013

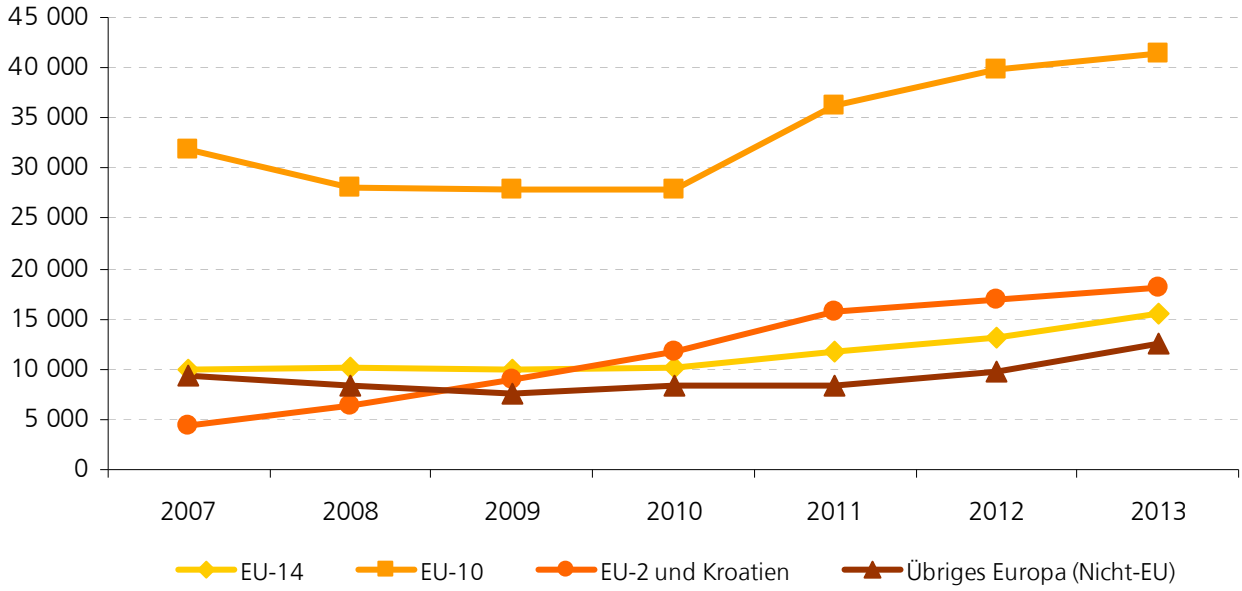
Wanderungsherkunft	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
EU-14	**9 906**	**10 209**	**10 045**	**10 156**	**11 660**	**13 108**	**15 609**
darunter:							
Griechenland	584	604	600	757	1 421	1 918	1 888
Italien	944	1 117	1 206	1 613	1 636	2 218	3 029
Portugal	378	450	473	386	566	791	1 217
Spanien	1 306	1 346	1 470	1 601	1 772	2 383	3 217
EU-10	**31 930**	**28 072**	**27 790**	**27 845**	**36 152**	**39 849**	**41 447**
Estland	77	56	86	134	115	115	121
Lettland	352	416	579	798	1 406	1 542	1 284
Litauen	639	575	621	683	1 359	1 391	1 434
Malta	14	3	8	15	6	11	20
Polen	27 559	23 436	23 094	22 942	28 900	31 256	32 617
Slowakei	340	343	313	406	592	776	757
Slowenien	63	87	88	95	144	306	269
Tschechische Republik	331	276	288	313	353	468	463
Ungarn	2 527	2 857	2 688	2 437	3 229	3 937	4 419
Zypern	28	23	25	22	48	47	63
EU-2 und Kroatien	**4 477**	**6 381**	**8 959**	**11 667**	**15 743**	**16 916**	**18 050**
Bulgarien	1 145	2 099	2 340	3 287	3 820	4 127	4 341
Rumänien	2 956	4 045	6 198	8 083	11 492	12 321	12 979
Kroatien	376	237	421	297	431	468	730
Übriges Europa (Nicht-EU)	**9 399**	**8 340**	**7 658**	**8 433**	**8 293**	**9 666**	**12 513**
Albanien	57	64	51	38	64	171	420
Bosnien und Herzegowina	137	152	126	228	237	532	668
Mazedonien	67	88	82	268	241	686	805
Republik Moldau	62	67	70	85	77	119	155
Russische Föderation	5 131	3 925	3 284	2 812	2 605	2 573	4 019
Serbien[1)]	727	787	825	1 753	1 615	2 269	3 079
Türkei	1 686	1 605	1 636	1 611	1 768	1 603	1 477
Ukraine	740	704	681	613	597	621	714
Weißrussland	153	173	109	135	139	146	186
Norwegen	103	127	144	172	167	142	163
Schweiz	510	609	618	674	750	772	806
Übrige europäische Staaten	26	39	32	44	33	32	21
Europa insgesamt	**55 712**	**53 002**	**54 452**	**58 101**	**71 848**	**79 539**	**87 619**
Afrika	**1 771**	**1 686**	**1 732**	**1 857**	**2 097**	**2 456**	**4 218**
Amerika	**3 802**	**4 193**	**4 205**	**4 089**	**4 583**	**4 336**	**4 060**
Asien	**6 787**	**7 136**	**9 945**	**9 405**	**9 518**	**9 868**	**12 555**
Australien und Ozeanien	**336**	**374**	**398**	**427**	**536**	**477**	**513**
Sonstige Herkunft[2)]	**2 346**	**2 673**	**3 193**	**2 904**	**2 925**	**2 325**	**1 956**
Insgesamt	**70 754**	**69 064**	**73 925**	**76 783**	**91 507**	**99 001**	**110 921**

1) einschließlich Montenegro und Kosovo
2) "Staatenlos" sowie "Ungeklärt und ohne Angabe"

Quelle: Wanderungsstatistik

Vor dem Hintergrund des Schwerpunktes der Zuzüge aus dem europäischen Ausland stellt Abbildung 1 die beschriebene Entwicklung der Zuwanderung aus Europa nach Niedersachsen von 2007 bis 2013 grafisch dar.

Abbildung 1: Zuzüge aus Europa über die Bundesgrenzen nach Niedersachsen 2007 - 2013



Wie die Zahl der Zuzüge, so hat auch die Zahl der registrierten Fortzüge aus Niedersachsen über die Bundesgrenzen zwischen 2007 und 2013 zugenommen, jedoch schwächer und auf geringerem Niveau. So verließen im Jahr 2013 insgesamt 75 986 Menschen Niedersachsen in Richtung Ausland. 2007 waren es noch 59 027 Menschen gewesen, was eine Zunahme um 28,7 Prozent im Beobachtungszeitraum bedeutet. Dabei entspricht die Verteilung der Zielregionen von Fortzügen im Wesentlichen der der Herkunftsregionen bei den zuvor betrachteten Zuzügen. 83,0 Prozent aller Fortzüge aus Niedersachsen ins Ausland erfolgten in Länder Europas und davon wiederum 88,1 Prozent in EU-Mitgliedsstaaten. Zwischen 2007 und 2013 ist die Zahl der Fortzüge in das europäische Ausland um 36,5 Prozent auf zuletzt 63 077 gestiegen. Fortzüge in andere Regionen der Welt sind demgegenüber deutlich seltener gewesen. Während bei den Fortzügen nach Afrika und Amerika leichte Rückgänge zu verzeichnen waren, gab es ein Plus bei den Fortzügen nach Asien (+11,9 Prozent) sowie Australien und Ozeanien (+10,4 Prozent). Fortzüge nach Asien machten im Jahr 2013 einen Anteil von 6,8 Prozent an der Gesamtzahl der Fortzüge aus (Amerika: 5,1 Prozent).

40,9 Prozent aller Fortzüge im Jahr 2013 erfolgten in das Gebiet der EU-10-Staaten, 32,4 Prozentpunkte hiervon entfielen auf Fortzüge nach Polen. Dahinter kamen Fortzüge in die EU-2-Staaten Rumänien und Bulgarien sowie nach Kroatien mit einem Anteil von zusammen 19,1 Prozent. Dabei ist die Zahl der Fortzüge nach Rumänien und Bulgarien im Betrachtungszeitraum um mehr als 500 Prozent gestiegen und damit sogar stärker als die Zahl der zuvor betrachteten Zuzüge aus diesen Ländern.

13,2 Prozent der Fortzüge hatten die EU-14-Staaten als Wanderungsziel. Die Zielländer sind hierunter traditionell am häufigsten Spanien, die Niederlande, Großbritannien sowie Italien (Reihenfolge entspricht der Häufigkeit im Jahr 2013).

Fortzüge in die übrigen Staaten Europas (Nicht-EU) machten 9,9 Prozent aller Fortzüge ins Ausland im Jahr 2013 aus. Hier ist seit 2007 ein Zuwachs um bislang 23,2 Prozent zu beobachten. Das Hauptzielland war zuletzt die Türkei vor Serbien (mit Montenegro und Kosovo) und der Schweiz.

Tabelle 2: Fortzüge über die Bundesgrenzen aus Niedersachsen 2007 - 2013

Wanderungsziel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
EU-14	**9 918**	**11 416**	**10 707**	**9 193**	**9 589**	**9 121**	**10 054**
darunter:							
Griechenland	832	1 049	954	698	582	732	822
Italien	1 226	1 359	1 320	1 232	1 460	1 227	1 448
Portugal	456	534	542	365	403	371	487
Spanien	1 504	1 707	1 486	1 320	1 320	1 276	1 655
EU-10	**27 506**	**27 929**	**26 627**	**23 835**	**25 800**	**28 507**	**31 044**
Estland	57	70	60	59	87	67	88
Lettland	336	276	292	445	725	854	839
Litauen	571	535	424	423	688	779	873
Malta	11	10	9	9	9	9	17
Polen	23 694	23 944	22 459	20 217	21 030	23 197	24 637
Slowakei	388	295	287	309	373	457	576
Slowenien	40	56	97	78	95	167	173
Tschechische Republik	319	304	336	213	229	283	394
Ungarn	2 058	2 415	2 632	2 054	2 534	2 651	3 419
Zypern	32	24	31	28	30	43	28
EU-2 und Kroatien	**2 695**	**5 026**	**7 608**	**8 777**	**11 810**	**13 127**	**14 490**
Bulgarien	592	1 232	1 841	2 242	2 627	2 688	2 956
Rumänien	1 668	3 399	5 282	6 223	8 799	10 064	11 001
Kroatien	435	395	485	312	384	375	533
Übriges Europa (Nicht-EU)	**6 079**	**7 974**	**6 794**	**6 297**	**6 678**	**6 983**	**7 489**
Albanien	51	59	58	44	41	80	133
Bosnien und Herzegowina	143	213	195	163	224	335	475
Mazedonien	56	94	62	120	229	330	448
Republik Moldau	30	31	38	29	44	44	65
Russische Föderation	1 188	1 646	1 189	1 061	1 015	1 022	1 104
Serbien[1)]	680	903	973	1 200	1 398	1 705	1 730
Türkei	1 889	2 159	2 076	1 817	1 727	1 743	1 809
Ukraine	329	451	293	242	293	261	252
Weißrussland	50	102	63	65	63	56	85
Norwegen	344	429	287	231	213	179	202
Schweiz	1 264	1 828	1 510	1 285	1 391	1 204	1 163
Übrige europäische Staaten	55	59	50	40	40	24	23
Europa insgesamt	**46 198**	**52 345**	**51 736**	**48 102**	**53 877**	**57 738**	**63 077**
Afrika	**1 367**	**1 598**	**1 348**	**1 208**	**1 259**	**1 257**	**1 355**
Amerika	**4 031**	**5 228**	**4 375**	**4 047**	**4 034**	**3 832**	**3 847**
Asien	**4 615**	**5 596**	**5 258**	**5 517**	**5 517**	**5 342**	**5 163**
Australien und Ozeanien	**502**	**608**	**562**	**547**	**535**	**500**	**554**
Sonstige Ziele[2)]	**2 314**	**2 739**	**3 003**	**2 904**	**2 615**	**2 812**	**1 990**
Insgesamt	**59 027**	**68 114**	**66 282**	**62 325**	**67 837**	**71 481**	**75 986**

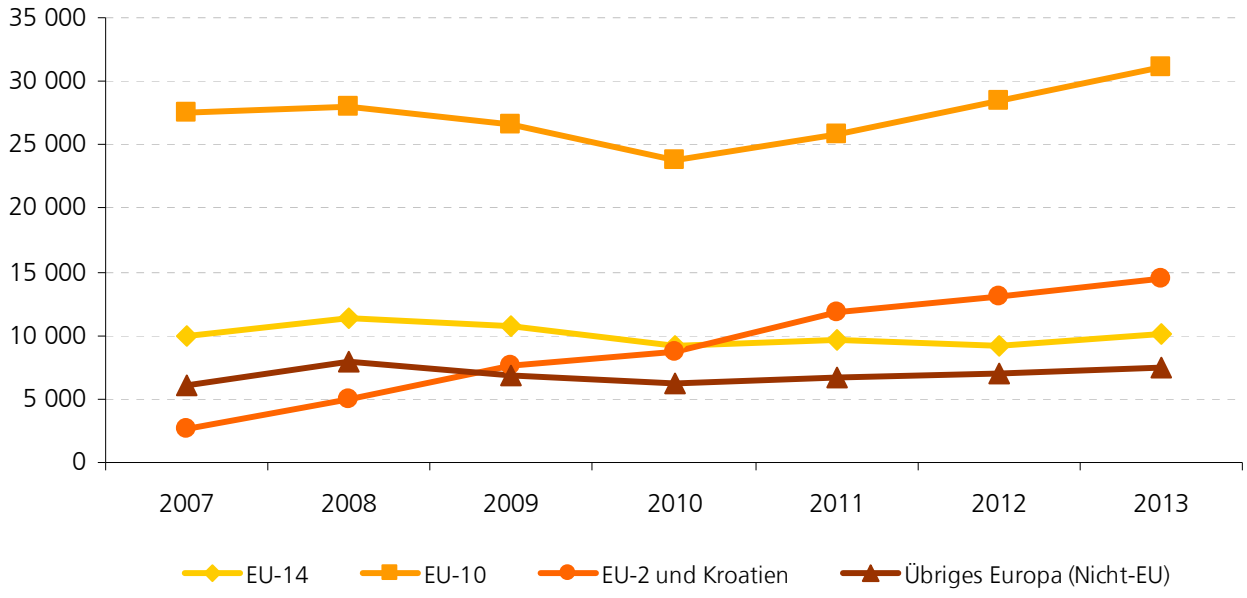
1) einschließlich Montenegro und Kosovo
2) "Staatenlos" sowie "Ungeklärt und ohne Angabe"

Quelle: Wanderungsstatistik

Analog zu Abbildung 1 stellt Abbildung 2 die Fortzüge aus Niedersachsen in das europäische Ausland im Zeitverlauf dar. Beide Abbildungen ähneln sich auf den ersten Blick, was noch einmal verdeutlicht, dass sich Zu- und Fortzüge nach und aus Niedersachsen im Betrachtungszeitraum vergleichbar entwickelt haben, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Dies spricht dafür, dass es sich bei Migration nach und aus Niedersachsen häufig um

einen Pendelprozess handelt und viele Migrantinnen und Migranten nach einer Lebensphase in Niedersachsen in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Abbildung 2: Fortzüge nach Europa über die Bundesgrenzen aus Niedersachsen 2007 - 2013



Betrachtet man nun abschließend den Saldo der dargestellten Zu- und Fortzüge, also die sogenannte Nettomigration, so zeigen sich zum einen erhebliche Dynamiken und zum anderen abermals deutliche quantitative Unterschiede zwischen den verschiedenen Herkunftsregionen der Zuwanderinnen und Zuwanderer.

Nachdem der Gesamtwanderungssaldo zwischen Niedersachsen und dem Ausland zwischenzeitig im Jahr 2008 mit +950 Personen einen absoluten Tiefststand (Betrachtungszeitraum ab 2000) erreicht hatte, zeigte sich in den Folgejahren wieder eine deutliche Zunahme. Im Jahr 2013 betrug der Saldo +34 935 Personen, was verglichen mit dem Jahr 2007 in etwa einer Verdreifachung entspricht (+197,9 Prozent). Bei annähernd allen aufgeführten Ländern und Regionen ist eine Zunahme der Nettomigration seit dem Jahr 2007 erkennbar. Im Vergleich zu den Wanderungssalden zu Beginn der 2000er Jahre ist jedoch ein deutlicher Niveauunterschied erkennbar. So betrug der Saldo allein im Jahr 2001 noch +111 852 Personen. Man kann vor diesem Hintergrund aktuell von einem Wiederanstieg der Nettomigration sprechen, die jedoch noch weit unterhalb derer vergangener Jahre liegt. Insgesamt beträgt der Wanderungssaldo Niedersachsens mit dem Ausland von 2007 bis 2013 +120 903 Personen.

70,3 Prozent (+24 542) des Wanderungssaldos im Jahr 2013 gehen auf Migrationsbewegungen zwischen Niedersachsen und Ländern Europas zurück. Hiervon entfielen wiederum 79,5 Prozent auf EU-Mitgliedsstaaten. Außerhalb von Europa ist vor allem Asien als Herkunftsregion von 21,2 Prozent der Nettomigration (+7 392) zu nennen, wo zuletzt eine deutlich Zunahme erkennbar war. 14,4 Prozent des Wanderungssaldos (+5 024) waren 2013 auf Bewegungen zwischen Niedersachsen und europäischen Staaten außerhalb der EU zurückzuführen. Hierbei sticht die Russische Föderation mit einem Anteil von 8,3 Prozent (+2 915 Personen) deutlich hervor. Interessant ist zudem, dass der Saldo der Wanderungsbewegungen zwischen Niedersachsen und der Türkei mit

Ausnahme des Jahres 2011 durchgehend negativ ist und zuletzt -332 Personen betrug. Dies war nach der Schweiz (-357 Personen) der höchste negative Wanderungssaldo im Jahr 2013.

Mit Blick auf die EU-Länder zeigt sich, dass nach Verrechnung der Zu- und Fortzüge Nettomigration aus der EU-10 mit 29,8 Prozent des Gesamtwanderungssaldos den größten Posten darstellt. Davon entfielen 2013 22,8 Prozentpunkte auf das Herkunftsland Polen. Seit dem Jahr 2007 hat sich der Wanderungssaldo aus diesem Land in etwa verdoppelt. Von 2012 auf 2013 war für nahezu alle Staaten der EU-10 ein leichter Rückgang der Nettozuwanderung zu beobachten.

Bei den EU-2-Staaten Rumänien und Bulgarien zeigt sich für 2013 aufgrund gleichermaßen stark gestiegener Zu- und Fortzüge ein vergleichsweise geringer Saldo von zusammen +3 363, der seit 2007 um rund die Hälfte zugenommen hat. Seit 2011 ist ein leichter Rückgang erkennbar, der auf einen stärkeren Anstieg bei den Fortzügen zurückzuführen ist.

Tabelle 3: Saldo der Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen nach/aus Niedersachsen 2007 - 2013

Land	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
EU-14	**- 12**	**-1 207**	**- 662**	**+ 963**	**+2 071**	**+3 987**	**+5 555**
darunter:							
Griechenland	- 248	- 445	- 354	+ 59	+ 839	+1 186	+1 066
Italien	- 282	- 242	- 114	+ 381	+ 176	+ 991	+1 581
Portugal	- 78	- 84	- 69	+ 21	+ 163	+ 420	+ 730
Spanien	- 198	- 361	- 16	+ 281	+ 452	+1 107	+1 562
EU-10	**+4 424**	**+ 143**	**+1 163**	**+4 010**	**+10 352**	**+11 342**	**+10 403**
Estland	+ 20	- 14	+ 26	+ 75	+ 28	+ 48	+ 33
Lettland	+ 16	+ 140	+ 287	+ 353	+ 681	+ 688	+ 445
Litauen	+ 68	+ 40	+ 197	+ 260	+ 671	+ 612	+ 561
Malta	+ 3	- 7	- 1	+ 6	- 3	+ 2	+ 3
Polen	+3 865	- 508	+ 635	+2 725	+7 870	+8 059	+7 980
Slowakei	- 48	+ 48	+ 26	+ 97	+ 219	+ 319	+ 181
Slowenien	+ 23	+ 31	- 9	+ 17	+ 49	+ 139	+ 96
Tschechische Republik	+ 12	- 28	- 48	+ 100	+ 124	+ 185	+ 69
Ungarn	+ 469	+ 442	+ 56	+ 383	+ 695	+1 286	+1 000
Zypern	- 4	- 1	- 6	- 6	+ 18	+ 4	+ 35
EU-2 und Kroatien	**+1 782**	**+1 355**	**+1 351**	**+2 890**	**+3 933**	**+3 789**	**+3 560**
Bulgarien	+ 553	+ 867	+ 499	+1 045	+1 193	+1 439	+1 385
Rumänien	+1 288	+ 646	+ 916	+1 860	+2 693	+2 257	+1 978
Kroatien	- 59	- 158	- 64	- 15	+ 47	+ 93	+ 197
Übriges Europa (Nicht-EU)	**+3 320**	**+ 366**	**+ 864**	**+2 136**	**+1 615**	**+2 683**	**+5 024**
Albanien	+ 6	+ 5	- 7	- 6	+ 23	+ 91	+ 287
Bosnien und Herzegowina	- 6	- 61	- 69	+ 65	+ 13	+ 197	+ 193
Mazedonien	+ 11	- 6	+ 20	+ 148	+ 12	+ 356	+ 357
Republik Moldau	+ 32	+ 36	+ 32	+ 56	+ 33	+ 75	+ 90
Russische Föderation	+3 943	+2 279	+2 095	+1 751	+1 590	+1 551	+2 915
Serbien[1)]	+ 47	- 116	- 148	+ 553	+ 217	+ 564	+1 349
Türkei	- 203	- 554	- 440	- 206	+ 41	- 140	- 332
Ukraine	+ 411	+ 253	+ 388	+ 371	+ 304	+ 360	+ 462
Weißrussland	+ 103	+ 71	+ 46	+ 70	+ 76	+ 90	+ 101
Norwegen	- 241	- 302	- 143	- 59	- 46	- 37	- 39
Schweiz	- 754	-1 219	- 892	- 611	- 641	- 432	- 357
Übrige europäische Staaten	- 29	- 20	- 18	+ 4	- 7	+ 8	- 2
Europa insgesamt	**+9 514**	**+ 657**	**+2 716**	**+9 999**	**+17 971**	**+21 801**	**+24 542**
Afrika	**+ 404**	**+ 88**	**+ 384**	**+ 649**	**+ 838**	**+1 199**	**+2 863**
Amerika	**- 229**	**-1 035**	**- 170**	**+ 42**	**+ 549**	**+ 504**	**+ 213**
Asien	**+2 172**	**+1 540**	**+4 687**	**+3 888**	**+4 001**	**+4 526**	**+7 392**
Australien und Ozeanien	**- 166**	**- 234**	**- 164**	**- 120**	**+ 1**	**- 23**	**- 41**
Sonstige Ausprägungen[2)]	**+ 32**	**- 66**	**+ 190**	**0**	**+ 310**	**- 487**	**- 34**
Insgesamt	**+11 727**	**+ 950**	**+7 643**	**+14 458**	**+23 670**	**+27 520**	**+34 935**

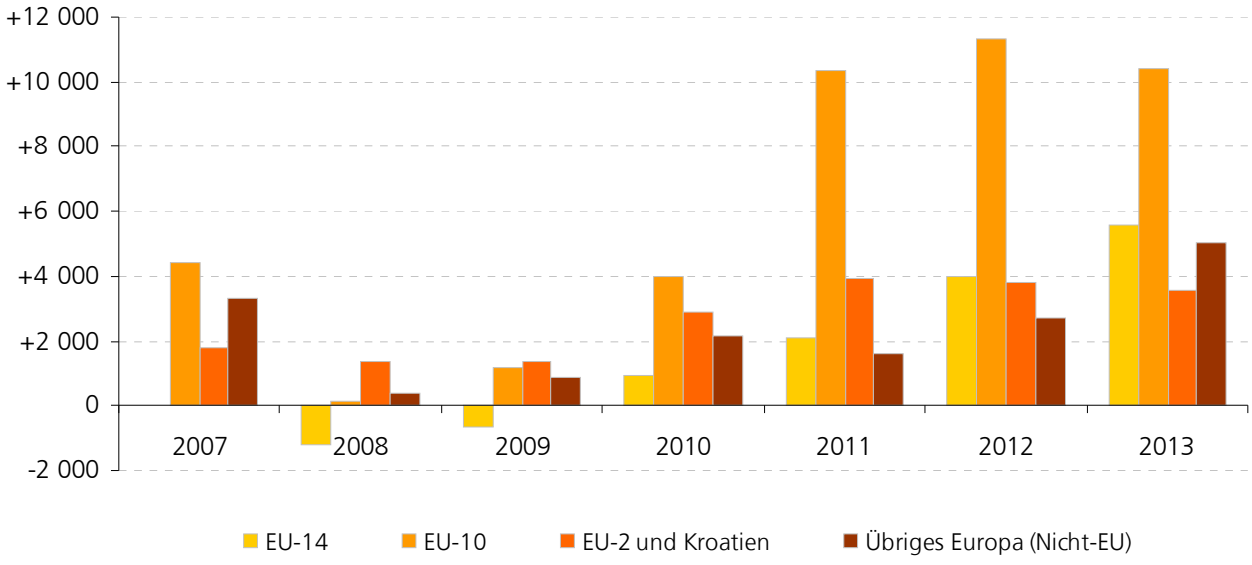
1) einschließlich Montenegro und Kosovo
2) "Staatenlos" sowie "Ungeklärt und ohne Angabe"

Quelle: Wanderungsstatistik

Besonders interessant ist der Blick auf die „alten“ Staaten der EU-14, wo die Nettomigration infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise stark zugenommen hat. Während der Wanderungssaldo hier im Jahr 2008 noch deutlich negativ war (-1 207), hat sich in den Folgejahren das Vorzeichen geändert, so dass für das Jahr 2013 zuletzt ein Saldo von + 5 555 Personen zu Buche stand. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass es ab dem Jahr 2011 bzw. 2012 starke Zuwächse bei den Salden der Migrationsbewegungen zwischen Südeuropa und Niedersachsen gab. 2013 betrug die Nettomigration aus Italien, Spanien, Griechenland und Portugal (Reihenfolge entspricht der Höhe der Einzelsalden) insgesamt +4 939 Personen. Südeuropäer aus diesen Ländern entscheiden sich in den vergangenen Jahren vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage in ihrer Heimat offenbar vermehrt für einen langfristigeren Aufenthalt in Niedersachsen. Demgegenüber ist die Nettomigration aus den Niederlanden seit 2007 deutlich zurückgegangen von +1 689 auf zuletzt nur noch +318 Personen[7]. Die übrigen Staaten der EU-14 zeigen jeweils leichte Zuwächse des Saldos im Zeitverlauf von 2007 bis 2013.

Abbildung 3 stellt die Entwicklung der Nettomigration zwischen Europa und Niedersachsen im Zeitverlauf dar. Gut erkennbar ist der Anstieg der Nettozuwanderung seit dem Jahr 2008, besonders aus der EU-10, sowie der kriseninduzierte Wandel in den Migrationsbewegungen aus der EU-14.

Abbildung 3: Saldo der Zu- und Fortzüge aus/nach Europa über die Bundesgrenzen nach/aus Niedersachsen 2007 - 2013



[7] Neben dem Ziel der Aufnahme einer Erwerbsarbeit in Niedersachsen sind niedrige Grundstückspreise im grenznahen Gebiet ein bekanntes Motiv für Zuwanderung aus den Niederlanden.

Tanja und Lothar Eichhorn

Erwerbslosigkeit und Verdienstniveau in Europa – Bestimmungsfaktoren der Zuwanderung nach Niedersachsen

Ab dem 1. Januar 2014 gilt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) die volle Freizügigkeit. Die bis dahin in Deutschland noch geltenden Einschränkungen für Menschen aus Bulgarien und Rumänien sind damit entfallen. Seitdem hat sich, auch infolge der Währungs- und Wirtschaftskrise, die Zuwanderung nach Deutschland und speziell auch aus diesen beiden Ländern intensiviert. Diese Entwicklung hat eine öffentliche Diskussion hervorgerufen, die sich zwischen zwei Polen bewegt: Einerseits wird, gerade aus Rumänien und Bulgarien, eine „Armutszuwanderung" bzw. „Einwanderung in die Sozialsysteme" befürchtet, andererseits wird die Zuwanderung unter demografischen Aspekten, vor allem wegen eines befürchteten Fachkräftemangels, ausdrücklich begrüßt.

Zur Versachlichung dieser Diskussion wird hier amtliches statistisches Material über die Zuwanderung und ihre Ursachen genutzt. Europaweite Daten für alle Regionen der Europäischen Union (im Folgenden EU) über zwei entscheidende Bestimmungsfaktoren der Migration – Erwerbslosigkeit und Verdienste – werden zusammengeführt mit aktuellen niedersächsischen Daten über die Zu- und Abwanderung 2013. Aus Gründen der Logik – die Ursache muss zeitlich vor der Wirkung liegen – sind die Daten über die migrationsverursachenden Faktoren etwas älter als die Wanderungsdaten.

Regionalebene der europaweiten Darstellung

Die Europadaten stammen aus der Datenbank von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU[1)]. Die dargestellte Ebene ist die der NUTS 2- bzw. NUTS 1-Regionen. Die NUTS[2)] ist die amtliche Territorialsystematik der EU: Die Ebene NUTS 0 ist die der 28 Mitgliedsstaaten, NUTS 1 entspricht den Bundesländern, NUTS 2 den Regierungsbezirken und NUTS 3 den Landkreisen und kreisfreien Städten. Die NUTS stützt sich auf die administrativen Verwaltungsebenen der Staaten. Wenn es solche Ebenen nicht gibt, können für statistisch-analytische Zwecke nichtadministrative Ebenen gebildet werden. Dies ist in Niedersachsen der Fall, wo 2004 die Regierungsbezirke abgeschafft wurden und das in die Statistischen Regionen Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser-Ems unterteilt ist.[3)] Die NUTS 2-Ebene ist von besonderem Interesse, weil sie die bevorzugte Ebene für europaweite Regionalanalysen[4)] und die entscheidende Regionalebene für die Mittelverteilung der EU-Regionalförderung ist.

Europas Regionalstruktur der Erwerbslosigkeit

Die beiden thematischen Karten zeigen die Struktur und Entwicklung der Erwerbslosigkeit[5)] in den Statistischen Regionen Europas. Datenbasis ist die europaweite EU-Arbeitskräftestichprobe (AKE), die in Deutschland im Rahmen des Mikrozensus durchgeführt wird. Dargestellt wird die Erwerbslosenquote, also der Anteil der unbeschäftigten Personen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen.[6)]

Die Erwerbslosenquote gilt als Spätindikator. Der Arbeitsmarkt reagiert auf Veränderungen der Wirtschaftstätigkeit i.d.R. mit zeitlichen Verzögerungen: In den Phasen eines konjunkturellen Aufschwungs reagieren die Arbeit-

geber üblicherweise zurückhaltend, was die Einstellung neuer Mitarbeiter angeht, und es vergehen mehrere Monate, bis die Erwerbslosenquote sinkt. Kommt es zu einer Konjunkturflaute, dauert es i.d.R. auch Monate, bis ein Anstieg der Erwerbslosenquote einsetzt.

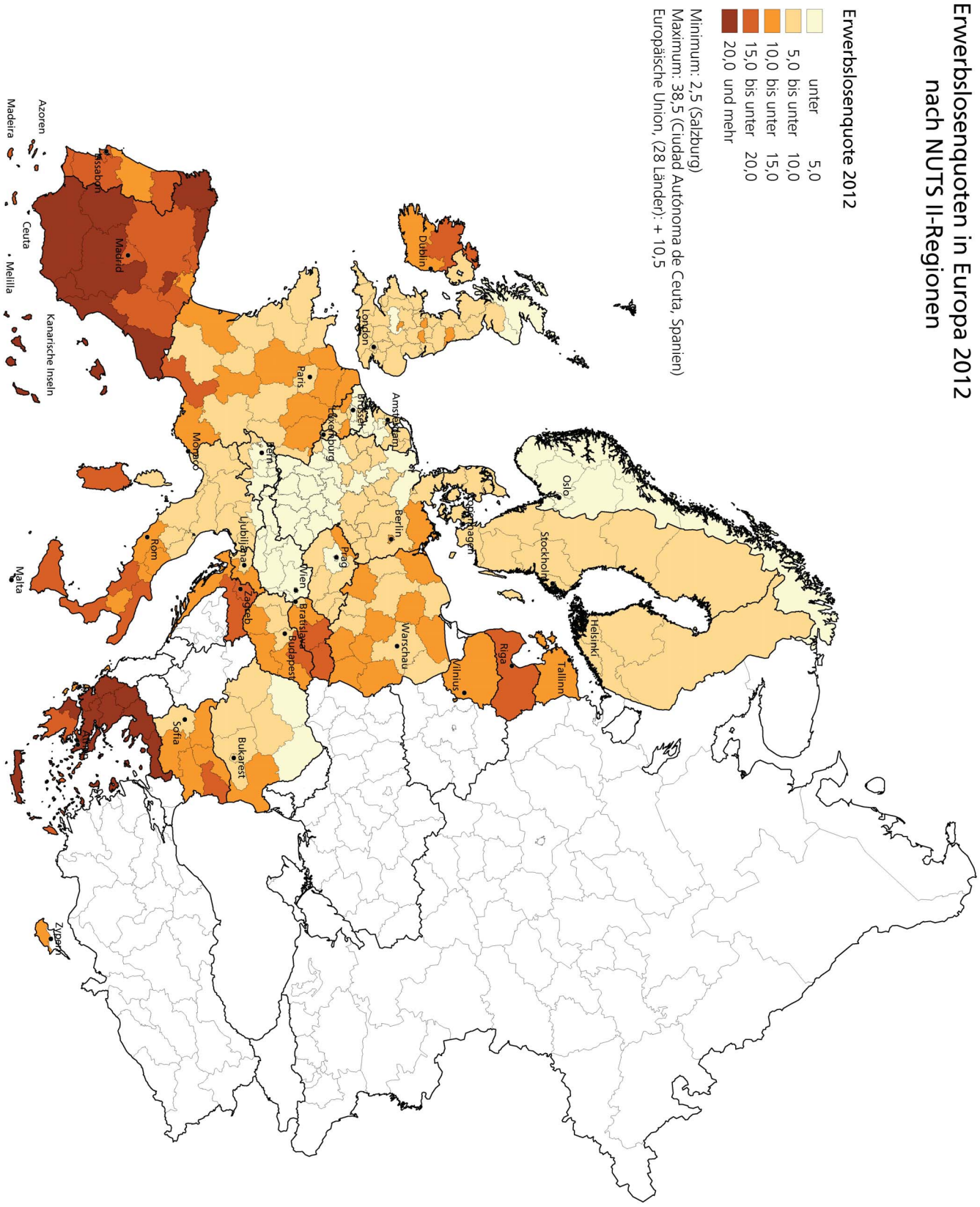
Im Durchschnitt der EU-28 lag die Erwerbslosenquote 2012 bei 10,5%. Ihre Schwankungsbreite bewegte sich zwischen einem Minimum von 2,5% in Salzburg und Tirol (Österreich) und einem Maximum von 38,5% (Ceuta, Spanien). Nahezu ein Drittel (89 Regionen) der 267 NUTS 2-Regionen hatten zweistellige und gleichzeitig über dem EU-28-Durchschnitt liegende Erwerbslosenquoten. In Deutschland aber lag die Quote mit nur 5,5% deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Ähnlich niedrig war sie in den Niederlanden (5,3%), Luxemburg (5,1%) und Österreich (4,3%) sowie in der Schweiz (4,2%) und in Norwegen (3,2%). Auch in Belgien (7,6%), war die Erwerbslosigkeit vergleichsweise gering.

Besonders hohe Quoten traten in *Südwest- und Westeuropa* auf (Spanien 25,0%, Irland 14,7%, Portugal (15,9%). In *Osteuropa* gab es kein einheitliches Bild: Relativ günstigen Werten in der Tschechischen Republik (7,0%) und mittleren Werten in Polen (10,1%) sowie Estland (10,2%) und Ungarn (10,9%) standen relativ hohe Werte in Litauen (13,4%), der Slowakei (14,0%) und Lettland (15,0%) gegenüber. Im Vergleich der großen europäischen Staaten lag die Erwerbslosenquote im Vereinigten Königreich mit 7,9% deutlich unter dem EU-Durchschnitt; Frankreich (10,2%) und Italien (10,7%) wiesen durchschnittliche Werte auf. In *Skandinavien* hatte der Arbeitsmarkt recht gute Werte: Finnland (7,7%), Schweden (8,0%), Norwegen (3,2%) und Dänemark (7,5%) lagen klar unter dem EU-Mittelwert. In *Südosteuropa* waren die Zahlen insgesamt deutlich ungünstiger, aber mit interessanten Differenzierungen: Sehr hohe Erwerbslosigkeit gab es vor allem in Griechenland (24,3%) und Kroatien (15,9%). Überdurchschnittliche Werte gab es auch in Bulgarien (12,3%) und Zypern (11,9%). Recht gute Werte zeigte dagegen der Arbeitsmarkt in Malta (6,4%), Rumänien (7,0%) und auch Slowenien (8,9%).

Ein genaueres Bild nach NUTS 2-Regionen vermittelt die Karte 1. Hier tritt neben einem Nord-Süd-Gefälle der Erwerbslosigkeit auch eine gesamteuropäische Zentrum-Peripherie-Struktur zu Tage: Tendenziell ist die Arbeitslosigkeit in den Regionen, die am westlichen, südlichen und östlichen Rand Europas liegen, erheblich höher als in den Regionen der Mitte Europas (Deutschland, Österreich, Benelux, außerhalb der EU auch die Schweiz). Dies gilt neben den schon erwähnten Staaten mit hoher Erwerbslosigkeit auch z. B. für den Mezzogiorno, also Italiens Regionen südlich von Rom, sowie die östlichen Regionen der Slowakei, Rumäniens und Bulgariens.

In Deutschland gab es im EU-Vergleich überdurchschnittliche regionale Disparitäten zwischen den Minimalwerten von 2,7% (Oberbayern, Trier, Tübingen) einerseits und den Maximalwerten von 10,6% (Berlin) und 10,8% (Mecklenburg-Vorpommern) andererseits. Der Maximalwert betrug also das Vierfache des Minimums, lag aber nur knapp über dem EU-Durchschnitt. Niedersachsens Arbeitsmarkt stellte sich mit im Durchschnitt 5,0% etwas günstiger dar als der gesamtdeutsche, wobei die Werte zwischen 5,7% (Braunschweig), 5,5% (Hannover), 4,5% (Lüneburg) und 4,4% (Weser-Ems) im europäischen Vergleich nah beieinander lagen. Was aber gesamteuropäisch als homogen erscheint, ist, mit der regionalen Lupe betrachtet, durchaus differenziert: Weser-Ems und Lüneburg weisen bessere Werte als Braunschweig und Hannover auf und auf der Kreisebene sind die Unterschiede natürlich noch höher.

Erwerbslosenquoten in Europa 2012 nach NUTS II-Regionen



In einigen Staaten waren die regionalen Unterschiede stärker ausgeprägt, so z. B. in Italien mit einer Spannweite zwischen 4,1% (Autonome Provinz Bozen = Südtirol) im Norden und 19,3% (Campanien und Kalabrien) im Süden. Ein ähnliches Nord-Süd-Gefälle wies Rumänien auf: Hier gab es im Norden des Landes die Regionen Nord-Est (4,3%) und Nord-Vest (4,5%), die bessere Werte als Niedersachsen aufwiesen. Andererseits lagen im Südosten Sud-Est (10,2%) und Sud-Muntenia (9,9%) mit mehr als doppelt so hohen Quoten, die aber gleichwohl im Europavergleich nur durchschnittlich waren.

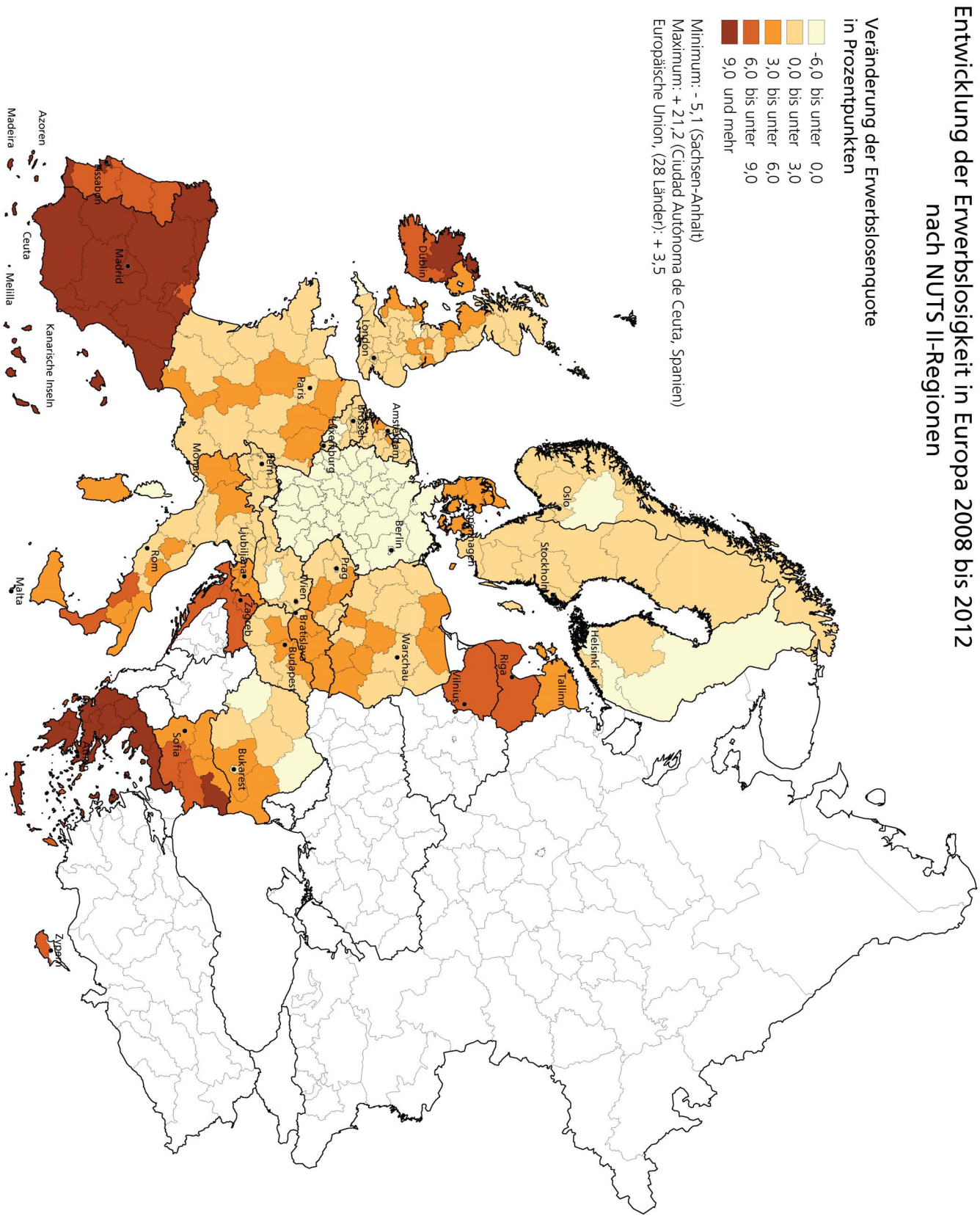
Die höchsten Quoten und zugleich große innerstaatliche Unterschiede gab es in Griechenland und Spanien. In Griechenland lagen die Quoten zwischen 14,7% auf den Ionischen Inseln und 29,9% in Westmakedonien, einer sehr dünn besiedelten und wirtschaftlich schwachen Region an der Nordgrenze zu Mazedonien und Albanien. In Spanien wies das Baskenland (Pais Vasco) im Nordwesten mit 14,9% noch die günstigste Quote auf. In einigen Regionen im Süden Spaniens war aber jeder Dritte erwerbslos: Neben dem Sonderfall Ceuta traten extrem hohe Quoten auf den Kanarischen Inseln und der Extremadura (jeweils 33,0%) sowie in Andalusien (34,6%) auf.

Entwicklung der Erwerbslosigkeit: Zunahme der Disparitäten, positive Sonderentwicklung in Deutschland

Die Karte 2 zeigt die Zu- oder Abnahme der Erwerbslosenquoten von 2008[7)] bis 2012, also seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise. EU-weit stieg die Erwerbslosenquote um 3,4 Prozentpunkte von 7,1 (2008) auf 10,5%. Dabei trat eine bemerkenswerte deutsche Sonderentwicklung auf: In 26 der 28 EU-Mitgliedsstaaten nahm die Erwerbslosigkeit mehr oder weniger stark zu, nur in Luxemburg blieb sie unverändert. Auch in Norwegen und der Schweiz stieg die Erwerbslosigkeit. In Deutschland hingegen ging sie flächendeckend in allen Regionen zurück. Den europaweit höchsten Rückgang um 5,1 Prozentpunkte gab es in Sachsen-Anhalt. Im bundesdeutschen Durchschnitt fiel die Quote um 2,0 Prozentpunkte; in Niedersachsen (-2,1 Prozentpunkte) war die Entwicklung leicht günstiger. Innerhalb des Landes nahm Braunschweig mit einem Minus von 2,9 Prozentpunkten die beste Entwicklung.

Leichte Abnahmen der Erwerbslosigkeit gab es außerhalb Deutschlands nur vereinzelt in wenigen NUTS 2-Regionen. Ansonsten gab es relativ moderate Zunahmen im Norden und Westen Europas sowie in Rumänien (+1,2). Auf der anderen Seite standen Regionen mit sehr starken Zuwächsen. Diese lagen vor allem in Griechenland (+16,6), Spanien (+13,7), Irland (+8,3), Portugal (+7,4) und Zypern (+8,2). Auch die baltischen Staaten Lettland (+7,3) und Litauen (+7,6) sowie die südosteuropäischen Staaten Kroatien (+7,5) und Bulgarien (+6,7) wiesen sehr hohe Zuwächse auf. In der spanischen Exklave Ceuta gab es den höchsten Zuwachs um 21,2 Prozentpunkte vor den griechischen Regionen Sterea Ellada (+19,3) und Attiki (+18,8) sowie der spanischen Extremadura (+17,8). Zwischen diesen Regionen gibt es aber den großen Unterschied, dass die Erwerbslosigkeit in der Extremadura sowie in Ceuta bereits 2008 überdurchschnittlich hoch war, während sie in den beiden griechischen Regionen 2008 noch nahe am EU-Durchschnitt lag. Die rasche Verdreifachung bzw. sogar Vervierfachung der Erwerbslosigkeit in nur vier Jahren muss hier wie ein Schock empfunden worden sein.

Entwicklung der Erwerbslosigkeit in Europa 2008 bis 2012 nach NUTS II-Regionen



Insgesamt nahm in den Regionen am west- und südwestlichen (Irland, Spanien, Portugal), südlichen (Süditalien, Griechenland) und östlichen (Bulgarien, Baltikum) Rand die Erwerbslosigkeit stärker zu als in den Regionen, die in der Mitte Europas (Deutschland, Benelux, Österreich, Schweiz, Norditalien und Westpolen) sowie im Norden des Kontinents liegen. Dies führte zu einer Verfestigung der europäischen Zentrum-Peripherie-Struktur.

Für die exakte Messung, in welchem Ausmaß sich europaweit die Disparitäten erhöhten und wie hoch zugleich die *innerstaatlichen* Unterschiede zwischen den NUTS 2-Regionen eines Staates waren, wurde als statistisches Streuungsmaß die Standardabweichung herangezogen. Je höher deren Wert ist, je stärker also die Quoten um ihren europäischen oder nationalen Mittelwert streuen, desto stärker sind die Disparitäten ausgeprägt.[8)]

Die Streuung der regionalen Erwerbslosenquoten in der EU-28 lag 2012 bei 6,45 und damit viel höher als 2008 mit 3,48. Die Disparitäten verringerten sich europaweit also nicht, sondern erhöhten sich vielmehr, denn die Krise wirkte auf die regionalen Arbeitsmärkte unterschiedlich stark: Die relativ Schwachen in der Peripherie wurden zumeist stärker getroffen als die Starken im Zentrum. In den Staaten, die von der Krise am stärksten betroffen waren, gab es 2012 die höchste Streuung der Erwerbslosenquoten, so z.B. in Spanien (6,81), Griechenland (4,44) und Italien (4,63). Ein anderes Beispiel ist die Slowakei mit einem Streuungsgrad von 5,84 und damit einem sehr hohen Ausmaß innerstaatlicher Disparitäten: Während in Bratislavský kraj an der österreichischen Grenze die Erwerbslosenquote nur bei 5,7 Prozent lag, wurde in Východné Slovensko an der ukrainischen Grenze eine Quote von 19,0 Prozent festgestellt.

Die Standardabweichung der Erwerbslosenquote in den NUTS 2-Regionen entwickelte sich europaweit und in Deutschland wie folgt:

Tabelle 1: Standardabweichungen der Erwerbslosenquote 2008 bis 2012

Jahr	EU	Deutschland
2008	3,48	3,54
2009	3,89	2,88
2010	4,41	2,58
2011	5,14	2,43
2012	6,45	2,23

Von 2008 bis 2012 nahm die Streuung der Erwerbslosenquoten EU-weit um 2,97 Prozentpunkte zu. 13 der 19 EU-Mitgliedstaaten, für die die Streuung der regionalen Erwerbslosenquoten gemessen werden konnte, hatten eine erhebliche Zunahme der inneren Disparitäten. Bei 6 EU-Mitgliedstaaten nahm die Streuung ab, und zwar neben Deutschland (-1,31) auch in Italien (-0,70), Ungarn (-0,43), Finnland (-1,91), Schweden (-0,04) und im Vereinigten Königreich (-0,02). Der Rückgang der Erwerbslosigkeit in Deutschland fiel in den von ihr besonders betroffenen Regionen tendenziell stärker aus als in den Regionen mit niedriger Erwerbslosigkeit – europaweit trat aber das Gegenteil und damit eine Erhöhung der Disparitäten auf.

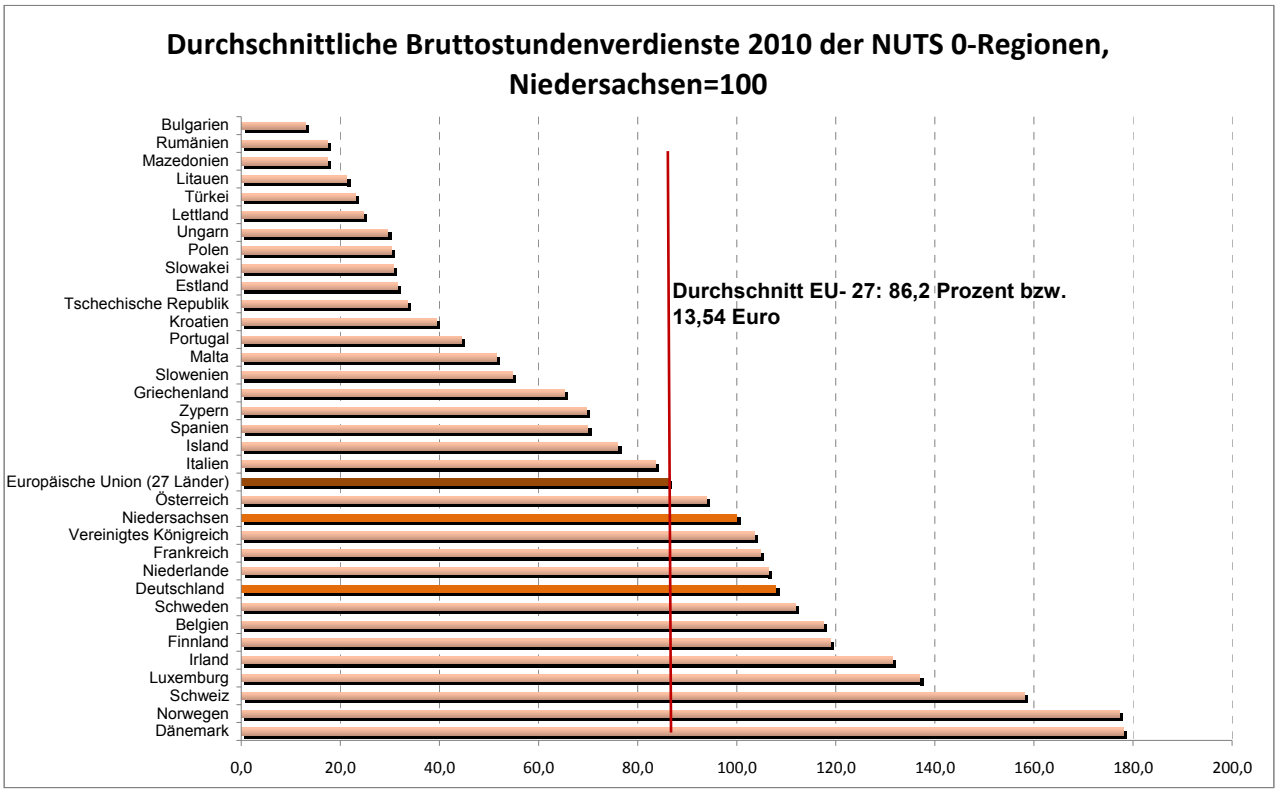
Europaweite Unterschiede im Verdienstniveau

Vergleichbare Daten über das Verdienstniveau liegen aus der Verdienststrukturerhebung 2010 vor. Sie beziehen sich auf den durchschnittlichen Bruttostundenverdienst (im Folgenden auch: Stunden- bzw. Durchschnittsver-

dienst) von Arbeitnehmern in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten.[9)] Die Daten liegen auf der Ebene NUTS 1, also für Bundesländer, vor.

Der durchschnittliche Stundenverdienst in der EU-27 lag 2010 bei 13,54 Euro. In elf Mitgliedstaaten (Dänemark, Luxemburg, Irland, Finnland, Belgien, Schweden, Deutschland, Niederlande, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Österreich) wurden Durchschnittsverdienste entrichtet, die über diesem Durchschnitt lagen. Der höchste Verdienst unter den Mitgliedstaaten wurde in Dänemark mit 27,96 Euro brutto je Stunde verzeichnet. Dahinter folgten Luxemburg mit 21,50 und Irland mit 20,64 Euro. Deutschland belegte den siebten Rang und lag mit 16,94 Euro nahezu gleichauf mit den Niederlanden (16,69 Euro) im „gehobenen Mittelfeld" der EU. Das Verdienstniveau Niedersachsens lag mit 15,70 Euro zwischen dem Vereinigten Königreich (16,26 Euro) und Österreich (14,73 Euro). Die niedrigsten Verdienstniveaus mit Durchschnittswerten unter 5 Euro wurden in acht Mitgliedstaaten gemessen, und zwar in Estland (4,95 Euro), der Slowakei (4,82 Euro), Polen (4,76 Euro), Ungarn (4,64 Euro), Lettland (3,87 Euro), Litauen (3,34 Euro) sowie Rumänien und Bulgarien. Bulgarien und Rumänien wiesen im europäischen Vergleich mit 2,02 Euro und 2,73 Euro die minimalen Verdienste auf. Sie machten im Mittel lediglich ein Fünftel des EU-27 Durchschnitts aus.

Bezieht man in den Vergleich auch noch die der EU benachbarten Länder Norwegen, Schweiz, Türkei und Mazedonien ein, so stellt man fest, dass die beiden erstgenannten Staaten mit 27,82 bzw. 24,80 Euro je Stunde zu den Hochlohnländern und die letztgenannten mit 3,61 Euro bzw. 2,74 Stundenverdienst zu den Niedriglohnländern gehörten. Im folgenden Diagramm ist ein Ranking ausgewählter NUTS 0-Regionen im Vergleich zu Niedersachsen (Niedersachsen=100) dargestellt.



Eine weitergehende Analyse der Regionen auf der NUTS-1-Ebene ergibt ein Gesamtbild, das im Wesentlichen der oben bereits geschilderten Struktur gleicht, lässt aber noch deutlicher eine Zentrum-Peripherie-Struktur erkennen.

Im Durchschnitt lagen die Stundenverdienste der Regionen, die als Finanz-, Wirtschafts- bzw. Logistikzentren eine weltweite Bedeutung haben, weit über dem EU-Durchschnitt, während die wirtschaftlich schwachen Regionen stark unterdurchschnittliche Durchschnittsverdienste aufwiesen. So gab es hohe Stundenverdienste in den seinerzeit wirtschaftlich florierenden Regionen London (24,83 Euro), Brüssel (21,55 Euro), im Südwesten Irlands (20,64 Euro), Paris-Île de France (20,57 Euro) sowie in Hamburg (20,38 Euro). In den peripheren Gebieten wie im Nordosten Bulgariens mit 1,78 Euro und in den teilweise an Weißrussland und Ukraine angrenzenden östlichen Regionen Polens wurden extrem niedrige Verdienste gezahlt.

Die Verdienstniveaus der westdeutschen Bundesländer (mit Ausnahme Schleswig-Holsteins) und Berlins lagen über dem EU-Durchschnitt, während die ostdeutschen Flächenländer mit Stundenverdiensten von 13,05 Euro in Brandenburg bis 11,57 Euro in Mecklenburg-Vorpommern den EU-27-Durchschnitt unterschritten.

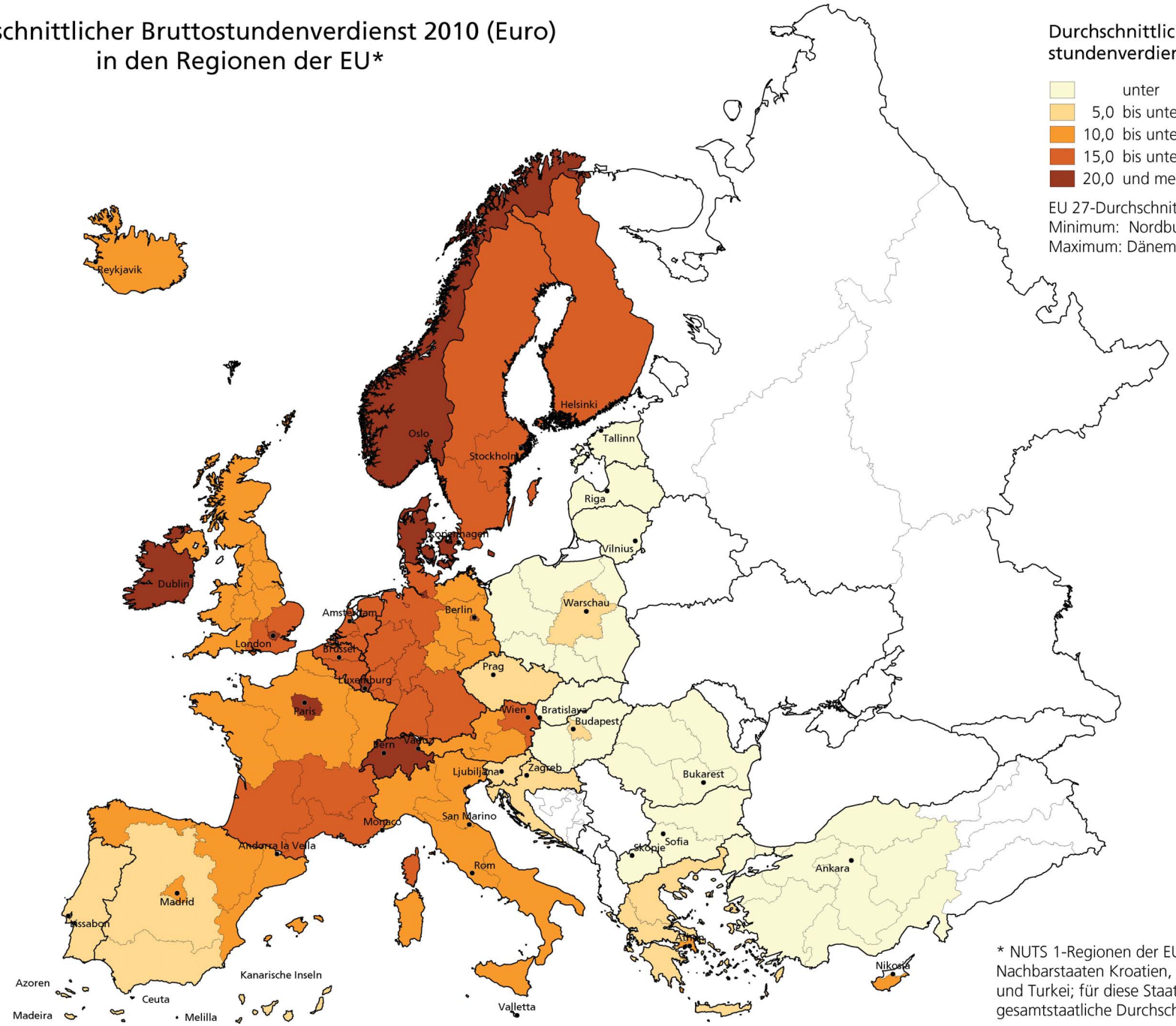
Der Blick der Karte 3 auf die regionale Verteilung auf NUTS 1-Ebene ergibt ein deutliches West-Ost-Gefälle: Gebiete im Osten und Südosten Europas wiesen im Vergleich die niedrigsten Bruttostundenverdienste auf. Umgekehrt wurden in Dänemark, der Schweiz und Norwegen die höchsten Verdienste von im Schnitt über 20 Euro verzeichnet. Vergleichsweise relativ hohe Verdienste zwischen 15 und etwa 20 Euro gab es in der Mitte Europas (Deutschland, Belgien, Niederlande), im Umkreis Londons, in den skandinavischen Ländern Schweden und Finnland sowie in den Regionen im Zentrum und im Süden Frankreichs, die an Spanien bzw. das Mittelmeer grenzen. Großteile Italiens, Österreichs, Spaniens und des Vereinigten Königreichs hatten Verdienste im „unteren Mittelfeld“ in der Spanne von 10 bis unter 15 Euro zu verzeichnen.

Stellt man die EU-Regionen mit den höchsten und den geringsten Verdiensten gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild: In jeder fünften NUTS 1-Region wurde ein Stundenverdienst von unter 5 Euro bezahlt, und in 7 von 95, also in nur jeder dreizehnten Region, wurde ein Durchschnittsverdienst von über 20 Euro je Stunde gemessen.

Migration 2013 von und nach Niedersachsen

Seit 2008 nehmen die Zuzüge aus dem Ausland zu. Seinerzeit kamen 69 064 Menschen über die Bundesgrenzen nach Niedersachsen. 2013 waren es schon 110 921, also gut 40 000 Menschen mehr. Gleichzeitig stieg aber auch die Zahl der Fortzüge, und zwar von 68 114 (2008) auf 75 986. Der Saldo der Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenze war im Jahr 2008 mit nur +950 Personen noch fast ausgeglichen und wuchs seitdem kontinuierlich auf +27 520 Personen im Jahr 2012 und +34 935 im Jahr 2013.

Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst 2010 (Euro) in den Regionen der EU*



* NUTS 1-Regionen der EU 27 sowie der Nachbarstaaten Kroatien, Norwegen, Schweiz und Turkei; für diese Staaten liegen nur gesamtstaatliche Durchschnitte vor.

Tabelle 2: Zu- und Fortzüge über die Grenzen des Bundesgebiets von bzw. nach Niedersachsen 2013 nach Herkunfts- und Zielstaaten

Land	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
		Wanderungsgewinne	
Polen	32 617	24 637	7 980
Russische Föderation	*4 019*	*1 104*	*2 915*
Syrien	*2 508*	*134*	*2 374*
Rumänien	12 979	11 001	1 978
Italien	3 029	1 448	1 581
Spanien	3 217	1 655	1 562
Bulgarien	4 341	2 956	1 385
Griechenland	1 888	822	1 066
Ungarn	4 419	3 419	1 000
Kasachstan	*930*	*121*	*809*
Serbien	*2 039*	*1 248*	*791*
Iran	*994*	*204*	*790*
Somalia	*808*	*60*	*748*
Portugal	1 217	487	730
Litauen	1 434	873	561
China	*1 644*	*1 087*	*557*
Afghanistan	*564*	*75*	*489*
Ukraine	*714*	*252*	*462*
Kosovo	*727*	*267*	*460*
Lettland	1 284	839	445
		Wanderungsverluste	
Vereinigte Staaten	*1 606*	*1 641*	*-35*
Malaysia	*63*	*102*	*-39*
Norwegen	*163*	*202*	*-39*
Neuseeland	*85*	*124*	*-39*
Kanada	*360*	*426*	*-66*
Österreich	778	901	-123
Türkei	*1 477*	*1 809*	*-332*
Schweiz	*806*	*1 163*	*-357*
Insgesamt	**110 921**	**75 986**	**34 935**

Quelle: Wanderungsstatistik

Tabelle 2 zeigt die transnationale Zu- und Abwanderung nach bzw. aus Niedersachsen 2013 nach Herkunfts- bzw. Zielstaaten. Dargestellt sind die 20 Herkunftsländer mit dem höchsten positiven Wanderungssaldo einerseits, die 8 Länder mit dem höchsten negativen Wanderungssaldo andererseits. Staaten, die nicht der EU angehören, sind kursiv gedruckt.

Per Saldo kamen die weitaus meisten Zuwanderer aus Polen (+7 980). Auch aus anderen ost- und südosteuropäischen Staaten (vor allem Russland +2 915, Rumänien +1 978, Bulgarien +1 385, Ungarn +1 000) sowie aus Kasachstan (+809) gab es eine nennenswerte Nettozuwanderung. Bemerkenswert sind auch die hohen Wanderungsgewinne mit den baltischen Ländern Litauen (+561) und Lettland (+445) – das sind ähnlich hohe Werte für diese kleinen Republiken wie der Saldo mit dem erheblich größeren China (+ 557). Für die Wanderungsverflechtung mit Polen, Rumänien und auch Bulgarien ist kennzeichnend, dass hohen Zuzugs- auch hohe Abwanderungszahlen gegenüberstehen. Auffällig sind auch die hohen Wanderungsgewinne des Landes mit den südeuropäischen Staaten Italien (+1 581), Spanien (+1 562), Griechenland (+1 066) und Portugal (+730).

Wanderungsverluste hatte Niedersachsen 2013 nur mit wenigen Ländern, in dieser Reihenfolge vor allem mit der Schweiz (-357), der Türkei (-332) und Österreich (-123). Traditionelle Einwanderungsländer wie die USA, Kanada und Neuseeland konnten ebenfalls leichte Wanderungsgewinne aus Niedersachsen verbuchen.

Zuwanderung, Verdienste und Erwerbslosigkeit - Gesamtbetrachtung

Für einige Staaten außerhalb der EU lassen sich außerökonomische Ursachen der Migration deutlich erkennen. Die erheblichen Wanderungsgewinne mit Syrien (+2 374), Somalia (+748) und Afghanistan (+489) sind überwiegend darauf zurückzuführen, dass viele Menschen vor Krieg, Bürgerkrieg und Vertreibung flüchteten. Darum gab es 2013 in diese Staaten auch kaum Abwanderung.

Von Bedeutung ist auch immer noch der Zuzug von deutschstämmigen Personen, vor allem aus Russland, Kasachstan und der Ukraine.[10)] Dieser Zuzug hat aber längst nicht mehr die Ausmaße wie zu Beginn der Neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts.

Es stellt sich die Frage, in welchem Zusammenhang das Wanderungsgeschehen 2013 – von diesen beiden Ausnahmen abgesehen – mit den oben dargestellten Strukturen der Erwerbslosigkeit und der Verdienste steht. Diese Frage lässt sich für die Mitgliedsstaaten der EU sowie einige Nachbarländer wie der Türkei beantworten, weil für diese die erforderlichen Indikatoren zur Verfügung stehen. Die Tabelle 3 stellt für insgesamt 14 Staaten den Wanderungssaldo Niedersachsens 2013 mit ihnen dar und vergleicht zudem deren Erwerbslosenquote und das Verdienstniveau, indem der niedersächsische Durchschnitt = 100 gesetzt wird.

Die Annahme ist: Ein höheres Verdienstniveau in der Zielregion der Zuwanderung wirkt als „Pull-Faktor": Die Menschen kommen, weil sie hier mehr verdienen als in ihrer Heimat. Ein verglichen mit dem Zielland hohes Ausmaß der Erwerbslosigkeit im Herkunftsland wirkt hingegen als „Push-Faktor": Die Menschen verlassen ihre Heimat, weil sie dort nur vergleichsweise geringe Chancen und Perspektiven sehen.[11)]

Tabelle 3: Wanderungssaldo 2013, Erwerbslosenquote 2012 und Bruttostundenverdienst 2010 nach ausgewählten Staaten

Land	Wanderungssaldo 2013	Erwerbslosenquote 2012		Bruttostundenverdienst 2010	
		Prozent	NI=100	Euro	NI=100
Polen	7 980	10,1	202	4,76	30
Rumänien	1 978	7,0	140	2,73	17
Italien	1 581	10,7	214	13,11	84
Spanien	1 562	24,8	496	10,98	70
Bulgarien	1 385	12,3	246	2,02	13
Griechenland	1 066	24,5	490	10,24	65
Ungarn	1 000	10,9	218	4,64	30
Portugal	730	15,8	316	6,97	44
Litauen	561	13,4	286	3,34	21
Lettland	445	15,0	300	3,87	25
Norwegen	-39	3,2	64	27,82	177
Österreich	-123	4,3	86	14,73	94
Türkei	-332	8,4	168	3,61	23
Schweiz	-357	4,2	84	24,8	158
Niedersachsen	**34 935**	**5,0**	**100**	**15,7**	**100**

Quellen: Wanderungsstatistik, europaweite EU-Arbeitskräftestichprobe, Verdienststrukturerhebung

Beginnen wir mit den Staaten, an die Niedersachsen im Jahr 2013 Einwohner verlor. Norwegen und die Schweiz haben eine geringere Erwerbslosigkeit und zugleich ein deutlich höheres Verdienstniveau als Niedersachsen. Österreich und Niedersachsen haben wiederum sehr ähnliche Kennwerte in Arbeitsmarkt und Verdienstniveau, und die Wanderungsbilanz ist fast ausgeglichen; sprachliche Barrieren gibt es nicht.

Ein interessanter Sonderfall ist die Türkei, an die Niedersachsen im Saldo 312 Menschen verlor, obwohl die Verdienste dort erheblicher niedriger sind und die Arbeitslosigkeit höher ist als hierzulande. Fraglos mag dies auch an der hohen Attraktivität vor allem der Weltmetropole Istanbul liegen; dennoch muss man sich aus niedersächsischer Sicht selbstkritisch fragen, warum mehr Menschen unser Land Richtung Türkei verlassen als umgekehrt, obwohl die fundamentalen ökonomischen Daten das Gegenteil nahe legen. Gerade gut ausgebildete „Deutsch-Türken" sind transnational orientiert – sie sind sowohl in der Türkei als auch in Deutschland zu Hause. Wenn diese Menschen in der Türkei bessere Lebens- und Karrierechancen sehen, können sie relativ problemlos ihren Lebensmittelpunkt dorthin verlagern.

Den weitaus größten Wanderungsgewinn konnte Niedersachsen 2013 mit Polen erzielen. Die Erwerbslosigkeit ist dort doppelt so hoch wie in Niedersachsen, die Verdienste erreichten 2010 knapp ein Drittel des hiesigen Wertes. Beide Faktoren scheinen etwa gleich gewichtig zu sein. Ähnliches gilt für die baltischen Republiken, Ungarn und noch deutlicher für Bulgarien.

Für Italien, Spanien und Griechenland gilt anderes. Die Verdienste sind hier zwar meist niedriger als in Niedersachsen, aber die Abweichungen sind längst nicht so hoch wie gegenüber den osteuropäischen Ländern. Das griechische Verdienstniveau lag bei zwei Dritteln des niedersächsischen und die Werte der beiden anderen südeuropäischen Staaten lagen noch näher am Niedersachsen-Wert. Viel größer sind die Unterschiede der Erwerbslosigkeit: Diese ist in Italien doppelt so hoch, in Spanien und Griechenland sogar fünfmal so hoch wie in Niedersachsen.

Die Zuwanderung aus Rumänien ist noch ein anderer Fall. Die dortige Erwerbslosenquote ist im europäischen Vergleich recht günstig. Die Zuwanderer aus Rumänien fliehen nicht vor hoher Arbeitslosigkeit, sondern kommen, weil sie in Niedersachsen grob geschätzt gut das Fünffache verdienen. Zugleich ist das Wanderungsgeschehen mit Rumänien – ähnlich wie das mit Polen – von großen Strömen gekennzeichnet: Es kamen 2013 gut 13 000 Menschen, gut 11 000 gingen.

Fazit

Die Zuwanderung des Jahres 2013 aus Südeuropa geht vor allem auf die dortige Erwerbslosigkeit bzw. auf deren starke Zunahme zurück. Die Zuwanderung aus Rumänien erfolgt im Wesentlichen wegen der großen Verdienstunterschiede. Bei der Zuwanderung aus Ungarn, Bulgarien, dem Baltikum und vor allem Polen stehen beide Motive gleichermaßen im Vordergrund.

Anmerkungen

1) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database; Die Eurostat-Daten sind mit den Daten, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder publiziert werden, weitestgehend identisch. Leichte Unterschiede ergeben sich aus einer europaweiten Harmonisierung der Daten, nachträglichen Korrekturen und sich daraus ergebenden geringfügig abweichenden Hochrechnungs- und Rundungsverfahren. Datenstand: Januar 2014

2) Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS), Amtsblatt der Europäischen Union vom 21.6.2003.

3) Die Statistischen Regionen entsprechen den ehemaligen Regierungsbezirken bzw. den Zuständigkeitsbereichen der Landesbeauftragten für Regionalentwicklung.

4) Zu Spanien und Portugal gehörige Inseln im Atlantik und im Mittelmeer sowie die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika mussten kartografisch etwas verschoben werden. Dargestellt werden 267 NUTS-2 Regionen, die französischen Überseeterritorien Reunion, Guadeloupe, Guyana und Martinique sind aus der Betrachtung ausgeklammert. Dafür werden die Nicht-EU-Mitglieder Norwegen und die Schweiz dargestellt.

5) Eurostat spricht von „Arbeitslosigkeit" bzw. „Arbeitslosenquoten". Um eine Verwechslung mit den von der BA für Arbeit berechneten amtlichen Arbeitslosenquoten zu vermeiden, wurden hier der Begriff „Erwerbslosigkeit" bzw. „Erwerbslosenquote" gewählt.

6) Die Erwerbslosenquote ist der Anteil der unbeschäftigten Personen (= Erwerbslose bzw. „unemployed persons") an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen auf dem Arbeitsmarkt (= Summe aus Erwerbstätigen + Erwerbslosen bzw. Summe aus employed persons + unemployed persons = economically active population). Erwerbstätige sind alle Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde erwerbstätig waren bzw. die eine Arbeitsstelle hatten, von der sie nur vorübergehend abwesend waren. Als Erwerbslose gelten Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, die in der Referenzwoche ohne Arbeit sind, innerhalb der beiden nächsten Wochen eine Arbeit aufnehmen können und während der letzten vier Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben. In einigen EU-Staaten gelten geringfügig abweichende Altersgruppen: „Employed persons are all persons aged 15 and over (16 and over in ES and UK, 15 to 74 in DK, EE, HU, LV, SE and FI and 16-74 in IS and NO) who, during the reference week, worked at least one hour for pay, profit or family gain, or were not at work but had a job or business from which they were temporarily absent. Unemployed persons comprise persons aged 15-74 (16 to 74 in ES, UK, IS and NO) who were (all three conditions must be fulfilled simultaneously): 1. without work during the reference week; 2. available for work at the time (i.e. were available for paid employment or self-employment before the end of the two weeks following the reference week); 3. actively seeking work (i.e. had taken specific steps in the four-week period ending with the reference week to seek paid employment or self-employment), or who found a job to start within a period of at most three months. … The economically active population (also labelled active population) comprises employed and unemployed persons. … The unemployment rate shows unemployed persons as a percentage of the economically active population." (Quelle: Eurostat-Datenbank, Metadaten-Beschreibung).

7) In einigen Regionen Deutschlands, Finnlands, Italiens und im Vereinigten Königreich lagen keine Werte für 2008 vor, hier wurden ersatzweise die Zahlen von 2009 verwendet.

8) Die Standardabweichung ist die Wurzel aus der Varianz bzw. die Wurzel aus der mittleren quadratischen Entfernung der Daten von ihrem arithmetischen Mittel. Für Mitgliedstaaten mit nur einer oder zwei Regionen (Estland, Irland, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Slowenien und Zypern) lässt sich keine Streuung ermitteln.

9) Wirtschaftsabschnitte B bis N der WZ-Klassifikation 2008 (NACE Rev. 2), also ohne A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Die EU-Durchschnitte beziehen sich auf die EU-27, also ohne Kroatien, das 2010 noch kein EU-Mitglied war.

10) Die Nettozuwanderung von Deutschen aus Russland betrug +1 168 Personen, aus Kasachstan +656 Personen und aus der Ukraine +135 Personen.

11) Andere Migrationsmotive, wie z.B. die Wanderung zu Ausbildungszwecken, müssen in diesem Kontext nicht untersucht werden.

Verschenktes Potential – Qualifikation und Arbeitsmarktbeteiligung neu Zugewanderter in Niedersachsen 2012

Im Zuge der Betrachtung der Themenkomplexe Migration und Teilhabe wurden in diesem Bericht bereits einige Daten zur Bevölkerungsstruktur der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geliefert. An dieser Stelle soll nun die Bevölkerungsstruktur der neu zugewanderten Menschen in Niedersachsen näher beleuchtet werden. Dieser Personenkreis wird definiert als alle Personen, die seit dem Jahr 2000 über die Bundesgrenzen nach Deutschland gezogen sind und 2012 in Niedersachsen lebten. Im Vordergrund steht dabei neben der Darstellung von Herkunftsregionen und Qualifikation der Personen die Frage, inwieweit der niedersächsische Arbeitsmarkt das zur Verfügung stehende Arbeitspotential der Zugewanderten nutzt. Diese Auswertung erfolgt in Anlehnung an eine entsprechende Analyse der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens, wodurch sich die Möglichkeit eines Bundesländervergleichs eröffnet.[8]

Methodik

Die Basis für die folgende Auswertung bilden abermals die Daten des Mikrozensus 2012 (Jahresdurchschnitt). Auf dieser Grundlage werden die schulische und berufliche Qualifikation, die Beschäftigungsstruktur sowie die allgemeine Bevölkerungsstruktur von zugewanderten Frauen und Männern analysiert. Es erfolgt eine Gegenüberstellung der Ergebnisse dieser Personengruppen mit denen der Gesamtbevölkerung, die hinsichtlich ihrer Altersstruktur angepasst wurde, um die Vergleichbarkeit sicherzustellen. Letzteres ist notwendig, da die Gruppe der neu zugewanderten Personen eine deutlich jüngere Altersstruktur aufweist als die niedersächsische Gesamtbevölkerung. Ohne eine entsprechende Altersstandardisierung würde sich ein verzerrtes Bild zeichnen, da sich eine im Schnitt ältere Bevölkerung z.B. hinsichtlich der Bildungsabschlüsse oder der Stellung im Beruf allein aufgrund des Alters und etwa der damit einhergehenden Berufserfahrung unterscheidet.

Die Angaben für die neu Zugewanderten beziehen sich ausschließlich auf Personen, die im Erwachsenenalter (18 und älter) nach Deutschland gekommen sind und 2012 in Niedersachsen lebten.

Im Jahr 2012 lebten in Niedersachsen insgesamt rund 197 700 Personen, die zwischen 2000 und 2012 als Erwachsene nach Deutschland zugewandert sind. Das Geschlechterverhältnis unter diesen neu Zugewanderten war fast ausgeglichen. 98 400 (49,8 Prozent) von ihnen sind Frauen, 99 300 (50,2 Prozent) Männer. Bei der altersstandardisierten Vergleichsgruppe zeigt sich mit 51,2 Prozent ein um 1,4 Prozentpunkte höherer Frauenanteil.

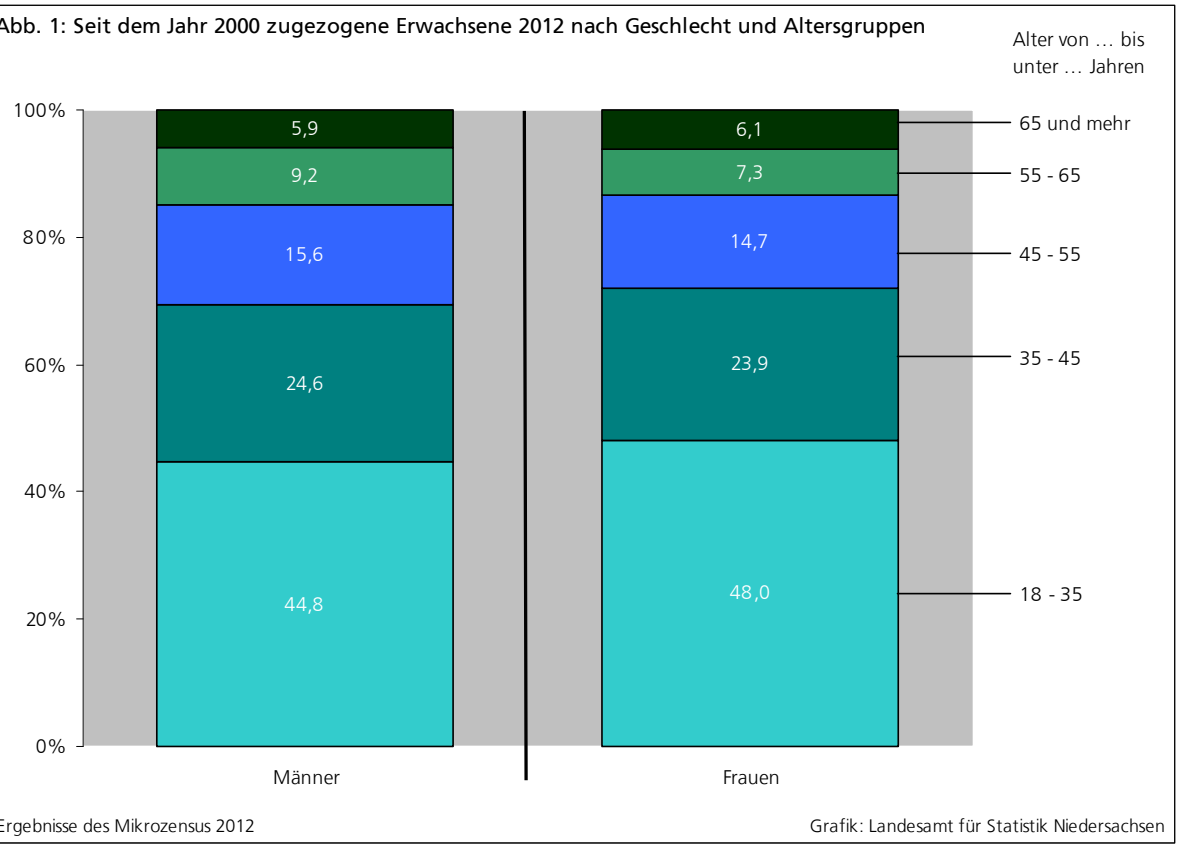
Mit 46,4 Prozent war 2012 fast die Hälfte der seit dem Jahr 2000 zugewanderten Personen jünger als 35 Jahre, rund ein Viertel (24,2 Prozent) war 35 bis unter 45 Jahre alt. Die höheren Altersgruppen waren dementsprechend schwächer besetzt. Lediglich 6,0 Prozent der Zugewanderten waren älter als 65 Jahre. Im Vergleich mit der Altersstruktur der niedersächsischen Gesamtbevölkerung (nicht standardisiert) zeigen sich, wie bereits einge-

[8] Für diese Analyse der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur der neu zugewanderten Personen in Nordrhein-Westfalen siehe Seifert, Wolfgang: Ungenutzte Potentiale – Qualifikation und Arbeitsmarktbeteiligung von neu zugewanderten Frauen, in: Statistik kompakt 05/13, Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, 2013

hend angemerkt, deutliche Unterschiede. So waren 2012 insgesamt 21,2 Prozent aller Niedersachsen 65 Jahre und älter. Hingegen waren nur 36,1 Prozent der Bevölkerung jünger als 35 Jahre.

Unter den Zugewanderten wiederum wiesen die Frauen im Jahr 2012 eine jüngere Altersstruktur auf als die Männer. 48 Prozent von Ihnen waren 2012 jünger als 35 Jahre (Männer: 44,8 Prozent). In den darüber liegenden Altersgruppen (mit Ausnahme der ab 65-Jährigen) hingegen sind die Anteile jeweils bei den Männern höher (s. Abb. 1).

Abb. 1: Seit dem Jahr 2000 zugezogene Erwachsene 2012 nach Geschlecht und Altersgruppen



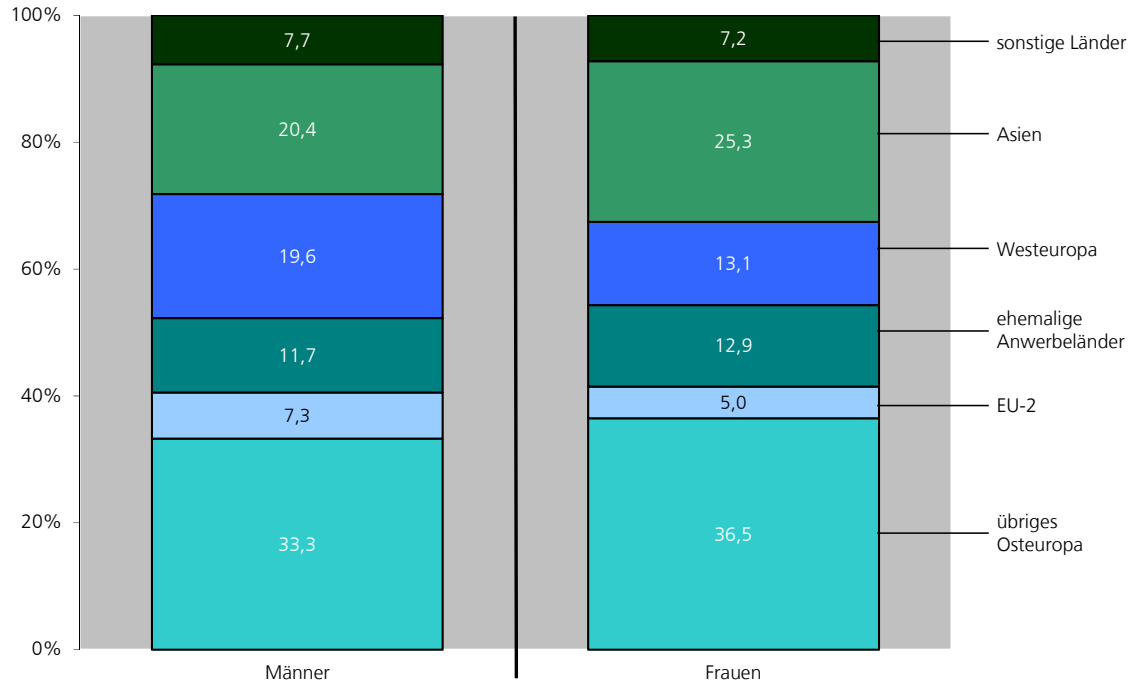
Ergebnisse des Mikrozensus 2012 — Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Herkunftsländer – Osteuropa als wichtigste Region

Die häufigste Herkunftsregion der seit dem Jahr 2000 zugewanderten Frauen und Männer sind die Staaten Osteuropas. Insgesamt 41,5 Prozent der Frauen sowie 40,6 Prozent der Männer stammen von dort. Aus den sogenannten EU-2 Staaten Rumänien und Bulgarien, die 2007 der Europäischen Union beigetreten sind, stammen davon 5 Prozent der Frauen und 7,3 Prozent der Männer. Zweitwichtigste Herkunftsregion für Frauen (25,3 Prozent) wie Männer (20,4 Prozent) war Asien. Weitere 13,1 Prozent (Frauen) bzw. 19,6 Prozent (Männer) kamen aus westeuropäischen Staaten. Etwa jede achte seit 2000 zugewanderte Person in Niedersachsen stammte 2012 aus einem der ehemaligen Anwerbeländer[9]. (Vgl. Abb. 2.)

[9] Anwerbeverträge bestanden in der Vergangenheit mit Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, der Türkei sowie mit dem ehemaligen Jugoslawien. Anwerbeabkommen mit Marokko und Tunesien erlangten zahlenmäßig keine Bedeutung.

Abb. 2: Seit dem Jahr 2000 zugezogene Erwachsene 2012 nach Geschlecht und Herkunftsregion



Ergebnisse des Mikrozensus 2012

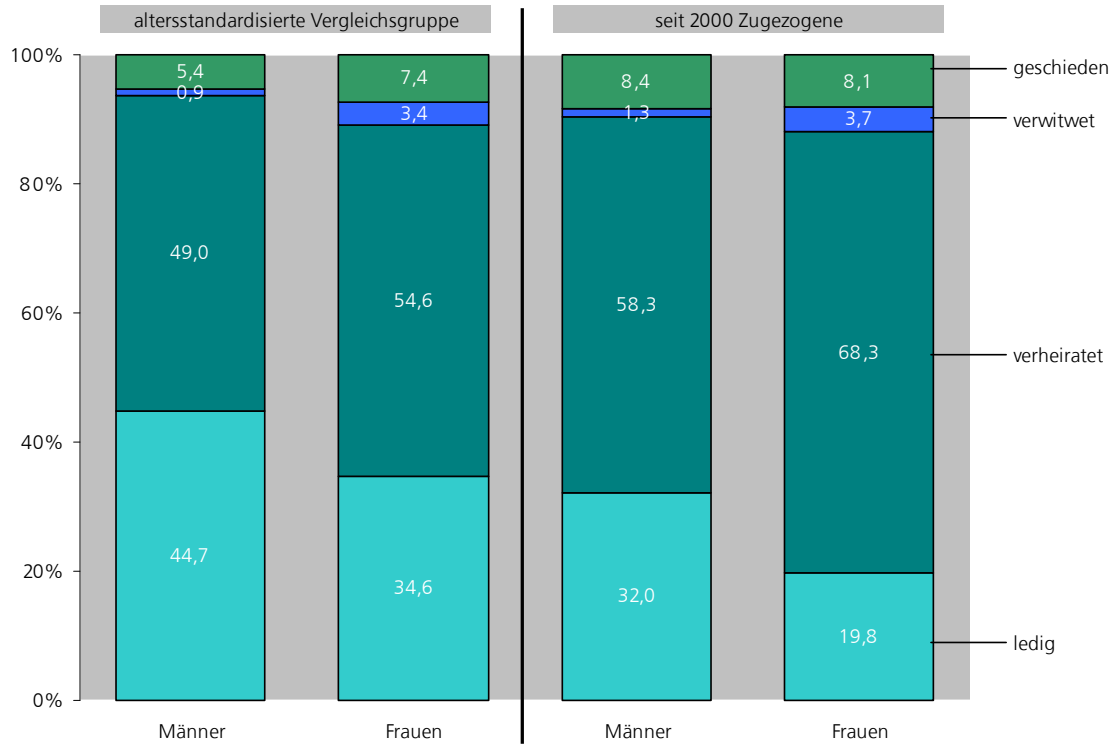
Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Familienstand und Kinder – Frauen leben häufiger mit minderjährigen Kindern zusammen

68,3 Prozent der seit dem Jahr 2000 zugezogenen Frauen waren verheiratet und 19,8 Prozent ledig. Bei den Männern lag der Anteil der Verheirateten mit 58,3 Prozent niedriger, der der Ledigen hingegen mit 32,0 Prozent deutlich höher. Bei der altersstandardisierten Vergleichsgruppe lagen die Anteile der Verheirateten sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern mit 54,6 bzw. 49,0 Prozent wiederum deutlich niedriger. Die Anteile der Ledigen fielen spiegelbildlich mit 34,6 Prozent (Frauen) bzw. 44,7 Prozent (Männer) erheblich höher aus. (Vgl. Abb. 3)

Knapp ein Viertel aller zugezogenen Frauen hatte 2012 ein lediges Kind unter 18 Jahren im Haushalt, ein weiteres Viertel zwei oder mehr Kinder. In der Vergleichsgruppe lagen die Anteile jeweils niedriger (ein Kind: 20,5 Prozent, zwei und mehr Kinder: 21,8 Prozent). Zugewanderte Männer lebten gegenüber den Frauen seltener mit Kindern zusammen. 14,8 Prozent von Ihnen hatten ein Kind im Haushalt, 18,5 Prozent zwei oder mehr Kinder. Bei den Männern waren die Unterschiede zur Vergleichsgruppe weniger groß. Hier waren die Anteile derer mit ein oder zwei Kindern sogar etwas höher als unter den Zugewanderten (ein Kind: 15,2 Prozent, zwei Kinder: 12,0 Prozent). Etwa die Hälfte (50,5 Prozent) der zugezogenen Frauen lebte ohne Kinder, in der Vergleichsgruppe betrug dieser Anteil 57,7 Prozent. Bei den Männern betrug der Unterschied 66,8 Prozent (Zugewanderte) zu 68,4 Prozent (Vergleichsgruppe). (Vgl. Abb. 4.)

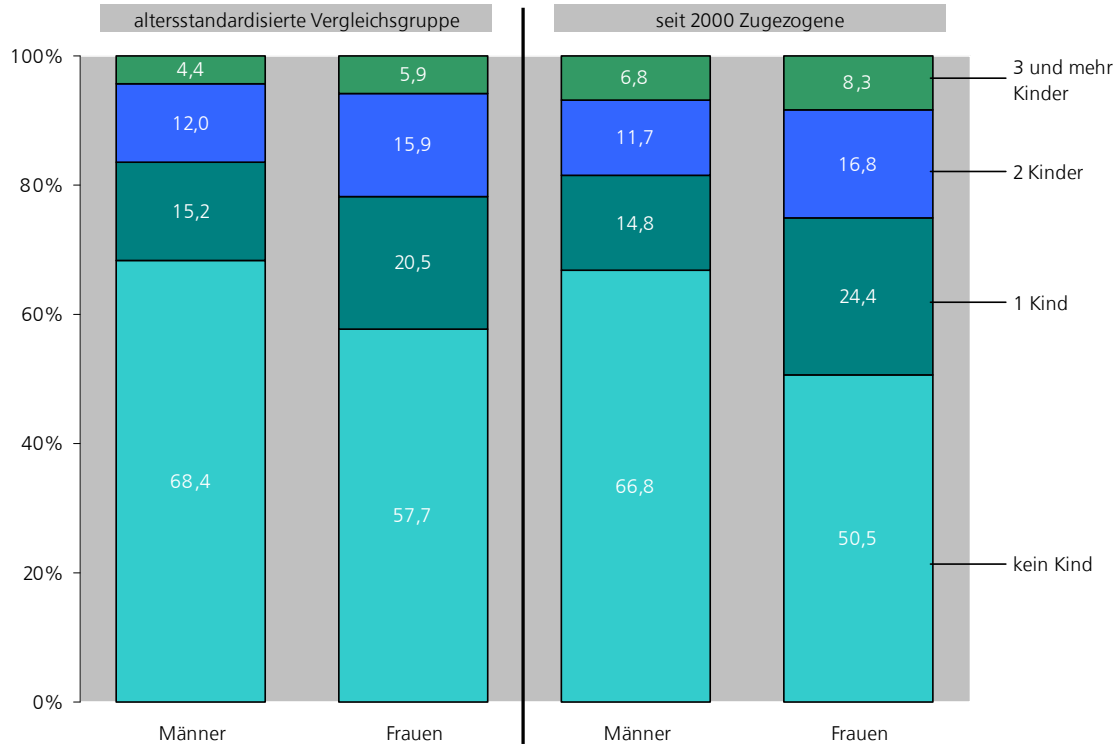
Abb. 3: Bevölkerung*) 2012 nach Geschlecht und Familienstand



*) im Alter von 18 und mehr Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus 2012

Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Abb. 4: Bevölkerung*) 2012 nach Geschlecht und Zahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren im Haushalt



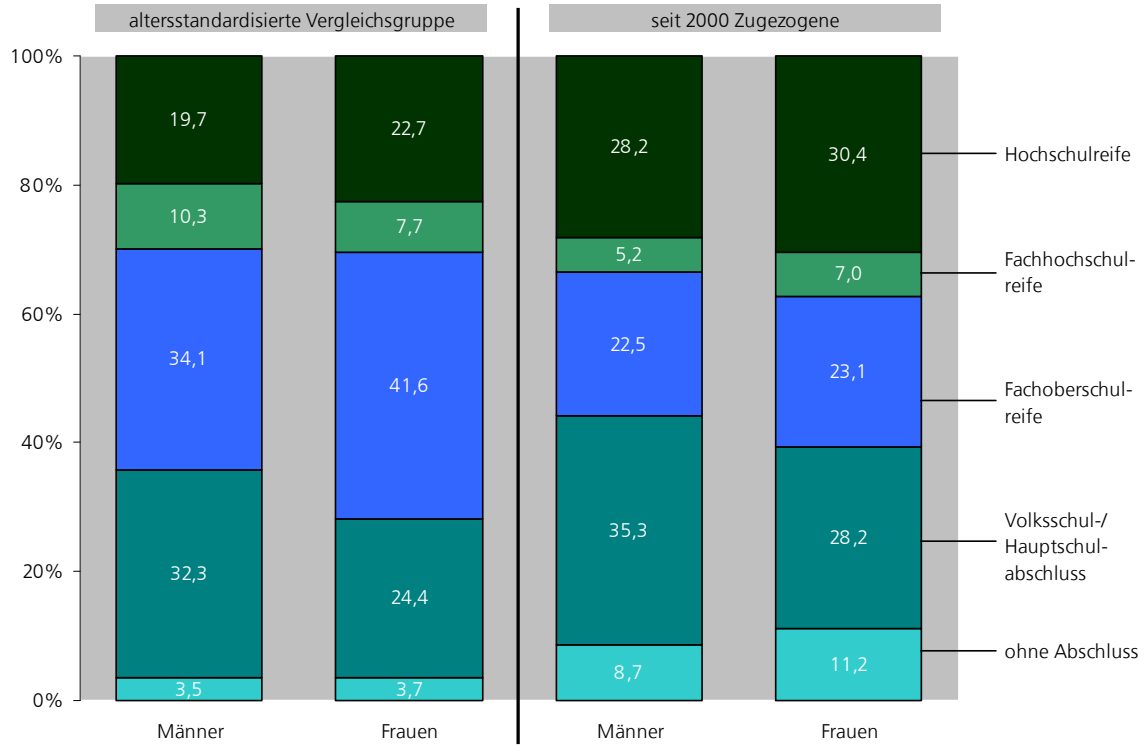
*) im Alter von 18 und mehr Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus 2012

Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Bildung und Qualifikation – häufiger hohe und niedrige Qualifikationen bei Zugewanderten

Sowohl bei den schulischen als auch bei den beruflichen Abschlüssen verfügten 2012 neu Zugewanderte häufiger über den jeweils höchsten Abschluss (Hochschulreife bzw. Hochschulstudium) als dies in der Vergleichsgruppe der Fall war. Gleichermaßen galt jedoch, dass diese Personengruppe deutlich häufiger ohne Schul- und Berufsabschluss war. (Vgl. Abb. 5 und 6.)

Abb. 5: Bevölkerung*) 2012 nach Geschlecht und höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss



*) im Alter von 18 und mehr Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus 2012

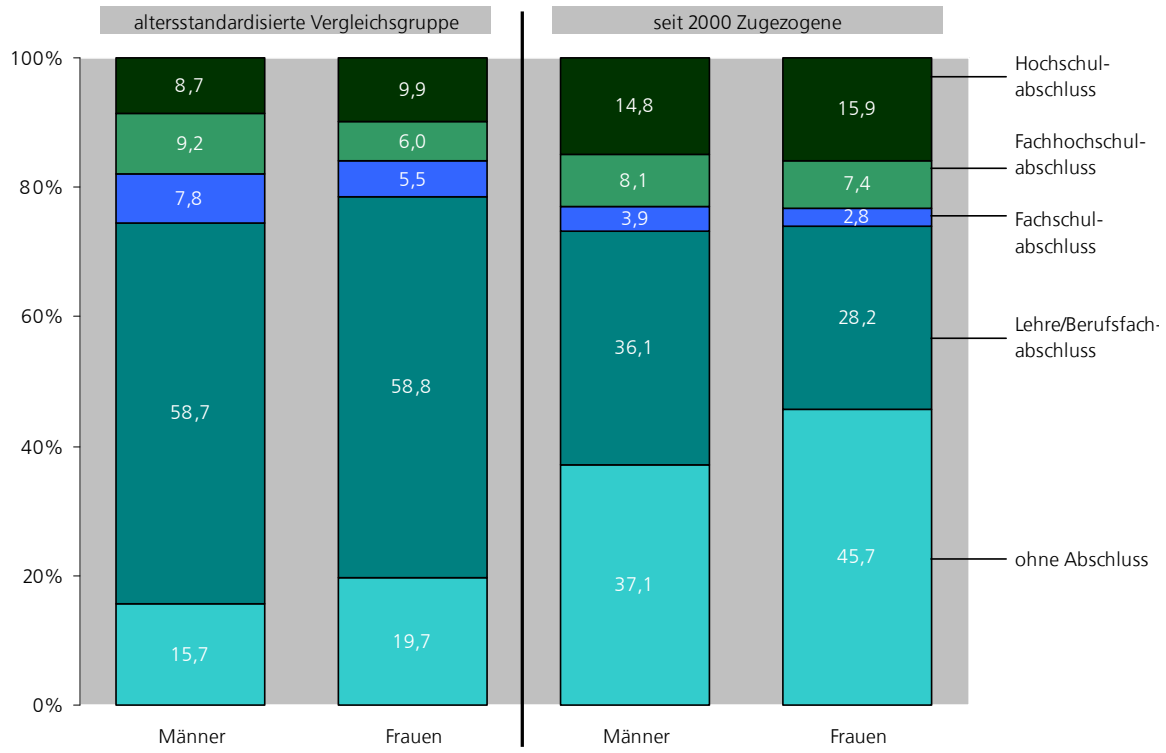
Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Die Gruppe der seit dem Jahr 2000 Zugezogenen wies insgesamt einen hohen Bildungsgrad auf. Sowohl die Frauen als auch die Männer verfügten mit 30,4 bzw. 28,2 Prozent häufiger über die Hochschulreife als die jeweilige Vergleichsgruppe (Frauen: 22,7 Prozent, Männer: 19,7 Prozent). Dem stand jedoch ebenfalls eine größere Bevölkerungsgruppe ohne Schulabschluss gegenüber. Bei den zugezogenen Frauen hatten 2012 11,2 Prozent keinen Abschluss, bei den Männern waren es 8,7 Prozent. Beide Werte waren mehr als doppelt so hoch (bei den Frauen sogar mehr als dreimal so hoch) wie bei der entsprechenden Vergleichsgruppe. Hier verfügte lediglich jede und jeder Dreißigste über keinen allgemein bildenden Schulabschluss.

Über mittlere Bildungsabschlüsse verfügten zugewanderte Frauen und Männer 2012 erheblich seltener als die Vergleichsgruppe. Während dort fast die Hälfte aller Frauen (49,3 Prozent) die Fachhochschulreife oder Fachoberschulreife erlangt hatte, waren es bei den zugezogenen Frauen lediglich 30,1 Prozent. Geringer aber nach wie vor groß ist der Unterschied bei den Männern (Vergleichsgruppe: 44,4 Prozent, Zugezogene: 27,7 Prozent).

Der Anteil der Frauen und Männer mit einem Volksschul- bzw. Hauptschulabschluss war bei den Zugezogenen jeweils leicht höher als in der Vergleichsgruppe (Frauen: 28,2 zu 24,4 Prozent, Männer: 35,3 zu 32,3 Prozent).

Abb. 6: Bevölkerung*) 2012 nach Geschlecht und höchstem beruflichen Bildungsabschluss



*) im Alter von 18 und mehr Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus 2012

Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

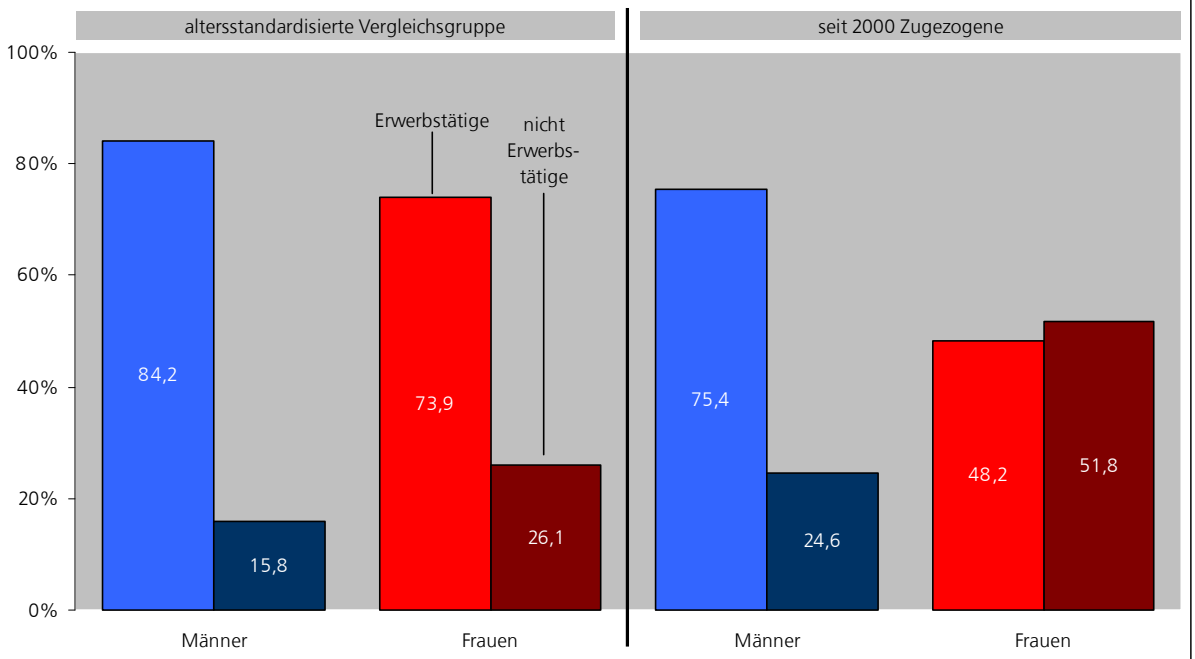
Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der Betrachtung der beruflichen Abschlüsse von neu Zugezogenen. Während diese einerseits häufiger über einen Hochschulabschluss verfügten als die Vergleichsgruppe (Frauen: 15,9 zu 9,9 Prozent, Männer: 14,8 zu 8,7 Prozent) gab es andererseits eine sehr viel größere Gruppe von Personen ohne beruflichen Abschluss. So verfügen mit 45,7 Prozent mehr als doppelt so viele zugezogene Frauen über keine abgeschlossene berufliche Ausbildung wie in der Vergleichsgruppe (19,7 Prozent). Auch bei den Männern ist eine große Differenz zu beobachten (Zugezogene: 37,1 Prozent, Vergleichsgruppe: 15,7 Prozent).

Eine abgeschlossene Lehre oder einen vergleichbaren beruflichen Bildungsabschluss konnten zugewanderte Frauen (38,4 Prozent) und Männer (48,1 Prozent) dementsprechend seltener vorweisen. Der Unterschied zur jeweiligen Vergleichsgruppe (Frauen: 70,3 Prozent, Männer: 75,7 Prozent) beträgt bei beiden Geschlechtern rund 30 Prozentpunkte. Bei den neu Zugewanderten lassen sich mit Blick auf die Gruppen mit abgeschlossener Lehre und ohne Abschluss deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zu Ungunsten der Frauen erkennen.

Arbeitsmarkt – zugewanderte Frauen seltener erwerbstätig

Mit 48,2 Prozent wiesen die zugewanderten Frauen 2012 eine sehr geringe Erwerbstätigenquote auf. Bei den Frauen in der Vergleichsgruppe lag die Quote hingegen bei 73,9 Prozent. Bei den Männern ist diese Differenz wesentlich geringer: Mit 75,4 Prozent lag die Erwerbstätigenquote der zugewanderten Männer erheblich höher als die der Frauen, blieb jedoch trotzdem deutlich hinter der der männlichen Vergleichsgruppe (84,2 Prozent) zurück. (Vgl. Abb. 7.)

Abb. 7: Bevölkerung*) 2012 nach Geschlecht und Erwerbstätigkeit



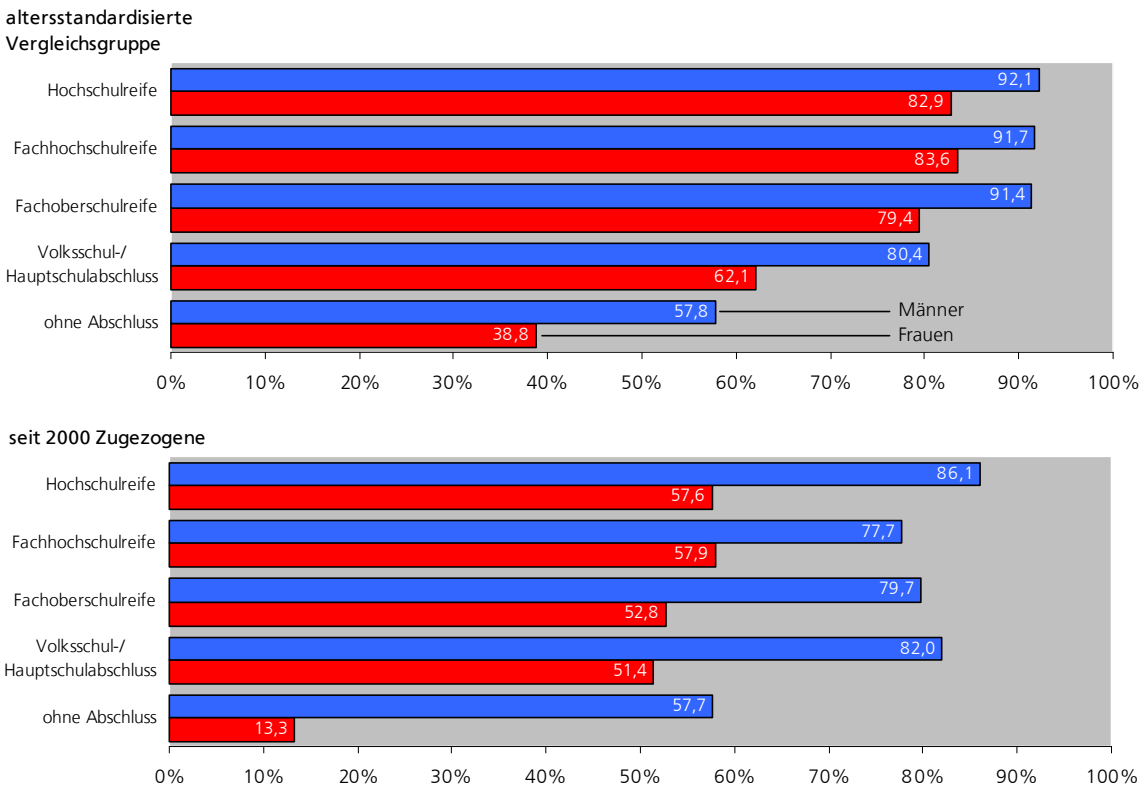
*) im Alter von 18 und mehr Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus 2012

Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Differenziert nach dem höchsten allgemein bildenden Schulabschluss wird deutlich, dass mit steigendem schulischem Qualifikationsniveau auch der Anteil der Erwerbstätigen wächst. Während von den seit 2000 zugezogenen Frauen ohne allgemein bildenden Schulabschluss gerade einmal 13,3 Prozent erwerbstätig waren (Vergleichsgruppe: 38,8 Prozent), lag die Quote bei der Gruppe mit Volksschul- bzw. Hauptschulabschluss bereits bei 51,4 Prozent. Am höchsten war die Erwerbstätigenquote unter den zugezogenen Frauen bei jenen mit Fachhochschulreife (57,9 Prozent), sie lag dennoch weit unter der Quote der entsprechenden Vergleichsgruppe (79,4 Prozent). Ein ähnlicher Verlauf, wenngleich auf durchweg höherem Beschäftigungsniveau, ist bei den zugezogenen Männern erkennbar. Hier lag die Erwerbstätigenquote jedoch bereits in der Gruppe ohne Schulabschluss bei 57,5 Prozent und damit etwa gleichauf mit der entsprechenden Vergleichsgruppe (57,8 Prozent). Am höchsten war die Quote der Erwerbstätigen unter den zugezogenen Männern bei jenen mit Hochschulreife (86,1 Prozent, Vergleichsgruppe: 92,1 Prozent). Ins Auge fällt auch die Gruppe derer mit Volksschul- bzw. Hauptschulabschluss, wo die Erwerbstätigenquote der zugezogenen Männer mit 82,0 Prozent die in der Vergleichsgruppe (80,4 Prozent) überstieg.

Bis auf diese Ausnahme bewegten sich die Erwerbstätigenquoten der neu Zugewanderten durchweg unterhalb der Quoten in der Vergleichsgruppe. Während die Unterschiede bei den Männern im mittleren Qualifikationsniveau (Fachhochschulreife: -14,0 Prozentpunkte, Fachoberschulreife: -11,7 Prozentpunkte) am deutlichsten zu Tage traten, lag die Erwerbstätigenquote der zugewanderten Frauen mit Ausnahme der Gruppe mit niedrigem Abschluss (-10,7 Prozentpunkte) auf allen Qualifikationsstufen um 25 bis 26 Prozentpunkte unter der der jeweiligen Vergleichsgruppe. (Vgl. Abb. 8.)

Abb. 8: Erwerbstätigenquote der Bevölkerung*) 2012 nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Geschlecht



*) im Alter von 18 und mehr Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus 2012

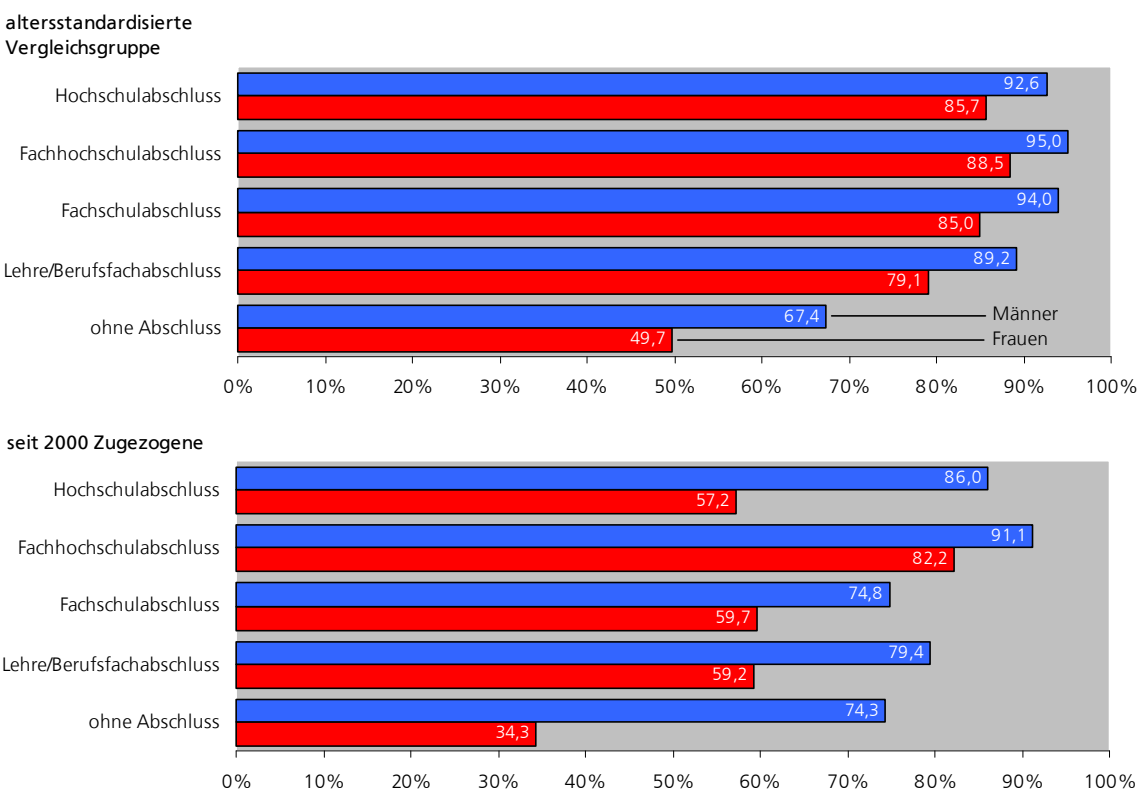
Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Ein sehr ähnliches Bild zeichnet die Erwerbstätigenquote differenziert nach dem höchsten beruflichen Abschluss. Auch hier ist mit steigendem Qualifikationsniveau ein Anstieg der Quoten zu erkennen, wenngleich sie bei den Hochqualifizierten mit Hochschulabschluss wieder etwas zurückgehen. Auch hier sind die Abstände zwischen den Quoten der neu Zugezogenen und denen in der Vergleichsgruppe wieder groß. Vor allem die Quoten der zugezogenen Frauen bleiben auf allen beruflichen Qualifikationsniveaus deutlich unter denen in den jeweiligen Vergleichsgruppen. Dabei ist eine wachsende Differenz mit steigender Qualifikation zu beobachten. Während die Erwerbsquote der zugezogenen Frauen ohne beruflichen Abschluss mit 34,3 Prozent „nur“ um 15,4 Prozentpunkte unter der in der Vergleichsgruppe (49,7 Prozent) lag, betrug der Unterschied bei den Frauen mit Hochschulabschluss 28,5 Prozentpunkte. Gerade einmal 57,2 Prozent der zugewanderten Frauen gingen hier einer Erwerbstätigkeit nach. Bei den Männern waren die Unterschiede zwischen den Zugewanderten und der

Vergleichsgruppe wieder deutlich geringer. Hier waren bspw. 86,0 Prozent der zugewanderten Hochschulabsolventen erwerbstätig gegenüber 92,6 Prozent in der Vergleichsgruppe (-6,6 Prozentpunkte). Etwas deutlicher war der Unterschied in der Gruppe mit abgeschlossener Lehre bzw. Berufsfachabschluss, wo 79,4 Prozent der Zugewanderten und 89,2 Prozent der Vergleichsgruppe in Beschäftigung waren (-9,8 Prozentpunkte). Die deutlichste Differenz bestand bei den Personen mit Fachschulabschluss mit -19,2 Prozentpunkten zu Ungunsten der Zugewanderten. Bemerkenswert hoch war die Erwerbstätigenquote der zugezogenen Männer ohne beruflichen Abschluss. Sie lag mit 74,3 Prozent sogar um 6,9 Prozentpunkte über der in der Vergleichsgruppe.

Sowohl zugezogene Frauen als auch Männer zeigten auffällig hohe Erwerbstätigenquoten bei der Personengruppe mit Fachhochschulabschluss. 82,2 Prozent der Frauen und 91,1 Prozent der Männer waren hier erwerbstätig. Diese Werte liegen verhältnismäßig nah an denen der Vergleichsgruppe und vor allem für die zugezogenen Frauen zeigt sich hier eine regelrechte Beschäftigungsspitze. (Vgl. Abb. 9.)

Abb. 9: Erwerbstätigenquote der Bevölkerung*) 2012 nach höchstem beruflichen Abschluss und Geschlecht



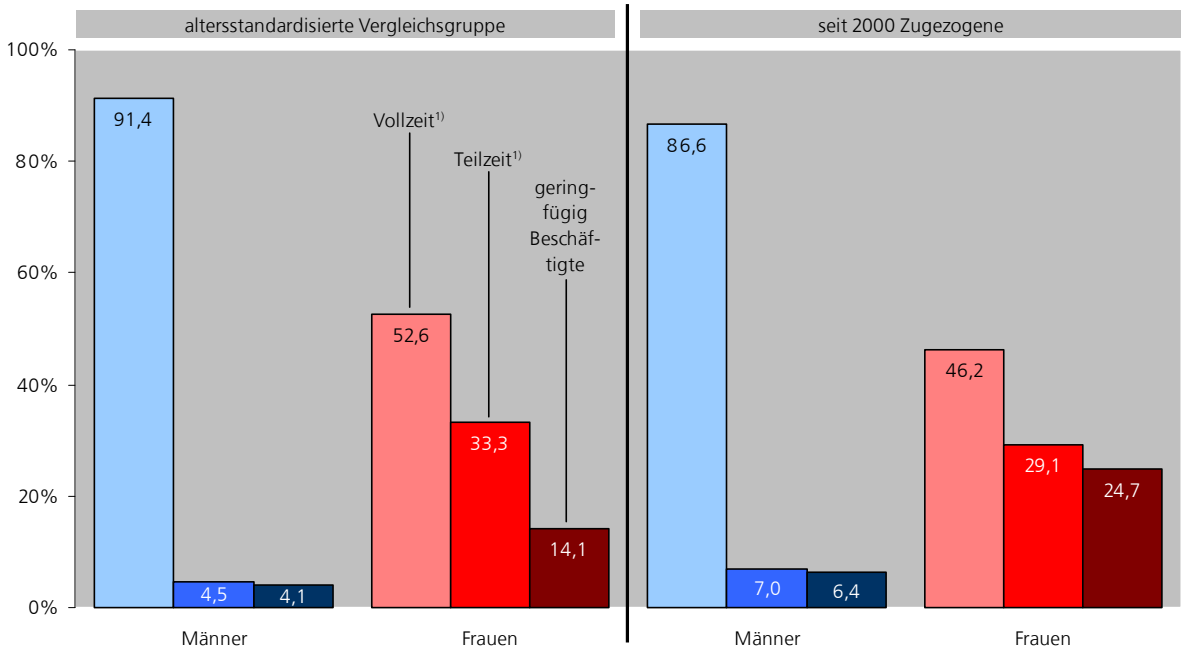
*) im Alter von 18 und mehr Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus 2012

Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

46,2 Prozent der neu zugezogenen Frauen waren 2012 in Vollzeit beschäftigt, während es in der Vergleichsgruppe 52,6 Prozent waren. Auch der Anteil der Frauen, die in Teilzeit arbeiteten, wich mit 29,1 Prozent von der Vergleichsgruppe (33,3 Prozent) nach unten hab. Demgegenüber sind neu zugezogene Frauen mit 24,7 Prozent deutlich häufiger einer geringfügigen Beschäftigung nachgegangen als die Frauen in der Vergleichsgruppe (14,1 Prozent).

Neu zugezogene Männer übten mit einem Anteil von 86,6 Prozent ebenfalls seltener eine Vollzeittätigkeit aus als die entsprechende Vergleichsgruppe mit 91,4 Prozent. Mit 7,0 Prozent bzw. 6,4 Prozent gingen sie häufiger eine Teilzeitbeschäftigung bzw. einer geringfügigen Beschäftigung nach als die Männer der Vergleichsgruppe (4,5 bzw. 4,1 Prozent). (Vgl. Abb. 10.)

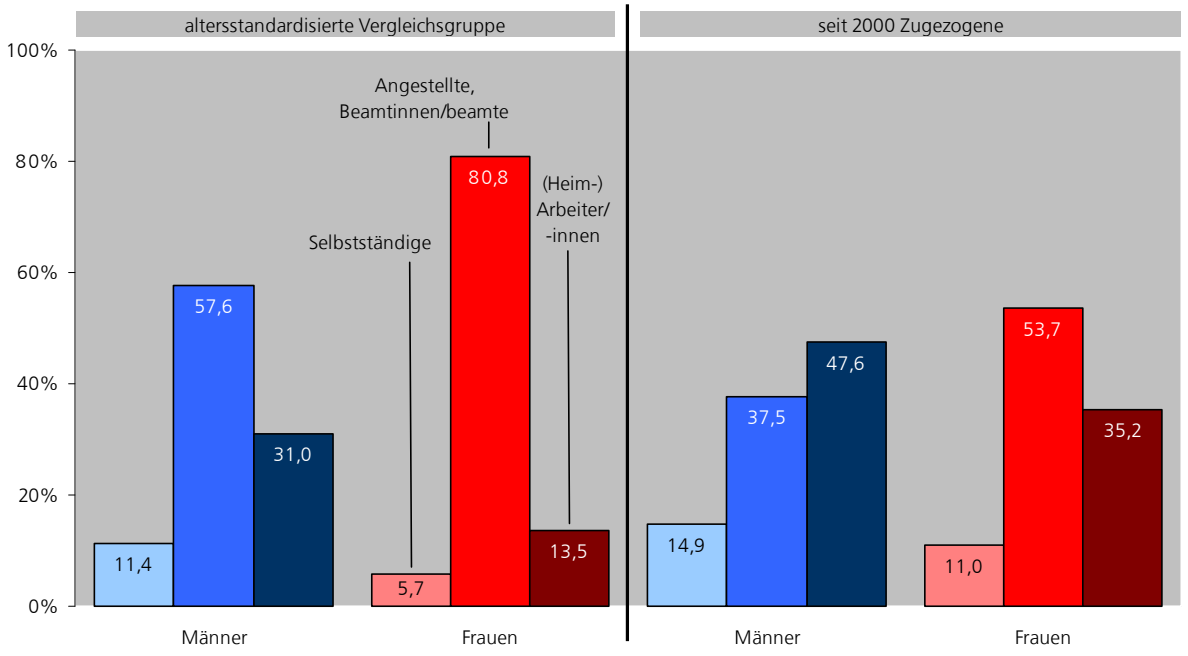
Abb. 10: Bevölkerung*) 2012 nach Geschlecht und Beschäftigungsart



*) im Alter von 18 und mehr Jahren; 1) ohne geringfügig Beschäftigte; Ergebnisse des Mikrozensus 2012

Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Abb. 11: Bevölkerung*) 2012 nach Geschlecht und Stellung im Beruf



*) im Alter von 18 und mehr Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus 2012

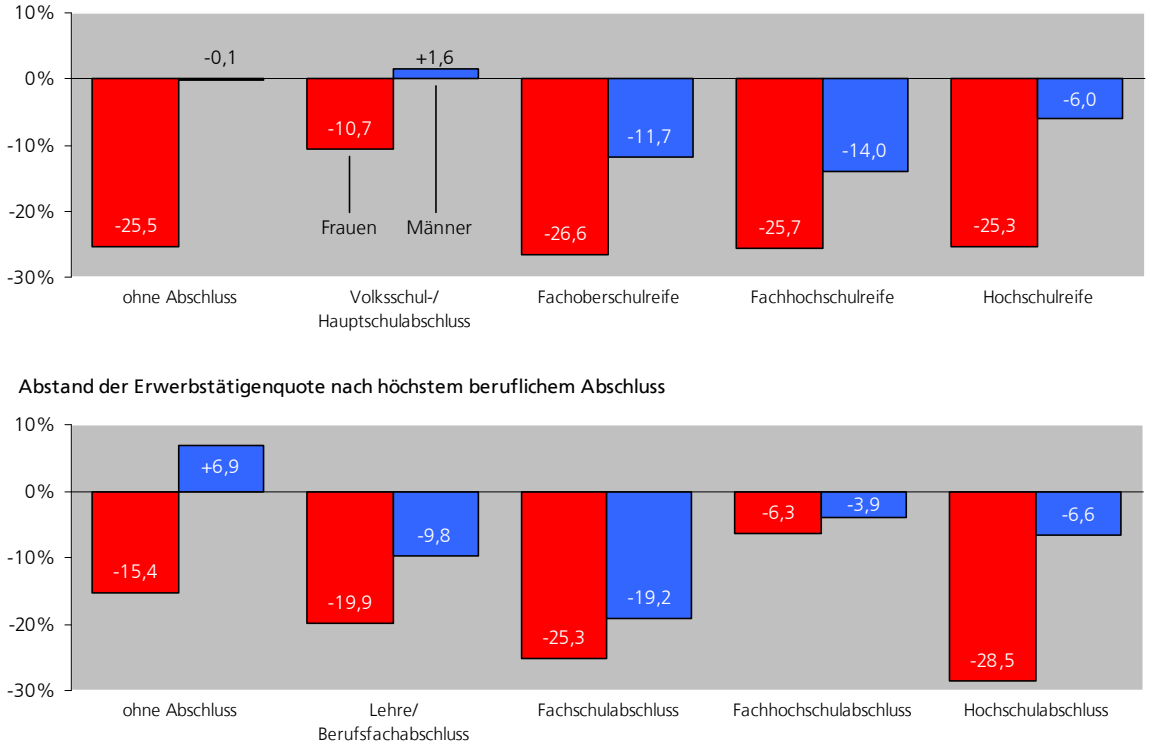
Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Von den zwischen 2000 und 2012 zugewanderten Frauen war mit 35,2 Prozent ein wesentlich größerer Teil als Arbeiterinnen beschäftigt als in der Vergleichsgruppe (13,5 Prozent). Entsprechend seltener arbeiteten sie als Angestellte/Beamtinnen (53,7 Prozent, Vergleichsgruppe: 80,8 Prozent). Auch bei den Männern sind deutliche Unterschiede erkennbar. Sie waren mit 47,6 Prozent häufiger als Arbeiter und mit 37,5 Prozent wesentlich seltener als Angestellte/Beamte beschäftigt als die entsprechende Vergleichsgruppe (31,0 bzw. 57,6 Prozent). Sowohl zugewanderte Frauen als auch Männer wiesen verhältnismäßig hohe Anteile an Selbstständigen auf. (Vgl. Abb. 11.)

Fazit – am Arbeitsmarkt bleibt viel Potential ungenutzt

Die in Niedersachsen lebenden Frauen und Männer, die seit dem Jahr 2000 im Erwachsenenalter aus dem Ausland zugezogen sind, wiesen im Jahr 2012 gleichermaßen sowohl schulisch als auch beruflich ein hohes Qualifikationsniveau auf. Es ist jedoch auffällig, dass es in beiden Fällen und sowohl bei Frauen als auch bei Männern eine große Gruppe von Personen ohne schulischen bzw. beruflichen Abschluss gab und zugleich die mittleren Schul- und Ausbildungsabschlüsse deutlich schwächer vertreten waren. Hier ist eine deutliche Polarisierung zu erkennen und damit verbunden ein großes Potential zur Verbesserung der schulischen und darauf aufbauend der beruflichen Bildung Zugewanderter. Vor dem Hintergrund der weiterhin hohen Zahl unbesetzter Lehrstellen bieten sich hier gleichermaßen für die Zugewanderten wie auch für die Betriebe Chancen.

Abb. 12: Abstand zwischen den Erwerbstätigenquoten der Vergleichsgruppe und der neu Zugewanderten 2012 nach schulischer und beruflicher Qualifikation sowie nach Geschlecht



*) im Alter von 18 und mehr Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus 2012

Grafik: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Die Erwerbstätigenquoten der neu Zugewanderten in Niedersachsen waren vor allem bei den Frauen und hier auf allen Qualifikationsstufen vergleichsweise niedrig. Bei den Männern hingegen fielen die Unterschiede zur Vergleichsgruppe sehr viel geringer aus. Abbildung 12 verdeutlicht die ungenutzten Potentiale zugewanderter Frauen und Männer am niedersächsischen Arbeitsmarkt. Offenbar konnten zugewanderte Frauen ihre Qualifikation schlechter als die Männer und sehr viel schlechter als die Vergleichsgruppe auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt verwerten.[10] Sofern es sich um mitgebrachte Qualifikationen handelt, könnten vor allem bei den beruflichen Abschlüssen Probleme bei deren Anerkennung in Niedersachsen eine Rolle gespielt haben. Zudem gibt es Anhaltspunkte, dass es trotz aller Bemühungen am Arbeitsmarkt nach wie vor teilweise zu ethnischer Diskriminierung kommt.[11]

Für die großen geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Erwerbstätigkeit unter den Zugewanderten könnten Sprachbarrieren verantwortlich sein, die für Frauen potentiell von größerer Bedeutung sind. Sie sind häufiger im Dienstleistungssektor beschäftigt, wo Sprachkenntnisse von größerer Relevanz sind als bspw. im produzierenden Gewerbe. Zugewanderte Frauen hatten 2012 auch häufiger Kinder als die Frauen in der Vergleichsgruppe, was ein Grund dafür sein dürfte, dass sie wesentlich häufiger einer geringfügigen Beschäftigung oder gar keiner Beschäftigung nachgingen.

Vor dem Hintergrund des fortwährend thematisierten Fachkräftemangels und der demographischen Entwicklung in Niedersachsen (vgl. Indikator A 2 in diesem Bericht) erscheint es angesichts der dargestellten Potentiale bei den neu Zugezogenen geboten, die Bestrebungen zur Teilhabe dieser Personengruppe am Arbeitsmarkt auf allen Qualifikationsstufen zu intensivieren. Vor allem bei den zugewanderten Frauen und ganz besonders bei jenen mit Hochschulabschluss existiert ein großes Potential an hochqualifizierter und bislang ungenutzter Arbeitskraft.

Darüber hinaus muss es mit Blick auf die Qualifikationsstruktur der neu Zugezogenen das Ziel sein, die große Gruppe derer ohne allgemein bildenden Schulabschluss bzw. ohne beruflichen Abschluss zu aktivieren, um bei diesen Frauen und Männern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Teilnahme am Arbeitsmarkt zu schaffen.

[10] Für eine Untersuchung der Neuzuwanderer aus Drittstaaten im Bundesgebiet mit ähnlichen Resultaten siehe Ette, Andreas; Mundil-Schwarz, Rabea; Sauer, Leonore; Saluk, Harun: Ein neues Bild der Migration: Sozioökonomische Struktur und Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern aus Drittstaaten in Deutschland, in: Bevölkerungsforschung Aktuell 02/2013, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), Wiesbaden 2013

[11] Für aktuelle Statistische Untersuchungen zu ethnischer Diskriminierung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt siehe Schneider, Jan; Yemane, Ruta; Weinmann, Martin: Diskriminierung am Ausbildungsmarkt: Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven, Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.), Berlin 2014

Rumänische und bulgarische Staatsangehörige in Niedersachsen – Zuwanderung und Beschäftigung

In diesem Abschnitt wird gezielt die Bevölkerungsgruppe der Frauen und Männer mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit beleuchtet. Vor allem vor dem Hintergrund der für diese Menschen seit dem 1. Januar 2014 geltenden und bereits in diesem Bericht einleitend thematisierten vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU ist dieser Blick besonders interessant.

Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien zwischen 2007 und 2013

Wie bereits im Rahmen der vorhergegangenen Betrachtung des Wanderungsgeschehens von 2007 bis 2013 dargestellt, ist die Zahl der Zuzüge aus Rumänien und Bulgarien nach Niedersachsen laut Wanderungsstatistik in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Im Jahr 2013 zogen insgesamt 17 320 Personen aus diesen beiden Ländern nach Niedersachsen, davon mit 12 979 Personen der Großteil aus Rumänien (Bulgarien: 4 341). Gegenüber dem Jahr 2007 mit zusammen 4 101 Zuzügen hat sich die Zahl damit mehr als vervierfacht (Rumänien: +339,1 Prozent, Bulgarien: +279,1 Prozent).

Im gleichen Zeitraum war jedoch ebenso ein starker Zuwachs bei den Fortzügen aus Niedersachsen nach Rumänien und Bulgarien zu verzeichnen. Deren Zahl stieg von 2007 bis 2013 von 2 260 auf 13 957 und hat sich damit in etwa verfünffacht. Auch hier gilt wieder, dass der Großteil der Wanderungsbewegungen auf Rumänien entfiel mit zuletzt allein 11 001 Fortzügen (Bulgarien: 2 956).

Insgesamt stand für das Jahr 2013 ein Wanderungssaldo von +3 363 Personen in den Migrationsbeziehungen zwischen Niedersachsen und Rumänien (+1 978 Personen) sowie Bulgarien (+1 385 Personen) zu Buche. Der Gesamtsaldo von 2007 bis einschließlich 2013 beträgt für Rumänien +11 638 Personen und für Bulgarien +6 981 Personen. Obschon es sich also angesichts der gleichermaßen vielen Zu- wie Fortzüge offenbar in vielen Fällen um eine temporäre Zuwanderung mit Rückkehrabsicht bzw. um eine Transitmigration handelt, ist die niedersächsische Bevölkerung durch Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien zwischen 2007 und 2013 um insgesamt 18 619 Personen gewachsen.

Zuwanderung seit Anfang 2014

Vor dem Hintergrund des Inkrafttretens der vollen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit von Rumäninnen und Rumänen sowie von Bulgarinnen und Bulgaren am 1. Januar 2014 ist seit langem mit einer weiteren, deutlichen Zunahme der Zuwanderung aus diesen beiden Ländern gerechnet worden. So hatte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 2013 für Gesamtdeutschland eine Nettozuwanderung von bis zu 180 000 Personen für das Jahr 2014 in Aussicht gestellt.[12] Da entsprechende Daten der Wanderungsstatistik für Niedersachsen zum Redaktionsschluss dieses Berichtes noch nicht zur Verfügung standen, wird an dieser Stelle ersatzweise die Veränderung der Bestände im Ausländerzentralregister (AZR) ausgewiesen. So lebten am 31. Dezember 2013 insgesamt 25 255 Frauen und Männer aus Rumänien und Bulgarien in Niedersachsen. Am 30.

[12] Vgl. Brücker, Herbert; Hauptmann, Andreas; Vallizadeh, Ehsan: Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien – Arbeitsmigration oder Armutsmigration, IAB-Kurzbericht 16/2013, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, August 2013, S. 9

Juni 2014 waren es laut AZR 31 433 Personen. Demzufolge sind innerhalb dieser sechs Monate insgesamt 6 178 bulgarische und rumänische Staatsangehörige nach Niedersachsen gekommen oder hier geboren worden – eine deutliche aber dennoch moderate Bestandszunahme angesichts mancher Befürchtungen im Vorfeld.

Zieht man die Bestandszahlen des AZR vom 31. Dezember 2007 hinzu (4 292 Rumäninnen und Rumänen, 2 343 Bulgarinnen und Bulgaren), so zeigt sich, dass sich die Zahl der EU-2-Staatsangehörigen bis zum 30. Juni 2014 annähernd verfünffacht hat.

Bundesweit betrug der Zuwachs der rumänischen und bulgarischen Bevölkerung in den ersten fünf Monaten dieses Jahres rund 40 000 Personen. Das IAB hat seine Prognose angesichts dieser Zahl mittlerweile auf bis zu 160 000 Zuwanderungen für das Gesamtjahr 2014 vermindert.[13]

Bevölkerung, Geschlecht und Altersstruktur

Am 30. Juni 2014 lebten in Niedersachsen insgesamt 20 218 rumänische Staatsangehörige. Davon waren 12 400 männlich und 7 805 weiblich.[14] 18 020 Personen befanden sich im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Jünger als 18 Jahre waren 2 025 Personen, 65 und älter nur 173 Personen. Die meisten rumänischen Staatsangehörigen lebten in den Landkreisen Emsland, Vechta, Cloppenburg und Osnabrück (einschl. Stadt Osnabrück), zusammen 8 028 Personen. In der Region Hannover lebten am 30. Juni 2014 2 690 Personen aus Rumänien, davon 1.790 in der Landeshauptstadt Hannover (Quelle: AZR).

Die Zahl der bulgarischen Staatsangehörigen betrug in Niedersachsen am 30. Juni 2014 11 215 Personen, wovon 6 349 männlich und 4 862 weiblich waren.[15] 9 519 Personen befanden sich im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Jünger als 18 Jahre waren 1 570 Personen, 65 und älter nur 124 Personen.[16] Die meisten bulgarischen Staatsangehörigen lebten in den Landkreisen Emsland, Vechta, Osnabrück (einschl. Stadt Osnabrück), Oldenburg (einschl. Stadt Oldenburg) und Cloppenburg, zusammen 3 704 Personen. In der Region Hannover lebten am 30. Juni 2014 3 078 Personen aus Bulgarien, allein in der Landeshauptstadt Hannover waren es 2 582 Personen (Quelle: AZR).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

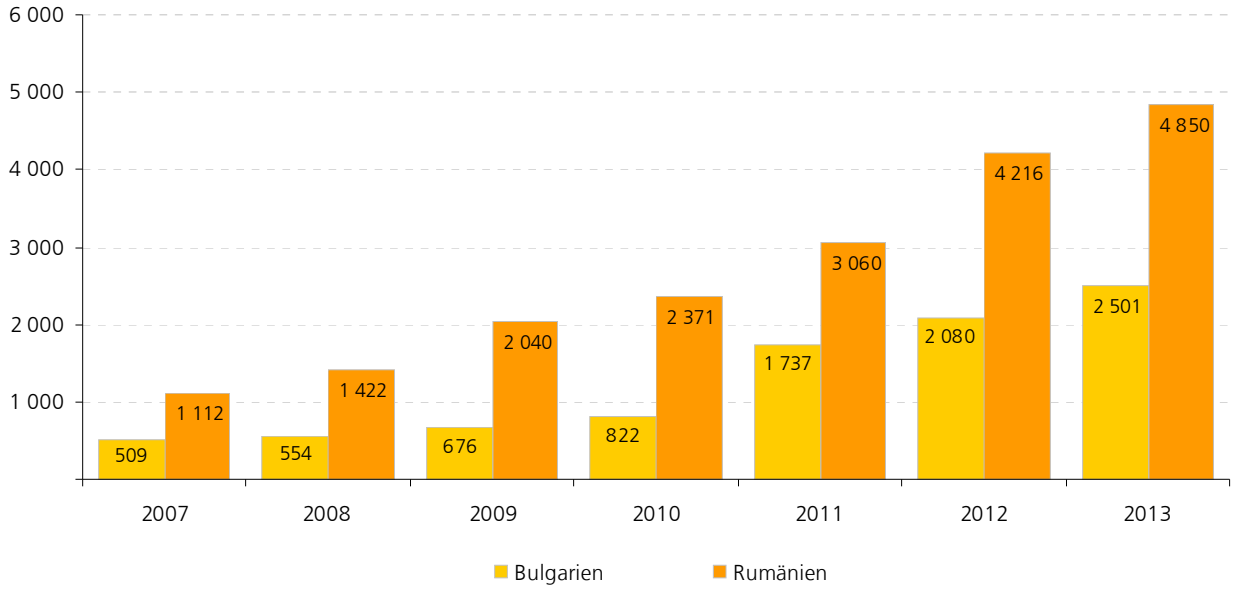
Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigen (SvB) mit bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit in Niedersachsen hat sich seit dem EU-Beitritt der beiden Länder im Jahr 2007 bis zum Jahr 2013 deutlich erhöht: Bei den Rumänen hat sie sich mehr als vervierfacht von 1.112 Beschäftigen (30. Juni 2007) auf 4 850 (30. Juni 2013), bei den Bulgaren hat sie sich sogar verfünffacht von 509 (30. Juni 2007) auf 2 501 Personen (30. Juni 2013).[17] Abbildung 1 stellt diese Entwicklung zwischen 2007 und 2013 grafisch dar.

Während Menschen mit rumänischer Staatsangehörigkeit nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit am 30. Juni 2011[18] ungefähr zu gleichen Teilen als Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter (276 von insgesamt 3 060 Be-

[13] Vgl. Brücker, Herbert; Hauptmann, Andreas; Vallizadeh, Ehsan: Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, Mai 2014, S. 2
[14] Bei 13 Personen war das Geschlecht unbekannt.
[15] Bei vier Personen war das Geschlecht unbekannt.
[16] Bei zwei Personen lagen keine Altersangaben vor.
[17] Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit
[18] Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort , ausgewählte Berufsgruppen der Klassifikation der Berufe 1988

schäftigten) sowie im Bereich Landwirtschaft (267 Personen) arbeiteten, waren Bulgarinnen und Bulgaren absolut wie relativ wesentlich häufiger als Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter beschäftigt (469 von insgesamt 1 737 Beschäftigten).

Abbildung 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit von 2007 bis 2013 (30. Juni)



Ausschließlich geringfügig Beschäftigte

Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (aGeB) in Niedersachsen aus Rumänien und Bulgarien hat sich zwischen 2007 und 2013 mehr als verdoppelt: Bei den Rumäninnen und Rumänen von 201 (30. Juni 2007) auf 408 (30. Juni 2013) Personen, bei den Bulgarinnen und Bulgaren von 161 (30. Juni 2007) auf 322 (30. Juni 2013) Personen. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten je 500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ging in diesem Zeitraum bei der Gruppe der Rumäninnen und Rumänen von 90,4 auf 42,1 zurück, bei den Bulgarinnen und Bulgaren sogar von 158,2 auf 64,4 am 30. Juni 2013.[19]

Arbeitslosigkeit

Wie die Zahl der Beschäftigten, so hat auch die Zahl der arbeitslosen Rumäninnen und Rumänen bzw. Bulgarinnen und Bulgaren in Niedersachsen zugenommen, wenngleich schwächer. So waren im Berichtsmonat Juni 2014 in Niedersachsen 656 Rumäninnen und Rumänen und 757 Bulgarinnen und Bulgaren arbeitslos gemeldet. Dies entspricht Zuwächsen um 77,7 Prozent bzw. 68,2 Prozent gegenüber dem Juni 2013, als noch 390 Rumäninnen und Rumänen sowie 426 Bulgarinnen und Bulgaren arbeitslos waren.

Die Arbeitslosenquote der Rumänen und Bulgaren betrug nach Feststellung des IAB bundesweit im März 2014 10,5 Prozent (Februar 2014: 11,3 Prozent). Dabei gab es eine deutliche Diskrepanz zwischen Personen aus Bul-

[19] Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

garien (Quote: 15,8 Prozent) und Personen aus Rumänien (Quote: 8,1 Prozent). Gegenüber dem März 2013 ist die Arbeitslosenquote dieser Bevölkerungsgruppe damit zwar um 0,5 Prozentpunkte gestiegen. Aufgrund eines positiven Trends seit Jahresbeginn (saisonbereinigt) geht das Institut jedoch bis Jahresende von einem weiteren Absinken der Quote unter das Vorjahresniveau aus.[20]

Leistungen nach dem SGB II

Im Juni 2013 waren in Niedersachsen 929 Rumäninnen und Rumänen sowie 1 259 Bulgarinnen und Bulgaren leistungsberechtigt nach dem SGB II. Verglichen mit dem Stand Juni 2007 entspricht dies in etwa einer Verdopplung bei den rumänischen Leistungsberechtigten (Juni 2007: 441 Personen) und nahezu einer Versechsfachung bei den bulgarischen Leistungsberechtigten (Juni 2007: 183 Personen). Zum März 2014 ist ein weiterer Anstieg der Leistungsberechtigten auf 1 432 Personen (Rumänien) und 2 021 Personen (Bulgarien) erkennbar. [21] Abbildung 2 stellt diese Entwicklung zwischen 2007 und März 2014 grafisch dar.

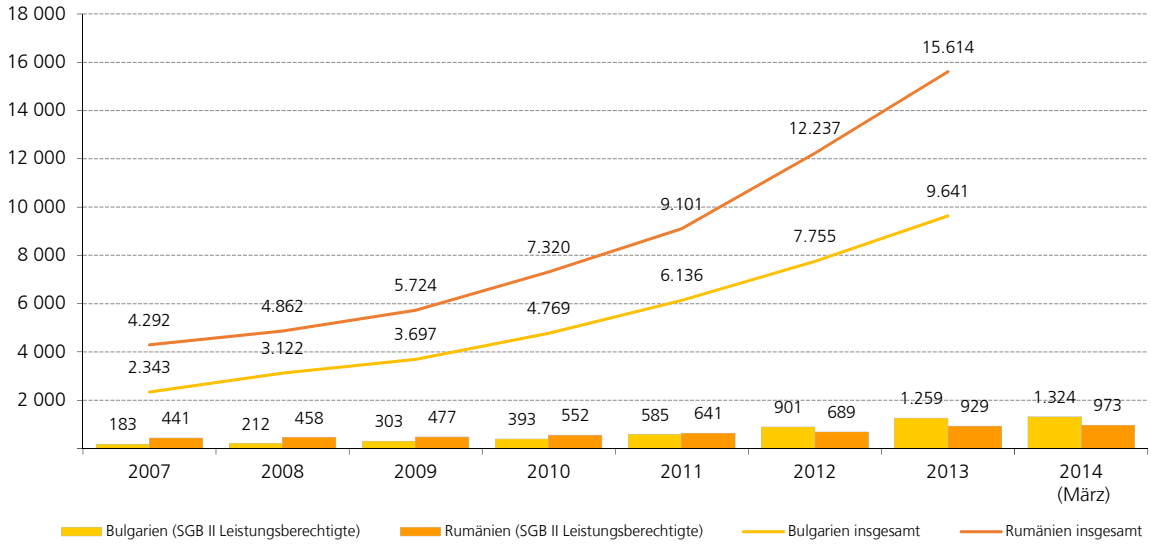
Die Gesamtzahl der leistungsberechtigten Personen in Niedersachsen betrug zu diesem Zeitpunkt 586.035, davon 103.560 Ausländerinnen und Ausländer. Daraus ergibt sich ein Anteil der Leistungsberechtigten mit rumänischer Staatsangehörigkeit an allen Leistungsberechtigten von 0,2 Prozent (Anteil an allen ausländischen Leistungsberechtigten: 1,4 Prozent). 0,3 Prozent aller Leistungsberechtigten (2,0 Prozent aller ausländischen Leistungsberechtigten) hatten im März 2014 die bulgarische Staatsbürgerschaft.

Die meisten Leistungsberechtigten nach dem SGB II mit rumänischer bzw. bulgarischer Staatsangehörigkeit gab es im März 2014 in der Region Hannover: 368 Personen aus Rumänien, 800 aus Bulgarien. Dies entsprach 0,3 Prozent bzw. 0,7 Prozent aller dortigen Leistungsberechtigten. Gegenüber dem März 2013 war eine Steigerung um 62,8 Prozent bei den Rumäninnen und Rumänen und um 54,4 Prozent bei den Bulgarinnen und Bulgaren zu verzeichnen. Im Raum Wilhelmshaven-Oldenburg-Delmenhorst, einem Gebiet mit relativ vielen Beschäftigten aus Südosteuropa, gab es im März 2014 125 Leistungsberechtigte aus Rumänien und 213 Leistungsberechtigte aus Bulgarien (0,2 bzw. 0,3 Prozent aller Leistungsberechtigten). Dies entsprach einer Steigerung um 76,1 Prozent (Rumänien) bzw. einer Verdopplung (+100,9 Prozent, Bulgarien) gegenüber dem Vorjahresmonat.

Bundesweit betrug der Anteil der Leistungsbezieher nach dem SGB II unter den Bürgerinnen und Bürgern rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit im Februar 2014 12,2 Prozent und lag damit noch unterhalb der durchschnittlichen Quote der ausländischen Bevölkerung von 16,0 Prozent. Dabei lag die Quote bei den Rumäninnen und Rumänen mit lediglich 8,6 Prozent wesentlich niedriger als bei den Bulgarinnen und Bulgaren mit 18,8 Prozent.[22]

[20] Vgl. Brücker, Herbert; Hauptmann, Andreas; Vallizadeh, Ehsan: Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, Mai 2014, S. 2, 7
[21] Quelle: Statistik der Grundsicherung nach dem SGB II
[22] Vgl. Brücker, Herbert; Hauptmann, Andreas; Vallizadeh, Ehsan: Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, Mai 2014, S. 4

Abbildung 2: Leistungsberechtigte Personen nach dem SGB II mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit von 2007 bis 2013 (30. Juni) und Personen mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit insgesamt



Fazit

Mit dem Anstieg der Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien in den vergangenen Jahren ging ein ebenfalls starker Anstieg der Beschäftigung einher. Ein erheblicher Anteil der Beschäftigten arbeitet in Arbeitsmarktbereichen mit nur niedrigen Qualifikationsanforderungen und zu niedrigen Löhnen.[23]

Stark zugenommen hat jedoch auch die Zahl der Leistungsbezieher nach dem SGB II mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit. Diese Entwicklung hat sich auch in den ersten Monaten nach der Einführung der vollen EU-Freizügigkeit fortgesetzt. Es ist unklar, ob auch diese Gruppe der Leistungsberechtigten von der positiven Arbeitsmarktentwicklung profitieren kann. Polarisierungen sind hier denkbar, vor allem in besonders stark von Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien betroffenen Kommunen.

Insgesamt lässt sich aber sagen, dass der weit überwiegende Teil der in Niedersachsen lebenden Bürgerinnen und Bürger mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit in den Arbeitsmarkt integriert ist. Dabei weist die Bevölkerungsgruppe der Rumäninnen und Rumänen insgesamt bessere Beschäftigungswerte auf als die der Bulgarinnen und Bulgaren.

Das IAB kommt damit übereinstimmend für Gesamtdeutschland zu der Einschätzung, dass „Neuzuwanderer […] offensichtlich seit Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit gut in den Arbeitsmarkt integriert worden [sind].“[24]

Anhand der Zahlen wird deutlich, dass es sich bei der Zuwanderung von Rumänen und Bulgaren nach Deutschland und Niedersachsen allem Anschein nach nicht um eine „Armutszuwanderung“, sondern überwiegend um eine Arbeitsmigration handelt.

[23] ebd., S. 3
[24] ebd., S. 2

Jens Fischer (Dipl.-Sozialwiss.) und Silvio Kornexl (Dipl.-Sozialwiss.) im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
(Laufzeit der Studie: Dezember 2013 bis Juni 2014)

Zur sozialen Situation mobiler europäischer Beschäftigter in Werkvertragskonstellationen in Niedersachsen – Eine explorative Studie (Kurzfassung)

Einleitung

Die Arbeits- und Lebenssituationen von mobilen europäischen Beschäftigten, die in diversen Wirtschaftsbranchen Niedersachsens tätig sind, sind in den letzten Jahren immer deutlicher in den Fokus des öffentlichen Interesses getreten. Tragischer Höhepunkt dieser Entwicklung war im Juli 2013 der Tod zweier rumänischer Arbeiter im emsländischen Papenburg. Beide waren als Angestellte eines Werkvertragsunternehmens beschäftigt und untergebracht. Der daran anschließende, überwiegend emotional geführte Diskurs über die Arbeits- und Lebensbedingungen mobiler europäischer Beschäftigter in Niedersachsen bedurfte einer distanzierten Betrachtung, um die Notwendigkeiten und Möglichkeiten eines Gegenwirkens zu skizzieren. Vor diesem Hintergrund gab das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im Dezember 2013 eine Studie in Auftrag.

Bis Ende Juni 2014 bestand das Ziel darin, erstmalig belastbare Informationen zu gewinnen, um die soziale Situation zugewanderter mobiler Arbeitnehmer[1] zu beschreiben, oder anders ausgedrückt, es sollte dargestellt werden, wie es diesen Menschen konkret ergeht.

Möglichst differenziert und objektiv wurde untersucht, wie sich Unterbringung, Einkommen und gesundheitliche Versorgung darstellen. Weiterhin sollten Bildung, berufliche Fähigkeiten und die Migrationsmotivation betrachtet werden. Aufgrund der äußerst mangelhaften Datenlage wurde die Untersuchung mit einem explorativen Ansatz konzipiert und durchgeführt. Den methodischen Schwerpunkt bildeten hierbei leitfadengestützte Interviews. Geplant waren Gespräche mit Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, Arbeitgebern, Behörden, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Beratungsstellen und mobilen europäischen Beschäftigten. Die Schwierigkeiten bei der Durchführung ergaben sich zum einen durch den Dunkelfeldcharakter bzw. der ungenügenden Datenlage sowie durch die Barrieren hinsichtlich des Zugangs zu den beteiligten Akteuren, insbesondere zu den mobilen Beschäftigten selbst.

Methodik und Grenzen der Untersuchung

Aufgrund der Tatsache, dass in Niedersachsen weder wissenschaftliche Untersuchungen noch belastbare statistische Daten vorhanden sind, folgt die Studie einem explorativen Design.

Kerninteresse dieser Studie ist es, ein Bild der sozialen Lage der mobilen, in Werkvertragskonstellationen befindlichen Beschäftigten in Niedersachsen zu zeichnen. Hierbei sollten sich quantitative und qualitative Methoden

[1] Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Bezeichnungen gelten für beiderlei Geschlecht.

ergänzen. Das primär genutzte Werkzeug waren leitfadengestützte Experteninterviews[2] in verschiedenen Varianten.

Ergänzend wurde ein weit gefächerter Blick auf den gesellschaftlichen Diskurs geworfen. Ein besonderes Augenmerk galt der öffentlichen Berichterstattung, laufenden politischen Prozessen, sich verändernden Rahmenbedingungen, Auswertungen vorhandener Untersuchungen und den Informationskampagnen verschiedener Interessenvertreter.

Den Charakter der Primärstudie beibehaltend, sollte ein branchenübergreifender Überblick ohne Anspruch auf Vollständigkeit gewonnen werden. Da sich in Niedersachsen primär die Branche „Schlachten und Fleischverarbeitung" sowie Teile der metallverarbeitenden Industrie dieser Arbeitsmodelle bedienen und diese schwerpunktmäßig in der Region Weser-Ems zu finden sind, wurde der Fokus der Untersuchung auf diesen Teil Niedersachsens gelegt.

Entlang der Indikatoren „Beweggründe für die Migration und Verhaltensabsicht", „Bildung und Qualifikation", „Einkommenssituation", „Gesundheitliche Versorgung" und „Wohnsituation" sollte ein erster Blick geworfen werden.

Insgesamt konnten zwischen Februar und April 2014 siebzehn Interviews geführt werden. Die Interviews wurden zum Teil als Einzelinterview, zum Teil als Gruppeninterview konzipiert. Es wurden Gespräche mit leitenden Mitarbeitern verschiedener Landkreise geführt. Weiterhin standen dem Forschungsteam ranghohe Vertreter der katholischen Kirche und leitende Vertreter einer Wohlfahrtsorganisation zur Verfügung. Weitere Gespräche gab es mit Gewerkschaftsvertretern sowie leitenden Mitarbeitern von Beratungsstellen.[3,4] Ergiebig waren auch die direkten Gespräche mit den mobilen Beschäftigten, der eigentlichen Zielgruppe. Hier konnten drei Interviews geführt und wichtige Informationen gewonnen werden.

Die durchgeführten Interviews orientierten sich am jeweiligen Gesprächspartner und dem hierfür ausgearbeiteten Leitfaden.

Zur Datenlage im untersuchten Feld

Das Feld birgt das generelle Problem mangelnder Trennschärfe. Es existieren nur rudimentäre und ungenaue Informationen über die Anzahl dieser Arbeitnehmer in den niedersächsischen Branchen „Schlachten und Fleischverarbeitung" und „Metallverarbeitung". Selbst wenn Zahlen vorhanden sind, dann mischen sich in diesen Zahlen alle Formen von Arbeitsverhältnissen und natürlich die Ausprägungen eines Werkvertrags.

Auch wenn es mittlerweile hervorragende Studien[5] gibt, die sich der Erfassbarkeit von Werkverträgen widmen und sich im Bereich der Metallindustrie[6] deutliche Tendenzen einer Aufhellung des Feldes zeigen, bewegt man sich überwiegend immer noch auf undurchsichtigem Terrain. Schlechter stellt sich die Informationslage in der

[2] Vgl. Flick (2012), S. 214 ff.
[3] Beratungsstelle I: Historisch gewachsene Einrichtung. Regional stark verwurzelt, „Kommstruktur", selbsttragende Finanzierung, Beratungstätigkeit erfolgt tendenziell „nebenbei". Netzwerkarbeit sehr stark an regionalen und persönlichen Ansatz angelehnt. Konkrete Problemminderung mit strikt regionalem Bezug. Überschaubare Anzahl von Hilfesuchenden.
[4] Beratungsstelle II: Im Aufbau. „Aufsuchender Ansatz", öffentliche Finanzierung, mobile und mehrsprachige Aufklärungsarbeit an zahlreichen Orten.
[5] Vgl. Bonin/ Zierahn (2012); Haubner (2014); Schüren/ Brors (2014): Der Fokus dieser Untersuchungen liegt primär auf der kritischen Beleuchtung von Werkvertragskonstellationen (wirtschaftlich-rechtlich).
[6] Vgl. Remmers/ Bollen/ Gerdes u. a. (2013): Diese Untersuchung bezieht auch die soziale Lage der „Betroffenen" mit ein.

niedersächsischen Schlacht- und Fleischverarbeitungsindustrie dar. Hier existieren nur grobe Schätzungen über die Anzahl der Beschäftigten in Werkvertragskonstellationen. So gehen der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sowie die Gewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten (NGG) von etwa 10.000 Personen aus, die allein im Weser-Ems-Gebiet in dieser Branche tätig sind. Das niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr schätzt den prozentualen Anteil mobiler Beschäftigter in Werkvertragskonstellationen auf bis zu 80 Prozent. Einer der Gründe für die mangelhafte Datenlage liegt in der fehlenden Pflicht zur Erfassung des Personals, wie es zum Beispiel in der Leiharbeit vorgeschrieben ist.[7]

Gewonnene Erkenntnisse nach Indikatoren

Zu Beginn erfolgt eine kurze Beschreibung der Indikatoren, bzw. des sich hiervon versprochenen Erkenntnisgewinns. Daran knüpfen die zusammengefassten Darstellungen der aus den 17 Interviews generierten Informationen zum jeweiligen Indikator an.

(1) Beweggründe für die Migration und Verhaltensabsicht

Der erhoffte Erkenntnisgewinn, der sich hinter diesem Indikator verbirgt, ist vor allem in der Beantwortung der Kernfrage zu sehen, warum diese Menschen überhaupt in die Bundesrepublik Deutschland bzw. nach Niedersachsen kommen und welche persönliche Haltung sie hierzu motiviert. Wie sehen ihre ökonomischen Ausgangssituationen aus, welches Bild haben sie von der Bundesrepublik vor der Einreise? Wie gehen sie mit dem (Arbeits-)Alltag in Niedersachsen um? Planen sie eine Zukunft (ggf. mit Familiennachzug) in Deutschland oder betrachten sie die temporären Arbeitsaufenthalte in Kombination mit der regelmäßigen Rückkehr in die Heimat sozusagen als dauerhaftes Arbeitsmodell?

Aus den geführten Interviews konnten folgende Informationen zum Indikator gewonnen werden:

Die Bundesrepublik Deutschland genießt in den (süd-)osteuropäischen Herkunftsländern der mobilen Beschäftigten einen „guten Ruf". So gilt die Bundesrepublik Deutschland dort tendenziell als „Schlaraffenland", welches sich insbesondere in fairen Arbeits- und Lebensverhältnissen sowie in der rechtlichen Absicherung widerspiegeln soll. Die Arbeit in Deutschland stellt sich für die Betroffenen als Ausweg dar, dem Niedriglohnproblem des Herkunftslandes zu entkommen. Insbesondere bei den jüngeren[8] mobilen Beschäftigten kommt die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit des Heimatlandes hinzu. Nachdem der Kontakt zu einem einheimischen Subunternehmen hergestellt worden ist, reisen diese Menschen nach Niedersachsen ein, wo zahlreiche Wirtschaftsbranchen (indirekt) auf ihre Arbeitskraft setzen.

Der Alltag ist für sie fortan durch lange und flexible Arbeitszeiten gekennzeichnet. Sie leben rund um die Uhr für die Arbeit, so dass häufig weder Zeit für soziale Kontakte, noch Zeit zur Erledigung organisatorischer Angelegenheiten (z. B. das Stellen notwendiger Anträge) verbleibt. Die Eigenmotivation, es in Deutschland schaffen zu wollen bzw. es auch häufig schaffen zu müssen (aufgrund von Schulden), führt dazu, dass sich viele mit den teilweise prekären (Gesamt-)Verhältnissen arrangieren oder diese selbst nicht als prekär wahrnehmen. Eine „Zu-

[7] Vgl. Carsten Wagner (2013).
[8] Bezeichnung für die Arbeitslosigkeit der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren. Vgl. Duden Wirtschaft von A bis Z (2013).

wanderung in die Sozialsysteme“ wird von keinem der interviewten mobilen Beschäftigten als akzeptabler Weg angesehen.[9]

Unabhängig von einer Branchenzugehörigkeit kristallisierten sich bei der Eruierung der Beweggründe für die Arbeitsmigration drei weiterführende Verhaltensabsichten bei mobilen europäischen Beschäftigten heraus: Eine Variante fußt darauf, dass mobile Beschäftigte nach den Arbeitsaufenthalten in Niedersachsen ebenfalls temporär in die Heimat zurückkehren. Neben der Selbstversorgung wird mit dem in Deutschland erarbeiteten Lohn zum einen die Familie in der Heimat unterstützt, zum anderen wird das, was übrig bleibt, in die heimatliche Zukunft investiert, u. a. häufig in Immobilien. Eine weitere Variante im Bereich der Verhaltensabsichten ist der Familiennachzug nach einer gewissen Zeit unter gewissen Voraussetzungen. So geht bei diesem Modell ein Familienteil voraus - häufig der Mann - und nach ganz unterschiedlichen Zeitintervallen und Situationsverläufen (z. B. genug Geld angespart, Festvertrag, eine berufliche Perspektive für die nachgereisten Personen) wird dann der Familiennachzug realisiert. Dieser führt dann zum Festverbleib in Deutschland. Insbesondere die jüngeren Beschäftigten (geschätztes Alter: 17+) kommen nach Deutschland bzw. Niedersachsen, weil sie sich hier häufig eine gute Zukunft vorstellen und versprechen. Aufgrund der tendenziellen Perspektivlosigkeit in ihren Heimatländern folgen sie dem „guten Ruf“ der Bundesrepublik und sehen in dem Arbeitsmodell „mobiler Beschäftigter“ ein mögliches „Sprungbrett“ in andere, besser entlohnte Tätigkeiten. Hier ist demnach eine geplante Zukunft in Deutschland von vornherein mit im „Gepäck“ und stellt somit die dritte Variante dar.

Darüber hinaus gibt es aber auch zahlreiche Beschäftigte, die aus unterschiedlichen Gründen (zu schwere Arbeit, gesundheitliche Probleme etc.) vorzeitig „ihre Zelte“ in Niedersachsen abbrechen, um in die Heimat zurückzukehren.

(2) Schulische Bildung und berufliche Qualifikation

Der Indikator der schulischen Bildung sowie der beruflichen Qualifikation stellt im Kontext der Studie einen bedeutenden Informationsbaustein dar. Es sollte herausgefunden werden, auf welchem Qualifikationsstand mobile Beschäftigte sind, auch vor dem Hintergrund von Sprachkenntnissen. Des Weiteren sollten hier Erkenntnisse darüber gewonnen werden, ob sie im Arbeitsland qualifikationsadäquat eingesetzt werden.

Insbesondere aus den Betroffeneninterviews konnten folgende Informationen zum Indikator gewonnen werden:

Von den drei Interviewpartnern[10] waren zwei beruflich in ihren Heimatländern ausgebildet, wovon einer auch qualifikationsgemäß über ein rumänisches Werkvertragsunternehmen in einem niedersächsischen Metallverarbeitungsbetrieb tätig war. Die anderen beiden waren in der Branche „Schlachten und Fleischverarbeitung“ als Hilfsarbeiter beschäftigt. Während in der Branche „Metallverarbeitung“ vornehmlich Fachkräfte zum Einsatz kommen, werden in der Branche „Schlachten und Fleischverarbeitung“ überwiegend Hilfsarbeitertätigkeiten verlangt. Bei den beiden älteren Beschäftigten waren deutsche und englische Sprachkenntnisse nur rudimentär vorhanden. Die Jüngere dagegen sprach gutes Deutsch und verfügte auch über gute Englischkenntnisse. Wei-

[9] Ein Kindergeldbezug war bei allen Interviewten mit Kindern vorzufinden.

[10] Interviewpartner I: rumänischer Staatsbürger (ca. 35-40 Jahre alt), abgeschlossene Berufsausbildung; Interviewpartner II: rumänische Staatsbürgerin (ca. 30-35 Jahre alt), abgeschlossene Berufsausbildung; Interviewpartner III: bulgarische Staatsbürgerin (ca. 20-25 Jahre alt), ohne Berufsausbildung, allgemeine Hochschulreife.

terhin konnte festgestellt werden, dass insbesondere bei den jüngeren Beschäftigten eine ausgeprägte Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechniken[11] vorzufinden ist, die auch im Kontext der gegenseitigen Vernetzung eine hohe Rolle spielt.

(3) Einkommenssituation

Das Hauptinteresse galt hier der gesamtökonomischen Situation der mobilen Beschäftigten. Wie werden sie bezahlt? Welche Kosten stehen dem gegenüber?

Aus den geführten Interviews konnten folgende Informationen zum Indikator gewonnen werden:

Häufig beginnt die Arbeitsaufnahme in den niedersächsischen Wirtschaftszweigen mit Schulden. Diese setzen sich aus Vermittlungsgebühren („Eintrittsgeld") und Reisekosten zusammen. Die Gesamthöhe von bis zu mehreren tausend Euro sind die mobilen Beschäftigten teilweise Verwandten/ Bekannten oder aber auch den heimischen Subunternehmen schuldig.

Für die Unterbringung müssen monatlich so genannte „Bettkosten" in Höhe von 150 bis 250 Euro entrichtet werden bzw. sind diese vielfach gleich vom Lohn abgezogen. Die oft körperlich schweren, meist auch monotonen Tätigkeiten im Rahmen einer flexiblen Schichtarbeit führen für zahlreiche Beschäftigte in der Branche „Schlachten und Fleischverarbeitung" zu einem ausbezahlten Monatslohn zwischen 600 und 800 Euro[12] (erwähnte Kosten sind bereits abgezogen). Im Bereich der Metallverarbeitung fallen die Löhne u. a. aufgrund überwiegender Facharbeit höher aus. Hier bewegt sich die Lohnspanne bei ca. ausbezahlten 1.200 bis 1.400 Euro[13] pro Monat.

Für beide Branchen wurden „unsaubere" Lohnabrechnungen beklagt. Mangelnde Transparenz seitens der Arbeitgeber, fehlende Gehaltsnachweise oder unpünktliche und unvollständige Zahlungen verkomplizieren die Situation der Betroffenen weiter. Sie haben bei Fehlverhalten des Arbeitgebers kaum eine Möglichkeit der Durchsetzung ihrer Forderungen, da im schlimmsten Fall die Entlassung droht. Zur Einschätzung des in Deutschland erwirtschafteten Lohns dient ihnen häufig das heimatliche Lohnniveau. Dies führt dazu, dass bei sämtlichen Abzügen - teilweise grundsätzlich fragwürdig, teilweise in der Höhe fragwürdig - schlussendlich immer noch deutlich mehr übrig bleibt, als es im Heimatland (insbesondere in Rumänien und Bulgarien) möglich wäre. Vor diesem Hintergrund schätzen sie ihre Situation selbst häufig nicht als „prekär" ein.

(4) Wohnsituation

Ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Berichterstattung war die mangelhafte Unterbringungssituation mobiler europäischer Beschäftigter. Dem Abgleich der Darstellungen mit dem sich im Laufe der Untersuchung zeigenden Bild dient dieser Indikator. Wie sind die mobilen Beschäftigten tatsächlich untergebracht? Welche Strukturen stehen dahinter? Wie wirkt sich die Art der Unterbringung auf soziale Kontaktaufnahmen aus? Was bezahlen die Arbeitnehmer für die Unterbringung?

[11] Wie z. B. Facebook, Twitter, WhatsApp, YouTube usw.
[12] Bei einem Stundenlohn von ca. 4-6 Euro/ Stunde.
[13] Bei einem Stundenlohn von ca. 8,50 – 11,50 Euro/ Stunde.

Aus den geführten Interviews konnten folgende Informationen zum Indikator gewonnen werden:

Unabhängig von einer Branchenzugehörigkeit sind mobile europäische Beschäftigte in unterschiedlichen Gebäudearten in den betroffenen niedersächsischen Landkreisen untergebracht. So handelt es sich hierbei insbesondere um Einfamilien- und Mehrfamilienhäuser, einstige Kasernen und ehemalige Hotels. Häufig werden die äußeren und inneren Zustände dieser Gebäude als sanierungsbedürftig beschrieben.

Es ist auch die Rede vom Trend, dass Unternehmen so genannte „Schrottimmobilien" aufkaufen, um sie dann den mobilen Beschäftigten überteuert zu vermieten. Dadurch steigen die Immobilienpreise in den jeweils betroffenen Landkreisen trotz überwiegendem Renovierungsstau kontinuierlich an.

Darüber hinaus herrscht dann in vielen Fällen eine Überbelegung, d.h. es schlafen bzw. wohnen zu viele Menschen auf einer zu geringen Quadratmeteranzahl bzw. auch Zimmeranzahl, worunter auch die Privatsphäre des Einzelnen leidet. Verschiedene Ethnien werden zusammen untergebracht, wodurch bisweilen Streitigkeiten entstehen.

Die hierfür zu zahlenden Mieten bzw. „Bettkosten" pro Beschäftigten betragen zwischen 150 und 250 Euro pro Monat. Der Vermieter ist in vielen Fällen auch gleichzeitig der Arbeitgeber. Inzwischen ist es aber durchaus auch der Fall, dass sich mobile Beschäftigte organisieren und selbstständig ein Wohngebäude mieten.

Kontakte zur sozialen Außenwelt sind aufgrund der arbeitszentrierten Lebensweise, wenn überhaupt, nur bedingt möglich. Häufig besteht aber auch gar kein Interesse daran.

(5) Gesundheitliche Versorgung

Inwiefern ein Arbeitnehmer im Rahmen einer sozialen Versorgung davon ausgehen kann, im Krankheitsfall abgesichert zu sein, professionelle Hilfe zu erhalten oder eine Lohnfortzahlung bis zur Wiedergenesung zu erhalten, ist essentiell sowohl für die objektive Bewertung als auch für die subjektive Wahrnehmung der sozialen Situation. Ist diese Sicherheitseinschätzung negativ, führt dies zu einer deutlichen qualitativen Eintrübung der sozialen Wahrnehmung, aber natürlich auch der gesundheitlichen Realität. Daher ist dieser Indikator obligatorisch für eine umfassende Betrachtung der sozialen Situation.

Aus den geführten Interviews konnten folgende Informationen zum Indikator gewonnen werden:

Unabhängig einer Branchenzugehörigkeit existiert in vielen Fällen keine Krankenversicherung, weshalb die Beschäftigten auch nicht krank werden „wollen". Es kommt auch vor, dass unter mehreren Beschäftigten eine einzige Versichertenkarte bei Bedarf herumgereicht wird.

Da aber gesundheitlich bedingte Einschränkungen doch stets vorkommen (z.B. Verletzungen, psychische Erkrankungen, Suchterkrankungen), aber ohne Krankenversicherung auch Schwangerschaften ohne professionelle Betreuung bleiben, arbeiten sie teilweise unter hohem persönlichem Gesundheitsrisiko weiter, um Auseinandersetzungen mit Vorgesetzten zu entgehen.

Im tatsächlichen Krankheitsfall reichen die Reaktionen der Subunternehmen von der fristlosen Kündigung, zum kompletten Verdienstausfall bis zur Wiedergenesung oder zu einer Lohnfortzahlung, die sich am Mindestlohnniveau des Herkunftslandes orientiert.

Maßnahmen zur Schaffung von Mindeststandards

Neben der stetig angewachsenen Medienberichterstattung bezüglich der Missstände im Bereich von Werkvertragskonstellationen und der damit einhergehenden Sensibilisierung der Öffentlichkeit hat sich einiges im Bereich der Reglementierung getan.

So einigten sich zu Jahresbeginn 2014 die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss (ANG) auf einen bundeseinheitlichen Tarifvertrag für die Branche „Schlachten und Fleischverarbeitung". Als Stufenlösung konzipiert, startet dieser voraussichtlich[14] im vierten Quartal 2014 mit 7,75 Euro/ Stunde und erreicht gegen Ende 2016 8,75 Euro/ Stunde.[15] Auch die Aufnahme der Branche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) wird in absehbarer Zeit erfolgen.[16]

Auch im Bereich der Unterbringung wurden allgemeine Mindeststandards verabschiedet. Anfang 2014 ist ein Erlass zur besseren Unterbringung von mobilen europäischen Beschäftigten ergangen.[17] Dieser regelt fortan den Bereich bzw. das Mindestmaß der bauordnungsrechtlichen und melderechtlichen Behandlung (auch Qualität und Ausstattung) von Unterkünften.[18] Darüber hinaus gibt es Tendenzen, dass Kommunen ihrerseits strengere Maßstäbe entwickeln und durchsetzen.[19]

Eine weitere Maßnahme der Landesregierung zur Bekämpfung des missbräuchlichen Umgangs mit mobilen europäischen Beschäftigten ist in der Finanzierung und Bereitstellung zweier branchenunabhängiger Beratungsstellen zu sehen. Diese dienen primär der Information und Aufklärung sowie der Problemintervention. So wurde in diesem Rahmen eine mobile Beratungsstelle in Oldenburg (Oktober 2013) sowie eine stationäre Beratungsstelle in Hannover[20] (Mitte November 2013) gegründet.[21]

Ergebnisse und Ausblick

Der typische - in einer Werkvertragskonstellation tätige - mobile europäische Beschäftigte ist nur schwer greifbar und das nicht nur statistisch. Er bleibt für die Außenwelt überwiegend „unsichtbar". Ein Interviewpartner verwendete hierfür die Beschreibung der „Gesichtslosigkeit". Dieser Zustand wird branchenunabhängig von den wirtschaftlichen Profiteuren mehrheitlich ausgenutzt. Angezogen durch den „guten Ruf" und den Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland, die darüber hinaus auch von vielen als persönliches Zukunftsland angesehen wird, müssen viele mobile Beschäftigte vor Einreise und befristeter Arbeitsaufnahme in finanzielle Vorkasse treten, welches meistens zur Verschuldung führt. Die oftmals undurchsichtige Gesamtsituation führt dazu, dass die

[14] Parallel zum Erlass der entsprechenden Rechtsverordnung wird mit der Umsetzung begonnen.
[15] Vgl. Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (2014).
[16] Vgl. http://www.entsenderecht.de/meldungen/Aufnahme-der-Fleischbranche-in-das-Arbeitnehmer-Entsendegesetz--517
[17] Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (2014).
[18] Insbesondere: Mindestquadratmeteranzahlen, Brand-, Schall- und Wärmeschutz, sanitäre und technische Einrichtungen etc. Mindestens 8 m² pro Person und 6 m² für den Schlafraum werden vorausgesetzt. Eine Unterbringung von Kindern ist nicht gestattet.
[19] So setzt der Landkreis Vechta bei einem kombinierten Wohn/Schlafraum mindestens 9 m² pro Person an. Bei der Unterbringung von Partnern oder minderjährigen Verwandten in einem Raum muss dieser 12 m² groß sein.
[20] Mit rund einem Drittel ist hier auch die Region Hannover an der Finanzierung mitbeteiligt.
[21] Federführend war hier das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Betreut werden die Beratungsstellen von der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben Niedersachsen Nord gGmbH".

mobilen Beschäftigten selbst nicht wissen, ob sie kürzer oder länger in Niedersachsen bleiben (können oder dürfen). Im Weiteren ist es dann überwiegend körperlich schwere, bisweilen auch zusätzlich monotone Arbeit, die sie zeitlich flexibel bis zu vierzehn Stunden am Tag, teilweise sieben Tage die Woche erledigen müssen (häufig auch wollen!). Diese Missachtung geltender gesetzlicher Regelungen[22] im Bereich der Arbeitszeiten, der Ruhezeiten sowie Ruhepausen stellt ein weiteres ungelöstes Problem dar. Die hierfür ausbezahlten Löhne stehen oft in keinem angemessenen Verhältnis - legt man insbesondere einheimische Standards zugrunde. Hinzu kommen die Lohnabzüge für die „Bettmiete". Auch hier herrscht eine Unverhältnismäßigkeit. Für sanierungsbedürftige und überbelegte Massenunterkünfte, die nahezu keinerlei Privatsphäre ermöglichen, sind monatlich bis zu 250,- Euro an den Vermieter zu zahlen, der wiederum häufig auch gleichzeitig der Arbeitgeber ist. Hierdurch wird eine weitere Ebene der Abhängigkeit geschaffen, erneut zum Nachteil der mobilen Beschäftigten.

In vielen Fällen ist oberflächlich eine soziale Isolation gegenüber der sozialen Außenwelt vorzufinden. Diese ist jedoch eher systemimmanent und nicht unbedingt als Folge der Unterbringung zu deuten. Vielmehr lässt die vordergründig arbeitszentrierte Haltung zahlreicher mobiler Beschäftigter (teilweise freiwillig, teilweise strukturell erzwungen) keine nennenswerten Kontaktaufnahmen mit der sozialen Außenwelt zu. Es ist an dieser Stelle davon auszugehen, dass die öffentliche Berichterstattung besonders extreme Fälle aufgegriffen hat, die mittlerweile - auch durch die Sensibilisierung durch Medienberichte - weitaus seltener geworden sind.

Weder von Seiten der zuständigen Behörden, noch von den Betroffenen selbst wurde z.B. von massivem Schimmelbefall berichtet. Dies soll den in den Medien dargestellten Fällen nicht die Relevanz und auch nicht die absolute Notwendigkeit zur strengen Wohnraumkontrolle absprechen. Jedoch scheinen sich diese eklatanten Verstöße glücklicherweise auf wenige Fälle zu beschränken. Die Unterbringungssituation wird von den Betroffenen jedoch nicht als Dauerlösung betrachtet. Diese haben in vielen Fällen einen pragmatischeren Ansatz. Wer die finanziellen Ressourcen angehäuft hat und in seinem Plan fortschreitet, sich in Deutschland zu etablieren, mietet sich eine eigene Wohnung. Wer dies (noch) nicht kann oder will, nutzt die gegebene Unterbringung.

Ihre gesundheitliche Versorgung in Niedersachsen kann überwiegend als unzureichend bezeichnet werden. Subunternehmer sparen sich häufig die Anmeldung ihrer Beschäftigten bei einer Krankenkasse. In manchen Fällen existiert eine einzige Karte, die für alle Beschäftigten genutzt wird. „Krankheit" muss aber auch noch auf einer anderen Ebene betrachtet werden: Aus Furcht vor Krankheit und dem damit verbundenen Arbeitsausfall werden viele mobile Beschäftigte „nicht" krank bzw. gehen krank zur Arbeit, da dieses ansonsten häufig zur fristlosen Kündigung führt. Dies ist auch unter dem Gesichtspunkt des hygienesensitiven Arbeitsumfeldes im Lebensmittelbereich äußerst kritisch zu betrachten.

Mobile europäische Beschäftigte befinden sich während ihrer Arbeit in Niedersachsen überwiegend in „Drucksituationen". Zum einen erlegen sie sich häufig selbst einen Erfolgs- bzw. Schaffensdruck auf, im Sinne von „Ich will es hier schaffen", zum anderen entsteht ein Druck durch die Verwandtschaft/ Bekanntschaft, die das investierte Geld (Darlehen zum Bezahlen der Anwerbegebühren und Transportkosten) in absehbarer Zeit zurückbezahlt haben will. Zum anderen wirken auch die Arbeitsverhältnisse auf sie ein. So kann neben Krankheit auch Kritik (Beschwerden oder Unzufriedenheitsäußerungen) zur Kündigung führen, was mitunter einer persönlichen Katastrophe gleichkommen kann. Es bleibt festzuhalten, dass sie für die Arbeitsaufnahme in Deutschland bereit

[22] Vgl. http://dejure.org/gesetze/ArbZG (Arbeitszeitgesetz der Bundesrepublik Deutschland §§ 3,4,5).

sind, sehr viel in Kauf zu nehmen. Neben Schulden, Erfolgsdruck, bisweilen schwerer körperlicher, zeitintensiver, flexibler Arbeit und einem stets unsicheren Arbeitsplatz, ist überwiegend auch noch die Trennung von der Familie zu bewältigen.

Als Folge u.a. stetig wachsender Sensibilität in der Bevölkerung und sichtbarer Reaktionen seitens des Bundes und der Länder scheinen sich auch mobile Beschäftigte selber ihrer Situation in der Bundesrepublik Deutschland bewusst zu werden. Das Unverständnis über zahlreiche Schlechterstellungen scheint zu wachsen. So stellen viele mittlerweile zu recht fest, dass sie doch auch Europäer seien. Die auf der emsländischen Meyer-Werft verabschiedete so genannte „Sozialcharta“[23] sowie die Schlussfolgerungen aus dem Zwischenbericht der „Task-Force-Meyer-Werft“ scheinen nicht den gewünschten allumfassenden Erfolg eingebracht zu haben, denn hier zeigte sich erstmalig die aktive Bereitschaft zur Gegenwehr. Anfang März 2014 legten rund 150 mobile Beschäftigte die Arbeit auf der niedersächsischen Werft nieder, um - wie sich herausgestellt hat, erfolgreich - auf Benachteiligungen aufmerksam zu machen.[24]

Leider ist und bleibt eine Studie wie diese eine Momentaufnahme. Die Effektivität von beschlossenen Maßnahmen und prozesshafte Entwicklungen können immer nur in der Retrospektive bewertet werden. Es bleibt abzuwarten, ob diesen Versuchen der Gegenwehr weitere derartige Bestrebungen folgen werden - insbesondere mit Blick auf die Branche „Schlachten und Fleischverarbeitung“. Im Kontext weiterer Forschungsansätze bleibt anzumerken, dass sich in jedem Moment der Durchführung zeigte, wie eklatant der Datenmangel im entsprechenden Sektor ist. Es ist notwendig, aber auch ergiebig, diesen zu verringern. Lohnenswert wäre dies zum Beispiel im Kontext des vorhandenen fragmentierten Arbeitsmarktes in vielen Branchen. Das Potenzial vieler mobiler europäischer Beschäftigter, egal aus welchem europäischen Land sie kommen, wurde bisher kaum berücksichtigt. Bis dato ist die vermeintlich qualifikationsinadäquate Beschäftigung eher Standard als Ausnahme. In welchem Umfang schulische Potentiale (damit wäre der Ausbildungsmarkt betroffen) oder berufliche Qualifikationen bzw. Grundqualifikationen mangels der Kenntnis über das Vorhandensein nicht genutzt werden, kann ohne weitergehende Forschung nicht eruiert werden.

Fragt man sich am Ende dieser ersten sozialen Bestandsaufnahme, „wie es den Menschen nun geht“, wird schnell klar, dass keine allgemein gültige Antwort darauf gegeben werden kann. Der Diskurs ist in weiten Teilen geprägt von konträren Interessen, Meinungen und vermeintlichen Lösungen, die am Ende immer eines sind: Einseitige Betrachtungsweisen. Die öffentlich recht emotional gefärbten Darstellungen sind nachvollziehbar, da es sich um Menschen handelt, die überwiegend ausgenutzt wurden und werden. Fragt man nach der Lebens- und Arbeitsrealität der Betroffenen, erkennt man, dass sie die zum Teil prekären Verhältnisse in Kauf nehmen, weil diese eben immer noch deutlich besser sind als die Alternativen im Heimatland. Dies jedoch legitimiert die in Teilen aufgezeigten Missstände keineswegs. Dort, wo Mindeststandards unterschritten werden, müssen Politik, Wirtschaft und letzten Endes auch die Konsumenten einen Konsens finden. Es bleibt offen, wie sich die Situation dahingehend weiterentwickelt. Wichtig ist, das teilerhellte Feld nicht wieder im Dunklen verschwinden zu lassen.

[23] Von der Papenburger Meyer-Werft am 21.7.2013 verabschiedete Erklärung, die fortan insbesondere die Arbeitszeiten, die Entlohnung, die Unterbringung und den Arbeits- und Gesundheitsschutz der mobilen europäischen Beschäftigten regeln sollte.
[24] Nach zwei Tagen Streik und acht Stunden Verhandlung bekamen sie den geforderten deutschen Arbeitsvertrag.

Literaturverzeichnis

1.) Bonin, Holger/ Zierahn, Ulrich (2012): Machbarkeitsstudie zur Erfassung der Verbreitung und Problemlagen der Nutzung von Werkverträgen. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. ZEW-Mannheim. [https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb432-machbarkeitsbericht-nutzung-werkvertraege.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt abgerufen 18.06.2014].

2.) Flick, Uwe (2012): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. (5. Auflage). Reinbek bei Hamburg.

3.) Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (2014): Pressemitteilung zum Mindestlohn in der Fleischwirtschaft. [https://www.ngg.net/branche_betrieb/fleisch/perfekt-mindestlohn-fleischwirtschaft/, zuletzt abgerufen 18.06.2014].

4.) Haubner, Dominik (2014): (Schein-)Werkverträge im Spannungsfeld von Flexibilisierung und Regulierung der Arbeit. Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft e.V. Saarbrücken. [http://www.arbeitskammer.de/fileadmin/user_upload/ak_download_datenbank/Publikationen/Online_Broschueren/AK_Bericht_Werkvertraege_01_2014.pdf, zuletzt abgerufen 18.06.2014].

5.) Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (2014): Erlass zur besseren Unterbringung von Werkvertragsnehmerinnen und -nehmern.

6.) Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (2014): Pressemitteilung zur Vorstellung der mobilen Beratungsstelle für ausländische Werkvertragsbeschäftigte.

7.) Remmers, Walter/ Bollen, Clemens/ Gerdes, Evelyn u. a. (2013): Zwischenbericht der Task Force „Meyer-Werft".

8.) Schüren, Peter/ Brors, Christiane (2014): Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit verhindern. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. [http://www.mais.nrw.de/08_PDF/001/140317_missbrauch_werkvertraege.pdf, zuletzt abgerufen 18.06.2014].

9.) Wagner, Carsten (2013): „Massenhafte Ausbeutung in Niedersachsen". [http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/werkvertrag103.html, zuletzt abgerufen 18.06.2014].

Internetquelle:

www.entsenderecht.de

Tabellenanhang

1. Bevölkerung 2005, 2009, 2011 und 2012 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.				Veränderung		Nachrichtlich: Einwohner am 31.12.2012 Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987[3]
	2005	2009	2011[1]	2012[1]	2012 / 2005[1][2]	2012 / 2011	
	Anzahl				Prozent		Anzahl
Braunschweig, Stadt	245 273	247 400	243 829	245 798	+0,2	+0,8	252 527
Salzgitter, Stadt	107 726	103 446	98 588	98 095	-8,9	-0,5	101 234
Wolfsburg, Stadt	121 199	121 109	120 889	121 758	+0,5	+0,7	123 428
Gifhorn	175 298	173 223	170 865	171 015	-2,4	+0,1	172 154
Göttingen	262 091	259 281	248 025	247 988	-5,4	-0,0	258 080
dav. Göttingen, Stadt	121 884	121 457	116 278	116 650	-4,3	+0,3	121 961
dav. Göttingen, Umland	140 207	137 824	131 747	131 338	-6,3	-0,3	136 119
Goslar	151 452	144 680	139 575	138 655	-8,4	-0,7	141 196
Helmstedt	97 749	93 903	90 919	90 391	-7,5	-0,6	91 523
Northeim	146 690	140 553	136 516	135 418	-7,7	-0,8	136 537
Osterode am Harz	81 916	78 253	76 172	75 245	-8,1	-1,2	75 435
Peine	134 581	132 066	130 165	130 047	-3,4	-0,1	130 931
Wolfenbüttel	126 460	122 806	120 425	120 117	-5,0	-0,3	121 307
Stat. Region Braunschweig	**1 650 435**	**1 616 720**	**1 575 968**	**1 574 527**	**-4,6**	**-0,1**	**1 604 352**
Region Hannover	1 128 543	1 130 262	1 106 219	1 112 675	-1,4	+0,6	1 141 991
dav. Hannover, Landeshauptstadt	515 729	520 966	509 485	514 137	-0,3	+0,9	530 137
dav. Hannover, Umland	612 814	609 296	596 734	598 538	-2,3	+0,3	611 854
Diepholz	215 548	213 634	209 745	209 671	-2,7	-0,0	213 287
Hameln-Pyrmont	159 840	155 164	149 513	148 532	-7,1	-0,7	151 673
Hildesheim	290 643	284 551	276 383	275 330	-5,3	-0,4	279 920
dav. Hildesheim, Stadt	102 575	102 903	99 041	99 224	-3,3	+0,2	102 487
dav. Hildesheim, Umland	188 068	181 648	177 342	176 106	-6,4	-0,7	177 433
Holzminden	77 918	74 094	73 155	72 459	-7,0	-1,0	71 717
Nienburg (Weser)	125 870	122 989	121 390	120 225	-4,5	-1,0	120 980
Schaumburg	165 557	161 746	157 026	156 039	-5,7	-0,6	158 723
Stat. Region Hannover	**2 163 919**	**2 142 440**	**2 093 431**	**2 094 931**	**-3,2**	**+0,1**	**2 138 291**
Celle	182 444	179 247	176 054	175 706	-3,7	-0,2	177 210
Cuxhaven	205 276	201 188	198 115	197 433	-3,8	-0,3	198 734
Harburg	241 827	245 624	239 269	240 548	-0,5	+0,5	249 250
Lüchow-Dannenberg	51 352	49 699	49 082	48 928	-4,7	-0,3	48 866
Lüneburg	175 441	177 042	174 685	175 640	+0,1	+0,5	179 020
Osterholz	112 741	112 029	110 842	110 816	-1,7	-0,0	111 678
Rotenburg (Wümme)	164 875	164 064	162 182	161 780	-1,9	-0,2	162 566
Heidekreis	142 678	140 053	136 072	135 772	-4,8	-0,2	138 504
Stade	196 475	196 952	195 606	195 779	-0,4	+0,1	197 689
Uelzen	96 940	94 428	93 284	92 801	-4,3	-0,5	93 065
Verden	134 084	133 328	131 936	132 129	-1,5	+0,1	133 225
Stat. Region Lüneburg	**1 704 133**	**1 693 654**	**1 667 127**	**1 667 332**	**-2,2**	**+0,0**	**1 689 807**
Delmenhorst, Stadt	75 916	74 512	73 364	73 588	-3,1	+0,3	74 722
Emden, Stadt	51 693	51 292	49 848	49 751	-3,8	-0,2	51 348
Oldenburg (Oldb), Stadt	158 565	161 334	157 706	158 658	+0,1	+0,6	163 434
Osnabrück, Stadt	163 814	163 514	154 513	155 625	-5,0	+0,7	166 136
Wilhelmshaven, Stadt	83 552	81 137	76 926	76 545	-8,4	-0,5	80 643
Ammerland	115 891	117 517	117 951	118 489	+2,2	+0,5	119 365
Aurich	190 128	188 973	186 713	186 673	-1,8	-0,0	188 267
Cloppenburg	155 642	157 506	159 290	160 033	+2,8	+0,5	159 717
Emsland	310 088	313 098	311 634	312 855	+0,9	+0,4	314 765
Friesland	101 412	99 851	97 857	97 327	-4,0	-0,5	98 649
Grafschaft Bentheim	134 442	135 346	133 400	133 652	-0,6	+0,2	135 022
Leer	165 056	164 837	163 991	164 202	-0,5	+0,1	165 168
Oldenburg	125 731	126 571	125 265	125 413	-0,3	+0,1	127 712
Osnabrück	359 449	357 056	350 418	350 444	-2,5	+0,0	355 956
Vechta	132 401	134 838	132 752	133 462	+0,8	+0,5	137 221
Wesermarsch	93 725	91 228	89 527	89 126	-4,9	-0,4	89 554
Wittmund	57 954	57 391	56 572	56 362	-2,7	-0,4	56 784
Stat. Region Weser-Ems	**2 475 459**	**2 476 001**	**2 437 727**	**2 442 205**	**-1,3**	**+0,2**	**2 484 463**
Niedersachsen	**7 993 946**	**7 928 815**	**7 774 253**	**7 778 995**	**-2,7**	**+0,1**	**7 916 913**

1) Im Berichtsjahr 2011 erfolgte die Umstellung auf die Ergebnisse des Zensus 2011 als neue Basis für die Bevölkerungsfortschreibung.
2) Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis für 2005 und 2012 ist die Vergleichbarkeit eingeschränkt.
3) Da einzelne Statistiken noch nicht auf die Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 angepasst worden sind, wird in einzelnen Fällen die fortgeschriebene Einwohnerzahl auf Basis der Volkszählung 1987 als Referenz verwendet. Dies wird jeweils in Fußnoten verdeutlicht.

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung

2. Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung vom 31.12.2012[1)] bis zum 31.12.2030[2)] nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Bevölkerung am 31.12.2030		davon nach Alter					
			unter 15 Jahre		15 bis unter 65 Jahre		65 Jahre und älter	
	1000	Veränderung 31.12.2012 bis 31.12.2030 (%)	Prozent					
			2012	2030	2012	2030	2012	2030
Braunschweig, Stadt	258,9	+5,3	12,1	13,0	67,1	63,8	20,8	23,2
Salzgitter, Stadt	74,4	-24,2	13,1	12,1	63,1	52,8	23,8	35,1
Wolfsburg, Stadt	104,2	-14,5	12,4	11,5	64,9	60,3	22,7	28,2
Gifhorn	149,3	-12,7	14,7	12,1	66,8	56,3	18,4	31,6
Göttingen	238,4	-3,9	12,5	11,8	67,6	60,0	19,9	28,2
dav. Göttingen, Stadt	123,9	+6,2	11,3	13,2	70,9	63,1	17,8	23,7
dav. Göttingen, Umland	114,5	-12,8	13,5	10,2	64,8	56,7	21,8	33,1
Goslar	108,7	-21,6	10,9	8,8	62,4	53,0	26,7	38,2
Helmstedt	69,6	-23,0	12,1	10,0	64,9	53,4	23,0	36,6
Northeim	105,9	-21,8	12,4	9,8	63,7	53,4	23,9	36,8
Osterode am Harz	60,1	-20,2	11,6	10,3	61,3	53,3	27,1	36,5
Peine	115,3	-11,4	14,4	12,5	64,6	56,6	21,0	30,9
Wolfenbüttel	101,1	-15,8	13,1	11,4	64,3	55,0	22,7	33,7
Stat. Region Braunschweig	**1 385,8**	**-12,0**	**12,7**	**11,5**	**65,2**	**57,6**	**22,1**	**30,9**
Region Hannover	1 122,8	+0,9	13,2	12,7	65,8	61,2	21,0	26,1
dav. Hannover, Landeshauptstadt	552,2	+7,4	12,7	12,9	68,1	64,6	19,2	22,6
dav. Hannover, Umland	570,5	-4,7	13,7	12,5	63,8	58,0	22,4	29,5
Diepholz	200,9	-4,2	13,7	12,4	65,0	57,1	21,3	30,5
Hameln-Pyrmont	136,3	-8,2	12,4	10,4	62,9	57,7	24,7	31,9
Hildesheim	251,2	-8,8	12,8	12,8	64,8	56,7	22,4	30,5
dav. Hildesheim, Stadt	114,4	+15,3	12,2	14,9	66,0	60,8	21,9	24,3
dav. Hildesheim, Umland	136,8	-22,3	13,2	11,0	64,1	53,3	22,6	35,7
Holzminden	59,8	-17,5	12,3	11,1	62,8	54,3	24,9	34,6
Nienburg (Weser)	112,5	-6,4	13,7	12,2	65,3	57,8	21,0	30,0
Schaumburg	135,9	-12,9	12,9	11,5	63,6	54,4	23,4	34,2
Stat. Region Hannover	**2 019,3**	**-3,6**	**13,2**	**12,3**	**65,1**	**59,2**	**21,8**	**28,5**
Celle	154,2	-12,2	14,0	12,1	63,8	55,2	22,2	32,7
Cuxhaven	168,3	-14,7	13,4	11,6	63,2	54,8	23,4	33,6
Harburg	250,8	+4,3	14,5	12,6	64,2	58,8	21,3	28,6
Lüchow-Dannenberg	39,2	-19,8	12,4	8,8	61,6	51,9	26,1	39,3
Lüneburg	180,9	+3,0	14,5	11,9	66,7	61,2	18,8	26,9
Osterholz	112,7	+1,7	13,6	12,6	64,8	57,7	21,7	29,7
Rotenburg (Wümme)	162,3	+0,3	14,7	13,1	65,9	59,3	19,4	27,6
Heidekreis	123,0	-9,4	13,9	12,6	64,4	56,3	21,7	31,1
Stade	192,6	-1,6	14,5	13,6	65,6	59,3	19,9	27,1
Uelzen	81,1	-12,6	12,8	10,6	63,1	55,0	24,2	34,4
Verden	121,6	-7,9	14,5	12,4	65,0	56,5	20,5	31,1
Stat. Region Lüneburg	**1 586,8**	**-4,8**	**14,1**	**12,3**	**64,6**	**57,6**	**21,3**	**30,1**
Delmenhorst, Stadt	67,0	-8,9	13,3	11,9	64,8	58,2	21,9	29,9
Emden, Stadt	50,8	+2,0	13,6	12,4	66,0	60,5	20,4	27,1
Oldenburg (Oldb), Stadt	168,7	+6,3	12,7	11,9	68,8	63,2	18,5	24,8
Osnabrück, Stadt	157,9	+1,5	12,2	11,4	68,2	64,4	19,7	24,3
Wilhelmshaven, Stadt	68,8	-10,2	11,0	11,8	63,5	56,5	25,4	31,7
Ammerland	115,5	-2,6	14,5	12,2	64,4	56,3	21,1	31,6
Aurich	181,3	-2,9	14,3	12,3	64,8	56,1	20,9	31,5
Cloppenburg	177,6	+11,0	17,3	15,3	67,0	62,3	15,7	22,4
Emsland	334,7	+7,0	15,3	13,4	67,0	61,0	17,8	25,6
Friesland	83,8	-13,9	13,2	11,2	62,8	53,6	24,0	35,2
Grafschaft Bentheim	140,5	+5,1	15,2	13,4	65,6	60,8	19,2	25,8
Leer	151,6	-7,7	14,7	11,9	65,3	57,5	20,0	30,6
Oldenburg	124,8	-0,5	14,6	12,8	65,6	58,0	19,8	29,2
Osnabrück	332,4	-5,1	15,1	13,1	65,7	58,1	19,2	28,8
Vechta	161,8	+21,2	16,8	14,8	68,1	64,0	15,2	21,2
Wesermarsch	80,5	-9,7	13,6	12,6	64,4	55,4	22,0	32,0
Wittmund	52,6	-6,6	14,0	12,7	63,9	54,5	22,1	32,9
Stat. Region Weser-Ems	**2 450,4**	**+0,3**	**14,5**	**12,9**	**66,0**	**59,5**	**19,5**	**27,6**
Niedersachsen	**7 442,2**	**-4,3**	**13,7**	**12,4**	**65,3**	**58,7**	**21,0**	**29,0**

1) Einwohnerzahlen und Altersverteilungen laut Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011.
2) Die Prognose für 2030 beruht auf der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987, wodurch die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist. Da zudem die Annahmen der Prognose überholt sind (s. Methodische Beschreibung) ist eine Aktualisierung der Prognose auf Grundlage aktueller Daten nötig.

Quelle: Bevölkerungsvorausberechnung / Bevölkerungsfortschreibung

3. Ausländerinnen und Ausländer sowie Ausländeranteil 2005, 2009, 2011, 2012 und 2013 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.					Anteil an der Bevölkerung[1]	
	2005	2009	2011	2012	2013	2005	2012
	Anzahl					Prozent	
Braunschweig, Stadt	20 275	19 399	20 214	20 820	22 122	8,3	8,5
Salzgitter, Stadt	10 721	10 062	9 804	9 918	10 596	10,0	10,1
Wolfsburg, Stadt	11 986	11 796	12 080	12 680	14 017	9,9	10,4
Gifhorn	7 612	7 058	7 135	7 552	7 991	4,3	4,4
Göttingen	16 872	15 863	16 006	16 723	17 736	6,4	6,7
Goslar	7 506	7 041	7 059	7 419	7 947	5,0	5,4
Helmstedt	3 648	3 352	3 394	3 404	3 682	3,7	3,8
Northeim	5 806	5 115	5 094	5 113	5 406	4,0	3,8
Osterode am Harz	3 390	2 916	2 904	2 931	3 068	4,1	3,9
Peine	6 834	6 401	6 369	6 508	6 874	5,1	5,0
Wolfenbüttel	4 886	4 392	4 509	4 690	5 051	3,9	3,9
Stat. Region Braunschweig	**99 536**	**93 395**	**94 568**	**97 758**	**104 490**	**6,0**	**6,2**
Region Hannover	115 165	111 911	115 062	119 366	126 962	10,2	10,7
dav. Hannover, Landeshauptstadt	75 016	73 483	75 793	78 442	82 727	14,5	15,3
dav. Hannover, Umland	40 149	38 428	39 269	40 924	44 235	6,6	6,8
Diepholz	8 256	8 099	8 386	9 184	10 761	3,8	4,4
Hameln-Pyrmont	11 014	10 154	10 319	10 342	10 719	6,9	7,0
Hildesheim	14 631	13 466	13 859	14 417	15 353	5,0	5,2
Holzminden	3 433	3 033	3 100	3 072	3 094	4,4	4,2
Nienburg (Weser)	5 488	5 184	5 252	5 374	5 829	4,4	4,5
Schaumburg	9 608	8 456	8 341	8 491	8 854	5,8	5,4
Stat. Region Hannover	**167 595**	**160 303**	**164 319**	**170 246**	**181 572**	**7,7**	**8,1**
Celle	7 805	7 472	7 689	7 959	8 519	4,3	4,5
Cuxhaven	8 730	8 184	8 134	8 167	8 660	4,3	4,1
Harburg	11 011	10 975	11 025	11 307	11 651	4,6	4,7
Lüchow-Dannenberg	1 273	1 464	1 456	1 601	1 882	2,5	3,3
Lüneburg	6 903	6 394	6 645	6 993	7 514	3,9	4,0
Osterholz	3 984	3 793	3 961	4 181	4 489	3,5	3,8
Rotenburg (Wümme)	6 581	6 292	6 347	6 657	7 204	4,0	4,1
Heidekreis	5 949	5 804	5 996	6 350	7 260	4,2	4,7
Stade	8 004	8 139	8 854	9 454	10 570	4,1	4,8
Uelzen	2 786	2 527	2 563	2 634	3 031	2,9	2,8
Verden	6 736	6 485	6 554	6 669	7 060	5,0	5,0
Stat. Region Lüneburg	**69 762**	**67 529**	**69 224**	**71 972**	**77 840**	**4,1**	**4,3**
Delmenhorst, Stadt	6 751	6 190	6 243	6 616	7 163	8,9	9,0
Emden, Stadt	2 783	2 360	2 487	2 784	3 219	5,4	5,6
Oldenburg (Oldb), Stadt	9 884	9 466	9 410	10 122	10 836	6,2	6,4
Osnabrück, Stadt	15 137	14 554	15 209	15 985	16 602	9,2	10,3
Wilhelmshaven, Stadt	3 851	3 769	4 277	4 499	4 440	4,6	5,9
Ammerland	3 288	3 447	3 749	4 282	4 463	2,8	3,6
Aurich	5 338	5 110	5 469	5 736	6 589	2,8	3,1
Cloppenburg	6 341	7 715	9 052	10 700	11 292	4,1	6,7
Emsland	12 579	16 744	19 224	21 112	22 649	4,1	6,7
Friesland	2 756	2 682	2 735	2 687	2 817	2,7	2,8
Grafschaft Bentheim	13 305	15 678	16 218	16 768	17 303	9,9	12,5
Leer	6 519	6 974	7 472	7 867	8 388	3,9	4,8
Oldenburg	4 295	4 796	5 793	6 328	7 080	3,4	5,0
Osnabrück	16 305	17 369	18 422	19 312	20 549	4,5	5,5
Vechta	8 901	9 364	10 724	11 183	11 803	6,7	8,4
Wesermarsch	5 233	4 960	4 679	4 669	4 943	5,6	5,2
Wittmund	1 327	1 231	1 409	1 446	1 651	2,3	2,6
Stat. Region Weser-Ems	**124 593**	**132 409**	**142 572**	**152 096**	**161 787**	**5,0**	**6,2**
Niedersachsen	**461 486**	**453 636**	**470 683**	**492 072**	**525 689**	**5,8**	**6,3**

1) Einwohnerzahlen zum 31.12.2013 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis für 2005 und 2012 ist die Vergleichbarkeit eingeschränkt.

Quelle: Ausländerzentralregister

4. Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsdauer und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Insgesamt	davon mit einer Aufenthaltsdauer von … bis unter … Jahren					
		unter 1	1 - 4	4 - 6	6 - 8	8 - 10	10 und mehr
	Anzahl	Prozent					
Braunschweig, Stadt	22 122	10,3	16,1	5,9	5,4	5,3	57,1
Salzgitter, Stadt	10 596	6,2	8,8	3,4	2,9	3,8	75,0
Wolfsburg, Stadt	14 017	10,8	13,2	4,6	3,9	3,8	63,7
Gifhorn	7 991	7,6	12,2	4,6	4,4	4,6	66,6
Göttingen	17 736	11,7	17,6	6,1	4,6	5,1	54,8
Goslar	7 947	11,8	17,8	6,0	4,3	5,5	54,6
Helmstedt	3 682	9,9	12,0	4,0	3,2	4,2	66,6
Northeim	5 406	7,7	13,1	3,8	3,9	4,2	67,3
Osterode am Harz	3 068	8,5	11,8	2,8	2,9	3,6	70,3
Peine	6 874	8,6	12,1	3,5	3,7	4,0	68,1
Wolfenbüttel	5 051	11,6	13,4	4,7	4,3	4,7	61,3
Stat. Region Braunschweig	**104 490**	**9,8**	**14,2**	**4,9**	**4,3**	**4,6**	**62,1**
Region Hannover	126 962	7,1	14,5	5,2	4,2	4,4	64,5
dav. Hannover, Landeshauptstadt	82 727	7,1	15,7	5,7	4,5	4,3	62,7
dav. Hannover, Umland	44 235	7,2	12,3	4,2	3,7	4,6	68,0
Diepholz	10 761	15,3	17,4	5,2	5,1	5,0	51,9
Hameln-Pyrmont	10 719	5,6	10,7	3,7	3,2	3,6	73,2
Hildesheim	15 353	9,3	13,5	4,9	4,3	4,8	63,1
Holzminden	3 094	4,6	11,5	2,5	3,2	4,0	74,2
Nienburg (Weser)	5 829	11,3	14,8	4,3	4,4	4,3	61,0
Schaumburg	8 854	6,7	10,6	3,5	3,3	3,9	72,2
Stat. Region Hannover	**181 572**	**7,8**	**14,2**	**4,9**	**4,2**	**4,4**	**64,6**
Celle	8 519	9,5	14,7	5,4	4,2	4,1	62,0
Cuxhaven	8 660	5,7	14,1	4,6	4,2	3,9	67,4
Harburg	11 651	5,1	12,5	6,5	5,3	5,7	64,9
Lüchow-Dannenberg	1 882	18,0	21,4	6,1	4,5	6,7	43,3
Lüneburg	7 514	11,8	15,1	5,6	5,3	5,7	56,5
Osterholz	4 489	8,5	14,8	4,5	4,4	4,3	63,5
Rotenburg (Wümme)	7 204	10,5	15,6	5,0	6,7	5,4	56,8
Heidekreis	7 260	11,2	18,5	6,4	4,6	4,6	54,7
Stade	10 570	13,6	19,6	5,9	5,4	5,3	50,3
Uelzen	3 031	13,1	15,8	5,8	5,7	6,7	53,0
Verden	7 060	6,3	12,8	4,9	4,1	4,6	67,3
Stat. Region Lüneburg	**77 840**	**9,4**	**15,5**	**5,6**	**5,0**	**5,0**	**59,5**
Delmenhorst, Stadt	7 163	8,9	14,2	5,3	4,0	4,7	62,9
Emden, Stadt	3 219	17,1	22,5	5,8	4,7	4,6	45,3
Oldenburg (Oldb), Stadt	10 836	10,8	20,2	8,3	5,4	5,7	49,6
Osnabrück, Stadt	16 602	8,7	15,7	5,6	4,6	4,7	60,7
Wilhelmshaven, Stadt	4 440	11,7	20,0	6,1	4,8	4,7	52,7
Ammerland	4 463	11,1	21,0	6,2	5,3	5,1	51,3
Aurich	6 589	15,0	17,9	6,6	7,1	5,3	48,1
Cloppenburg	11 292	15,2	27,5	9,4	7,1	5,7	35,1
Emsland	22 649	13,8	24,1	10,3	10,5	7,8	33,4
Friesland	2 817	10,8	14,0	4,3	4,1	4,8	62,0
Grafschaft Bentheim	17 303	5,8	16,4	9,4	10,0	8,5	49,9
Leer	8 388	10,9	20,3	11,0	11,2	8,0	38,5
Oldenburg	7 080	16,4	24,8	9,7	5,8	5,2	38,2
Osnabrück	20 549	10,9	16,6	5,7	4,9	4,6	57,4
Vechta	11 803	11,8	22,3	8,7	6,4	5,6	45,3
Wesermarsch	4 943	9,8	11,6	4,6	5,0	7,6	61,5
Wittmund	1 651	15,4	21,2	7,3	4,8	5,0	46,3
Stat. Region Weser-Ems	**161 787**	**11,4**	**19,6**	**7,8**	**6,9**	**6,1**	**48,2**
Niedersachsen	**525 689**	**9,5**	**16,1**	**5,9**	**5,2**	**5,0**	**58,3**

Quelle: Ausländerzentralregister

5. Ausländerinnen und Ausländer 2005 und 2013 (31.12.) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten[1)] und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Türkei	Polen	Serbien[2)]	Niederlande	Türkei	Polen	Serbien[2)]	Niederlande
	Anzahl am 31.12.2013				Veränderung 2013 gegenüber 2005 in Prozent			
Braunschweig, Stadt	5 319	3 115	874	197	-10,7	+60,4	-7,0	+10,1
Salzgitter, Stadt	5 465	939	457	37	-13,5	+72,9	-19,4	+5,7
Wolfsburg, Stadt	619	989	722	104	+6,5	+65,9	+10,1	+5,1
Gifhorn	1 661	815	561	108	-12,7	+55,8	-15,9	-2,7
Göttingen	2 235	841	1 645	181	-12,8	-1,4	-8,6	+25,7
Goslar	1 592	610	680	152	-17,8	+41,9	-0,7	+68,9
Helmstedt	912	488	258	37	-20,4	+54,4	-16,5	-17,8
Northeim	750	414	800	87	-26,9	+23,2	-12,3	+13,0
Osterode am Harz	904	234	312	52	-28,3	+72,1	+13,0	+18,2
Peine	2 471	888	490	48	-16,1	+85,8	-8,8	+2,1
Wolfenbüttel	970	623	322	74	-26,8	+91,1	-22,4	+17,5
Stat. Region Braunschweig	**22 898**	**9 956**	**7 121**	**1 077**	**-15,1**	**+53,7**	**-8,3**	**+15,3**
Region Hannover	26 767	13 457	7 958	1 032	-9,9	+70,6	-7,8	+10,3
dav. Hannover, Landeshauptstadt	17 329	7 855	4 452	549	-10,4	+67,3	-10,4	+18,3
dav. Hannover, Umland	9 438	5 602	3 506	483	-8,8	+75,4	-4,3	+2,3
Diepholz	1 547	2 371	817	245	-13,5	+214,5	-3,3	-8,2
Hameln-Pyrmont	2 786	702	703	185	-13,5	+23,6	-19,5	+5,7
Hildesheim	3 430	1 440	1 249	135	-17,6	+47,1	-0,1	-9,4
Holzminden	1 073	185	211	71	-20,8	+3,4	-20,4	+69,0
Nienburg (Weser)	1 457	962	183	203	-26,6	+99,6	+5,2	-8,6
Schaumburg	2 330	1 023	836	151	-23,9	+70,8	-19,7	+10,2
Stat. Region Hannover	**39 390**	**20 140**	**11 957**	**2 022**	**-13,0**	**+75,9**	**-8,6**	**+4,9**
Celle	1 677	829	391	306	-30,6	+96,9	+7,7	-1,0
Cuxhaven	870	769	909	345	-24,4	+80,5	-9,1	+9,5
Harburg	1 360	1 540	952	277	-16,0	+75,4	+3,3	-16,6
Lüchow-Dannenberg	104	535	167	56	0,0	+127,7	-18,9	0,0
Lüneburg	804	1 086	647	158	-19,2	+85,6	-7,6	+14,5
Osterholz	808	586	476	135	-19,8	+122,8	+24,3	-6,3
Rotenburg (Wümme)	760	1 265	542	904	-24,0	+78,4	-12,2	+0,4
Heidekreis	954	1 203	555	210	-26,4	+159,3	-9,8	-2,3
Stade	1 824	2 189	542	310	-7,0	+212,3	-6,9	+0,3
Uelzen	253	545	246	54	-28,9	+85,4	-21,9	0,0
Verden	1 917	929	635	181	-25,0	+108,3	-10,3	+1,1
Stat. Region Lüneburg	**11 331**	**11 476**	**6 062**	**2 936**	**-21,7**	**+111,7**	**-5,4**	**-0,5**
Delmenhorst, Stadt	2 492	1 052	353	95	-21,3	+110,8	+35,8	+26,7
Emden, Stadt	336	618	250	180	-9,9	+128,9	-19,4	-15,5
Oldenburg (Oldb), Stadt	1 689	989	377	269	-21,0	+38,3	+3,9	+11,2
Osnabrück, Stadt	2 854	1 184	1 301	261	-11,2	+91,3	+1,5	+15,0
Wilhelmshaven, Stadt	532	512	398	77	-23,0	+139,3	-26,0	+2,7
Ammerland	546	1 043	256	330	-24,4	+284,9	+16,9	+33,6
Aurich	357	1 060	780	790	-18,9	+237,6	-4,8	+35,7
Cloppenburg	837	2 430	584	465	-18,6	+210,7	-11,2	+31,0
Emsland	938	4 378	1 409	6 381	-22,1	+169,4	-2,8	+84,7
Friesland	250	300	293	226	-27,5	+79,6	-3,6	-5,0
Grafschaft Bentheim	1 380	1 403	596	9 987	-21,1	+327,7	-15,9	+34,7
Leer	392	776	523	3 302	-38,7	+94,5	+0,2	+88,7
Oldenburg	461	1 529	277	261	-26,5	+276,6	+7,8	+14,0
Osnabrück	3 146	3 555	1 356	798	-14,6	+223,5	+0,6	+12,6
Vechta	2 647	2 592	424	185	-15,8	+186,1	-5,8	-10,2
Wesermarsch	1 152	615	378	438	-26,8	+72,8	-8,7	+23,7
Wittmund	98	242	231	180	-40,2	+163,0	-2,5	+19,2
Stat. Region Weser-Ems	**20 107**	**24 278**	**9 786**	**24 225**	**-19,3**	**+167,9**	**-3,5**	**+46,6**
Niedersachsen	**93 726**	**65 850**	**34 926**	**30 260**	**-16,0**	**+103,2**	**-6,6**	**+35,5**

1) Aufgeführt sind die Länder der vier häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer 2013 in Niedersachsen
2) einschließlich Montenegro und Kosovo

Quelle: Ausländerzentralregister

6. Flüchtlinge und geduldete Personen 2010 und 2013 (31.12) nach Aufenthaltsstatus und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Insgesamt	davon mit Niederlassungserlaubnis	davon mit befristeter Aufenthaltserlaubnis							Duldung
			Asylberechtigte, GFK-Flüchtlinge	Aufnahmeerklärung, vor. Schutz, Resettlement, Kontingentflüchtlinge	Verbot der Abschiebung, Subsidiärer Schutz[1]	Unmöglichkeit d. Ausreise aus rechtl. oder tats. Gründen	Bleiberecht (Aufenthaltsgewährung); Opfer von Menschenhandel und organisierter Schwarzarbeit[2]	Dringende persönliche o. humanitäre Gründe, Härtefälle	Aufenthaltsgestattung zum Asylverfahren	
	Anzahl									
					2010					
Braunschweig, Stadt	1 176	338	41	9	24	46	78	36	482	122
Salzgitter, Stadt	794	261	20	7	43	82	105	36	42	198
Wolfsburg, Stadt	1 081	285	60	5	31	139	162	58	32	309
Gifhorn	602	124	49	6	43	84	87	6	20	183
Göttingen	2 142	658	89	25	132	172	253	14	75	724
Goslar	707	214	18	6	39	120	58	35	11	206
Helmstedt	422	68	18	3	26	42	65	2	43	155
Northeim	1 231	382	37	4	54	93	170	173	71	247
Osterode am Harz	265	45	3	2	21	41	20	8	31	94
Peine	1 015	285	69	12	37	111	175	63	27	236
Wolfenbüttel	631	133	41	9	52	91	29	9	17	250
Stat. Region Braunschweig	**10 066**	**2 793**	**445**	**88**	**502**	**1 021**	**1 202**	**440**	**851**	**2 724**
Region Hannover	14 179	8 438	1 250	39	328	766	1 052	415	207	1 684
dav. Hannover, Landeshauptstadt	8 300	5 410	790	15	199	263	509	183	71	860
dav. Hannover, Umland	5 879	3 028	460	24	129	503	543	232	136	824
Diepholz	1 226	407	43	8	39	184	166	52	43	284
Hameln-Pyrmont	1 315	714	48	5	21	72	103	61	53	238
Hildesheim	2 109	619	242	23	92	225	161	79	63	605
Holzminden	313	82	20	2	16	8	40	42	27	76
Nienburg (Weser)	867	409	68	4	15	60	52	36	27	196
Schaumburg	974	318	48	6	20	122	121	51	24	264
Stat. Region Hannover	**20 975**	**10 987**	**1 719**	**87**	**531**	**1 437**	**1 687**	**736**	**444**	**3 347**
Celle	1 455	687	108	5	43	105	83	145	49	230
Cuxhaven	1 230	305	18	9	51	151	276	59	75	286
Harburg	1 312	532	49	2	76	101	138	68	35	311
Lüchow-Dannenberg	254	73	8	2	33	16	33	1	10	78
Lüneburg	1 006	364	81	4	63	67	102	99	30	196
Osterholz	762	266	27	3	14	74	218	10	10	140
Rotenburg (Wümme)	928	367	22	9	30	84	163	43	48	162
Heidekreis	1 046	348	44	5	48	123	127	97	57	197
Stade	951	224	28	5	32	126	96	47	34	359
Uelzen	384	91	28	3	16	43	84	4	30	85
Verden	1 190	397	57	16	37	118	186	79	19	281
Stat. Region Lüneburg	**10 518**	**3 654**	**470**	**63**	**443**	**1 008**	**1 506**	**652**	**397**	**2 325**
Delmenhorst, Stadt	637	241	46	3	24	82	120	52	18	51
Emden, Stadt	286	112	11	5	4	20	22	3	29	80
Oldenburg (Oldb), Stadt	1 727	707	395	6	19	49	41	85	241	184
Osnabrück, Stadt	1 160	740	21	7	20	53	144	44	13	118
Wilhelmshaven, Stadt	591	181	45	2	20	104	25	49	35	130
Ammerland	636	230	43	10	18	35	77	38	12	173
Aurich	1 322	383	29	5	36	159	314	90	27	279
Cloppenburg	1 279	486	219	5	12	78	187	9	60	223
Emsland	1 492	392	64	8	46	122	215	54	42	549
Friesland	507	158	11	0	15	43	40	51	37	152
Grafschaft Bentheim	771	111	37	0	29	82	167	17	44	284
Leer	789	203	43	10	17	102	131	75	68	140
Oldenburg	1 054	406	283	5	22	60	126	21	22	109
Osnabrück	2 005	518	41	12	52	109	295	56	191	731
Vechta	1 036	440	123	5	22	89	126	18	41	172
Wesermarsch	639	189	6	3	22	157	101	31	25	105
Wittmund	256	118	4	0	4	10	39	4	13	64
Stat. Region Weser-Ems	**16 187**	**5 615**	**1 421**	**86**	**382**	**1 354**	**2 170**	**697**	**918**	**3 544**
Niedersachsen	**57 750**	**23 049**	**4 055**	**324**	**1 858**	**4 820**	**6 569**	**2 525**	**2 610**	**11 940**

1) 2010: ohne Personen unter subsidiärem Schutz

2) 2010: ohne Aufenthaltsgewährungen aufgrund gut integrierter Jugendlicher/Heranwachsender gemäß § 25a Abs. 1 bzw. 2 AufenthG

Quelle: Ausländerzentralregister

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Insgesamt	davon mit Niederlassungserlaubnis	davon mit befristeter Aufenthaltserlaubnis							Duldung
			Asylberechtigte, GFK-Flüchtlinge	Aufnahmeerklärung, vor. Schutz, Resettlement, Kontingentflüchtlinge	Verbot der Abschiebung, Subsidiärer Schutz	Unmöglichkeit d. Ausreise aus rechtl. oder tats. Gründen	Bleiberecht (Aufenthaltsgewährung); Opfer von Menschenhandel und organisierter Schwarzarbeit	Dringende persönliche o. humanitäre Gründe, Härtefälle	Aufenthaltsgestattung zum Asylverfahren	
	Anzahl									
					2013					
Braunschweig, Stadt	1 143	382	44	22	48	62	72	50	355	108
Salzgitter, Stadt	876	228	54	4	128	52	81	61	99	169
Wolfsburg, Stadt	1 358	394	82	11	136	183	152	83	113	204
Gifhorn	857	193	13	4	92	71	36	64	190	194
Göttingen	2 608	714	82	21	200	263	253	41	489	545
Goslar	870	239	17	22	82	134	75	36	112	153
Helmstedt	506	71	12	3	50	31	45	12	151	131
Northeim	1 326	396	65	6	106	105	113	140	159	236
Osterode am Harz	438	50	6	3	63	35	22	11	130	118
Peine	1 227	347	43	7	98	107	145	66	179	235
Wolfenbüttel	788	153	44	6	148	64	36	12	146	179
Stat. Region Braunschweig	**11 997**	**3 167**	**462**	**109**	**1 151**	**1 107**	**1 030**	**576**	**2 123**	**2 272**
Region Hannover	16 816	9 444	1 206	113	966	815	626	580	1 303	1 763
dav. Hannover, Landeshauptstadt	9 568	5 948	657	67	437	371	353	270	514	951
dav. Hannover, Umland	7 248	3 496	549	46	529	444	273	310	789	812
Diepholz	1 616	462	86	7	145	121	138	101	246	310
Hameln-Pyrmont	1 478	690	74	11	141	47	59	95	156	205
Hildesheim	2 592	833	265	28	268	184	108	89	353	464
Holzminden	365	89	38	4	56	7	23	20	86	42
Nienburg (Weser)	1 059	420	100	7	165	42	23	64	145	93
Schaumburg	1 168	362	35	4	95	115	48	60	166	283
Stat. Region Hannover	**25 094**	**12 300**	**1 804**	**174**	**1 836**	**1 331**	**1 025**	**1 009**	**2 455**	**3 160**
Celle	1 653	704	120	7	141	100	49	158	175	199
Cuxhaven	1 342	309	21	13	80	120	189	51	278	281
Harburg	1 643	535	54	5	93	110	72	71	395	308
Lüchow-Dannenberg	286	68	20	0	34	7	25	7	65	60
Lüneburg	1 277	401	61	2	112	68	46	86	284	217
Osterholz	921	310	33	9	63	74	160	9	112	151
Rotenburg (Wümme)	1 128	413	20	7	52	88	91	83	247	127
Heidekreis	1 259	397	58	4	105	98	97	119	177	204
Stade	1 223	235	30	7	79	122	44	51	336	319
Uelzen	499	108	18	8	38	44	49	16	148	70
Verden	1 204	403	64	15	128	97	72	82	85	258
Stat. Region Lüneburg	**12 435**	**3 883**	**499**	**77**	**925**	**928**	**894**	**733**	**2 302**	**2 194**
Delmenhorst, Stadt	844	305	56	7	46	88	39	128	96	79
Emden, Stadt	393	98	17	8	9	36	29	16	94	86
Oldenburg (Oldb), Stadt	1 952	972	291	13	88	71	50	61	248	158
Osnabrück, Stadt	1 520	800	87	12	54	90	83	53	208	133
Wilhelmshaven, Stadt	713	204	34	4	42	69	36	52	110	162
Ammerland	780	215	64	7	50	69	59	54	139	123
Aurich	1 475	400	34	8	78	114	212	156	234	239
Cloppenburg	1 277	541	106	6	107	72	107	40	127	171
Emsland	1 869	487	78	11	106	133	219	77	272	486
Friesland	628	148	24	0	50	78	24	55	125	124
Grafschaft Bentheim	769	104	22	1	72	78	118	34	125	215
Leer	923	235	28	15	82	96	70	42	203	152
Oldenburg	1 061	532	103	9	128	47	39	28	95	80
Osnabrück	1 668	551	42	16	127	115	211	49	202	355
Vechta	1 166	422	117	4	174	106	91	17	109	126
Wesermarsch	603	194	32	0	15	110	20	40	84	108
Wittmund	319	98	9	1	18	26	22	4	69	72
Stat. Region Weser-Ems	**17 960**	**6 306**	**1 144**	**122**	**1 246**	**1 398**	**1 429**	**906**	**2 540**	**2 869**
Niedersachsen	**67 486**	**25 656**	**3 909**	**482**	**5 158**	**4 764**	**4 378**	**3 224**	**9 420**	**10 495**

Quelle: Ausländerzentralregister

8. Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Altersgruppen und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Insgesamt	davon im Alter von … bis unter … Jahren						
		0 - 6	6 - 15	15 - 20	20 - 40	40 - 65	65 - 80	80 und älter
	Anzahl							
Braunschweig, Stadt	22 122	642	937	1 053	10 438	6 932	1 817	303
Salzgitter, Stadt	10 596	235	555	836	3 893	3 603	1 343	131
Wolfsburg, Stadt	14 017	485	769	598	6 041	4 733	1 237	154
Gifhorn	7 991	259	527	506	2 979	2 945	674	101
Göttingen	17 736	711	1 050	941	8 285	5 166	1 341	242
Goslar	7 947	209	336	420	3 570	2 440	861	111
Helmstedt	3 682	95	218	267	1 265	1 454	346	37
Northeim	5 406	227	414	356	1 874	1 964	505	66
Osterode am Harz	3 068	79	172	163	963	1 240	388	63
Peine	6 874	222	496	587	2 437	2 492	589	51
Wolfenbüttel	5 051	182	343	324	1 886	1 846	420	50
Stat. Region Braunschweig	**104 490**	**3 346**	**5 817**	**6 051**	**43 631**	**34 815**	**9 521**	**1 309**
Region Hannover	126 962	3 603	7 175	7 174	50 768	44 012	12 172	2 058
dav. Hannover, Landeshauptstadt	82 727	2 311	4 201	4 350	34 735	27 536	8 150	1 444
dav. Hannover, Umland	44 235	1 292	2 974	2 824	16 033	16 476	4 022	614
Diepholz	10 761	424	779	644	4 190	4 001	646	77
Hameln-Pyrmont	10 719	318	758	700	3 349	4 106	1 278	210
Hildesheim	15 353	494	1 019	905	5 909	5 383	1 447	196
Holzminden	3 094	80	189	263	983	1 177	361	41
Nienburg (Weser)	5 829	188	433	433	2 074	2 215	430	56
Schaumburg	8 854	234	518	571	2 977	3 498	939	117
Stat. Region Hannover	**181 572**	**5 341**	**10 871**	**10 690**	**70 250**	**64 392**	**17 273**	**2 755**
Celle	8 519	326	537	482	3 036	3 214	774	150
Cuxhaven	8 660	264	622	574	3 148	3 279	670	103
Harburg	11 651	266	683	672	4 321	4 651	892	166
Lüchow-Dannenberg	1 882	69	114	96	819	665	99	20
Lüneburg	7 514	254	513	413	3 032	2 746	484	72
Osterholz	4 489	183	351	324	1 675	1 649	261	46
Rotenburg (Wümme)	7 204	241	502	423	2 752	2 808	419	59
Heidekreis	7 260	253	453	397	2 961	2 596	499	101
Stade	10 570	337	629	568	4 505	3 785	660	86
Uelzen	3 031	132	219	144	1 197	1 104	198	37
Verden	7 060	233	524	510	2 587	2 613	531	62
Stat. Region Lüneburg	**77 840**	**2 558**	**5 147**	**4 603**	**30 033**	**29 110**	**5 487**	**902**
Delmenhorst, Stadt	7 163	262	475	470	2 764	2 409	676	107
Emden, Stadt	3 219	154	247	137	1 436	1 028	182	35
Oldenburg (Oldb), Stadt	10 836	464	673	666	5 043	3 243	642	105
Osnabrück, Stadt	16 602	546	855	939	7 083	5 454	1 486	239
Wilhelmshaven, Stadt	4 440	165	270	197	1 845	1 522	390	51
Ammerland	4 463	172	316	225	1 780	1 646	289	35
Aurich	6 589	332	550	355	2 515	2 402	361	74
Cloppenburg	11 292	482	672	502	5 500	3 749	334	53
Emsland	22 649	962	1 551	969	8 963	8 391	1 644	169
Friesland	2 817	119	198	190	957	1 052	249	52
Grafschaft Bentheim	17 303	733	1 339	861	4 574	7 181	2 281	334
Leer	8 388	418	727	449	2 686	3 234	796	78
Oldenburg	7 080	289	461	343	3 142	2 505	291	49
Osnabrück	20 549	685	1 260	1 219	8 376	7 559	1 305	145
Vechta	11 803	568	823	711	5 395	3 818	430	58
Wesermarsch	4 943	157	333	342	1 796	1 819	437	59
Wittmund	1 651	100	164	110	571	573	123	10
Stat. Region Weser-Ems	**161 787**	**6 608**	**10 914**	**8 685**	**64 426**	**57 585**	**11 916**	**1 653**
Niedersachsen	**525 689**	**17 853**	**32 749**	**30 029**	**208 340**	**185 902**	**44 197**	**6 619**

Quelle: Ausländerzentralregister

10. Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2013 nach Aufenthaltsstatus und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Insgesamt	davon nach Aufenthaltsstatus								
		Aufenthaltsstatus nach altem Recht (Ausländergesetz 1990)	Aufenthaltserlaubnis	Niederlassungserlaubnis (inkl. Daueraufenthalt-EG)	Aufenthaltsrecht EU		Antrag auf Aufenthaltstitel (AT) gestellt, von Erfordernis auf AT befreit, heimatlose Ausländer	Duldung	Aufenthaltsgestattung	Keinen Aufenthaltstitel
					Aufenthaltserlaubnis EU	EU-Bürger ohne erfassten Aufenthaltsstatus[1]				
	Anzahl									
Braunschweig, Stadt	22 122	1 729	4 772	6 700	1 708	5 477	741	108	355	532
Salzgitter, Stadt	10 596	1 094	1 887	4 680	711	1 604	224	169	99	128
Wolfsburg, Stadt	14 017	507	2 570	2 261	4 172	3 559	397	204	113	234
Gifhorn	7 991	802	1 390	2 085	1 084	1 785	247	194	190	214
Göttingen	17 736	1 260	5 829	4 207	1 461	2 447	860	545	489	638
Goslar	7 947	311	2 369	2 234	887	1 443	183	153	112	255
Helmstedt	3 682	200	585	1 096	390	998	94	131	151	37
Northeim	5 406	322	1 270	1 405	778	860	209	236	159	167
Osterode am Harz	3 068	95	520	1 102	324	679	65	118	130	35
Peine	6 874	529	1 545	2 621	166	1 493	47	235	179	59
Wolfenbüttel	5 051	526	1 043	1 385	473	1 101	85	179	146	113
Stat. Region Braunschweig	**104 490**	**7 375**	**23 780**	**29 776**	**12 154**	**21 446**	**3 152**	**2 272**	**2 123**	**2 412**
Region Hannover	126 962	11 857	23 038	41 735	14 832	24 803	5 245	1 763	1 303	2 386
dav. Hannover, Landeshauptsta	82 727	7 371	15 778	27 558	9 285	15 710	3 886	951	514	1 674
dav. Hannover, Umland	44 235	4 486	7 260	14 177	5 547	9 093	1 359	812	789	712
Diepholz	10 761	722	1 691	2 557	809	3 884	315	310	246	227
Hameln-Pyrmont	10 719	818	1 895	4 071	1 352	1 883	205	205	156	134
Hildesheim	15 353	1 150	2 968	4 540	1 684	3 217	557	464	353	420
Holzminden	3 094	311	578	1 391	235	318	78	42	86	55
Nienburg (Weser)	5 829	314	1 131	1 726	560	1 659	81	93	145	120
Schaumburg	8 854	564	1 355	2 973	1 049	2 090	232	283	166	142
Stat. Region Hannover	**181 572**	**15 736**	**32 656**	**58 993**	**20 521**	**37 854**	**6 713**	**3 160**	**2 455**	**3 484**
Celle	8 519	348	1 817	2 245	1 146	2 226	194	199	175	169
Cuxhaven	8 660	553	1 399	1 846	858	3 012	286	281	278	147
Harburg	11 651	1 007	2 331	3 119	1 515	2 455	284	308	395	237
Lüchow-Dannenberg	1 882	83	247	287	155	882	48	60	65	55
Lüneburg	7 514	316	1 629	1 924	548	2 294	177	217	284	125
Osterholz	4 489	311	1 048	1 204	413	1 090	77	151	112	83
Rotenburg (Wümme)	7 204	370	1 170	1 602	965	2 387	154	127	247	182
Heidekreis	7 260	404	1 528	1 527	923	2 138	191	204	177	168
Stade	10 570	533	1 850	2 265	1 051	3 650	356	319	336	210
Uelzen	3 031	145	568	675	308	960	99	70	148	58
Verden	7 060	754	1 428	2 420	470	1 421	130	258	85	94
Stat. Region Lüneburg	**77 840**	**4 824**	**15 015**	**19 114**	**8 352**	**22 515**	**1 996**	**2 194**	**2 302**	**1 528**
Delmenhorst, Stadt	7 163	773	1 391	2 534	267	1 720	217	79	96	86
Emden, Stadt	3 219	126	631	565	377	1 143	75	86	94	122
Oldenburg (Oldb), Stadt	10 836	584	2 640	3 121	719	2 669	437	158	248	260
Osnabrück, Stadt	16 602	1 175	3 045	4 992	1 829	4 609	381	133	208	230
Wilhelmshaven, Stadt	4 440	205	984	1 151	343	1 230	156	162	110	99
Ammerland	4 463	208	755	1 105	333	1 694	49	123	139	57
Aurich	6 589	245	1 388	1 191	214	2 829	91	239	234	158
Cloppenburg	11 292	204	1 584	2 224	489	6 213	123	171	127	157
Emsland	22 649	847	2 303	2 276	1 737	14 006	357	486	272	365
Friesland	2 817	297	511	631	343	597	82	124	125	107
Grafschaft Bentheim	17 303	671	1 049	1 647	6 002	7 234	165	215	125	195
Leer	8 388	274	1 046	1 138	557	4 712	133	152	203	173
Oldenburg	7 080	272	1 068	1 449	448	3 477	87	80	95	104
Osnabrück	20 549	1 544	2 315	4 931	2 160	7 935	615	355	202	492
Vechta	11 803	539	1 892	3 120	471	5 239	84	126	109	223
Wesermarsch	4 943	504	672	1 460	346	1 264	286	108	84	219
Wittmund	1 651	38	289	297	98	695	54	72	69	39
Stat. Region Weser-Ems	**161 787**	**8 506**	**23 563**	**33 832**	**16 733**	**67 266**	**3 392**	**2 869**	**2 540**	**3 086**
Niedersachsen	**525 689**	**36 441**	**95 014**	**141 715**	**57 760**	**149 081**	**15 253**	**10 495**	**9 420**	**10 510**

1) Für den Großteil der Unionsbürger ist für 2013 kein Aufenthaltsstatus erfasst. Dieser Personenkreis verfügte dennoch über ein Aufenthaltsrecht in Deutschland.

Quelle: Ausländerzentralregister

11. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2012 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis[1)] (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Bevölkerung insgesamt	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund	Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund	Anteil der Personen mit Migrationshintergrund
	1000			Prozent	
Braunschweig, Stadt	250,5	194,4	56,1	77,6	22,4
Salzgitter, Stadt	101,6	73,2	28,4	72,0	28,0
Wolfsburg, Stadt	122,6	75,5	47,1	61,6	38,4
Gifhorn	172,2	133,4	38,8	77,5	22,5
Göttingen	257,7	220,5	37,3	85,5	14,5
dav. Göttingen, Stadt	121,1	95,1	26,0	78,5	21,5
dav. Göttingen, Umland	136,6	125,4	11,2	91,8	8,2
Goslar	141,9	125,9	16,1	88,7	11,3
Helmstedt	92,0	82,0	10,0	89,1	(10,9)
Northeim	137,6	123,9	13,6	90,1	9,9
Osterode am Harz	76,3	67,8	(8,5)	88,9	(11,1)
Peine	131,1	109,9	21,2	83,9	16,1
Wolfenbüttel	121,6	102,6	19,0	84,4	15,6
Stat. Region Braunschweig	**1 605,1**	**1 308,4**	**296,7**	**81,5**	**18,5**
Region Hannover	1 135,9	858,4	277,5	75,6	24,4
dav. Hannover, Landeshauptstadt	525,6	365,5	160,1	69,5	30,5
dav. Hannover, Umland	610,3	492,9	117,4	80,8	19,2
Diepholz	214,2	185,0	29,2	86,4	13,6
Hameln-Pyrmont	152,6	124,3	28,3	81,4	18,6
Hildesheim	280,9	233,6	47,3	83,2	16,8
Holzminden	72,3	65,2	(7,1)	90,2	(9,8)
Nienburg (Weser)	122,4	100,2	22,2	81,8	18,2
Schaumburg	159,6	137,9	21,8	86,4	13,6
Stat. Region Hannover	**2 138,0**	**1 704,8**	**433,2**	**79,7**	**20,3**
Celle	177,7	152,3	25,4	85,7	14,3
Cuxhaven	199,5	173,6	25,9	87,0	13,0
Harburg	248,1	214,7	33,4	86,5	13,5
Uelzen / Lüchow-Dannenberg	142,6	126,5	16,1	88,7	11,3
Lüneburg	178,2	157,0	21,2	88,1	11,9
Osterholz	111,8	105,2	(6,6)	94,1	(5,9)
Rotenburg (Wümme)	163,0	135,8	27,1	83,3	16,7
Heidekreis	138,9	112,2	26,7	80,8	19,2
Stade	197,5	175,4	22,1	88,8	11,2
Uelzen / Lüchow-Dannenberg	142,6	126,5	16,1	88,7	11,3
Verden	133,2	108,6	24,6	81,5	18,5
Stat. Region Lüneburg	**1 690,4**	**1 460,8**	**229,6**	**86,4**	**13,6**
Delmenhorst, Stadt	74,5	54,7	19,8	73,4	26,6
Emden, Stadt / Leer	216,5	193,5	23,0	89,4	10,6
Oldenburg (Oldb), Stadt	162,5	134,7	27,8	82,9	17,1
Osnabrück, Stadt	164,9	116,1	48,8	70,4	29,6
Wilhelmshaven, Stadt	81,0	69,2	11,8	85,4	14,6
Ammerland	119,1	104,7	14,5	87,9	12,1
Aurich	188,6	171,7	16,9	91,0	9,0
Cloppenburg	159,7	117,7	42,0	73,7	26,3
Emsland	313,9	251,9	61,9	80,3	19,7
Friesland / Wittmund	156,2	146,5	(9,7)	93,8	(6,2)
Grafschaft Bentheim	134,8	101,1	33,7	75,0	25,0
Emden, Stadt / Leer	216,5	193,5	23,0	89,4	10,6
Oldenburg	127,8	114,4	13,4	89,5	10,5
Osnabrück	356,2	276,1	80,1	77,5	22,5
Vechta	137,6	105,0	32,6	76,3	23,7
Wesermarsch	90,0	75,3	14,7	83,6	16,4
Friesland / Wittmund	156,2	146,5	(9,7)	93,8	(6,2)
Stat. Region Weser-Ems	**2 483,2**	**2 029,8**	**453,4**	**81,7**	**18,3**
Niedersachsen	**7 916,7**	**6 503,7**	**1 412,9**	**82,2**	**17,8**

1) Kleinere Regionaleinheiten, z. B. Uelzen und Lüchow-Dannenberg, werden aus stichprobentheoretischen Gründen zusammengefasst.

Quelle: Mikrozensus

16. Einbürgerungen 2005, 2009, 2011 und 2013 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Einbürgerungen				Einbürgerungen je 1000 Ausländerinnen und Ausländer		Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential[1]	
	2005	2009	2011	2013	2005	2013	2005	2013
	Anzahl						Prozent	
Braunschweig, Stadt	441	294	288	418	22	19	3,7	3,0
Salzgitter, Stadt	178	136	141	135	17	13	2,2	1,6
Wolfsburg, Stadt	185	190	203	252	15	18	2,1	2,7
Gifhorn	177	82	88	112	23	14	3,3	2,0
Göttingen	332	168	272	257	20	14	3,6	2,4
Goslar	182	79	106	116	24	15	4,0	2,4
Helmstedt	40	41	55	54	11	15	1,5	2,1
Northeim	113	42	84	101	19	19	2,8	2,6
Osterode am Harz	92	54	40	42	27	14	3,7	1,9
Peine	216	84	124	119	32	17	4,4	2,4
Wolfenbüttel	145	71	100	113	30	22	4,6	3,4
Stat. Region Braunschweig	**2 101**	**1 241**	**1 501**	**1 719**	**21**	**16**	**3,2**	**2,5**
Region Hannover	2 810	2 002	2 166	2 061	24	16	3,6	2,4
dav. Hannover, Landeshauptstadt	1 605	1 329	1 449	1 337	21	16	3,3	2,4
dav. Hannover, Umland	1 205	673	717	724	30	16	4,3	2,3
Diepholz	261	137	135	157	32	15	4,9	2,6
Hameln-Pyrmont	308	131	138	180	28	17	3,8	2,2
Hildesheim	559	244	260	259	38	17	5,9	2,5
Holzminden	58	47	52	33	17	11	2,3	1,4
Nienburg (Weser)	194	106	121	107	35	18	5,0	2,8
Schaumburg	231	127	130	146	24	16	3,2	2,2
Stat. Region Hannover	**4 421**	**2 794**	**3 002**	**2 943**	**26**	**16**	**3,9**	**2,3**
Celle	214	137	160	148	27	17	4,0	2,6
Cuxhaven	184	123	116	125	21	14	3,0	2,0
Harburg	301	204	225	194	27	17	4,1	2,4
Lüchow-Dannenberg	5	8	5	12	4	6	0,7	1,3
Lüneburg	197	167	152	185	29	25	4,9	4,0
Osterholz	59	66	47	57	15	13	2,2	1,9
Rotenburg (Wümme)	86	109	123	118	13	16	2,1	2,6
Heidekreis	146	93	114	108	25	15	3,7	2,5
Stade	298	134	122	172	37	16	5,9	2,9
Uelzen	53	51	57	34	19	11	3,3	1,9
Verden	177	124	144	122	26	17	3,8	2,4
Stat. Region Lüneburg	**1 720**	**1 216**	**1 265**	**1 275**	**25**	**16**	**3,8**	**2,5**
Delmenhorst, Stadt	198	204	202	152	29	21	4,0	3,1
Emden, Stadt	47	37	46	72	17	22	3,1	4,5
Oldenburg (Oldb), Stadt	245	215	222	245	25	23	4,7	4,1
Osnabrück, Stadt	460	222	260	265	30	16	4,9	2,4
Wilhelmshaven, Stadt	183	110	83	109	48	25	7,2	4,3
Ammerland	91	44	76	74	28	17	4,7	2,9
Aurich	201	106	148	122	38	19	6,4	3,5
Cloppenburg	83	101	109	103	13	9	2,6	2,2
Emsland	165	109	171	146	13	6	2,7	1,6
Friesland	71	39	66	80	26	28	3,8	4,2
Grafschaft Bentheim	114	109	133	136	9	8	1,7	1,3
Leer	124	129	86	92	19	11	3,8	2,4
Oldenburg	91	81	144	131	21	19	3,8	4,3
Osnabrück	166	189	194	231	10	11	1,5	1,8
Vechta	287	179	215	207	32	18	5,6	3,4
Wesermarsch	91	86	60	85	17	17	2,7	2,5
Wittmund	27	12	12	29	20	18	3,6	3,4
Stat. Region Weser-Ems	**2 644**	**1 972**	**2 227**	**2 279**	**21**	**14**	**3,7**	**2,6**
Niedersachsen	**10 886**	**7 223**	**7 995**	**8 216**	**24**	**16**	**3,7**	**2,5**

1) Anteil der Einbürgerungen an der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 8 Jahren

Quelle: Einbürgerungsstatistik

18. Lebendgeborene 2005, 2009, 2011 und 2012 nach Nationalität und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Lebendgeborene insgesamt				darunter ausländische Kinder			
	2005	2009	2011	2012	2005	2009	2011	2012
	Anzahl							
Braunschweig, Stadt	2 052	2 113	2 218	2 281	84	63	84	110
Salzgitter, Stadt	866	769	794	785	41	20	28	22
Wolfsburg, Stadt	895	999	1 004	1 079	42	28	53	60
Gifhorn	1 549	1 395	1 272	1 459	12	12	4	35
Göttingen	2 125	1 971	1 956	1 950	115	108	115	143
dav. Göttingen, Stadt	1 010	1 002	989	988	71	68	78	106
dav. Göttingen, Umland	1 115	969	967	962	44	40	37	37
Goslar	984	867	802	784	44	43	39	41
Helmstedt	693	600	556	571	20	14	10	11
Northeim	1 078	924	908	904	41	35	36	32
Osterode am Harz	534	501	459	436	13	7	11	7
Peine	1 127	1 006	975	1 017	38	23	30	38
Wolfenbüttel	934	783	863	815	18	25	13	19
Stat. Region Braunschweig	**12 837**	**11 928**	**11 807**	**12 081**	**468**	**378**	**423**	**518**
Region Hannover	9 486	9 524	9 717	9 538	404	394	415	466
dav. Hannover, Landeshauptstadt	4 789	4 928	5 077	4 944	270	246	284	335
dav. Hannover, Umland	4 697	4 596	4 640	4 594	134	148	131	131
Diepholz	1 778	1 563	1 555	1 529	50	61	45	58
Hameln-Pyrmont	1 224	1 072	1 057	983	35	39	43	64
Hildesheim	2 339	1 982	1 941	1 963	118	82	90	93
dav. Hildesheim, Stadt	854	770	772	799	61	54	52	56
dav. Hildesheim, Umland	1 485	1 212	1 169	1 164	57	28	38	37
Holzminden	561	537	450	477	13	14	14	11
Nienburg (Weser)	1 083	919	931	859	48	19	12	24
Schaumburg	1 220	1 106	1 059	1 054	33	6	6	27
Stat. Region Hannover	**17 691**	**16 703**	**16 710**	**16 403**	**701**	**615**	**625**	**743**
Celle	1 642	1 431	1 395	1 326	40	32	40	30
Cuxhaven	1 483	1 471	1 403	1 372	45	47	45	41
Harburg	2 045	1 867	1 908	1 892	55	58	44	42
Lüchow-Dannenberg	420	315	291	319	5	10	5	9
Lüneburg	1 487	1 496	1 443	1 428	42	29	32	30
Osterholz	840	801	807	735	42	22	14	14
Rotenburg (Wümme)	1 461	1 329	1 201	1 218	37	11	10	27
Heidekreis	1 217	1 108	1 035	1 017	42	22	18	22
Stade	1 676	1 640	1 598	1 558	43	48	26	44
Uelzen	741	653	619	628	28	21	17	17
Verden	1 157	1 065	1 022	1 096	44	19	20	34
Stat. Region Lüneburg	**14 169**	**13 176**	**12 722**	**12 589**	**423**	**319**	**271**	**310**
Delmenhorst, Stadt	622	544	604	605	18	24	20	46
Emden, Stadt	404	436	415	424	14	17	13	16
Oldenburg (Oldb), Stadt	1 412	1 423	1 383	1 389	101	101	84	107
Osnabrück, Stadt	1 379	1 363	1 424	1 416	60	49	82	74
Wilhelmshaven, Stadt	589	549	558	570	26	14	24	19
Ammerland	998	850	911	922	14	19	27	29
Aurich	1 659	1 470	1 436	1 450	43	30	14	30
Cloppenburg	1 715	1 573	1 541	1 543	32	24	17	62
Emsland	3 024	2 721	2 650	2 657	87	85	84	115
Friesland	704	700	663	675	17	18	15	16
Grafschaft Bentheim	1 211	1 167	1 063	1 083	57	92	56	74
Leer	1 479	1 337	1 263	1 359	35	36	41	36
Oldenburg	1 088	1 007	906	952	28	24	21	43
Osnabrück	3 335	2 880	2 944	2 929	61	69	65	81
Vechta	1 430	1 318	1 261	1 380	86	63	53	90
Wesermarsch	757	647	607	614	17	19	19	18
Wittmund	490	436	412	437	16	9	12	12
Stat. Region Weser-Ems	**22 296**	**20 421**	**20 041**	**20 405**	**712**	**693**	**647**	**868**
Niedersachsen	**66 993**	**62 228**	**61 280**	**61 478**	**2 304**	**2 005**	**1 966**	**2 439**

Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

23. Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen 2012 und 2013 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Zuzüge		Fortzüge		Saldo der Zu- und Fortzüge		Zuzüge	Fortzüge	Saldo der Zu- und Fortzüge
	2012	2013	2012	2013	2012	2013			
	Anzahl						Je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner[1)]		
Braunschweig, Stadt	5 775	7 698	2 162	2 165	+3 613	+5 533	23,5	8,8	+14,7
Salzgitter, Stadt	715	974	512	703	+ 203	+ 271	7,3	5,2	+2,1
Wolfsburg, Stadt	1 725	2 146	1 008	1 112	+ 717	+1 034	14,2	8,3	+5,9
Gifhorn	877	1 038	559	674	+ 318	+ 364	5,1	3,3	+1,9
Göttingen	7 168	9 941	2 691	2 644	+4 477	+7 297	28,9	10,9	+18,1
dav. Göttingen, Stadt	2 760	2 862	2 064	2 137	+ 696	+ 725	23,7	17,7	+6,0
dav. Göttingen, Umland	4 408	7 079	627	507	+3 781	+6 572	33,6	4,8	+28,8
Goslar	1 123	1 293	648	701	+ 475	+ 592	8,1	4,7	+3,4
Helmstedt	433	623	228	482	+ 205	+ 141	4,8	2,5	+2,3
Northeim	558	629	420	447	+ 138	+ 182	4,1	3,1	+1,0
Osterode am Harz	273	325	195	262	+ 78	+ 63	3,6	2,6	+1,0
Peine	581	693	409	399	+ 172	+ 294	4,5	3,1	+1,3
Wolfenbüttel	524	698	442	480	+ 82	+ 218	4,4	3,7	+0,7
Stat. Region Braunschweig	**19 752**	**26 058**	**9 274**	**10 069**	**+10 478**	**+15 989**	**12,5**	**5,9**	**+6,7**
Region Hannover	12 693	14 010	8 058	9 347	+4 635	+4 663	11,4	7,2	+4,2
dav. Hannover, Landeshauptstadt	8 269	8 720	5 273	5 691	+2 996	+3 029	16,1	10,3	+5,8
dav. Hannover, Umland	4 424	5 290	2 785	3 656	+1 639	+1 634	7,4	4,7	+2,7
Diepholz	4 215	3 716	3 787	3 317	+ 428	+ 399	20,1	18,1	+2,0
Hameln-Pyrmont	752	1 087	512	716	+ 240	+ 371	5,1	3,4	+1,6
Hildesheim	1 988	2 077	1 560	1 524	+ 428	+ 553	7,2	5,7	+1,6
dav. Hildesheim, Stadt	1 262	1 224	1 009	921	+ 253	+ 303	12,7	10,2	+2,5
dav. Hildesheim, Umland	726	853	551	603	+ 175	+ 250	4,1	3,1	+1,0
Holzminden	346	353	299	259	+ 47	+ 94	4,8	4,1	+0,6
Nienburg (Weser)	2 720	2 716	2 934	2 487	- 214	+ 229	22,6	24,4	-1,8
Schaumburg	870	1 026	657	750	+ 213	+ 276	5,6	4,2	+1,4
Stat. Region Hannover	**23 584**	**24 985**	**17 807**	**18 400**	**+5 777**	**+6 585**	**11,3**	**8,5**	**+2,8**
Celle	963	1 153	692	835	+ 271	+ 318	5,5	3,9	+1,5
Cuxhaven	1 326	1 288	943	1 134	+ 383	+ 154	6,7	4,8	+1,9
Harburg	2 023	2 633	1 400	1 847	+ 623	+ 786	8,4	5,8	+2,6
Lüchow-Dannenberg	540	719	380	548	+ 160	+ 171	11,0	7,8	+3,3
Lüneburg	1 200	15 022	988	11 358	+ 212	+3 664	6,8	5,6	+1,2
Osterholz	479	525	322	446	+ 157	+ 79	4,3	2,9	+1,4
Rotenburg (Wümme)	907	1 066	595	793	+ 312	+ 273	5,6	3,7	+1,9
Heidekreis	1 016	1 128	668	730	+ 348	+ 398	7,5	4,9	+2,6
Stade	3 873	3 720	3 558	2 970	+ 315	+ 750	19,8	18,2	+1,6
Uelzen	436	581	322	343	+ 114	+ 238	4,7	3,5	+1,2
Verden	715	820	550	638	+ 165	+ 182	5,4	4,2	+1,2
Stat. Region Lüneburg	**13 478**	**15 022**	**10 418**	**11 358**	**+3 060**	**+3 664**	**8,1**	**6,2**	**+1,8**
Delmenhorst, Stadt	720	862	449	461	+ 271	+ 401	9,8	6,1	+3,7
Emden, Stadt	552	649	405	402	+ 147	+ 247	11,1	8,1	+3,0
Oldenburg (Oldb), Stadt	1 300	1 465	788	915	+ 512	+ 550	8,2	5,0	+3,2
Osnabrück, Stadt	1 973	1 857	1 308	1 304	+ 665	+ 553	12,7	8,4	+4,3
Wilhelmshaven, Stadt	1 034	731	954	821	+ 80	- 90	13,5	12,5	+1,0
Ammerland	1 377	1 369	1 030	1 235	+ 347	+ 134	11,6	8,7	+2,9
Aurich	1 315	1 569	920	933	+ 395	+ 636	7,0	4,9	+2,1
Cloppenburg	8 705	7 793	7 457	7 131	+1 248	+ 662	54,4	46,6	+7,8
Emsland	6 341	5 993	4 634	5 035	+1 707	+ 958	20,3	14,8	+5,5
Friesland	472	419	391	327	+ 81	+ 92	4,8	4,0	+0,8
Grafschaft Bentheim	1 743	1 662	1 085	1 247	+ 658	+ 415	13,0	8,1	+4,9
Leer	1 265	1 595	1 015	1 158	+ 250	+ 437	7,7	6,2	+1,5
Oldenburg	3 710	5 259	3 476	4 681	+ 234	+ 578	29,6	27,7	+1,9
Osnabrück	3 873	5 886	3 050	3 433	+ 823	+2 453	11,1	8,7	+2,3
Vechta	6 873	6 512	6 221	6 166	+ 652	+ 346	51,5	46,6	+4,9
Wesermarsch	565	763	469	571	+ 96	+ 192	6,3	5,3	+1,1
Wittmund	369	472	330	339	+ 39	+ 133	6,5	5,9	+0,7
Stat. Region Weser-Ems	**42 187**	**44 856**	**33 982**	**36 159**	**+8 205**	**+8 697**	**17,3**	**13,9**	**+3,4**
Niedersachsen	**99 001**	**110 921**	**71 481**	**75 986**	**+27 520**	**+34 935**	**12,7**	**9,2**	**+3,5**

1) Bevölkerung am 31.12.2012, Einwohnerzahlen zum 31.12.2013 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Quelle: Wanderungsstatistik

24. Betreute Kinder im Alter bis unter 14 Jahren in Tagespflege und in Tageseinrichtungen am 1. März 2013 nach Zuwanderungsgeschichte und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Betreute Kinder in Tagespflege			Betreute Kinder in Tageseinrichtungen		
	Insgesamt	darunter Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft		Insgesamt	darunter Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft	
	Anzahl		Anteil in Prozent	Anzahl		Anteil in Prozent
Braunschweig, Stadt	843	13	1,5	9 707	3 015	31,1
Salzgitter, Stadt	203	42	20,7	3 307	1 143	34,6
Wolfsburg, Stadt	266	72	27,1	4 291	1 333	31,1
Gifhorn	380	8	2,1	5 820	902	15,5
Göttingen	472	45	9,5	9 320	2 191	23,5
Goslar	329	25	7,6	4 111	720	17,5
Helmstedt	138	6	4,3	2 916	263	9,0
Northeim	265	27	10,2	4 181	674	16,1
Osterode am Harz	203	16	7,9	2 090	349	16,7
Peine	207	16	7,7	4 821	988	20,5
Wolfenbüttel	87	19	21,8	4 208	610	14,5
Stat. Region Braunschweig	**3 393**	**289**	**8,5**	**54 772**	**12 188**	**22,3**
Region Hannover	2 320	307	13,2	45 174	15 656	34,7
dav. Hannover, Landeshauptstadt	923	150	16,3	21 831	9 878	45,2
dav. Hannover, Umland	1 397	157	11,2	23 343	5 778	24,8
Diepholz	689	54	7,8	6 911	1 293	18,7
Hameln-Pyrmont	226	22	9,7	5 166	1 306	25,3
Hildesheim	335	40	11,9	9 633	2 278	23,6
Holzminden	172	16	9,3	2 096	449	21,4
Nienburg (Weser)	182	26	14,3	3 858	860	22,3
Schaumburg	513	43	8,4	4 921	1 006	20,4
Stat. Region Hannover	**4 437**	**508**	**11,4**	**77 759**	**22 848**	**29,4**
Celle	406	24	5,9	5 999	780	13,0
Cuxhaven	404	6	1,5	7 322	1 240	16,9
Harburg	698	10	1,4	10 301	1 862	18,1
Lüchow-Dannenberg	70	4	5,7	1 521	206	13,5
Lüneburg	864	73	8,4	6 503	1 086	16,7
Osterholz	228	7	3,1	3 603	514	14,3
Rotenburg (Wümme)	311	30	9,6	5 364	714	13,3
Heidekreis	521	43	8,3	4 759	774	16,3
Stade	730	46	6,3	6 759	1 109	16,4
Uelzen	331	23	6,9	2 781	367	13,2
Verden	239	16	6,7	4 789	1 027	21,4
Stat. Region Lüneburg	**4 802**	**282**	**5,9**	**59 701**	**9 679**	**16,2**
Delmenhorst, Stadt	174	26	14,9	2 182	584	26,8
Emden, Stadt	56	2	3,6	1 614	334	20,7
Oldenburg (Oldb), Stadt	489	41	8,4	6 158	1 716	27,9
Osnabrück, Stadt	347	72	20,7	6 309	2 414	38,3
Wilhelmshaven, Stadt	94	6	6,4	2 034	515	25,3
Ammerland	449	30	6,7	3 886	507	13,0
Aurich	490	16	3,3	5 698	756	13,3
Cloppenburg	331	40	12,1	5 729	1 760	30,7
Emsland	555	53	9,5	11 204	2 066	18,4
Friesland	235	11	4,7	3 084	292	9,5
Grafschaft Bentheim	599	120	20,0	4 546	1 139	25,1
Leer	175	7	4,0	5 106	721	14,1
Oldenburg	322	14	4,3	4 438	610	13,7
Osnabrück	2 116	259	12,2	11 624	2 525	21,7
Vechta	587	61	10,4	5 346	1 627	30,4
Wesermarsch	100	6	6,0	3 097	624	20,1
Wittmund	157	14	8,9	1 618	183	11,3
Stat. Region Weser-Ems	**7 276**	**778**	**10,7**	**83 673**	**18 373**	**22,0**
Niedersachsen	**19 908**	**1 857**	**9,3**	**275 905**	**63 088**	**22,9**

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

25. Anteil der betreuten Kinder bis unter 6 Jahren mit Zuwanderungsgeschichte in Tageseinrichtungen am 1. März 2012 und 1. März 2013 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Anteil der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund an allen betreuten Kindern 2012		Anteil der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund an allen betreuten Kindern 2013	
	ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils	in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils	in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen
	Prozent			
Braunschweig, Stadt	30,0	15,0	31,8	16,8
Salzgitter, Stadt	41,8	30,8	34,7	26,1
Wolfsburg, Stadt	34,3	18,5	30,8	17,1
Gifhorn	17,1	10,8	15,2	8,4
Göttingen	23,9	15,2	23,2	13,6
dav. Göttingen, Stadt	34,5	23,6	32,9	21,0
dav. Göttingen, Umland	13,1	6,6	13,4	6,1
Goslar	17,6	9,7	17,4	7,8
Helmstedt	9,9	3,9	8,9	3,2
Northeim	16,2	9,4	16,0	9,4
Osterode am Harz	16,5	6,7	16,2	6,3
Peine	19,7	24,4	21,4	11,9
Wolfenbüttel	13,3	6,6	14,2	7,6
Stat. Region Braunschweig	22,8	14,2	**22,2**	**12,4**
Region Hannover	34,6	20,2	34,5	20,3
dav. Hannover, Landeshauptstadt	44,0	28,7	44,8	29,3
dav. Hannover, Umland	26,4	12,8	25,4	12,3
Diepholz	18,4	10,5	19,1	10,9
Hameln-Pyrmont	23,0	11,0	24,2	12,6
Hildesheim	20,4	11,3	22,8	11,5
dav. Hildesheim, Stadt	34,5	21,5	35,8	20,1
dav. Hildesheim, Umland	11,8	5,1	14,5	6,0
Holzminden	23,7	12,0	21,4	7,7
Nienburg (Weser)	22,7	8,8	22,2	8,7
Schaumburg	21,7	8,7	20,5	8,4
Stat. Region Hannover	28,6	15,9	**28,9**	**16,0**
Celle	13,0	8,0	13,1	5,7
Cuxhaven	15,0	6,8	15,0	7,0
Harburg	17,9	8,2	18,2	9,2
Lüchow-Dannenberg	10,7	6,0	12,4	5,7
Lüneburg	16,7	8,9	15,9	9,4
Osterholz	13,3	6,5	13,7	6,1
Rotenburg (Wümme)	14,5	5,2	13,1	5,4
Heidekreis	16,4	7,8	16,2	7,4
Stade	19,1	10,2	16,2	8,4
Uelzen	14,5	5,3	13,1	5,4
Verden	23,4	12,3	20,8	10,7
Stat. Region Lüneburg	16,4	8,0	**15,7**	**7,6**
Delmenhorst, Stadt	33,6	23,3	26,2	17,4
Emden, Stadt	20,8	12,3	20,2	10,4
Oldenburg (Oldb), Stadt	27,2	15,9	25,9	14,8
Osnabrück, Stadt	37,6	22,5	36,9	22,3
Wilhelmshaven, Stadt	26,8	15,7	24,2	14,8
Ammerland	14,1	7,1	12,8	6,4
Aurich	12,8	6,6	12,5	7,1
Cloppenburg	28,1	13,4	30,0	12,5
Emsland	19,6	9,3	18,1	9,0
Friesland	11,7	6,1	9,6	4,7
Grafschaft Bentheim	26,5	15,5	24,5	15,1
Leer	13,0	7,0	14,0	6,6
Oldenburg	13,9	8,0	13,6	7,1
Osnabrück	24,3	12,1	21,5	11,3
Vechta	28,4	15,4	29,4	15,5
Wesermarsch	20,7	12,0	20,8	10,1
Wittmund	9,8	6,2	10,6	2,5
Stat. Region Weser-Ems	22,2	12,0	**21,2**	**11,2**
Niedersachsen	22,8	12,6	**22,2**	**12,0**

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

26. Betreute Kinder mit Zuwanderungsgeschichte bis unter 3 Jahren und von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung[1)] am 1. März 2013 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Statistische Region Land	Kinder im Alter von unter 3 Jahren mit ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteils			Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren mit ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteils		
	Anzahl	Anteil an allen betreuten Kindern	Veränderung des Anteils gegenüber 2012	Anzahl	Anteil an allen betreuten Kindern	Veränderung des Anteils gegenüber 2012
		Prozent	Prozentpunkte		Prozent	Prozentpunkte
Braunschweig, Stadt	329	17,4	+1,4	1 866	33,0	+1,8
Salzgitter, Stadt	77	19,3	-5,1	839	36,6	-6,9
Wolfsburg, Stadt	257	27,5	+2,5	973	31,7	-4,5
Gifhorn	78	8,7	+0,4	642	16,0	-2,2
Göttingen	329	16,5	-2,8	1 388	24,7	-0,1
Goslar	91	12,7	+1,0	494	18,0	-0,7
Helmstedt	33	5,9	+0,0	179	9,6	-0,9
Northeim	53	8,1	-0,9	506	17,5	+0,2
Osterode am Harz	25	7,4	-1,8	262	17,8	+0,5
Peine	76	10,1	+1,8	720	23,3	+1,9
Wolfenbüttel	71	10,0	+0,5	405	15,3	+1,1
Stat. Region Braunschweig	**1 419**	**14,4**	**-0,2**	**8 274**	**23,4**	**-0,6**
Region Hannover	1 545	21,4	+1,6	10 008	36,7	-0,2
Diepholz	156	12,7	+1,4	956	19,7	+0,6
Hameln-Pyrmont	134	16,3	+0,5	851	25,3	+1,5
Hildesheim	267	17,2	+3,3	1 456	23,8	+2,4
Holzminden	36	12,2	-3,8	327	22,2	-1,9
Nienburg (Weser)	100	15,1	+1,5	635	23,6	-0,1
Schaumburg	119	13,8	+2,5	714	20,9	-1,5
Stat. Region Hannover	**2 357**	**18,6**	**+1,5**	**14 947**	**30,4**	**+0,3**
Celle	97	8,4	-0,6	598	13,8	+0,3
Cuxhaven	156	14,0	+2,4	681	14,6	-0,4
Harburg	148	8,8	-0,2	1 222	19,0	+0,4
Lüchow-Dannenberg	20	8,0	-1,7	127	13,2	+2,8
Lüneburg	137	9,5	-3,0	766	16,8	-0,1
Osterholz	50	8,7	+0,7	359	14,3	+0,1
Rotenburg (Wümme)	75	9,3	-2,0	549	13,7	-1,2
Heidekreis	108	12,6	-1,7	551	16,5	-0,1
Stade	122	11,2	-1,4	799	16,7	-2,7
Uelzen	32	5,9	-4,2	293	14,4	-0,5
Verden	118	14,6	-1,6	679	21,5	-2,7
Stat. Region Lüneburg	**1 063**	**10,3**	**-1,1**	**6 624**	**16,2**	**-0,6**
Delmenhorst, Stadt	19	7,5	-2,7	464	28,2	-7,3
Emden, Stadt	34	14,6	-3,5	239	20,9	-0,1
Oldenburg (Oldb), Stadt	149	12,6	-1,8	1 071	28,1	-1,0
Osnabrück, Stadt	239	22,8	-1,9	1 489	39,5	+0,1
Wilhelmshaven, Stadt	17	7,7	-5,1	381	25,9	-2,0
Ammerland	53	7,5	+0,4	382	13,2	-1,6
Aurich	55	7,9	-1,6	547	12,8	-0,2
Cloppenburg	169	21,5	+4,6	1 297	30,6	+1,6
Emsland	266	15,4	-1,4	1 492	18,3	-1,6
Friesland	30	5,7	-1,2	224	10,3	-2,3
Grafschaft Bentheim	171	21,3	-2,0	858	24,9	-2,2
Leer	75	11,3	+1,2	542	14,2	+1,0
Oldenburg	64	8,5	-0,9	434	14,0	-0,3
Osnabrück	315	15,0	-1,0	1 948	21,8	-2,9
Vechta	169	17,9	-0,0	1 212	30,3	+1,4
Wesermarsch	52	10,7	-1,9	467	22,7	+0,9
Wittmund	27	12,2	+5,2	130	10,2	-0,1
Stat. Region Weser-Ems	**1 904**	**14,3**	**-0,7**	**13 177**	**21,9**	**-1,0**
Niedersachsen	**6 743**	**14,6**	**-0,1**	**43 022**	**23,2**	**-0,5**

1) Kinder in Kindertageseinrichtungen sowie Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Einrichtung der Kindertagesbetreuung besuchen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kindertagesbetreuung regional 2013; Kinder- und Jugendhilfestatistik

28. Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss[1)] 2005 und 2012 nach Nationalität und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	2005			2012					
	Insgesamt	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer
	Anteil an allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern der betreffenden Bevölkerungsgruppe in Prozent						Anzahl		
Braunschweig, Stadt	8,2	7,2	20,5	6,1	5,8	10,3	159	144	15
Salzgitter, Stadt	7,1	5,6	16,5	3,0	3,3	0,6	34	33	1
Wolfsburg, Stadt	7,4	6,0	18,4	3,8	3,5	6,8	58	49	9
Gifhorn	7,3	5,9	38,2	4,5	4,3	9,1	90	82	8
Göttingen	8,4	7,0	28,1	4,1	3,7	11,0	104	88	16
Goslar	12,1	10,7	34,7	6,5	6,0	13,9	89	79	10
Helmstedt	7,3	7,1	12,8	5,9	6,0	4,5	50	49	1
Northeim	9,6	8,6	28,4	6,0	5,3	18,5	96	79	17
Osterode am Harz	11,5	10,4	27,6	5,6	5,1	16,7	47	41	6
Peine	9,8	8,5	22,8	4,1	3,7	7,8	64	51	13
Wolfenbüttel	7,0	6,5	16,4	4,2	3,8	16,1	49	44	5
Stat. Region Braunschweig	**8,6**	**7,4**	**23,5**	**4,9**	**4,6**	**9,3**	**840**	**739**	**101**
Region Hannover	8,4	6,6	20,0	5,3	4,4	12,2	614	451	163
dav. Hannover, Landeshauptstadt	9,4	7,3	17,9	6,6	5,5	12,2	319	220	99
dav. Hannover, Umland	7,6	6,1	23,7	4,4	3,7	12,2	295	231	64
Diepholz	6,3	5,3	23,8	3,9	3,8	4,8	90	81	9
Hameln-Pyrmont	11,7	9,8	30,5	6,0	5,7	9,9	97	88	9
Hildesheim	10,1	8,3	28,9	5,7	5,1	14,8	170	145	25
Holzminden	8,1	7,7	14,6	6,8	6,5	10,2	42	37	5
Nienburg (Weser)	9,5	7,7	29,8	5,5	4,8	20,9	76	62	14
Schaumburg	9,6	9,2	13,5	4,2	3,8	11,9	77	64	13
Stat. Region Hannover	**8,8**	**7,2**	**21,8**	**5,2**	**4,6**	**11,9**	**1 166**	**928**	**238**
Celle	10,3	8,8	27,0	6,4	6,3	8,3	131	126	5
Cuxhaven	10,6	9,1	35,0	8,6	7,9	22,0	178	156	22
Harburg	8,2	6,8	38,0	3,7	3,4	14,6	102	90	12
Lüchow-Dannenberg	10,5	9,6	57,1	6,0	5,6	20,0	32	29	3
Lüneburg	6,8	5,8	26,5	4,5	4,4	7,0	88	84	4
Osterholz	7,0	5,5	37,5	4,3	3,6	30,0	53	44	9
Rotenburg (Wümme)	11,7	11,3	20,2	4,9	4,5	17,4	94	82	12
Heidekreis	10,5	9,2	28,7	7,1	6,6	18,1	122	109	13
Stade	10,0	9,2	25,7	5,1	5,0	7,0	117	112	5
Uelzen	11,2	9,9	45,2	4,3	4,4	3,7	46	45	1
Verden	10,3	8,2	35,6	4,0	3,6	8,5	58	48	10
Stat. Region Lüneburg	**9,7**	**8,5**	**31,2**	**5,4**	**5,0**	**13,7**	**1 021**	**925**	**96**
Delmenhorst, Stadt	12,4	10,1	25,6	6,5	5,0	16,1	56	37	19
Emden, Stadt	12,4	9,9	45,5	9,1	8,9	20,0	51	49	2
Oldenburg (Oldb), Stadt	7,9	6,8	29,5	4,7	4,3	13,2	94	80	14
Osnabrück, Stadt	5,3	4,0	16,5	5,5	4,6	15,4	121	93	28
Wilhelmshaven, Stadt	9,4	8,0	27,0	5,1	3,8	32,4	43	31	12
Ammerland	9,8	9,0	30,6	3,4	3,3	10,0	47	44	3
Aurich	12,3	11,7	30,0	9,3	8,2	38,0	201	171	30
Cloppenburg	9,4	8,5	36,4	6,1	5,6	22,1	130	115	15
Emsland	8,0	7,3	37,6	4,7	4,3	19,5	181	164	17
Friesland	11,0	10,3	32,4	5,7	5,7	6,3	60	58	2
Grafschaft Bentheim	11,4	10,3	27,5	6,8	5,8	28,8	108	89	19
Leer	10,7	9,9	34,8	9,3	8,6	29,2	169	150	19
Oldenburg	7,2	6,3	27,8	5,2	5,1	10,8	67	63	4
Osnabrück	8,4	7,1	28,0	5,9	5,3	18,0	206	176	30
Vechta	8,9	7,9	23,6	8,2	6,5	30,6	144	106	38
Wesermarsch	7,7	7,3	14,5	3,2	3,1	4,2	36	34	2
Wittmund	10,4	9,8	25,9	4,4	4,2	13,3	32	30	2
Stat. Region Weser-Ems	**9,2**	**8,2**	**27,2**	**6,1**	**5,4**	**20,1**	**1 746**	**1 490**	**256**
Niedersachsen	**9,1**	**7,9**	**25,0**	**5,5**	**5,0**	**13,6**	**4 773**	**4 082**	**691**

1) einschließlich Abgängerinnen/Abgänger der Förderschulen

Quelle: Schulstatistik

39. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer nach Art der Ausbildung am 30. Juni 2013 nach Kreisen,

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[1]			darunter nach Qualifikation[2]		
	Insgesamt	Männer	Frauen	hoch	mittel	niedrig
	Anzahl			Prozent		
Braunschweig, Stadt	6 076	3 483	2 593	19,9	26,6	16,9
Salzgitter, Stadt	3 135	2 514	621	5,4	38,8	20,8
Wolfsburg, Stadt	7 609	5 458	2 151	17,1	32,8	6,4
Gifhorn	1 755	1 205	550	12,8	23,6	26,8
Göttingen	4 603	2 589	2 014	28,5	25,0	21,1
Goslar	1 674	1 083	591	20,6	26,6	20,4
Helmstedt	587	315	272	11,4	30,0	26,6
Northeim	1 655	1 208	447	10,5	44,4	17,0
Osterode am Harz	695	515	180	6,2	41,3	23,9
Peine	1 321	926	395	5,5	31,9	29,1
Wolfenbüttel	734	437	297	10,9	35,4	16,8
Stat. Region Braunschweig	**29 844**	**19 733**	**10 111**	**16,7**	**30,9**	**17,0**
Region Hannover	36 262	21 449	14 813	9,7	29,3	21,1
dav. Hannover, Landeshauptstadt	23 903	13 643	10 260	12,3	29,0	21,1
dav. Hannover, Umland	12 359	7 806	4 553	4,7	29,7	20,9
Diepholz	2 539	1 679	860	8,2	27,1	18,3
Hameln-Pyrmont	2 420	1 381	1 039	8,0	35,5	20,7
Hildesheim	3 331	2 102	1 229	11,8	34,6	23,1
Holzminden	745	499	246	9,1	35,2	31,3
Nienburg (Weser)	1 637	1 144	493	4,9	27,3	25,0
Schaumburg	1 777	1 129	648	6,6	36,0	28,4
Stat. Region Hannover	**48 711**	**29 383**	**19 328**	**9,4**	**30,1**	**21,6**
Celle	2 199	1 418	781	13,0	31,8	22,7
Cuxhaven	2 483	1 529	954	5,2	26,3	19,0
Harburg	3 361	2 195	1 166	4,0	24,8	16,1
Lüchow-Dannenberg	303	183	120	6,3	34,3	10,9
Lüneburg	1 907	1 099	808	13,0	28,2	19,6
Osterholz	909	612	297	4,5	31,6	22,4
Rotenburg (Wümme)	1 752	1 116	636	9,2	27,9	17,8
Heidekreis	2 105	1 391	714	5,4	30,0	17,0
Stade	3 996	3 142	854	6,1	22,8	9,5
Uelzen	752	437	315	12,5	29,9	11,6
Verden	2 239	1 434	805	10,5	28,3	24,5
Stat. Region Lüneburg	**22 006**	**14 556**	**7 450**	**7,7**	**27,3**	**17,3**
Delmenhorst, Stadt	1 035	515	520	4,2	23,2	18,6
Emden, Stadt	1 104	877	227	8,2	35,1	18,7
Oldenburg (Oldb), Stadt	2 850	1 654	1 196	15,5	22,3	21,4
Osnabrück, Stadt	5 026	2 728	2 298	9,1	26,1	22,2
Wilhelmshaven, Stadt	722	474	248	11,5	30,9	19,9
Ammerland	1 917	1 315	602	5,0	23,5	15,8
Aurich	2 155	1 250	905	6,9	24,2	18,6
Cloppenburg	3 948	2 817	1 131	2,3	16,7	18,0
Emsland	4 817	3 511	1 306	8,0	32,6	14,8
Friesland	737	435	302	8,0	25,9	17,5
Grafschaft Bentheim	3 138	2 122	1 016	5,4	37,7	15,4
Leer	1 804	1 189	615	7,8	24,8	12,5
Oldenburg	1 646	1 111	535	3,7	20,5	27,5
Osnabrück	7 527	5 133	2 394	3,7	22,5	25,7
Vechta	6 068	3 964	2 104	3,5	12,7	21,7
Wesermarsch	1 240	1 014	226	4,4	40,9	22,0
Wittmund	496	258	238	4,4	16,3	9,9
Stat. Region Weser-Ems	**46 230**	**30 367**	**15 863**	**6,1**	**24,2**	**20,0**
Niedersachsen	**146 791**	**94 039**	**52 752**	**9,6**	**28,0**	**19,5**

1) am Arbeitsort

2) Beschäftigte ohne Angabe der Qualifikation werden nicht aufgeführt; hoch = akademischer Abschluss (Bachelor, Diplom, Magister, Master, Staatsexamen, Promotion); mittel = Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung , Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss; niedrig = ohne abgeschlossene

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

40. Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern im Juni 2013 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Arbeitslosenquote Insgesamt (alle Erwerbspersonen)[1]			Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern (alle Erwerbspersonen)[1]			Abstand der Arbeitslosenquoten von Ausländerinnen und Ausländern zu Insgesamt		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Prozent[2]						Prozentpunkte[2]		
Braunschweig, Stadt	6,8	6,9	6,7	14,5	13,2	16,4	+7,7	+6,3	+9,7
Salzgitter, Stadt	9,0	8,2	10,0	16,9	12,9	24,8	+7,9	+4,7	+14,8
Wolfsburg, Stadt	4,8	4,5	5,2	9,1	7,8	11,1	+4,3	+3,3	+5,9
Gifhorn	5,1	4,9	5,3	15,4	13,4	18,3	+10,3	+8,5	+13,0
Göttingen	6,6	7,0	6,1	14,7	12,9	16,7	+8,1	+5,9	+10,6
dav. Göttingen, Stadt	7,9	8,8	6,9	14,6	13,3	16,2	+6,7	+4,5	+9,3
dav. Göttingen, Umland	5,4	5,4	5,4	14,8	12,0	.	+9,4	+6,6	.
Goslar	8,6	8,5	8,7	18,0	15,9	21,1	+9,4	+7,4	+12,4
Helmstedt	7,4	7,3	7,6	18,6	17,6	.	+11,2	+10,3	.
Northeim	7,0	7,2	6,8	19,7	17,9	21,9	+12,7	+10,7	+15,1
Osterode am Harz	7,6	7,5	7,6	17,0	.	.	+9,4	.	.
Peine	5,8	5,9	5,7	12,9	11,2	15,3	+7,1	+5,3	+9,6
Wolfenbüttel	6,0	5,9	6,1	18,5	16,2	.	+12,5	+10,3	.
Stat. Region Braunschweig	**6,6**	**6,6**	**6,7**	**14,8**	**12,9**	**17,6**	**+8,2**	**+6,3**	**+10,9**
Region Hannover	8,1	8,4	7,8	19,9	18,4	21,8	+11,8	+10,0	+14,0
dav. Hannover, Landeshauptstadt	10,1	10,8	9,3	21,0	19,6	22,8	+10,9	+8,8	+13,5
dav. Hannover, Umland	6,3	6,4	6,3	18,0	16,3	20,1	+11,7	+9,9	+13,8
Diepholz	4,3	4,2	4,4	10,6	9,1	12,5	+6,3	+4,9	+8,1
Hameln-Pyrmont	7,8	8,1	7,5	18,8	17,4	20,4	+11,0	+9,3	+12,9
Hildesheim	7,5	8,0	6,9	19,9	18,9	21,3	+12,4	+10,9	+14,4
dav. Hildesheim, Stadt	10,5	11,4	9,6	22,5	21,2	24,2	+12,0	+9,8	+14,6
dav. Hildesheim, Umland	5,9	6,3	5,4	16,0	15,4	16,8	+10,1	+9,1	+11,4
Holzminden	8,0	7,9	8,2	17,5	.	.	+9,5	.	.
Nienburg (Weser)	6,0	5,7	6,3	12,5	10,2	15,9	+6,5	+4,5	+9,6
Schaumburg	6,6	6,7	6,5	17,2	15,2	20,0	+10,6	+8,5	+13,5
Stat. Region Hannover	**7,4**	**7,6**	**7,1**	**18,8**	**17,3**	**20,8**	**+11,4**	**+9,7**	**+13,7**
Celle	7,2	7,5	6,8	19,1	18,1	20,5	+11,9	+10,6	+13,7
Cuxhaven	5,9	6,2	5,6	14,4	14,6	14,2	+8,5	+8,4	+8,6
Harburg	4,7	4,6	4,8	13,9	11,8	16,6	+9,2	+7,2	+11,8
Lüchow-Dannenberg	10,4	10,4	10,5	.	.	.	.	.	.
Lüneburg	6,4	6,8	5,9	17,1	17,0	17,1	+10,7	+10,2	+11,2
Osterholz	4,4	4,3	4,4	18,3	16,2	.	+13,9	+11,9	.
Rotenburg (Wümme)	4,5	4,4	4,5	11,6	10,3	13,4	+7,1	+5,9	+8,9
Heidekreis	6,5	6,3	6,7	14,3	13,2	15,6	+7,8	+6,9	+8,9
Stade	6,0	5,6	6,6	10,1	7,6	15,0	+4,1	+2,0	+8,4
Uelzen	6,7	7,3	6,1	15,8	.	.	+9,1	.	.
Verden	5,5	5,2	5,9	17,0	14,9	19,7	+11,5	+9,7	+13,8
Stat. Region Lüneburg	**5,9**	**5,9**	**5,8**	**14,8**	**13,2**	**17,0**	**+8,9**	**+7,3**	**+11,2**
Delmenhorst, Stadt	10,5	10,3	10,8	28,7	26,1	32,4	+18,2	+15,8	+21,6
Emden, Stadt	8,6	8,1	9,2	16,6	.	.	+8,0	.	.
Oldenburg (Oldb), Stadt	8,0	8,5	7,5	21,0	19,0	23,8	+13,0	+10,5	+16,3
Osnabrück, Stadt	7,6	7,9	7,2	18,6	16,9	20,7	+11,0	+9,0	+13,5
Wilhelmshaven, Stadt	12,4	12,9	11,8	27,5	.	.	+15,1	.	.
Ammerland	4,1	3,9	4,2	7,7	6,7	9,1	+3,6	+2,8	+4,9
Aurich	7,2	6,6	7,9	15,5	14,5	16,7	+8,3	+7,9	+8,8
Cloppenburg	5,4	4,9	6,0	8,2	6,4	11,3	+2,8	+1,5	+5,3
Emsland	3,3	3,0	3,6	7,8	6,2	10,6	+4,5	+3,2	+7,0
Friesland	5,6	5,5	5,8	15,7	.	.	+10,1	.	.
Grafschaft Bentheim	4,3	4,1	4,5	12,1	10,1	14,6	+7,8	+6,0	+10,1
Leer	5,9	5,2	6,8	13,4	11,4	16,5	+7,5	+6,2	+9,7
Oldenburg	4,7	4,6	4,9	8,6	8,0	9,3	+3,9	+3,4	+4,4
Osnabrück	3,9	3,6	4,2	10,2	8,9	11,9	+6,3	+5,3	+7,7
Vechta	3,5	3,2	3,9	7,5	7,2	7,9	+4,0	+4,0	+4,0
Wesermarsch	7,4	6,5	8,4	20,2	16,4	.	+12,8	+9,9	.
Wittmund	5,5	5,4	5,5	7,3	.	.	+1,8	.	.
Stat. Region Weser-Ems	**5,6**	**5,4**	**5,9**	**13,0**	**11,5**	**15,2**	**+7,4**	**+6,1**	**+9,3**
Niedersachsen	**6,3**	**6,3**	**6,4**	**15,7**	**14,1**	**18,0**	**+9,4**	**+7,8**	**+11,6**

1) Zum Berichtsmonat Januar 2009 erfolgte die Umstellung in der Berichterstattung und tabellarischen Veröffentlichung der Arbeitslosenquoten von den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (EP) durchgängig auf alle zivilen EP.
2) "." = Die Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlicht keine Arbeitslosenquoten für Personengruppen mit weniger als 1.000 zivilen Erwerbspersonen, da bei zu kleinen Personengruppen überzeichnete oder unplausible Quoten nicht auszuschließen sind.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Daten aus der Beschäftigungsstatistik, Statistik der Grundsicherung nach dem SGB II sowie aus der Arbeitsmarktstatistik (Bestandsdaten), Erstellungsdatum: 19.03.2014, Statistik-Service Nordost, Auftragsnummer 179138

44. Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen[1] am 31.12.2012 nach Nationalität und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Empfängerinnen und Empfänger			Empfängerquoten je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner der betreffenden Bevölkerungsgruppe[4]		
	Insgesamt[2]	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer[3]	Insgesamt	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer[3]
	Anzahl			Anzahl		
Braunschweig, Stadt	24 926	20 717	4 209	99	91	169
Salzgitter, Stadt	11 785	9 267	2 518	116	102	239
Wolfsburg, Stadt	8 699	6 727	1 972	70	62	130
Gifhorn	11 136	9 385	1 751	65	58	193
Göttingen	22 886	19 130	3 756	89	80	206
dav. Göttingen, Stadt	13 776	11 215	2 561	113	103	202
dav. Göttingen, Umland	9 110	7 915	1 195	67	61	216
Goslar	15 464	13 598	1 866	110	102	224
Helmstedt	8 168	7 235	933	89	84	174
Northeim	11 591	9 666	1 924	85	76	195
Osterode am Harz	7 782	6 912	870	103	97	223
Peine	11 970	10 365	1 605	91	85	192
Wolfenbüttel	10 285	8 858	1 427	85	77	210
Stat. Region Braunschweig	**144 692**	**121 860**	**22 831**	**90**	**82**	**189**
Region Hannover	133 559	93 392	40 167	117	92	331
dav. Hannover, Landeshauptstadt	80 964	53 747	27 217	153	119	348
dav. Hannover, Umland	52 595	39 645	12 950	86	70	299
Diepholz	14 576	12 147	2 429	68	60	197
Hameln-Pyrmont	15 934	12 554	3 380	105	90	278
Hildesheim	26 934	22 223	4 711	96	84	287
dav. Hildesheim, Stadt	15 323	12 260	3 063	150	132	322
dav. Hildesheim, Umland	11 611	9 963	1 648	65	58	238
Holzminden	6 827	6 058	769	95	91	158
Nienburg (Weser)	10 064	8 516	1 548	83	75	226
Schaumburg	14 375	11 663	2 711	91	78	280
Stat. Region Hannover	**222 269**	**166 553**	**55 715**	**104**	**85**	**303**
Celle	17 733	15 133	2 600	100	90	283
Cuxhaven	15 035	12 808	2 227	76	68	192
Harburg	14 212	11 601	2 611	57	49	195
Lüchow-Dannenberg	4 979	4 593	386	102	99	163
Lüneburg	16 126	14 011	2 115	90	83	213
Osterholz	6 053	4 989	1 064	54	47	209
Rotenburg (Wümme)	9 879	8 835	1 041	61	57	132
Heidekreis	11 979	10 311	1 664	86	79	226
Stade	16 309	14 144	2 165	82	76	196
Uelzen	7 452	6 749	703	80	76	147
Verden	10 283	8 295	1 988	77	66	263
Stat. Region Lüneburg	**130 040**	**111 469**	**18 564**	**77**	**70**	**206**
Delmenhorst, Stadt	12 179	9 077	3 102	163	133	464
Emden, Stadt	6 198	5 594	604	121	117	165
Oldenburg (Oldb), Stadt	19 326	15 771	3 555	118	105	281
Osnabrück, Stadt	19 431	14 394	5 037	117	95	355
Wilhelmshaven, Stadt	12 362	10 940	1 422	153	145	285
Ammerland	7 364	6 478	886	62	57	182
Aurich	17 041	15 627	1 412	91	86	219
Cloppenburg	10 351	8 935	1 416	65	60	132
Emsland	17 110	15 200	1 910	54	52	78
Friesland	7 156	6 376	780	73	67	245
Grafschaft Bentheim	8 393	6 797	1 593	62	58	93
Leer	12 400	11 167	1 228	75	72	116
Oldenburg	7 930	6 867	1 063	62	57	144
Osnabrück	20 513	17 725	2 785	58	53	138
Vechta	7 067	5 300	1 767	52	42	144
Wesermarsch	8 719	7 468	1 251	97	89	222
Wittmund	4 853	4 462	391	85	82	178
Stat. Region Weser-Ems	**198 393**	**168 178**	**30 202**	**80**	**73**	**180**
Niedersachsen	**695 394**	**568 060**	**127 312**	**88**	**77**	**227**

1) SGB II + XII. SGB II: ALG II und Sozialgeld. Von der Bundesagentur für Arbeit wurde Mitte 2011 die SGB-II-Statistik revidiert, und zwar rückwirkend ab 2007. Es kann daher zu geringfügigen Abweichungen zu Veröffentlichungen der BA kommen. SGB XII: Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU, nach Wohnort); Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII nach Wohnort der Bedarfsgemeinschaft, in- und außerhalb von Einrichtungen; Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (örtliche Träger, nach Wohnort); ohne Kriegsopferfürsorge.
2) einschließlich "Keine Zuordnung möglich"
3) einschließlich "ohne Angabe", "ungeklärt", "staatenlos", "unbekanntes Ausland"
4) Auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung nach der Volkszählung 1987. Einwohnerzahlen nach Nationalität laut Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

45. Quoten der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen[1] am 31.12.2012 nach Nationalität, Altersgruppen und Kreisen

Landkreis Kreisfreie Stadt (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Deutsche			Ausländerinnen und Ausländer[2]		
	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter
	Anzahl je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner der betreffenden Bevölkerungsgruppe[3]					
Braunschweig, Stadt	161	96	31	312	156	134
Salzgitter, Stadt	181	110	29	464	228	93
Wolfsburg, Stadt	120	66	14	319	119	49
Gifhorn	86	62	16	467	177	53
Göttingen	138	83	25	445	177	157
dav. Göttingen, Stadt	182	106	33	437	171	221
dav. Göttingen, Umland	107	63	19	458	193	49
Goslar	188	116	29	457	211	111
Helmstedt	138	96	17	364	169	65
Northeim	128	86	18	546	171	68
Osterode am Harz	167	114	23	608	209	48
Peine	146	89	21	351	184	42
Wolfenbüttel	122	85	24	498	194	58
Stat. Region Braunschweig	**140**	**89**	**23**	**415**	**173**	**89**
Region Hannover	161	96	29	584	297	275
dav. Hannover, Landeshauptstadt	214	121	42	611	314	307
dav. Hannover, Umland	123	74	19	542	266	204
Diepholz	104	62	22	379	173	122
Hameln-Pyrmont	162	100	22	522	251	187
Hildesheim	145	92	22	499	275	123
dav. Hildesheim, Stadt	244	141	35	494	319	156
dav. Hildesheim, Umland	96	65	15	505	216	76
Holzminden	145	105	25	356	149	54
Nienburg (Weser)	127	77	26	546	186	114
Schaumburg	134	86	21	605	259	107
Stat. Region Hannover	**148**	**91**	**26**	**550**	**274**	**222**
Celle	148	97	26	498	261	183
Cuxhaven	118	75	18	406	172	58
Harburg	86	49	20	382	184	36
Lüchow-Dannenberg	163	119	20	402	144	28
Lüneburg	131	87	25	499	187	116
Osterholz	78	50	15	450	174	112
Rotenburg (Wümme)	83	60	23	293	115	65
Heidekreis	133	85	18	447	200	139
Stade	127	78	23	379	179	76
Uelzen	122	88	19	355	139	46
Verden	120	66	20	576	220	129
Stat. Region Lüneburg	**115**	**74**	**21**	**429**	**184**	**93**
Delmenhorst, Stadt	251	138	34	769	438	285
Emden, Stadt	202	123	35	397	151	21
Oldenburg (Oldb), Stadt	189	106	31	477	255	167
Osnabrück, Stadt	194	91	36	501	319	409
Wilhelmshaven, Stadt	288	157	38	621	261	143
Ammerland	92	59	20	364	165	64
Aurich	147	91	20	440	188	91
Cloppenburg	87	58	29	358	104	103
Emsland	74	55	22	199	67	17
Friesland	116	72	20	544	220	64
Grafschaft Bentheim	91	59	20	174	88	39
Leer	110	77	24	270	97	69
Oldenburg	84	61	22	391	112	112
Osnabrück	82	54	22	279	120	98
Vechta	66	39	27	284	119	75
Wesermarsch	144	96	29	566	195	74
Wittmund	138	86	26	439	146	53
Stat. Region Weser-Ems	**117**	**75**	**25**	**360**	**158**	**114**
Niedersachsen	**129**	**82**	**24**	**446**	**203**	**144**

1) SGB II + XII. SGB II: ALG II und Sozialgeld. Von der Bundesagentur für Arbeit wurde Mitte 2011 die SGB-II-Statistik revidiert, und zwar rückwirkend ab 2007. Es kann daher zu geringfügigen Abweichungen zu Veröffentlichungen der BA kommen. SGB XII: Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU, nach Wohnort); Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII nach Wohnort der Bedarfsgemeinschaft, in- und außerhalb von Einrichtungen; Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (örtliche Träger, nach Wohnort); ohne Kriegsopferfürsorge.
2) einschließlich "ohne Angabe", "ungeklärt", "staatenlos", "unbekanntes Ausland"
3) Auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung nach der Volkszählung 1987. Einwohnerzahlen nach Nationalität und Altersgruppen laut Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder